C 21734 D

Blutige Kämpfe im Libanon S. 24



Arbeiterkampf

Jg. 6/84 13.7.76 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Ausschlußterror

Neun Ausschlußanträge der Hamburger DruPa-Führer

Am 25.6.76 stellte der Vorstand des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier Ausschlußantrag gegen neun Gewerkschaftsmitglieder. Zweien wird vorgeworfen, den ARBEITERKAMPF verkauft zu haben, sieben sollen wegen „aktiver Mitarbeit und Verteilen" des „Streik-Info" aus der Gewerkschaft gefeuert werden. (Das „Streik-Info" wurde in Hamburg während des Drucker-Streiks von gewerkschaftsoppositionellen Kollegen erstellt und verteilt.)

Alle neun sollen auf Grund des „Extremistenerlasses" ohne jedes Verfahren abgeurteilt werden. Wie üblich machen sich die Gewerkschaftsführer überhaupt nicht die Mühe, ihre Anschuldigungen zu belegen. So haben nicht einmal alle vom Ausschluß bedrohten Kollegen das „Streik-Info" überhaupt verteilt.

Während Forderungen der Kollegen nach Ausschluß von profilierten Streikbrechern, wie dem Auer Betriebsratsvorsitzenden Ulli Heinemann, Vorsitzenden der SPD (!)-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), von den Gewerkschaftsführern auf die Papierhalde gelegt werden, wird andererseits gegen Linke geholzt.

Als einziger „Beweis" für die „Gewerkschaftsfeindlichkeit" des „Streik-Info" nennen die Gewerkschaftsführer in ihrem Rausschmißantrag, daß das „Streik-Info" laut Impressum von „gewerkschaftsoppositionellen Gruppen" (im Impressum hieß es gewerkschaftsoppositionellen K o l l e g e n) herausgegeben sei,

hieß es gewerkschaftsoppositionellen K o l l e g e n) herausgegeben sei,

was die Gewerkschaftsführer dann per Wortspiel mit „gewerkschaftsfeindlich" gleichsetzen.

Dann wird davon geredet, daß die „Gewerkschaftsfeindlichkeit" des „Streik-Infos" *„auch durch ausdrücklichen Hinweis auf der Bezirksmitgliederversammlung des Bezirks Hamburg und aus zwei Streikversammlungen bekannt"* (?) gewesen sein soll. Dies hatten die Gewerkschaftsführer allerdings einfach behauptet (und nicht belegt), wofür sie von den versammelten Kollegen denn auch eine Abfuhr erhielten.

So zogen Vorstandsmitglieder gegen die Forderung nach Vollstreik des „Streik-Infos" auf solchen Versammlungen als „gewerkschaftsfeindlich" zu Felde. Besonders peinlich für die Gewerkschaftsführer, daß sie wenig später dieselbe „gewerkschaftsfeindliche" Forderung nach Vollstreik aufstellten.

Erwiesenermaßen wurden die Forderungen des „Streik-Info" von der Mehrheit der Hamburger Drucker geteilt! Das wird am deutlichsten, wenn man sich vor Augen hält, daß auch nach dem Abschluß 63,8% der Hamburger DruPa-Mitglieder gegen den Abschluß stimmten. Dies war überhaupt der höchste Prozentsatz an ablehnenden Stimmen im ganzen Bundesgebiet! Fast alle vom Ausschluß Bedrohten sind zudem Funktionsträger und von Kollegen gewählt worden (Betriebsräte, Vertrauensleute, ein Schülerratsmitglied).

Einhellige Zustimmung dagegen können die Gewerkschaftsführer mit ihrer Ausschlußpolitik bei den Kapitalisten erwarten. Vier der Kollegen wurden bereits wegen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit von den Kapitalisten gefeuert, bzw. beurlaubt – Prozesse dazu laufen z.T. noch. Ein Betriebsrat von Broschek wurde sogar mit der gleichen Begründung – Verteilen des „Streik-Info" – von Broschek auf die Straße gesetzt. Politische Kündigungen und Gewerkschaftsausschlüsse sollen gleichzeitig verhindern, daß sich die Kollegen im Herbst ihren Lohn-Nachschlag selbst holen, indem die aktivsten Kämpfer und Organisatoren bis dahin liquidiert sind.

Israels „Befreiungsaktion" in Uganda

Krieg gegen die 'Dritte Welt'?

Unter dem Vorwand einer „Geiselbefreiung" hat Israel in der Nacht vom 3. auf den 4. Juli ein militärisches Kommando-Unternehmen gegen Uganda durchgeführt. Dieser verbrecherische Überfall hat in der gesamten imperialistischen Welt einen Sturm des Jubels und der Zustimmung ausgelöst. Tagelang wurde in immer neuen Varianten die israelische Terror-Aktion verherrlicht und der Überfall als ein Beispiel und Vorbild für die gesamte „zivilisierte Welt" gefeiert.

Helmut Kohl (CDU): *„Israel hat der Welt ein Beispiel gegeben, wie man mit entschlossenem und verantwortungsvollem Handeln den internationalen Terror eindämmen kann"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6.7.).

Willy Brandt (SPD): *„Dieser Tag ist ein wichtiges Datum in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus in der Welt"* („Hamburger Morgenpost", 5.7.).

Axel Springer: *„Die Israelis haben einen Sieg für die ganze freie Welt errungen"* („Bild", 5.7.).

Angeblich gilt der Jubel in erster Linie der Tatsache, daß durch die „Befreiungsaktion" das Leben unschuldiger Menschen gerettet worden sei. Auf dieser Grundlage ist es den Imperialisten auch gelungen, tagelang große Teile der Bevölkerung in Atem zu halten, „menschliches Interesse" für das „Schicksal der unschuldigen Geiseln" zu wecken und sie schließlich in einen stark chauvinistisch gefärbten Freudentaumel über den „tollkühnen Handstreich" der Israelis zu stürzen.

Dieselbe bürgerliche Presse, die dem Leser tagelang „menschliche Anteilnahme" mit den Geiseln in Uganda einhämmerte, kleidet zur selben Zeit die Berichte über die Massaker an der palästinensischen Bevölkerung des Libanon in nüchterne kleine Meldungen oder verschweigt sie ganz, sofern sie nicht sogar in zynischer Weise die Palästinenser selbst für die an ihnen begangenen Verbrechen verantwortlich macht.

Und die Politiker, die jetzt sich unendlich über den „Terrorismus" gegen „unschuldige Menschen" ereifern, fanden kürzlich nur schwache Worte, als in Südafrika mehr als hundert Demonstranten, darunter viele Kinder, von der faschistischen Polizei abgeknallt wurden wie Hasen. Oder sie hetzten – wie die Vertreter der CDU/CSU – sogar noch in übelster Manier gegen diejenigen, die an dem faschistischen Blutbad in Südafrika Kritik übten.

Nicht aus Liebe für das Leben „unschuldiger Menschen" jubelt also der Chor imperialistischer Politiker und Journalisten über die israelische „Präzisionsarbeit". Sondern weil er in der verbrecherischen Aktion Israels ein Vorbild und eine Ermutigung für seine eigenen aggressiven Pläne gegen die Staaten der „Dritten Welt" sieht – zugleich mit der Möglichkeit, die Bevölkerung durch „menschliche Anteilnahme" mit dem Gedanken an derartige Aktionen vertraut zu machen und sie dafür zu gewinnen.

Israel – eine Mörderzentrale in ständiger „Notwehr"

Aus naheliegenden Gründen bieten sich gerade die verbrecherischen Aktionen des zionistischen Staates in ganz besonderer Weise an, um in der BRD Sympathien für militärische Aktionen gegen Staaten der „Dritten Welt" zu wecken und zu festigen. Denn aufgrund der Völkermord-Verbrechen des deutschen Faschismus an Millionen Juden kann in der Bevölkerung der BRD mit Leichtigkeit ein schlechtes Gewissen gegenüber „den Juden" abgerufen werden, das nun seinerseits zu der widersinnigen Schlußfolgerung führt, alle Verbrechen Israels gegen a n d e r e Völker – insbesondere natürlich gegen das palästinensische Volk – nicht nur zu billigen, sondern geradezu wie e i g e n e Siege zu bewundern und zu bejubeln. Dies ist umso perverser und widerlicher in einem Staat, wo ohne größere Proteste zur selben Zeit die Verantwortlichen für massenhafte grausamste Verbrechen des Nazismus an den Juden und anderen Völkern der während des Zweiten Weltkriegs besetzten Gebiete freigesprochen und freigelassen werden, und wo sich ganz offiziell die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten für die Freilassung noch inhaftierter deutscher Kriegsverbrecher einsetzt.

Israel ist in der Situation eines Gangsters, der in ein fremdes Haus eingedrungen ist, die Bewohner vertrieben hat, und der nun frech behauptet, er befinde sich in „Notwehr", wenn er auf die Bewohner und ihre Kinder ballert, die in ihr Haus zurück wollen. Schon die Errichtung Israels bei gleichzeitiger Vertreibung von mehr als einer Million Palästinenser war ein Verbrechen, das mit Notwendigkeit alle weiteren Verbrechen dieses Staates nach sich zog. Der Errichtung dieses Gangster-Staates gingen nicht nur Partisanen-Aktionen gegen die damalige britische Besatzungsmacht voraus (die heute von der bürgerlichen Presse bejubelt werden, während vergleichbare Aktionen der Palästinenser oder anderer unterdrückter Völker als „Terrorismus", „feiger Mord" etc. verdammt werden), sondern vor allem Massaker gegen die arabische Bevölkerung des Landes. Mit Bombenanschlägen in arabischen Wohnvierteln, mit Handgranaten-Würfen auf arabische Märkte, mit der Abschlachtung ganzer Dörfer durch die Zionisten wurde die palästinensische Bevölkerung damals zum fluchtartigen Verlassen des Landes gezwungen. Und zu allem Hohn behaupten die Zionisten heute noch, die Palästinenser seien „freiwillig" gegangen ...

Von den späteren Verbrechen der Zionisten seien hier nur einige genannt:

– Am 21. Februar 1973 schossen die Israelis ein versehentlich über das Gebiet der besetzten Sinai-Halbinsel geratenes arabisches Passagierflugzeug ab, wobei fast 100 Menschen den Tod fanden.

– Am 10. April 1973 überfiel eine israelische Killer-Truppe die Wohnungen mehrerer palästinensischer

Fortsetzung Seite 2

wehr", wenn er auf die Bewohner Fortsetzung Seite 2

'Modell Deutschland'

SPD-Wahlkampf, chauvinistisch und verlogen

Fortsetzung von Seite 1

Weg mit dem Extremistenerlaß!

Als Antwort auf die Ausschluß-Drohungen wurde sowohl von den Kollegen des „Streik-Info" eine Stellungnahme verteilt, als auch von den Betroffenen ein Offener Brief an Ortsvereinsvorstand in Hamburg erstellt.

Darin wird übereinstimmend gefordert, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse weg müssen. Bei Broschek, wo allein vier Mitglieder vom Ausschluß bedroht sind, beschloß der Vertrauenskörper eine Stellungnahme mit der Forderung nach „Streichung der Abgrenzungsbeschlüsse". Darin wird eindeutig festgestellt, daß die betroffenen Kollegen sich aktiv im Streik für die Forderung der Kollegen eingesetzt haben. Die Stellungnahme kam sogar mit Zustimmung auch rechterer Kollegen zustande. Ebenfalls wurde eine Unterschriftensammlung beschlossen, die inzwischen angelaufen ist.

Bei Springer (Ahrensburg) wurde auf einer Belegschaftsversammlung gefordert, die Stellungnahme der Broschek-Kollegen vorzulesen, was aber von den SPD-Fürsten abgeblockt wurde. Bei Bauer wurde auf einer Betriebsversammlung ebenfalls gegen die Ausschlußanträge protestiert.

Wir werden in der nächsten Nummer ausführlicher über die Solidaritätsaktionen berichten.

Polizeiführung als Komplizen von Vorster

Bei der Demonstration am 24. Juni in Hamburg gegen den Besuch von Vorster und Kissinger in der BRD wurde in den ersten Reihen des Zuges eine große Vorster-Puppe mitgeführt, die Hamburger Anti-Imperialisten angefertigt hatten. Sie trug um den Hals ein Schild mit der Aufschrift: *„Ich bin Vorster und habe gerade über 100 Menschen ermorden lassen!"* (siehe nebenstehendes Bild).



Wegen dieser Aufschrift wandte sich bereits zu Beginn der Demonstration der polizeiliche Einsatzleiter an den Leiter der Demonstration und forderte ihn auf, dieses Plakat zu entfernen, da es sonst zu einer Anzeige kommen könne. Auf die Frage, was die Polizei an diesem durchaus zutreffenden Text auszusetzen habe, kam die Antwort: „Genau weiß ich das auch nicht; ich bin eben darauf hingewiesen worden, daß die Aufschrift gegen verschiedene Paragraphen verstößt, die sehr selten angewendet werden und deren Inhalt ich nicht kenne". Der Demonstrationsleiter entgegnete darauf, er werde sich dadurch keinesfalls einschüchtern lassen. Einer Anzeige in diesem Zusammenhang sehe er gelassen entgegen.

Damit schien die Sache zunächst erledigt.

Inzwischen hat der Demonstrationsleiter allerdings eine Ladung von K 421 (Politische Polizei) mit dem Dienststellenzeichen K 421/4241/76 erhalten, in der ihm mitgeteilt wird, daß gegen ihn Ermittlungen wegen „Beleidigung pp. (Aufzug am 24.6.76)" von K 421 durchgeführt werden. Unterzeichnet ist diese Ladung von einem gewissen Jörs.

Es ist wohl klar, daß hier nicht ein kleiner übereifriger Bulle, der von seinem Vorgesetzten gelobt werden möchte, am Werk ist, sondern daß es sich um eine Maßnahme der Polizeiführung in Übereinstimmung mit dem Hamburger SPD/FDP – Senat handelt.

Hätte es noch eines Beweises bedurft, die offene Komplizenschaft der SPD-Führung mit den Faschisten in Südafrika zu beweisen – die Hamburger Polizeiführung hätte ihn hiermit geliefert. Die tiefe Verbeugung der Hamburger Polizeiführung vor den Völkermördern in Pretoria enthüllt außerdem ein weiteres Mal, wie weit die Entrechtung in der BRD bereits gediehen ist, wenn es Paragraphen gibt, die es verbieten, daß ein Mörder Mörder genannt wird.

Wir werden jedenfalls nicht aufhören, den Faschisten und Rassisten Vorster öffentlich für seine Taten verantwortlich zu machen. Auch wenn seine Kumpane im Hamburger Rathaus ihre Justiz und ihre Politbullen gegen uns hetzen!

Bezirksorganisation Harburg

Krieg gegen die 'Dritte Welt'?

Fortsetzung von Seite 1

Politiker in Beirut und ermordete sie kaltblütig in ihren Betten.

– In Rom und Paris, auf Zypern und in Athen, sogar in Norwegen ermordeten israelische Terroristen palästinensische Politiker. In Beirut wurde der palästinensische Politiker Kanafani, ein Führer der PFLP, zusammen mit seiner Nichte von einer Bombe zerrissen, die israelische Verbrecher in sein Auto eingebaut hatten.

– In nicht mehr zählbaren Fällen haben israelische Flugzeuge sogenannte „Vergeltungsangriffe" gegen palästinensische Flüchtlingslager im Libanon geflogen, wobei Tausende von Menschen, in erster Linie Frauen und Kinder, zerfetzt und verbrannt wurden.

Israel ist von daher in besonderer Weise „spezialisiert" auf alle Arten von Aggression, Massenmord und Rechtsbrüchen gegen andere Staaten, wobei es sich zusätzlich einer weitestgehenden ‚Narrenfreiheit' erfreut, die es der zynischen Berufung auf sechs Millionen ermordete Juden verdankt – die aber im Grunde nichts anderes sind als Opfer derselben menschenverachtenden, rassistischen Politik, die Israel heute praktiziert!

Israel – „Avantgarde" des Imperialismus

Die bürgerliche Presse feierte Israels Überfall auf Uganda als *„Heldenstück des Jahrhunderts"* („Bild", 5.7.). *„Die bis ins letzte Detail ausgetüftelte und auf die Sekunde genau inszenierte Aktion kann zunächst nur eine Reaktion auslösen: Donnerwetter und Hut ab"* („Hamburger Morgenpost" – SPD-nahe – , 5.7.). Offensichtlich ist die Parallele zu Lobeshymnen auf ähnliche „Heldentaten" wie etwa die Befreiung Mussolinis während des Kriegs durch eine Nazi-Bande. Schreibtisch-Mörder wie der „Welt"-Chef-Kommentator Kremp geben sich nicht einmal mehr Mühe, ihre faschistische Blutgier zu verbergen, wenn sie die **„eminente Vernichtungskapazität"** des israelischen Überfalls preisen („Welt", 5.7.). Passend hierzu der Ausspruch von einem der israelischen Killer: **„Wir haben auf jeden geschossen, der uns in die Quere kam"** („Bild", 5.7.). 20 ugandische Soldaten wurden dabei „vernichtet", aber wen kümmert das schon! ...

Bei dieser Mordhetze ist die Verteidigung der israelischen Aggression und des zionistischen „Rechts" auf Terrorakte in allen Teilen der Welt nur noch ein Teilaspekt. So, wenn die „Frankfurter Rundschau" triumphiert: *„Daß der Staat der Juden einen langen Arm hat, wenn es darum geht, seine Gegner aufzuspüren und auszuschalten (!), ist bekannt ... Die israelischen Abwehrlinien verlaufen 1 000 Meilen vor den eigenen Grenzen, sagte unlängst der ehemalige israelische Luftwaffenchef Weizmann"* („FR", 5.7.).

Mehr noch geht es aber für die Imperialisten d a r u m , im Windschatten der „menschlich" motivierten Aktion Israels auch ihre eigenen aggressiven Absichten voranzutreiben und die Bevölkerung damit vertraut zu machen. So plauderte der Zionist Weichmann (SPD), früherer Hamburger Bürgermeister, schon aus: „ ... **Ich bedauere es nur, daß Israel dies im Alleingang schaffen mußte**" („Bild", 5.7.). Im selben Sinn äußerte sich der Hamburger CDU-Chef Echternach: **„Bedauerlich, daß Frankreich nicht selbst eingegriffen hat"** („Bild", 5.7.) – bei dem entführten Flugzeug handelte es sich um ein französisches ...

Hierbei geht es um nichts weniger als um Stimmungsmache für eine direkte Beteiligung der Bundeswehr und anderer NATO-Armeen an künftigen Aggressionen nach dem Vorbild Israels. Als Schritt hierzu ist auf der diplomatischen Ebene der Vorstoß des BRD-Imperialismus zu werten, eine gemeinsame Initiative der EG-Staaten zustande zu bringen, um in der UNO eine *„gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus"* durchzusetzen. Noch konkretere Schritte sind die Vereinbarungen zwischen deutschen und französischen Imperialisten, die kurz nach dem israelischen Überfall zwischen Schmidt und Giscard sowie zwischen den Innenministern Maihofer und Poniatowski getroffen wurden, über eine engere Zusammenarbeit beider Staaten bei der „Terrorismus-Bekämpfung". Noch weitergehender ist der Vorschlag des FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick: Die Staaten der EG und der NATO sollten durch gemeinsame Spezialeinheiten **„jederzeit zur Aktion bereit"** sein, und zwar **„überall auf der Welt"**! („Welt", 6.7.). Nichts anderes meint auch CSU-Boß Strauß, wenn er *„die zivilisierten Staaten"* zu *„solidarischem Handeln"* aufruft („Welt", 6.7.).

Ein Stück weiter spinnt den Faden der Chef-Kommentator der „Welt", Herbert Kremp, der tagelang einer immer wilderen Kriegshetze die Zügel schießen ließ. Er beklagte, *„im Augenblick"* sei *„wahrscheinlich nur Israel"* zu derartigen Aggressionen in der Lage und müßte daher **„bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus die Avantgarde stellen"**. *„Die Europäer"* seien zwar *„technisch"* zu ähnlichen Überfällen *„durchaus in der Lage"*, aber noch fehle ihnen die *„Moral und die Freiheit"*, mit der Israel ungestraft weltweit seine Verbrechen verüben kann („Welt", 5.7.). Insgesamt müßte aber **„ein Antiterrorismus-Pakt der zivilisierten Staaten"** erreicht werden. Dieser müßte sich richten gegen die von Kremp als *„Seeräuberhäfen"* beschimpften Staaten Südjemen, Uganda, Somalia, Libyen und Algerien, die *„mit Sanktionen, militärische nicht ausgeschlossen, (zu) überziehen"* seien, wobei Kremp die Sowjetunion und die DDR, die er dem *„Helferkreis des Terrorismus"* zurechnet (!), wohl nur aus Gründen des Kräfteverhältnisses nicht gleich mit einbezieht („Welt", 7.7.).

Praktisch läuft das alles darauf hinaus, Länder der „Dritten Welt", die antiimperialistische Befreiungskämpfe unterstützen, zum Freiwild

die antiimperialistische Befreiungskämpfe unterstützen, zum Freiwild

zu erklären und gemeinsame Aggressionen der imperialistischen Staaten gegen sie vorzubereiten.

Dies geht, wie schon während der „Öl-Krise" 1973/74, einher mit rassistischer Hetze gegen die Völker der „Dritten Welt". Dies beginnt bei einer Tage dauernden Hetze gegen Idi Amin (*„Idi Amin benimmt sich wie ein Bandit und muß so behandelt werden"*; „Welt" vom 10.7.) und endet nur vorläufig bei der Forderung, den *„irren Barbar"* Idi Amin aus der UNO auszuschließen („Bild", 10.7.), was sich gegen die Staaten der „Dritten Welt" insgesamt richtet, die für die **„Tollhausatmosphäre"** in der UNO („Welt", 5.7.) verantwortlich gemacht werden.

Die weitere Stoßrichtung zeigt beispielsweise der Wiener „Kurier", der Idi Amin als *„gemeingefährlichen Schwachkopf"* bezeichnet und damit begründet, daß Uganda überhaupt kein *„souveränes Subjekt des Völkerrechts"* sei, also Aggressionen gegen Uganda (und morgen gegen irgendwelche anderen Staaten der „Dritten Welt"!) sowieso erlaubt seien (zitiert in der „Bild" vom 7.7.).

Die „zivilisierte Welt" wurde tagelang den zu „Barbaren" abgestempelten Völkern der „Dritten Welt" gegenübergestellt, um das „Recht" der Imperialisten auf Aggression und Terror zu begründen. Um die Rettung „unschuldiger Menschen" geht es den imperialistischen Massenmördern und Menschenverächtern dabei ganz bestimmt nicht! Es geht ihnen auch nur beschränkt um den Kampf gegen den „Terrorismus", d.h. gegen antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Sondern es geht ihnen g e n e r e l l um ihr „Recht" auf Aggression – zum Beispiel, wenn Staaten der „Dritten Welt" auf den Gedanken kommen sollten, sich gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe zu wehren. Diese Hetzkampagne knüpft somit direkt an die Propaganda während der „Öl-Krise" an, als ja auch schon einmal ganz offen davon gesprochen wurde, die Länder der „Dritten Welt" mit Krieg zu überziehen, falls sie sich weiter der imperialistischen Kontrolle und Ausplünderung zu entziehen versuchen.

Das Teuflische ist, daß diese Kampagne sich diesmal besonders gut hinter dem „menschlichen" Interesse an der Befreiung der Geiseln und der in der faschistischen Vergangenheit begründeten Sympathie für Israel verstecken konnte. Die Imperialisten sind damit ihrem Ziel, „ihre" Völker für kommende Raubkriege vorzubereiten und sich das Instrumentarium dafür zu schaffen, einen weiteren gefährlichen Schritt näher gekommen. Umso wichtiger die Aufgabe der Kommunisten und überhaupt aller Demokraten und friedliebenden Menschen, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen und dem Chauvinismus und der Kriegshetze entgegenzuarbeiten.

Terrorurteil in Jugoslawien

20 Jahre für Genossen Dapcevic

Mit dem erwarteten Terrorurteil wurde Anfang Juli in Belgrad der Prozeß gegen den früheren Partisanenoffizier Vladimir Dapcevic (siehe AK 83, S. 2) beendet: Dapcevic wurde zum Tode verurteilt (!) und diese Strafe dann in 20 Jahre Gefängnis umgewandelt, was angesichts des Alters von Dapcevic (59) auch einem schleichenden Todesurteil gleichkommt.

was angesichts des Alters von Dapcevic (59) auch einem schleichenden Todesurteil gleichkommt.

Vladimir Dapcevic wird vorgeworfen , der Führer einer illegalen Kommunistischen Partei gewesen zu sein. Seit 1974 macht die Tito-Clique eine gnadenlose Jagd auf oppositionelle Kommunisten, denen vorgeworfen wird, dieser illegalen Partei anzugehören.

Nach offiziellen Angaben befinden sich derzeit über 100 Menschen unter dieser Anschuldigung in jugoslawischen Gefängnissen, wobei Strafen zwischen 8 und 15 Jahren die Norm sind!

Dapcevic selbst wurde schon Ende der 40er Jahre vom revisionistischen Tito-Regime als „Stalinist" verfolgt und zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. 1956 freigelassen und 1958 erneut verhaftet, gelang ihm 1959 die Flucht aus Jugoslawien. Seither lebt er im Ausland. Seine Festnahme erfolgte im August vorigen Jahres: Jugoslawische Agenten entführten Dapcevic aus Rumänien, wo er einen Urlaub verbrachte.

Schon seit 1974 hat das Tito-Regime beharrlich und systematisch Dapcevic zum Führer der illegalen Kommunistischen Partei abgestempelt, wofür aber offenbar keinerlei Beweise vorliegen. So fand denn auch der Prozeß gegen Dapcevic aus „gutem" Grund unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Sogar die Urteilsbegründung wird als „geheime Staatssache" behandelt!

Der Verdacht liegt nahe, daß mit der Anschuldigung, der illegalen Kommunistischen Partei anzugehören, j e d e linke Opposition gegen das revisionistische Tito-Regime mundtot gemacht werden soll, mit Urteilen, wie man sie sonst nur aus

das revisionistische Tito-Regime mundtot gemacht werden soll, mit Urteilen, wie man sie sonst nur aus

faschistischen Staaten kennt. Normalerweise wird offenbar nicht einmal dieser ‚Vorwurf' überhaupt bewiesen. Bezeichnend ist auch, daß zur Diffamierung der Linksopposition skrupellose Erfindungen aufgetischt werden. So war es lange Zeit üblich, diese Opposition als „Agenten der Sowjetunion" abzustempeln, die angeblich die Unabhängigkeit Jugoslawiens bedrohen. Seit einiger Zeit wird hingegen behauptet, daß Albanien die Opposition unterstütze. Auch Dapcevic wurde anscheinend vorgeworfen, *„er habe von Albanien finanzielle und organisatorische Hilfe erhalten"* („FAZ", 6. 7. 76). – Albanien seinerseits sah sich schon vor einiger Zeit zu einer peinlichen „Distanzierung" von den jugoslawischen Revolutionären veranlaßt – offensichtlich im Interesse seiner außenpolitischen Annäherung an das Tito-Regime.

Ein beschämendes Schauspiel ist die sonst kaum zu erreichende Eintracht, mit der fast die gesamte Linke – von der DKP bis zu KBW und „KPD/ML", vom SB bis zu den Trotzkisten – die Unterdrückung der jugoslawischen Linksopposition totschweigt.

Solidarität mit den jugoslawischen Genossen!

Skandal!

Regierungsbeamte der BRD besuchen die faschistischen Diktaturen Chiles, Argentiniens und Uruguays!

Am 3.7.76 traten Staatsminister Moersch vom Auswärtigen Amt und Ministerialdirektor Lahn, ehemaliger Botschafter der BRD in Chile, einen Besuch in die faschistischen Diktaturen Chiles, Argentiniens und Uruguays an! Seit dem chilenischen Putsch 1973 ist dies der erste offizielle Besuch einer westdeutschen Regierungsdelegation, abgesehen von den Reisen einiger CDU-Politiker. Moersch will *„sich über die politische Situation in diesen Ländern unterrichten (!) und das Interesse der Bundesregierung an der Zusammenarbeit mit den Staaten Südamerikas unterstreichen"* („Süddeutsche Zeitung", 3.7.76).

Moersch wird unter anderem auch mit dem Henker Pinochet zusammentreffen. Moersch erklärte dazu, daß er *„die Reise aus der ideologischen Diskussion herausrücken"* wolle, denn *„wir sind keine Missionare"* („SZ", 3.7.76).

Am 6.7. überreichte Moersch Pinochet eine Liste von 26 politischen Häftlingen in Chile, darunter auch ehemalige Minister der UP-Regierung. Die BRD erklärte sich bereit, diese Gefangenen aufzunehmen. Pinochet antwortete, wann die Gefangenen freigelassen werden, stehe nicht fest. Nach dem Gespräch erklärte Moersch, die *„chilenische Wirtschaftspolitik habe sich als erfolgreich erwiesen"* („Frankfurter Allgemeine", 7.7.76)

Mit diesen zynischen Erklärungen schickt sich die SPD-Regierung an, nun auch offiziell mit den faschistischen Diktaturen zusammenzuarbeiten, unter „Ausklammerung" der politischen Verhältnisse in diesen Ländern. Worum geht es bei den Gesprächen in Chile? Vor allem um einen neuen Hermeskredit und Lockerung der Kreditbestimmungen, um die bisher nicht gezahlten 15 Mio. DM „Entwicklungshilfe" und um die Einrichtung eines Herz-Lungen-Zentrums im Werte von 60.000 Dollar. Ferner dürften auch Kupferlieferungen eine Rolle spielen („FA", 5.7.76).

Damit steht die SPD-Regierung hinsichtlich der freundschaftlichen Beziehungen zu faschistischen Diktaturen der CDU/CSU in nichts nach.

Lateinamerika-Kommission

Fortsetzung von Seite 1

Weg mit dem Extremistenerlaß!

Als Antwort auf die Ausschluß-Drohungen wurde sowohl von den Kollegen des „Streik-Info" eine Stellungnahme verteilt, als auch von den Betroffenen ein Offener Brief an Ortsvereinsvorstand in Hamburg erstellt.

Darin wird übereinstimmend gefordert, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse weg müssen. Bei Broschek, wo allein vier Mitglieder vom Ausschluß bedroht sind, beschloß der Vertrauenskörper eine Stellungnahme mit der Forderung nach „Streichung der Abgrenzungsbeschlüsse". Darin wird eindeutig festgestellt, daß **die betroffenen Kollegen sich aktiv** im Streik für die Forderung der Kollegen eingesetzt haben. Die Stellungnahme kam sogar mit Zustimmung auch rechterer Kollegen zustande. Ebenfalls wurde eine Unterschriftensammlung beschlossen, die inzwischen angelaufen ist.

Bei Springer (Ahrensburg) wurde auf einer Belegschaftsversammlung gefordert, die Stellungnahme der Broschek-Kollegen vorzulesen, was aber von den SPD-Fürsten abgeblockt wurde. Bei Bauer wurde auf einer Betriebsversammlung ebenfalls gegen die Ausschlußanträge protestiert.

Wir werden in der nächsten Nummer ausführlicher über die Solidaritätsaktionen berichten.

Polizeiführung als Komplizen von Vorster

Bei der Demonstration am 24. Juni in Hamburg gegen den Besuch von Vorster und Kissinger in der BRD wurde in den ersten Reihen des Zuges eine große Vorster-Puppe mitgeführt, die Hamburger Anti-Imperialisten angefertigt hatten. Sie trug um den Hals ein Schild mit der Aufschrift: *„Ich bin Vorster und habe gerade über 100 Menschen ermorden lassen!"* (siehe nebenstehendes Bild).

Wegen dieser Aufschrift wandte sich bereits zu Beginn der Demonstration der polizeiliche Einsatzleiter an den Leiter der Demonstration und forderte ihn auf, dieses Plakat zu entfernen, da es sonst zu einer Anzeige kommen könne. Auf die Frage, was die Polizei an diesem durchaus zutreffenden Text auszusetzen habe, kam die Antwort: „Genau weiß ich das auch nicht; ich bin eben darauf hingewiesen worden, daß die Aufschrift gegen verschiedene Paragraphen verstößt, die sehr selten angewendet werden und deren Inhalt ich nicht kenne". Der Demonstrationsleiter entgegnete darauf, er werde sich dadurch keinesfalls einschüchtern lassen. Einer Anzeige in diesem Zusammenhang sehe er gelassen entgegen.

Damit schien die Sache zunächst erledigt.

Inzwischen hat der Demonstrationsleiter allerdings eine Ladung von K 421 (Politische Polizei) mit dem



Dienststellenzeichen K 421/4241/76 erhalten, in der ihm mitgeteilt wird, daß gegen ihn Ermittlungen wegen „Beleidigung pp. (Aufzug am 24.6.76)" von K 421 durchgeführt werden. Unterzeichnet ist diese Ladung von einem gewissen Jörs.

Es ist wohl klar, daß hier nicht ein kleiner übereifriger Bulle, der von seinem Vorgesetzten gelobt werden möchte, am Werk ist, sondern daß es sich um eine Maßnahme der Polizeiführung in Übereinstimmung mit dem Hamburger SPD/FDP – Senat handelt.

Hätte es noch eines Beweises bedurft, die offene Komplizenschaft der SPD-Führung mit den Faschisten in Südafrika zu beweisen – die Hamburger Polizeiführung hätte ihn hiermit geliefert. Die tiefe Verbeugung der Hamburger Polizeiführung vor den Völkermördern in Pretoria enthüllt außerdem ein weiteres Mal, wie weit die Entrechtung in der BRD bereits gediehen ist, wenn es Paragraphen gibt, die es verbieten, daß ein Mörder Mörder genannt wird.

Wir werden jedenfalls nicht aufhören, den Faschisten und Rassisten Vorster öffentlich für seine Taten verantwortlich zu machen. Auch wenn seine Kumpane im Hamburger Rathaus ihre Justiz und ihre Politbullen gegen uns hetzen!

Bezirksorganisation Harburg

Krieg gegen die 'Dritte Welt'?

beschimpften Staaten Südjemen, Uganda, Somalia, Libyen und Algerien, die *„mit Sanktionen, militärische nicht ausgeschlossen, (zu) überziehen"* seien, wobei Kremp die Sowjetunion und die DDR, die er dem *„Helferkreis des Terrorismus"* zurechnet (!), wohl nur aus Gründen des Kräfteverhältnisses nicht gleich mit einbezieht („Welt", 7.7.).

Praktisch läuft das alles darauf hinaus, Länder der „Dritten Welt", die antiimperialistische Befreiungskämpfe unterstützen, zum Freiwild

Terrorurteil in Jugoslawien

20 Jahre für Genossen Dapcevic

Mit dem erwarteten Terrorurteil wurde Anfang Juli in Belgrad der Prozeß gegen den früheren Partisanenoffizier Vladimir Dapcevic (siehe AK 83, S. 2) beendet: Dapcevic wurde zum Tode verurteilt (!) und diese Strafe dann in 20 Jahre Gefängnis umgewandelt, was angesichts des Alters von Dapcevic (59) auch einem schleichenden Todesurteil gleichkommt.

Öffentlichkeit statt. Sogar die Urteilsbegründung wird als „geheime Staatssache" behandelt!

Der Verdacht liegt nahe, daß mit der Anschuldigung, der illegalen Kommunistischen Partei anzugehören, j e d e linke Opposition gegen das revisionistische Tito-Regime mundtot gemacht werden soll, mit Urteilen, wie man sie sonst nur aus

'Modell Deutschland'

SPD-Wahlkampf, chauvinistisch und verlogen

„Deutschland, Deutschland über alles ... " diese (Kata)strophe aus dem „Deutschlandlied" hat es der SPD-Führung offenbar sehr angetan. Trifft man jetzt auf einen SPD'ler oder auf einen Juso, man erkennt ihn an einer Plakette mit geschwungen angeordneten Schwarz-Rot-Gold, darüber, als Aufschrift mit goldenem Untergrund die Buchstaben SPD.

„Krawatten, Sonnenschirme, Luftballons, Paper-Jackets, Bälle, Mützen, Bierfilze und Badetücher sowie eine Vielzahl weiterer Artikel werden angeboten, die alle die Farben Schwarz-Rot-Gold aufweisen ... Sie kommen besonders verwirrend auf einem Bikini zur Geltung, von dem das Referat Werbetechnik beim Vorstand der SPD behauptet: ‚Wird der Knüller der Saison' " („Südd. Ztg.", 21.6.76).

Daß dieser offen zur Schau getragene Nationalismus nicht etwa das Produkt einiger spinnerter „Werbetechniker" ist, bewiesen die SPD-Größen auf ihrem kürzlich abgehaltenen Dortmunder Wahlparteitag. *„Einer der wenigen kontrovers diskutierten Anträge"*, der darauf abzielte, *„allen ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik die Gleichstellung mit den Ausländern aus der Europäischen Gemeinschaft zu verschaffen"* wurde a b g e l e h n t („FAZ", 21.6.76)!!

Offenbar versucht die SPD die CDU in Sachen Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus noch zu übertreffen.

„Weiterarbeiten am Modell Deutschland"

heißt der Titel des auf dem Dortmunder Wahlparteitag verabschiedeten „Regierungsprogramm 1976-80". Mit was sich die Sozialdemokraten da nicht alles brüsten: *„In fünf wichtigen Bereichen ist unser Land zu einem Modell geworden (1) Aktive Friedenssicherung und erfolgreiche Verständigungspolitik (Wir Sozialdemokraten sichern den Frieden durch eigenes Handeln); (2) Hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Der soziale Friede darf nicht aufs Spiel gesetzt werden!); (3) Unser dicht geknüpftes Netz der sozialen Sicherung verbürgt soziale Stabilität (Soziale Sicherung gewährleistet sozialen Frieden im Innern); (4) Ohne Solidarität gibt es keine wirkliche Freiheit für den einzelnen Menschen. Wir machen damit Ernst. (Freiheit des einzelnen gibt es nicht ohne innere Sicherheit)"* und schließlich *„(5) Unsere beharrliche Politik stetiger Reformen (Weil wir rechtzeitig für Reformen kämpften können wir heute alle sicherer leben)"* (alle Zitate aus dem „Regierungsprogramm").

Wenn diese frommen Sprüche keine bewußte Täuschung der Wähler sind, was dann? Ihre ganze Wahlwerbung bauen die Sozialdemokraten darauf, daß die Bevölkerung dumm und vergeßlich ist. Im Wahlkampf 1972 hieß eine ihrer Parolen, *„Wer heute für Reformen kämpft, kann morgen sicher leben"*. Nun wollen sie uns weismachen, daß wir jetzt „sicherer" leben können, da die SPD „rechtzeitig für Reformen kämpfte". Als Beweis dafür müssen alle diejenigen „Reform"-Mißgeburten herhalten, die die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung zur Welt gebracht hat: die „Reform" des Paragrafen 218, die „Reform" des Ehe- und Familienrechts, die „Reform" des Bodenrechts.

Diese Maßnahmen der Bundesregierung haben mit „Reformen", d.h. mit gesellschaftlichen Veränderungen zugunsten der Werktätigen nicht nur nichts zu tun, sondern sie haben im Gegenteil zu einer erheblichen Verschlechterung (ökonomisch und politisch) der Lage der Werktätigen geführt.

Statt einer „aktiven ‚Friedenssicherung und erfolgreichen Verständigungspolitik " hat die SPD in der Regierung Bürgerkriegstruppen aufgebaut, hat das Militär zu einer waffenstrotzenden bis an die Zähne gerüsteten Armee gemacht, die alljährlich Milliarden verschlingt und unterhält die besten Beziehungen zu faschistischen Regimes (z.B. Südafrika, Iran, Chile, Süd-Korea, Indonesien). Statt einer „Sozialen Sicherung" haben sich gerade die „Öffentlichen Arbeitgeber", als Vorreiter für drastische Lohnraubabschlüsse gezeigt. Der Abbau des Wohngeldes, das Aufheben der ‚kleinen Lernmittelfreiheit', das Schließen von Kindergärten, die ganze „Spar"politik haben tatsächlich zu einer „hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit" für die Kapitalisten geführt, denen die Gelder über „Investitionshilfen" und „Konjunkturspritzen" nur so in den Rachen geschmissen wurden!

Statt einer „beharrlichen Politik stetiger Reformen" hat die SPD in der Regierung von Anfang an bewußt auf einen beharrlichen A b b a u der „Lebensqualität", auf einen A b b a u der politischen Rechte, der wirtschaftlichen und der sozialen Leistungen hingearbeitet. Das einzige, was die SPD tatsächlich ausgebaut und „reformiert" hat, ist die Polizei, das Militär, das Spitzelwesen. Brüsten können sich die Sozialdemokraten (siehe die o.a. Zitate aus dem „Regierungsprogramm") allerdings mit ihrem Beitrag zum „sozialen Frieden" in der BRD und mit der „inneren Sicherheit" *(„Wir haben nicht nur darüber geredet. Wir haben viel dafür getan.")*. Das ist das ganze „Modell Deutschland"!

Die Menschen über diesen wahren Charakter der sozial-liberalen Politik zu täuschen ist auch diesmal wieder Aufgabe des SPD- und Juso-Wahlkampfes.

„Die Rechnung geht auf. Die Vorhaben, die von den sozialdemokratischen Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt in ihren Regierungserklärungen angekündigt wurden, werden termingerecht eingelöst. Die Sozial-liberale Koalition hat Wort gehalten.
Sämtliche angekündigten wichtigen Reformen hat der Deutsche Bundestag verabschiedet".
(Herbert Wehner zitiert am 24.6. im Kölner „Express")

Das „Modell Deutschland" – eine Schöpfung von Schmidt, Wehner und Otto A. Friedrich

Es verwundert wenig, daß die schwarz-rot-goldene Wahlkampfführung eine gemeinsame Erfindung von Kapitalistenbossen und SPD-Führern ist. Kanzler Schmidt hat sich persönlich gegen den „Vorwurf" der CDU-Opposition, das „Modell Deutschland" stamme aus der Feder eines Kapitalisten-Chefs, vor dem Bundestag gewehrt.

„Sie haben einen Freund von mir zitiert, einen Mann, mit dem ich 25 Jahre lang persönlich eng befreundet war (!), übrigens auch Herbert Wehner. Wir haben ... viele, viele Abende gemeinsam philosophiert, über Politik gesprochen. Es war bisweilen auch der eine oder andere Ihrer Parteifreunde dabei. Ich spreche von Otto A. Friedrich (Vorgänger des Präsidenten des „Bundes Deutscher Arbeitgeber", Schleyer – d.Red.). *Sie haben gemeint, der in unserem Regierungsprogramm für die nächsten vier Jahre enthaltene Ausdruck ‚Modell Deutschland' ... sei eigentlich einem Vortrag von Otto A. Friedrich entnommen ... Sie irren sich ... In Gesprächen mit Otto A. Friedrich haben wir diesen Gedanken gemeinsam entwickelt* (!!) ... (Kanzler Schmidt in der letzten Haushaltsdebatte vor dem Bundestag).

Insofern ist auch das Herauskehren *„unserer schwarz-rot-goldenen Tradition"* (Brandt nach „FR", 21.6.76) nicht weiter verwunderlich. Leute, die sich seit Jahrzehnten die Verteidigung des Kapitalismus gegen links auf ihre Fahnen geschrieben haben, müssen Chauvinisten, Agenten des herrschenden Monopolkapitals sein.

An diesen wie auch an vielen anderen Punkten sind die Unterschiede zur CDU herzlich gering. Manchmal will es scheinen, als wenn die SPD die CDU noch in Sachen Konservatismus zu übertreffen suche.

Die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und CDU, die sich z.B. in der erst vor kurzem (gegen den Widerstand vieler Sozialdemokraten) gebildeten „Großen Koalition" in Marburg zeigen, betonte auch Kanzler Schmidt, der *„überhaupt keinen Zweifel lassen* (will), *daß ich mit Leuten wie Rainer Barzel* (der das „Mißtrauensvotum gegen Ex-Kanzler Brandt gestellt hatte! – d.Red.), *Hans Katzer, Leisler-Kiep, um ein paar Namen zu nennen, überhaupt keine Schwierigkeiten sehe, gemeinsame Gesetze zu machen."* *„Auf lange Frist"* schließt Schmidt auch eine Neuauflage der „Großen Koalition" nicht aus (nach „Spiegel", 5.4.76)! ...

Brandt: „Wer nicht wählt, wählt Strauß"!

Die „Hauptsorge" der SPD besteht nach Brandt darin, *„daß wir unsere Wähler am 3. Oktober auch wirklich alle an die Wahlurne kriegen"* (Brandt auf der Abschlußkundgebung des Wahlparteitages, nach „Hamburger Morgenpost" -Mopo- 21.6.76).

Diese „Hauptsorge" erfüllt uns mit Freuden. Offenbar gehen auch die SPD-Führer davon aus, daß ein Teil derjenigen, die bisher SPD gewählt haben, diesmal gar nicht erst den Gang zur Urne antreten wollen bzw. sich eine Wahl links von der SPD überlegen.

Mit dem ihm eigenen Pathos rief Brandt vor dem Dortmunder Parteitag: *„.... sagt es den Freunden draußen: Wählt, wählt, wählt! Gebt nicht der kleinen Schwäche* (? !) *nach und denkt, das wird schon klappen ..."* („SZ", 21.6.76).

Eine Partei, die so offen die Interessen des Monopolkapitals vertritt und so hemmungslos die Ausplünderung und politische Entrechtung der Werktätigen betrieben hat wie die SPD, muß natürlich befürchten, nicht genügend Stimmen für eine erneute Regierungsbildung zusammen zu bekommen. Gerade deshalb versuchen die SPD-Führer ihre Partei mal wieder als das „kleinere Übel" gegenüber der CDU/CSU hinzustellen. Brandt: *„Ich sage, wer nicht wählt, wählt Strauß"* („SZ", 21.6.76). Lassen wir uns davon nicht täuschen!

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

Nicht auf's Parlament vertraun', auf die eigenen Kräfte baun'!

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Saalschutz" bei CDU und SPD

Die sozialdemokratisch orientierte „Frankfurter Rundschau" zitierte in ihrer Ausgabe vom 28.5.76 aus einem 20-Seiten-„Regiebuch", das die CDU auf ihrem letzten Parteitag an ihre Funktionäre verteilen ließ. Das „Regiebuch" enthielt detaillierte Ratschläge, wie die Vorkämpfer für ein „freiheitliches Deutschland" mit Andersdenkenden – in der Parteiensprache: „Störern" – auf Wahlkampfveranstaltungen fertig werden:

Erster Punkt: Eine *„sorgfältige Vorbereitung"*. *„Strategisch wichtige Platzbereiche für ausgesuchte Teilnehmer ... belegen"*. Strategisch wichtig sind die Plätze *„bei den Lichtschaltern"*, *„rund um die Saalmikrophone"*, die *„Außenplätze an den Gängen und Türen"* und *„letzte Stuhlreihen"*, *„Balkone, Brüstungen, Emporen"*.

In unmittelbarer Nähe der Versammlungsleitung sollten *„unbedingt Parteifreunde plaziert"* werden. Außerdem empfiehlt die CDU Lautsprecherverstärkeranlagen, die *„ohne Pfeiftöne höhergezogen werden und eventuelle Störer übertönen können."*

Zweiter Punkt: Auf der Veranstaltung *„Störer aus der Anonymität herausholen, Störer fotografieren lassen, Namen nennen, lächerlich machen."* Wenn das nichts nützt, die *„Störer verwarnen"*, *„dreimal"*, dann *„Saalverweisung der Störer"*. Die letzte Stufe ist die Saalräumung durch die Polizei. *„Polizei und Ordner sollten zwar in ausreichender Zahl vorhanden sein ..., aber ‚nicht mehr als unbedingt nötig in Erscheinung treten'"*.

Soweit der Bericht von Wilfride Herz in der „FR". Weshalb aber verschweigen Herz und die „FR" die entsprechenden Anweisungen an die SPD-Funktionäre, die zum Teil in verblüffendem Maße ähnlich abgefaßt bzw. wortgleich sind? So heißt es in dem *„Handbuch für Sozialdemokraten, SPD"* (Februar 1976):

„Im Wahlkampf sollte nur auf erfahrene und bewährte Versammlungsleiter zurückgegriffen werden." „Nerven und Stimmkraft sind dafür notwendige Eigenschaften". Ordner sollten *„umsichtige Freunde"* sein. *„Es empfiehlt sich, nicht alle für den Ordnereinsatz vorgesehenen Personen von vornherein als Ordner zu kennzeichnen ..."*

„Bei der Vorbereitung der Versammlung ist rechtzeitig mit den zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen. Bei ihnen können Informationen über etwa geplante Störaktionen eingeholt werden (!). Die SPD hat Anspruch auf Schutz ihrer Veranstaltungen durch den Staat. Der Versammlungsleiter wird gemeinsam mit dem Leiter der Ordner alle Maßnahmen des notwendigen Polizeischutzes ... rechtzeitig mit den verantwortlichen Polizeibeamten besprechen. Die Polizei sollte nicht mehr als erforderlich sichtbar in Erscheinung treten."

Wie bei der CDU sind *„Mikrofone und Lautsprecher ... so zu installieren, daß Versammlungsteilnehmer nicht an die Kabel herankommen." „Lichtschalter und Sicherungskästen müssen geschützt werden." „Loyale Versammlungsteilnehmer"* sind rechtzeitig vor Beginn der Veranstaltung *„zur Besetzung wichtiger und besonders gefährdeter Plätze"* einzulassen. Auf den Veranstaltungen wird es als *„in der Regel zweckmäßig"* empfohlen, Störversuche *„zunächst durch psychologisch geschickte Einwirkung ... zu neutralisieren (z.B. ... namentliche Nennung, der Lächerlichkeit preisgeben ...)"*. Der Versammlungsleiter *„kann das Wort entziehen ... wenn Vertreter links- oder rechtsextremistischer Parteien die Versammlung der SPD als Forum für ihre Propagandatiraden mißbrauchen wollen"*. Das ist schon starker Tobak. Wer hemmungslos demagogische Propagandatiraden gleich kübelweise über die Zuhörer ausschüttet, sind doch die Funktionäre der großen Parteien, hier die SPD-Führer selbst, die im diesjährigen Wahlkampf mit dem „Modell Deutschland", mit dem Aufschwung für die Kapitalisten, mit der „inneren Sicherheit", mit dem „sozialen Frieden im Innern" usw. werben!

Und um dies Geschäft in Ruhe besorgen zu können, werden auch von den SPD-Führern Polizeieinsätze für nötig gehalten: *„Wir dürfen uns nicht scheuen, die Polizei zum Schutz (?!) unserer Versammlungen einzusetzen."*

Auf die Bedeutung der *„ständigen Verbindung zwischen Versammlungsleiter und Polizei wird nochmals hingewiesen."*

„Beweismaterial ist sicherzustellen (z.B. Plakate ..., Flugblätter ...). Die Personalien der Störer ... sind festzuhalten." „Fotografieren und Filmen von Störergruppen dienen der Beweissicherung und auch der Entlastung der Ordner, da Störer später behaupten können, sie seien beim Hinausweisen grundlos (?!) mißhandelt worden (!)."

Soweit die *„Praktischen Hinweise zur Durchführung von öffentlichen Versammlungen"* der SPD. Wie man sieht, bereiten die CDU/CSU und SPD gleichermaßen gewaltsame Konfrontationen auf ihren Veranstaltungen vor

Dies zu wissen ist wichtig sowohl für die organisierte Linke (die zu Protesten auf oder vor solchen Veranstaltungen aufruft) als auch für einzelne Demokraten (die meinen, auf solchen Veranstaltungen ihrem Unmut „Luft machen" zu können).

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Duisburg, 12.Dezember 1974: Um den Auftritt von Strauß & Co. im Wahlkampf gegen den Protest von Antifaschisten abzuschirmen, rückten Hundertschaften von Bereitschaftspolizei an. So soll es auch im bevorstehenden Bundestagswahlkampf aussehen, nach dem Willen von Strauß, Schmidt & Co.

CSU-Wahlparteitag
Freibier statt Sozialismus

Höhepunkt des diesjährigen CSU-Wahlparteitages Ende Juni war wiederum der traditionelle Freibier-Abend im Münchener Hofbräuhaus, wo die Chefdemagogen beider Unionsparteien einschließlich Kohl und Biedenkopf sich gegenseitig bei der „Untermauerung" der Hetzparole „Freiheit statt Sozialismus" zu übertreffen suchten.

Nach der Durchsetzung der Strauß-Linie auf dem Hannoveraner CDU-Parteitag wurde der dort ausgegebene reaktionäre und aggressive Kurs bestätigt und die „Geschlossenheit und Stärke der Unionsparteien" („Bayernkurier". 3.7.76) demonstriert.

Zur Bestätigung der internationalen Zusammenarbeit der christdemokratischen Konterrevolution waren auch in München Gastredner aus Österreich, Südtirol (!), Italien, Portugal, Frankreich und Spanien aufgeboten worden.

Der eigentliche Wahlparteitag (Wahl des Vorstands!) hingegen bewies erneut die Verkommenheit dieser bürgerlich-nationalistischen Partei, die politisch nach dem Führerprinzip funktioniert. Bis auf die „Heubl-Affäre" gab es für die Delegierten nichts zu diskutieren geschweige denn zu entscheiden: Alle Anträge wurden ohne Diskussion an die Ausschüsse verwiesen, der Vorstand nach der Regie von StrauSS und Tandler bestätigt und der Rechenschaftsbericht von StrauSS bejubelt.

Dieses pseudo-„demokratische" Schauspiel mit Bier und Trachtenanzug hatte nur zum Ziel, das wahre Gesicht dieser Partei zu verdecken, deren Politik allein vom Wirtschaftsrat der Union und dem 1. Vorsitzenden, Frans Josef StrauSS bestimmt und über die Bezirksbevollmächtigten durchgesetzt wird.

Innerparteiliche Demokratie à la CSU: Ein Strauß-'Opponent' wird fertiggemacht

Als deutliche Warnung an alle CSU-Parteimitglieder, die nicht jederzeit vorbehaltlos und aktiv den Strauß-Kurs mittragen wollen, wurde jüngst die sogenannte „Heubl-Affäre" inszeniert.



Heubl prostet unterwürfig dem triumpfierend grinsenden Strauß zu. Was für ein Sumpf!

Heubl, bayrischer Staatsminister in Bonn und stellvertrender Parteivorsitzender, gilt als Strauß-Opponent. Ausgangspunkt der „Affäre" ist ein angebliches Heubl-Zitat, in dem er sich abfällig über Strauß' Trinksitten und Benehmen geäußert haben soll.

1. Akt der Demütigung Heubl's

Strauß benennt Heubl als Zeugen für einen Prozeß gegen die Verlage, die das Heubl-Zitat publiziert hatten: Heubl soll bestätigen, daß er diese Äußerung nicht gemacht hat.

2. Akt: Der Kniefall

Am Vorabend des Parteitags wird Heubl gezwungen, eine „Ehrenerklärung" für Strauß abzugeben, Heubl rettet seine Wiederwahl durch einen demonstrativen Kniefall: *„Es ist nach meiner Überzeugung das Verdienst von Franz Josef Strauß ..., alle politischen Kräfte zu einem gemeinsamen Wollen zusammengefaßt und aus der CSU eine moderne Volkspartei gemacht zu haben ..."* („Süddeutsche Zeitung", 26./27.6. 76).

3. Akt: Der Fußtritt

Noch auf dem Wahlparteitag selbst zirkuliert ein 70-seitiges „Dossier", in dem Heubl nach allen Regeln der Verleumdung fertiggemacht wurde. Heubl sei *„bodenlos faul"*, er *„bedürfe während des Tages ... eines langen Nachmittagsschlafes, für den er in Decken gehüllt werden müsse"* („SZ", 3./4.7.76).

Neben solchen Tiefschlägen wurden auch Vorwürfe erhoben, die Rückschlüsse auf die politische „Moral" in der CSU insgesamt zulassen: Heubl lasse seinen Dienstapparat zu *„80% für H. persönlich und seine Familie"* arbeiten, aber zu null Prozent für die Partei!

Es spricht viel dafür,. daß ein Großteil der „Information" von Strauß selbst stammen.

4. Akt: Die Schmierenkomödie

Trotz gegenseitiger Klageandrohungen, Ehrenerklärungen und erneuten Verdächtigungen ist der Zweck des Theaters erfüllt: Mit Heubl ist ein angeblicher Strauß-Opponent in den eigenen Reihen öffentlich zum Hanswurst degradiert worden. Man kann gespannt sein, was in diesem Hickhack noch alles an „innerparteilicher Demokratie" ans Tageslicht gefördert wird.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

C.A.R.P. – „Vereinigungskirche". Klerikalfaschistische Wahlhelfer der CDU/CSU

Massive Schützenhilfe aus dem klerikalfaschistischen Lager erhält die CDU/CSU von Seiten der C.A.R.P. – „Vereinigungskirche", der stramm antikommunistischen, weltweit organisierten Sekte des südkoreanischen „Ginseng"-Kapitalisten Moon:

Am 21. Mai – also zur Zeit des CDU-Parteitages in Hannover, auf dem die Parole „Freiheit statt Sozialismus" verabschiedet wurde – führte die C.A.R.P. in Hildesheim eine Kundgebung durch unter der Losung: **„Am 3. Oktober – Freiheit oder Sozialismus"**. Kernpunkte der Kundgebung waren Sätze wie: *„Wir können unser Land vor dem unheilvollen Sozialismus marxistischer Prägung bewahren, wenn wir am 3. Oktober dafür sorgen, daß christliche Männer die Geschicke unseres Landes in die Hand nehmen."*

Getreu dem Vorbild von NPD und CSU wurden die Greuelmärchen von Wehner als der „Marionette Moskaus" und Brandt als „Verräter des deutschen Volkes" aufgetischt.

In diesem Fall konnten die C.A.R.P.-Faschisten, die sonst nach allen Erfahrungen nie ohne besondere Schutzmaßnahmen ihre Propaganda betreiben, von empörten Antifaschisten verscheucht werden.

Anfang Juli, auf dem vorläufigen Höhepunkt der „Volksfront"-Propaganda der reaktionären Presse, verteilte die C.A.R.P. bundesweit ein Flugblatt (1 Million Auflage) mit dem Titel: **„Gott muß zurück nach Europa"**.

Diese Übereinstimmung mit der Propaganda der CDU/CSU ist kein Zufall. Schon am 9.1.75 berichtete der Westberliner Extradienst von Kontakten zwischen CDU-Politikern zu einer der C.A.R.P. angeschlossenen „Liga gegen den Kommunismus", und zumindest in Frankfurt sind Fälle von direkter Zusammenarbeit von C.A.R.P. und Junger Union bekanntgeworden.

Verbunden mit der jüngsten Verteilungsaktion war eine Sammlung für die „christliche Jugendhilfe" (oder so ähnlich), mit der die C.A.R.P. ihre braune Propaganda besser an den Mann bringen und außerdem ihre Kassen füllen will. Offenbar von solchen „Spenden" hat Sektenführer Moon eine Beteiligung an der US-Bank „Diplomat National" finanziert, die jetzt Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung in den USA ist. („Welt", 21.6.76).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg





- Europa wird vom gottlosen Kommunismus bedroht. Unser Vaterland befindet sich in außerordentlicher Gefahr.
- Der Kommunismus greift nicht nur vom Osten und Norden (Rote Armee und Flotte) an, sondern auch durch Volksfronten im Westen und Süden,
- – durch unvorstellbare Unterwanderung und Spionage, Pornographie und Drogen im Innern,
- – durch zunehmende Verantwortungslosigkeit und Irreführung in Regierung und Volk,
- – durch Meinungsmanipulation in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

SS-Obersturmbannführer bringt CDU/CSU- Außenpolitik auf Kurs

„Wenn es weiter so geht, wird der deutsche Bundeskanzler eines Tages zu entscheiden haben, was er zu tun hat, wenn z.B. französische Soldaten unter der Führung kommunistischer Generäle eventuell in ‚brüderlicher Zusammenarbeit' mit kubanischen oder rumänischen Einheiten an der Maginot-Linie Manöver abhalten. Oder wenn in den Nato-Ausschüssen italienische Kommunisten sitzen und natürlich beteuern, daß sie Moskau nur als einen geographischen Begriff kennen. Soll er tun, als ob nichts geschähe? Soll er die Siegfried-Linie erneuern lassen? Soll er den italienischen Nato-Partnern deutsche Verteidigungspläne der Bundeswehr vorlegen? Oder besser nicht?"

Diese unverhüllt chauvinistische Hetze ist der Kern einer Rede von Hermann F. Achminow, die CDU-MdB und SS-Mann Otto Freiherr von Fircks seinen „Kollegen" als „Anregung" wärmstens empfiehlt. In der Konsequenz rechtfertigt diese Hetze auch eine militärische Intervention in den „Partner"-Staaten der EG, wenn es um die Durchsetzung der imperialistischen Großmachtpläne der BRD-Kapitalisten geht. Es sei nur daran erinnert, daß der faschistische Putsch 1967 in Griechenland nach Nato-Plänen („Prometheus") erfolgte und auch für alle anderen Länder solche Pläne existieren.

Diese Stoßrichtung ist heute der offizielle Inhalt der CSU-Außenpolitik. Achminow war der unbestrittene Star einer Tagung des Arbeitskreises „Deutschland- und Außenpolitik" der CSU gemeinsam mit der „Union der Vertriebenen", auf der die Parole „Freiheit oder Sozialismus" für diesen Bereich konkretisiert wurde.

Wohin die Parole „Freiheit oder Sozialismus – international" führt, hat Achminow mit dem Titel seines Buches programmatisch ausgeführt: **„Auf dem Weg zum III. Weltkrieg".**

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Otto Freiherr von Fircks
Mitglied des Deutschen Bundestages

53 Bonn 2.6.1976
Bundeshaus
Fernruf 16 34 80

privat:
3001 Isernhagen F.B.
Hauptstraße 129
Fernruf (05136) 3664

An die
Mitglieder der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege !

Erlauben Sie bitte, dass ich Sie auf den beiliegenden Artikel von Herman F. Achminow

"Rückkehr zur Wirklichkeit/
Die Alternative zur Bahr/Brandt'schen Entspannungspolitik",

veröffentlicht im "Rheinischen Merkur", Nr.22 vom 28.5.1976, aufmerksam mache.

H.F. Achminows These "Rückkehr zur Wirklichkeit" als Alternative zur Bahr/Brandt'schen Entspannungspolitik ist propagandistisch und sachlich fast so wirksam wie "Freiheit statt Sozialismus". Man stelle sich die Reaktion der Koalition auf einen CDU-Kongress über die Aussenpolitik unter dem Motto "Rückkehr zur Wirklichkeit" vor, zumal diese These den Willen zur echten Entspannung enthält, aber den Illusionismus - die grösste Sünde der Koalition - bloßlegt.

Der Artikel von Achminow ist ein Programm das sein Ende 1975 erschienenes Buch "Auf dem Weg zum III. Weltkrieg" (Europrisma-Verlag,Hagen) ergänzt. In diesem Buch zeigt A., dass - wie es auch schon im "Rheinischen-Merkur"-Artikel heisst - "die Bahr-Brandt'sche 'Entspannungspolitik' de facto als Politik der Ermunterung des Aggressors, vergleichbar mit der Politik Englands und Amerikas gegenüber Hitler in den 3o er Jahren bewertet werden muss."

Nicht alle Thesen und Definitionen von H.F. Achminow entsprechen meiner Auffassung, aber ich bin sicher, dass seine Gedanken anregend und nützlich für die eigenen Überlegungen und für alle Gespräche und Diskussionen sind.

Mit freundlichen Grüssen

Bundestagsabgeordnete machen sich für Kriegsverbrecher stark!

232 Bundestagsabgeordnete aller drei im Bundestag vertretenen Parteien haben an den italienischen Staatspräsidenten Leone einen „Apell" gerichtet, in dem sie die Freilassung der zu lebenslänglicher Haft verurteilten Kriegsverbrecher Kappler und Reder fordern!

Kappler war während des Krieges Polizeichef von Rom. Er ist verurteilt worden, weil er „mehr Geiseln als vorgesehen" („Weser-Kurier", 30.6.) erschießen ließ.

Reder, im Krieg Major der Hitler-Armee, trägt die Verantwortung für die Erschießung italienischer Zivilisten. Beide sind also nicht deshalb verurteilt worden, weil sie im Dienste der Faschisten und in deren Auftrag Kriegsverbrechen begangen haben (Erschießen von Geiseln, bzw. von Partisanen), sondern nur, weil sie darüber hinaus selber Mordbefehle gegeben haben!

Die „Initiative" der 232 Bundestagsabgeordneten geht zurück auf: Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein (CDU), Adolf Scheu (SPD) und Torsten Wolfgramm (FDP). SPD-Adolf (!) Scheu hetzt in offen faschistischer Weise gegen die Kreise in Italien, die sich konsequent gegen die Freilassung der Kriegsverbrecher wehren.

Scheu meint: *„Das Verhalten"* (der italienischen Behörden) *„sei unbegreiflich, weil lediglich ein kleiner Zirkel italienischer Widerstandskämpfer und ein kleiner jüdischer Kreis in Rom gegen die Freilassung seien"* (!) („WK", 30.6.)!

Weiterhin kündigte Scheu ein ähnliches Vorgehen der Bundestagsabgeordneten im Falle der drei in Holland inhaftierten „Kriegsgefangenen" an. Persönlich will sich Scheu auch für die Freilassung des „Führer-Stellvertreter" Heß einsetzen!

KB/Gruppe Bremen

CDU/CSU baut an einer neuen Dolchstoßlegende

„Europa vor der Entscheidung" („Bayernkurier", 19.6.76) *„Volksfront – das Ende Europas?"* (Serie in der „Welt") *„Der europäische Sozialismus ist eine Gefahr für die Freiheit"* (Barzel in der „Welt" vom 9.6.76) – mit diesen und ähnlichen Parolen entfachen CDU/CSU gegenwärtig eine breite antikommunistische und nationalistische Hetze. Die Kampagne knüpft unverhohlen am finstersten Anti-Bolschewismus der Nazi-Zeit und der Adenauerschen Ära des „Kalten Krieges" an. Sie soll Unterwanderungsängste mobilisieren und ein Gefühl der „Bedrohung von außen" schüren, mit Hilfe des alten Gespenstes der „(jüdisch)-kommunstischen Weltverschwörung".

Der CDU/CSU-Propaganda zufolge sind nur noch wenige Staaten Europas in der Lage, die „Freiheit", also das kapitalistische Gesellschaftssystem und die aggressive imperialistische Politik von NATO und EG, zu „verteidigen". Im „CDU-Mittelstandsmagazin" werden da z. B. aufgezählt: Die Schweiz, die Türkei, Griechenland, Belgien und Island. Allein diese Länder seien noch nicht in der „Volksfrontumarmung" gefangen.

Dazu deklarierte auf dem Parteitag der EUCD-Präsident v. Hassel: *„In der EUCD gibt es keine Parteien, die mit Kommunisten paktieren oder paktieren könnten."*

Auch in der BRD selbst richten sich an der Anti-„Volksfront"-Kampagne der CDU/CSU die reaktionären bis offen faschistischen Kräfte aus. Ohnehin können sich die offenen Faschisten der NPD und ihrer militanten Umgebung sofort dieser Parole anschließen, da sie praktisch die jahrelang von ihnen propagierte Forderung des Zusammenschlusses aller „freiheitlichen Kräfte" gegen die „Gefahr der Bolschewisierung" der BRD übernimmt. Ebenso die „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei", die auf ihrem Parteitag die Wahlparole „Freiheit oder Kommunismus" ausgab.

Die Hetz-Propaganda der CDU/CSU enthält alle Elemente imperialistischer Ideologie, mit der schon zweimal in diesem Jahrhundert die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten begleitet wurden:
– Nach außen wird das Bild der Einkreisung der BRD durch die allgegenwärtige „kommunistische Gefahr" und ihre Verbündeten beschworen;

Die Regierungen der europäischen Staaten in ihrer politischen Richtung

Staat	Richtung	Staat	Richtung
Albanien:	kommunistisch	Jugoslawien:	kommunistisch
Belgien:	Mitte	Luxemburg:	links-liberal
Bulgarien:	kommunistisch	Niederlande:	links
Bundesrepublik:	links	Norwegen:	links
Dänemark:	links	Österreich:	links
DDR:	kommunistisch	Polen:	kommunistisch
Finnland:	Beamtenregierung, politische Tendenz links	Portugal:	links
		Rumänien:	kommunistisch
		Schweden:	links
Frankreich:	Mitte	Schweiz:	Mitte
Griechenland:	Mitte	Spanien:	rechts
Großbritannien:	links	Tschechoslowakei:	kommunistisch
Irland:	links	Türkei:	Mitte
Island:	Mitte-links	UdSSR:	kommunistisch
Italien:	Mitte-links (Regierungskrise)	Ungarn:	kommunistisch

Quelle: Untersuchung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, Stand: September 1975.

aus Mittelstandsmagazin 5/76

NPD demonstriert für Massenmörder



NPD-Faschist demonstriert für Vorster: „Bleib bei Deiner Politik"

Im bayerischen Bodenmais, Treffpunkt des US-Völkermörders Kissinger mit dem Massenschlächter und Rassisten Vorster, rotteten sich am 23. Juni NPD-Trupps zusammen und demonstrierten für das faschistische Mordregime Südafrikas.

Schon am 19.6. hatte das NPD-Sprachrohr „Deutsche Wochen-Zeitung" auf der Titelseite Vorster im Namen des „deutschen Volkes" begrüßt; am 23. verteilte die NPD dann Flugblätter mit dem Text: „Nationaldemokraten grüßen den Premierminister der Republik Südafrika". Vorster wurde zugerufen: „Bleiben Sie hart!" („tat", 2.7.76). Zweifellos entsprach das sowohl der Stimmung der CDU/CSU, deren Bodenmaiser Bürgermeister ja meinte, es gehe den Schwarzen nirgendwo so gut wie in Südafrika („Süddeutsche Zeitung", 24.6.76), wie der Polizei, die aus einer Anti-Vorster-Kundgebung *„Demonstranten an den Haaren herauszog"*, während sie *„junge Nationaldemokraten in gelben T-Shirts und der Parole ‚Schmidt, Genscher, Brandt sind nicht das deutsche Vaterland' dagegen unbehelligt"* ließ („Spiegel", 27/76).

Besser als aus allen programmatischen Schönfärbereien läßt sich an solchen Aktionen ablesen, was die Faschisten der NPD tatsächlich meinen: Was sie noch von den Mordregimen in Südafrika, Chile usw. trennt, ist allein, daß Vorster, Pinochet und Co. bereits tun, wovon die BRD-Faschisten in der NPD vorerst nur träumen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CSU, Faschisten und Kriegstreiber einträchtig beisammen

Unter dem Vorwand eines „deutsch-amerikanischen Freundschaftstreffens" fand in München vom 25. bis 27. Juni ein Militaristentreffen statt: Neben offiziellen hohen Vertretern der US-amerikanischen, britischen, französischen und westdeutschen Nato- Armeen und des Bundesgrenzschutzes (BGS) waren – wieder einmal – Faschisten der SS-Nachfolgeorganisation HIAG sowie Altkämpfer ehemaliger osteuropäischer Nazi-Hilfstrupps dabei. „Schirmherr" des Treffens war CSU-Ministerpräsident Goppel; weitere CSU-Regierungsvertreter nahmen aktiv teil. Die schließlich verabschiedete Entschließung, an deren stramm antikommunistischen Kurs u.a. der BGS-General a.D. Grüner Hand angelegt hatte, stimmt denn auch auffällig mit den Thesen der „Wehrpolitischen Arbeitskreise" der CSU überein. Faschisten und Militärs einigten sich auf die Strauß-Linie einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft", d.h. einer „Kompetenzerweiterung der Euro-Group in der NATO" und auf die „Schaffung einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht" (UZ, 29.6.76). Für die Bevölkerung, so die Ex-US-Generäle Ferberc und Eade in ihrer „Lagebeurteilung", heißt das : „verstärkte finanzielle Opfer" (tat, 2.7.76).

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Oldenburg

NPD = Provokation!

„Kampf dem Kommunismus" und „Deutsche Arbeitsplätze für den deutschen Arbeitnehmer" prangte es fordernd vom Stand der NPD am 3.7. in Oldenburgs Innenstadt. Noch zynischer und perverser hieß es in einer Broschüre, daß h ö c h s t e n s 500.000 Juden und nicht 6 Millionen unter Hitler „umgekommen" seien. Untertitel dieses Schweinspapiers ist „Endlich die Wahrheit", und als Geleitwort ist die Lüge Himmlers vorangestellt: *„Wir mußten die Krematorien aufrichten, um die Leichen*

die Empörung unter Teilen der Umstehenden, sodaß der Tisch mit dem brauen Dreck – nach einer kurzen engagierten Rede eines Antifaschisten – zweimal umgestoßen wurde. Wenn es den Braunen auch noch unbenommen blieb, den Kram wieder aufzustellen, so war es ihnen danach sehr wenig möglich, ihre Propaganda „an den Mann" zu bringen, da die Antifaschisten zeitweilig die Mehrheit vor dem Stand bildeten und auch sonst die Passanten von sich aus in Diskussionen hin-

Braunschweig

Bullen prügeln Zeitungsverkäufer

Belgien:	Mitte	Luxemburg:	links-liberal
Bulgarien:	kommunistisch	Niederlande:	links
Bundesrepublik:	links	Norwegen:	links
Dänemark:	links	Österreich:	links
DDR:	kommunistisch	Polen:	kommunistisch
Finnland:	Beamtenregierung, politische Tendenz links	Portugal:	links
		Rumänien:	kommunistisch
		Schweden:	links
Frankreich:	Mitte	Schweiz:	Mitte
Griechenland:	Mitte	Spanien:	rechts
Großbritannien:	links	Tschechoslowakei:	kommunistisch
Irland:	links	Türkei:	Mitte
Island:	Mitte-links	UdSSR:	kommunistisch
Italien:	Mitte-links (Regierungskrise)	Ungarn:	kommunistisch

Quelle: Untersuchung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, Stand: September 1975.

aus Mittelstandsmagazin 5/76

Auch in der BRD selbst entdecken CDU/CSU auf Schritt und Tritt „Volksfronten". Sei es die Wahl eines liberalen Präsidenten an der FU in Westberlin oder die „Volksfronten" auch an anderen Universitäten, zu denen der „Ring christlich-demokratischer Studenten" (RCDS) eine „Dokumentation" vorlegte.

Sei es die Mitarbeit von SPD-Mitgliedern in Komitees gegen Berufsverbote oder in der „Veinigung demokratischer Juristen". Seien es die Gespräche Brandts mit der „KP"I (wo es in Wirklichkeit um eine weitere Ausrichtung der „KP"I zur reformistischen Bewältigung der italienischen Krise ging) usw. – täglich wird in neuen Variationen diese Hetze über das Land gekübelt. Dabei gerät selbst Helmut Schmidt, der eben noch mit dem Rassisten der Republik Südafrika, Vorster, verhandelt, als „Steigbügelhalter des Kommunismus" in Verdacht: *„Er ist nicht einmal bereit, sich von den gefährlichen Ansichten Brandts zu distanzieren" (CDU-Flugblatt).*

Mit dieser Hetze wird jeder, der sich nicht öffentlich entschieden gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten ausspricht, als Gefahr für die „Innere Sicherheit" der BRD hingestellt und wird zugleich den Antikommunisten der SPD/FDP die Möglichkeit gegeben, sich als „Linke" zu kostümieren.

Antikommunistische Allianz gegen die „Volksfront"

Unter ihrer Parole „Freiheit oder Sozialismus" ist die CDU/CSU dabei, ein offenes Bündnis der reaktionären Kräfte gegen die angebliche „Volksfrontbedrohung" zu propagieren. Schon auf dem Hannoveraner Parteitag hatte sich die westeuropäische Reaktion eingestellt: Von Freitas do Amoral (Chef der portugiesischen Putschpartei CDS) über Fanfani (Italien) bis zu Taus (Österreich) und M. Thatcher (Großbritannien). Die Grundlage der Zusammenarbeit in der angestrebten „Union christdemokratischer Parteien" (EUCD) formu- – nach Innen wird jeder demokratische Widerstand als Ergebnis „kommunistischer Infiltration und Zersetzung" denunziert.

Die CDU/CSU schießt dabei, verstärkt im Wahlkampf, ein ziemlich undifferenziertes Trommelfeuer. Ihr geht es daraum, massiv die öffentliche Meinung durch ständiges Wiederholen ihrer Lügen und Halbwahrheiten zu beeinflussen (ein altes Rezept der Nazi-Propaganda!), um schließlich eine Verschiebung aller politischen Maßstäbe weit nach rechts zu erreichen. Dabei soll dann schließlich z.B. ein x-beliebiger Liberaler, der nicht einmal konsequent gegen die Berufsverbote zu sein braucht, als halber „Kommunist" dastehen, während die rechtsradikale CSU, die sich nur durch ihre Stimmenzahl noch von der NPD unterscheidet, sich frech als „Partei der M i t t e" präsentiert. Die Durchsetzung derart perverser und sinnwidriger politischer Maßstäbe und Begriffe wäre gleichbedeutend mit einer erheblichen Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Reaktion.

Die Schwäche dieser Strategie besteht darin, daß die CDU/CSU als Hauptpartei der Reaktion scharenweise Menschen zu Gegnern des Kapitalismus erklärt und in die „Linke Ecke" abdrängt, die dort eigentlich (noch) gar nicht stehen. Dies k a n n von uns genutzt werden, sofern es gelingt, den von der CDU/CSU (zusammen mit der SPD/FDP-Regierung!) zugleich produzierten Effekt der Einschüchterung und Vereinzelung zu durchbrechen. Andererseits gilt es trotzdem, nicht auf die Parolen der CDU/CSU hereinzufallen, also nicht plötzlich in einem Liberalen, Revisionisten oder linken Sozialdemokraten mehr zu sehen, als (vorerst zumindest) da ist: Kein Kommunist, aber ein potentieller Verbündeter im demokratisch-antifaschistischen Kampf!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Oldenburg

NPD = Provokation!

„Kampf dem Kommunismus" und „Deutsche Arbeitsplätze für den deutschen Arbeitnehmer" prangte es fordernd vom Stand der NPD am 3.7. in Oldenburgs Innenstadt. Noch zynischer und perverser hieß es in einer Broschüre, daß h ö c h s t e n s 500.000 Juden und nicht 6 Millionen unter Hitler „umgekommen" seien. Untertitel dieses Schweinspapiers ist „Endlich die Wahrheit", und als Geleitwort ist die Lüge Himmlers vorangestellt: *„Wir mußten die Krematorien aufrichten, um die Leichen der vielen Gefangenen zu verbrennen, die an Infektionskrankheiten gestorben waren".*

Nachdem die NPD derartiges eine Zeit lang verbreitet hatte, wuchs die Empörung unter Teilen der Umstehenden, sodaß der Tisch mit dem brauen Dreck – nach einer kurzen engagierten Rede eines Antifaschisten – zweimal umgestoßen wurde. Wenn es den Braunen auch noch unbenommen blieb, den Kram wieder aufzustellen, so war es ihnen danach sehr wenig möglich, ihre Propaganda „an den Mann" zu bringen, da die Antifaschisten zeitweilig die Mehrheit vor dem Stand bildeten und auch sonst die Passanten von sich aus in Diskussionen hineinzogen.

Ein Genosse
KB Gruppe Oldenburg

Hamburg-Wandsbek

Faschistische Provokation abgeschlagen

Am Samstag, 26.6., versuchte die NPD mit Hilfe der Polizei, linke Zeitungsverkäufer zurückzudrängen. Offensives Vorgehen der Antifaschisten wies die NPD erfolgreich zurück.

Seit Jahren wird vor Karstadt in Wandsbek der ARBEITERKAMPF sowie die „KVZ" verkauft. In letzter Zeit hatte der KBW dort einen Informationsstand angemeldet. Am 26.6. versuchte die NPD an derselben Stelle einen Stand aufzubauen. Da der Platz besetzt war, holten sie Polizei. Diese verlangten, daß der KBW seinen Stand an einer ungünstigeren Stelle aufschlagen solle, um der NPD Platz zu machen!

Offensichtlich hatte hier die Polizei n a c h t r ä g l i c h den Platz für den KBW in ihrer Genehmigung geändert! Der Pakt zwischen Polizei und NPD war überdeutlich. Schließlich zog die NPD aber doch ab und baute den Stand einige Meter weiter entfernt auf, da erkennbar war, daß der KBW-Stand nicht freiwillig abzubauen war.

Gemeinsam riegelten „KVZ"- und ARBEITERKAMPF-Verkäufer den NPD-Stand ab und erreichten damit, daß höchstens drei oder vier Leute am Stand stehen blieben. Mit ihren Hetzblättern („antikommunistisch auf ganzer Linie", laut NPD-Parole) hatten sie auch ihre Schwierigkeiten, zumal die überwiegende Zahl der Passanten sich die Finger nicht schmutzig machen wollten, nachdem wir sie aufgeklärt hatten, was da auf sie zukommt. Einige warfen die Blätter auch empört weg, wenn sie eins erhalten hatten. Auf diese Weise wurden die Faschisten höchstens 70 Flugblätter, hauptsächlich an ihre Kumpanen, los.

Erscheinungen am Rande: Monatelang hat auch die CDU jeden Samstag am Wandsbeker Markt einen Informationsstand. Ausgerechnet am 26.6. war sie nicht da. Sollte das etwa mit dem NPD-Stand zusammenhängen??

Der letzte „UZ"-Verkäufer spielte eine traurige Statistenrolle. Auf ein gemeinsames Vorgehen angesprochen fiel ihm nur ein, daß die DKP mit uns grundsätzlich keine Aktionseinheit mache, das müßten wir doch schließlich wissen. Im konkreten Vorgehen gegen Faschisten erweist sich solch eine Haltung als Handlangerdienst. Das gabs schon einmal in der Geschichte. Es ist die Haltung der SPD in den Jahren vor 1933.

Übrigens, am Samstag, 7.8. will die NPD ihren Stand am Bahnhof Farmsen aufbauen!

Bezirksorganisation Wandsbek/
Billstedt
KB/Gruppe Hamburg

so die Ex-US-Generäle Ferberc und Eade in ihrer „Lagebeurteilung", heißt das : „verstärkte finanzielle Opfer" (tat, 2.7.76).

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Braunschweig

Bullen prügeln Zeitungsverkäufer

Am 8. Mai räumten Braunschweiger Bullen unter Einsatz des Giftgases „chemical mace" einen Büchertisch des KBW ab. Drei Genossen des KBW und ein ARBEITERKAMPF-Verkäufer wurden vorübergehend festgenommen und fast fünf Stunden lang festgehalten.

Der AK-Verkäufer A. hatte sich zusammen mit einer Reihe Passanten gegen das Vorgehen der Bullen zur Wehr gesetzt. Dabei setzten diese auch gegen ihn „chemical mace" ein, packten ihn mit vier Bullen, rissen ihm die Brille runter, zerrissen ihm das Hemd und zerrten ihm die mitgeführte Kamera vom Hals. Die Kamera hat A. bis heute nicht wieder. Auf sein anfängliches Drängen wurde er darauf vertröstet, sie in der Wache wieder zu bekommen, schließlich wußte keiner der Bullen etwas von der Kamera.

Die Versicherung A.s weigert sich, diese zu ersetzen, weil in ihrem Vertrag eine Klausel enthalten ist, die Schadensregulierung bei „innerer Unruhe" ausschließt!!

Anzumerken bleibt noch, daß 6 1/2 Stunden nach dem Bulleneinsatz eine Ärztin bei A. eine Bindehautentzündung feststellte, die auf das angeblich so „ungefährliche" Giftgas „chemical mace" zurückzuführen ist!

Am 28.6. erfährt A. auf der Polizeiwache einige interessante Neuigkeiten: er sei Mitglied im KBW, habe hinter dessen Büchertisch gestanden, sei der Polizei sowieso schon gut bekannt, habe den Einsatz fotografiert (Beweis hierfür: ein einige Tage nach dem Überfall erschienenes Plakat des KBW mit drei Fotos der Bullenprügler) und den Fotoapparat verschwinden lassen. Hier zimmern sich die Bullen also wie es ihnen paßt ein Lügengebäude, um einem Genossen an den Kragen zu gehen.

Etwaige Zeugen des Vorfalls vom 8.5. 13 Uhr auf dem Kohlmarkt möchten sich bitte umgehend über die Braunschweiger Kontaktadresse des KB melden.

KB/Gruppe Braunschweig

Bremen

Bullenüberfälle „zurückhaltend" und „behutsam"?

Das SPD-regierte Bremen kann für sich den zweifelhaften Ruhm in Anspruch nehmen, am schärfsten gegen Verkäufer kommunistischer Zeitungen und andere fortschrittliche Menschen vorzugehen: Fast jeden Sonnabend werden Agitationstische beschlagnahmt, Stellschilder abgeräumt und mit brutaler Gewalt Genossen „zur Feststellung der Personalien" auf die Wache geschleift.

Ein besonders brutaler Einsatz dieser Art ereignete sich am 29. Mai dieses Jahres, als eine Gruppe Bremer Hochschullehrer auf dem Ansgarikirchhof bei der Fußgängerzone eine Aktion gegen die zunehmende Repression in der BRD durch Berufsverbote und Maulkorbgesetze durchführte. Der Bremer KBW hatte dazu Stellschilder aufgestellt und führte eine kleinere Kundgebung durch. Diese Kundgebung wurde von den Bullen überfallen, Kundgebungsteilnehmer wurden zusammengeknüppelt, einer wurde von einem Polizeihund mehrfach gebissen. Verhaftete wurden „erkennungsdienstlich behandelt".

Pech für die Bullen war es, daß gerade ein Filmteam des NDR da war, das den Überfall filmte. Zwei Tage später wurde er im Regional-Fernsehen gezeigt.

Ein Nachspiel fand dann im Stadtteilbeirat Mitte statt, wo der „SPD-Linke" Olaf Dinné einen Antrag einbrachte, in dem das Vorgehen der Bullen als „unverhältnismäßig" kritisiert wird und gefordert wird, die Polizei solle „wieder zu zivilen Verhaltensweisen" zurückkehren.

Einen Tag später wurde das Verhalten der Bullen auf einer Pressekonferenz vom Polizeipräsidenten Dieckmann gerechtfertigt. Dieckmann: Die „Verhältnismäßigkeit der Mittel" sei gewahrt worden. Gleichwohl mußte Krawinkel, Leiter der Bremer Schutzpolizei, zugeben, daß ein Bulle versucht hat, „dem Fernsehteam den Film abzunehmen". Jetzt wolle man sich den Film auf „legalem" Wege besorgen. Kein Wort davon, daß diese Praxis in Bremen üblich ist, Filme zu beschlagnahmen und Kameras zu zerstören, wenn jemand die Bullen auf frischer Tat fotografiert!

Besonders übel reagiert die „Gewerkschaft" (?!) der Polizei, die durch ihren stellvertretenden Landesvorsitzenden Schulz eine Stellungnahme verbreitet. Überschrift: *„Strategie der Extremisten wirkt"!* Hier wird nach dem bekannten Schema versucht, die Bullen als arme Würst-



Bremer Polizei: „Zurückhaltend und behutsam" bei der Räumung des Gerichtssaals während des Prozesses gegen mehrere linke Studenten



Bremer Polizei: „Zurückhaltend und behutsam" beim Einsatz gegen Demonstranten für ein Jugendzentrum

Kriminalität – je nach Wetterlage

Ende Mai legte das Bundesinnenministerium die „Kriminalstatistik 75" vor. Sie zeigt anschaulich, daß das Geschrei von SPD/FDP-Regierung und CDU/CSU nach verstärkter Aufrüstung der Polizei wenig mit der eigentlichen Kriminalitätsentwicklung in der BRD zu tun hat. Die Darstellung von Kriminalität in der bürgerlichen Presse ist ohnehin stets abhängig davon, was mit den jeweiligen Artikeln gerade erreicht werden soll. Ruf nach Aufrüstung, unterschwelli- Angst erzeugen, Aufruf zum Bespitzeln und Denunzieren, Ruf nach dem „Starken Mann" und auch ab und zu „beruhigen", um eigene „Taten" ins rechte Licht zu rücken – also total manipulativ.

Man denke an das Hochspielen der Angst vor den „Anarchisten" während der Baader-Meinhof-Kampagne, um mit dieser Rückendeckung eine immense Aufrüstung der Polizei und eine Beschneidung der politischen und demokratischen Rechte durchzusetzen und „glaubwürdig" zu machen.

Gab es 1974 = 2.559.740 registrierte Kriminalfälle (Anstieg gegenüber 1973 = 7,1 %) so wurden für 1975 = 2.919.390 Fälle registriert, das ist ein geringerer Anstieg von 6,5 %, also eine Abschwächung gegenüber dem Vorjahr! Der eigentliche Anstieg ist noch geringer, wenn man bedenkt, daß 1975 überhaupt mehr Kriminalfälle bekannt wurden („Ausschöpfen des kriminellen Dunkelfeldes", wie es im Bericht heißt) durch Vorbeugungsprogramme und Meinungsumfragen.

Im Bericht heißt es weiter:

„Der Anstieg der erfaßten Gesamtkriminalität wird maßgeblich von der Entwicklung der Massendelikte Diebstahl, Betrug und Sachbeschädigung bestimmt. Sie weisen für 1975 gegenüber dem Vorjahr z.T. überdurchschnittliche Steigerungsraten auf ... Diese Gruppe von Straftaten macht zusammen allein einen Anteil von 79,9 % der registrierten Gesamtkriminalität aus".

Hinzu kommt, daß ca. 75 % der Diebstahlfälle im Werte unter DM 500,– liegen, ca. 25 % aller Diebstahlfälle sind eh' nur Warenhausdiebstähle.

Die Anteile sämtlicher anderer Kriminalitätsdelikte liegen unter 2 % (bis auf leichte Körperverletzung = 2,2 %).

Gerade diese 2 % aber sind es, die täglich in der Presse zu einer einschüchternden Mischung aus „Sex" und „Crime" breitgewalzt werden, um zur Rechtfertigung der Polizeistaatsentwicklung zu dienen.

heimische Bevölkerung" (So die Staatliche Pressestelle Hamburg am 30.1.76).

Die gleiche Manipulation wiederholt sich bei den Aufklärungsquoten: Beträgt die Aufklärungsquote insgesamt 44,8 %, wird sie jedoch enorm gedrückt durch die niedrigen Aufklärungsquoten bei Sachbeschädigung (25,1 %) und Diebstahl (28,8 %). Ohne diese beträgt sie nämlich 88,3 Prozent! Von daher ist also eine weitere Aufrüstung der Polizei überhaupt nicht zu rechtfertigen.

Angeblich „um dem Verbrechen erfolgreich zu begegnen", fährt das Bundesinnenministerium genau in dem Konzept fort, das schon seit längerer Zeit verfolgt wird:

– In der Bevölkerung soll wesentlich mehr Spitzel- und Denunziatentum verankert werden:

„Die Polizei kann dem Verbrechen nur dann erfolgreich begegnen, wenn sie mit der Unterstützung der Bevölkerung rechnen kann". Besonders verfolgt wird dieses Konzept im politischen Bereich, der in den Bereich der Kriminalität mehr und mehr hineingezogen werden soll.

Man erinnere sich der Rundschreiben des Verfassungsschutzes z.B. an Tankwarte, in die Kofferräume ihrer Kunden zu gucken, an die Aufrufe an die Bevölkerung, ein wachsames Auge auf ihre Nachbarn (besonders neue Mieter) zu haben, usw. !

– An zweiter Stelle steht die weitere Aufrüstung der Polizei; im Bericht ist die Rede von einem „Reaktionsapparat, der Waffengleichheit sichert".

– Im Vordergrund steht weiterhin die Zusammenarbeit der einzelnen Bundesländer und der Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung (*„Jede dritte Festnahme im Bereich der Personenfahndung ist dem polizeilichen Informationssystem INPOL zu verdanken"*).

Außerdem: ***„Die zunehmend internationale Verflechtung der Kriminalität erfordert eine verstärkte internationale Bekämpfung der Kriminalität".***

Obwohl die nackten Zahlen der Kriminalitätsstatistik selbst nicht einmal die weitere Aufrüstung der BRD-Polizei rechtfertigen können, wird auch in Zukunft diese fadenscheinige Lüge für den weiteren Ausbau des Unterdrückungsapparats herhalten müssen. Die Verabschiedung des neuen „einheitlichen Polizeigesetzes", das Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen Demonstrationen wie jüngst in Frankfurt anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof, gegen Streikposten im Druckerstreik, macht klar,

wird nach dem bekannten Schema versucht, die Bullen als arme Würstchen hinzustellen, die es sich gefallen lassen müssen, *„angepöbelt, beleidigt oder sogar angespuckt zu werden"* („Weser Kurier", 26.6.). Das ganze sei eine „Langzeitstrategie der Extremisten", die angeblich versuchen, über ständige Provokationen die Bullen soweit zu bringen, bis sie zuschlagen, um dann den Staat anprangern zu können!

Dann wird noch der Einsatz von Hunden als *„ideales Einsatzmittel"* gerechtfertigt. Der beißwütige Köter *„symbolisiert die Verhältnismäßigkeit des Mittels gegenüber dem Anlaß"!* Zum Schluß stellt sich diese „Gewerkschaft" schützend vor die Bullen: *„Sie ist fest davon überzeugt, daß das Einschreiten rechtlich nicht zu beanstanden ist, und weist die zum Teil diffamierenden Beschuldigung gegen die Polizei... zurück".*

(Zitate: „Weser Kurier", 26.6.).

Weitere Bullenüberfälle

Mit solcher Rückendeckung konnten die Bullen ihren nächsten Schlägereinsatz schon bald starten. Am Sonnabend, dem 3.7., wurden an mehreren Stellen in der Innenstadt und in der Neustadt Genossen überfallen, die auf Stellschildern an die öffentliche Diskussion über die Bulleneinsätze anknüpften und widerlegten, daß die Bremer Polizei „behutsam und nachsichtig" sei. Mehrere Genossen und Zeitungsverkäufer verschiedener linker Organisationen, aber auch unbeteiligte Passanten, die zaghaft gegen das Vorgehen der Bullen protestiert hatten, wurden zur „Feststellung der Personalien" zum Wagen geschleift.

KB/Gruppe Bremen



Bremer Polizisten schützen die Faschisten



Verantwortlich für die Bullenüberfälle in Bremen: SPD-Polizeipräsident Dieckmann (Mitte), Einsatzleiter Müller (links), Leiter der Schutzpolizei Krawinkel

staatsentwicklung zu dienen.

Nebenbei: *„Unter Berücksichtigung der Alters- und Geschlechtsstruktur der Ausländer ist – wie in den Vorjahren – festzustellen, daß Ausländer insgesamt mit Kriminalität weniger belastet sind als die ein-*

posten im Druckerstreik, macht klar, daß die Polizei und ihre Hilfstruppen mehr und mehr zum Einsatz gegen Massenaktionen gedrillt und eingesetzt werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wer hat da wohl dran gedreht?

Der Münchener Rechtsanwalt Rolf Bossi hat seine 1975 geäußerten Vorwürfe gegen die Frankfurter Polizeiführung zurückgenommen. In einem „Monitor"-Interview vom 28. Juli 1975 hatte Bossi behauptet, daß *„die Frankfurter Polizeiführung nichts unternommen hat, um die Brutalisierung der Beamten gegenüber dem Bürger zu steuern, das Jagdfieber in Grenzen zu halten und diese Verbrechenshysterie zu unterbinden"* (FR, 28.6.76). Bossi trat damals als Rechtsvertreter zweier Kaufleute auf, deren „Erlebnisse" mit Frankfurter Polizisten in der Sendung geschildert wurden. Die ganze Sendung war entstanden, nachdem Frankfurter Polizeibeamte bei einer Demonstration von Sozialarbeitern und Kindern für eine Spielstraße das gefährliche Tränengas „Chemical Mace" eingesetzt hatten – auch gegen Kinder.

Selbst die demgegenüber harmlosen Vorwürfe, daß die Polizeiführung (die ja immerhin für Einsatzbefehle verantwortlich ist) nichts unternommen habe, um „das Jagdfieber in Grenzen zu halten" werden nun von Bossi zurückgenommen. Nachdem eine Strafanzeige gegen Bossi (gestellt von Polizeipräsident Müller wegen „Beleidigung" und „übler Nachrede") Anfang Juni eingestellt wurde, sah Bossi sich genötigt, in einem Brief an Müller seine Vorwürfe gänzlich zurückzunehmen: *„Ich habe mich zwischenzeitlich davon überzeugen lassen, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht"* (FR, 28.6.).

Wer da wohl „Überzeugungsarbeit" geleistet hat?! ...

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Antifaschist verurteilt

Nach zwei Instanzen und anschliessender Revisionsverhandlung wurde der Arbeiter H. aus Hamburg endgültig „im Namen des Volkes" zu 1200,- DM und zur Bezahlung der Prozeßkosten verurteilt!

Dieses Urteil bedeutet außerdem für ihn, daß er als vorbestraft gilt.

Vorgeworfen wird ihm die Beteiligung an einer antifaschistischen Aktion, bei der ein „Info"-Stand der NPD zu Boden gegangen war. H. hatte in die Auseinandersetzung eingegriffen, als ein Faschist mit dem Schlagring auf die Antifaschisten losging. H. wurde einzig und allein auf die Behauptung der NPDler hin verurteilt (AK 78). Laut Urteilsbegründung wurde H. stellvertretend für alle beteiligten Antifaschisten verurteilt. Außerdem wurde ihm während des Prozesses „beim nächstenMal" eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren angedroht.

Nachdem das Urteil durch ein Flugblatt, das zur Solidarität und materiellen Unterstützung aufrief, bekannt gemacht wurde, gingen mehrere Solidaritätsgrüsse und Spenden ein. Wir halten dieses Echo für sehr erfreulich und unbedingt erforderlich. Wichtig ist es auch, mit solchen Vorfällen in der Öffentlichkeit zu arbeiten, was zunächst teilweise versäumt worden war. Hier eine Aufstellung der bisher eingegangenen Spenden (weitere werden wir gern weiterleiten!):

Solidaritätskonto:
12443653 BfG HH Konto Arbeiterhilfe e.V.

BO St. Pauli	DM 98,-
BO Wandsbek/Billstedt	DM 200,-
JZI Harburg	DM 44,-
BOAltona	DM 40,-
anonym	DM 7,-
BO Eimsbüttel ca.	DM 100,-
BO Wilhelmsburg	DM 17,-

Lot di nich verblüff'n!

In Hamburg war in letzter Zeit wiederholt festzustellen, daß die NPD ihre „Info"-Stände mit einem polizeimäßigen Aufwand zu „schützen" versucht: So beispielsweise im Juni in Eimsbüttel, wo ein Großaufgebot von NPDlern mit Sprechfunkgeräten aufmarschiert war; weitere NPD-Schläger hielten sich in der Nähe versteckt. In der Innenstadt wurden drei Genossinnen, die in der Nähe eines NPD-Standes den AK verkauften, zunächst von den Faschisten in der bekannten frauenfeindlichen Manier angepöbelt, dann umringt und bedroht. Als sich auf die Rufe der Genossinnen hin eine Menschentraube bildete, zeigte sich, daß auch hier Faschisten in der Nähe versteckt waren, die jetzt aus mehreren Richtungen den anderen „zu Hilfe" eilten kamen

SPD-Zeitung fordert:

Politische Prozesse ohne Verteidiger !!

Einen neuen Hammer leistete sich die an „sozial"faschistischen Entgleisungen eh nicht arme „Hamburger Morgenpost" (SPD-nahe). Zum Schluß nahm sie einen verbrecherischen Brandanschlag auf das Büro des Hamburger Rechtsanwalt Langner, Pflichtverteidiger von Margit Schiller, wobei mehrere Menschen schwer verletzt wurden und eine Frau an den Folgen starb. Bei diesem Anschlag handelte es sich ganz offensichtlich um eine Provokation faschistischer oder staatlicher Stellen, zumal – entgegen allen sonstigen Fällen – keine „linke" Gruppe sich als Urheber des Anschlags „bekannte".

Nun ist die Situation aber schon lange so, daß die W a h l verteidiger politischer Angeklagter weitgehend vom Staat aus dem Verkehr gezogen werden, also von der Verteidigung politischer Angeklagter ausgeschlossen werden oder aber gänzlich mit Berufsverbot belegt werden. Bleiben also nur die Pflicht„verteidiger", die meistens von den Angeklagten abgelehnt werden, weil sie mehr die Interessen des Staates als die ihrer „Mandanten" wahrnehmen.

Nun aber der Dreh der „Morgenpost": Wozu überhaupt noch Pflicht„verteidiger"?! *„Leib und Leben der Pflichtverteidiger haben Vorrang. Keiner kann gezwungen werden, unter ständiger Lebensgefahr gegen den Willen der Anarchisten sein Amt auszuüben".* Schlußfolgerung: *„Ein Ausweg bleibt. Er ist noch (!) unvorstellbar, könnte aber unumgänglich werden: Nach entsprechender Gesetzesänderung gegen Anarchisten auch ohne Verteidiger zu verhandeln"* („MoPo", 21.6.76).

Und dann womöglich noch „Schnellverfahren", mit willkürlichen Verfahrens„fehlern" der Gerichte und gleich mit der Einführung der Todesstrafe für „Terroristen", am besten ohne Möglichkeit der Berufung?! Immer nach dem Motto: „Rechts, rechter, Rechtsstaat"!



Leserbrief

Und beim Aussteigen aus der U-Bahn guckste plötzlich in 'nen MP-Lauf . . .

Als ich am 1.Juli nachmittags mit dem Bus zum Barmbeker Bahnhof (in Hamburg) fuhr, hörte man von überall her die Martinshörner der Bullenwagen. Einer der Fahrgäste meinte: „Das ist sicher wieder ein Bankütberfall, für einen Verkehrsunfall fahren die schon lange nicht mehr so schnell", und der Busfahrer: „Klar, da will wohl einer sein Urlaubsgeld aufbessern". Am Bahnhof war gerade als unser Bus dort hielt, ein blauer Ford angekommen; zwei Typen in Zivil mit umgeschnallten Pistolen sprangen raus, zogen noch im Laufen ihre Waffen und rannten auf den Bahnsteig zu. Im Bahnhof stand schon ein Bullenwagen und „sicherte" die Treppe. Ich dachte mir, was die wohl wieder für eine Schweinerei vorhaben und fegte hinterher. Oben auf dem Bahnsteig hieß es dann: „Sofort den Platz räumen!". Ich hielt mich vorsichtig hinter einer Säule. Jetzt kamen über die Rolltreppe noch mehrere sehr junge Bullen – alle mit Maschinenpistolen in der Hand – angerast, mitten durch die Leute, die zur U-Bahn wollten. Einer der MP-Bullen knallte auf der Treppe hin, der Gurt seiner MP, der Gurt riß ab – ebensogut hätte aber auch seine Kugelspritze losgehen können.

Mittlerweile waren an die zwanzig bewaffnete Bullen, alle mit gezogener Pistole oder vorgehaltener MP, auf dem Bahnsteig und rannten völlig hektisch umher, sodaß zu befürchten war, daß irgendeiner gleich losballert, sei es aus Nervosität, sei es, um einen Verdächtigen vorsorglich zu erschiessen. – Eine U-Bahn aus Richtung Hamburger Straße lief ein. Die Bullen posierten sich mit vorgehaltenen Pistolen und MP's vor den Türen, jeder der Aussteigenden sah plötzlich in Waffenmündungen. Wenn ich mir die Folgen davon ausmale, daß irgendein Schwarzfahrer, ein kleiner Dieb oder ein ausländischer Kollege ohne Aufenthaltsgenehmigung vor Schreck in dieser Situation durchgedreht und weggelaufen wäre . . . die Liste der Polizeimorde wäre womöglich wieder länger geworden!

Worum ging es eigentlich? Auf dem Bahnsteig hieß es (vermutlich von den Bullen ausgestreut), ein Bankräuber hätte eine Frau erschossen. – Am nächsten Tag war in den Zeitungen zu lesen, daß ein Bankräuber, nachdem er die Dresdener Bank um 21.000 Mark erleichtert hatte, eine der Angestellten gezwungen hatte, ihn noch ein Stück zu „begleiten". Die Angestellte der Bank hatte er jedoch schon nach kurzer Zeit (*„250 Meter vor dem Bahnhof"* Hamburger Strasse, „MoPo", 2.7.) wieder laufengelassen. Zumindest die Einsatzleitung, wenn sie schon so dusselig war, anzunehmen, der Bankräuber würde mit der nächsten U-Bahn erst mal nach Barmbek fahren, hätte wissen müssen, als die Bullen den Barmbeker Bahnhof stürmten, daß die „Geisel" schon lange wieder frei war und daß nur noch ein kleiner Räuber mit läppischen 21.000 Mark zu suchen war.

Für diese 21.000 Mark aber haben die Hamburger Oberbullen in der Hauptverkehrszeit einen Bahnhof mit bekanntlich besonders weit streuenden MP.s stürmen lassen, von Bullen, die offensichtlich völlig durchgedreht waren, und haben so das Leben vieler Menschen aufs Spiel gesetzt.

Was ist auch schon Leben und Gesundheit von Menschen wert, wenn es gilt, den Finanzkapitalisten der „Dresdener Bank" wieder die 21.000 Mark zu apportieren!

Ein Genosse aus Barmbek
KB/Gruppe Hamburg



„Was ist schon ein Einbruch in eine Bank gegen den Besitz einer Bank"
Bertolt Brecht

Sprechfunkgeräten aufmarschiert war; weitere NPD-Schläger hielten sich in der Nähe versteckt. In der Innenstadt wurden drei Genossinnen, die in der Nähe eines NPD-Standes den AK verkauften, zunächst von den Faschisten in der bekannten frauenfeindlichen Manier angepöbelt, dann umringt und bedroht. Als sich auf die Rufe der Genossinnen hin eine Menschentraube bildete, zeigte sich, daß auch hier Faschisten in der Nähe versteckt waren, die jetzt aus mehreren Richtungen den anderen „zu Hilfe" gelaufen kamen.

Richtig ist es, diese polizeimässigen NPD-Einsätze als Provokation zu durchschauen und nicht ins offene Messer zu laufen. Ganz f a l s c h wäre es jedoch, sich davon beeindrucken zu lassen, nur die scheinbare „S t ä r k e" der Faschisten zu sehen und sich einem Gefühl der „Hilflosigkeit" hinzugeben! Der „harte Kern" dieser Bande ist in Hamburg zahlenmäßig bestimmt nicht stärker als beispielsweise die „KPD/ML". Wenn sie derart massierte Einsätze organisieren, dann ist das kein Zeichen von Stärke, sondern von Schwäche, die sie zwingt, derart konzentriert ihre Kräfte aufzubieten, um ihre Hetzpropaganda überhaupt zu ermöglichen. Interne Rundschreiben zeigen, daß die Neonazis im Übrigen alle Mühe haben, ihren Anhang zu solchen Einsätzen hinzukriegen. So wird stark mit Zwang und moralischem Druck gearbeitet („Wer nicht kommt, hat verschissen").

Der offen propagierte Faschismus wirkt heute in der Bevölkerung insgesamt immer noch stark abschreckend. Diesen Effekt kann man verstärken, wenn man geeignete Flugblätter verteilt, sich eventuell an Diskussionsgruppen um die Nazi-Stände beteiligt usw. Die polizeimäßige „Stärke" der Nazi-Banden kann im Übrigen bei taktisch klugem Vorgehen in Schwäche verwandelt werden, indem man beispielsweise auf ihre Drohungen mit Prügelei gleich die Passanten aufmerksam macht und agitiert, oder indem man – was unbedingt öfter getan werden sollte – gegen diese Schläger die Polizei ruft, Anzeige erstattet usw. Eine Kamera sollte immer in Bereitschaft sein. Und nicht wackeln!

Antifa-Kommission und Bezirksgruppe Eimsbüttel
KB/Gruppe Hamburg

bewaffnete Bullen, alle mit gezogener Pistole oder vorgehaltener MP, auf dem Bahnsteig und rannten völlig hektisch umher, sodaß zu befürchten war, daß irgendeiner gleich losballert, sei es aus Nervosität, sei es, um einen Verdächtigen vorsorglich zu erschiessen. – Eine U-Bahn aus Richtung Hamburger Straße lief ein. Die Bullen posierten sich mit vorgehaltenen Pistolen und MP's vor den Türen, jeder der Aussteigenden besonders weit streuen den MP.s stürmen lassen, von Bullen, die offensichtlich völlig durchgedreht waren und haben so das Leben vieler Menschen aufs Spiel gesetzt.

Was ist auch schon Leben und Gesundheit von Menschen wert, wenn es gilt, den Finanzkapitalisten der „Dresdener Bank" wieder die 21.000 Mark zu apportieren!

Ein Genosse aus Barmbek
KB/Gruppe Hamburg

Bundesverdienstkreuz für Hans Habe „Fugger-Medaille" für Springer

Für seinen *„großen Anteil am Wiederaufbau eines demokratischen Presseswesens"* wurde der Zionist Hans Habe mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet („Welt am Sonntag", 13.6.1976).

Mit Habe erhält ein Antikommunist und Konterrevolutionär der ersten Stunde die Anerkennung seiner Verdienste. Als Major der US-Army hat Habe nach 1945 insgesamt mindestens vierzehn Zeitungen gegründet oder redigiert, vom „Weserboten" über den „Kölnischen Kurier" bis zur „Stuttgarter Stimme", von der „Neuen Zeitung" bis zur „Münchner Illustrierten" und dem „Echo der Woche".

Damit war Habe einer der Aktivisten der Abteilung „Psychological Warfare Division" (Psychologische Kriegsführung), die nach 1945 vor allem die politisch-ideologische Niederringung der breiten spontanen Arbeiterbewegung und die Ausrichtung der Bevölkerung auf die imperialistischen Pläne der drei Westalliierten und ihrer westdeutschen „Kollegen" zur Aufgabe hatte (vgl.: Schmidt/Fichter: „Der erzwungene Kapitalismus", Rotbuch 27).

Die „Freie Presse" als psychologische Kriegsführung – auf diese „Kunst" im Dienste der Imperialisten versteht sich auch Habes heutiger Arbeitgeber, Axel „Cäsar" Springer, der nur eine Woche nach Habe mit der „Fuggermedaille" des Verbandes der Zeitschriftenverlage in Bayern bedacht wurde.

Springers Leistungen – so der Stiftungsvorsitzende – *„haben dazu beigetragen, das Ansehen der freien deutschen Presse weltweit wiederherzustellen, zu vertiefen und zu mehren..."*

Getreu der Zielsetzung von 1945 formulierte Springer darauf die Aufgabe, die er für sich und seinesgleichen heute sieht: *„Wir müssen bereit sein, der freiheitsfeindlichen Front in der Welt den Widerstand des freiheitlichen Weltlagers entgegenzustellen"* („Bild am Sonntag", 20.6.76).

Psychologische Kriegsführung – das war und ist das Geschäft von Springer, Habe und der gesamten imperialistischen „freien Presse". Je früher ihnen das Maul gestopft wird, desto besser!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Fugger-Medaille

Die Ehrenmedaille und ihr Namenspatron Jakob II Fugger, Finanzier von Päpsten und Kaisern aus der Augsburger Patrizierfamilie. 1514 wurde er in den Reichsgrafenstand erhoben. Erst zum fünftenmal wurde diese exklusive Auszeichnung verliehen.

Nach dem „Verbot": Faschistischer Terror der Ustascha geht weiter

Am 28. Juni wurde auf den jugoslawischen Vizekonsul Vladimir Topic in Düsseldorf ein bewaffneter Anschlag ausgeführt. Aus nur dreißig Meter Entfernung wurde Topic aus einer Pistole mit Schalldämpfer beschossen; er blieb unverletzt, zwei Jugoslawen wurden als Täter festgenommen („Welt", 29.6.76).

Da beide Verhafteten sich ausschweigen, ist von der Polizei nichts weiteres zu erfahren. Doch bedarf es keines langen Herumrätselns, was sich abgespielt hat: Die faschistische kroatische Terrororganisation Ustascha hat erneut zugeschlagen. Wieder einmal hat sich bestätigt, daß die BRD offensichtlich jugoslawische Diplomaten nur völlig unzureichend bewacht (worüber sich die jugoslawische Regierung erst im Februar beschwerte – „Guardian", 29.6.76).

Darüber hinaus ist dieser Anschlag deshalb bedeutend, weil er nur ein paar Tage nach dem unter erheblichen Presseaufwand verkündeten Verbot zweier Ustascha-Nachfolgeorganisationen in der BRD erfolgte (vgl. AK 82). Die angeblich entschlossene Haltung der Bundesregierung gegen faschistische Gruppen, denen sie durch die Verbote vorspiegeln wollte, wird durch die Düsseldorfer Schüsse als kaum mehr als eine Propaganda-Geste (vor allem gegenüber dem Ausland) entlarvt. Die Ustascha jedenfalls macht weiter.

Massenmörder mit Nazi-Hilfe

Die Ustascha, katholisch eingefärbte Faschistenbande Kroatiens, hat seit ihren Anfängen in den zwanziger Jahren nichts als Schrecken und Terror verbreitet. 1934 ermordete

In der Bundesrepublik, zeitweilig finanziert durch die katholische „Ostpriesterhilfe" und getarnt als Geselligkeitsvereine u.ä., gab und gibt es zahlreiche Ustascha-Gruppen mit ihren Zeitungen.

Ustascha in der BRD

So wurde am 11. März 1963 die „Kroatische Kreuz-Bruderschaft" verboten, 1968 die „Kroatische Revolutionäre Bruderschaft", jetzt der „Kroatische Verein Drina" und der „Kroatische Volkswiderstand". Daß stehen konnte und daß – selbst nach den Angaben der jetzt ausgefertigten Verbotsverfügung – schon mindestens seit den frühen sechziger Jahren das Treiben in der BRD bekannt ist.

Bezeichnend dafür, wie „scharf" die ansonsten (d.h. wenn es gegen links geht!) keine Kosten und Mühen scheuenden Staatsschützer gegen die Ustascha-Faschisten vorgehen, ist folgende Passage aus der Verbotsbegründung: *„Da die Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht zum Vereinsregister angemeldet ist und, ihrer wahren*



1941 – 1945: Ustascha-Schlächter im Nazi-Stil

es sich immer um denselben Ustascha-

Zeitung „Obrana" „nach den bisherigen Feststellungen" (seit 1967!) nur *„an den internationalen Zeitschriftenständern in den Hauptbahnhöfen München, Köln und Hamburg erhältlich"*, abgesehen von interner Verbreitung. Tatsächlich ist es jedoch jederzeit möglich (wie schon in AK 82 berichtet), die „Obrana" auch in den Zeitschriften-Läden „Montanus" zu kaufen, die es in der ganzen BRD, z.B. in Hamburg-Altona und in der Innenstadt, gibt. Interessant ist an dem Verbot noch zweierlei:

Zwar werden beide Gruppen aufgelöst, jede Tätigkeit, besonders der Vertrieb von Druckerzeugnissen, wird untersagt. Das Verbot erstreckt sich jedoch nicht ausdrücklich auf die Zeitung „Obrana" selbst, die übrigens in Madrid gedruckt wird. So kann es die Ustascha höchstens ein Lächeln kosten, die Zeitung als Organ irgendeines neuen Tarnverbandes in der BRD oder im Ausland weiterzuführen. Außerdem ist in dem Verbot nur von den Zeitungen „Otpor" und „Obrana" die Rede, obwohl weitere Zeitungen offen verbreitet werden (beispielsweise: „Hrvatska Država", „Der Kroatische Staat"), Organ des „Kroatischen Nationalkomitees", das als Stützpunkte Toronto, New York, Sydney, Buenos Aires, frecherweise Zagreb (in Jugoslawien) und München angibt. Bei München (8192 Geretsried 2, Humboldtweg 71, Telefon: 08171-31279) ist dann auch der Sitz des Verlages und der Redaktion (Dr. Ivan Jelić).

Zweitens wurde zwar „die sofor-

Frankreich

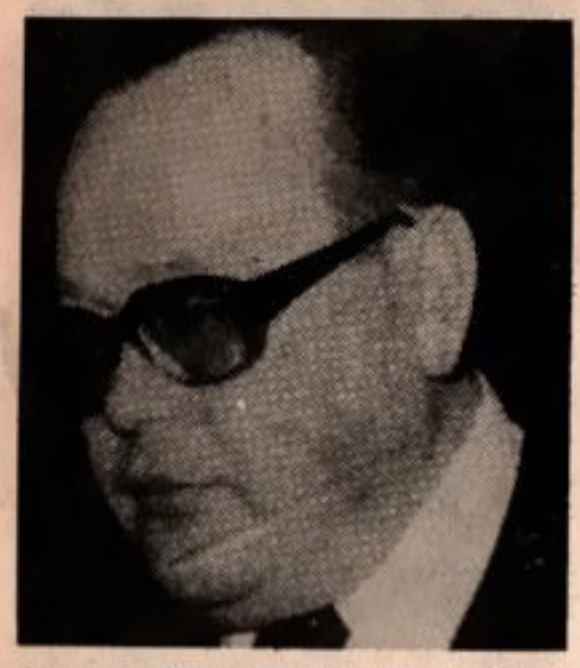
Faschistische Kommandos terrorisieren Schulen und Hochschulen

Speziell ausgebildete Schlägerbanden der neofaschistischen französischen „Parti des Forces Nouvelles" (Partei der Neuen Kräfte) verstärken seit Anfang des Jahres ihren organisierten Terror.

Es handelt sich in erster Linie um die Studentengruppe G.U.D. (Gruppe Einheit und Verteidigung), die von ehemaligen Fallschirmjägern trainiert wird; zu ihrer „Ausrüstung" gehört eine japanische „Nunchaku" (zwei Holzstäbe, mit einer Eisenkette verbunden), die lebensgefährliche Verletzungen erzeugt. Zusammen mit der G.U.D. tritt die G.A.J. auf (Jugend- und Schülerorganisation der PFN).

Allein aus letzter Zeit sind folgende Überfälle dieser Banden bekannt:
– 18. März: G.U.D.-Schläger überfallen des Montaigne-Gymnasium in Paris und schlagen zwei Schüler krankenhausreif.

ziger Jahren nichts als Schrecken und Terror verbreitet. 1934 ermordete der Ustascha-Chef Ante Pavelić den jugoslawischen König bei einem Aufenthalt in Marseilles. Aus seiner daraufhin notwendigen Wartestellung im faschistischen Italien wurde Pavelić nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien 1941 zurückgerufen und „Führer" eines „unabhängigen" Ustascha-Staates von Nazi-Gnaden. Mit voller Unterstützung des einheimischen wie des römischen katholischen Klerus (einschließlich des Papstes), als Glaubensfeldzug verbrämt, wurde ein unglaublich bestialischer Ausrottungsterror gegen Serben und Juden begonnen: Von fünf Millionen Einwohnern Kroatiens fielen der Ustascha 800.000 zum Opfer. Pavelić hatte das bereits 1934 angekündigt. Sobald er und seine Bande an der Macht wären, würden diese „dreckigen Hunde, die Serben und die dreckigen Juden" alle Rechte verlieren.



Konsul Zdorz, im Februar in Frankfurt ermordet – die Polizei „tappt im Dunkeln"

Nach 1945: Internationales Terrornetz

1945 setzten sich Pavelić und seine Vertrauten ab. Sie gelangten – auf Kanälen, die der Klerus zu organisieren wußte – nach Italien und weiter nach Südamerika, eines der internationalen Hauptzentren geflüchteter Faschisten. Weitere Zentren, von denen aus die Ustascha ihre Fäden neu zog, wurden Madrid und Australien, außerdem die Bundesrepublik.

Alles in allem verfügt die Ustascha über ein weitgespanntes Netz von Organisationen, Zweigstellen, Zeitungen usw.; so in Großbritannien die „Croat Benevolent Society", die „Moslem Society of Bosnia-Herzegowina" und die Zeitung „Nova Hrvatska" („Neues Kroatien"), in den USA den Verlag „Croatia Press", die Zeitung „Dancia" und die Organisation „Nasa Nada" (Unsere Hoffnung), in Rom das „Institut des Heiligen Hieronimus", in Frankreich die Gruppe „Kroatische Verteidigung" usw.

Daß es sich immer um denselben Ustascha-Kreis handelt, macht das Beispiel des kroatischen Faschisten Stjepan Bilandzic deutlich: Zunächst Vorstandsmitglied der „Kreuz-Bruderschaft" (die die jugoslawische Vertretung in Bad Godesberg im November 1962 in Brand steckte, wobei der Hausmeister umkam), wurde er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, mit der Auflage, sich nicht mehr politisch zu betätigen. Stattdessen übernahm er jedoch die Herausgabe der Zeitung „Otpor", das Organ des jetzt verbotenen „Volkswiderstandes" und betrieb Waffengeschäfte, um Sabotagetrupps in Jugoslawien auszurüsten.

Allein die Liste der offiziell als „eklatante Fälle" anerkannten Ustascha-Verbrechen genügt, um den durch und durch terroristischen Charakter dieser Faschistenbande zu erkennen:

- November 1962: Brandanschlag auf die jugoslawische Vertretung in Bad Godesberg.
- Mai 1963: Ein Sabotagetrupp sickert in Jugoslawien ein. Herkunft: Australien, BRD.
- Juni 1965: Mordversuch am jugoslawischen Konsul in Meersburg.
- März 1966: Ustascha-Funktionäre werden geschnappt, als sie 40 kg Sprengstoff in die BRD einführen wollen.
- August 1966: Ermordung des jugoslawischen Vizekonsuls in Stuttgart.
- April/Mai 1968: Sprengstoffanschläge auf den Akropolis-Express.
- Mai 1969: Mordversuch an einem jugoslawischen Sozialbetreuer in Düsseldorf.
- Juni 1969: Attentat auf den Chef der jugoslawischen Militärmission in Westberlin.
- Januar 1972: Brandanschlag auf das jugoslawische Verkehrsbüro in Frankfurt.
- Anfang 1972: Mordanschlag auf den jugoslawischen Konsul in Stuttgart.
- Januar 1975: Selbstverstümmelung eines kroatischen Faschisten beim Bombenbauen in Frankfurt.
- Februar 1976: Ermordung des jugoslawischen Vizekonsuls in Frankfurt.

Dieser Liste, die in jedem Fall unvollständig ist, sind entsprechende Anschläge, Mordversuche etc. in anderen Ländern, einschließlich Jugoslawien, hinzuzufügen.

BRD-Staatsschutz: Bei Faschisten „uniformiert"

Offenbar hat es der Protest der jugoslawischen Regierung gegen die Untätigkeit der BRD-Behörden (Anlaß: Ermordung des Vizekonsuls Zdov im Februar) Anfang Juni ratsam erscheinen lassen, zwei Ustascha-Gruppen zu verbieten.

Dabei ist völlig klar, daß über den faschistisch-terroristischen Charakter der Ustascha und ihrer Nachfolge-Gruppen nie ein Zweifel be-



DAN HRVATSKE DRŽAVNOSTI
10 TRAVNJA 1941-1976

O lijepa, o draga o slatka slobodo,
dar, u kom sva blaga Višnji nam Bog je dô,
uzroče istini od naše sve slave,
uresu jedini od ove Dubrave,
sva srebra, sva zlata, svi ljudski životi
ne mogu bit plata tvoj čistoj ljepoti."

TEMELJE VJEČNE I NAKAD POKORENE HRVATSKE DRŽAVE.

Ante Pirac

Ustascha-Blätter, in der BRD frei erhältliche Faschisten-Propaganda

Zielsetzung entsprechend, zum Teil verdeckt arbeitet, konnte ihr organisatorischer Zustand und die personelle Zusammensetzung der Führungsgremien nicht in allen Einzelheiten aufgeklärt werden". Dies, wohlgemerkt, nachdem der „Volkswiderstand" zumindest seit 1967 besteht! Aber auch sonst scheinen die Staatsschützer, wenn es um Faschisten geht, etwas auf den Kopf gefallen zu sein: So sei die Ustascha-tige Vollziehung dieser Verfügung" des Verbots angeordnet, aber: „Dies gilt nicht für die Einziehung des Vermögens"!

Wie wenig sich geändert hat, zeigt sich auch daran: Noch Anfang Juli, einen vollen Monat nach dem Verbot, wurde die „Volkswiderstand"-Zeitung „Obrana" nach wie vor offen in Hamburg verkauft.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zionisten: Sacharow marschiert im Geiste mit ...

Ein seltsames Happening ereignete sich Anfang Juli auf dem Scopus-Berg in Jerusalem. Wegen seiner Verdienste um die Verteidigung Israels und den Zionismus bekam der sowjetische "Regime-Kritiker" Sacharow die Ehrendoktorwürde der Hebräischen Universität verliehen. In Abwesenheit, da die sowjetische Regierung ihn zu diesem Zweck nicht ausreisen lassen wollte. Gleichfalls Ehrendoktoren wurden bei dieser Gelegenheit der Pseudo-Zionist Axel Springer, ein „führender Zionist" names Zvi Schwarz und der Zionist Daniel Moynihan, weggetretener ehemaliger Vertreter der USA in der UNO, wegen seiner pro-zionistischen Eskapaden in jenem Gremium berüchtigt.

Moynihan war es denn auch, der bei der makabren Zeremonie in Jerusalem Lobreden auf den Hilfs-Zionisten Sacharow hielt: *„Sacharow wollte kommen, aber er durfte nicht ... Prof. Sacharow sitzt nicht hier unter uns. Aber dennoch ist er da. Und alle jene, die hinter ihm stehen. Wir alle sind Sacharow".* – Dank seiner nur geistigen Anwesenheit blieb es Sacharow erspart, folgenden Worten Moynihans offen applaudieren zu müssen: *„Der Mut und die Unerschrockenheit, mit der die Israelis dem internationalen Terror widerstehen, hat uns in besonders deutlicher Weise gezeigt, was von der freien Menschheit in unserer Zeit gefordert wird"* (Zitate laut „Welt" vom 6.7.76).

Nach Solschenizyn, dem Leitartikelschreiber von Springer und faschistischer „Nationalzeitung", hat nun offenbar auch der „Regimekritiker" Sacharow den ihm gebührenden Platz gefunden: Nächstes Jahr in Jerusalem?! ...

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

len des Montaigne-Gymnasium in Paris und schlagen zwei Schüler krankenhausreif.

- 13. April: G.U.D.- und G.A.J.-Kommandos lassen ihrem Rassenhaß auf dem Pariser Boulevard St. Michel freien Lauf: arabische Studenten, afrikanische Straßenkehrer und jüdische Geschäftsleute werden zusammengeschlagen. Es gibt 14 Verletzte.
- 24. Mai: In der Universität von Montpellier versuchen 100 G.U.D-Schläger, die Examens-Prüfungen zu stören, acht Verletzte sind das Ergebnis.
- 25. Mai: Im linken Verlag „Maspero" in Paris explodiert eine Brandbombe (bereits die 40. auf diesen Verlag!).
- 1./2./3. Juni: In Paris, Quimper (Bretagne) und in der Universitätsbibliothek von Nancy explodieren Bomben, die vier Menschen töten und riesigen Sachschaden anrichten.

Behörden und Polizei: „Machtlos"?

Mit diesem Argument versuchen Universitätsbehörden und Polizei, sich „herauszuhalten", was für die Faschisten freie Bahn bedeutet.

Das reicht von Empfehlungen des Rektors der Universität von Arras an die gefährdeten Studenten, Fernkurse (!!!) zu belegen, bis hin zur offenen Förderung der Faschisten z.B. durch den Polizeikommissar des 6. Arrondissements (Quartier Latin – Universitätsviertel von Paris). Er empfiehlt den Überfallenen, auf Anzeigen zu verzichten, denn: „Sie werden Ärger mit den Faschisten bekommen, und wir können nichts tun, um Sie zu beschützen".

Aber es gibt neben solcher politischen Unterstützung auch organisatorische Verbindungen zwischen Faschisten und Staatsapparat:

Der Geheimdienst SDECE und die Staatspolizei R.G. (Renseignements Generaux) setzen die Schläger von G.U.D. und G.A.J. offensichtlich als Provokateure ein, wie z.B. am 15. April, als 100.000 Lehrer, Schüler und Studenten in Paris demonstrierten: Behelmte Lederjacken warfen Pflastersteine sowohl auf die Gebäude der CRS (kasernierte Polizei) als auch auf demonstrierende Studenten. Die Provokation bewirkte, daß der Anschlag den Studenten in die Schuhe geschoben wurde, was einen beispiellosen Polizeieinsatz zur Folge hatte und der rechten Presse den Vorwand für Hetztiraden und Rufe nach Anwendung der neuen verschärften Polizeigesetze gab.

Über diese „kombinierte Aktion" waren die Faschisten der PFN so stolz, daß noch am gleichen Abend ca. zwölf algerische Arbeiter „zur Feier des Tages" zusammengeschlagen wurden. Eine alte Dame, die gegen das Absingen des Horst-Wessel-Liedes protestierte, wurde geohrfeigt und getreten (nach „ED" - „extra-dienst" – 29.6.76).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ärztewerbung für „Persönlichkeitskorrektur"

Im AK 81 wurde in einem Leserbrief auf die neuerlich verstärkte Propagierung des „Gnadentods" in den Massenmedien hingewiesen (Fernsehwerbung für den Gnadentod, S. 6), womit *„der Willkür der Ärzte als ‚Herren über Leben und Tod' ganz neue Perspektiven eröffnet"* würden; dies sei insofern Bestandteil der Faschisierung von Staat und Gesellschaft, als dadurch der Wert des menschlichen Lebens relativiert und der Nazi-Propaganda vom ‚unwerten Leben' Tür und Tor geöffnet werde.

In eine ähnliche Richtung geht ein Artikel aus dem „Deutschen Ärzteblatt" (Fachzeitung der Ärztekammer, reaktionäre Standesorganisation der Ärzte) unter der Rubrik „Zur Fortbildung Aktuelle Medizin" zum Thema Psychochirurgie („Deutsches Ärzteblatt", Heft 18, 29.4.76, S. 1217-23).

Propagiert werden operative Eingriffe im Gehirn, um *„bei einzelnen Patienten individuelle, mit psychiatrischen Mitteln nicht zu beeinflussende Leiden symptomatisch (zu) lindern"!* Der Vorteil solcher Operationen soll darin bestehen, daß *„Wahnvorstellungen und fixierte Ideen durchbrochen"*, *„viele psychiatrische Patienten von ihrer Ängstlichkeit, Versagensreaktionen und Überemotionalisierung befreit"*, daß *„krankhafte Über- oder Fehlfunktionen definierter Hirnstränge beeinflußt werden"* könnten.

Was serviert wird im Pathos der Sorge um die leidenden Patienten, muß man sehen in dem Rahmen der unmenschlichen Entmündigungen, der psychisch Kranke schon heute ausgesetzt sind, und im Zusammenhang, wie die im Artikel ebenfalls angepriesenen Psychopharmaka in der Praxis angewendet werden: Statt die Probleme der Patienten in Form von Konfliktregelung anzugehen, ein natürlich wesentlich aufwendigeres Verfahren, wird um den Preis der Umnebelung des Patienten die notwendige exakte Diagnosestellung sowie eine vernünftige Therapie umgangen. Zudem kann auf diesem Wege verhindert werden, daß die gesellschaftlichen Ursachen, die den psychischen Störungen zugrunde liegen, ans Tageslicht kommen.

So kann die schwachsinnige These von der individuellen Schuld (z.B. der Eltern) an den Mann gebracht werden, wie man es besonders deutlich z.B. in der Frage der Schulkrankheit und Schülerselbstmorde tut.

Daß der Hase in diese Richtung läuft, wird besonders deutlich an den Krankheiten, für die die Operationen empfohlen werden: Schizophrenie, Depression, Angst und Spannung im Sinne von „vom Erlebnis her nicht begründbar", Zwangserscheinungen, Aggressivität – also Störungen, die z.T. eindeutig gesellschaftlich bedingt sind bzw. bei denen zumindestens das Gegenteil noch nicht belegt ist. In diesem Rahmen sind die im Artikel angemeldeten Bedenken wie „Anwendung noch nicht ausgereift" etc. geradezu lächerlich, geht es doch um die Vorbereitung längerfristiger Methoden. Die Spätfolgen sollen ohnehin nicht abzusehen sein. „Entkräftende" Argumente wie: die Persönlichkeit werde nicht gestört, der Patient sei endlich in der Lage zu einem „lebenswerten Leben", können einem Schauder erzeugen angesichts der Definition „gesunder Persönlichkeiten" und „lebenswerten Lebens" (als Abgrenzung vom „unwerten Leben"?)

Wenn man bedenkt, daß Reaktionäre Antifaschisten und Kritiker als mit „Wahnvorstellungen" behaftet darzustellen pflegen bzw. überhaupt Linke entweder als kriminell oder psychisch krank, ist klar, von welcher Art von „Überemotionalisierbarkeit" die Rede ist. Wird doch schon Parteilichkeit als „mangelnde Objektivität" „Unwissenschaftlichkeit" usw. ausgelegt!

Ein einziger Hinweis der Schreiberlinge auf die Problematik der Psychochirurgie findet sich am Ende, wo darauf hingewiesen wird, daß es Befürchtungen gebe, daß solche Operationen zur *„Manipulation unbequemer Charaktere von psychiatrischer, juristischer oder autoritär staatlicher Seite mißbraucht werden".* Diese Möglichkeit wird jedoch dementiert mit der Behauptung, *„daß die psychiatrisch-chirurgischen Eingriffe keine Verfahren sind, den Menschen zu manipulieren und dies mutmaßlich aus technischen Gründen kaum sein werden".* „Moderne" Psychologie und Chemie hätten da größere Möglichkeiten. Hier wird ganz klar die Gefahr heruntergespielt.

Da sind auch Argumente wie „lieber so helfen als gar nicht" einen Scheißdreck wert. Wenn heute in der Psychiatrie nicht nur wegen reaktionärer Methoden und miesen materiellen Bedingungen oft nicht geholfen werden kann, selbst wenn es sich in einer Klinik um fortschrittliche Leute handelt, liegt das an den fehlenden wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dies ist zweifellos jedoch kein naturgegebener Zustand, sondern Folge dessen, daß reaktionäre „Wissenschaftler", die „unwertes" und „wertes" Leben von Körpermaßen etc. abhängig machen, in ihrer „Forschung" allemal bevorzugt gefördert werden.

Eine Genossin aus dem Gesundheitsbereich
KB/Gruppe Hamburg



Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür

„Es gibt keine Berufsverbote" ... wie man in Bremen sieht

In Bremen läuft zur Zeit ein Berufsverboteverfahren, dessen Ablauf deutlich macht, wie weitgehend die Bespitzelung „Verdächtiger" im öffentlichen Dienst durchgeführt wird. Es handelt sich um Udo E., seit fünf Jahren Studienrat, von 1973 bis 1976 Mitglied im Bremer Personalrat Schulen. Um E. aus dem Schuldienst zu entfernen, reichen nicht die vom SPD-Senat in einer Reihe von Berufsverbotefällen üblichen Begründungen wie „mangelnde Bewährung" oder „mangelndes Interesse", da E. bereits „Beamter auf Lebenszeit" ist.

Zunächst verlangt der Schulaufsichtsbeamte Oberschulrat Schmidicke von E.'s Direktor am Gymnasium Barkhof ein „Bewähungsgutachten", da die Beförderung zu Oberstudienrat ansteht. Direktor Creydt, der E. selber wegen seiner fachlichen Qualifikation 1970 an die Schule bestellte, versucht auf sechs Seiten nachzuweisen, daß E. sich nicht bewährt habe, und fordert seine Versetzung. In der Begründung kommt die vom Schulrat Eisenhauer im letzten Jahr geforderte Schnüffelpraxis zur Anwendung. So werden entsprechend dem „Eisenhauer-Erlaß" eine Reihe anonymer Äußerungen von Lehrern und Eltern als „Beweis" angeführt, (die übrigens ohne deren Wissen verwertet werden dürfen).

Zur gleichen Zeit werden zwei weitere Fronten gegen Udo E. aufgebaut:

- Die Bremer GEW-Führung liefert Material für E.'s Gewerkschaftsausschluß. E. ist langjähriges GEW-Mitglied. 1973 wurde er über die GEW-Liste Personalratsmitglied. Im März 1975 war er Delegierter auf dem GEW-Bundeskongreß, im Mai 1975 wurde er zum Vorstandsmitglied des Bezirks Mitte/Ost gewählt und ebenfalls in die Landesvertreterversammlung. E. wird der Verkauf der „KVZ" und die Teilnahme an der Mai-Demostration 1975, zu der der KBW aufgerufen hatte, vorgeworfen. Im November 1975 wird E. aus der GEW ausgeschlossen.
- Die Mehrheit des Personalrats strengt gegen E. ein Verwaltungsgerichtsverfahren an, da er die Lehrerin Karin M. über das gegen sie eingeleitete Entlassungsverfahren informierte, von dem er als Personalratsmitglied erfahren hatte.

An diesem Vorgehen läßt sich sehr deutlich machen, wie die Sozialdemokratie über ihre Funktionäre und Denunzianten im Senat, im Personalrat und in den Gewerkschaften aktiv die Berufsverbotepraxis betreibt. Ein Hohn dagegen sind scheinheilige Beteuerungen von Willi Brandt und Konsorten auf Kritiken, es gäbe keine Berufsverbote in der BRD!

Weihnachten 1975 wird der erste Akt im Verfahren gegen Udo E. abgeschlossen. Er wird an das Kippenberg-Gymnasium versetzt (zum 1.2.76), um ihn aus dem alten Arbeitsbereich 'rauszureißen und im neuen von Anfang an als „Radikalen" zu isolieren. Trotz der Proteste von Schülern und Lehrern wird die Versetzung durchgezogen und E.'s Abwehr hiergegen (Herstellung der Öffentlichkeit durch Flugblatt an die Kollegen, Interview in der Schülerzeitung und seit kurzem eine Dokumentation) soll jetzt zusätzlich benutzt werden, ihn ganz aus dem Schuldienst zu schmeißen.

Bedeutsam sind auch weitere bekanntgewordene Methoden, mit denen E.'s Berufsverbot betrieben wird:

- Dem Personalrat wurden für die Entscheidung, E. zu versetzen, Informationen von der Schulbehörde vorgelegt, die mittlerweile offiziell zurückgenommen werden mußten.
- Über Jahre hinweg wurden systematisch Infomationen über an sich unbedeutende Vorgänge, Aussprüche von Lehrern und Eltern gesammelt.
- Die Tatsache, daß E.'s „privateigenes Fahrzeug" in der Nähe einer Veranstaltung der GUV(KBW) beobachtet wurde, gilt als hinreichender Verdacht.
- Ein personalratsinternes Sitzungsprotokoll, nach dem sich E. zur GUV bekennt, taucht als Anklagepunkt im Disziplinarverfahren auf.
- Mit dem Teleobjektiv geschossene Bilder von E. werden als Beweis für den „KVZ"-Verkauf vorgelegt.
- Direktor Colberg vom Kippenberg-Gymnasium leitet mittlerweile alle Bespitzelungsergebnisse sofort der Behörde weiter.

Wie verlogen sind alle öffentlichen Beteuerungen bürgerlicher Politiker über nichtvorhandene Schnüffelei in der BRD angesichts solcher geheimdienstlichen Schnüffelpraktiken.

Vermutlich wird E. noch in diesen Sommerferien vom Dienst suspendiert. Es wird darauf ankommen, nach den Sommerferien den Protest gegen diesen neuerlichen Berufsverbotefall zu verstärken und die Methoden der Behörde und ihre Verwirklichung durch sozialdemokratische Denunzianten anzuprangern. Eine außerordentliche Personalversammlung gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung und gegen die Lehrerarbeitslosigkeit zu Beginn des neuen Schuljahrs muß vorbereitet werden.

KB/Gruppe Bremen
nach dem Bericht eine Lehrers

SPD-Hamburg

„Die liberalste Extremistenordnung Deutschlands"?

Mit neuen „Richtlinien für die Überprüfung und die Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst" versucht die SPD in Hamburg angesichts der recht breiten Proteste in der letzten Zeit in Sachen Berufsverbote, ihr Image wieder etwas aufzupolieren. Der Beschluß der Ratsfraktionen von SPD und FDP sieht vor, daß *„nur noch Beamtenbewerber, nicht aber mehr einzustellende Arbeiter, Angestellte und Auszubildende durch den Verfassungsschutz überprüft werden"* sollen. Daß dies keineswegs eine „Einschränkung" von Gesinnungsschnüffelei bedeutet, ist klar, weil Ausnahmen von diesem „Grundsatz" möglich sind, *„wenn besondere Umstände eine Anfrage beim Verfassungsschutz als geboten erscheinen* (!) *lassen."* Zweitens sollen sogenannte „Jugendsünden" nicht mehr berücksichtigt werden, ebenso „Erkenntnisse", die länger als zwei Jahre zurückliegen. Dies gilt nicht, wenn sie *„in einem Fortsetzungszusammenhang stehen oder wenn die besonderen Umstände des Einzelfalls dies erforderlich machen."*

Und ein „Fortsetzungszusammenhang" ist wohl immer gegeben zwischen aktuellen politischen „Erkenntnissen" und den politischen Aktivitäten des Betroffenen in der Vergangenheit. Weiterhin soll zukünftig bei der Bewertung von „Erkenntnissen" des Verfassungsschutzes die *„künftige Funktion des Einzustellenden in Rechnung stellen"*, d.h. etwa ein **Straßenfeger müßte die Verfassung** nicht so sehr hochachten wie ein Lehrer oder Polizist. (Zitate nach „Frankfurter Rundschau", 26.6.)

„Die „Bild" nahm dies zum Anlaß, um der SPD vorzuwerfen, daß mit dieser Verordnung die *„Grundwerte der Verfassung ausgehöhlt werden, und daß es Radikale in Hamburg zukünftig leichter haben werden"* (26.6.).

Natürlich wissen Springer und die CDU, daß dies keineswegs der Fall sein wird. Denn schon im Dezember letzten Jahres hatte der SPD-Bürgermeister, Klose, eine *„fruchtbare Denkpause"* angekündigt, denn niemand könne doch wollen, *„daß sich in der Bevölkerung und insbesondere auch bei gutwilligen jungen Menschen eine Atmospäre der Verunsicherung, ja sogar der Angst verbreitet"* („Tagesspiegel", 3.7.). Was aus dieser Denkpause in der Praxis geworden ist charakterisiert der „Tagesspiegel" dann so: „Die SPD in der Hansestadt handhabt die Grundsätze des offiziell aufgehobenen Radikalenerlasses noch mit der gleichen Virtuosität und Ausdauer wie ehedem." Das beweisen auch die folgenden Fälle, die alle der jüngsten Vergangenheit entnommen sind:

Im letzten Monat wurde H. K r u s e, ein Meßtechniker im Bezirksamt nicht übernommen, da er *„wegen seiner Aktivitäten für die DKP für ein Angestelltenverhältnis nicht geeignet"* sei. Im November '75 hatte der Senat dem Techniker P e t e r Ö h r e n s **die Einstellung als Gerätewart** (!) an der Uni-Hamburg verweigert.

– R e n a t e B i e h l wurde im Herbst '75 nicht in das Ausbildungsverhältnis zur Krankenschwester (!) übernommen. Gegen das Arbeitsgerichtsurteil zugunsten von Renate wurde vom Senatsamt jetzt Revision eingelegt.

– J a n R i e c k m a n n wurde eine zugesagte Stelle als Chirurg (!) am Hafenkrankenhaus verweigert. Als DKP-Mitglied hatte er sich gegen die Schließung des Hafenkrankenhauses ausgesprochen.

Narkosearzt K l a u s W e b e r, beschäftigt am Universitätskrankenhaus in Eppendorf, soll nun endgültig aus dem Staatsdienst gekantet werden. Er hatte zunächst über das Arbeitsgericht eine Weiterbeschäftigung erreichen können. Am 5. Juli soll gegen ihn ein Anhörungsverfahren angestrengt werden.

– Auch Peter de Lorent soll nun endgültig fliegen, nachdem er eine zeitlang als Lehrer mit Sondervertrag tätig war. (Information nach „FR", 1.7.)

Alle Fälle beweisen auch schlaglichtartig, daß es nicht um die Funktion des Betreffenden geht, sondern allein um eine bestimmte Gesinnung. Das Ziel, ein Klima der Unsicherheit und Angst (Klose) zu schaffen, wird trotz aller schönklingenden Worte nicht vergessen.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Demagogisch werden von den regierenden Parteien CDU/CSU, SPD und FDP Kommunisten und Faschisten gleichgesetzt, um der Verfolgung der Kommunisten ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Die unterschiedliche Behandlung durch die staatlichen Organe macht aber immer wieder klar, daß die Jagd allein den Kommunisten, und damit den entschiedensten Gegner der Faschisten, gilt, während die Nazi-Verbrecher heute immer noch frei herumlaufen können.

München

Wieder zwei Berufsverbote

Wegen Mitwirkung an einem Flugblatt, das zum Aufbau der DKP Kinderorganisation „Junge Pioniere" aufruft, bekam die Münchner Sozialarbeiterin Sylvia Schilbach (DKP) von der SPD Stadtverwaltung Berufsverbot. Allein ihr Engagement für die „Jungen Pioniere" wurde zur Begründung herangezogen. In dem Flugblatt der „Pioniere" hieß es:

„Wir wollen gute Freunde sein ... und mit den Kindern aller Länder Freundschaft halten ... Wichtig für uns junge Pioniere ist es, daß wir die Sorgen und Nöte unserer Eltern verstehen und die Arbeit von Vater und Mutter schätzen –"

Ganz offensichtlich wurde auch in diesem Fall die Gesinnung für das Berufsverbot herangezogen, entgegen der demagogischen Behauptung, daß allein eine Parteimitgliedschaft nicht zu Entlassung oder Nichteinstellung führt.

Mit dem Berufsverbot bedacht werden auch Solidaritätsbekundungen mit dem unterdrückten chilenischen Volk.

So verhängte die Münchner Stadtverwaltung gegen die Sozialarbeiterin Renate Tix (MSB) Berufsverbot, weil sie an einer Zeitung mitgearbeitet hatte, die nach dem faschistischen Putsch in Chile zur Solidarität mit dem chilenischen Volk aufrief!

KB/Gruppe Nürnberg





Die Entlassung des Lokomotivführers Rudi Röder aus dem Staatsdienst wurde jetzt in erster Instanz vom Gericht zurückgewiesen. Konkreter Anlaß war der Widerspruch des Bezirkspersonalrats der Nürnberger Bundesbahndirektion. Nicht zuletzt kam dieser Spruch aber auch deshalb zustand, weil dieser Fall ähnlich wie der der Lehrerin Sylvia Gingold internationales Aufsehen erregt hat. Auf dem zweiten Bild ist (unten rechts) Röders Vater, Valentin Röder, zu sehen, der 1933 wegen Mitgliedschaft in der KPD ebenfalls aus dem Staatsdienst (als Heizer bei der Reichsbahn) entlassen wurde. Das endgültige Urteil im Fall Röder wird Ende August erwartet.

Berufsverbote für Mitglieder in Chile-Solidaritätskomitees

Im Verfassungschutzbericht der Bundesregierung werden die bestehenden Chile-Solidaritätskomitees als *„linksextremistische Sekundärorganisationen"* bezeichnet. Auf eine Anfrage eines fortschrittlichen Hamburger Journalisten teilte das Bundesinnenministerium dazu im einzelnen mit, daß den *„bestehenden Chile-Komitees Mitglieder der verfassungsfeindlichen DKP ... und Vertreter der Neuen Linken angehören. Es ist offenkundig, daß die von diesen Komitees propagierte Solidarität mit Chile nicht die Unterstützung der auch von der Bundesregierung mit allen Kräften geförderten humanitären Aktion für inhaftierte Chilenen, sondern allein die Solidarität mit den chilenischen Kommunisten und die Unterstützung ihrer Ziele bezweckt"*. (Antwortschreiben des Bundesinnenministeriums vom 4.5.76)

Damit beweist die SPD-Regierung erneut, daß sie die politische Situation in Chile billigt. Die „humanitäre Aktion" bleibt nur ein schlechtes Feigenblatt zur Rechtfertigung der guten Beziehungen der SPD/FDP-Regierung zur chilenischen Junta. Wer sich nicht nur „humanitär" betätigt, sondern die faschistische Diktatur auch politisch bekämpft und ihre Unterstützung durch die BRD aufzeigt, zählt sogleich zu den Verfassungsfeinden, die nach den Berufsverboten „im Einzelfall" überprüft werden.

Lateinamerika-Kommission

Kurioses

Wie die antifaschistische Wochenzeitung „die tat" am 9.7. berichtete, hat der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Walter Seuffert, die Verteidigung von Charlotte Nieß, die nicht als Justiz-Assesorin eingestellt werden soll, übernommen. Seuffert selbst hat an dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zum „Radikalenerlaß" mitgewirkt.

Entweder haben ihn nun die Geister eingeholt, die er selber gerufen hat – oder hier liegt ein besonders krasser Fall von Unmoral vor. Hat sich dieser saubere Herr doch mit seiner richterlichen Tätigkeit die Möglichkeit geschaffen, jetzt als Rechtsanwalt auch noch Profit aus der „Radikalenjagd" zu schlagen.



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Bundeswehr

Einsatzbereit gegen die Arbeiter

Im folgenden drucken wir eine Übersicht über die bisher bekannt gewordenen Bürgerkriegsübungen der Bundeswehr ab (aus „konkret", Juli 1976)

Chronologie des Bürgerkrieges

— **1966, geübt wird in Offiziersausbildungskursen:** Einsatz von Bundeswehreinheiten zusammen mit Bundesgrenzschutz und Polizei gegen Banden; der taktisch richtige Einsatz eines Panzergrenadierzuges mit Schützenpanzerwagen gegen Demonstranten, die ein Kreiswehrersatzamt besetzen; Maßnahmen gegen Demonstranten, die die Ausfahrt einer Kaserne belagern.

— **Fallex 1966:** Zusammen mit einigen Abgeordneten geht man im Regierungsbunker in der Eifel davon aus, daß Friedensdemonstrationen zum Generalstreik aufrufen und wehrkraftzersetzend wirken; daß die Polizei wilde Streiks, die in Wolfsburg ihren Anfang nehmen, nicht mehr unter Kontrolle hat. Anwesend auf Einladung des Verteidigungsministeriums: eine Delegation des Bundes Deutscher Industrieller (BDI).

— **Manöver 1967:** Lagebeschreibung: „Die Deutsche Mark verliert ständig an Kaufkraft, die Lebensmittelpreise steigen rapide. Die bis dahin friedlichen Demonstrationen für höhere Löhne und stabile Preise . . . arten zu blutigen Straßenkämpfen aus. Der Verkehr bricht immer häufiger zusammen. Die Polizei ist überfordert. . . Es werden Schützenpanzer gegen Demonstranten eingesetzt."

— **1968, Übung des Jagdbombengeschwaders 34 Memminger Berg:** Aufgabe ist die Sicherung der Kaserne gegen anrückende Demonstranten, mit denen die Feuerwehr nicht mehr fertig wird. Befehl: „Demonstranten, die über das Tor klettern, sind zu erschießen."

— **1969 „Schneesturm":** In Paderborn wird der Militäreinsatz gegen Demonstranten geprobt; zur gleichen Zeit üben Bundeswehreinheiten bei Hannover Streikzerschlagung und Stürmung einer Fabrik. In nur geringer Entfernung demonstrieren Hanomag-Arbeiter gegen die Stillegung ihres Betriebes.



„Häuserkampf" in einer Kaserne der Bundeswehr in Ellwangen (an der Jahst). Ein weiteres Beispiel dafür, wie in den westdeutschen Streitkräften Einheiten zum Einsatz „im Innern" trainiert werden ...

— **WINTEX 1971:** Manöverannahme: Nach einem sowjetischen Angriff bricht in der Bevölkerung Unruhe aus; Einberufungsbefehle werden nicht befolgt; ausreisende Gastarbeiter blockieren die Bahnhöfe, wilde Streiks legen die Rüstungsindustrie lahm; auch in den Mannschaften der Bundeswehr breitet sich Unruhe aus; daraufhin werden Feldjäger gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt; es gibt die ersten Opfer. Ausgang der Übung: nach Atomwaffeneinsatz durch NATO-Verbände sind 4 Millionen Opfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen; die politische und militärische Führung hat das Land verlassen.

— **Februar 1972:** Das Deutsche Rote Kreuz verweigert die Teilnahme an einer Katastrophenübung bei Konstanz, bei der davon ausgegangen wird, daß die Bevölkerung aus Oberfranken evakuiert werden muß, nachdem die osteuropäische Presse dazu auffordert, „die geknechtete Bevölkerung Westdeutschlands zu unterstützen".

— **Oktober 1972:** Nato-Manöver: Panzertruppen fahren bis in die Innenstadt und vor den Kliniken Bad Neuenahr auf.

— **WINTEX 1973:** Regierungsstellen proben die „zivile Komponente" der militärischen Landesverteidigung: Objektschutz, Sabotageabwehr, Verkehrsregelung etc.; nachdem die Bundeswehr bei Unruhen im verbündeten Ausland eingegriffen hat, kommt es in der BRD zu Protesten, wilde Streiks legen die Rüstungsindustrie lahm, in den Streitkräften treten große Disziplinschwierigkeiten auf. Gleichzeitig wird in Norwegen ein NATO-Putsch geprobt für den Fall des NATO-Austritts Norwegens.

— **1973:** Alarmübung des Raketenbataillons 22 in Schwalmstadt; Ausgangslage: Arbeiter haben im süddeutschen Raum eine Räterepublik ausgerufen, in anderen Teilen des Landes brechen Unruhen aus. Übungsaufgaben:
1. Streikende Arbeiter der Kasseler Henschel-Werke sollen auseinandergetrieben werden.
2. Eine Demonstration vor der Gießener Kaserne soll aufgelöst werden.
3. Unruhe hat auf die Bundeswehr übergegriffen – Befriedung eines Unruheherdes.

— **1973:** Dürverdener Kaserne: Soldaten erhalten den Befehl, eine antimilitaristische Demonstration zu mimen und durch einen Sitzstreik den Munitionstransport der Nachbarkompanie zu stoppen.

— **September 1973:** Ausbildungskompanie 408 in Münster: Soldaten müssen die Kaserne gegen einbrechende Demonstranten sichern, die mit Flugzeugen angegriffen werden.

— **Herbst 1973:** In einem Brief an verschiedene staatliche Stellen fordert die Feldjägerschule Sonthofen Bildmaterial von streikenden Arbeitern, Anti-NATO-Demonstrationen, Flugblattverteilern etc., um möglichst realistisch die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten und -methoden gegen Streikende und Demonstranten üben zu können.

— **November 1973:** Kampfausbildung der Heeresfliegerwaffenschule Bückeburg: in der BRD ist es zu bewaffneten Aufständen gekommen; in Bückeburg wurde ein Munitionsdepot gesprengt; Aufgabe der Truppe: Säuberung des Geländes vom Feind, wobei Kontakt mit der Bevölkerung zu vermeiden ist, da sie der Bundeswehr negativ gegenübersteht; jedes Fahrzeug und jede Person gilt als Feind.

— **1973, während des Metallarbeiterstreiks:** 25 Repräsentanten und Führungskräfte aus Industrie, Wirtschaft und Handel werden vom Leiter des Bremer Bundeswehrkommandos und dem Leiter des Katastrophenschutzes über bessere Betriebsschutzmaßnahmen unterrichtet.

— **1973:** Probealarm in der Kaserne Aurich: Lage: VW-Werke werden bestreikt, Werkschutz kann das Werk nicht mehr „schützen"; die Sicherung übernimmt die Fernmeldekompanie.

— **April 1974:** Während eines Manövers am Niederrhein führen schwerbewaffnete Soldaten unter dem Schutz gut ausgebauter Maschinengewehrstellungen Straßenkontrollen durch.

— **3.5.74:** Kaserne des Kampfgeschwaders 41 in Husum: Demonstranten belagern das Kasernentor, die Wache geht in Deckung. Erst als Polizeikräfte anrücken, stellt sich heraus, daß es sich bei den Demonstranten um Soldaten in Zivil handelt, die die Wache testen sollten.

— **Übung vom 2. - 13.9.1974:** Nach Kriegsausbruch im Nahen Osten ist die Grenze von Blauland bedroht; unter der Bevölkerung bricht Unruhe aus, wilde Streiks erfasssen das Land. Die Heimatschutztruppe bekämpft den Feind im Hinterland.

— **WINTEX 75:** Nach einem Angriff des Warschauer Pakts brechen in der BRD Unruhen und wilde Streiks aus, die Bevölkerung verweigert der Truppe jede Unterstützung; Bundeswehreinheiten haben besetzte Betriebe zu räumen.

— **Oktober 1975: „Große Rochade":** Heimatschutztruppen proben den Einsatz gegen Störtrupps und Saboteure.

— **Dezember 1975:** Übung des Panzergrenadierbataillons 71 in Altenwalde: Soldaten müssen die Kaserne gegen Demonstranten sichern, die mit Flaschen und Steinen werfen. Der gleichzeitig laufende Protest der Bevölkerung Altenwaldes gegen den Bau einer Panzerringstraße wird in die Übung einbezogen.

CDU fordert verschärfte Aufrüstung

Obwohl unter der SPD/FDP-Regierung ständig größere Aufrüstungsanstrengungen unternommen wurden, die Bundeswehr um 30.000 Mann auf nahezu 500.000 aufgestockt wurde und alles getan wurde, damit *„die Abwehrbereitschaft der NATO gestiegen"* ist (Kriegsminister Leber, lt. „Frankfurter Rundschau", 26.6.76), holte die CDU/CSU in der letzten sicherheitspolitischen Debatte im Bundestag vom 25.6.76 zum großen Rundschlag aus.

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Wörner, *„warnte vor dem sowjetischen Übergewicht"* („Frankfurter Allgemeine", 27.6.76) und vor der andauernden Entwicklung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetunion. Die CDU forderte eine weitere Erhöhung des Wehretats, eine verbesserte Ausbildung vor allem der jungen Offiziere, eine bessere Nutzung des Reservistenpotentials und eine Beschleunigung der Herstellung der Einsatzbereitschaft („FAZ", s.o.).

Deutlicher wurde die CDU dann auf ihrem am Wochenende darauf abgehaltenen Wehrpolitischen Kongreß in München. Demzufolge sind der Aufrüstung überhaupt keine Grenzen gesetzt:

So forderte Kohl „den Westen" auf, den Rüstungswettlauf mitzumachen, *„welches Tempo er auch immer annehmen und welche Aufwendungen er auch immer fordern wird."* Der Preis der militärischen Überlegenheit müsse so hoch gedrückt werden, daß er für die Sowjetunion nicht mehr erschwinglich sei. („FAZ", 5.7.76).

Diese Kriegstreiberpolitik wird die Arbeiterklasse schwer bezahlen müssen, auch dies wurde von Kohl offen ausgesprochen: *„Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen".* Mit solchen Schlagwörtern wurde schon zu Kaisers Zeiten die Sozialgesetzgebung bekämpft und die Kriegsvorbereitungen „gerechtfertigt."

Ja, darüber hinaus wurde der SPD/FDP-Regierung der abstruse Vorwurf gemacht, sie finanziere durch günstige Kredite den sowjetischen Rüstungsetat.

Die CDU/CSU steuert zielbewußt auf die totale Konfrontation mit der Sowjetunion hin, bei der auch der Handel keinen Platz mehr hätte.

Darin weiß sich die CDU/CSU mit allen Reaktionären einig, in diesem Sinne fordert Kohl offen die Zusammenarbeit mit südafrikanischen Rassisten: er mahnte, *„Südafrika nicht wegzuwerfen wie einen alten Hut. Politiker, die glaubten, sich das leisten zu können, würden einmal eine bittere Zeche zu zahlen haben. Im freien Teil der Welt sei Südafrika das einzige Land, das in größerem Umfang über alle sog. strategischen Rohstoffe verfüge. An diesen Rohstoffenhätte die Sowjetunion praktisch das Weltmonopol, wenn Südafrika kommunistisch würde"* („FAZ", 5.7.76).

Gegen ihn würde sicher der Vorwurf des „Kriegstreiber" kommen, erklärte Kohl, *„uns soll das überhaupt nicht anfechten"* meinte er dazu – deutlicher geht es nicht mehr!

Gehirnwäsche-Kommando beim BGS

„G 9", das ist die Bezeichnung eines ... *sammen konsequent am Häftling*

Delmenhorst

Polizei überfällt Antimilitaristen

Am Sonnabend, den 19. Juni, fand in Delmenhorst eine große Werbeveranstaltung der Bundeswehr statt. Aus diesem Anlaß waren große Teile der Innenstadt zum „militärischen Sperrgebiet" erklärt worden!

Die Delmenhorster Ortsgruppe des KBW hatte an diesem Tag, wie fast jeden Sonnabend, einen Agitationstisch mit antimilitaristischer Agitation aufgebaut.

Diesmal schlugen die Bullen brutal zu: Als sich die Genossen vom KBW weigerten, ihre Personalien anzugeben und den Tisch abzubauen, kamen innerhalb kürzester Zeit zwölf bis fünfzehn Bullen, die unter Einsatz von Schlagstöcken vier Genossen festnahmen.

Im Rahmen ihres Rollkommandos nahmen die Bullen auch noch gleich das Stellschild von einigen Frauen der „Initiative gegen den § 218" mit. Ein Bulle dazu: *„Wir sollen alles mitnehmen, was hier steht".* Erst wollten sie auch noch die Flugblätter der Initiative mitnehmen, was aber durch den Protest der Umstehenden verhindert werden konnte.

Gegenüber ähnlich brutalen Polizeiüberfällen gegen Kommunisten zeigte sich in Delmenhorst eine neue Variante: der Bullenüberfall war offensichtlich von vornherein gemeinsam mit der Bundeswehr geplant worden! Den ganzen Vormittag über trieben sich zahlreiche Feldjäger, Soldaten im Feldjägerdienst und andere Soldaten in der Innenstadt 'rum. Unter ihnen waren auch zwei Majore! Zwei Soldaten halfen den Bullen beim Wegtragen des Agitationstisches! Ein Soldat war mit einem Sprechfunkgerät der Bullen ausgerüstet!

Bei ihrem Vorgehen berufen sich die Bullen auf den § 29 der Delmenhorster Straßenordnung, der noch reaktionärer als andere Straßenordnungen ist und sogar das Verteilen von Flugblättern in der Innenstadt ohne Erlaubnis verbietet!

KB/Gruppe Bremen



Bullen und Bundeswehr räumen einen Tisch des KBW ab

Notizen aus der Bundeswehr

„Diszis" für 38,3 Millionen DM . . . stellte die Bundeswehr seit ihrem Bestehen aus. Allein 1975 wurden 5 Mill. DM kassiert. Hier 50 DM für zu „lange" Haare, dort 80 DM für eine Dienstentziehung; die „Parole" heißt ZAHLEN!

Eine Zensur durch Offiziere. . . mußten die Besucher des „Tags der offenen Tür" der französischen Garnision in Freiburg über sich ergehen lassen. Sie wurden beim Betreten der Kaserne aufgefordert, die dort vom „Soldaten und Reservisten Komitee" (KBW-nahe) verteilten Flugblätter abzugeben. Ein Polizist beschlagnahmte sämtliche Flugblätter eines Verteilers.

Ähnliches spielte sich beim „Tag der offenen Tür" in Schwanewede (Bremen) ab, wo ebenfalls Flugblätter verteilt wurden. Feldjäger nahmen in der Kaserne die Jagd nach mutmaßlichen Flugblattverteilern auf. Ausbeute waren über 20 Festnahmen und darauffolgende Hausverbote. Außerdem kam es zu erkennungsdienstlichen Behandlungen durch die Polizei (nach „KVZ", 24.6.76).

Ist Ohnmacht Disziplinlosigkeit? – nach Ansicht des kanadischen Abgeordneten J. Reynolds ja. Er erließ eine Anweisung an die in der BRD stationierten kanadischen Soldaten, bei Paraden *„gefälligst nicht mehr in schlampiger Weise umzukippen"* („FR", 7.7.76). Wer schon stundenlange Paraden behelmt und mit Gewehr mitgemacht hat, weiß diesen Zynismus zu schätzen. „Um einer Ohnmacht vorzubeugen, sollte man morgens frühstücken. Wenn man trotzdem ohnmächtig wird, hat man sich unter Kontrolle zu halten, um Verletzungen und Beschädigungen an der Waffe zu vermeiden"!

„Jeder Fall von Ohnmacht wird vom Kommandeur untersucht werden"!
(Aus der Anweisung „FR", 7.7.76)

Gehirnwäsche-Kommando beim BGS

„G 9", das ist die Bezeichnung eines mobilen Sonderkommandos beim Bundesgrenzschutz, das ebenso wie die „Mobilen Einsatzkommandos" der Polizei in den vergangenen Jahren errichtet worden ist.

„G 9" wird mit *„allen Raffinessen der Gehirnwäsche und der totalen Manipulation eines Menschen vertraut gemacht"* (alle Zitate aus „Kieler Nachrichten", 11.6.76).

Dafür Sorge trägt im Auftrag des Bundesinneministeriums unter Genscher ein sogenanntes „Studio Z", ein Psychologisches Beratungszentrum in Fischerhude bei Bremen. Der Geschäftsführerin des „Studio Z" obliegt es, „interessante Grundsätze" der Gehirnwäsche zu entwickeln – in anderen Worten:

FOLTER!

. . . als da sind folgende „Erkenntnisse" der Leiterin des „Studio Z", der Diplompsychologin Irmgard Günther:

„Wenn ein Manipulator genügend Macht und Zeit hat, über sein Opfer zu verfügen, ist auch die Einstellung und das Verhalten eines gestandenen Polizisten umkehrbar";

„Die moderne Psychologie weiß um die drei D, die eine Gehirnwäsche ermöglichen: Debility – Dependency – Dread, also Erschöpfung, Abhängigkeit und Schrecken.

Gelingt es . . . einem Regime, das Opfer diesen drei Streßsituationen auszusetzen, so findet fast automatisch die beabsichtigte Gehirnwäsche statt, falls die „Behandlung" (!) lange genug andauert. . . Alle drei D zusammen konsequent am Häftling (!) vollzogen, kann nach heutigen Erkenntnissen niemand auf Dauer unbeschadet durchstehen."

Welche Foltermethoden hier im einzelnen von „G 9" zur Anwendung gebracht werden sollen, auch daraus macht die Folterspezialistin keinen Hehl; sie hat einen ganzen Katalog „einzelner und kombinierter D-Mechanismen" erstellt, denn das „Studio Z" arbeitet eben „bewußt praxisbezogen". Zu diesen Foltermethoden gehören u.a.:

„Kreuzverhör zur Verunsicherung des Opfers, totale Isolierung gegenüber der Außenwelt, Schlaf- und Essensentzug, endlose Verhöre im Stehen, Wärmeentzug, tropfender Wasserhahn im Gefängnis". . . !!!

Es ist somit eindeutig: Wie bei der Bundeswehr (siehe AK 82/83) so auch beim Bundesgrenzschutz: Folterpraktiken sind bei beiden institutionalisierte Bestandteile der Ausbildung. Es ist mithin ebenso nachgewiesen, daß jene Foltermethoden auch zur Anwendung gelangen sollen – zumindest seitens des BGS, denn:

„G 9" soll *„überörtlich dann eingesetzt werden, ... wenn ein Bundesland sie anfordert oder der Bundesinnenminister den Einsatz anordnet"*!

Die Isolationshaft für RAF-Häftlinge und insbesondere der bis auf den heutigen Tag offiziell „ungeklärte" (!) Tod Ulrike Meinhofs können allerdings noch mehr vermuten lassen!

Uni-Einheit-II
KB/Gruppe Kiel

Der Streit um den „Standard-Panzer"

Wie bereits berichtet, sollen die jetzigen Panzer der NATO durch eine neue „Generation" modernerer Panzer abgelöst werden. Im wesentlichen liefern sich zwei Staaten einen harten Konkurrenzkampf über den Absatz eines neuen NATO-Panzers:

- die BRD mit dem „Leopard-II" und
- die USA mit dem "XM-1".

Beide Typen befinden sich noch in der Entwicklung und die Interessen der beiden imperialistischen Länder sind klar; beide wollen ihren Panzer in den NATO-Ländern als „Standard-Panzer" absetzen und die Profite einstreichen. Beim Besuch von Verteidigungsminister Leber in den USA kam dann folgende Lösung heraus:

1. Die USA werden den „Leopard" nicht kaufen, sondern ihren „XM-1" präsentieren. Um Absatzmärkte wird also noch gerungen werden.
2. Beide Staaten einigten sich auf eine Absichtserklärung, in den achziger Jahren einen „Gemeinschaftspanzer" zu bauen. Im einzelnen ist vorgesehen, *„die besten technischen Eigenschaften zu vereinigen"*. Dabei sollen Triebwerk, Kanone und Ketten austauschbar sein. *„Jedes Land soll aus eigener Produktion seinen eigenen Bedarf decken und unabhängig von dem anderen dieses Waffensystem exportieren können"* („Süddeutsche Zeitung", 5.7.76).

Der Kampf um 10 Milliarden DM –soviel wirft das Panzergeschäft ab– steht also noch bevor und die Ambitionen des westdeutschen Imperialismus, den „Leopard" als Standard-Panzer einzuführen, sind gescheitert.

Bullen und Bundeswehr räumen einen Tisch des KBW ab



Delmenhorster Bullenschläger im Einsatz gegen KBW-Genossen

Flensburg

Freispruch für KB-Verantwortlichen!

Mit dem Freispruch endete am 30. Juni ein Prozeß gegen den Presseverantwortlichen des KB in Flensburg, P. Petersen, vor dem Flensburger Landgericht.

Genosse P. war von der Staatsanwaltschaft wegen „sicherheitsgefährdender Propaganda gegen die Bundesrepublik" (§ 89 StGB) angeklagt worden. Die „Sicherheitsgefährdung" sah der Staatsanwalt daran, daß im Frühjahr 1975 vor mehreren Flensburger Kasernen die linke Soldatenzeitung „Arbeiter und Soldat" verteilt wurde, für die P. verantwortlich zeichnete.

In der Zeitung wurde schwerpunktmäßig die Rolle der Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee herausgearbeitet und vor allem die tägliche Menschenschinderei beim Bund, die Erziehung zum Kadavergehorsam angeprangert.

Darin sah der Staatswanwalt den Versuch zur „Untergrabung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr". Während der Verhandlung wies der Angeklagte in einer längeren Erklärung zur Sache an einer Vielzahl von Beispielen aus der bürgerlichen Presse die Richtigkeit dieser Feststellungen in „Arbeiter und Soldat" nach. Nach Ansicht des Staatsanwaltes war die Zeitung von Anfang bis Ende darauf angelegt, die Bundesrepublik Deutschland als ganzes und die Bundeswehr im besonderen als Teil ihrer staatlichen Ordnung herabzusetzen, als undemokratisch zu verunglimpfen. Daher stellte er den Antrag auf eine Geldstrafe von DM 1.350,–.

Die Verteidigung beantragte Freispruch, weil die Zeitung ganz eindeutig den Kampf gegen anti-demokratische Entwicklungen in der

Das Gericht folgte diesem Antrag der Verteidigung, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß sich die Zeitung *auf dem schmalen Grat bewegt habe, der zwischen Strafbarkeit und Nichtstrafbarkeit liege."*

Auf einer Veranstaltung, an der am Vorabend des Prozesses ca. 70 Personen teilnahmen, wurden übrigens DM 200,- für die Prozeßkosten gespendet. Da die Prozeßkosten jedoch der Staatskasse auferlegt wurden, wird dieses Geld für andere Gerichtsverfahren zur Verfügung gestellt werden. Es ist allerdings mit einer Revision seitens des Staatsanwaltes zu rechnen.

Anti-Militarismus-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

BRD schenkt Portugal Waffen

Nach einer Meldung des „Extra-Dienstes" (6.7.76) schenkt die Bundesregierung der portugiesischen Luftwaffe zwanzig gebrauchte Jagdflugzeuge des Typs Fiat-G-91 und G-91/T-3. Der Wert dieser Schenkung wird auf 18 Mio. DM geschätzt. Verteidigungsminister Leber schlug ferner vor, portugiesische Offiziere in der BRD auszubilden.

sich unter Kontrolle zu halten, um Verletzungen und Beschädigungen an der Waffe zu vermeiden"!

„Jeder Fall von Ohnmacht wird vom Kommandeur untersucht werden"!

(Aus der Anweisung „FR", 7.7.76)

Berufsverbote für Schweizer Kriegsdienstverweigerer

In der Schweiz ist die Kriegsdienst-Verweigerung strafbar. Wer aus diesem Grund vorbestraft ist, kommt in der Regel nicht in den Staatsdienst, vor allem nicht in den Schul- und Hochschuldienst. Das soll jetzt noch weiter verschärft werden, denn eine religiöse Argumentation ermöglichte manch einem immer noch, trotz dieser scharfen Gesetze, in den Schuldienst zu kommen. Durch ein „Volksbegehren" soll dies jetzt völlig ausgeschlossen werden. Die dahinterstehende Devise drückte der Erziehungsdirektor des Kantons Zürich „sarkastisch" (so die Nationalzeitung") so aus: der Staat lasse die Dienstverweigerer schließlich leben, und fragte dann, warum diese ihre Futterkrippe ausgerechnet beim Staat suchten. (Nach „antimilitarismus-information 5/76)

Antimilitarist wegen „Verunglimpfung" vor Gericht

In Bamberg /Bayern) stehen zur Zeit vier Genossen vor Gericht, weil sie im Rahmen einer Antimilitarismuskampagne des RJVD, der Jugendorganisation des KAB„D", Flugblätter verteilt hatten. Sie sind angeklagt, den Staat „verunglimpft" zu haben, was nach § 90a StGB strafbar ist. Vorgeworfen werden den Flugblattverteilern folgende Aussagen des Flugblattes: *„Heute verwaltet die SPD/FDP-Regierung die Geschäfte der Monopole, getarnt durch Friedensparolen und Abrüstungsschwindel... Dieses System ist es nicht wert, verteidigt zu werden... Während die SPD-Führer den Frieden im Munde führen, treiben sie die Kriegsvorbereitungen ungeniert voran. Dazu dient letztlich auch die Bundeswehr – durch Kadavergehorsam, Rechtlosigkeit und antikommunistische Hetze gefügig gemacht, sollen deutsche Arbeiter gegen fremde Völker gehetzt werden."*

Welches Urteil zu erwarten ist, zeigt eine Urteilsbegründung, die sich auf den § 90a stützt. Dort heißt es: *„Ein Verächtlichmachen im Sinne des § 90a ist in jeder auch bloß wertenden Aussage zu sehen, durch die die BRD als der Achtung der Staatsbürger unwert oder unwürdig hingestellt wird. Es versteht sich von selbst, daß ein Staat, der seine Bürger unterdrückt, nicht von diesen geachtet werden kann.* " (Amtsgericht Duisburg, Urteil vom 31.1.75). (nach „Rote Fahne" 13/76

Klassenjustiz

Betriebsjustiz – Mittel zur Durchsetzung maximaler Ausbeutung

Bei HDW in Hamburg wurde kürzlich ein Arbeiter bei einer vor der Arbeit durchgeführten Stichprobenkontrolle am Tor mit einem Schnaps in seiner Tasche erwischt: Er wurde sofort entlassen.
Ebenso erging es einem Kollegen von Hanomag-Henschel, ebenfalls in Hamburg: Er war schon 20 Jahre im Betrieb gewesen, wurde aber fristlos entlassen, weil er ein Bündel Abfallholz mitgenommen hatte.
Diese Reihe könnte endlos fortgesetzt werden.
Insgesamt werden jedes Jahr mehr als 3 Millionen Kollegen wegen Bagatellverstößen von den Kapitalisten bestraft:
Wegen unentschuldigtem Fehlen;
Wegen Verstoßes gegen Rauch- oder Alkoholverbot;
Wegen Verspätung und „Firmendiebstahls".
Als Strafen werden Verwarnungen und Verweise ausgesprochen, es werden Lohnabzüge vorgenommen, am häufigsten jedoch wird einfach gekündigt. Es gibt einen ganzen Sack voll Methoden, um Angst zu machen und Druck auszuüben. Dieses Instrumentarium nennt sich: Betriebsjustiz.
Betriebsjustiz gibt es in der einen oder anderen Form in fast jedem Betrieb.
Durch diese Privatjustiz werden massenhaft Kollegen willkürlich eingeschüchtert und diszipliniert.

Betriebsjustiz – ein alter Hut gegen die Arbeiterbewegung

Nachdem unter dem Druck der Arbeiterklasse 1890 das reaktionäre Sozialistengesetz fiel, wurde ein Jahr später als angebliches Reformgesetz unter der verschleiernden Bezeichnung „Arbeiterschutzgesetz" „eine neue Arte des Sozialistengesetzes" (SPD-Abgeordneter Grillenberger) vom Reichstag verabschiedet. Dies gab den Kapitalisten die rechtliche Handhabe, „zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit des Betriebes" betriebliche Ordnungsstrafen zu erlassen. Auch wurde damals der Aufruf zum Streik unter Strafe gestellt.

Das Betriebsstrafensystem wurde in das Betriebsrätegestz von 1920

Faschismus führende Stellungen inne, so die Professoren Hueck , Dietz und Nipperdey (letzterer wurde 1954 Präsident des Bundesarbeitsgerichts !!!). Diese drei Herren hatten 1943 in einem Kommentar zum AOG geschrieben: „*...die Auffassung der Arbeit als eines Ehrendienstes... hebt das Gesetz in eine Sphäre der Ethik, der Moral... ist deshalb für die Entwicklung der sozialen Verhältnisse in Deutschland von entscheidender Bedeutung..."*

In der BRD wurde diesen Herren diese faschistische Arbeitsauffassung mit Professorensesseln belohnt, wovon Dietz und Hueck heute als führende Rechtsaußen des Arbeitsrechts ihren reaktionären Saft ablassen können. Dabei bauen sie teilweise

Totale Willkür

In der Mehrzahl der Fälle (52%) schlagen die Kapitalisten sofort mit der härtesten Waffe, der Kündigung, zu. Erst in zweiter Linie werden innerbetriebliche Strafen (Verweis, Geldstrafe) ausgesprochen.

Ob überhaupt und wie ein Kapitalist Betriebsstrafen ausspricht, ist völlig in seiner Hand – zumindest rechtlich. In der schon genannten Untersuchung wurde festgestellt, daß wegen des gleichen Verstoßes ungelernte und ausländische Arbeiter sehr viel eher gekündigt werden, als für den Kapitalisten „Wertvollere". Auf der anderen Seite setzt das Kapital die Betriebsjustiz auch bei den Arbeitern völlig nach seinen Interessen ein.

Diese Willkür wird dadurch erleichtert, daß meist nicht festglegt ist, wofür und wie eine Betriebsstrafe verhängt werden kann. Nur in wenigen Großbetrieben gibt es einen Katalog von Ge- und Verboten. Ebenso selten gibt es eine Verfahrensvorschrift. Der Betriebsrat wird lange nicht in allen Fällen bei Verhängung von Betriebsstrafen beteiligt.

Bundesarbeitsgericht: Treuer Diener seiner Herren

Mit der eben geschilderten Praxis setzen sich die Kapitalisten selbst noch über eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (vom 12.9.1967) hinweg, in der das Gericht einige formelle Minimalforderungen an die Betriebsjustizpraxis formuliert hatte.

Im Prinzip hält das Bundesarbeitsgericht die Betriebsjustiz

straft werden können, wenn sie sich einer solchen „Verfehlung" schuldig gemacht haben. Im übrigen sollen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates berücksichtigt werden.

Mal abgesehen davon, daß selbst diese Vorschläge nichts anderes als kleine Schönheitspflästerchen sind, hat die Praxis gezeigt, daß sich an der totalen Willkür der Betriebsjustiz nichts geändert hat.

Reformentwurf: ein totgeborenes Kind

Auf Grund der offensichtlichen Willkür der Betriebsjustizpraxis haben sozialdemokratische Juristen einen Gesetzesvorschlag zur „Regelung der Betriebsjustiz" unterbreitet. Der Entwurf tritt unter dem hochgegriffenen Anspruch an, die Gefahren des Mißbrauchs zu unterbinden. Wer allerdings erwartet, daß jetzt endlich mit der Willkür im Betrieb Schluß gemacht wird, sieht sich enttäuscht. Auch die Verfasser des „Reformentwurfes" beschränken sich auf eine Veränderung des Verfahrens von Strafen: *„Statt die Betriebsjusitz generell zu unterbinden, wird hier der Versuch gemacht, durch legitime Bedürfnisse (?) Gewachsenes in seinen Auswüchsen zu beschneiden, in seiner Entwicklung zu kanalisieren und auf eine rechtsstaatlich akzeptable Grundlage zu stellen"*. Deshalb bleibt die Betriebsjustiz im Kern unangetastet: Nach wie vor bleibt der Hauptanwenungsbereich, die Ahndung sog. betrieblicher „Ordnungsverstöße", unangetastet. An der Macht des Arbeitgebers, Anzahl und Umfang der „Ordnungsverstöße" nach eigenem Gutdünken zu bestimmen und damit beliebig auszudehnen, ändert sich also nichts. Es bleibt die Möglichkeit, Verwarnungen, Geldbußen bis zur Höhe eines Monatsgehalts (!), Versetzungen und Kündigungen auszusprechen.

Stattdessen sieht der Vorschlag aufwendige Verfahrensvorschriften vor: Es soll eine mit 3 Mitgliedern (1 Kollege, 1 Kapitalist, 1 Richter) besetzte „Schiedsstelle" gebildet werden, es soll eine richtige „Schiedsverhandlung" stattfinden und schließlich wird auch noch die Möglichkeit geschaffen, die Gerichte zu bemühen, sofern der bestrafte Kollege mit dem Spruch der Schiedsstelle nicht einverstanden ist.

Alles in allem also eine typisch sozialdemokratische Idee: Das Übel wird nicht beseitigt, sondern nur ein wenig beschnitten und in eine ansehnliche Form gebracht.

Betriebsjustiz – im Sinne der Kollegen?

ist also überhaupt nicht strafbar. Wir haben oben dargelegt, daß der Hauptanwendungsbereich der Betriebsjustiz gerade in dem „nichtkriminellen" Bereich liegt, dessentwegen die Kollegen sowieso nicht bestraft werden können. Es ist also äußerst übel, wenn eine absolut geringe Zahl von Fällen von Diebstahl u.s.w. zur Rechtfertigung des gesamten Mißstands der Betriebsjustiz herangezogen werden. Außerdem haben die Kollegen auch bei solchen Dingen keine Garantie dafür, daß der Kapitalist keine Anzeige erstattet.

Die Betriebjusitz wird von den Gerichten anerkannt. Deswegen kann man gegenwärtig auf der konkreten Ebene nicht mehr tun, als die sich aus den Urteilen des Bundesarbeitsgerichts ergebenen Möglichkeiten zu nutzen. In der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts von 1966 ist klargestellt worden, daß Voraussetzung für die Verhängung einer Betriebsstrafe eine sog. Buß- oder Arbeitsordnung ist, in der festgelgt sein muß, was und wie bestraft werden kann.

Diese Voraussetzung ist, wenn überhaupt, nur in einigen Großbetrieben erfüllt.

Wenn also keine solche Buß- oder Arbeitsordnung besteht, so dürfen keinerlei Betriebsstrafen, also keine Verweise und auch keine Kündigungen, ausgesprochen werden. Außerdem ist notwendig, daß diese betriebliche Bußordnung öffentlich ist. Der Kapitalist kann sich also nicht darauf berufen, es gäbe eine solche Ordnung, wenn sie den Kollegen nicht bekannt gegeben worden ist.

Zum zweiten kann keine Betriebsbuße ohne Zustimmung des Betriebsrates verhängt werden (so eine neue Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts von 1976, abgedruckt in „Der Betrieb" 1976, S. 583).

Gegenüber dem Betriebsrat muß also die Forderung erhoben werden, daß sowohl die Zustimmung zu Arbeitsordnungen, die Betriebsstrafregelungen enthalten, wie auch die Zustimmung zu einzelnen Verweisen und anderen Strafen verweigert wird.

Es ist nicht Aufgabe des Betriebsrates, die Kollegen zu bestrafen oder an der Bestrafung mitzuwirken, sondern ihre Interessen zu vertreten!

Politisch ist es wichtig, die Betriebsjusitz mit anderen Augen zu sehen. Es ist weit verbreitet unter den Kollegen, Betriebsstrafen als selbstverschuldet anzusehen, („Der hat ja selber Schuld, wenn er immer zu spät kommt"). Stattdessen muß man erkennen, daß die Betriebsstrafen eine Teil des Angriffs der Kapitalisten gegen jeden Kollegen sind

damals der Aufruf zum Streik unter Strafe gestellt.

Das Betriebsstrafensystem wurde in das Betriebsrätegestz von 1920 übernommen. Nach der gescheiterten Novemberrevolution 1919 hatte dies Gesetz die Aufgabe, die Arbeiter *„von dem Kampf für die Herrschaft revolutionärer Räte abzuhalten, sie zu Unternehmerlakaien zu degradieren, die in erster Linie die Interessen des Betriebes wahrzunehmen und für den Arbeitsfrieden mit dem Unternehmern einzutreten hatten."* (G. Rest, in :„Kampf dem Faschismus", S. 293).

Zur Durchsetzung dieses Zieles konnten Betriebsstrafen verhängt werden, die in der „Arbeitsordnung" vorgesehen waren.

Zur formellen Absicherung jeder einzelnen Betriebsstrafe war die Mitwirkung des „Arbeiter- und Angestelltenrates" vorgesehen.

Betriebsjustiz im Faschismus

Nach 1933 wurde das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG)" erlassen. Es sah in § 26 den Erlaß von „Betriebsordnungen" vor, auf deren Grundlage Strafen verhängt werden konnten, deren Art und Höhe der Unternehmer als „Führer des Betriebes" alleinbestimmte. Das vorher vorhandene Mitwirkungsrecht wurde auf ein „Beratungsrecht" des „Vertrauensrates" reduziert.

Zur Verschleierung und Absicherung dieser Verarschung griffen die faschistischen Arbeitsrechtler auf Grundzüge des germanischen Rechts zurück. Sie behaupteten, daß der Arbeiter als „Gefolgsmann" seinem"Gefolgsherrn" in erster Linie die „Treue" schulde. Aus diesem „Treueverhältnis" ergab sich ziemlich logisch, daß die Kollegen als „Gefolgschaft" dem Kapitalisten bedingungslos zu gehorchen hatten.

BRD: Betriebsjustiz in faschistischer Tradition

In der BRD wurde sowohl im alten wie im neuen BVG der Erlaß von Arbeitsordungen geregelt. Betriebsstrafen werden dort nicht ausdrücklich erwähnt. Trotzdem wird Betriebsjustiz nach wie vor für zulässig gehalten. Dies ist nicht verwunderlich: Ein großer Teil der heutigen Arbeitsrechtsfürsten hatte bereits im [...] wovon Dietz und Hueck heute als führende Rechtsaußen des Arbeitsrechts ihren reaktionären Saft ablassen können. Dabei bauen sie teilweise ganz offen auf den gleichen Rechtsgrundlagen auf wie im Faschismus.

Diese Clique hat rechtzeitig damit angefangen, ihren Einfluß langfistig abzusichern: A. Hueck gab seinen Lehrstuhl an den Nipperdey-Schüler Dietz ab, dieser an den Sohn von A. Hueck, Götz Hueck, der wiederum Schüler von Dietz ist. G. Hueck gab den Lehrstuhl schließlich wieder weiter an Lukes, der Schüler von A. Hueck ist. Nach diesen Verfahren sind mittlerweile rund die Hälfte aller Arbeitsrechtsprofessoren Schüler von Nipperdey, Hueck und Dietz.

Betriebsjustiz – eine Massenerscheinung

In den Betrieben wird die Privatjustiz heute massenhaft eingesetzt. Allein in Baden-Würtenberg werden ungefähr 20.000 Strafen pro Jahr gegen Kollegen ausgesprochen, weil sie angeblich „Straftaten" begangen haben sollen (nach: Zeitschrift für Rechtspolitik 1974, S. 167). Die Hälfte dieser Strafen war eine Kündigung. Der Rest bestand aus Verwarnungen und ähnlichen kleineren Strafen. Diese Zahl von 10.000 Kündigungen ist jedoch noch vergleichsweise gering gegen die ungeheuerliche Anzahl von ca. 200.000 - 300.000 Kündigungen wegen Verstößen gegen Arbeitsordnungen (ZRP 1974, S. 169. Bei den auf Grund von Arbeitsordungen ausgesprochenen Strafen werden Kollegen für Verhaltensweisen bestraft, die sonst außerhalb des Betriebes überhaupt nicht strafbar sind. Das gilt z.B. für unentschuldigtes Fehlen, zu spät kommen, Rauchen am Arbeitsplatz und weitere Lapalien. Alles soll unterdrückt werden, was den reibungslosen Funktionsprozeß, die optimale Ausbeutung und die Friedhofsruhe im Betrieb beeinträchtigen könnte. Deshalb ist in den meisten Arbeitsordnungen auch ein Verbot von „parteipolitischer Betätigung" enthalten. Den Vogel schießt hier die Norddeutsche Affinerie in Hamburg ab: Sie will jeden kündigen können, *„der sich verfassungsfeindlich oder aufwieglerisch betätigt"!* Radikalenerlaß mit anderen Mitteln!

[...] praxis formuliert hatte.

Im Prinzip hält das Bundesarbeitsgericht die Betriebsjustiz natürlich für zulässig: Es habe sie schon immer, gegeben, also muß sie rechtens sein. Getreu der schon geschilderten historischen Kontinuität sehen die BAG-Richter die Betriebsjustiz als *„Ausfluß der autonomen Gewalt der (?) Betriebspartner im Betrieb des insoweit autonomen Betriebsverbandes"* als *„Akt autonomer Ordnungswahrung"*. Die Arbeiter gehören also nach wie vor „ihrem Kapitalisten" – der Patriarch waltet wie einst über sein Gesinde.

Die Bedenken des BAG beziehen sich lediglich auf einige Mißstände im Bereich des Verfahrens zur Verhängung von Betriebsstrafen. Es soll ein „Bußgeldkatalog" erstellt werden, indem die möglichen „Straftatbestände" abschließend aufgezählt sind. Kollegen sollen nur dann be-

Betriebsjustiz – im Sinne der Kollegen?

Von den soziäldemokratischen Befürworten der Betriebsjustiz wird immer wieder ins Feld geführt, durch die Betriebsstrafen würden die staatlichen Gerichte entlastet. Außerdem sollen angeblich die Kollegen durch eine Bestrafung im Betrieb einer Bestrafung durch die staatlichen Gerichte entgehen.

Diese Argumente kann man kaum als ernsthaft akzeptieren: Es kann nicht Aufgabe der Kollegen sein, durch das Hinhalten ihrer Knochen die Gerichte zu „entlasten".

Außerdem ist diese Argument demagogisch:

Nur ca. 5-10% der Verstöße gegen die Arbeitsordnung können überhaupt vors Gericht gebracht werden. Der Rest besteht in Verstößen gegen die „betriebliche Ordnung", [...]

spät kommt"). Stattdessen muß man erkennen, daß die Betriebsstrafen eine Teil des Angriffs der Kapitalisten gegen jeden Kollegen sind. Deswegen sollte jeder, der durch Betriebsstrafen betroffen ist, sich nicht schämen und den Mantel des Schweigens darüber decken, sondern Öffentlichkeit herstellen. Dadurch wird es den Kapitalisten erschwert, die Kollegen zu spalten und gegen jeden Einzelnen von ihnen getrennt vorzugehen, wenn er sich gegen die Bedingungen am Arbeitsplatz auflehnt.

Nur wenn z.B. eine Kündigungsdrohung nicht als Problem des Einzelnen gesehen wird, wird sich im Rahmen des allgemeinen Kampfes gegen die Verschlechterungen am Arbeitsplatz eine Möglichkeit des Kampfes gegen die Betriebsjustiz ergeben.

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Gericht verstößt gegen Kündigungsrecht

Anfang dieses Jahres hat ein Berliner Arbeitsgericht entschieden, daß ein gekündigter Arbeiter selbst dann keinen Anspruch darauf hat, weiterbeschäftigt zu werden, wenn der Betriebsrat der Kündigung widersprochen und der Kollege aus diesem Grund seine Weiterbeschäftigung bis zur Entscheidung im Kündigungsschutzprozeß verlangt hat.

Diese Entscheidung steht eindeutig im Widerspruch zu den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes. Dort heißt es (§ 102, Abs. 5), daß bei einem Widerspruch des Betriebsrats gegen die Kündigung der Arbeitgeber auf Verlangen des Arbeitnehmers diesen weiterbeschäftigen muß.

Das Gericht behauptet in seiner Entscheidung, daß diese Vorschrift nur dazu dient, dem Gekündigten die wirtschaftliche Existenzgrundlage während des Kündigungsschutzprozesses zu erhalten, aber keinen Anspruch auf tatsächliche Beschäftigung gibt. Nur wer nachweisen kann, daß er ein „beachtenswertes schutzwürdiges Interesse" an der tatsächlichen Weiterbeschäftigung hat, muß weiterbeschäftigt werden.

Daß jeder, der im Betrieb arbeitet, nicht außerhalb des Betriebes auf seinen Kündigungsschutzprozeß warten will, ist klar. Genauso klar ist, daß das kaum vom Gericht als „beachtenswertes schutzwürdiges Interesse" betrachtet wird.

Durch solche Urteile wird den Kapitalisten die Möglichkeit gegeben, unbequeme Kollegen sofort aus dem Betrieb hinauszukanten, indem selbst bei offensichtlich unwirksamer Kündigung und Widerspruch des Betriebsrates der Kollege bis zum Ende des Prozesses erst mal aus dem Betrieb ist. So ein Prozeß kann, wenn er durch alle Instanzen geht, Jahre dauern.

Nach den teilweisen Fortschritten, die die Gerichte zumindest in Hamburg auf dem Gebiet der Weiterbeschäftigung während des Kündigungsschutzprozesses gemacht haben, bedeuten solche Urteile nicht nur einen Rückschritt, sondern sie fallen sogar hinter das zurück, was eindeutig gesetzlich vorgeschrieben ist.

IKAH

Recht auf Arbeitslosenhilfe erweitert

Gute Nachricht für alle, die nach dem Examen keinen Job kriegen oder auf das Referendariat oder zwischen zwei Ausbildungsabschnitten warten müssen!

Nach einer neuen Musterentscheidung des Bundesozialgerichts (Aktenzeichen RAR 50/75, „Frankfurter Rundschau", 28.6.76) steht Arbeitslosenhilfe schon dem zu, der während der Wartezeit *„dem allgemeinen Arbeitsmarkt zur Verfügung steht (d.h. der bei entsprechender Möglichkeit gearbeitet hätte) und bedürftig ist"*.

Bisher waren die Arbeitsämter immer kaltschnäuzig davon ausgegangen, daß man für Arbeitslosenhilfe erstmal zehn Wochen vorher gearbeitet haben mußte, und daß z.B. Leute, die auf das Referendariat warten, sowieso nicht „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen"!

(Sehr gute Informationen über die Rechte als Arbeitsloser gibt übrigens der Arbeitslosenratgeber der Arbeiterhilfe!!)

IKAH

Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Reinhard geplant

Der Staat plant nach dem Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Groenewold, einen weiteren linken Verteidiger auszuschalten: auf Antrag der Hamburger Staatsanwaltschaft soll gegen Rechtsanwalt Reinhard ein „vorläufiges" Berufsverbot mit sofortiger Wirkung verhängt werden. Die Verhandlung soll schon am 16.8.76 in Hamburg stattfinden.

Anfang Juli wurde Reinhard die Antragsschrift der Staatsanwaltschaft zugestellt: beim Hamburger „Ehrengericht" wird beantragt, gegen Reinhard ein Berufsverbot zu verhängen, weil er sich eines *„standeswidrigen Verhaltens"* schuldig gemacht haben soll und *„seine sofortige Entfernung aus der Anwaltschaft zum Schutz der Rechtssuchenden"* (!?) erforderlich sei.

Dem Antrag liegen in der Hauptsache dieselben Vorwürfe zugrunde, die schon zur Verhaftung Reinhards im Jahre 1974 geführt haben:

– Der Anwalt soll „Zeugenbeeinflussung betrieben haben.

Dahinter steht folgendes: Reinhard hat mit Mandanten, die seinerzeit mit dem Tod von Ulrich Schmücker in Verbindung gebracht wurden, gesprochen und ihnen geraten, die Aussage als Zeugen zu verweigern. Reinhard wies dabei auf das gesetzliche Aussageverweigerungsrecht hin, das jedermann hat, der eventuell sich selber belastet. Wie recht Reinhard hatte, hat sich zwischenzeitlich deutlich gezeigt: Die meisten seiner damaligen Mandanten sind im „Schmücker-Prozeß" wegen Mord oder Beihilfe zum Mord verurteilt worden.

– Außerdem wird dem Anwalt noch vorgeworfen, eine „kriminelle Vereinigung unterstützt" zu haben.

Die „Begründungen" für diesen Vorwurf sind an Lächerlichkeit kaum noch zu überbieten: Reinhard soll Skizzen von Haftanstalten bei sich gehabt haben, außerdem soll er die *„Sicherheitseinrichtungen getestet"* haben (?).

– Den Höhe- bzw. Tiefpunkt der Antragsschrift bilden die gleichen Vorwürfe, die auch schon gegen Groenewold erhoben wurden: Information der Gefangenen untereinander, z.B. durch Informationen über den Hungerstreik oder durch das Versenden von Ausschnitten aus der bürgerlichen Presse (!).

Alles in allem kann man sagen, daß die „Begründung" eine rein politische Begründung ist – ebenso wie gegen die anderen angegriffenen Anwälte.

Im politischen Windschatten der Terror-Urteile des Schmücker-Prozesses (u.a. einmal „lebenslänglich") soll jetzt offenbar versucht werden, einen weiteren linken Verteidiger auszuschalten.

Hauptbelastungs„zeuge": Bodeux

Als Hauptbelastungszeuge in dem Berufsverbotsverfahren wird der gleiche Staatsschutz„zeuge" sein, der schon im Schmücker-Prozeß der Klassenjustiz zur Verhängung ihrer Terrorurteile geholfen hat: Jürgen Bodeux.

Bei dieser Type handelt es sich um einen ähnlichen „Kronzeugen" wie Ruhland, Müller oder Dierk Hoff, die keinerlei Skrupel haben, gegen Genossen „auszupacken" und sie so für Jahre in den Knast zu bringen.

Man darf gespannt sein, was sich dieser Klein-Ruhland einfallen lassen wird, um Reinhard zu belasten und sich selbst das Wohlwollen seiner BKA(Bundeskriminalamt)-Herren einzuhandeln.

Weitere Schikanen gegen linke Anwälte

Neben dem Berufsverbotsantrag gegen Reinhard haben sich die Standesorganisationen der Anwälte in den letzten Monaten ebenfalls bei der Hatz auf Linke profiliert:

Der Vorstand des ohnehin schon als reaktionär bekannten „Hamburger Anwaltsvereins" (HAV) hat ca. zehn als „links" eingeschätzte Anwälte nicht aufgenommen. Dazu wäre der Verein aber wegen seiner Monopolstellung verpflichtet.

Außerdem ist in der bisherigen Vereinssatzung n i c h t die Möglichkeit vorgesehen, einen Anwalt nicht aufzunehmen.

Vier der nicht aufgenommenen Anwälte haben gegen den Willkürakt der Vereinsbürokraten Klage erhoben (Petra Rogge, Petra Ewe, R. und G. Benoit).

Im Prozeß, den ein Teil der Anwälte jetzt gegen den HAV führt, ist dieser mit Begründungen für die Nichtaufnahme aufgewartet, die einer Staatsschutzbehörde alle Ehre machen würden. So wird erklärt, Anwälting Rogge arbeite mit Rechtsanwalt Kurt Groenewold zusammen, gegen den ein vorläufiges Berufsverbot verhängt worden ist. Das sei, so der HAV dreist, Grund genug, sie nicht in den Verein aufzunehmen.

Anwältin Petra Ewe arbeitet, das wurde ihr zum Vorwurf gemacht, mit Uwe Maeffert zusammen, der, man höre, ein Rundschreiben gegen das Berufsverbot gegen Groenewold mitunterzeichnet hat. Außerdem sei sie bei den Anwälten Jacobi und Reinhard ausgebildet worden. Diese Anwälte *„seien wiederholt im Zusammenhang mit den Vorgängen um den Baader-Meinhof-Komplex in Erscheinung getreten"*!!

Außerdem wird Petra Ewe vorgeworfen, sie sei mit einem Mann verheiratet, der ebenfalls im Zusammenhang mit „Baader-Meinhof-Aktivitäten" in Erscheinung getreten sei und gegen den deshalb ein Strafverfahren anhängig gewesen sei.

Diese ungeheuerliche Argumentation weckt deutliche Erinnerungen an die Sippenhaft im Dritten Reich. Es soll nicht nur der ausgeschaltet werden, der eine politische Verteidigung im Interesse der Mandanten macht, sondern es sollen alle geächtet werden, die mit ihnen zusammenarbeiten!

Rechtsanwalt Benoit wird weiter zum Vorwurf gemacht, auch er habe sich in einem Schreiben zum Berufsverbot gegen Groenewold kritisch geäußert. Zwar habe er nicht unterschrieben, das liege aber nur daran, daß er damals noch nicht Anwalt gewesen sei. Jedenfalls sei er aber dem Kreis zuzurechnen!!

Solche hergeholten Begründungen kennt man sonst nur aus Berufsverbotsverfahren!!

Allen Anwälten wird verschärfend vorgeworfen, sie hätten sich bei einer Versammlung der Rechtsanwaltskammer mit einer Resolution gegen die Einschränkung der Verteidigerrechte gewandt, *„obwohl der HAV und der Deutsche Anwaltsverein als zuständige Organisationen bereits die Verteidigerausschlußgesetze als gerade noch rechtsstaatlich gebilligt hätten"*.

Ein entgegenstehender Resolutionsantrag sei daher überflüssig und wolle nur politischen Protest (!) einlegen!!! In Wirklichkeit gehe es nur darum, sich mit Verteidigern, denen der Mißbrauch von Verteidigerrechten vorgeworfen wird, zu solidarisieren und „in diese Richtung politisch aktiv zu werden!"

Offensichtlich hat der HAV panische Angst, daß Anwälte in seine Reihen kommen, die Verteidigerausschlußgesetze, Antiterrorgesetze und Polizeigesetze nicht als „gerade noch rechtsstaatlich" ansehen, sondern den Kampf dagegen aufnehmen. Um sie abzuhalten, nutzt er selbst das Mittel der politischen Diffamierung!

Weitere Kapriolen schlagen die Reaktionäre des HAV bei der Begründung der Nicht-Aufnahme von Rechtsanwalt Benoit: Er könne deswegen nicht in den HAV, weil er einen Anwalt als Kandidaten für den Vorstand der Anwaltskammer vorgeschlagen habe, der dadurch „belastet" sei, daß er Anwältin Rogge im Prozeß gegen den HAV vertrete, die wiederum mit Rechtsanwalt Groenewold zusammenarbeite, der wiederum ein vorläufiges Berufsverbot habe!!!

Um in Zukunft juristischen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, hat der Vorstand des HAV bei der letzten Mitgliederversammlung versucht, sich per Satzungsänderung eine Blankovollmacht ausstellen zu lassen! Der Vorstand sollte in Zukunft anstelle der Mitgliederversammlung allein zuständig sein und allein der Vorsitzende sollte die Neuaufnahme von Mitgliedern ablehnen können, und zwar ohne Begründung!!! Diesen Freibrief für die Jagd auf fortschrittliche Anwälte wollten die Mitglieder aber nicht ausstellen: Der Vorstand mußte den Antrag zurücknehmen!

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)



Solidaritätsaktionen für Karl-Heinz Roth

In vielen Städten der BRD fanden in den letzten Wochen Aktionen zur Unterstützung der Forderung nach Haftverschonung für Karl-Heinz Roth statt. In Hamburg wurde am 2.7. symbolisch die Petri-Kirche an der Mönkebergstraße besetzt.

Die Aktionen wurden getragen von den Komitees, die am 17. Juni sich über ein koordiniertes Vorgehen in verschiedenen Städten der BRD geeinigt hatten. Auch nachdem nun der medizinische Gutachter Karl-Heinz Roth untersucht hat – ohne daß bisher die Ergebnisse vorliegen – bleibt es dringend notwendig, die Solidarität zu verstärken. (s. dazu AK 83).

Der Gutachter hat Karl-Heinz Roth lediglich zweimal je vier Stunden untersucht – angesichts dieser Tatsache kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, daß der Arzt sich zu einer vorurteilsfreien Begutachtung durchringen kann.

Die Aktion in Hamburg wurde vom Hamburger Roth-Komitee getragen und von mehreren Gruppen, u.a. der ESG und dem IKAH, unterstützt. Mit der symbolischen Besetzung der Kirche wurde erreicht, daß die bürgerliche Öffentlichkeit über den „Fall Roth" informierte. So berichtete der NDR noch am gleichen Abend über den Zustand von Karl-Heinz Roth und die aufgestellten Forderungen.

Aufgrund der sommerlichen Hitze waren allerdings nur relativ wenige Menschen in der Innenstadt zu erreichen.

Wir fordern nochmals auf, mit Unterschriftenlisten und Aktionen für die Forderung nach Haftverschonung für Karl-Heinz Roth einzutreten!

IKAH



Hungerstreik im Frauenknast „Gotteszell"

Am 9.6. sind im Frauenknast „Gotteszell" in Schwäbisch-Gmünd acht Frauen mit einer Streikerklärung in den Hungerstreik getreten, um gegen den brutalen Bulleneinsatz gegen die Gefangenen am 20.5. und gegen die unmenschlichen Haftbedingungen zu protestieren (s. AK 82).
Bis auf zwei Frauen, Bettina Vake und Beate Koloseike, haben die anderen Frauen schon nach wenigen Tagen den Hungerstreik beendet.
Frauen des Frauenzentrums Mannheim traten mit Beginn des Hungerstreiks mit einem zweiten Flugblatt (das erste war anläßlich des Bulleneinsatzes geschrieben worden) an die Öffentlichkeit, um die Forderungen der Frauen im Knast bekannt zu machen und sich mit dem Kampf der Frauen zu solidarisieren!

Die Forderungen der Frauen im Hungerstreik

Nachdem Beate Koloseike, die bei dem Bulleneinsatz am 20.5. schwere Verletzungen davongetragen hatte, aus dem Krankenhaus in den Knast zurückverlegt wurde, hatte sich an den Haftbedingungen, die die Frauen schon lange kritisieren, nichts geändert. Nur die schlimmste Unterdrükkerin Mieling tut dort im Augenblick ihren Dienst nicht mehr.

Daher traten am 9.6. acht Frauen in den Hungerstreik, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Diese Forderungen hatten sie zwei Tage vorher in einer gemeinsamen Erklärung der Anstaltsleitung, dem Justizministerium und den jeweils verteidigenden Rechtsanwälten bekannt gemacht:

1. Selbstbestimmung der Gefangenen, freie Wahl der Zelleninsassen.
2. Die gleiche freie Wahl der Mitbewohner der Wohngemeinschaften – keine vom Haus unterstützten Kapos in den Wohngemeinschaften.
3. Sofortige Rückverlegung von Beate Koloseike in ihre alte Abteilung und an ihren alten Arbeitsplatz – keine willkürlichen Verlegungen mehr!
4. Sofortige Zurücknahme der ausgesprochenen Hausstrafen gegen die Gefangenen Daunheimer, Hofherr Koloseike und Vake!
5. Sofortige Untersuchung der Ereignisse und barbarischen Zustände in der Knastanstalt durch ein unabhängiges Gremium!
6. Offizielle Zurücknahme des Interviews der Anstaltsleiterin Göbel bei der Gmünder Tagespost und Richtigstellung der Lügen und Manipulationen!
7. Kein Aufbau von Rädelsführern oder Anstiftern!
8. Offene Zellen für alle Gefangenen innerhalb der geschlossenen Trakte zumindest in der Freizeit!
9. Freigestellter Aufenthalt im Bett oder in der Zelle an den Wochenenden!
10. Keinerlei Repressalien gegen das Frauenzentrum Mannheim!

Demaskiert die wirklichen Lügner! *„Unsere Forderungen sind menschlich, kostenlos, gerecht, wir wollen unser Recht. Wir wollen Mensch sein und kein Inventar".*

Bis auf Bettina und Beate haben die acht Frauen den Hungerstreik schon nach wenigen Tagen aufgegeben. Bettina und Beate sind zusammen mit zwei weiteren Frauen von der Anstaltsleitung für vier Wochen von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgesperrt worden!

Durch tausenderlei Schikanen sollen die beiden Frauen jetzt dazu provoziert werden, daß sie durch unüberlegtes Handeln den Grund für noch massiveres Eingreifen geben.

So besteht die aktuelle Gefahr, daß Bettina und Beate voneinander getrennt und in andere Strafanstalten verlegt werden.

Obwohl die Anstaltsleitung eine totale Informationssperre verhängt hat, zeigt sich doch, daß der Hungerstreik und die Proteste erste Erfolge gebracht haben:

Seit dem 22.6. bleiben bei den gefangenen Jugendlichen auf deren lautstarken Druck und Protest die Zellen in „Gotteszell" am Nachmittag bis zum Abend geöffnet. Und es werden bereits Aufteilungen von sechser- auf dreier-Zellen vorgenommen, beides Forderungen, weswegen die Frauen im Hungerstreik stehen.

Vertuschungs- und Diffamierungsversuche der bürgerlichen Presse

Die Anstaltsleitung und die bürliche Presse versuchen seit Beginn der Vorfälle, diese kräftig zu vertuschen. Auf das Flugblatt des Mannheimer Frauenzentrums zu dem Bulleneinsatz wurde dieser in der örtlichen Presse als „harmlos" heruntergespielt, behauptet, Verletzte habe es gar nicht gegeben (und das, obwohl Beate Koloseike mehrere Tage im Krankenhaus stationär behandelt werden mußte.).

Ein behandelnder Arzt hatte noch am 24.5 zu einer anderen Gefangenen gesagt, Beate habe u.a. auch eine Gehirnerschütterung.

Im Arztbericht taucht die Gehirnerschütterung, bzw. der Verdacht darauf, dann gar nicht mehr auf! Der betreffende Arzt reagierte auf Nachfragen mit dem Hinweis auf Dienstpflichten gegenüber seinem Haus!

In der „Gmünder Tagespost" vom 18.6. stellte dann ein Lumpe njournalist den unbefristeten Hungerstreik von Bettina Vake und Beate Koloseike als „von außen gesteuert" dar.

Bettina Vake, die schon längere Zeit in „Gotteszell" einsaß und dann nach Aichach verlegt wurde, wurde vorgeworfen, sie habe schon bei ihrer letzten Inhaftierung in „Gotteszell" eine „rote Zelle" (was „Gott" wohl gegen die Hutschnur geht) gegründet.

Tatsache ist, daß Bettina, zusammen mit 12 weiteren Frauen, schon damals gegen die unerträglichen Zustände im Knast protestierte.

Mit dieser Demagogie der „Rädelsführerschaft", des „von außen-gesteuert-seins" und der „Isolierung" der Frauen, wird versucht, den Kampf in den Dreck zu ziehen und den Antikommunismus zu schüren.

Massivst reagiert die Gmündner Polizei auf ein Flugblatt des Mannheimer Frauenzentrums, in dem die tatsächlichen Vorfälle geschildert wurden: Den Flugblattverteilern wurden die Flugblätter unter Androhung von Gewalt und mit klappernden Handschellen von den Bullen abgenommen. Die Flugblattverteiler sollen außerdem angezeigt werden. Doch nicht genug damit: Als die Bullen die letzten Flugblätter von den Verteilern beschlagnahmt hatten, nahmen sie auch den Passanten die Flugblätter wieder ab!

Ein Stuttgarter Genosse



Kinder

Profis am Werk

Kampagne gegen „sexuellen Mißbrauch" von Kindern

Anfang Juni starteten Bullen und bürgerliche Presse eine Kampagne gegen „sexuellen Mißbrauch" von Kindern. 3 Wochen lang waren Tages- und Wochenzeitungen voll von „Schockanzeigen" und „ernsten Mahnungen" an Eltern und Kinder . Der erste „Schwung" der Kampagne scheint jetzt erst einmal abgeklungen zu sein.

Mit dieser Kampagne ist ein wesentlicher Schritt zur weiteren Verhetzung der Bevölkerung gegen „sexuelle Minderheiten", richtiger: gegen Menschen, die besonders unter der sexuellen Verelendung im Kapitalismus zu leiden haben, gemacht worden (s. ARBEITERKAMPF, Nr. 82).

Gleichzeitig soll die Kampagne den damit konfrontierten Kindern Mißtrauen gegen fremde Menschen, Mißtrauen gegen jeden zwischenmenschlichen Kontakt und gegen die eigene Sexualität einimpfen.

„Schockierend muß es sein!"

„Dies ist die gemeinste Art von Verbrechen, mit denen wir es überhaupt zu tun haben. Wir müssen alles tun, um diese Sachen einzudämmen." Mit diesen Worten begründete der baden-württembergische Ministerialdirigent Dr. Stümper, der Initiator der „Wüstlings"-Hatz, die Kampagne.

Versteht sich von selbst, daß der Ministerialdirigent mit „gemeinster Art von Verbrechen" nicht den verbrecherischen Umgang des Kapitalismus mit der Sexualität meinte, der Menschen überhaupt erst zu „Sexualverbrechen" treibt.

Der Auftrag zur „Wüstlings"-Hatz auf dem Rücken von Kindern und „Kinderschändern" wurde an kapitalistische Werbeprofis weitergegeben, die Werbeagentur Trooost in Düsseldorf. Für deren „Fachleute" war die Sache klar: *„Solche Probleme kann man nicht über drei Ecken angehen. Da muß sofort aufs Ziel geschossen werden. Es muß schokkierend sein, denn die Wahrheit ist schockierend"* („Bild am Sonntag", 13.6.76).

Das Rezept der Profis: Schockanzeigen (Motive u.a.: ermordetes Kind, schwangere 12jährige) und eine nicht weniger schockierende Broschüre in einer Auflage von 400.000 Exemplaren.

Angst vorm „bösen Mann"

Wie diese „Schocktherapie" aussieht, macht die Broschüre *„Hab keine Angst"* sehr deutlich. Der Titel hätte eher heißen müssen: *„Jetzt machen wir dir ordentlich Angst"*! Zunächst wird die Menschheit in „Gute" und „Böse" eingeteilt. Mit Sicherheit „gut" sind nur die Eltern, beim „Rest der Welt" kann man nicht sicher sein, ob jemand nicht doch „böse" ist.

Bei den Eltern sieht man, daß sie „gut" sind, weil *„man sogar Tage nach ihnen benannt hat. Muttertag, Vatertag"*.

Und weil die Eltern „gut" sind, machen sie auch „guten" Sex. So weit, so heil!

Gegensatz zum „guten Sex" der „guten" Eltern ist der „böse Sex" der „bösen" Menschen: *„Mit dem Sex ist es eben genauso wie mit den Menschen. Von den Menschen hängt es ab, ob Sex gut oder böse ist".* Denn: *„Was macht ein Mann, wenn er keine Frau hat? Er macht sich, wenn er böse (!!) ist, an Jungen und Mädchen heran".*

Und das besonders gefährliche an diesen „bösen Menschen" ist, daß man sie nicht erkennen kann: *„Ist er dünn? Ist er dick? Ist er alt? Ist er jung? Hat er einen Schnurrbart? Oder eine Narbe? Trägt er eine Brille? Oder einen schwarzen Bart?"* Ja, was denn nun, fragt sich da sicher jedes derart verunsicherte Kind, um die „beruhigende Antwort" zu bekommen: *„Siehst Du. Du kannst es nicht sehen. Weil nämlich ein böser Erwachsener nicht aussehen muß, wie ein böser Erwachsener".*

Um den Kindern zu „erleichtern", „böse Menschen" zu erkennen, werden dann etliche Tips gegeben. So sollten Kinder vor allem vor Männern in Mänteln auf der Hut sein: Sie könnten nämlich den Mantel aufknöpfen und ihr Glied zeigen! *„Das hat schon etwas mit Sex zu tun. Mit bösem."* Denn: *„Diese Männer nennt man Sittenstrolche. Wenn Du einem Sittenstrolch begegnest, nichts wie weg."* Oder ein anderer Tip: *„Laß Dich nicht von allen Leuten anfassen (auch nicht von denen, die Du kennst)".* Also, Achtung, Kinder, Euer Zärtlichkeitsbedürfnis führt nur zu „bösem Sex"!

Auf der gleichen Ebene wie diese Broschüre liegen die heißen „Tips", die die bürgerliche Presse zur Vorbeugung gegen „sexuellen Mißbrauch" verbreitet. *„In Zusammenarbeit mit Kriminal-Psychologen"* entwickelte z.B. „Bild" 15 Testfragen für Kinder. Dabei müssen die Kinder nach Vorstellungen der „Kinderschützer" mit „nein" u.a. auf folgende Fragen antworten: *„Jemand schenkt Dir Bonbons oder Eis. Nimmst Du es?"* und *„Jemand will mit Dir Ball spielen. Darf er das?"* („Bild", 18. 6.76)!!

Broschüre unter Beschuß

Diese Holzhammer-Kampagne geriet sogar unter den Beschuß bürgerlicher Wissenschaftler! Der Hamburger Sexualforscher Schorsch bezeichnete sie als *„schädlich, weil von ihr nur schlechte Einflüsse auf die Kinder ausgehen können"* („Spiegel", 28/76).

Und selbst der Kölner Psychologe Undeutsch, der das Vorwort zu der Broschüre verfaßt hat, distanziert sich angeblich von dem Machwerk („Spiegel", 28/76).



Niemand hatte es ihm zugetraut ...



Mit solchen Schockbildern sollen

Die Kritik bezieht sich vor allem darauf, daß *„Erkenntnisse der Jugendpsychiatrie und der Sexualwissenschaft"* außer acht gelassen worden seien, *„etwa die Tatsache, daß schädliche Einflüsse auf Kinder nur die unter Drohungen mit Gewalt vorgenommenen sexuellen Handlungen haben; in allen anderen Fällen setzt erst die Reaktion der Erwachsenen den Schaden"* („Spiegel", 28/76).

Während die Bullen-Broschüre dazu auffordert, im Falle „sexuellen Mißbrauchs" sofort zur Polizei zu gehen, weil das Kind *„dort so gefragt"* werde, *„daß es ihm nicht schadet"* („Hab keine Angst"), sind Kinderpsychologen ganz anderer Ansicht: *„Allein über solche sexuellen Dinge vor einem Kreis erwachsener Menschen reden zu müssen, belastet solche Kinder mehr als die Tat selbst".* („Spiegel", 28/76)

Panikmache und Hetze

So begrüßenswert auch die „fachwissenschaftliche" Kritik ist, so trifft sie doch nicht den Kern der ganzen Kampagne.

Den Bullen und ihrer Werbeagentur ging es überhaupt nicht um „Aufklärung" und Schutz der Kinder!

Sie wollen einerseits Opfer der sexuellen Verelendung des Kapitalismus als *„verrottete, charakterlose Sittenverbrecher"* fertig machen. Auf diese Seite der Kampagne sind wir schon im ARBEITERKAMPF Nr. 82 eingegangen.

Auf der anderen Seite ist die Kampagne aber auch ein Schlag gegen die Kinder. Einerseits wird ihnen dadurch, daß viele Eltern gezwungen sind, die Kinder den ganzen Tag unversorgt zu lassen, die Möglichkeit genommen, ihr Zärtlichkeitsbedürfnis voll zu befriedigen. Schulstreß usw. tun ihr übriges, um Vereinsamung und Isolation zu fördern. Durch die Broschüre werden ihnen nun noch alle Kontakte zu anderen Menschen (außer den Eltern) vermiest. Letztendlich soll jedes Kind hinter dem freundlichen Erzieher, dem freundlichen Nachbarn einen „bösen" Menschen wittern.

Der Kapitalismus treibt durch seinen Umgang mit der Sexualität (Werbung, Presse, Film usw.) Menschen so weit, daß sie mit ihrer Sexualität nicht mehr fertig werden. Er hindert die Kinder daran, ihr Zärtlichkeitsbedürfnis zu befriedigen. Die Folgen dieser Verelendung sollen Privatsache gemacht werden: Die „Wüstlinge" sollen in den Knast gesteckt werden, die Kinder von Kontakten zu anderen Menschen als den Eltern abgehalten werden. So einfach ist das.

„Eine runde Sache", nannte ein Polizeisprecher die Kampagne („Bild am Sonntag", 13.6.76). Tatsächlich: eine runde Sache, wie hier Mißtrauen gesät und Hetze verbreitet wird!

Kinderkommission

Versteht sich von selbst, daß der Ministerialdirigent mit „gemeinster Art von Verbrechen" nicht den verbrecherischen Umgang des Kapitalis-

Bei den Eltern sieht man, daß sie „gut" sind, weil „*man sogar Tage nach ihnen benannt hat. Muttertag, Vatertag*".

Sittenstrolch begegnest, nichts wie weg." Oder ein anderer Tip: „*Laß Dich nicht von allen Leuten anfassen und streicheln (auch nicht von*

Mit solchen Schockbildern sollen Kinder eingeschüchtert werden.

gesät und Hetze verbreitet wird!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kindesmißhandlung

Terrorurteile gegen Eltern

In München und Frankfurt standen in den letzten Wochen zwei Elternpaare unter der Anklage der „Kindesmißhandlung mit Todesfolge" vor Gericht. Beide Fälle machen exemplarisch deutlich, wo die Ursache für Kindesmißhandlung liegen: nicht im individuellen Versagen der Eltern, sondern in einem System, das Eltern so kaputt macht, daß sie unfähig sind, ein Kind ohne brutale Gewalt zu erziehen.

Exemplarisch wird an diesen beiden Fällen auch deutlich, wie die Bourgeoisie und ihre Klassenjustiz an Kindesmißhandlungen herangehen: jede Schuld vom kapitalistischen System auf die Eltern abwälzen.

Dementsprechend wurden Terrorurteile verhängt, die unseres Wissens für solche Fälle in der BRD ohne Beispiel sind: zwischen 10 und 11 Jahren Knast.

Vom Kapitalismus fertig gemacht...

Der Lebenslauf der vier Angeklagten macht deutlich, daß diese so kaputtgemacht worden waren, daß sie kaum eine Chance hatten, ein Kind zu erziehen.

Die Münchner Angeklagte Elisabeth K. ist unehelich geboren und wurde von ihrer Großmutter sehr streng erzogen. Oft mußte sie stundenlang auf Holzscheiten knien. 1964 sah sie sich zur Heirat gezwungen, als sie ein Kind erwartete. In den folgenden Jahren brachte sie noch drei Kinder zur Welt. Ihr Mann wurde Alkoholiker, verbrachte längere Zeiten in „Heilanstalten" („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 18.5.76).

Ähnlich der Lebenslauf der Frankfurter Angeklagten M.: unehelich geboren, dann Heim„erziehung." Mit 17 heiratet sie und bringt vier Kinder zur Welt, von denen sie keins großziehen kann („Frankfurter Rundschau", „FR", 30.6.76).

Das bisherige Leben der männlichen Angeklagten sieht kaum besser aus. Josef K. (München) wird 1965 nach der Behandlung eines Nierenleidens mit schmerzstillenden Mitteln drogenabhängig. Mehrere „Entziehungskuren" helfen ihm nicht, die Sucht loszuwerden („SZ", 18.5.76).

Der Frankfurter Angeklagte B. ist wie seine Freundin Opfer der „Heim- und Fürsorgeerziehung". Später kommt er mit den Paragraphen gegen „sexuellen Mißbrauch" in Konflikt und wird als „Wüstling" zu 5 Jahren Knast verurteilt. Um mit seiner Sexualität besser fertig zu werden und um aus dem Knast entlassen zu werden, unterzieht er sich einer Kastrationsoperation („FR", 30.6.76).

Die Kinder fertig gemacht ...

Vor diesem Hintergrund ziehen Elisabeth K. und Josef K. in München und B. und M. in Frankfurt 1974 zusammen.

Das Münchner Paar lebt mit vier Kindern von der „Fürsorge". Ein großer Teil des Geldes geht für die Drogen drauf, die Josef K. braucht. Dieser klaut dafür Geld aus der Haushaltskasse und schiebt der elfjährigen Daniela die Schuld in die Schuhe, die daraufhin geschlagen und mit Essensentzug bestraft wird. Diese Tortur überlebt das Kind nicht, es stirbt Anfang 1974 an Herz- und Kreislaufversagen, nachdem es eine Nacht lang an ein Heizungsrohr gefesselt worden war („SZ", 18.5.76).

In Frankfurt liegen die Umstände etwas „günstiger": nur ein Kind in der Wohnung. Trotzdem wissen die Eltern sich nicht anders als mit Schlägen zu helfen, wenn das Baby sich weigert, zu essen oder stehen zu lernen. An den Folgen der Mißhandlungen stirbt das Kind Anfang 1975 („FR", 30.6.76).

Die beiden Kinder werden damit zu Opfern der Umstände, die ihre Eltern fertig gemacht haben.

Die Klassenjustiz gibt den Rest

Die Klassenjustiz schert sich um diese Dinge einen Dreck. Für sie sind die Angeklagten „hemmungslose" und „charakterlose" Typen, die „abschreckend" abgeurteilt werden müßen.

Dabei geht die Klassenjustiz in München etwas „verständisvoller" vor. Sie gesteht den Angeklagten mildernde Umstände zu (Drogensucht beim Mann, „masochistische Abhängigkeit" der Frau) – ein rein verbales Zugeständnis.

Denn dann schlägt die „volle Härte" des Gesetzes zu. „*Das Wesentliche dieses Falles, daß ‚eine Mutter mit ihrem Lebensgefährten ihr Kind zu Tode gequält hat' habe bei allen Milderungsgründen hohe Strafen erforderlich gemacht*", ist die Kernaussage des dann verkündeten Urteils: 11 Jahre für Josef K. und 10 Jahre Knast für Elisabeth K. Als nette Geste ordnet der Richter an, den drogenabhängigen Angeklagten erst einmal in eine „Entziehungsanstalt" zu stecken („SZ", 22.5.76).

In Frankfurt dagegen hatte Richter Haller kein Verständnis für solche „Gefühlsduselei". Als einzigen Milderungsgrund für die Angeklagten sieht er ihre „schwere Jugend". Diese wendet er dann jedoch prompt wieder gegen die Angeklagten, denn sie hätte „*Anlaß sein müssen, eben das Kind Marion besser zu behandeln*". Woher die Angeklagten nach jahrelanger Heimerziehung wissen sollen, was „gute Behandlung" von Kindern ist, wird wohl Richter Hallers Geheimnis bleiben.

Noch übler geht dieser Richter in der Behandlung des Angeklagten B. vor. Zunächst einmal ignoriert er ein psychiatrisches Gutachten, das ihm verminderte Zurechnungsfähigkeit zugesteht. Genauso hatte er sich geweigert, dem Antrag der Verteidigung von Frau M. auf Hinzuziehung eines weiteren psychiatrischen Gutachters zu entsprechen.

Dann hält er B. seine Vorstrafen wegen „sexuellen Mißbraus" von Kindern vor. Die Kastration, der sich B. unterzogen hatte, interessiert ihn gar nicht. Eine wertvolle Ernüchterung für alle „Triebtäter", denen sonst vorgegaukelt wird, nach einer Kastration seien ihre Vorstrafen vergessen (s. J. Bartsch).

Ergebnis: Das Gericht ging weit über das vom Staatsanwalt geforderte Strafmaß von 5 und 3 1/2 Jahren hinaus und verurteilte B. zu 11 und M. zu 10 1/2 Jahren Knast („FR", 30.6.76).

Die Angeklagten klagen an!

Es geht hier nicht um die Bagatelisierung von Kindesmißhandlungen. Wir werden nicht schweigen, wenn wir von Kindesmißhandlungen erfahren, sondern versuchen, jedes Kind vor diesem Terror zu schützen.

Den Mißhandlungen, denen jährlich über 1 Million Kinder in der BRD ausgesetzt sind, werden wir aber kein Ende machen, indem einige „Einzeltäter", d.h. Eltern, verknackt werden.

Die Urteile aus München und Frankfurt zeigen nur zu deutlich, daß mit drastischen Strafen, kaltschnäuzig und zynisch begründet, von den wahren Ursachen der Mißhandlungen abgelenkt werden soll.

Worum es geht, machte 1974 eine „Einzeltäterin", Dorothea G., sehr deutlich klar. Sie war angeklagt, ihr Kind derart vernachlässigt zu haben, daß es an einer Lungenentzündung starb. Die Mutter war, um nicht ihren Job – und damit die Existenzgrundlage für sich und das Kind – zu verlieren, zur Arbeit gegangen, obwohl ihr Kind krank war. Derart unversorgt starb das Kind. Ihre zentrale Aussage vor Gericht: „*Ich klage diese Gesellschaft an wegen Mordes an meinem Kind und an ungezählten Kindern!* („FR", 18.9.74).

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Sonnige Kindheit"?

Wir drucken im folgenden zunächst den Bericht einer alleinstehenden Mutter ab, die, selbst eine Erzieherin, gezwungen war, ihr Kind ins Tagesheim zu bringen, wenn sie nicht ihre Arbeit verlieren wollte. Deutlich werden hier noch einmal die unzureichenden Bedingungen in der Krippe und die verzweifelten Versuche von A., ihrem Kind, sich dagegen zu wehren. Mittlerweile hat die Mutter die Konsequenzen gezogen. A. besucht jetzt eine fortschrittliche Kinder-/Elterninitiative in Hamburg.

Mein Kind im Tagesheim

„A. ist bis Anfang des Jahres in einem städtischen Kindertagesheim gewesen. Da ich immer berufstätig war, war ich darauf angewiesen, sie tagsüber unterzubringen. Ich hab erst einmal das getan, was wohl die meisten Eltern tun, nämlich sie in einem staatlichen Kindertagesheim (KTH) untergebracht (wobei ja viele Frauen noch nicht einmal diese Möglichkeit haben und somit nachts arbeiten müssen; oder die Kinder sich selbst überlassen sind, oder aber die Frauen verzichten ganz auf ihre Berufstätigkeit und bleiben ganz zu Hause).

A. hat sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine Unterbringung gewehrt, was sich in Fieberanfällen, die weg waren, sowie wir zu Hause waren, in allmorgendlich wiederkehrenden Schreikrämpfen usw. zeigte. Nachdem sie merkte, daß sie trotzdem immer wieder hinmuß, hat sie aufgegeben. Ihr blieb ja auch erstmal nichts anderes übrig.

Auch für mich war es nicht einfach, A. abzugeben. Mehr als einmal mußte ich mir anhören, was für eine Rabenmutter ich doch sei, das Kind würde mir noch einmal auf dem Arm wegsterben ...

Der Einfluß auf das, was tagsüber mit den Kindern passierte, war für mich gleich null. Die Aufbewahrung der Kinder in den staatlichen Heimen sah für A. konkret so aus, daß sie sich mit 15 anderen Kindern eine ganztags und eine halbtags beschäftigte Kinderpflegerin teilen mußte. Zum Schluß war sie mit 22 Kindern in einer Gruppe. Alle Kinder mußten in einem Raum spielen, essen und schlafen. Wer z.B. nicht müde war, mußte schlafen, weil eben kein Platz zum Spielen da war. Elternabende fanden in der Krippe einmal im Jahr statt, natürlich in der Vorweihnachtszeit. Mit Kerzenschein und Lichtbildern sollte den Eltern dargestellt werden, wie gut doch die Kinder untergebracht werden.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten konnte ich durchsetzen, daß ich A. auch mal in der Gruppe besuchen durfte. Die Erzieherinnen fühlten sich von mir reichlich kontrolliert. So hatte ich die Möglichkeit, etwas mehr Einblick in das tägliche Geschehen zu haben. A. allerdings konnte ich konkret auch nicht helfen. Sie klammerte sich nur an mich und wollte aus der Gruppe weg".

Nach dem Bericht einer Mutter

In Hamburg gibt es die stolze Zahl von 168 Kindertagesheimen (vor einem Jahr gab es noch 172) und 30 Sondertagesheime für behinderte Kinder, die staatlich getragen werden. Nicht ganz so stolz, bzw. eher traurig ist die Zahl, wenn man sieht, wieviele Kinder mit den insgesamt 20.304 (im letzten Jahr waren es noch 605 mehr) Plätzen auskommen müssen.

Allein in Hamburg-Wandsbek lebten z.B. 1972 19.188 Kleinkinder (drei bis sechseinhalb Jahre) bei einem Platzangebot von 1.470 Plätzen, das sind 7,7%. In Hamburg-Altona hatten laut Jugendbericht

STADT MIT HERZ...

des Hamburger Senats 26.191 Schulkinder ein Angebot von 824 (3,1%) Plätzen. In anderen Stadtteilen ergaben sich ähnlich düstere Verhältnisse.

Ende '73 gab es vom Senat aufgrund dieser offensichtlichen Misere einige sehr lobenswerte Worte dazu: „*Bis 1978 werden 8.000 neue KTH-Plätze geschaffen ...*", „*für alle 5-jährigen sollen bis '78 Vorschulklassen eingerichtet werden ...*" (Jugendbericht '73, S. 56 und 200).

Das war, wie gesagt, Ende '73! 1975 sind dann bekanntlich im gesamten sozialen Bereich die Taten gefolgt: 75/76 wurden 605 KTH-Plätze eingespart, 106 Planstellen für pädagogisches Personal wurden gestrichen, 76/77 besteht ein Nullstellenplan, d.h. es werden keine neuen Planstellen mehr geschaffen, die Haushaltsmittel sind um 15% gekürzt worden. Sämtliche Hoffnungen der Eltern auf mehr und bessere Tagesheimplätze wurden durch diese Sparmaßnahmen zunichte gemacht.

Stadt mit Herz für Kinder???

Die vor einiger Zeit heiß propagierte „Stadt mit Herz für Kinder" hört eben für den bürgerlichen Staat genau da auf, wo sie das Steuergeld kostet, was den Kapitalisten in Hamburg als Investitionshilfe zu noch höheren Profiten verhelfen könnte. Bürgermeister Klose, der in einem Interview mit der ÖTV (Mitte '75) zynisch meinte, „ ... *daß die Bürger Verständnis haben für die vorgeschlagenen Maßnahmen (und die) Lage ebenso realistisch einschätzen wie er ...* ", hätte wohl keine Schwierigkeiten, einen KTH-Platz zu bekommen und muß sich selbstverständlich nicht der Prozedur unterziehen, wie die Eltern, die dringend einen KTH-Platz für ihre Kinder brauchen, um arbeiten zu können!

Sie müssen nämlich bei der zuständigen Fürsorgerin ihres Wohnbezirks erst einmal sämtliche Verwandten (die im Ausland lebenden werden gütlich ausgenommen) angeben, um zu überlegen, ob nicht einer von ihnen die Kinder versorgen kann.

Falsche oder unvollständige Angaben können mit Höchstsatzzahlung für den KTH-Aufenthalt „bestraft" werden. Gleiche Folgen können falsche oder unvollständige Angaben über die finanzielle Situation der Familie haben.

Die Pflegesätze richten sich nach dem Einkommen, den Belastungen und der Miete der Eltern. Die Höchstsätze für einen Kindertagesheimplatz sehen folgendermaßen aus: ein Krippenplatz 333 DM, ein Kleinkinderplatz 218 DM und ein Schulkinderplatz 131 DM. Diese Höchstsätze sind von '75 auf '76 um 21% erhöht worden.

Offiziell sind die Voraussetzungen für den Anspruch auf einen KTH-Platz die Berufstätigkeit beider Elternteile, bzw. das Alleineleben eines Elternteils (meisten der Mutter). In Ausnahmefällen bekommen Eltern auch aufgrund von pädagogischen Schwierigkeiten bei der Erziehung ihrer Kinder einen Platz.

Bei den Fürsorgerinnen werden Wartelisten geführt. Sie beliefen sich im Frühjahr auf rund 2.000 Kinder in Hamburg. Die Nachfrage ist also recht groß, und sie wäre noch größer, wenn die Plätze nicht so teuer wären . Es gibt Beispiele, bei denen die Eltern gleich an kirchliche Einrichtungen verwiesen wurden. Die Kirche beginnt aber auch schon mit der Schließung von Tagesheimen. Angesichts dieser Tatsachen entlarvt sich die Demagogie vom Pillenknick, der – so scheint's – von den Politikern wesentlich in ihren Büros geknickt wird.

Abgesehen von der Tatsache, daß heute mehr und mehr Frauen ihren Arbeitsplatz verlieren und so gezwungenermaßen keinen KTH-Platz „brauchen", gibt es Fälle, wo den Müttern nahegelegt wurde, den Beruf aufzugeben und Sozialhilfe zu beantragen.

Spielen, Toben, Schmusen, Lernen – Fremdworte in westdeutschen Kindergärtan

Die Eltern und Kinder , die nun zu den „Glücklichen" gehören und einen Platz haben, wissen in den wenigsten Fällen, was nun auf sie zukommt. Zwar wird beim Aufnahmegespräch mitgeteilt, wann das KTH öffnet und schließt (damit die Kinder auch ja pünktlich abgeholt werden), wie die Gruppenleitung heißt, und vielleicht kommen auch noch einige organisatorische Informationen dazu; was aber den Tag über mit den Kindern gemacht wird, wie sie erzogen werden, mit welchem Ziel, unter welchen Bedingungen, das bleibt für die Eltern, wenn sie nicht selber aktiv danach forschen, im Dunkeln.

Gerade bei Säuglingen und Kleinkindern, die ja zu Hause noch nicht allzuviel berichten können, wäre eine vertrauensvolle inhaltliche Zusammenarbeit von Eltern und pädagogischem Personal wichtig. Die Regel ist jedoch, daß das Kind morgens bei dem pädagogischen „Fachmann" abgegeben wird und abends, meist ohne viel Worte, wieder abgeholt wird. Zeit zum Informationsaustausch bleibt kaum, regelmäßige Sprechstunden für Eltern gibt es in den wenigsten Tagesheimen.

Wenn ein Kind mal krank ist, und das kommt häufiger vor, weil ein KTH ein idealer Ansteckungsort ist, kommen die Eltern in große Schwierigkeiten: die KTH's haben keine Krankenstationen und bei stark ansteckenden Krankheiten (also bei den meisten Kinderkrankheiten) müssen die Kinder zu Hause bleiben. D.h. aber für einen Elternteil auch zu Hause bleiben. Dies darf allerdings nur fünf Tage im Jahr passieren, denn nur diese Zeit wird von der Krankenkasse übernommen. Da jede normale Kinderkrankheit aber länger dauert als fünf Tage, werden die Kinder z.T. noch halb krank ins Heim geschickt, oder der Urlaub der Eltern geht dafür drauf.

In den Säuglingsgruppen sind elf Kinder untergebracht. Es arbeiten hier eine Säuglingsschwester und eine Kinderpflegerin (fällt eine wegen Krankheit, Urlaub etc. aus, kommt auf elf Säuglinge eine Betreuungsperson, die die Kinder badet, wickelt und füttert, Betten macht).

Welche Zeit dabei für eine sinnvolle pädagogische Betreuung übrig bleibt, kann man sich vorstellen. Hinzu kommt noch, daß Kinderkrankenschwester und Kinderpflegerin nicht als pädagogische Berufe betrachtet werden und sie eine nur auf pflegerische Arbeiten orientierte Ausbildung erhalten. Praktisch sieht es in den Säuglings- und Krabblergruppen dann so aus, daß die Kinder die meiste Zeit in ihren Bettchen oder beim Krabbeln im Gruppenraum sich selbst überlassen sind, sie im wesentlichen nur körperliche Pflege bekommen.

Da bei diesen Altersstufen noch viel pflegerische Arbeit von den Erwachsenen verlangt wird, wird das Bedürfnis der Kinder nach Zuwendung und Beachtung kaum befriedigt. Spiele werden hier zur reinen Beschäftigungstherapie. Auf individuelle Schwierigkeiten und Probleme der Kinder einzugehen und ihnen bei der Bewältigung zu helfen, ist so gut wie unmöglich.

Die Ausstattung mit angemessenem Spielmaterial ist besonders bei älteren Heimen mehr als dürftig, haben die Erzieher doch nur ein paar Pfennige pro Tag und Kind zur Verfügung. Es ist somit gang und gebe, daß die Eltern neben den hohen Pflegesätzen gebeten werden, d. Gruppenkasse monatlich etwas aufzufüllen.

Die personelle und finanzielle Situation ist in sämtlichen Gruppen ähnlich miserabel wie bei den Kindern in der Krippe, daran wird sich laut Aussagen und Taten der verantwortlichen Behörde in der nächsten Zeit auch nicht ändern.

Wenn sich die Eltern als die Hauptbetroffenen und die fortschrittlichen Menschen nicht um die Situation in den Kindertagesheimen kümmern, Staat, Erzieher und Heimleitung dort machen lassen, was diese wollen, dann werden sich die KTH's zu Kinderghettos entwickeln.

Die Sparpolitik des bürgerlichen Staates wird dann dafür sorgen, daß die Kinder – zusammengepfercht in Gruppen heutiger Schulklassengröße, arm an Materialien und Zuwendung – der psychischen und physischen Verelendung ein gehöriges Stück näherkommen.

Auf diesem Hintergrund haben fortschrittliche Kinder- und Elterninitiativen eine besondere Bedeutung – ob das nun die funktionierende Nachmittags-Schulgruppe oder der Kindergarten in Eigeninitiative und -hilfe ist. Hier werden auf unterschiedlichster Ebene mit sicherlich unterschiedlichen Zielsetzungen im Hinblick auf die staatliche Aufbewahrung alternative Formen von Kindererziehung und -betreuung praktiziert.

Dieses ist heute umso bemerkenswerter, da sich die Bereitschaft bei Eltern und anderen sowie auch die Möglichkeiten für fortschrittliche Kinder- und Elterninitiativen nach einem vorübergehenden Aufschwung in den 60er und Anfang der 70er Jahre in letzter Zeit spürbar verschlechtert haben.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



Frauen



„Radikalenerlaß" in der Frauengruppe Bochum

Am 30.6. wurde auf dem Plenum der Frauengruppe Bochum mit Mehrheit ein Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt. Demnach werden Frauen, die Mitglied im Kommunistischen Bund sind, von der Mitarbeit in der Frauengruppe ausgeschlossen. Begründet wird dieser Beschluß, der (nicht ungeschickt) in A b w e s e n h e i t der KB-Genossinnen gefaßt wurde, mit „grundlegenden politischen Differenzen" zwischen dem KB und der autonomen Frauenbewegung. Der KB wolle die autonome Frauenbewegung spalten und kaputtmachen, Frauen hinterrücks „einsacken" usw. Irgendwelche Beweise für derart abenteuerliche Behauptungen lassen sich aus der bisherigen Zusammenarbeit allerdings nicht erbringen. Ganz im Gegenteil: Wir haben stets betont, daß trotz unterschiedlichen Auffassungen in verschiedenen Fragen eine Zusammenarbeit in der Frauengruppe Bochum möglich und notwendig ist. Entsprechend hatten wir bei den von uns mitgetragenen Frauenveranstaltungen in Bochum immer wieder versucht, der Frauengruppe Bochum eine gleichberechtigte Teilnahme daran zu ermöglichen.

Einen Versuch, den KB aus der Frauengruppe Bochum auszuschließen, hatte es bereits bei einer vorherigen Plenumsitzung gegeben. Damals war die Mehrheit allerdings nicht bereit, ein derartiges Vorgehen zu unterstützen; wohl auch deshalb nicht weil wir konkrete Vorschläge für eine Zusammenarbeit gemacht haben. Unter anderem konnte vereinbart werden, die Aufnahme einer gemeinsamen Frauenarbeit an der Universität zu diskutieren. Damit sollte es aber nicht weit kommen: Schon auf dem zweiten Termin der Uni-Frauen – einen Tag nachdem das Plenum den Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt hatte – versuchten zwei Frauen der Frauengruppe Bochum, auch dort die Spaltung hineinzutragen.

Im einzelnen brachten sie folgende „Argumente":

- Sie hätten keine persönlichen Vorurteile gegen unsere Genossin, sondern seien allein gegen ihre Mitgliedschaft im KB.
- Sie würden die Unterdrückung der Frauen im Gegensatz zu uns aus dem Patriarchat ableiten; daher könne es auch keinen gemeinsamen Kampf mit Männern für die Emanzipation der Frau geben.
- Eine kommunistische Organisation könne keine Frauenpolitik im Sinne der Frauen machen. Der KB wolle mit seiner Politik die Frauen nur für seinen Parteiladen mißbrauchen.
- Der KB befürwortet – im Gegensatz zur Frauengruppe Bochum – auch eine Zusammenarbeit mit Frauen, die für die Fristenregelung eintreten.

In der anschließenden Abstimmung sprachen sich alle Frauen, bis auf die beiden von der Frauengruppe Bochum, für eine weitere Zusammenarbeit mit der KB-Genossin aus. Daraufhin griffen die beiden Spalter-Frauen zu dem Mittel der persönlichen Erpressung: Sie würden sich dem Mehrheitsbeschluß nicht beugen und ihrerseits ihre Mitarbeit in der Gruppe einstellen. Soweit wollten es die meisten Frauen nicht kommen lassen, da sie die beiden (im Gegensatz zur KB-Genossin) aus längerer Zusammenarbeit schon kennen. Ergebnis: Unsere Genossin mußte gehen.

Zumindest eine unorganisierte Frau war von diesen Praktiken derart angeekelt, daß sie zunächst gar keine Frauenpolitik mehr machen möchte. Schon daran wird deutlich, daß Unvereinbarkeitsbeschlüsse, wie jetzt in der Frauengruppe Bochum, nur einer weiteren Zersplitterung und Schwächung der Frauenbewegung dienen können. Sie liegen damit auf der gleichen Ebene wie die entsprechenden antikommunistischen Abgrenzungsbeschlüsse von SPD und DKP.

Wir werden an alle fortschrittlichen Frauen und an alle Frauengruppen mit der Forderung herantreten, sich gegen derart schädliche Beschlüsse auszusprechen. Wir werden auch in Zukunft und auch gegenüber der Frauengruppe Bochum unsere Politik der Aktionseinheit und Zusammenarbeit fortsetzen. In diesem Sinne: FRAUEN GEMEINSAM SIND STARK! FRAUEN UND MÄNNER GEMEINSAM SIND STÄRKER!

KB/Gruppe Bochum

„Brigitte"-Aktion „Wählt Frauen!"

Es wahlzeitet sehr!

In einer breit angelegten Aktion „Wählt Frauen!" tut die „emanzipierte" Frauenzeitschrift „Brigitte" seit Herbst 1975 ihr Bestes, um den Frauen die Wahl bürgerlicher Politikerinnen schmackhaft zu machen. Es fing damit an, daß den Leserinnen Ratschläge gegeben wurden, wie sie am besten dazu beitragen können, daß mehr Frauen der bürgerlichen Parteien für Wahlkreise nominiert werden, d.h. die Chance habe, gewählt zu werden. Es ist schließlich bekannt, daß gerade, wenn es um die Pfründe der Bundestagssitze geht, die Männer der bürgerlichen Parteien die Nase vornedran haben und sich ihre Privilegien nicht von den Frauen wegnehmen lassen wollen. Darüber klagen die CDU/CSU-, SPD- und FDP-Frauen schon lange ihr Leid.

„Brigitte" rät nun, diesen Herren ein bißchen Dampf zu machen:

- **„Schreiben Sie an die Parteivorsitzenden!** *Als erstes sollten Sie Ihre Ansprüche an höchster Stelle anmelden. ... Schicken Sie eine Postkarte ... an den Vorsitzenden der Partei, die Sie wählen wollen oder an alle vier. Die Vorsitzenden können zwar nicht anordnen, daß Frauen aufgestellt werden, aber massive Forderungen ihrer Wählen sollten die Parteien nicht ignorieren"* (geheiligte Naivität! Wie wurde doch das Interesse der Frauen ignoriert, als es um die Abschaffung des § 218 ging?!).
- **„Werden Sie Parteimitglied!** *Wenn Sie jetzt sofort in eine Partei eintreten, können Sie vielleicht bei der Kandidatenwahl noch mit abstimmen".* Womit „Brigitte" sich des Beifalls sämtlicher bürgerlicher Parteien sicher sein kann!
- **„Rufen Sie bei den Parteien an! Nehmen Sie jetzt Kontakt auf!** *Schreiben Sie dem Kreisvorsitzenden oder rufen Sie ihn an. Fragen Sie nach den Frauen in seiner Partei! Verlangen Sie, daß Frauen für die Direktwahl und auf sicheren Listenplätzen aufgestellt werden. Bei den Frauengruppen können Sie voraussetzen, daß sie sich mehr Frauen im Bundestag wünschen ... Rufen Sie bekanntgewordene Bewerberinnen um eine Kandidatur an: Wie kann ich Ihnen helfen?*
- **Gewinnen Sie Mitstreiter!** *Sprechen Sie Frauen und Männer in Ihrer Nachbarschaft an, in Ihrer Firma, in Ihrem Verein. Laden Sie sie, wenn Sie Lust haben, zu einer Wahlparty mit Diskussion ein ... Sammeln Sie Unterschriften, und leiten Sie diese Liste an die Geschäftsstellen der Parteien weiter ... inserieren Sie in den Lokalzeitungen oder Anzeigenblättern Ihres Ortsteils ...*
- **Laden Sie sich Politiker ein! ...** boxen, sollen im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus ihr Scherflein noch dazu beitragen, daß die Herrschaft der Kapitalisten und damit auch ihre eigene Unterdrückung weiter gefestigt werden.

Viel Tamtam um hohle Phrasen

Einige Hefte später wird das Thema anhand der Äußerungen bürgerlicher Politiker noch einmal zum Auftakt einer größeren Kampagne aufgegriffen: Die Postkarten-Aktion im „Brigitte-Stil" hat die Parteivorsitzenden *„beeindruckt und (sie) haben sich beeilt, die Forderungen an die Parteibasis weiterzugeben"* (!!!). Nicht genug, daß hier platte Lügen verbraten werden – den Frauen soll vorgespielt werden, daß „unsere Demokratie" funktioniert. Schon bei der ZDF-Hitparade weiß jeder, daß die Sache mit dem Postkarten-Schreiben nicht hinhaut, und ausgerechnet bei „Brigitte" soll es klappen??!! Für wie blöd halten uns diese Typen eigentlich? Die gesamte „Brigitte-Aktion" ist doch ein abgekartetes Spiel zwischen „Brigitte" und den bürgerlichen Parteien!

Und dann gibt „Brigitte" den bürgerlichen Demagogen seitenweise Raum, damit sie ihr Geschwafel an die Frau bringen können: Helmut Kohl: *„Für die CDU ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht zuletzt davon abhängig, inwieweit es gelingt, Frauen an der politischen Verantwortung auf allen Ebenen und in allen Bereichen ausreichend zu beteiligen ... (Frauen) wollen auch immer mehr nicht nur mitreden, sondern auch mithandeln und politische Verantwortung übernehmen ...".*

F.J. Strauß: *„Die moderne Gesellschaft braucht die volle Beteiligung der Frau in der politischen Verantwortung ... Ich begrüße ihn* (den Aufruf „Brigittes" – Anm. AK) *schon deswegen, weil damit die Christlich Soziale Union in ihren langjährigen Anstrengungen* (!!!) *unterstützt wird, den Frauen ihre wachsende Verantwortung für alle Lebensbereiche bewußt zu machen und sie zu einer aktiven Mitgestaltung der politischen Entwicklung unserer Gesellschaft zu ermuntern ..."*

Es dürfte kaum demagogischere Worte geben, die den Frauen mehr ins Gesicht schlagen, als dieses üble Geseiere!!

Worum es der CDU/CSU bei ihren „langjährigen Anstrengungen" geht, läßt sich am besten mit ihren eigenen Worten beweisen: Da schreibt W. Hertz-Eichenrode, bekannt als Ober-Schmierer der „Welt" und CDU-Spezi: *„Frauen, die Gleichberechtigung in Partnerschaft suchen, werden zwar für ihre Rechte – z.B. für eine eigenständige Versorgung – eintreten, aber vor der Versuchung gefeit sein* (!)*, ihre mitmenschlichen Lebensbezüge zu zerstören, sei es in der Familie, im Beruf, in der Nachbarschaft. Sie werden das Recht des Kindes auf die Mutter ... nicht als Einengung, sondern als Ausfüllung ihres Lebensraumes empfinden. Sie werden auch, zum eigenen Nutzen* (??)*, akzeptieren, daß die Geschlechter sich zu ihrer jeweiligen Biologie bekennen müssen* (!) *und auch zu den Rollenverschiedenheiten, die sich daraus ergeben"* („Welt", Datum unbekannt). Der Beitrag der CDU zu dieser „Partnerschaft": Schon in den Schulen soll den Fächern Erziehungs- und Hauswirtschaftslehre mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden! (nach „Hamburger Abendblatt", 25.6.76).

Es geht der CDU/CSU um die Festschreibung der Kleinfamilie als „Keimzelle des Lebens", um die Bindung der Frau an die Familie; die Frauen sollen ihre Aufgabe darin sehen, „die Seele und das Herz" dieser Familie zu sein; den Verstand bringt dann natürlich der Mann mit. Gerade CDU/CSU-F r a u e n, wie Helga Wex, Ursula Schleicher oder Ursula Krohne-Appuhn machen sich zu Vorkämpferinnen dieser frauenfeindlichen „Familienpolitik" – sei es als Vorsitzende der „Frauen-Union", die gerade diese Forderungen vehement vertritt, oder in sonstigen Parteifunktionen. Und diese Frauen und ihre Politik empfiehlt „Brigitte" – selber natürlich völlig „neutral" – zur Wahl! Da braucht man sich denn auch nicht mehr zu wundern, wenn die üble Reklame der CDU *„Wir brauchen die Klugheit und Menschlichkeit der Frauen für unsere Politik"* in „Brigitte" ganzseitig abgedruckt wird – steht sie im Grunde doch völlig hinter derartigen Schweinereien!

Ob ASF oder Frauen-Union – immer gegen die Frauen

„Immer haben die Sozialdemokraten für die Besserstellung der Frau gekämpft, um sie von Abhängigkeiten und Zwängen zu befreien" (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, ASF-Materialien zu „Frau und SPD"). Und das, wo die SPD gerade einer der vehementesten Abwiegler ist, wenn es um die Aufnahme und Vertretung der Forderungen der Frauen z.B. im Betrieb geht: Nach wie vor gibt es Leichtlohngruppen (und welche Frauenfeindlichkeit spricht doch aus Annemarie Renger, ihres Zeichens selber Vorzeigefrau der SPD, wenn sie demagogisch behauptet, die Leichtlohngruppen hätten schon ihre Berechtigung, sie hätte noch keine Frau gefunden, die einen Musterprozeß führen würde – es sei immer doch eine leichtere Arbeit im Vergleich zu der der Männer, die die Kolleginnen zu verrichten hätten ...), die Kolleginnen haben zum größten Teil keinerlei Chance, ihre Kinder in Betriebskindergärten unterzubringen, ganz zu schweigen von Stillpausen und entsprechenden Einrichtungen. Wo bleibt die konkrete Unterstützung der DGB-Funktionärinnen (die zum größten Teil auch in der SPD sind), wenn es um die Aufnahme von Frauenforderungen in Tarifverhandlungen geht??? Genau an den konkreten Tatsachen entlarvt sich der Theaterdonner der hohlen SPD-Phrasen – und ganz besonders ihrer Frauenorganisation! Sind nicht oft gerade SPD-Betriebsräte oder Personalräte und -innen vornedran, wenn Frauen mal wieder eine Stelle verweigert wird, weil sie ihr angeblich nicht gewachsen sind, oder weil sie doch verheiratet sind?! Und welche Kollegin kennt nicht das entwürdigende Betteln auf dem Arbeitsamt um eine Anstellung, verbunden mit den übelsten Bemerkungen der Amtshengste.

Die ASF bejammert in großen Worten das *„verhängnisvolle Urteil von Karlsruhe"* zum § 218 und ist dann die erste, die die Frauen vom eigenständigen Protest gegen die frauenverachtende Staatsbürokratie abhalten will: *„ ... stärkt die SPD und die ASF durch Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit, damit der unwürdige StGB-§ 218 endlich durch eine humane Regelung ersetzt wird"* (Materialien der ASF). Deutlicher kann den Frauen keine Ohrfeige versetzt werden.

Politik egal – Hauptsache Frau!

„Brigitte" eröffnet dann in jedem Heft den bunten Reigen der Kandidatinnen der einzelnen bürgerlichen Parteien: Schön mit vorteilhaften Bildchen versehen läßt da jede ihr Sprüchlein ab, teils nach der Masche „emanzipierte Frau engagiert sich", teils aus „Interesse an den brennenden Fragen", natürlich in der Regel auf dem Sozial- und Familiensektor! Alle wollen sie *„mithelfen, etwas zu verändern"* oder zumindest es versuchen ... Offenbar soll jede Leserin, die nicht in einer dieser Parteien ist und sich nicht dort „engagiert", ein schlechtes Gewissen kriegen, weil sie am falschen Rädchen zu drehen scheint ...

Eine geht sogar so weit, innerhalb der bürgerlichen Parteien *„die patriarchalischen Parteistrukturen"* än-



Lokalzeitungen oder Anzeigenblättern Ihres Ortsteils ...

– **Laden Sie sich Politiker ein!** ... *möglichst die Kreisvorsitzenden der Parteien. Die Vorsitzenden können Ihre Forderungen am besten an die Basis der Parteien weitergeben (!!!) ...*

– **Schreiben Sie Leserbriefe! Besuchen Sie Parteiversammlungen!** ... *Gehen Sie hin und fragen Sie: Werden Sie für die Bundestagswahl Frauen aufstellen? Eventuell: Warum nicht? Solche hartnäckigen (!!) Fragen werden die Parteifunktionäre zumindest nachdenklich machen ...*

– **Gehen Sie zur Wahlversammlung!** ... *Sie können mit Plakaten und Handzetteln noch einmal fordern: Frauen nach Bonn! Vielleicht können Sie so den einen oder anderen Delegierten noch in letzter Minute (!) so beeindrucken (!!), daß er seine Stimme einer Frau gibt ...*"

„Brigitte" predigt hier nichts anderes, als daß die Frauen für die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf führen sollen. Und Helge Pross, bekannte Professorin für Soziologie mit Herz für die Bourgeoisie, unterstützt das ganze natürlich kräftig: „*Diesmal müssen mehr Frauen in den Bundestag! ... Noch haben die Parteien Zeit, sich diesmal anders zu verhalten. Niemand verlangt von ihnen, daß sie die Kandidaturen für die Bundestagswahl gleichmäßig auf Frauen und Männer verteilen. Verlangt werden muß jedoch eine deutliche Vermehrung der sicheren Kandidaturen für Frauen ... Auf dem Spiel steht eine Verfassung, die nur überleben kann, wenn sie von allen Bürgern, Frauen wie Männern, als ihre Verfassung verstanden wird*".

Offenbar fürchtet Helge Pross (und nicht nur sie), daß die Frauen sich – betrogen um die Verwirklichung ihrer berechtigten Forderungen und enttäuscht von den jahrelangen, nie eingehaltenen Versprechungen – von den bürgerlichen Parteien abwenden könnten. Deswegen sollen die Frauen stärker integriert werden in dieses System, sie sollen sich i n **den bürgerlichen Parteien durch-**

Frauen-Wahlrecht: Noch nicht lange selbstverständlich

Der Kampf um das Wahlrecht war für die Frauen schon seit Jahrhunderten der erste Schritt im Kampf um ihre politische Gleichberechtigung. Gerade die bürgerlichen Frauenbewegungen im 18. und 19. Jahrhundert in Frankreich, Amerika und Deutschland hatten immer die Forderung nach voller politischer Anerkennung der Frauen auf ihre Fahnen geschrieben. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verband sich damit mehr und mehr der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung in den Fabriken und gegen die Kinderarbeit. Das Frauenwahlrecht war der erste Schritt in diesem Kampf, weil es auch eine Möglichkeit darstellte, die bürgerliche Herrschaft ins Wanken zu bringen. So schreibt Clara Zetkin in der Begründung ihrer Resolution auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart vom 18. bis 24.8.1907:

„*Für uns Sozialisten kann daher das Frauenwahlrecht nicht wie für die bürgerlichen Frauen ‚das Endziel' sein ... Das Wahlrecht hilft den bürgerlichen Frauen, die Schranken niederzureißen, die in Gestalt der Vorrechte des männlichen Geschlechts ihnen Bildungs- und Tätigkeitsmöglichkeit einengen. Es rüstet die Proletarierinnen in dem Kampfe, den sie für die Erringung vollen Menschentums gegen Klassenausbeutung und Klassenherrschaft führen. Es befähigt sie, in höherem Maße als bisher teilzunehmen an dem Kampfe für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zum Zwecke der Überwindung der kapitalistischen und zur Aufrichtung der sozialistischen Ordnung, in der allein die Frauenfrage ihre Lösung findet ... Die Proletarierinnen müssen sich klar darüber sein, daß sie das Wahlrecht nicht erobern können in einem Kampfe des weiblichen Geschlechts ohne Unterschied der Klasse gegen das männliche Geschlecht, sondern nur im Klassenkampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeuter, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts*".

In diesem Sinne wurden damals auch die sozialistischen Parteien verpflichtet, „*ihre Kämpfe für das Wahlrecht* (damals herrschte noch das preußisch-feudale Drei-Klassen-Wahlrecht, d.Red.) *auch als Kämpfe für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts*" zu führen. Und es war den Genossinnen, die damals diese Resolution einbrachten, durchaus auch klar, daß sie damit nur einen kleinen Schritt vorwärts machen können: „*Die sozialistischen Frauen werten das Frauenstimmrecht nicht als die Frage der Fragen, deren Lösung all die sozialen Hemmnisse beseitigt, welche für die freie, harmonische Lebensentwicklung und Lebensbetätigung des weiblichen Geschlechts bestehen: Denn es rührt nicht an die tiefste Ursache derselben: an das Privateigentum, in welchem die Ausbeutung und Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen Menschen wurzelt ... Die Zuerkennung des Wahlrechts an das weibliche Geschlecht hebt nicht den Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten auf, aus dem die schwersten sozialen Hindernisse für die freie Entfaltung und die harmonische Entwicklung der Proletarierinnen erwachsen ...* **Die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bereitet den Boden, auf dem diese Konflikte sich zu ihrer vollen Schärfe auswachsen können**".

Diese Widersprüche zu verschärfen ist auch heute unsere Aufgabe. Nicht indem wir uns dem System anpassen und auf die Parteien vertrauen, werden wir unsere Gleichberechtigung erreichen, sondern nur, indem wir alle Möglichkeiten zu unseren Gunsten ausnutzen, entschieden unsere Forderungen vertreten und uns nicht von schönen Versprechungen verwirren lassen. Für diesen Kampf müssen wir die Frauen gewinnen: „*Nicht die geduldige Kreuzesträgerin, die stumpfsinnige Sklavin, sondern die zielbewußte Kämpferin wird ein Geschlecht von starken Kämpfern und Kämpferinnen erziehen*".

(Alle Zitate aus: Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 1, Seite 344 ff.)

Eine geht sogar so weit, innerhalb der bürgerlichen Parteien „*die patriarchalischen Parteistrukturen*" ändern zu wollen ... „Brigittes" Beifall finden auch gerade Kandidatinnen von CDU und CSU, die „*bereits als Schülerin in der Jungen Union engagiert*" waren bzw. eine, die „*seit zwölf Jahren politisch engagiert und heute stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union (ist), Mitglied des Landesvorstandes der CSU, der JU und der Frauen-Union*". So viel brauner Dreck auf einen Haufen, da wundert es einen dann auch nicht mehr, wenn Frauen dieses Schlages Nazi-Gedankengut offen von sich geben: So äußerte Ursula Schleicher, ihres Zeichens selbst zehn Jahre lang Frauenreferentin der CSU gewesen, in einem Interview zum § 218, die „*Sorge, daß wir in eine Gesellschaft abgleiten, in der alles erlaubt ist, aber auch in eine Gesellschaft, die entartet ist*" ... Sehr „sympathisch" ist auch eine andere Kandidatin der CDU, schon länger aktiv im Verteidiungsausschuß des Bundestags (wie revolutionär für eine Frau!): „*Sie freut sich darüber, daß ein Bundeswehrsoldat ihr neulich sagte: ‚Sie kümmern sich um unser tägliches Leben, eben darum, ob es uns gut geht. Ihre Kollegen kümmern sich darum, ob wir anständige Soldaten sind' ... Unter ihrem Vorsitz ist ein Gesetzentwurf entstanden, der die Gewissensprüfung der Wehrdienstverweigerer nicht so pauschal erleichtert, wie der Regierungsentwurf. ..., Wir sind der Meinung, daß jeder junge Mensch, der ein Grundrecht für sich in Anspruch nimmt, der Gemeinschaft verpflichtet ist. Er soll begründet darstellen, warum er den Wehrdienst verweigert'* ".

Bravo, „Brigitte"! Damit leistest Du bestimmt einen willkommenen Beitrag zu „Ruhe und Ordnung" in der BRD!

Nicht nur, daß die Frauenfeindlichkeit offen zutage tritt, „Brigitte" bemüht sich wirklich nach Kräften, die Frauen von jeglicher kritischer Einstellung zu diesem Gesellschaftssystem abzubringen, **kein Wort zu den Taten der Parteien, kein**

Wort zur immer noch miserablen Situation der Frau – und wenn, dann natürlich mit der Stoßrichtung, daß all das abgeschafft sein wird, wenn endlich Frauen ins Parlament kommen und mit Herz und Menschlichkeit ganz schnell die Benachteiligung der Frauen einfach aufheben. Und das, wo die meisten dieser Frauen, die „Brigitte" zur Wahl empfiehlt, selber mit an dieser Diskriminierung gestrickt haben, die auch heute nicht den Mund aufkriegen innerhalb ihrer Parteien, die nicht einmal öffentliche Stellungnahmen, die ja an sich auch nur dem Papierkorb neue Füllung bringen, zu den Schweinereien ihrer Parteifürsten abgeben. Und wo sich Widerstand innerhalb der Partei regt, wird er sofort mundtot gemacht: Wenn auf der Bundeskonferenz der ASF im Mai 1975 die linken SPDlerinnen aus dem Vorstand der ASF geschmissen wurden, wenn ein Grundsatzprogramm zur SPD-Frauenarbeit als „zu marxistisch" abgelehnt wird – so werden Initiativen zur Förderung einer selbständigen Politik in der SPD beantwortet. Eine Parallele kann man hier nur noch im Vorgehen gegen linke Jusos sehen, die genauso rücksichtslos aus der Partei geschmissen werden, wenn sie nicht parieren.

Die Journalisten machen b e w u ß t den Frauen Illusionen, daß sie mit der Aktion „Wählt Frauen" die Welt verändern können. Umso schlimmer wiegt diese Verlogenheit, den Frauen (und „Brigitte" erreicht nach eigenen Angaben ca. 6 Mio. Leserinnen) die Wahl bürgerlicher Politikerinnen aufzuschwatzen. Schon seit Jahrzehnten werden die Frauen regelmäßig so verheizt, und heute steht „Brigitte" innerhalb der bürgerlichen Frauenzeitschriften am Kopf dieser Kampagne.

Wir brauchen die Klugheit und Menschlichkeit der Frauen für unsere Politik."

CDU

Stimmenfang für StrauSS und Dregger – dazu sind die „ungewaschenen schlampigen und geifernden Megären" (Dregger-Zitat über emanzipierte Frauen) gut! Pfui Teufel!

Die Integration der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft, ihre Beteiligung daran, um sie selber an der eigenen Unterdrückung zu beteiligen und sie davon abzuhalten, ihre Alternativen woanders als in den bürgerlichen Parteien zu suchen, ihre Initiative kaputtzumachen, indem ihr die Hoffnungslosigkeit des Unternehmens vor Augen gehalten wird – das ist es, was „Brigitte" erreichen will mit dieser Aktion – daß es ihr nicht gelingt, ist unsere Aufgabe! (Alle Zitate ohne Quellenangabe aus „Brigitte".)

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Sogar in den USA

Die Frau entscheidet alleine über die Abtreibung

Schon 1973 hatte das Oberste US-Gericht entschieden, daß verheiratete Frauen für eine Abtreibung nicht die Genehmigung ihres Ehemannes bzw. Minderjährige nicht die Einwilligung ihrer Eltern brauchen. Einige Bundesstaaten hatten die in diesem Entscheid enthaltenen „Lücken" jedoch so ausgenutzt, daß sie Gesetze erließen, die die Abtreibung verboten.

Der Oberste Gerichtshof in Washington entschied jetzt, daß **ein Abtreibungsverbot verfassungsfeindlich ist und die betroffene Frau das Recht hat, alleine über eine Abtreibung zu entscheiden.**

(Informationen nach „Hamburger Morgenpost", 6.7.)

Ein Genosse der Bezirksgruppe Barmbek-Nord
KB/Gruppe Hamburg

Darlehen „abkindern"!

Der „Schrecken" des Geburtenrückgangs hat die Länder Saarland und West-Berlin dazu veranlaßt, ein Darlehen für Jungverheiratete zu gewähren. Bei jedem „Kind für dieses System" wird den Eltern ein Teil des Darlehens erlassen, der Staat nennt dies: das „Darlehen abkindern".

Diese „Investition" verrät nur allzu deutlich die Absicht des kapitalistischen Staates, der sich in Kindern „einkauft", um Menschenmaterial für seine Zwecke zur Verfügung zu haben; denn es ist inzwischen eine Binsenweisheit, daß für Kinder, die in diesem Staat dann leben sollen, nicht mehr gesorgt wird!

Neues Namensrecht

Nun ist schnell zur Wahl doch noch ein „Reförmchen" der SPD in Kraft getreten: In Zukunft können Ehepaare den Familien-Namen frei wählen; entweder den Namen des Mannes oder den der Frau oder beider Namen als Doppelnamen.

Zum Thema „Prostituierte"

Offener Brief an die Indochina- und die Afrika-Kommission

Uns ist in zwei Fällen unangenehm aufgestoßen, daß in AK-Artikeln Prostituierte diskriminiert und mit Reaktionären und Verbrechern auf eine Stufe gestellt werden.

So heißt es in dem Artikel: „*Ein Jahr befreites Indochina*" (AK 79) wörtlich: „*Gegenüber den Anhängern der US-Imperialisten und den Thieu-Marionetten hat die Regierung Süd-Vietnams von vornherein mit besonderer Nachsicht und Milde gearbeitet. Umerziehungsschulen für Prostituierte, für Soldaten der Thieu-Armee usw. wurden eingerichtet*".

Dieselbe Stoßrichtung hat die Aussage „*Söldner sind Prostituierte*" – Zwischenüberschrift im Artikel „*Söldner-Prozesse in Luanda*" (AK 83). Die Genossen der Afrika-Kommission lassen einen berufsmäßigen Killer sein Handwerk beschreiben und übernehmen kommentarlos dessen Einschätzung:

„*Ich bin sicher, jeder, der kam, wußte, was Krieg ist. Ich meinerseits tat es für Geld und wegen des Abenteuers. Ein Söldner ist ein Prostituierter, der sich selbst an andere Länder verkauft*".

Meint Ihr, weil Prostituierte und Söldner „es für Geld tun", könne man sie auch ohne weiteres auf eine Stufe stellen? (Im übrigen tun das im Kapitalismus noch eine Reihe anderer Leute, und wir haben noch nie von den Genossen den Hinweis gelesen, „ihr" Generalmanager habe sich prostituiert).

Wir meinen, in dem Zitat des Söldners kommt die Haltung der b ü r g e r l i c h e n Gesellschaft zur Prostitution zum Ausdruck, die wir doch nicht kommentarlos übernehmen!

Es besteht sehr wohl ein Unter-

Indien

Makabre Geburtenkontrolle

War es bisher in Indien so, daß die Bevölkerung nicht über Verhütungsmittel und Sexualität aufgeklärt wird und die indische Regierung der Überbevölkerung durch Lockmittel wie Radios und Theaterkarten für „freiwillige" Sterilisation Herr werden wollte, so greifen sie jetzt zu offen erpresserischen Methoden.

So drohte die Regierung in den nordindischen Bundesstaaten Pradesh und Rajasthan den Angestellten der Gesundheitsfürsorge mit der Einbehaltung des Juni-Gehalts, falls nicht jeder Mitarbeiter bis Ende Juni mindestens drei Personen zur Sterilisation „veranlaßt"! Angehörige der Familienplanungszentren müssen jeweils sogar sechs Personen zur Sterilisation überzeugen, um nicht ihr Gehalt einzubüßen. Die Regierung teilte mit, künftig werde kein Verheirateter mit mehr als drei Kindern eine Anstellung im öffentlichen Dienst erhalten, wenn sich nicht einer der Ehepartner sterilisieren lasse!

Frauenveranstaltung in Hannover

Am 29. 6. 76 rief die Frauengruppe des KB in Hannover zu einer Veran-

meinen Charakters, zahlreiche Ansätze zu Fragen boten, die mit Si-

Frauenveranstaltung in Hannover

Am 29. 6. 76 rief die Frauengruppe des KB in Hannover zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Frauen kämpfen" auf. Hier sollten Genossinnen aus Portugal, Chile, Sahara und Eritrea über ihre Erfahrungen als Frauen im Kampf und über die gesellschaftliche Stellung der Frau in ihren Ländern berichten. Auch Genossinnen aus Hamburg und Hannover wollten hier Aspekte aus ihrer Arbeit darstellen. Daß das Interesse an einer solchen Veranstaltung besonders in den zahlreichen hannoverschen Frauengruppen groß war, zeigte schon die Zahl der Teilnehmer. Es kamen etwa 250 Menschen, überwiegend Frauen, was für hannoversche Verhältnisse relativ viel ist.

Besonders bemerkenswert ist das auch deshalb, weil es bisher in den Hannoverschen Frauengruppen große Skepsis gegenüber „K-Gruppen" gab, die sich besonders an den negativen Erfahrungen mit dem KBW gebildet hat.

Gerade weil dies die erste Veranstaltung dieser Art war, die wir als Frauengruppe organisiert haben, ist sie als Erfolg zu werten, auch wenn es noch einige Schwierigkeiten in der Durchführung gab.

Ein Problem bestand in der Vermittlung der Stellung der Frauen im Klassenkampf in den anderen Ländern.

Besonders viel Beifall erhielt die Genossin aus Portugal, die sehr plastisch über den Kampf der portugiesischen Frauen berichtete. Sie kritisierte die Tendenz auch in der portugiesischen Linken, alle anderen Probleme meist für wichtiger zu halten und die Frauen auf später zu vertrösten.

Auch die Genossin aus Hamburg, die über die miesen Arbeitsbedingungen der Frauen im HBV-Bereich berrichtete, erhielt viel Beifall.

Sie hob besonders die Schwierigkeit hervor, die fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen mit der Gewerkschaftsführung haben, wenn sie sich aktiv für die Probleme der Frauen einsetzen wollen. Gegen den Ausschluß eines Kollegen aus der HBV, mit der Begründung, er habe an einer Frauenveranstaltung teilgenommen und ein Flugblatt dazu verteilt, wurde eine Protestresolution an die HBV-Führung nahezu einstimmig verabschiedet. Nur 3 anwesende KBWler enthielten sich der Stimme – dazu noch später.

Von den weiteren Beiträgen waren einige der anwesenden Frauen allerdingst enttäuscht. Sie enthielten nicht, wie erwartet, viele konkrete Fakten über die Lage der Frauen, sondern waren relativ allgemein gehalten. Einige Teilnehmerinnen, darunter auch Mitglieder von Frauengruppen, verließen wohl aus diesem Grund schon nach den Beiträgen der ausländischen Genossinnen die Veranstaltung. Wir finden das bedauerlich, denn wir sind der Ansicht, daß die Beiträge trotz ihres relativ allgemeinen Charakters, zahlreiche Ansätze zu Fragen boten, die mit Sicherheit konkrete Informationen gebracht hätten.

Einige Frauengruppen verzichteten dadurch, daß sie gingen, auch darauf, ihre Arbeit hier, wie anfangs verabredet, darzustellen.

Es ist anzunehmen, daß das oben schon erwähnte Mißtrauen gegen „K-Gruppen" die Frauen zu diesem Rückzug bewogen hat.

Wir hoffen, daß wir in den kommenden Diskussionen diesbezüglich einige Fortschritte machen können, um die Steine, die leider immer noch einer konstruktiven Zusammenarbeit im Weg liegen, zu beseitigen.

Eine besondere Vorstellung zum Thema Frauenfeindlichkeit bot wieder einmal der KBW, mit 2 Genossinnen und einem Genossen anwesend.

Schon in Bezug auf die Resolution gegen den Ausschluß aus der HBV hatte der KBW sehr „klug" zu bemerken, daß die Forderung nach einer speziellen Frauenarbeit in Frauengruppen in Betrieb und Gewerkschaft die Kollegen spalte! Er stimmte deshalb der Resolution nicht zu.

Den dicksten Hammer präsentierte der KBW natürlich in Bezug auf den §218. Nachdem im Beitrag der KB-Frauengruppe nochmal betont wurde, daß es das Recht der Frau sein müsse, darüber zu bestimmen, ob sie ein Kind haben will oder nicht, belehrte die Bundestagskandidatin des KBW – Evi Enker – die Frauen, daß diese Entscheidung „Sache des Volkes" sei.

Eine Genossin von uns unterstrich daraufhin nochmal unter Beifall, daß die Frauen die Lasten der Schwangerschaft und hauptsächlich auch die der Kinderaufzucht zu tragen hätten (ersteres wird vermutlich nicht mal der KBW im Sozialismus ändern können!), und daß sie deshalb auch selbst darüber entscheiden müßten. Daraufhin die KBW-Bundestagskandidatin: „Wißt ihr, daß ihr eben dafür geklatscht habt, daß nicht das Volk, sondern die Frauen darüber entscheiden sollen, ob sie Kinder bekommen?" – Beifall – Und wieder Evi Enker: „Habt ihr schon mal darüber nachgedacht wofür ihr da geklatscht habt?" – Beifall – Evi Enker: „Wißt ihr, daß ihr damit dafür klatscht, daß Katharina Focke über Euch bestimmen kann?" (?!) – Pfeifkonzert und Bu-Rufe!!!

Außer durch die zwei anderen KBW'ler fand Evi Enker mit ihren Sprüchen aber auch durch niemand anders Zustimmung!

Es war sicher allemal ein Erfolg der Veranstaltung, solchen frauenfeindlichen, reaktionären Positionen öffentlich eine gehörige Abfuhr zu erteilen, und es ist für die hiesige Frauenbewegung sicher von großem Nutzen, solche Positionen schon längere Zeit hinter sich gelassen zu haben!

Frauengruppe KB-Hannover

offen erpresserischen Methoden.

So drohte die Regierung in den nordindischen Bundesstaaten Pradesh und Rajasthan den Angestellten der Gesundheitsfürsorge mit der Einbe-[...] künftig werde kein Verheirateter mit mehr als drei Kindern eine Anstellung im öffentlichen Dienst erhalten, wenn sich nicht einer der Ehepartner sterilisieren lasse!

Bayern

Abtreibungen wie Seuchen meldepflichtig!

Der Bayrischen Landesregierung ist bekanntlich die Indikations-Fassung des § 218 noch zu fortschrittlich. Deshalb hat sie sich einen besonderen Trick ausgedacht, um Abtreibungen in Bayern fast auszuschließen und nicht nur dort: Der Vorschlag ging auch an die anderen Länderregierungen.

So sollen Ärzte und Beratungsstellen dazu verpflichtet werden, den örtlich zuständigen Gesundheitsämtern Namen, Alter und Anschrift schwangerer Frauen zu melden. In Artikel 8 des Bayrischen Gesetzentwurfs heißt es: *„Eine solche Meldung ist nicht erforderlich, wenn die Schwangere erklärt, daß sie keinen Abbruch anstrebt"* („Welt der Arbeit", 25.6.76).

In Artikel 10 wird die Anerkennung der an der Beratung beteiligten Ärzte davon abhängig gemacht, ob sie sich zu dieser Meldepflicht ausdrücklich bereit erklären. In der BRD sind bisher nur Seuchen und Geschlechtskrankheiten meldepflichtig. Aber die CSU/CDU hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie Abtreibung für eine Seuche hält!

WEG MIT DEM § 218 !

WEG MIT DEN SCHWARZEN LISTEN GEGEN SCHWANGERE!

JU und die Reform des § 218

Während die „Bild-Zeitung" vom 24.6.76 schon eine „Reform der Reform" des § 218 kommen sieht, verrät die Junge Union in ihrem „JU informiert", was sie sich darunter vorstellt: *„Die Dreimonatslösung leugnet die Schutzwürdigkeit des werdenden Lebens und sieht nur (!!) die Interessenlage der Frau"*. Das ist deutlich. Wenn die finanzielle Lage oder die Wohnsituation der Frau auch noch so beschissen ist, geschützt wird das „werdende Leben", nicht das Kind oder das Leben der Frau. Für die Frauen können sich aber diese Reaktionäre einfach keinen Grund vorstellen, eine Schwangerschaft abzubrechen. *„Die soziale Indikation wird abgelehnt"*, das Recht auf ein menschenwürdiges Leben verbunden mit der eigenen Entscheidung der Frauen, ob sie Kinder haben wollen oder können, wird ignoriert.

Nach den Vorstellungen dieser JU-Frauenfeinde ist ein Schwangerschaftsabbruch nur dann gerechtfertigt, wenn *„gravierende (!) gesundheitliche Schäden... für die Frau zu erwarten sind"*

Der Frau mit Kindern, die zwar krank, nur eben nicht „gravierend krank" genug ist, empfiehlt die JU tröstend *„flankierende Maßnahmen"*.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der diskrete Charme der Bourgeoisie

In Wiesbaden hat sich die organisierte weibliche High Society getroffen. Zweitausend Mitglieder der Organisation „ZONTA" berieten auf ihrem 43. Weltkongreß über *„brennende Fragen, die die Frau in der modernen Gesellschaft lösen muß."* Ein wichtiges Thema ist für die Bourgeoisie-Damen das Thema Afrika, wie man am besten die Frauen aus dem schwarzen Erdteil „für den Weg nach oben" trainieren kann. Sorgen machen sie sich z. B. auch über die Importabhängigkeit einiger afrikanischer Staaten – wirklich sozial (oder „fraulich"?) gedacht, wenn man bedenkt, daß alle Führungsposten der „ZONTA" mit Unternehmerinnen besetzt sind! Auch prominente Köpfe wie Julia Dingwort-Nussek, Mitglied der CDU, Chefredakteurin des WDR und Präsidentin der niedersächsischen Landeszentralbank, dürfen nicht fehlen. Zum Glück hat diese Organisation nicht so einen starken Expansionswillen: *„Es geht uns gar nicht darum, viele Mitglieder zu haben, sondern wir wollen die Besten der Besten"*. Immerhin haben sich schon 25.000 der „Besten" in 700 Klubs in 48 Ländern versammelt. Dafür streben die Unternehmerinnen, Prinzessinnen, Königinnen, Hochschulpräsidentinnen, Senatorinne und Parlamentsmitglieder denn auch Einfluß in den höchsten Organisationen an, wie z.B. der UNO (nach „FAZ" 30.6.76).

Die creme de la creme der „ZONTA"-Frauen hat sicherlich nicht nur das Ziel, eine Frauengruppe in exklusiver Umgebung zu sein. In erster Linie soll verschleiert werden, daß die Unterdrückung der Frau eine Klassenfrage ist. Wie die werktätige Bevölkerung an das Parlament glauben soll als seine Vertretung, so sollen die Frauen eben auch glauben, auf höchster Ebene und in „einflußreichen" Kreisen hätten sie eine Lobby.

Wir meinen, in dem Zitat des Söldners kommt die Haltung der b ü r g e r l i c h e n Gesellschaft zur Prostitution zum Ausdruck, die wir doch nicht kommentarlos übernehmen!

Es besteht sehr wohl ein Unterschied zwischen einem, der weiß, daß er auszieht, „um Nigger abzuschlachten", und einer Frau, die für Geld mit anderen ins Bett geht.

Die Frauen und Mädchen, die sich prostituieren, sind gerade in Ländern der „Dritten Welt" aus materieller Verelendung dazu gekommen. Wir wissen sogar, daß die Prostituierten in Vietnam sich aktiv am Befreiungskampf beteiligt haben. *„Auch diese Prostituierten haben oft die Befreiungsbewegung unterstützt. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, Informationen, die die amerikanischen Soldaten ausplauderten, an die FNL weiterzugeben. Prostituierte, die sich in der Nähe von US-Militärbasen aufhielten, beobachteten aufmerksam den Transport von Waffen und Nachschub. Teilnehmer an Demonstrationen gegen den Krieg konnten sich darauf verlassen, in den Quartieren der Prostituierten Zuflucht zu finden, wenn die Saigoner Polizei die Demonstration gewaltsam auflöste"* (aus: „Frauen in Vietnam").

Die Abqualifizierung der Prostituierten, wie sie die Genossen in ihren Artikeln zulassen, ist ein bürgerlich moralisches Herangehen an die Frage der Prostitution. Der „Beruf" der Prostituierten ist eine der entwürdigendsten Rollen, die der Kapitalismus der Frau zuteilt, aber er ist nicht „verachtenswerter" als jeder andere Beruf, den es nur im Kapitalismus gibt. Ganz falsch ist es, Prostituierte in einen Topf zu werfen mit Kämpfern der Reaktion.

Wir erwarten in Zukunft von den Genossen mehr Aufmerksamkeit in dieser Frage und eine größere Differenzierung.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Vorbildlich

Die argentinsiche Genossin Anna Maria Gonzales hat den Chef der argentinischen Bundespolizei, General Cesaro Cardozo, seines Amtes enthoben. Er wird auch keine Gelegenheit mehr haben, an anderer Stelle mit Terror und Brutalität die Herrschaft des Imperialismus abzusichern. Maria Gonzales hat ihm mit einer mutigen Tat in die Luft gesprengt.

Als „Freundin" seiner Tocher war es ihr gelungen, Eingang in sein Haus zu finden. Dort hat sie unter dem Ehebett (ein durchaus passender Ort!) eine Bome plaziert, deren Wirkung man als erfolgreich beschreiben kann.

Es lebe die Genossin Maria Gonzales – mögen es ihr viele Frauen gleichtun!

Der § 218 bleibt, aber die reaktionäre Ärzteschaft ist immer noch nicht zufrieden

Zum Inkrafttreten der Änderung des § 218 am 21.6.76 verschickten die Ärztekammern an ihre Mitglieder Merkblätter, in denen auf die Pflicht der Ärzte zu „eingehender Beratung" im Falle eines Antrages auf Abbruch der Schwangerschaft hingewiesen wird.

Man kann davon ausgehen, daß die Mehrzahl der Ärzte diesem Aufruf ihrer reaktionären Standesorganisation Folge leisten wird, während sonst die gesetzliche Pflicht zur gewissenhaften Aufklärung der Patienten über ihre Krankheit, deren Behandlung und die Risiken der Behandlung in der Regel geflissentlich mißachtet wird.

Im Falle eines Antrages auf Schwangerschaftsabbruch (und nur dann!) wird dem Arzt nach § 218, c,1 sogar die Pflicht zu einer Beratung über soziale Hilfen auferlegt, und zwar *„insbesondere über solche Hilfen, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern* (§ 218,b,1,1)." Die antragstellende Frau erhält ein Blatt, dessen Entgegennahme sie quittieren muß, das gespickt ist mit Hinweisen auf mögliche Komplikationen im Falle eines Schwangerschaftsabbruches. Dem folgt noch eine „Beratung", in der der Arzt diese Komplikationsmöglichkeiten breittritt: *„Die Komplikationsrate liegt nach unterschiedlichen Statistiken zwischen 5 und 40 % und ist von der Methode der Durchführung kaum abhängig. Die häufigsten Komplikationen: Lebensbedrohliche Blutungen, die einen Blutersatz erforderlich machen, in 10 %. Verletzungen des Uterus (Gebärmutter) in 2 - 15 %. Fieber über 38,0 Grad länger als 24 Stunden als Zeichen einer Adnexentzündung (Eileiterentzündung) bis zu 27 %. Spätkomplikationen (Entzündungen, Blutungsstörungen u. ä.) bis zu 36 %. Nachfolgende Sterilität (Unfruchtbarkeit)... in 5 - 10 %... Z.Tl. werden noch höhere Zahlen angegeben (bis zu 60 %). Häufigere Regelwidrigkeiten... Die Mortalität (Sterblichkeit) ist nicht gleich Null; so starben in England bei 100.000 legalen Schwangerschaftsabbrüchen 34 Frauen."* (Alle Angaben nach dem Rundschreiben der Ärztekammern).

Derart eingeschüchtert folgt für die Frau ein Zwangsintervall von drei Tagen, in dem sie reichlich Gelegenheit hat, sich anhand des Merkblatts nochmal zu überlegen, ob sie auch tatsächlich abtreiben möchte. Den Frauen in dieser Situation zu helfen ist u.E. eine wichtige Aufgabe für Frauengruppen (z.B. auch durch gezielte Aufklärungsflugblätter über diese sog. ärztlichen „Beratungen").

Dies ganze Merkblatt dient ausschließlich dazu, den Frauen von einem Schwangerschaftsabbruch „abzuraten", indem ihnen gehörig Angst gemacht wird. Welcher Zynismus hinter dieser Art von „Beratung" steckt wird deutlich, wenn man sich umgekehrt die Gefahren einer Geburt ansieht, die zweifellos nicht geringer sind.

Sei es über die Gefährdung ihres eigenen Lebens (6 auf 10.000 Müttersterblichkeit) oder ihrer Gesundheit (unterschiedliche Zahlenangaben), bzw. der Gefährdung ihres Kindes (2,3 % Säuglingssterblichkeit, 5 hirngeschädigte Kinder auf 1.000 Lebendgeborene, ca. 2 % mißgebildete Kinder). Dabei sind die sozialen Folgen in unserer kapitalistischen Gesellschaft im Einzelfall noch nicht einmal genannt!

Die Maßnahme der Ärztekammer hat keinen anderen Zweck, als massiv die Zahl der Abtreibungen zu beeinflussen.

Selbst wenn nach außen hin das „Reformwerk" einer Gesetzesänderung besteht, so hat die Bourgeoisie genügend Mittel und Wege, eine tatsächliche Verbesserung für die Frauen zu verhindern.

Kampf der reaktionären Ärzteschaft!!
Krankenhauszelle
KB/Gruppe Lübeck

Westdeutsche Vermieter kinderfeindlich:

Frau mit Hund – Ja! Frau mit Kindern – Nein!

Eine gute Protestaktion hat in Nürnberg auf dem Hauptmarkt eine Mutter mit fünf Kindern gestartet. Sie suchte eine neue Wohnung, da die zur Zeit bewohnte mit DM 630.- zu teuer für sie ist.

Auf Plakaten, die ihre Kinder trugen (siehe Bild) protestierte sie gegen die Kinderfeindlichkeit der Vermieter: „Den Hund würde man akzeptieren, aber daß ich so viele Kinder habe, findet wenig Verständnis."

Ihr verständlicher Wunsch, der aber wegen der Profitsucht der Hausbesitzer hier nicht realisierbar ist: „ein preiswertes Einfamilienhaus mit Garten nicht über 500 Mark Miete." Die Einfamilienhäuser wären für die Kinder angebrachter als für die fetten Bourgeois.

Sicher gibt es noch weitere Familien in dieser Situation, die sollten sich auch auf dem Hauptmarkt so demonstrativ treffen! – Die Sache ist bei den Kollegen gut angekommen.

GNK (KB)
Nürnberg



Polizei und Staatsgewalt gegen Frauengruppen

Auf dem Brüsseler Tribunal („Gewalt [...]

Polizei und Staatsgewalt gegen Frauengruppen

Auf dem Brüsseler Tribunal („Gewalt gegen Frauen") hatten Frauen aus der BRD eine Arbeitsgruppe zum Thema „Kriminalisierung der Frauenbewegung durch die Polizei und Staatsgewalt" gebildet.

Zunächst berichteten die Frauen über Erfahrungen mit Kriminalisierungsversuchen gegen ihre Arbeit, der daraus entstandenen ausgesprochenen und unausgesprochenen Angst, die Frauen befallen hat, die in Frauengruppen arbeiten. Dann wurde beraten, wie Frauen sich schützen und der Lähmung durch die Angst vorbeugen können. Es wurden auch Vorschläge zu einem nationalen Treffen zu diesem Thema gemacht, Ort und Zeitpunkt der Veranstaltung sind jedoch noch nicht geklärt.

Wir geben nachstehend anhand des Protokolls Informationen aus der Arbeitsgruppe wieder.

Stuttgart: Dort machen nur noch drei Frauen Abtreibungsberatung. Von ca. 100 im Frauenzentrum organisierten Frauen haben sich nur etwa 20 (!) an einer Demonstration gegen den § 218 beteiligt. Nur wenige sind für organisierte Busfahrten nach Holland. Als sich eine Frau in einer Lokalzeitung namentlich dazu bekannte, Abtreibungsadressen zu vermitteln, erhielt das Frauenzentrum einen Brief vom Hartmannbund (!), worin dieser sich dagegen verwahrte, daß Laien an andere Informationen weitergeben. Die Frau bekam eine Vorladung zum Staatsanwalt. Eine andere hatte wegen einer Vergewaltigung Anzeige erstattet, wurde vorgeladen und wegen ihrer Mitgliedschaft im FZ befragt.

Bochum: Eine Frau wurde beim Verteilen des Aktionsprogramms des FZ auf dem Wochenmarkt erwischt (hätte angemeldet werden müssen) und vorgeladen. Bei einer Akteneinsicht fanden ihre Anwälte sinngemäße Vermerke wie: Sie habe Plakate geklebt; es sei ihr eine hohe Strafe zu erteilen, weil sie Mitglied des „kommunistisch unterwanderten Frauenzentrums" sei und daß es sich lohne, sie näher zu untersuchen. Der Prozeß steht noch aus.

Im FZ tauchte eine Spitzelin auf, die eine „Leiterin" ausfindig machen wollte. Außerdem wurden Nummern von Wagen, die vor dem FZ parkten, aufgeschrieben, was zur Folge hatte, daß Frauen es nicht mehr wagen, ihre Autos dort abzustellen.

Aktionen (z.B. Plakatekleben) werden jetzt von Frauen zusammen geplant und gemacht, die sich untereinander besser kennen oder zusammen wohnen. Diskutiert wurde auch die Schwierigkeit, dabei neue Frauen mit einzubeziehen.

Hannover: Bei Ständen auf der § 218-Demonstration und beim Verteilen von Abtreibungsadressen wurden Frauen fotografiert.

Aachen: Die Frauen sind in ihrer Arbeit dadurch behindert, daß ihrem Zentrum gleich nach der Renovierung und Eröffnung vom Vermieter mit sehr fadenscheiniger Begründung gekündigt wurde (hier zwar nicht nachweislich Staatsgewalt ...). Die Bedrohung hat sich aber nicht lähmend ausgewirkt, da die Öffentlichkeitsarbeit positive Reaktionen hervorruft. Die Frauen werden jedoch auch fotografiert und registriert.

Frankfurt: Das Frauencafé in Frankfurt (Niedenau) besteht erst seit kurzer Zeit. Erfahrungen mit Kriminalisierungsversuchen wurden dort noch nicht gemacht. Die Durchsuchung des Frankfurter FZ und die erfolgreiche Gegenwehr durch Mobilisierung der liberalen Öffentlichkeit, d.h. die „Flucht nach vorn", wurde als beispielhaft diskutiert. Ein weiteres Beispiel war der Prozeß eines Mannes, der beim § 218 Plakatekleben erwischt worden war. Frauen aus den Zuschauerbänken warfen mit Lorbeerkränzen, woraufhin der Richter drei Frauen festnehmen ließ und veranlaßte, das Publikum rauszuknüppeln. Gegen diese Frauen wurden mehrere Tage Ordnungsstrafe verhängt. Am nächsten Tag kamen jedoch noch mehr Frauen zum Prozeß. Frauen mußten nicht aus Angst um ihre Kinder zuhause bleiben, weil vorher ausgemacht wurde, welche Frauen sich um diese Kinder dann kümmern, wenn den Müttern bei Aktionen was passiert!

München: Der Verlag „Frauenoffensive" wurde durchsucht und sämtliche Arbeitsmaterialien und Adressen wurden beschlagnahmt. Als Frauen eine Solidaritätsdemonstration zum Frauenknast in Aichach machten, nahm die Polizei eine nachts zuvor an der Gefängnismauer aufgetauchte Parole „Befreit die Gefangenen des 2. Juni" zum Anlaß, das FZ zu durchsuchen und zu kriminalisieren.

Bremen: Im Januar wurde das FZ Bremen und die Frauenwohngemeinschaft im gleichen Haus ohne Durchsuchungsbefehl durchsucht. Dabei wurden 1.570 DM ohne Quittung beschlagnahmt, Personen von Bremen nach Hannover verschleppt und bei Verhören Bestechungsgelder (!) angeboten. Die „Erklärung" der Polizei: „Zwei Männer aus dem Untergrund werden gesucht". Warum sie ausgerechnet im FZ zu finden sein sollten, blieb natürlich unklar. Der Zweck dieser Polizeiaktion ist jedoch sehr klar:

- die Zentren zu isolieren,
- den Frauen, die zur Beratung kommen, Angst einzujagen – das Gleiche, was mit dem § 218 bezweckt werden sollte.

Die Kriminalisierung der Frauenzentren hat begonnen

Die Frauenbewegung ist in den letzten Jahren eine der stärksten demokratischen Bewegungen geworden. Deshalb richtet sich die politische Repression auch und gerade gegen sie. Der § 218, der als Gesetz schon allein durch seine Existenz und seine verschärfte Anwendung die Frauen in die Kriminalität treibt, wird jetzt zur Kriminalisierung der gesamten Frauenbewegung benutzt.

- § 218-Gruppen im ganzen Bundesgebiet und Westberlin werden bespitzelt.
- Im Sommer '75 wurde das Frankfurter FZ durchsucht, die Ärztekartei wurde von der Politischen Polizei (!) beschlagnahmt.
- Gegen 20 Frauen wird wegen Beihilfe zur Abtreibung und Zugehörigkeit zu einer kriminellen (!) Vereinigung ermittelt.

Der Frankfurter Staatsanwalt erklärte hierzu:

„*Die Frauen erwartet bis zu fünf (!) Jahren Gefängnis, und in einem demokratischen (!?) Rechtsstaat ist es nunmehr die Aufgabe der Polizei, mit geeigneten Präventivmaßnahmen dafür zu sorgen, daß diese Handlungen – also die Beratung – unterbunden werden*".

Die Taktik der bürgerlichen Klassenjustiz ist klar: Da nicht gegen die gesamte Bewegung vorgegangen werden kann, werden vorerst einzelne Frauen herausgegriffen, um die Frauenbewegung insgesamt einzuschüchtern. In einzelnen Fällen hat diese Taktik schon Früchte getragen, indem sich manche Frauengruppen nur noch auf „Selbsthilfe" beschränken.

Da in Frankfurt immerhin noch die liberale Öffentlichkeit auf Seiten der Frauen stand, schlägt der Staatsapparat nun eine neue Taktik ein, wie an den Vorfällen in Westberlin zu sehen war.

Bei der Durchsuchung des Westberliner FZ ging es nicht ausdrücklich um den § 218, sondern angeblich um die Suche nach einer Frau, von der behauptet wurde, sie sei Anarchistin. Daß die Bullen ausgerechnet während der Beratungszeit kamen, ausführlich die Ärztekartei studierten, die Personalien aller anwesenden Frauen aufnahmen und dabei nichts von einer Anarchistin fanden, beweist, warum sie wirklich gekommen waren: Wenn Frauen schon nicht mit dem § 218 einzuschüchtern sind, dann wird versucht, sie mit dem Vorwurf des „Terrorismus" zu kriminalisieren und in der Öffentlichkeit zu isolieren.

Die Arbeitsgruppe „Polizei- und Staatsgewalt gegen Frauengruppen" will verstärkt darauf hinarbeiten, daß die Taktik der Bourgeoisie, Frauengruppen als „terroristische Minderheit" in die Isolation zu treiben, was sich auch als Angst in den Köpfen niederschlägt, nicht verfängt. Ein sehr begrüßenswerter Schritt in diese Richtung ist der Vorschlag Münchner Frauen, ein nationales Treffen zu organisieren, um Erfahrungen mit der Staatsgewalt auszutauschen und zu planen, wie Frauen dagegen vorgehen können.

(Informationen und Zitate stammen aus dem Protokoll der Arbeitsgruppe „Kriminalisierung der Frauenbewegung durch Polizei- und Staatsgewalt", Information von Frauen für Frauen Nr. 6/7 und „Birkenfall", Info 1/76, Frauenzentrum Westberlin).

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!



Leserbrief

Als ich kürzlich am Hamburger Dammtorbahnhof den ARBEITERKAMPF verkaufte, lief mir ein DKP-Student über den Weg, der sogleich anfing, über den AK herzuziehen und meinte, ich solle mir doch lieber mal die „roten Blätter" der DKP durchlesen. Als ich ihn daraufhin auf den Artikel zu den Schlägermethoden der DKP hinweis, wurde er ziemlich laut und geiferte: „Lügen, Lügen, alles nur Lügen, aber sowas kennt man ja von Euch!". Die DKP-Schläger auf der GEW-Demo waren seiner Meinung nach natürlich auch nur Halluzinationen von uns. Aber dann wurde er plötzlich ganz verrückt: „Ihr seid ja ohnehin ein einziger Feministinnenhaufen!". Daraufhin stellte ich ihn vor die Wahl: Abhauen oder Tritt in die Eier! Davon ließ er sich aber nicht beirren und pöbelte dummfrech weiter: „Frauenreferat im AStA, ihr seid wohl nicht ganz dicht – aber bei der nächsten SP-Wahl werdet Ihr's schon sehen. Ihr seid ja weitaus gefährlicher als der RCDS mit Eurer wahnsinnigen Frauenpolitik; das sieht man doch an Alice Schwarzer, was ist denn das schon für eine". Als ich ihm daraufhin noch eindringlicher klarzumachen versuchte, daß die Sache für ihn, falls er nicht sofort verschwände, schlecht enden könnte, schrie er: „Das sind Eure Schlägermethoden, die Schlägermethoden der Feministinnen, die ihre Frustrationen nicht überwinden können!". Als dann noch ein Genosse hinzukam, gelang es uns endlich, diesen Frauenfeind etwas abzudrängen. Ganz verschwunden war dieser schräge Vogel aber erst, nachdem er mir noch ein paarmal hinterhergebrüllt hatte, ich sei eine ganz fürchterliche Feministin, die ihre Frustrationen wohl nie kompensieren konnte.

Eine Genossin aus Altona
KB/Gruppe Hamburg

Zum Weinen! ...

Nachdem die „Bild am Sonntag" vor einiger Zeit Lobgesänge auf die „knackige" Frau von heute verbreitete, schreibt sie nun (27.6.76), wie man angeblich diese „*luftigen, duftigen, verführerischen zarten Blond- und Braungelockten rumkriegen kann*".

Die Einfalt der Vorschläge verrät die geistige Sparflamme der Journalisten, die natürlich davon ausgehen, Frauen seien käuflich, sei es nun mit Klatschmohn oder einem Wochenendausflug nach Mallorca.

„*Wichtigste Regel: nichts überstürzen! Werden Sie nie zu schnell familiär*", was einen Kavalier natürlich nicht hindern sollte, seine Angebetete spontan bei Regen über eine Pfütze zu tragen! Und zu seichten Sprüchen wie etwa „*Was für wunderschöne Augen haben Sie*" reiche man „*Kornblumen und roten Mohn*", nur nicht so phantasieloses Zeug wie rote Rosen oder Nelken!

Man sollte auch nicht „*den großen Mann markieren, wenn in seiner Brieftasche Ebbe ist. Ehrlichkeit ist viel nützlicher. Die Bekannte sollte von Ihrer Pleite wissen*". Das ist wohldosierte „Emanzipation" à la „BamS"!

Allerdings: „*Wenn Sie Millionär sind, sollten Sie nicht damit angeben. Schließlich wollen Sie doch nicht, daß die Dame nur hinter Ihrem Geld her ist*".

Unwiderstehlich könne ein Mann werden, wenn er spontan sein Auto stoppt und die Dame küßt; auf einer Autobahn allerdings lebensgefährlich, es sei denn, man steht sowieso in einer Reiseschlange. Und dazu sollte noch das Auto in der Lieblingsfarbe der Dame gespritzt werden. Wir schlagen auch vor, der Herr möge sich die Haare in der Lieblingsfarbe tönen ...

Und wenn das alles nichts nützt, dann bleibe nur noch ein Trick: weinen. Und wenn nun die Schreiberlinge meinen, damit eine Frau „rumzukriegen", dann wird ihnen wohl tatsächlich nichts weiter übrigbleiben, als zu weinen ...!

afrika

Somalia Entwicklung zum Sozialismus?

Am 1. Juli 1976 wurde vom somalischen Präsidenten Siad Barré die „Sozialistische Somalische Revolutionspartei" gegründet, sie soll als Massenpartei die Arbeiter, Bauern und Nomaden Somalias stärker als bisher in die gesellschaftlichen Entscheidungen mit einbeziehen. Damit gilt der seit 1969 existierende Revolutionsrat als aufgeläst.

Um einen Einblick in die gesellschaftliche Realität Somalias zu geben, haben wir im folgenden – in geraffter Form – die wichtigsten Aussagen eines Aufsatzes von Basil Davidson, erschienen im „3.Welt Magazin" 3/4. 76, zusammengestellt. Basil Davidson wurde u. a. bekannt durch seine Teilnahme am Befreiungskampf in Guinea-Bissau, über den er ein revolutionäres Buch (mit einem Vorwort von Amilcar Cabral) verfaßte. Wir halten diese Informationen des bekannten Antiimperialisten über Somalia für um so wichtiger, als die Nachbeter der chinesischen Außenpolitik unter den westdeutschen Linken Somalia stets als „Agentur des Sozialimperialismus" diffamieren, Flottenstützpunkte der Sowjetunion in Somalia erfinden und bestrebt sind, die tatsächliche gesellschaftliche Entwicklung in Somalia totzuschweigen.

„... kein islamischer Sozialismus"

Somalias Bevölkerung ist zu fast 100 % islamisch, trotzdem und gerade deswegen grenzt sich Präsident Barré von den vielen Spielarten des „arabischen" und „islamischen" Sozialismus (Algerien, Lybien) ab: „*Unser Sozialismus kann nicht als somalischer Sozialismus oder*

Leben selbst zu bestimmen.

Die Komitees

Um diesem Ziel näher zu kommen, wurden in den meisten Dörfern Komitees gebildet, die auf Bezirks- und Regionalebene zusammengefaßt werden. Die Komitees verwalten die Dörfer, „*jedes schlägt einen Jahresplan für seine eigene Entwicklung vor und stellt diesen zur Diskussion*" (alle Zitate dieses Artikels nach „3. Welt Magazin"). Diese Diskussionen über die Organisierung des dörflichen Lebens finden in sogenannten „Orientierungszentren" – von weißen Mauern umstellten Plätzen – statt, die von den Bewohnern allein gebaut worden sind und die gleichzeitig für kulturelle und sportliche Veranstaltungen genutzt werden.

rung."

Ein Delegierter der mittleren Bezirkskomitees hat ca. 40 bis 70 Menschen zu vertreten, hinzu kommen die Komiteemitglieder der untersten Dorfebene. Diese Komitees „*sind zugleich eine Massenorganisation und eine Organisation für die Massen selbst.*"

Frauenbefreiung

Der Frauenfrage kommt in Somalia, einem Land, in dem Jahrhunderte die reaktionären Moslemgesetze die Unterdrückung der Frau absicherten, eine besondere Bedeutung zu. Heute sind die Frauen in großer Zahl in den Komitees vertreten, was früher undenkbar gewesen wäre, da die Frau zwar die schwere Arbeit auf dem Feld und Haushalt machen

Beteiligung der Frauen an der Verteidigung der somalischen Revolution

richtet und andere zu langen Freiheitsstrafen verurteilt." Somalia ist das einzige Land in der Arabischen Liga, „*daß die völlige Gleichberechtigung der Frau eingeführt hat*" (...)

Alphabetisierungskampagne

1972 wurde in Somalia die Schrift vereinheitlicht und durch die Verwendung des lateinischen Alphabets entscheidend vereinfacht. Ein Jahr später wurde eine intensive Alphabetisierungskampagne bei der seßhaften Bevölkerung durchgeführt. Aber was sollte mit den Nomaden gemacht werden, die allein ca. drei Fünftel der Bevölkerung stellen?

Die Regierung entschloß sich zu einem einmaligen Vorgehen. Man schloß die letzten zwei Klassen der Grundschulen und die ersten drei der Oberschulen. „*Die meisten der so freigestellten Schüler absolvierten zusammen mit den meisten ihrer Lehrer einen Kurzlehrgang in der Unterrichtung der somalischen Schrift (die sie selbstverständlich längst beherrschten) und wurden dann aufgefordert, acht Monate bei den Nomaden zu verbringen unter der Aufsicht und mit der Hilfe ihrer Lehrer. Gleichzeitig erhielten sie auch einen Grundkurs in Hygiene und ein wenig später wurde ihnen noch die Aufgabe übertragen, zum ersten Mal überhaupt eine Volkszählung der Nomaden und ihres Viehs vorzunehmen, etwas, was kein Regime vorher jemals glaubte, durchführen zu können.*" Die Aufnahme bei den Nomaden war durchweg positiv, „*nach einigen Monaten*

dem Hungertod zu bewahren, hat die Regierung Auffanglager eingerichtet, in die bis März 1975 ca. 130.000 Nomaden aufgenommen wurden. In diesen Lagern bekommen die Nomaden medizinische Hilfe, Nahrung, Wasser, Unterricht im Lesen und Schreiben „*und andere Hilfe zur Anpassung an eine andere Lebensweise.*"

Die Nomaden haben zum Großteil ihre angestammten Gebiete durch die Katastrophe verloren, die Regierung unternimmt daher verstärkt Anstrengungen, die Nomaden in anderen feuchteren Landstrichen und an Seen anzusiedeln. In diesem Rahmen einer völligen Veränderung der traditionellen Lebensweise von vielen zehntausend Menschen erhält die Alphabetisierungskampagne ihre wahre Bedeutung.



Alphabetisierungskampagne in Somalia

Nationale Unabhängigkeit

Die Angriffe auf die VR Somalia als einen angeblichen „Satelliten Moskaus" gehören zum Standardrepertoire jedes gestandenen bürgerlichen Schreiberlings. Und auch die „Vaterländer" werden nicht müde, Somalia angebliche chauvinistische Großmachtambitionen anzuhängen (Djibouti-Frage), ganz zu schweigen davon, daß Somalia als Empfänger sowjetischer Hilfe natürlich mit Haut und Haar dem „Sowjetimperialismus" verfallen ist...! Dazu stellt Basil Davidson unmißverständlich fest:

„Kein Prozeß von „Satellierung" kann in irgendeiner Weise mit dem

Sozialismus (Algerien, Lybien) ab: *„Unser Sozialismus kann nicht als somalischer Sozialismus oder islamischer Sozialismus bezeichnet werden."* Und gegenüber der Möglichkeit eines „dritten Weges" zwischen Sozialismus und Kapitalismus äußerte er: *„Auf der Welt gibt es nur zwei soziale Systeme und kein drittes."* Dabei gilt gleichzeitig, daß jede Nation *„ihre besondere soziale und politische Struktur berücksichtigen und diese den allgemeinen Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus anpassen* (muß)". In Somalia wurden 1971 Banken, Versicherungen und einiges ausländisches Eigentum nationalisiert (ausgenommen die italienischen Bananenplantagen im Süden, die vorerst wegen der Devisen gebraucht wurden). Diese Verstaatlichungen allein garantieren noch lange keinen „sozialistischen Weg", entscheidend ist die Möglichkeit der Massen, das gesellschaftliche

Beteiligung der Frauen an der Verteidigung der somalischen Revolution

„Poster oder Wandbilder, die für den Erfolg dieser oder jener Kampagne werben oder gegen diese oder jene politische Gefahr warnen, zeigen einen erfrischenden Aufschwung politischer Kunst."

Die Komitees sind noch nicht gewählt, sind aber *„repräsentativ für die Berufe und die Bevölkerung ihrer Wohngebiete (...) Sie kümmern sich um die örtliche Entwicklung (z. B. den Bau eines neuen Markts, ein besseres Müllbeseitigungssystem, diese oder jene Verbesserung durch Selbsthilfeprojekte) (...), um die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, wozu sie eine freiwillige Truppe haben (...), um die Propagierung wichtiger nationaler Kampagnen, wie z. B. der Feldzug zur Alphabetisierung Somalias, und um politische Erziehung und Aufklä-*

„durfte", aber aus allen gesellschaftlichen Entscheidungen völlig herausgehalten wurde. In zahlreichen Interviews von Basil Davidson befragten Frauen erklärten alle, daß in Somalia die Frauen den gleichen Lohn wie die Männer erhalten.

1975 wurden die Frauen im Erbrecht den Männern gleichgestellt. *„Dies war die stärkste Herausforderung der Revolution an die somalisch-islamische Tradition, (...) die Moscheen dröhnten vor Empörung und starken Worten über eine ‚ungläubige Regierung'. Dies hätte man auch in leichteren Zeiten nicht auf die leichte Schulter nehmen können, aber die Reaktion der Regierung war unversöhnlich. Von denen, die verhaftet und wegen schweren Aufruhrs angeklagt wurden, wurden zehn Männer hinge-*

durchführen zu können." Die Aufnahme bei den Nomaden war durchweg positiv, *„nach einigen Monaten wurden die Lehrer und Schüler zu Hochzeiten eingeladen und gebeten, in kleinen Streitfällen zu schlichten."*

Nach den guten Erfahrungen dieser Kampagne wurden jetzt „Fortführungsklassen" organisiert, *„die von den besten der neuen Alphabetisierten unterrichtet werden sollen." (...) „Es scheint, daß auf die Gesamtbevölkerung Somalias gesehen, die Alphabetisierung in den letzten zwei Jahren von Null auf mehr als 50 % gestiegen ist. Der Anstieg wäre noch um vieles höher, wenn es nicht die furchtbare Dürre gäbe."*

Kampf gegen die Dürre

Seit 1969 hat Somalia keinen normalen Niederschlag mehr gehabt (abgesehen von 1972). Um die völlig verelendeten Nomaden vor

„Kein Prozeß von „Satellierung" kann in irgendeiner Weise mit dem Programm der Revolutionsregierung übereinstimmen. Was man an Ort und Stelle findet, ist daß Somalia „somalialisiert" ist (ohne Beispiel in den vergangenen achtzig Jahren) und zwar in dem Sinn, daß die Institutionen anfangen, eine tiefgreifende und alles umfassende Beteiligung des Volkes widerzuspiegeln, so wie es bei jenen von Guinea Bissao und Mosambik der Fall ist. Man erkennt sehr schnell, daß nur diese Art der Beteiligung, nur dieser Grad von authentischem und unabhängigen Denken und Handeln diesem Volk überhaupt die Chance gibt, ihre gegenwärtigen Probleme zu erkennen und zu lösen."

Afrika-Kommission

Putsch im Sudan gescheitert

Anfang Juli wurde im Sudan der zweite ernsthafte Putsch gegen den reaktionären Präsidenten Numeiri im Verlaufe eines Jahres untermommen. In die heftigen Straßenkämpfe in der Hauptstadt Khartum waren offensichtlich starke rebellierende Truppeneinheiten verwickelt, die erst nach heftigen Gefechten besiegt werden konnten. Augenzeugen wollen hundert Tote in einem Krankenhaus in Khartum gesehen haben („NZZ", 6.7.76), die offizielle Presse im Sudan spricht von 300 Todesopfern („FAZ", 5.6.76). Über die Identität und politische Richtung der Putschisten gibt es keine authentischen Informationen, es scheint sich aber um einen Putschversuch fortschrittlicher Kräfte gehandelt zu haben. Bei einem Rechtsputsch hätte der Reaktionär Sasad sicher keine 1.500 sudanesische Soldaten zur Niederschlagung der Kämpfe aus Ägypten einfliegen lassen („NZZ", 7.7.76). Numeiri selbst hätte in diesem Fall alle propagandistischen Trümpfe in der Hand gehabt und nicht, wie geschehen, die Identität der Rebellen ängstlich geheimgehalten (abgesehen von seinen Söldner-Märchen). Nicht zuletzt scheint auch die Tatsache, daß dieser Putsch Libyen in die Schuhe geschoben werden sollte, darauf hinzudeuten, daß linke Kräfte am Werk gewesen sind. Libyen selbst bildet in der Palästinenserfrage eine fortschrittliche Achse mit Algerien und dem Irak. Es ist in den reaktionären arabischen Staaten zur lieben Gewohnheit geworden, Erhebungen von Teilen der unterdrückten Völker als das Werk Libyens zu bezeichnen, so geschehen in Tunesien, in Ägypten und jetzt auch im Sudan. Die libysche Regierung hat jede Beteiligung an dem Putsch scharf zurückgewiesen, *„es sei üblich geworden, Libyen die Verantwortung für jeden Volksaufstand anzulasten, statt bei den betroffenen Regierungen nach den Gründen zu suchen"* („NZZ", 7.7.76).

Numeiri, der anfänglich die Beteiligung eigener „abtrünniger" Truppenteile zugegeben hatte (vergl. „NZZ", 7.7.76), schaltete dann auf „ausländische Söldner" um: *„Die sudanesische Regierung hat unumstößliche Beweise, die zeigen, daß Libyen rund 1.000 Söldner ausgebildet und ausgerüstet hat und ihnen in dem Versuch, die rechtmäßige Regierung dieses Landes zu stürzen, Transportmöglichkeiten zur Verfügung gestellt hat"* („FR", 6.7.76). Die ägyptische Luftwaffe will libysche Lastwagen auf dem Weg zur sudanesischen Grenze fotografiert haben. Was im „Guardian" (6.7.) noch zwei Lastwagen und vier Landrover gewesen waren, wurden in „Frankfurter Rundschau" zu zehn (!) Lastwagen und vier Geländewagen (6.7.76). – Der Gerüchtekreisel dreht sich munter fort...

Um seiner Komödie einen ernsthaften Anstrich zu verleihen, rief Numeiri seinen Botschafter aus Libyen ab und forderte eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats wegen des angeblichen Eingreifens Libyens.

Streiks und Proteste

Bereits im Oktober und November 1974 hatte Numeiri von Putschplänen innerhalb des Offizierskorps gesprochen, eine Gruppe „Freier Offiziere" verteilte Flugblätter gegen das Regime. Anfang 1975 kam es zu



Nach dem gescheiterten Putschversuch in der Hauptstadt Sudans

Streiks und Demonstrationen wegen der gestiegenen Preise. Die Universität und die Oberschulen, wo die Linken traditionell einen gewissen Einfluß hatten, wurden zeitweise geschlossen. Im September '75 kam es zu einem Putschversuch des Oberleutnants Osman, der in einer Rundfunkerklärung Numeiri vorwarf, den Sudan in einen *„Polizeistaat"* verwandelt zu haben und der die Freilassung aller politischen Gefangenen forderte. Nach diesem Putsch kam es dann erneut zur Schließung der Universität von Khartum und zum Erlaß zusätzlicher Notstandsgesetze, *„um die Macht der Sicherheitsorgane weiter auszudehnen"* („NZZ", 13.11.75).

Bereits bei diesem Putschversuch hängte Numeiri Libyen an, daß es *„den Putschversuch finanziert habe"* („NZZ", 10.9.75).

Afrika-Kommission

Mauritius – neuer Sitz der OAU

Fest in imperialistischer Hand

Nach Idi Amin hat jetzt der Regierungschef von Mauritius, Ramgoolam, den Vorsitz der OAU für das folgende Jahr übernommen. Aus diesem Anlaß wollen wir im folgenden einen Überblick über die politischen und wirtschaftliche Strukturen von Mauritius geben.

Im Grunde ist der OAU-Vorsitz vom Ramgoolam eine schallende Ohrfeige für jeden Antiimperialisten in Afrika. Kaum ein anderes Land der OAU hat derart enge wirtschaftliche Beziehungen zum Rassistenregime in Südafrika. Es ist das e i n z i g e Land, das Touristen aus Südafrika aufnimmt (ein Fünftel aller Touristen von Mauritius!), das bis in die letzte Woche südafrikanischen Flugzeugen das Überfliegen seines Territoiums erlaubte und Landerechte einräumte. Die südafrikanische „Sun-Gruppe" tätigt erhebliche Investionen im aufblühenden Touristengeschäft der Insel im Indischen Ozean. Auch der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel erst in der letzten Woche verdeutlich, wo die politischen Interessen der herrschenden Klasse in Mauritius liegen. So ist es nicht verwunderlich, daß der Regierungschef nichts vom bewaffneten Freiheitskampf in Afrika hält, er will *„durch diplomatischen Druck"* die schwarze Mehrheit in Zimbabwe „an die Macht bringen" („Times", 30.6.76), d.h. vom Kampf um die Befreiung abhalten. Mauritius gehört immer noch dem Commonwealth an, die englische „Queen" ist daher das eigentliche Staatsoberhaupt ...

Großgrundbesitz und Repression

Die politischen Zustände auf der Insel selbst entsprechen der reaktionären Außenpolitik (die auch nicht dadurch aufpoliert werden kann, daß Mauritius die MPLA relativ früh anerkannte). Seit 1971 herrscht auf Mauritius der Ausnahmezustand, er wurde seither kontinuierlich alle sechs Monate verlängert. Ramgoolam regiert mit Notverordnungen, die Presse wird zensiert (soll angeblich gelockert worden sein), politische Versammlungen und Streiks waren lange Zeit verboten. Die Ursache für diese Zwangsmaßnahmen lag in der Empörung der Bevölkerung gegen die armseligen Lebensbedingungen im Jahr 1971. Streiks der Dockarbeiter und im öffentlichen Dienst, Straßenschlachten und die Ermordung eines Funktionärs der linken MMM (Militante Bewegung von Mauritius) ließen die trügerische neokolonialistische parlamentarische Ruhe rasch zusammenbrechen. Der militante Widerstand der Bevölkerung und der Verlust eines „todsicheren" Wahlbezirks bei Nachwahlen an die MMM veranlaßten Ramgoolam, die fälligen Neuwahlen bis auf den heutigen Tag auszusetzen. So hat es auf Mauritius seit der Unabhängigkeit von England im Jahre 1968 (nach ca. 150 -jähriger Kolonialzeit) keine Wahlen mehr gegeben.

Die Engländer hatten recht geschickt ein langfristiges Konzept der neokolonialistischen Entwicklung für Mauritius entwickelt. Das etappenweise Heranziehen von ursprünglichen Oppositionsparteien (z.B. der 1937 nach britischem Vorbild gegründeten „Labour Party") in die Regierungsgeschäfte hat die unterdrückte Bevölkerung lange Zeit der politischen Alternative beraubt, während es den Korruptionsprozeß der neuen einheimischen Eliten rasch vorantrieb. Ramgoolam ist seit 1948 Führer der dominierenden „Labour Party" und seit 15 Jahren (also bereits v o r der Unabhängigkeit) an der Macht („Times", s.o.). Eine „große Koalition" in Mauritius sorgt dafür, daß alle korrupten einheimischen Politiker optimal mit Pfründen versehen werden.

Ausgehalten werden diese „Politiker" von den Großgrundbesitzern der riesigen Zuckerrohrplantagen und den imperialistischen Konzernen, die die „billige Arbeitskraft" auf der Insel rücksichtslos ausbeuten. Zuckerrohr wird auf 94% des kultivierten Bodens angebaut, die Zuckerausfuhr beträgt ebenfalls 94% der gesamten Exporteinnahmen (Produkt der kolonialistischen Monokultur).

Die Hälfte der gesamten Zuckerernte (genau 55%) wird von 40 Großgrundbesitzern geerntet, die verbleibenden 45% der Ernte teilen sich 28.000 Kleinfarmer auf ...!! Die Arbeiter in den Zuckerrohrplantagen werden miserabel entlohnt, sie erhalten für die Schwerstarbeit in den Plantagen monatlich zwischen 75 und 150 Mark (Angaben nach „FAZ", 7.1.75 und „SZ", 7.7.76).

„... eine billige europäische Fabrik"

charakterisierte die „Times" (30. Juni 76) die Insel Mauritius. Die Insel hat über 80.000 Arbeitslose bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 900.000 Menschen. Sie sind froh, in den zahlreichen Textilfabriken einen Job zu bekommen, mit dem sie zumindest die nackte Existenz fristen können. Da es auf Mauritius so gut wie keine Analphabeten gibt, loben die imperialistischen Gazetten, von der „Times" bis zur „FAZ" die „anstelligen und billigen Arbeitskräfte": *„Die geschickten Hände und die Auffassungsgabe gerade der asiatischen Mauritier* (70% indischer Herkunft – die Red.) *sind nur einer der Beweggründe für die Verlegung arbeitsintensiver Fertigungen nach Mauritius. Ebenso bedeutend ist das unglaubliche Lohnniveau. Eine ungelernte Frau erhält etwa 1,50 Mark pro Tag, ein Buchhalter oder eine Sekretärin, die sowohl die französische Umgangssprache – wie die englische Amtssprache stenographieren kann, bekommt um die 360 Mark im Monat"* („FAZ", 11,12.72). Spielzeug, daß in Mauritius nur zusammengesetzt und danach in die BRD zurückbefördert wird, ist trotz der Luftfracht noch um 40% billiger als in der BRD hergestellte Ware.

Die Textilindustrie wird vor allem von Hongkong-Firmen beherrscht, die Lieferungen gehen fast vollständig in die EG, der Mauritius durch die Konvention von Lome (ein Wirtschaftsabkommen zwischen EG und einigen Dutzend Entwicklungsländern) verbunden ist. Die Gewinne, die die Konzerne dabei erzielen, sind für einen Zeitraum zwischen fünf und zwanzig Jahren steuerfrei auszuführen, obendrein gewährt das neokolonialistische Regime eine Zollfreiheit für Industriewaren und Rohstoffe, Sondertarife für Wasser und Elektrizittät sind im „Service" mit eingeschlossen.

Diese für die Imperialisten fast idealen Bedingungen haben zu einer Auslagerung von lohnintensiven Industrien nach Mauritius geführt.

So ist vor allem die Herstellung von Elektronik-Bauteilen (Frauenarbeit!) stark im kommen.

Flüchtlingselend

Diego Garcia, eine strategisch wichtige Insel im Indischen Ozean, gehörte früher ebenfalls zum mauritianischen Territorium, obwohl sie ca. 1.800 km von Mauritius entfernt liegt. Der Niedergang des britischen Kolonialreiches führte zur Wachablösung im Indischen Ozean. Die USA traten auf die Kommandobrücke und bauten Diego Garcia zu einem riesigen Stützpunkt aus, von dem aus die sowjetischen Industriezentren bequem mit Raketen bombardiert werden können.

Die britische Regierung zahlte ca. 25 Mio. DM an das neokolonialistische Regime für den Verlust der Hoheitsrechte, zuzüglich fünf Mio. Mark für die über 1.100 Flüchtlinge, die zwischen 1965 und 1973 die Chagos-Inseln verlassen mußten. Von diesem Geld haben die Flüchtlinge bis heute nicht einen Pfennig gesehen. Sie fristen ein armseliges Dasein als Ausgestoßene in den Slums von Port Louis auf Mauritius. Immer wieder werden sie durch Versprechungen der Regierung hingehalten. In den Baracken schlafen die Flüchtlinge teilweise mit sechs Menschen in einem Bett („Times", 30.6.76). Allein die Aussiedlung der über 1.100 Flüchtlinge war schon ein Gangsterstück des britischen Imperialismus, der die Ausweisung nach Mauritius damit begründete, die Bewohner der Chagos-Inseln wären Wanderarbeiter aus Mauritius – dies, obwohl die Menschen seit mehr als zwei Generationen auf den Chagos-Inseln lebten.

Die Opposition

Die bedeutendste Oppositionspartei in Mauritius ist die bereits erwähnte MMM, die von Paul Berenger, einem ehemaligen Studenten, der an den Pariser Mai-Kämpfen 1968 teilgenommen hatte, geführt wird. Die MMM behauptet von sich, 10.000 Mitglieder zu haben. Ihr Zentralorgan wurde erst im letzten Jahr wieder zugelassen. Die MMM scheint mehr ein politisches Sammelbecken verschiedener linker und linksbürgerlicher Strömungen zu sein. Nach der Repressionswelle des Streikjahres 1971 traten verschiedene ihrer Mitglieder den Regierungsparteien bei. Heute will Berenger für Mauritius einen „neutralen" Weg anstreben, das mit allen Länder „ausbalancierte" Beziehungen unterhält, nicht zuletzt mit den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und VR China (letztere baut auf Mauritius einen neuen Flughafen). Innenpolitisch fordert die MMM die elementaren bürgerlichen Freiheiten, vorrangige Bekämpfung der Inflation, Hebung des Lebensstandards und Bekämpfung der Krise.

„Obgleich die MMM die Republik proklamieren will, Diego Garcia zurückverlangt und eine Begrenzung des Profittransfers fordert, ist dies kaum eine revolutionäre Plattform. Als ob die Partei nicht die gehobenen und mittleren Schichten in Unruhe bringen will, schlägt die Partei die Nationalisierung von nur fünf Großgrundbesitzern und Mühlen in den *nächsten fünf Jahren vor"* („Times", 30.6.76). Berenger bezeichnet die MMM selbst als eine sowohl marxistische als auch eine anarchistische Partei. Der Pariser Mai läßt grüßen ..

Nichtsdestoweniger scheint die MMM gerade unter den verelendeten Jugendlichen (60% der Einwohner sind unter 25 Jahre alt) eine gewisse Basis zu haben. Traditionellen Einfluß hat sie bei den Dockarbeitern und im öffentlichen Dienst. Während die neokolonialistischen Parteien speziell nach der jeweiligen Rasse ausgerichtet sind (Asiaten, Kreolen etc.) hat die MMM Mitglieder und Anhänger bei allen auf Mauritius vertretenen Bevölkerungsgruppen. Es ist diese Zusammenfassung der verschiedenen Rassen in Richtung einer mehr oder weniger anti-imperialistischen Politik, die im offenen Gesatz zur traditionellen „Teile und herrsche" Politik der Kolonialisten und ihrer Nachlaßverwalter steht und die diese veranlaßt hat, bis ins Jahr 1975 die Erwähnung des Namens Berenger in den Zeitungen zu verbieten und auf die Abhaltung von Wahlen verfassungwidrig zu verzichten.

Mittlerweile hat sich von der MMM eine Gruppe mit der Begründung abgespalten, die MMM würde die US-amerikanische Hegemonie mit der sowjetischen vertauschen wollen (Mouvement Militant Mauricien Social Progressiste). Diese Gruppe hat den einzigen Sitz der MMM im Parlament bei der Spaltung mitübernommen, den diese bei Nachwahlen erobert hatte.

Man kann sich leicht ausmalen, was diese Gruppe zu der Tatsache sagt, daß die „nach allen Seite offene" mauritianische Regierung den Kriegsschiffen der UdSSR (ebenso wie denen der Imperialisten) Bunkerrechte auf Port Louis gewährt ...!

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Seychellen sind „unabhängig"

Wechsel der Flaggen

Am 28. 6. wurden die Sychellen von den britischen Imperialisten in die „Unabhängigkeit" entlassen. Das Ende der 182jährigen Herrschaft über die ca. 70.000köpfige Bevölkerung, die auf 92 Inseln verteilt lebt, ist seit langem sorgfältig vorbereitet worden, um den Übergang zur neokolonialen Nutzung möglichst reibungslos vollziehen zu können. 1970 erhielt die Inselgruppe eine Teilautonomie von Großbritannien, Chiefminister wurde der Führer der konservativen „Demokratischen Partei", James Mancham.



James Mancham, Staatsoberhaupt der in die „Unabhängigkeit" entlassenen Seychellen

1975 bildete er zusammen mit Albert Rene von der „Vereinigten Volkspartei" (PUP) eine Regierungskoalition, die auch jetzt nach Ausrufung der „Republik" fortbesteht.

Zu den Zielen der neuen Republik erklärte James Mancham, er wolle *„auf die Bildung eigener Verteidigungsstreitkräfte verzichten, jede Ausgabe für militärische Zwecke wäre Verschwendung. Die Seychellen werden im britischen Commonwealth verbleiben und seien entschlossen zum Beitritt in die OAU. Der neue Staat werde eine Politik der Blockfreiheit betreiben und wende sich gegen Versuche der Supermächte die Vorherrschaft im Indischen Ozean zu erringen. Diplomatische Beziehungen zu Israel und Südafrika werden abgelehnt."* (lt. „Süddeutsche Zeitung", („SZ"), 30. 6. 76).

Doch diese Aussagen müssen als reines Geschwätz gewertet werden, (u. a. um problemlos in die OAU aufgenommen zu werden), solange nicht einige Tatsachen aus der Inselwelt geschaffen werden, die die enge Verbindung mit dem britischen und US-amerikanischen Kapital, sowie mit dem faschistischen Vorster-Regime nur allzu deutlich machen.

So wurden die drei Inseln Aldabra, Farquhar und Desroches, die 1965 von Großbritannien den USA zu militärischen Zwecken auf 50 Jahre vermietet wurden, jetzt unter die Hoheit der Republik Seychellen gestellt, ohne daß über eine Räumung militärischer Einrichtungen der USA etwas verlautete. Im Gegenteil wurde den USA sogar ausdrücklich gestattet auf der Hauptinsel Mahe, mit der Hauptstadt Victoria, ihre Radareinrichtung zur Überwachung des Flug- und Satellitenverkehrs beizubehalten („SZ", 30.6.76).



Der „Kampf gegen die beiden Supermächte" reduziert sich also auch bei Mr. James Mancham auf die Unterstützung der einen Supermacht der USA.

Und der Hinweis, mit dem Vorster-Regime der Republik Südafrika (RSA) keine diplomatischen Beziehungen aufnehmen zu wollen, ist lediglich der Versuch, angesichts der stärker werdenden Forderungen innerhalb der OAU-Staaten nach umfassendem Wirtschaftsboykott gegen die RSA, darüber hinweg zu täuschen, daß die RSA zu den wichtigsten Handelspartnern für die auf den Seychellen angebauten entscheidenden Exportgüter, Kopra und Zimtrinde, gehört.

Die innenpolitischen Vorstellungen des Mr. James Mancham, setzten den bisher eingeschlagenen Weg fort, der zu einer weiteren Versklavung und Verelendung der Bevölkerung führen wird.

Der schon unter den Briten forcierte Ausbau der Touristikindustrie, die innerhalb von fünf Jahren eine Steigerung der Touristen von 3.000 auf 35.000 erzielen konnte und fette Profite für die zumeist britischen Kapitalgeber abwarf, soll weiter ausgebaut werden. Schon heute hat die ausschließliche Orientierung auf Tourismus die Bevölkerung verelenden lassen. Ohne nennenswerte Industrie sind heute nur noch 30% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, so daß der Import von Grundnahrungsmitteln ständig vergrößert werden muß, um die Versorgung einigermaßen zu gewährleisten. Hinzu kommt eine hohe Arbeitslosigkeit bei gewaltigen Preissteigerungen bis zu 80 % (1976).

1974 lagen die Preissteigerungen bei „nur" 31 % („Nachrichten für Außenhandel", 1.3.76 und „SZ" 30.6.76).

Die Pläne der Marionetten-Regierung der Seychellen gipfeln in dem Ziel, eine „kleine Schweiz" zu errichten, dazu soll in Mahe *„ein internationales Bankzentrum mit freiem Geldfluß"*, sowie *„die Schaffung eines Heimatlandes für sogenannte Billigflaggenreedereien"* in Angriff genommen werden („FAZ", 17. 12. 75). Die Seychellen als Heimat für das internationale Parasitenpack, das ist das Programm des Mr. James Mancham, der dann mit Seinesgleichen wohl die Rolle der „Made im Speck" spielen will. Für das Volk der Seychellen sollen dabei nur die Krümel vom Tisch der alten und neuen Herren bleiben.

Afrika-Kommission

Lybien: Prügelknabe in Nordafrika

Mit der Verhaftung und Ausweisung des libyschen Diplomaten Milod El-Sedik aus Kairo hat die ägyptische Regierung eine erneute Provokation gegen Libyen gestartet. El-Sedik wurde vorgeworfen, eine Verschwörung zum Sturz des ägyptischen Präsidenten Sadat geplant zu haben, „aufrührerische" Flugblätter verteilt und zu einem Ägypter Kontakt aufgenommen zu haben, um eine Untergrundorganisation in Ägypten aufzubauen.

Der Außenminister Libyens bezeichnete die Ausweisung als ausgemachte Sache *„bestimmter ägyptischer Dienste, die keine Annäherung zwischen Ägypten und Libyen sehen wollen"* („El Moudjahid", 2.7.76).

Er beschuldigte den ägyptischen Sicherheitsdienst, einen seiner Beschäftigten mit alten Flugblättern zum Generalstaatsanwalt geschickt zu haben, um El-Sedik anzuzeigen. Beweis dafür sei die *„Tatsache, daß die Presse die ganze Sache bekanntgab, bevor die betroffenen Stellen, entsprechend den diplomatischen Gepflogenheiten, informiert worden waren"* („El Moudjahid", 2.7.76).

Schon im März wurden 20 Libyer unter dem Verdacht verhaftet, Mordanschläge gegen den Präsidenten Sadat und Entführungen von hohen Politikern geplant zu haben. Libyen reagierte mit der Ausweisung einiger Tausend Ägypter.

Im Mai wurden in Kairo drei Mitglieder eines *„von Libyen beeinflußten Spionageringes"* festgenommen, die angeblich den libyschen Major und ehemaligen Planungsminister Meheichi ermorden wollten, der seit 1975 im Exil in Ägypten lebt. Meheichi wird von Ghadafi beschuldigt, Informationen über libysche Streitkräfte und aus dem Ministerium für Planung und wissenschaftliche Forschung an einen darauf spezialisierten ägyptischen Sender zu liefern. Meheichi hatte über den ägyptischen Rundfunk seine Landsleute zum Sturz Ghadafis aufgerufen.

Ebenfalls im Mai wurde ein libysches Auto in Kairo beschossen, laut der libyschen Nachrichtenagentur ARNA Teil eines Planes der ägyptischen Sicherheitsbehörden, Libyer in Ägypten zu provozieren (ARNA, 19.5.76).

Diese ständigen Provokationen von Seiten Ägyptens sind als Versuche zu sehen, Libyen zu isolieren und als ständigen „Provokateur" hinzustellen, weil Libyen als eines der wenigen arabischen Länder die Palästinenser – und besonders die Ablehnungsfront – in ihrem Kampf für ein befreites Palästina unterstützt und Ägypten wegen seiner kapitulationistischen Politik gegenüber Israel kritisiert. Dazu sagte Ghadafi: *„Ich glaube, daß es die Pflicht Ägyptens ist, alle seine Bemühungen auf die Befreiung seiner Territorien zu richten und nicht gegen seine Brüder, die auf solche Weise mit ihm kämpften... Letztlich sind die Gründe, die die Meinungsverschiedenheiten zwischen Libyen und Ägypten hervorriefen, trotz allem Gründe, die logischerweise Anerkennung und Lob für die libysche Führung und nicht Flüche und Angriffe verdienen, weil wir aus nationalen Gründen unterschiedlicher Meinung waren, so z.B. wegen der Ablehnung der Besetzung von Territorien, der Ablehnung einer Kapitulation gegenüber dem Feind, der Ablehnung einer Erniedrigung Ägyptens, der Ablehnung der Pläne, seine Armee einer Niederlage auszusetzen und dann wegen der Ablehnung jeder Aufgabe der Rechte der Araber Palästinas oder irgendeines anderen Landes."* („Monitor-Dienst", 28.5.76).

Nahost-Kommission



Sie haben aus Soweto gelernt – Demonstranten in der RSA

RSA

Die Kämpfe gehen weiter

Obwohl die RSA-Faschisten im „Sprachenstreit" Teilzugeständnisse machen mußten, – die Schulen können jetzt selber entscheiden, in welcher Sprache unterrichtet wird –, gehen die Kämpfe der schwarzen Mehrheit gegen die Rassisten weiter.

So wurden in der letzten Woche wieder Gaststätten weißer Besitzer und Verwaltungsgebäude niedergebrannt („FR", 6.7.76).

Da die RSA-Regierung über die Auseinandersetzungen totale Nachrichtensperre verhängt hat, ist anzunehmen, daß nur ein Bruchteil der Ereignisse auch im Ausland bekannt wird.

Es wäre sicherlich verkehrt, heute von organisierten Massenkämpfen in der RSA zu sprechen, richtig ist jedoch, daß die Massen aus den Kämpfen von Soweto gelernt haben.

Aus dieser Sicht war Soweto nur ein Anfang.

Afrika Kommission

RSA

Faschisten verstärken Rassentrennung

Die weißen Faschisten haben sich einen neuen Plan ausgedacht, wie sie die Rassentrennung in der RSA noch „besser" praktizieren können.

So sollen ab April 1977 vor der Hauptstadt Pretoria neue Elendslager gebaut werden. Das Ziel:

„Alle Farbigen, die nicht in Dienstleistungsberufen in Hotels, Krankenhäusern, Altersheimen oder Appartmenthäusern arbeiten, bei Nacht aus der Stadt zu entfernen. Das gilt auch für Hausangestellte, die bisher bei ihren weißen Arbeitgebern leben."
(„FR", 8.7.76)

Dieses widerliche Beispiel zeigt, daß die Rassisten nicht gewillt sind, auch nur einen Millimeter von ihrer Politik abzuweichen.

Es bleibt zu hoffen, daß dieses weiße Rassistengesindel bald nicht nur aus der RSA, sondern von der Welt verschwindet!

Afrika-Kommission

Angola

Urteile im Söldner-Prozeß

Ende Juni fällte das revolutionäre Volksgericht in Luanda nach einem mehr als einwöchigen Prozeß (wir berichteten ausführlich darüber im letzten AK) seine Urteile.

Sie lauteten: Todesurteile für Costas Georgiou („Callan"), schuldig an der Ermordung von mindestens zwei Angolanern und dreizehn weißen Söldnern, für den Iren McKenzie, ebenfalls beteiligt an der Ermordung der dreizehn Söldner, für den Engländer Barker, der in hoher Funktion eine Gruppe Söldner auf einem Flugplatz im Norden Angolas kommandierte, und die Todesstrafe für den US-Amerikaner Geahart, der sich selbst in US-Zeitschriften als Söldner angeboten hatte und Kontakt zum südafrikanischen Södnerverein „Wildgänse" aufgenommen hatte. Die anderen Angeklagten wurden zu hohen Freiheitsstrafen zwischen 30 und 16 Jahren verurteilt.

Nach der Verlesung der Urteile sagte der Vorsitzende des Gerichts: *„Für Afrika bilden die Söldner eine Gefahr für die Menschen, die Kinder und die Sicherheit der Staaten. Sie brachten Furcht, Schande und Haß nach Angola"* („Guardian", 4. 7. 76).

Alle Angeklagten wurden für schuldig befunden, an Plünderungen, Sprengungen, Diebstahl, Vergewaltigung und ungerechtfertigten Erschießungen beteiligt gewesen zu sein: *„Sie hinterließen eine Spur toter mißhandelter Körper, mit herausgeschnittenen Mägen, eine Orgie der Schande"* („Times", 29. 6. 76).

„Sie waren eine Meute von Kriegshunden mit blutigen Mäulern, um die Revolution eines Volkes zu vernichten" (ebenda).

Der Richter griff besonders scharf die Unterstützung der US-amerikanischen und britischen Regierungen für die Söldner an, die Komplicen in ihrem Vorhaben wären, *„Privatarmeen"* aufzubauen, um revolutionäre schwarzafrikanische Regierungen zu vernichten. Die Söldner bezeichnete er als *„Instrumente in diesem großen Orchester"*.

Der CIA wurde für schuldig erklärt, das Söldner-Anwerbeprogramm finanziert zu haben. Ebenso hätte das FBI *„präzise Informationen über diesen Umgang mit Prostituierten des Krieges gehabt, aber nichts getan, um ihn zu verhindern"*. Die Söldnerarmee sei Teil *„des neuen Kostüms der Außenpolitik Kissingers nach Vietnam gewesen, der nur die Farbe der Uniformen gewechselt hätte"* (alle Zitate nach „New York Times", 29. 6. 76).

Gnadengesuche der imperialistischen Regierungen

Nach dem Bekanntwerden der Urteile, versuchten die Komplicen der Söldner, diese mit Gnadenapellen vor dem Tod durch Erschießen zu bewahren. Sowohl der englische Premier, wie auch die „Queen" und das amerikanische Außenministerium baten den Präsidenten Neto, die Urteile nicht zu vollstrecken. Die Entscheidung über die Vollstreckung liegt nun bei dem angolanischen Präsidenten Neto, bzw. den politischen Leitungsorganen der MPLA.

Diese „Gnadengesuche" können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die imperialistischen Regierungen jederzeit wieder zu den gleichen Mitteln greifen würden. Allein die Bewertung der Urteile spricht eine deutliche Sprache. Das amerikanische Außenministerium erklärte, das Todesurteil gegen Geahard befände *„sich nicht in Übereinstimmung mit den internationalen Gesetzen"*. Ebenso der englische Staatssekretär im Außenministerium, der meinte, es gäbe kein internationales Gesetz, das Söldner als Kriminelle einstufe ..!

Und ohne je von einem Gericht verurteilt worden zu sein, kann in England weiterhin der Söldner-Werber Banks prahlen: *„Die Rhodesische Leichte Infanterie hat eine Tötungsrate von 10 zu 1. Unsere Jungs töteten in Angola über 1.000 Feinde – nach den aktuellen Zählungen – und es sind höchstens 50 unserer Leute getötet worden. Das ist eine Tötungsrate von 20 zu 1"* (nach „Guardian", 4. 7. 76).

Afrika-Kommission

Namibia

Prozeß gegen SWAPO-Mitglieder wird neu inszeniert

Die Todesurteile gegen vier SWAPO-Mitglieder werden wahrscheinlich aufgehoben.

Der Grund: *„schwerwiegende Unregelmäßigkeiten während des ersten Verfahrens"*.

Wir hatten bereits im AK 81 über den Prozeß berichtet (irrtümlich gingen wir damals davon aus, daß schon zwei Todesurteile vollstreckt worden waren). Den SWAPO-Mitgliedern lich, wenn sich die weißen Faschisten aufgrund von „Unregelmäßigkeiten" zu einem neuen, „fairen" Prozeß bringen ließen.

Daß dieser neue Prozeß aufgenommen wird, wird daher ausschließlich das Ergebnis der verstärkten Kämpfe in Namibia selbst sein.

Sicherlich haben auch die starken Proteste aus dem Ausland ihren Teil dazu beigetragen.



Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude

Zimbabwe

Zimbabwe

Faschistischer Alltag eines Söldners

Ein englischer Söldner, der von der rhodesischen Armee abhauen konnte, hat jetzt erstmals ein Interview gegeben. (Diese Tatsache beweist einmal mehr, daß die Rassisten aus aller Welt Söldner anwerben.)

So berichtet dieser Gangster, daß das Hauptziel der Armee darin besteht, Spitzel in die Widerstandsorganisationen einzuschleusen. Dieses gelingt ihnen auch des öfteren. So hatte ein Agent in einer Widerstandsgruppe *„so viel Vertrauen gewinnen können, daß er mit wichtigen Kurieraufgaben betraut wurde."*

Ein von dem Söldner geschildertes Massaker ging schließlich auf das Konto dieses Agenten:

– Die rhodesischen Killer umstellten ein Dorf, von dem sie erfahren hatten, daß dort eine Einheit der Freiheitskämpfer ankommen würde. Als diese Einheit eintraf, wurde *„schweres Feuer mit Raketen, Maschinengewehren und Automatikgewehren auf das Dorf gegeben."* Der Offizier befahl *„die ganze Pestbande auszurotten"*.

„.... wir gingen in das Dorf hinein. Ich sah überall Leichen liegen, überall gab es Blutlachen und Teile von auseinandergerissenen Körpern. Es gab auch Frauen und Kinder darunter. Ich sah, wie ein Soldat ein Baby vom Rücken einer Frau nahm ... er schleuderte es gegen einen Pfosten, so daß sein Kopf zertrümmert wurde ..." Der Söldner selber mußte nach dem Befehl: *„Jetzt schieß deine FN auf den Sausack leer"*, einen ca. 15-jährigen Dorfbewohner ermorden!

Nach dem Massaker teilten sich die Killer alle gefundenen Wertgegenstände. Dadurch „bessern" die Söldner ihren Lohn auf!

Dies kleine Beispiel – was sich in Zimbabwe tagtäglich ereignet – zeigt ganz klar, daß die weißen Faschisten nicht einen Augenblick daran denken, im Rahmen einer „Verhandlungslösung" abzutreten.

Es zeigt aber auch, daß die Söldner in der Tat nichts anderes verdient haben als die Todesstrafe. Auch in dieser Beziehung kann der Kampf des angolanischen Volkes unter Führung der MPLA zum Vorbild des Volkes von Zimbabwe werden!

(Nach „Extra-Dienst", 29.6.76)

Afrika-Kommission



Rhodesische Schlächter auf Menschenjagd

Großartige Unterstützung Nigerias für den Freiheitskampf in Zimbabwe

Nachdem Nigeria sich in der OAU bereits zum aktiven Vorkämpfer für die Aufnahme der MPLA gemacht hatte, gehören die nigerianischen Mitglieder im Befreiungskomitee der OAU wiederum zu einer Gruppe von Delegierten, die eine eindeutige Haltung der OAU zum zimbabwischen Befreiungskampf fordern: Auf einer Sitzung des Befreiungskomitees am 7. Juni in Dar-es-Salaam verlangten sie vom Komitee „die Veruteilung en bloc der gespaltenen Politiker des African National Council und die alleinige Anerkennung der ZIPA durch die OAU". (Die ZIPA ist die Volksarmee Zimbabwes, der Zusammenschluß der Kämpfer von ZANU und ZAPU). Nach einer hitzigen Debatte konnte sich das Komitee insgesamt allerdings lediglich zu einem weiteren Einheitsappell durchringen („Le Monde", 8.6.76).

Diese butterweiche Haltung konnte Nigeria jedoch nicht hindern, wenige Wochen später einen großartigen und eindeutigen Solidaritätsbeweis mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe zu liefern: Bei dem OAU-Gipfeltreffen auf der Insel Mauritius überreichte der Außenminister Nigerias, Brigadier Garba, Anfang Juli dem Außenminister Mosambiks, Chissano, einen Scheck über 250.000 Dollar für die Kämpfer der ZANU (Information des Londoner ZANU-Büros).

Afrika-Kommission

Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude

wurde im ersten Verfahren nicht ein Deut eines „strafbaren Vergehens" nachgewiesen, sondern sie wurden ausschließlich aufgrund ihrer Sympathisantentätigkeit für die SWAPO zum Tode verurteilt. Der Richter sprach im Urteil von *„einem Exempel, was statuiert werden müsse"!* (Zitate nach „Frankfurter Rundschau", 6.7.76)

Sicherlich ist anzunehmen, daß es im ersten Verfahren zu „Unregelmäßigkeiten" gekommen ist. Sie gehören zum faschistischen Alltag in Namibia.

Es wäre daher äußerst ungewöhn-

Nun will das Rassistenregime vorgaukeln, daß ein „fairer" Prozeß in Namibia doch möglich sein wird und daß man durchaus in der Lage sei, „Fehler zu korrigieren."

Einen „fairen" Prozeß wird es jedoch in Namibia so lange nicht geben, wie die Rassisten an der Macht sind. Ihn wird es erst dann geben, wenn die Rassisten selber auf der Anklagebank sitzen!

Afrika-Kommission

Zimbabwe

Neue Überfälle auf die VR Mosambik

Die faschistischen Truppen der weißen Rassisten aus Rhodesien überfallen immer frecher die VR Mosambik (siehe auch AK 83). So griffen sie in der letzten Juni-Woche wieder ein Dorf an und töteten 19 Dorfbewohner. Der Angiff richtete sich gegen ein selbstverwaltetes Transportunternehmen. Es wurde dabei festgestellt, daß aus der Gegend geflüchtete Großgrundbesitzer an dem Überfall beteiligt waren. Die Rassisten setzten auch wieder Hubschrauber und Kampfflugzeuge ein.

Am selben Tag führten die Rassisten einen Angriff auf ein anderes Dorf in Mosambik durch . Diesmal konnten sie jedoch geschlagen werden. 29 Söldner wurden erschossen!

Diese frechen faschistischen Überfälle zeigen wieder einmal, daß die Rassisten nicht davor zurückschrekken, einen Krieg vom Zaun zu brechen und somit Völkermord vorzubereiten!

Die VR Mosambik hat inzwischen erklärt, daß sie jeden Angriff der Rassisten erwidern werde. So zerstörten die Genossen bereits eine Ausgangsbasis der weißen Faschisten in der Nähe der Grenze! (Nach „Neues Deutschland", 1.7.76)

Auch im Inland haben die Rassisten jetzt mehr und mehr „zu tun".

- Erstmals hören wir jetzt von einem Streik von mehr als 2.500 Bergleuten. *„Der Ausstand hatte begonnen, als an einer Mauer auf dem Werksgelände ein Flugblatt angeschlagen wurde, in dem es hieß, die Kumpel riskierten ihr Leben, wenn sie in die Grube einführen."* Es werden dementsprechend bessere Sicherheitsvorkehrungen verlangt (in der Mine starben 1972 bei einer Explosion mehr als 430 Arbeiter) und ebenfalls höhere Löhne (nach „SZ", 26.6.76).

Wie es scheint, sind auch die schwarzen Arbeiter in den Industriezentren nicht länger gewillt, die faschistische Herrschaft widerstandslos hinzunehmen.

Dieser Streik kann daher ein hoffnungsvoller Auftakt im Kampf des schwarzen Proletriats sein, g e m e i n s a m mit dem bewaffneten Widerstand die Rassisten zu vertreiben.

Afrika-Kommission

Klassenkämpfe in Äthiopien



Das Symbol der EPRP (Revolutionäre Partei der äthiopischen Völker)

Nach den Unruhen und Massenkämpfen in Äthiopien im Februar 1974 übernahm die heute noch herrschende faschistische Militärjunta die Macht und zerschlug die Errungenschaften der Massen.

Die Junta, die mit brutaler Unterdrückung gegen das Volk vorgeht, versucht auf der anderen Seite mit kleinen Reformversprechungen und demagogischem Gerede vom „äthiopischen Sozialismus" den Widerstand des Volkes zu spalten.

Der nachfolgende Artikel ist von Genossen der ÄSU (Äthiopische Studenten-Union) aus Westberlin für den AK geschrieben worden. Es ist dies der aktuelle Teil einer umfassenderen Darstellung der Entwicklung der Klassen- und Volkskämpfe in Äthiopien seit 1974, die wir aus allgemeinem Platzmangel jedoch nicht vollständig nachdrucken konnten. Der vorliegende „Ausschnitt" wurde von uns (aus dem englischen) übersetzt, leicht gekürzt und stilistisch bearbeitet. Die ÄSU-Genossen unterstützen Politik und Praxis der EPRP (Revolutionäre Partei der äthiopischen Völker), die ihrerseits freundschaftliche und brüderliche Beziehungen zur eritreischen Befreiungsbewegung EPLF hält und die – nach dreijähriger illegaler Arbeit – erstmals massiv und öffentlich mit Beginn des revolutionären Aufschwungs Februar 1974 an die äthiopische Öffentlichkeit getreten ist und seitdem den Kämpfen der Arbeiter, Bauern, Studenten etc. eine gesamtpolitische Führung und Stoßrichtung gibt. Wir werden uns auch künftig mit der Politik der EPRP in unserer Presse beschäftigen und in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung „die Internationale" voraussichtlich das Programm dieser revolutionären Partei abdrucken.

Afrika-Kommission

te ihrer Arbeit nicht. Gegenwärtig sind die Kämpfe der Arbeiter unter den Forderungen zusammengefaßt: Garantie demokratischer Rechte ohne Einschränkungen, Verkündung eines neuen Arbeitsrechts, das das Streikrecht der Arbeiter garantiert, soziale Sicherheit durch einen festgesetzten Minimallohn, Organisierung, Ausrüstung, Bewaffnung (gegen die faschistischen Banden der Großgrundbesitzer) und Freiheit der Bauern etc.

Aber allen ihren Forderungen wird mit striktem Widerstand begegnet. Der 1. Mai 1976 zeigte erneut deutlich die wahre Natur der faschistischen Militärjunta. Einige der getragenen Parolen waren *„Provisorische Volksregierung"*, *„Unsere Partei ist die EPRP"* (die EPRP ist die Revolutionäre Äthiopische Volkspartei), *„Organisationsfreiheit für Studenten und für Studenten, die auf dem Land arbeiten"* etc. Angesichts der revolutionären Entschlossenheit der Arbeiter schoß die Militärjunta auf sie und tötete Arbeiter in Akaki, Awasj, Addis Abeba, Dire, Dawa, Jimma usw., verhaftete ihre Führer, ließ ihre militanten Mitglieder durch die Sicherheitskräfte quälen und schritt schließlich zu konkreten gegen die Arbeiter gerichteten Aktionen, wie die Auflösung der Konföderation der Äthiopischen Arbeitsunion (CELU) und die Verkündung von arbeiterfeindlichen „Arbeitsgesetzen" etc.

Die Arbeiter unterwarfen sich der faschistischen Herrschaft und der imperialistischen Ausbeutung nicht, im Gegenteil, sie kämpfen weiter, mit allen legalen und illegalen Mitteln. Ein Ergebnis dieses Kampfes ist die Erfahrung im illegalen Kampf. EPRP, die Äthiopische Revolutionäre Arbeiterunion (EWRU), die Äthiopische Frauenorganisation (EWO), um nur einige zu nennen, sind Früchte des Volkskampfes.

US-Imperialismus fest an der Seite der äthiopischen Faschisten

Die Interessen des US-Imperialismus sind unberührt – die Ausbeutung und die Verbindungen zu den Militärs sind vielmehr intensiviert worden. Ausländische Unternehmen werden mit dem Versprechen breiter und angemessener Profite eingeladen. Das beiderseitige Militärabkommen, das noch von Haile Selassie und der amerikanischen Regierung unterzeichnet wurde, ist noch in Kraft. Außer dem KAGNEW Stützpunkt in Asmara plant die Junta, den USA eine neue Militärbasis in Gode (Ogaden) zu geben, in einem Gebiet nahe der äthiopisch-somalischen Grenze unter der falschen

E. W. Mulchay, amtierender beigeordneter Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten sagte: *„Die USA haben traditionell freundschaftliche und für beide Seiten gewinnbringende Beziehungen mit Äthiopien unterhalten und sie haben dort bedeutende Interessen, einschließlich der KAGNEW (Basis in Asmara) . . . Zugang zu den äthiopischen Flugplätzen und -posten und dem potentiellen Markt von 26 Mio. Menschen. Wir glauben, daß diese lange Beziehung es wert ist, erhalten zu bleiben."*

Der Imperialismus spielt noch eine weitere Rolle bei der Organisierung und Bewaffnung der verhaßten und berüchtigten Feudalisten. Die Feudalisten, die Mengesha Seyoum und Asfa Wosen etc., die nicht in der Lage waren, dem revolutionären Massenaufschwung im Februar 74 zu begegnen, flüchteten aus dem Land und organisierten sich mit Hilfe der Imperialisten und gewisser reaktionärer arabischer Regierungen unter dem Namen der sogenannten Äthiopischen Demokratischen Union (EDU). Diese berüchtigten Feudalisten versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und führen einen anti-revolutionären Kampf, um an die Macht zurückzukehren. Ihr erstes Angriffsziel ist nicht die Militärjunta, sondern die armen Bauern, die durch ihre eigene Initiative das Land besetzten und die Feudalisten entwaffneten, sowie die auf dem Land arbeitenden Studenten, die die Bauern in revolutionären Bauernkomitees organisierten. Die Banditen massakrierten die armen Bauern und verbrannten die Studenten bei lebendigem Leib. Zu ihrem Vorteil und in ihrem Interesse arbeitet die Junta mit den Reaktionären der EDU zusammen, indem sie ebenfalls die Revolutionäre ermordet (Bale, Bitchena, Arrussi, Chercher etc.) und verhaftet, die demokratischen Rechte der Menschen außer Kraft setzt, sich weigert, die Bauern gegen die Überfälle der von den Feudalisten ausgehaltenen Banditen auszurüsten.

Der Widerstand wächst

Die nationalen Bewegungen entwickelten sich schwungvoll an allen Ecken des Landes. In Tigre, Bale und Afar führen sie einen erbarmungslosen Kampf gegen die Junta.

Der Kampf des eritreischen Volkes für seine Unabhängigkeit bereitet der Junta weitere Kopfschmerzen. Als die Junta nicht in der Lage war, den bewaffneten Kampf in Eritrea mit ihrem ganzen faschistischen, völkermordenden Krieg zu „unterdrücken", plante sie ein weiteres faschistisches Manöver, um das eri-



Mai-Demo in Äthiopien. Im Vordergund das Zeichen des revolutionären Gewerkschaftsbundes des CELU,
Transparent: „Wir kämpfen für einen wirklichen Sozialismus!"



Demonstration in Äthiopien. Transparent Aufschriften:
1. „EPRP ist die Partei der breiten Massen"
2. „Arbeiter der Welt – vereinigt"
3. „Nieder mit der bürokratischen Bourgeoisie!"
4, „Wir kämpfen für unsere grundlegenden demokratischen Rechte!"

der Untergrundzeitung der geheimen äthiopischen Frauenorganisation (EWO) eröffnete ein neues Kapitel im verschärften und organisierten Kampf der äthiopischen Frau gegen die faschistische Junta und gegen die Unterdrückung . . . .

Die Frauen der EWO geben eine Zeitung heraus, die DIRIB TAGAYWA (wörtlich „Doppelter" oder „Zweifacher Kämpfer") heißt.

Die armen Bauern und Studenten führten den Kampf gegen die Gesetze der Junta, gegen die Repression und das Einverständnis der Regierung mit

intensiviert. Verschiedene revolutionäre Untergrundorganisationen tauchen auf. Bauern organisieren sich selbst in revolutionären Komitees, Frauen in ihren geheimen autonomen Organisationen etc.

All dies bestätigt die Entschlossenheit des Volkes, die Revolution zu ihrem logischen Ende zu führen und ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Trotz der lächerlichen Behauptung der Junta, *„Äthiopien befinde sich inmitten des sozialistischen Aufbaus"* , trotz der unzähligen Proklamationen, trotz dem

Afrika-Kommission

Die faschistische Junta in Äthiopien hat von Anfang an besonderen Wert auf die Liquidierung oder zumindest Kontrolle der unabhängigen Organisationen der Arbeiter gelegt. Zu diesem Zweck sind die früheren Reaktionäre weiterhin in hohen Positionen („progressive Administratoren") im vom Staat kontrollierten Sektor der Wirtschaft. Der nationalisierte Sektor der Wirtschaft wird quasi unorganisiert und ungeplant geführt. Es gibt keine Kontrolle der Verteilung. Das wirtschaftliche Chaos ist an der Tagesordnung. Daher kommen auch die politischen Krisen und die Instabilität in der Junta.

Die Arbeiter besitzen die Produk-

Gebiet nahe der äthiopisch-somalischen Grenze unter der falschen „Rechtfertigung", *„der Präsenz der Sowjetunion in Somalia zu begegnen"*. Schwere militärische Ausrüstung wird aus den USA und Westdeutschland eingeschifft, und Israel nimmt teil an der Ausbildung der Polizei und besonders der „Anti-Terror"-Soldaten. Neuerdings beginnen die USA, die gesamte Armee für 300 Mio Dollar umzurüsten. In der „Los Angeles Times" vom 19. Januar 1976 hieß es dazu: *„Die USA haben sich entschlossen, der 40.000 Mann starken äthiopischen Armee bei der Modernisierung zu helfen, da sie glauben, daß eine effektivere äthiopische Armee ein Schutz gegen den sowjetischen Einfluß in . . . Somalia ist"*. Dies stellte Jack Foisie fest. Und

drücken", plante sie ein weiteres faschistisches Manöver, um das eritreische Volk in Fesseln zu legen und auszurotten, indem sie äthiopische Bauern mit außergewöhnlichen Versprechungen von Land und Eigentum in Eritrea zu einem „Feldzug" gegen Eritrea aufrief und lauthals eine bevorstehende arabische Invasion Äthiopiens beschwor.

Dank der beständigen Agitationsanstrengungen und der Bloßstellung des faschistischen Plans der Junta durch EPRP, EWRU und andere fortschrittliche Organisationen und Menschen, zogen die meisten Bauern sich zurück, verweigerten eine Teilnahme am geplanten „Feldzug" und begegneten dem Plan mit striktem Widerstand.

Die Verteilung der ersten Ausgabe

der Junta, gegen die Repression und das Einverständnis der Regierung mit dem Wüten der feudalen Banditen.. .

Die Bauern verhafteten schließlich selbst bekannte Reaktionäre, die Waffen sammelten (einschließlich in Polizeistationen, die die Banditen unterstützten). Die Armee intervenierte mit Gewalt und versuchte, die Waffen und Besitztümer der Bandieten zu retten und verhaftete die Bauern, die an der Enteignung teilgenommen hatten.

So haben die armen Bauern keine andere Wahl, als sowohl die Feudalisten, als auch ihre Helfershelfer in der Junta zu bekämpfen.

Dank der EPRP, die klar die Führung der im Februar 74 begonnenen neudemokratischen Revolution übernommen hat, wird der Klassenkampf

stischen Aufbaus" , trotz der unzähligen Proklamationen, trotz dem Ruf nach „Einheitsfront" aller Progressiven (um selbst an der Macht zu bleiben) etc., bewegt sich die Junta durch ihre eigenen, gegen die Interessen des Volkes gerichteten Aktionen, immer näher auf ihr Grab zu. Die gegenwärtige Situation macht den Kampf gegen die Junta und für die Errichtung einer provisorischen Volksregierung zum aktuellen Hauptkampf der unterdrückten äthiopischen Massen.

Nieder mit Feudalismus, Imperialismus und Faschismus
Ruhm der EPRP
Die Massen von Äthiopien und Eritrea werden triumphieren

Genossen der ÄSU, Westberlin

Unabhängigkeit Djiboutis erneut gefährdet

Anfang Juni führte die französische Regierung in Paris mehrtägige getrennte Verhandlungen mit Repräsentanten der drei von Frankreich anerkannten politischen Gruppierungen Djiboutis. Dabei handelt es sich 1. um Vertreter der Nationalen Union für die Unabhängigkeit (UNI) eine 1975 gegründete Partei zur Unterstützung des gegenwärtigen Präsidenten des Regierungsrats Djiboutis, Ali Aref, der bisher eindeutig als Marionette Frankreichs agierte und somit für die brutale Unterdrückung des Volkes von Djibouti mitverantwortlich ist, 2. um Vertreter der sogenannten legalen, parlamentarischen Opposition, die bisher über 18 der 38 Stimmen im Regierungsrat verfügte und 3. um Vertreter der Afrikanischen Volksliga für die Unabhängigkeit (LPAI), die über keinen Sitz im Regierungsrat verfügt, da sie bis vor kurzem lediglich einen halblegalen Status innehatte, aufgrund ihrer wachsenden Anhängerschaft aber neuerdings als Verhandlungspartner von Frankreich akzeptiert wurde. Nicht vertreten war die Befreiungsfront der Somaliaküste (FLCS), die einen militanten Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft führt, von Somalia unterstützt wird und bisher über relativ gute Kontakte zur LPAI verfügte. Ebenfalls ausgeschlossen blieb die Befreiungsbewegung von Djibouti (MLD). Ihr Ausschluß von den Verhandlungen war vom Befreiungskomitee der OAU ausdrücklich bedauert worden.

Bemerkenswert ist, daß noch vor wenigen Wochen die LPAI als Voraussetzung für ihre Teilnahme an den Pariser Verhandlungen den Rücktritt Arefs gefordert, sowie auf der Teilnahme der FLCS bestanden hatte (siehe AK 79). Beide Forderungen sind nicht erfüllt worden!

Konkretes Ergebnis der Verhandlungen war die Unterzeichnung einer Erklärung durch alle drei vertretenen Gruppierungen, nach der sie sich *„um die Verwirklichung einer realen Unabhängigkeit bemühen"*, *„Kooperationsabkommen zwischen dem neuen Staat und Frankreich begünstigen"* und sich um *„die Bildung einer dauerhaften Einheitsregierung"* bemühen wollen („Le Monde", 10. 6. 76).

Ein festes Datum für die Gewährung der Unabhängigkeit ist nicht gesetzt worden, die FLCS und MLD tauchten in der Deklaration überhaupt nicht auf! Interessant ist vor allem der zweite Punkt bezüglich der „Kooperationsabkommen" mit Frankreich, womit zweifellos nichts anderes gemeint ist, als die weitere militärische Präsenz Frankreichs in Djibouti. Auch dagegen hatte sich die LPAI bisher energisch ausgesprochen.

Angesichts dieser für Frankreich außerordentlich günstigen Entwicklung wurde Ali Aref, der die Erklärung selbst nicht unterzeichnete, kurzerhand fallengelassen. Nachdem Frankreich ihm noch vor wenigen Monaten Waffen gegen seine wachsende Zahl von Feinden angeboten hatte, heißt es in „Le Monde" am 9. 6.: *„Nach ‚offiziellen Quellen' wird Ali Aref jetzt, mit beweiskräftigen Details über den Zustand seiner Bankkonten, als 'gefährlicher Geschäftemacher, der sich an die Macht klammert' dargestellt. Die französischen Repräsentanten* (bei den Verhandlungen in Paris, Anm.) *beglückwünschen sich zur Verständigkeit der Führer der LPAI, die gestern noch im Gefängnis gesessen haben. Sie* (die Franzosen, Anm.) *geben jetzt zu, daß der um Djibouti gelegte Stacheldrahtring ‚nicht nur skandalös sondern zwecklos' ist"*.

Nachdem Aref sich trotz derart heftigen Drucks von seiten Frankreichs freiwillig nicht zum Rücktritt bereiterklärte, wechselte einer seiner bisherigen ‚Anhänger' im Regierungsrat, Mitglied der UNI, zur Opposition, ein zweiter erklärte, er werde an keiner politischen Abstimmung mehr teilnehmen. Aref, der sich somit nur noch auf eine Minderheit im Regierungsrat stützen kann, erklärte daraufhin seine Bereitschaft zum Rücktritt.

Dies ist wahrlich nicht zu bedauern, allerdings bleibt zu befürchten, daß die künftige „Regierung der nationalen Einheit" (mit vielleicht etwas liberalerem Anstrich) in seine Fußstapfen tritt. Immerhin wurde bekannt, daß an der Basis der LPAI vor allem die Jugend die kooperative Haltung der Führung heftig kritisiert.

Afrika-Kommission

Guinea: „Wenn du kannst, dann lehre, wenn du nichts kannst, dann lerne"

Unter dieser Parole gehen in der Republik Guinea derzeit 9.000 Studenten aufs Land, um das Analphabetentum zu beseitigen. Die Anzahl der Sprachen, die in der Republik gesprochen werden, sollen von 24 auf acht reduziert werden, von denen jeder der 4,5 Millionen eine in Wort und Schrift beherrschen soll.

Die Universitäten sind wegen dieser Kampagne für zehn Monate geschlossen worden.

Die 9.000 arbeiten in 434 Brigaden und sollen in diesem Sommer neben ihrer Lehrtätigkeit auf 50.000 Hektar Nutzfläche 100.000 Tonnen dabei ernten.

Diese Kampagne reiht sich ein in eine Reihe fortschrittlicher Maßnahmen , die seit dem Unabhängigkeitstag 24.9.1973 durchgeführt wurden – weiter so!

Afrika-Kommission

OAU-Konferenz auf Mauritius:

Keine Anerkennung der F. POLISARIO

Nach viertägiger Dauer ist am 6.7.76 in Port Louis auf der Insel Mauritius die 13. OAU-Konferenz beendet worden. Ihr ging eine vorbereitende Außenministerkonferenz voraus.

Die wachsende Stärke des afrikanischen Befreiungskampfes hat sich z.T. auch auf das „diplomatische Parkett" der OAU ausgewirkt, was vor allem in den Resolutionen zum südlichen Afrika seinen Ausdruck fand.

Auf der anderen Seite wurde aber auch auf dieser Konferenz wieder sehr deutlich, daß die Mehrheit der OAU-Staaten stark vom Imperialismus abhängig ist und in den verbalen Proklamationen zur Unterstützung des Befreiungskampfes nur den Erfolgen der Befreiungskämpfer Rechnung trägt, d.h. sich auf deren Seite erst nach derem Sieg bzw. wenn dieser sich bereits deutlich abzeichnet, schlägt. Eine eigenständige fortschrittliche Rolle vermag die OAU aufgrund der in ihr herrschenden Kräftverhältnisse noch nicht zu spielen. Gerade dort, wo sie mit dem Neokolonialismus in den eigenen Reihen konfrontiert ist, versucht die Mehrheit alles, um dem Befreiungskampf Steine in den Weg zu legen. Sehr deutlich wurde dies auf der 13. OAU-Konferenz am Verhalten gegenüber der F. POLISARIO!

Wie es politisch innerhalb der OAU ausschaut, wurde bereits an der Wahl des Tagungsort Mauritius und dem neuen Vorsitzenden Ramgoolam deutlich. Es gibt kaum ein Land in Afrika, was so eng mit dem Rassistenregime in Südafrika (RSA) verbunden ist und dies so offen zur Schau trägt. (Siehe Artikel in diesem ARBEITERKAMPF) Ihre neokolonialistische Haltung drückt die Regierung von Mauritius in ihrer ursprünglichen Weigerung aus, eine Delegation der F. POLISARIO auf die Insel einreisen zu lassen. Erst auf massiven Druck Algeriens wurde diese provokative Entscheidung rückgängig gemacht. Wir wollen im folgenden über einige der Schwerpunkte der 13. OAU-Konferenz berichten.

Westsahara

Vor der OAU-Konferenz hatte der Befreiungsausschuß der OAU die Empfehlung ausgesprochen, die F. POLISARIO in ihrem Kampf gegen die Annexion der Westsahara durch Marokko und Mauretanien zu unterstützen. Die VR Benin (vormals Dahomey) brachte nun beim OAU-Außenministertreffen einen von Algerien unterstützten Antrag ein, in dem der sofortige Abzug der *„fremden Besatzungstruppen"* („Times", 3.7.) aus der Westsahara gefordert wurde. Diese klare Verurteilung von Marokko und Mauretanien hätte zu-

alle afrikanischen Länder mit Ausnahme von Lesotho, Swaziland, Botswana und Mosambik aufgefordert, jedwede Beziehungen zur RSA abzubrechen. Bei den genannten Ländern wurde berücksichtigt, daß ihre derzeitigen wirtschaftlichen Beziehungen zur RSA einen sofortigen Abbruch ohne Schaden für die eigene Wirtschaft nicht zulassen. Eine Resolution Guineas, den Befreiungskampf mit direkter militärischer OAU-Beteiligung nach Südafrika auszuweiten, konnte keine Mehrheit finden, er wurde „nach bewährtem Muster" an einen Ausschuß überwiesen ... Eine Mehrheit fand sich nur für die vergleichsweise unverbindlichere Resolution, die für das Gebiet der RSA erstmalig den *„Beginn eines bewaffneten Kampfes zur Übernahme der Macht durch das Volk"* forderte, damit sich die Massaker von Soweto nicht wiederholen können (nach „FAZ", 6.7.). Dabei wolle die OAU die Befreiungsbewegungen *„größtmöglichst"* unterstützen.

Weitere Resolutionen sehen den Boykott internationaler Konzerne vor, die mit der RSA Handel treiben. Gegen Frankreich soll zumindest ein teilweiser Boykott verhängt werden, ein totaler Boykott hätte kurzfristig zu schweren Schädigungen vor allem der ehemaligen französischen Kolonien geführt (nach „Guardian", 28.6.).

Nun hat es Boykottbeschlüsse in ähnlicher Art gegen die RSA schon zu Dutzenden gegeben und es sieht nicht so aus, als hätten die geforderten Maßnahmen Aussicht auf größeren Erfolg als frühere. Die VR Benin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß mehr als ein Drittel aller OAU-Staaten wirtschaftliche Beziehungen zur RSA unterhält, darunter befinden sich Mauritius, Malawi, Senegal, Elfenbeinküste, Gabun, Liberia, Sambia, Botswana, Lesotho, Swaziland, Zaire, Zentralafrikanische Republik! Um in Zukunft wenigstens die Staaten zu erfassen, die die OAU-Beschlüsse ignorieren, soll auf Empfehlung von Guinea-Conakry der OAU-Generalsekretär eine Liste der betreffenden Staaten verfassen (nach „Neue Zürcher Zeitung", 3.7.). Nun muß sich wohl der Generalsekretär aus Mauritius ganz oben an die Spitze der Liste setzen....

Mosambik, das durch die Schließung seiner Grenzen zum rassistischen Smith-Regime in Salisbury im ersten Jahr einen Verlust von 210 Mio. Dollar erlitten hat, wird durch einen noch von der OAU zu errichtenden Spezialfond einen teilweisen Ausgleich für seine Verluste erhalten (allein 5.000 Hafen- und Eisenbahnarbeiter sind durch die Isolierung des Rassistenregimes in Mosambik ar-

des OAU-Außenminister-Vorbereitungstreffens erneut, daß es die Unabhängigkeit des Territoriums anerkennen werde, sobald sich ein souveräner Staat gegründet hat. Diese Erklärung wurde gemeinsam mit der halblegalen LPAI von Djibouti verfaßt, die an einer Übergangsregierung beteiligt ist (siehe Artikel in diesem AK). Der Außenminister der äthiopischen Militärdiktatur antwortete mit einem diplomatischen Manöver darauf und stellte die Forderung auf, daß alle OAU-Staaten sowie Äthiopien und Somalia im besonderen, „Garantien für eine friedliche Lösung" des Entkolonialisierungsprozesses abgeben sollen. Somalia hat dies abgelehnt. Denn dies würde die Unabhängigkeit Djiboutis von der Politik der *„Beschützer"* abhängig machen und somit in unzulässiger Weise *„herabwürdigen"* (nach „Int. Herald Trib.", 30.6. und 1.7.). Die äthiopische Erklärung negierte zudem den bewaffneten Aspekt bei der Befreiung Djiboutis und hätte somit dem französischen Imperialismus das letzte Wort überlassen.

Komoren

Aus dieser Inselgruppe hat Frankreich eine Insel (Mayotte) herausgelöst und sich mittels einer „Volksabstimmung" bestätigen lassen, daß die Bevölkerung bei Frankreich bleiben will. Der Ausbau eines riesigen imperialistischen Marine-Stützpunktes ist auf Mayotte geplant. Natürlich ist die Präsenz des französischen Imperialismus auf dieser zwischen Mosambik und Madagaskar gelegenen Insel eine ständige Bedrohung der antiimperialistischen Staaten in dieser Region. Eine OAU-Kommission hat nun einen Bericht vorgelegt, der die Maßnahmen entlarvt, mit denen Frankreich sich die Bevölkerung der Insel gefügig machen möchte. Die 3.000 französischen Soldaten sind angehalten worden, mit Zwang die Frauen der einheimischen Bevölkerung zu heiraten, um die demographische Struktur zugunsten der Franzosen zu ändern! Anwohner, die gegen die weitere Anwesenheit des französischen Imperialismus protestieren, werden von der Insel vertrieben. Um ökonomischen Druck auf die Zentralregierung der Komoren auszuüben, hat Frankreich ab sofort alle Wirtschaftsprogramme eingestellt, die auf den Komoren angelaufen waren. Zu Recht wurden diese Maßnahmen in dem OAU-Bericht als „Wirtschaftssabotage" bezeichnet („Times", 30.6. und „Int. Herald Trib.", 30.6.).

Angola

Geschlossen verurteilten die OAU-

OAU-Präsident Amin unterstützt syrische Intervention im Libanon

Eine in der westlichen bürgerlichen Presse kaum publizierte Meldung zeigt, daß der ugandische Staatspräsident sich einmal mehr in der Reihe der ausgemachten Reaktionäre in der ganzen Welt wiederfindet: nach einem viertägigen Staatsbesuch in Syrien erklärte er, die syrische Intervention im Libanon voll zu unterstützen („Times", 9.6.76). Angesichts dieser Tatsache wird auch die politische Rolle der OAU, deren Präsident Amin gegenwärtig ist, aufs Neue deutlich: nach ihren Statuten zwar eindeutig darauf festgelegt, die Befreiung der afrikanischen Völker und der unterdrückten Völker in der ganzen Welt zu unterstützen, überwiegen in der OAU jedoch gegenwärtig noch die Kräfte, die ein derart offenes Eintreten für die Mörder des palästinensischen Volkes unterstützen,oder zumindest zulassen.

Wesentlich breiteren Raum hat die bürgerliche Presse Meldungen über ein weiteres (angebliches?) Attentat auf Amin eingeräumt, dessen Konsequenz Massenverhaftungen und die Ermordung von mehreren tausend Menschen sein soll. Offen bleibt jedoch, ob dieses Attentat tatsächlich stattgefunden hat, oder ob es sich lediglich um eine Propaganda-Erfindung aus dem benachbarten Kenia handelt, dessen Regime mit Amin im Clinch wegen verschiedener gegenseitiger Gebietsansprüche liegt.

Tatsache ist, daß sich die Lebensbedingungen für das ugandische Volk immer mehr verschlechtern. Innerhalb eines Jahres hat der ugandische Shilling die Hälfte seines Werts verloren, was einer Inflationsrate von 50 % gleichkommt. Die Lebensmittelversorgung wird vor allem in den großen Städten immer kritischer, in der Hauptstadt Kampala gibt es z.B. kaum noch Mehl und Brot, Eier und Zucker werden nur noch auf dem „schwarzen Markt" gehandelt. Besonders kritisch ist auch die Benzinversorgung des Landes, weshalb Amin eine großangelegte Kampagne zur Benzineinsparung gestartet hat. So müssen neuerdings jegliche Truppentransporte zuvor vom „Verteidigungsrat", das heißt letztlich von Amin selber genehmigt werden. Diese Kontrolle ist ein Anzeichen dafür, daß sich Amin nicht unbedingt der vollen Unterstützung seiner Armee und Polizei sicher sein kann. Dies zeigen immer häufigere Meldungen über Ablösung und Verhaftung von Polizei- und Armeeoffizieren. Aus diesen Kreisen allerdings eine Verbesserung der Situation für das Volk von Uganda zu erwarten,wäre sicherlich illusionär.

Afrika-Kommission

Algerien: 98, 5 % für die neue Nationalcharta



Am 26. Juni stimmten 98,5% der Algerier für die neue Nationalcharta

3.7.) aus der Westsahara gefordert wurde. Diese klare Verurteilung von Marokko und Mauretanien hätte zumindest auf der diplomatischen Ebene einen großen Erfolg für die F. POLISARIO bedeutet, wird sie doch erst von sieben der 48 OAU-Staaten anerkannt. Marokko und Mauretanien, die vorher erfolglos eine „Verurteilung" von Algerien und der F. POLISARIO zynisch verlangt hatten (wegen Angriffe auf „ihr" Territorium!), „drohten" daraufhin mit Austritt aus der OAU, deren Charta sie ohnehin permanent verletzen, was schon lange den Ausschluß hätte nach sich ziehen müssen (nach „FAZ", 7.7.). Um diese „Drohung" besonders effektvoll zu gestalten, blieb Marokko von diesem Zeitpunkt der OAU-Konferenz fern. Wie auf ein verabredetes Zeichen sprangen daraufhin die Kompradoren des Niger und des Senegal in die Bresche. Sie verlangten eine Vertagung der Diskussion und die Einrichtung eines „Vermittlungsausschusses". Die Schmierenkomödie endete damit, daß die Entscheidung über das Selbstbestimmungsrecht des saharischen Volkes bis zur Einberufung eines „außerordentlichen Gipfeltreffens" vertag wurde ...! Die Aggressoren Marokko und Mauretanien hätten nicht besser wegkommen können.

Südliches Afrika

Der Block der antiimperialistischen Staaten mit den ehemaligen portugiesischen Kolonien sowie Tansania und Algerien an der Spitze versuchte, über die nur verbale Verurteilung des Rassistenregimes hinauszukommen und konkrete Aktionen gegen die RSA und Rhodesien zu beschließen. Unter diesem Gesichtspunkt war die Verpflichtung, das von der RSA geschaffene Zwangslager Transkei nicht anzuerkennen, ein wichtiger Schritt in diese Richtung. (Die Transkei ist ein von der RSA geschaffener Bantu-„Staat" auf dem Territorium der RSA und in seiner vollständigen Abhängigkeit.) Desweiteren wurden Ausgleich für seine Verluste erhalten (allein 5.000 Hafen- und Eisenbahnarbeiter sind durch die Isolierung des Rassistenregimes in Mosambik arbeitslos geworden) (nach „NZZ", 30.6.).

Auf der OAU-Konferenz konnte sich nicht der Vorschlag des OAU-Befreiungskomitees durchsetzen, die ZIPA, die Volksarmee von Zimbabwe (Zusammenschluß der ZANU- und ZAPU-Militanten auf militärischer Basis) als Vertreterin des Volkes anzuerkennen. Stattdessen wurden die abgehalfterten Vertreter und politischen „Führer" im gespaltenen zimbabwerischen ANC, Muzorewa und Nkomo, aufgefordert, sich zu „vereinigen". Es wirft ein bezeichnendes Bild auf die pro-imperialistische OAU-Mehrheit, daß einer so völlig diskreditierten Figur wie Nkomo überhaupt noch die Möglichkeit eingeräumt wird, sich mittels einer obskuren „Vereinigung" wieder ins Spiel zu bringen und dem Befreiungskampf zu schaden. Die reale Entwicklung des Befreiungskampfes in Zimbabwe ist jedoch über Nkomo und auch Muzorewa schon so weit hinweggeschritten, daß sie die Hilfsgelder der OAU für den Befreiungskampf gar nicht mehr in die Finger bekommen. Sie werden Mosambik zur Verwendung übergeben, das am Aufbau der ZIPA maßgeblich beteiligt ist und die Freiheitskämpfer auf seinem Gebiet ausbildet. Als Ausdruck des Vertrauens in die mosambikanischen Revolutionäre hat der nigerianische Generalstabschef dem mosambikanischen Außenminister einen Scheck über 250.000 Dollar für den Befreiungskampf in Zimbabwe übergeben. Dies stellt zugleich ein direktes Votum Nigerias für die ZIPA dar (nach „FAZ", 6.7. und „Times", 2.7.).

Djibouti

Somalia, das stets in besonders scharfer Weise die brutale Kolonialdiktatur Frankreichs in Djibouti angegriffen und den Befreiungskampf unterstützt hat, erklärte anläßlich

Angola

Geschlossen verurteilten die OAU-Staaten das Veto des US-Imperialismus gegen die Aufnahme der VR Angola in die UNO. Dieses Veto erfolgte fast zum selben Zeitpunkt wie die Zusagen der US-Regierung an Zaire, Äthiopien und Kenia in puncto umfangreicher Waffenlieferungen und des Treffens Kissingers mit Vorster in der BRD! Der Lack von Kissingers „neuer Afrikapolitik" ist rasch abgeblättert. Die VR China blieb der UNO-Abstimmung mit Hinweis auf die *„fortgesetzte bewaffnete Intervention des sowjetischen Imperialismus in Angola"* fern („Times" vom 7.7. und „NZZ" vom 26.6.).

Auf der 13. OAU-Konferenz haben die antiimperialistischen Staaten innerhalb der OAU sich zwar in den Abstimmungen in der Regel nicht durchsetzen können (Westsahara, Zimbabwe), jedoch haben sie durch ein konsequentes Vertreten ihrer Positionen klargestellt, wie der Befreiungskampf im Grunde unterstützt werden müßte und wer diese Unterstützung sabotiert oder abschwächt. Was die bürgerlichen Lumpenjournalisten als „Uneinigkeit" demagogisch bejubeln, ist in Wahrheit nichts anderes als ein deutliches Markieren der gegensätzlichen pro- und antiimperialistischen Positionen unter den afrikanischen Staaten, das letztlich mehr als jede trügerische „Einheit" dem Befreiungskampf nützt. Die offensive politische Diskussion des durch die unabhängigen portugiesischen Ex-Kolonien verstärkten antiimperialistischen Lagers macht es den Kompradoren in Afrika langfristig immer schwerer, ihre Betrugspolitik vor dem eigenen Volk zu legitimieren.

Die nächste OAU-Gipfelkonferenz wird im Juni 1977 in der Hauptstadt von Gabun, Libreville, stattfinden.

Afrika-Kommission

Am 26. Juni stimmten 98,5% der Algerier für die neue Nationalcharta

Am 26. Juni wurde in Algerien über die Nationalcharta abgestimmt, das politische Programm für die nächsten zehn Jahre und Grundlage für eine neue Verfassung.

Bei einer Wahlbeteiligung von 91% der sieben Millionen wahlberechtigten Algerier entschieden sich davon 98,5% für die Charta.

Die Charta war seit April in etwa 200.000 Versammlungen im ganzen Land diskutiert worden. Die Zeitung „El Moudjahid" druckte täglich einige Seiten Diskussionsbeiträge ab. Nach der Debatte hatte die Regierung noch Veränderungen vorgenommen: Der Islam wird als Staatsreligion bezeichnet; zivile Politiker haben Vorrang vor den Militärs; den Frauen und der Presse werden größere Freiheiten eingeräumt.

Die Diskussion um die Nationalcharta brachte eine große Massenmobilisierung mit sich, die sich vor allem gegen die Reaktion richtete, die in den letzten Monaten mit einer Reihe faschistischer Attentate aufgewartet hatte. Das eindeutige Ja zur Charta bedeutet eine Stärkung der Linie Boumediennes, wenn auch die geringere Zustimmung in den größeren Städten – in Algier betrug sie z.B. nur 69%, in den „sozialistischen Dörfern" lag sie dagegen bei 99 bis 100% – auf eine stärkere Opposition schließen läßt, deren politischen Charakter wir allerdings noch nicht einschätzen können.

Im nächsten AK werden wir uns ausführlicher mit der algerischen Entwicklung seit der Unabhängigkeit von Frankreich 1962 nach achtjährigem Befreiungskampf auseinandersetzen.

Nahost-Kommission

Libanon:
Blutige Abwehrschlacht gegen die Faschisten und die syrischen Invasoren



Am 12.Juni verletzten die faschistischen Verbände erstmals das wenige Tage zuvor von der Arabischen Liga beschworene „Waffenstillstandsabkommen" („Neues Deutschland" - „ND", 13./14.6.). Damit leiteten sie ihre Vernichtungsangriffe auf die palästinensischen Lager „Jisr-El-Bacha" und „Tell-Zaatar", das größte Flüchtlingslager Beiruts, ein. Beide Lager im Südosten Beiruts sind von Falangisten-Vierteln eingeschlossen und daher militärisch besonders verwundbar. (Vgl. Karte!).

Groß aufgemacht und seitenlang berichtete und kommentierte die bürgerliche Presse in ihrem üblichen Hetzstil die Flugzeugentführung nach Entebbe und widmete sich *„dem Schicksal der Geiseln"*. Meldungen über die grausamen Vernichtungsaktionen gegen die beiden Lager – allein in „Tell-Zaatar" leben 40.000 Flüchtlinge, darunter zahlreiche Frauen und Kinder („3.Welt-Maga- *wurde durch Raketenfeuer abgewiesen.*" („FR", 10.7.).

Den Faschisten und den syrischen Regierung geht es um die völlige Ausschaltung des palästinensischen Widerstandes und der libanesischen Linken. Selbst der tunesische Aussenminister Chatty – nie ein Freund der Palästinenser –, der zu dem dreiköpfigen Vermittlungsausschuß der Arabischen Liga in Libanon gehört erklärte seine Mission mit folgenden Worten für gescheitert: *„Die libanesische Rechte will die Palästinenser nicht länger im Libanon haben. Was sie will, ist der Abzug der Palästinenser – tot oder lebendig."* (nach „FR", 10.7.). Scheinheilig vermied Chatty natürlich jede Äußerung über die massive Unterstützung Syriens für die Falangisten.

Verschiebung des Kräfteverhältnisses

Über Dschunie wurden die Faschisten mit neuen Panzerfahrzeugen ausgerüstet, mit denen sie im Norden die Städte Chekka und Amioun eroberten und große Teile der Kura-Hochebene. Ein Palästinensersprecher erklärte, daß dabei *„die Rechtskräfte an der Seite syrischer Elitetruppen kämpften"* („NZZ", 10.7.). Aber auch sonst beschränkte sich die syrische Unterstützung nicht auf die Blockade der fortschrittlichen Kräfte und die Bindung mehrerer Bataillone im Norden: Syrische Verbände kämpften gegen „Tell-Zaatar" Seite an Seite mit Chamouns Faschisten: So meldete die „FAZ" am 2.7., daß *„syrische Truppen und christliche Milizen nach Frontberichten nur noch wenige hundert Meter vor dem umkämpften lager stehen."* Offiziell verhandelte zu diesem Zeitpunkt Syrien mit den Falangisten, der Arabischen Liga und der libanesisch-palästinensischen Linken über die Art seines Rückzuges! Als palästinensische Kommandos gegen den Belagerungsring von außen vorgingen, wurden sie von syrischer Artillerie beschossen („FR", 3.7.). Nahe liegt, daß sich Syrien auch an dem brutalen Beschuß der Lager mit Brandbomben etc. beteiligte. Wenige Tage später zerschossen syrische Verbände die für die Linken strategisch wichtige Raffinerie in Sidon, z.Zt. ihr einziger Treibstofflieferant („NZZ", 8.7.; „FR", 8.7.). Damit die fortschrittlichen Kräfte keine Verstärkung für den Verteidigungskampf auf der Kura-Hochebene holten, bombardierten syrische Verbände mit Artillerie und Panzern die südlichen Vororte von Tripolis („FR", 8.7.).

Damit entlarvt sich, daß hinter dem verlogenen Geschwätz Assads und der bürgerlichen Presse, das „Eingreifen" Syriens in Libanon sei [...] führt wurden, in ihrer Gesamtheit – abgesehen von besonders gedrillten „Eliteverbänden" – kaum die palästinensische und libanesische Linke zu liquidieren wäre. Immerhin ist der vorherige Versuch Syriens, den Widerstand mittels der syrisch geführten PLA (Palästinensische Befreiungsarmee) und Al-Saika-Miliz aufzureiben, gescheitert: *„Im Dschungel des Bürgerkrieges zerfielen die PLA-Brigaden und schlugen sich zum Teil, wie mehrere Einheiten der Saika, auf die Seite der Palästinenser Arafats."* („SZ", 10./11.7.). Einen ähnlichen Zerfall hatte vorher die libanesische Armee erlebt, deren wesentlicher Teil als fortschrittliche „Libanesische Arabische Armee" (LAA) zu den fortschrittlichen Kräften stieß!

Verschiedene Quellen berichten vom Auseinanderbrechen der vom rechten Flügel der Baath-Partei beherrschten „Nationalen Fortschrittlichen Front" Syriens, die die Regierung stellt und in der linke Baathisten, Revisionisten und Nasseristen bisher ein Schattendasein führten („NZZ", 7.7. u. „Extra-Dienst", 6.7.). Zweifellos begünstigt der Kurswechsel Syriens ins Lager des Imperialismus, der sich über die syrisch-jordanische Annäherung, die *„Drosselung der panarabischen Propaganda gegen die konservativen Ölförderstaaten"* („NZZ", 7.7.) und jetzt das Eingreifen in Libanon vollzog, bei dem stark antiimperialistischen Bewußtsein der syrischen Massen die Linkskräfte. So wurden mehrere hundert syrischer Soldaten und Offiziere verhaftet, als sie gegen den syrischen Einmarsch protestierten (vgl. AK 82).

Die Arabische Liga – untätig

Einmarsch gehindert („FAZ", 2.7. u. „NZZ", 3.7.).

Als einzige Stellung räumen die syrischen Truppen jetzt den Beiruter Flughafen, um den sich die „Friedenstruppe" sammelt: Der Flughafen wird kurze Zeit eröffnet und von faschistischen Verbänden unter Beschuß genommen. Seitdem ist er geschlossen und die „Friedenstruppe" wacht darüber, daß die fortschrittlichen Kräfte über diesen einzigen Nachschubweg keine Hilfe erhalten.

Die „Friedenstruppe" soll keineswegs eine Waffenstillstand erzwingen:

„Bei den Friedenstruppen handelt es sich nur um leicht bewaffnete Verbände, die einen bestehenden Waffenstillstand absichern könnten, wenn die Kampfparteien gewillt wären, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Doch besteht kein Waffenstillstand, und die Kampfparteien beschießen einander mit viel schwereren Waffen, als sie den Friedenstruppen zur Verfügung stehen. Um einen Waffenstillstand aufzuzwingen, bedürften die Friedenstruppen der Hilfe der syrischen Armee ..." Und an anderer Stelle: *„Vielmehr sind die Kämpfe ... nach dem Eintreffen des ersten Kontingents der Friedenstruppe ... in der Hauptstadt heftiger denn je im Gange."* („NZZ", 3.7.).

Der ägyptische Kommandeur, General Hassan, erklärte, *„seine Soldaten würden sich nicht in Kämpfe verwickeln lassen, um die Gegner zu trennen. Vielmehr sei geplant, das Zustandekommen eines Waffenstillstandes abzuwarten."* („FR", 3.7.). Allerdings erhoben die faschistischen Verbände den Vorwurf, zahlreiche libysche Soldaten seien in die Reihen des Widerstandes eingezogen („FR", 10.7.).

Angesichts dieser Fakten zeigt

tionen gegen die beiden Lager – allein in „Tell-Zaatar" leben 40.000 Flüchtlinge, darunter zahlreiche Frauen und Kinder („3.Welt-Magazin", 1/2 1976, S.46) – tauchten allenfalls unter „ferner liefen" auf. Lapidar heißt es da z.B. in einer Randnotiz der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" („FAZ") vom 8.7.: „*Krankenhaussprecher und Sicherheitsorgane schätzten am Mittwoch* (dem 7.7. - AK) , *daß an den beiden vorangegangenen Tagen ... 500 Menschen umgekommen sind. Der seit 15 Monaten andauernde Bürgerkrieg hat bisher über 30.000 Todesopfer gefordert.*" Aus einzelnen Angaben über Zahlen von Todesopfern ergibt sich, daß in den zwei Wochen vom 22.6., dem direkten Angriff auf die Lager, bis zum 7.7. allein ca. 4.000 Menschen getötet wurden: Am 15.6. meldet „ND" ca. 26.000 Tote insgesamt seit Ausbruch der Kämpfe; mindestens 70 Tote kostet der erste Bruch des „Waffenstillstands" („ND", 15.6.); dann 24 Tote („ND", 17.6.); dem ersten direkten Angriff auf die Lager fallen 47 Menschen zum Opfer („ND", 23.6.); am nächsten Tag sind es weitere 150 allein in „Tell-Zaatar" („ND", 24.6.). Anschließend schnellen die Zahlen ungeheuer in die Höhe – auf 30.000 Opfer insgesamt bis zum 7.7. („FAZ", s.o.). Verantwortlich ist dafür der massive Artilleriebeschuß der Lager, u.a. durch syrische Brandbomben, und der anschließende Angriff mit ca. 100 Panzern („Neue Zürcher Zeitung" - „NZZ", 3.7. und „FR", 3.7.).

Mit ungeheurer Brutalität gehen die faschistischen Verbände und Syrer gegen die Bevölkerung vor: Im Norden des Landes schleiften sie – angeblich vorher getötete – Widerstandskämpfer hinter ihren Jeeps her und fuhren durch die Dörfer („FR", 8.7.). Nach der Einnahme der Stadt Amioun trieben die Falangisten 57 Menschen, darunter Frauen und Kinder, vor dem Rathaus zusammen und ermordeten sie durch Maschinengewehrsalven („Süddeutsche Zeitung" - „SZ", 10/11.7.). Über „Tell-Zaatar" berichtete dpa-Korrespondent Krause: „*Seit Monaten von Christen-Kämpfern total blockiert, ist inzwischen Tell-Zaatar mit Bomben, Raketen, Phosphorgranaten und Flammenwerfern zu einer gigantischen Schutthalde geworden. Was darunter an Toten und Verwundeten liegt, wird nach Tausenden geschätzt. Der zweimalige Versuch einer internationalen Rote-Kreuz-Kolonne, Verwundete abzutransportieren, Lebensmittel, Wasser und Milch für Frauen und Kinder zu liefern,*

Verschiebung des Kräfteverhältnisses

Der massive syrische Überfall auf Libanon hat das militärische Kräfteverhältnis zuungunsten der Linken umschlagen lassen: „*Die christliche Seite, die vor dem Eingreifen der syrischen Truppen deutlich die schwächere war, scheint nun etwas überlegen zu sein. Dies hat sehr wahrscheinlich damit zu tun, daß die Syrer die muslimischen Teile Libanons einer strikten Blockade unterzogen haben. Sie lassen keine Waffen nach Libanon ein, während für die Christen der Hafen von Jounie offen bleibt. Auch die Präsenz der syrischen Truppen in den östlichen Teilen Libanons dürfte zur Schwächung der muslimischen Linksgruppen und der Palästinenser beitragen, weil sie Einheiten bindet.*" („NZZ", 3.7.).

Acht bis neun Bataillone (ca. 4.000 Kämpfer!) der palästinensischen und libanesischen Linken wurden durch die syrische Anwesenheit im Osten des Landes festgehalten, die sonst zur Entlastung der Lager hätten eingreifen können („FR", 5.7.). Während die fortschrittlichen Kräfte durch syrische Truppen von dem Nachschub abgeschnitten wurden, rüstete der Imperialismus die Falangisten ungehindert über den Hafen Dschunie (Jounie) nördlich von Beirut aus. Wahrscheinlich kommen die Hauptmengen über den angeblich britischen Stützpunkt Akrotiri auf Zypern – in Wirklichkeit nach Enthüllungen griechischer Journalisten ein getarnter US-Stützpunkt (vgl. AK 83, S.27). Auch Israel liefert, was allerdings nur durch folgende Panne aufgedeckt wurde: Die ersten faschistischen Angriffe auf die Flüchtlingslager wurden von der Privatarmee Chamouns, des derzeitigen Innen- und Außenministers, getragen, im Verbund mit der faschistischen Organisation „Wächter der Zedern", während zu diesem Zeitpunkt die Falange-Faschisten unter der Führung Gemayels noch mit der Arabischen Liga, Syrien und Teilen der libanesischen und palästinensischen Linken verhandelten. Bei diesen Verhandlungen erklärte Gemayel, Israel habe ihm wie Chamoun „*Hilfe angeboten*". Während er abgelehnt (??) habe, habe Chamoun die „Hilfe" angenommen („FR", 5.7.). Damit haben die Faschisten selbst zugegeben, daß sie auch vom Zionismus unterstützt werden. (Chamoun ist übrigens derselbe, der 1958 als Präsident die US-Truppen zum Eingreifen in Libanon aufforderte).

Damit entlarvt sich, daß hinter dem verlogenen Geschwätz Assads und der bürgerlichen Presse, das „Eingreifen" Syriens in Libanon sei im Interesse des Friedens erfolgt, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen usw. usw. der Versuch der Liquidierung der libanesischen fortschrittlichen Kräfte und des palästinensischen Widerstandes steht. Z.B. zögerte der syrische Außenminister Khaddam seinen Besuch der 2. Konferenz der arabischen Außenminister über Libanon um einen Tag hinaus, um vorher die Erstürmung der Lager zu ermöglichen, bevor die Arabische Liga abermals zur Waffenruhe aufrief – die die Faschisten und Syrien vorerst nicht haben wollen („NZZ", 3.7.).

Nicht ganz so offen wie im „schwarzen September" 1970 Jordanien hat damit Syrien diese Rolle in Libanon übernommen. Der syrische Rückzug aus den vordersten Kampflinien, die von den faschistischen Verbänden übernommen werden, ist für Syrien insofern vorteilhaft, als daß mit den eigenen Truppen, die jahrelang mit antiimperialistischer und antizionistischer Demagogie ge-

ten (vgl. AK 82).

Die Arabische Liga – untätig

Nach dem syrischen Einmarsch entfaltete die Arabische Liga fieberhafte Aktivität auf diplomatischer Ebene. Zunächst kündigte Riad, ihr Generalsekretär, die Ersetzung der syrischen „Friedenstruppe" durch 6.000 – 10.000 Mann arabischer Verbände an („ND", 15.6.). Am 12.6. trafen sich die arabischen Stabschefs („ND", 13./14.6.). Kurz darauf bilaterale Gespräche: Riad mit Expräsident Frangie; Libyens Ministerpräsident Salam mit Sarkis, dem neuen Präsident; Arafat wünscht eine Beteiligung Ägyptens und des Iraks an der arabischen „Friedensstreitmacht" („ND", 16.6.). Daraufhin kündigt Syrien den Rückzug seiner Truppen aus Beirut, Saida und Tripolis an („ND", 17,6,), bleibt aber in den alten Stellungen („ND", 21.6.). Schließlich treffen die ersten „Friedensschützer" ein: Je ein syrisches (!!) und libysches Battaillon von 400 Mann. 1.300 Soldaten aus Saudiarabien und dem Sudan wurden sogar noch zunächst von Syrien am

libysche Soldaten seien in die Reihen des Widerstandes eingezogen („FR", 10.7.).

Angesichts dieser Fakten zeigt sich, daß die reaktionären arabischen Regimes, die in der Arabischen Liga gegenüber den Verteidigern des palästinsischen Widerstandes wie Libyen, Irak und Algerien eine Mehrheit haben, dem Treiben der Syrer und faschistischen libanesischen Verbände wohlwollend gesonnen sind und die Show der arabischen „Friedenstruppe" nur veranstalten, um die eigenen Massen über diese Politik zu täuschen! Eine besonders widerwärtige Haltung nimmt dabei Sadat ein: Während er einerseits dem ägyptischen Oberkommandierenden äußerste Zurückhaltung auflegte und sich sogar für den Einmarsch französischer Verbände, der alten Kolonialmacht des Libanon aussprach („ND", 21.6.), hinderte ihn dies andererseits nicht, mit lauten Worten den syrischen Einmarsch zu verurteilen. Sadat begleicht damit seine alte Rechnung mit Syrien, das ihn nach seinem Separatfrieden mit Israel – ohne vertragliche Regelung der syrischen Positionen um die Golanhöhen – als „imperialistenhörig" verurteilte und versucht so, sein schlechtes Ansehen beim palästinensischen Widerstand aufzubessern.

Trotz des großen militärischen Übergewichtes haben die faschistischen Verbände und ihre syrischen Helfer bisher nur geringe Bodengewinne erzielt. Mit verzweifeltem Mut wehren sich unsere palästinensischen Genossen nach dem Fall von „Jisr-El-Bacha" im Lager „Tell-Zaatar", dessen angebliche Eroberung seit Anfang Juli von den faschistischen Verbänden täglich gemeldet wird und bisher immer noch nicht erreicht wurde. In „Tell-Zaatar" ist die PFLP stärkste Widerstandsorganisation! („FR", 10.7.) In einer Funkbotschaft des Lagerkommandanten hieß es: „*Unsere Situation ist sehr schwierig. Sie kommen von allen Seiten heran. Wir brauchen dringend Hilfe.*" („FR", 3.7.). Die libanesischen Linken und der palästinensische Widerstand kündigten ein „neues Vietnam" an, wenn „Tell-Zaatar" falle: „*Wir werden Libanon zu einem neuen Vietnam machen und einen langen Volkskrieg führen ... Sollte Tell-Zaatar fallen, werden wir die Begriffe „Waffenstillstand" und „Dialog" aus unserem Vokabular streichen.*" (PLO-Sprecher Ivad, zit. nach „Welt", 5.7.)

Nahost-Kommission



Der "25. April" lebt!

Präsidentenwahlen in Portugal



Massenkundgebung mit Otelo in Lissabon am 25. Juni

Am 27. Juni wurde in Portugal der Staatspräsident gewählt. Zur Wahl standen:

- **Ramalho Eanes, Freund und Mitarbeiter des Faschisten Spinola, Di**rigent des Rechtsputsches vom 25. November. Er war zunächst von der PPD vorgeschlagen worden und wurde dann auch von der rechtsradikalen CDS und den Sozialdemokraten (PS) unterstützt. Außerdem hatten auch die „Links"faschisten der MRPP und „PDP/ML" zur Wahl von Eanes aufgerufen.
- Sein wichtigster Gegenkandidat war **Otelo de Carvalho,** führend beteiligt an der antifaschistischen Revolte des 25. April, nach dem Rechtsputsch von 25. November zeitweise in Haft. Ihn unterstützten die Organisationen der revolutionären Linken (insbesondere UDP, MES, PCP/R, PRP) und zahlreiche Basis-Komitees, Bewohner-Kommissionen u.ä.
- Der gegenwärtig amtierende Regierungschef **Pinheiro de Azevedo** kandidierte ohne Unterstützung einer Partei. Zweck seiner Kandidatur war ganz offensichtlich, Stimmen insbesondere von PS-Wählern aufzufangen, die nicht für den Konterrevolutionär Eanes stimmen wollten. Azevedo trat demagogisch „gegen den Totalitarismus und die Reaktion" auf und griff Eanes im Wahlkampf scharf an.
- Die revisionistische PCP hatte ihren Stellvertretenden Vorsitzenden **Octavio Pato** als Spalterkandidaten gegen Otelo aufgestellt, nachdem sie zunächst einer Unterstützung von Eanes zuzuneigen schien. Pato wurde außerdem von den trotzkistischen Gruppen LCI und PRT unterstützt.

Die Wahl gewann erwartungsgemäß Eanes, der 61,54% bekam. Die ihn unterstützenden Parteien hatten bei den Parlamentswahlen im April dieses Jahres rund 77% der Stimmen gute gekommen sind, so bleiben immer noch weitere rund 210.000 Stimmen, die er außerdem dazu gewinnen konnte.

Naturgemäß bekam Eanes die meisten Stimmen im stockreaktionären Norden und auf den Inseln, teilweise über 80%. Bis auf die drei traditionell „roten" Wahlbezirke Setubal, Evora und Beja kam er überall über 50%, allerdings in Lissabon nur knapp (53,5%). Umgekehrt bekam Otelo die meisten Stimmen gerade in diesen drei Wahlbezirken: 32,8% in Beja, 34,8% in Evora und 41,8% in Setubal. Die Revisionisten wurden in diesen ihren traditionellen Hochburgen deutlich distanziert (in Klammern die PCP-Stimmen im April) : 25,6% (43,99%) in Beja, 18,6% (44,34%) in Setubal, 19,6% (43,04) in Evora! Ebenso fielen sie in Lissabon von damals 22,6% auf jetzt 10,3% für Pato.

Zusammen haben Otelo und Pato fast überall deutlich mehr Stimmen bekommen als PCP und revolutionäre Linke zusammen im April. Einige herausragende Beispiele (in Klammern die Zahlen vom April): Setubal 60,4% (49,08%), Beja 58,4% (49,05), Evora 54,4% (47,81%), Lissabon 34,2% (26,18%). Als besonders gut ist das Ergebnis in Faro (Algarve) anzusehen, wo Pato und Otelo zusammen auf 32,3% (davon Otelo allein 24,7% !!) kamen, während die PCP dort im April nur 14,8% bekam. Die Algarve war im April d e r Bezirk, wo die PS den höchsten Prozentsatz aller Bezirke erreichte (44,71%); hier haben offensichtlich ganz besonders viele PS-Wähler jetzt für Otelo gestimmt.

Eine Ohrfeige für die Spalter-Politik der PCP

politische „Einbruch" in die Basis der PCP (und PS) noch größer war, als es im Wahlergebnis selbst zum Ausdruck kommt.

Die PCP-Führung kann mit diesem Ergebnis offensichtlich wenig anfangen und sucht wechselnde Ausreden, wobei sie sich nicht einmal scheute, der angeblichen **„politischen Unreife eines breiten Teils der Wählerschaft"** die Schuld für ihre eigene Katastrophe anzudichten („Avante", 1.7.76, Titelseite).

In dieser arroganten Art spricht die PCP-Führung von ihrer eigenen Anhängerschaft, die ja die Mehrheit der Wähler Otelos stellt! Frech werden die Massen angepöbelt: „ ...*Hunderttausende kommunistische Wähler hörten nicht auf die Warnungen, die an sie gerichtet wurden, sondern orientierten sich auf eine betrügerische Kandidatur und bewirkten damit, daß der revolutionäre Prozeß nichts gewann ... Alles, was die Position unserer Partei schwächt, nützt der Reaktion*" („Avante", 1.7.).

Ziemlich lächerlich wird die Behauptung aufgestellt, die Wahlen hätten eine „*ideologische Stärkung der Partei*" gebracht, die „*wesentlich für zukünftige Erfolge*" sei.

Die Schuld für die Wahlkatastrophe will die PCP-Führung nur bei der „Unreife" der „verführten" Massen suchen, Selbstkritik kommt nicht infrage! Tatsächlich ist das Wahlergebnis aber wohl in erster Linie als Reaktion auf die total angepaßte, opportunistische Taktik der PCP-Führung zu sehen. Diese hatte zunächst völlig darauf verzichtet, mit irgendeinem konkreten Vorschlag in die Diskussion über die Kandidatenaufstellung zur Präsidentenwahl einzugreifen. Ihr taktisches Ziel bestand zuerst darin, einen Kandidaten gemeinsam mit der PS zu unterstützen, um so der angepeilten

in engster Absprache mit Helmut Schmidt und Willy Brandt! – nicht anders als verbrecherisch zu bezeichnen. Die PS hätte es, als stärkste Partei im Parlament, ohne weiteres in der Hand gehabt, einen Kandidaten durchzusetzen, der nicht derart krass wie der Spinola-Freund und Putschist Eanes die offene Konterrevolution vertritt. Offenbar war die PS aber von ihren imperialistischen Geld- und Ratgebern beauftragt worden, für die Wahl eines erklärtermaßen „starken Mannes" einzutreten. So besuchte Soares vor der Wahl im Mai seine westdeutschen Auftraggeber und dann gleich drei Tage (!) nach der Wahl erneut, um die „Befriedigung" von Helmut Schmidt über die Wahl des Putschisten Eanes entgegenzunehmen.

Was hier geschieht, nämlich das offene Bündnis der Sozialdemokratie mit der Konterrevolution, hat alte SPD-Tradition. So wie sich heute die PS mit dem Putschisten Eanes (und der hinter ihm stehenden CDS und PPD samt faschistischem Anhang) gegen die portugiesische Revolution verbündet, so verbündete sich 1918/19 die SPD mit der bereits geschlagenen Reaktion und den konterrevolutionären Banden der „Freikorps", um die deutsche Revolution niederzuschlagen.

Vielen PSlern war dieses Bündnis so zuwider, daß sie teilweise offen dagegen auftraten. Die Reaktion von Soares zeigt, daß er auch in diesem Punkt von der SPD gelernt hat: er drohte mit Parteiverfahren und Parteiausschlüssen gegen alle diejenigen, die nicht mit der Unterstützung des Putschisten Eanes einverstanden waren!

PSler, die sich, der Soares-Linie folgend, brav zu Wahlkundgebungen für Eanes begeben hatten, mußten überdies oft erleben, daß sie von dem um Eanes mobilisierten faschistischen Mob niedergeschrien und angegriffen wur-

Teilen, vor allem natürlich im Norden als offener Feldzug des Antikommunismus geführt, wobei auch die PS mi ihrer noch nicht aufgegebenen „sozialistischen" Demagogie zu den Opfern gehörte.

Das Wahlergebnis ist auch nicht als Ruhmesblatt für Mario Soares anzusehen. Denn zweifelsfrei kommen die von Eanes gegenüber den April-Wahlen „verlorenen" 1,17 Mio. Stimmen in erster Linie von PS-Wählern. Da die PS erst im April rund 1,9 Mio. Stimmen bekommen hatte, läßt sich ohne Übertreibung annehmen, daß mindestens 30 bis 40% der damaligen PS-Wähler nicht für Eanes gestimmt haben. Da Otelo rund 200.000 Stimmen „dazugewonnen" hat, die in erster Linie aus der PS-Wählerschaft kommen dürften, ergibt sich, daß immerhin rund 10% der PS-Wähler diesmal für Otelo gestimmt haben.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich nach der Wahlkampagne die Widersprüche in der PS weiter zuspitzen werden. „O Seculo" berichtete am 7. Juli von „Gruppen zur Verteidigung des sozialistischen Programms" innerhalb der PS, die gegen den Rechtskurs von Soares auftreten und die vor allem in der PS-Jugend und unter den PS-Gewerkschaftern ihre Basis haben. Eine erhebliche Strömung in der PS steht zweifellos einer „Linksregierung" (Koalition PS-PCP) näher als der von Soares angestrebten PPD-PS-„Allein"regierung, die sich in Wirklichkeit auf die stillschweigende Duldung (und daher selbstverständlich auf Geheimabsprachen usw.) von PPD und CDS stützen müßte.

Soares hat schon im Mai bei seinem Besuch in der BRD „wirtschaftliche und soziale Notstandsmaßnahmen" angekündigt. Ausländische In-

maß Eanes, der 61,54% bekam. Die ihn unterstützenden Parteien hatten bei den Parlamentswahlen im April dieses Jahres rund 77% der Stimmen bekommen.

Beachtliche 16,52% bekam Otelo, während die ihn unterstützenden Organisationen im April nur rund 3% bekommen hatten.

Azevedo kam auf 14,36%, wobei das Ergebnis im Wahlbereich von Porto mit 22,8% heraussticht.

Deutlich abgebürstet endete Pato mit nur 7,58% – während im April die PCP 14,56% bekommen hatte (wozu noch 0,4% der Pato unterstützenden Trotzkisten zu rechnen wären).

Das Ergebnis zeigt, daß es Eanes nicht gelang, die Stimmen der ihn unterstützenden Parteien vollständig auf sich zu ziehen. Vor allem viele Wähler der PS weigerten sich, Mario Soares zu folgen und den offenen Reaktionär Eanes zu unterstützen. Viele dieser Stimmen kamen zweifellos Azevedo zugute, aber es stimmten auch zahlreiche PS-Wähler für Otelo. Ausserdem hat wohl ein größerer Teil insbesondere von PS-Wählern auch dadurch protestiert, daß er diesmal nicht zur Wahl ging – die Wahlbeteiligung sank von 84% im April auf 75%.

Mit jetzt knapp drei Millionen Stimmen hat Eanes gegenüber den Parlamentswahlen von April rund 1,17 Mio. Stimmen der ihn unterstützenden Parteien verloren. Die rund 700.000 Stimmen für Azevedo kommen wohl fast ausschließlich aus diesem Potential.

Die PCP verlor mehr als die Hälfte ihrer Stimmen vom April: 365.000 Stimmen für Pato gegenüber 786.000 Stimmen im April.

Otelo bekam fast 800.000 Stimmen, während die ihn unterstützenden Organisationen der revolutionären Linken im April nur knapp 170.000 Stimmen bekommen hatten. Nimmt man der Einfachheit halber an, daß sämtliche von der PCP verlorenen 421.000 Stimmen Otelo zu-

Eine Ohrfeige für die Spalter-Politik der PCP

Etwa jeder zweite PCP-Wähler hat diesmal für Oteolo gestimmt. Von den 421.000 Stimmen, die die PCP gegenüber April verlor, entfallen allein auf die Wahlbereiche Lissabon und Setubal (die bedeutendsten Arbeiter-Konzentrationen Portugals) rund 250.000. Am deutlichsten ist die Niederlage der PCP im Wahlbereich Setubal, wo ihr 63% ihrer Wähler „untreu" wurden.

Alle Erfahrungen – nicht nur die aus Portugal – bestätigen, daß die revisionistischen Parteien eine außerordentlich stabile und „disziplinierte" **Wählerschaft haben, in die größere „Einbrüche" normalerweise kaum möglich sind. Dies zeigt beispielsweise auch ein Vergleich der PCP-Stimmen bei der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung im April '75 mit den Parlamentswahlen im April 76, trotz der dazwischenliegenden Ereignisse (insbesondere der Rückschlag vom 25. November).**

Was die Präsidentenwahl angeht, so muß zusätzlich festgestellt werden, daß die PCP nicht einfach nur Stimmen verloren hat, sondern daß sie diese gerade unter den kampfstärksten, klassenbewußtesten Teilen des werktätigen Volkes verloren hat. Und zwar prozentual unter den Landarbeitern des Alentejo kaum weniger als im Industrieproletariat von Lissabon/Setubal. Noch krasser wurde dies in der Mobilisierung während des Wahlkampfs deutlich: Während Otelo überall vor riesigen, begeisterten Menschenmengen sprach, mußte die PCP meist auf extra kleine Säle und abgelegene Plätzchen mit ihren Kundgebungen ausweichen, damit der Mangel an Masse nicht so auffiel.

Enthusiasmus hat die Kandidatur Patos ganz sicher nicht einmal bei den eingefleischtesten PCPlern hervorgerufen. Die Massenmobilisierung um Otelo während des Wahlkampfes läßt sogar darauf schließen, daß der

dentenwahl einzugreifen. Ihr taktisches Ziel bestand zuerst darin, einen Kandidaten gemeinsam mit der PS zu unterstützen, um so der angepeilten „Linksregierung" (Koalition von PS und PCP) einen Schritt näher zu kommen. W e l c h e r Kandidat das sein würde, war der PCP-Führung offensichtlich ziemlich egal. Sogar noch, als sich die PS-Führung zur Unterstützung des von der reaktionären PPD vorgeschlagenen Putschisten Eanes entschloß, vermied die PCP jede klare Stellungnahme. Erst als einerseits klar war, daß Otelo kandidieren würde, und daß andererseits auch die CDS Eanes unterstützen würde, vollzog die PCP-Führung den taktischen Schwenk, einen eigenen Kandidaten zu präsentieren. Aber selbst jetzt begründete sie diese Kandidatur mit keinem (!) Wort der Kritik an dem Konterrevolutionär und Spinola-Freund Eanes, sondern kritisierte nur dessen Unterstützung durch PPD und CDS, wodurch die Kandidatur von Eanes einen „parteilichen Charakter" erhalten habe.

Den Wahlkampf führte die PCP-Führung ausschließlich gegen Otelo und die ihn unterstützende revolutionäre Linke und nicht im geringsten gegen Eanes. Diese total einseitige Ausrichtung dürfte die Katastrophe für die PCP-Führung allerdings eher noch verstärkt haben, da klar wurde, daß alleine Otelo gegen Eanes kandidierte, während Pato nur gegen Otelo kandidierte und seine Kandidatur ausschließlich sektiererischen, parteibornierten Zwecken diente.

Kein Ruhmesblatt für Mario Soares

Von anscheinend grenzenlosem Zynismus spricht der Kommentar von PS-Führer Mario Soares zum Wahlergebnis: Der Sieg von Eanes sei *„ein 'Sieg der Linken' (!!), weil (!) die Sozialisten in ihrer Mehrheit für ihn gestimmt hätten"* (lt. „FAZ", 29.6.76).

Die Rolle der PS in dieser Sache ist – wieder einmal offensichtlich

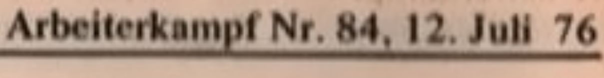
Eanes begeben hatten, mußten überdies oft erleben, daß sie von dem um Eanes mobilisierten faschistischen Mob niedergeschrien und angegriffen wurden, daß ihnen Plakate mit dem PS-Zeichen entrissen wurden usw. So machten viele PSler auch ganz sinnlich die Erfahrung, in welche Kumpanei sie ihre Parteiführung bringen wollte. Der Wahlkampf für Eanes wurde zu großen

Soares hat schon im Mai bei seinem Besuch in der BRD „wirtschaftliche und soziale Notstandsmaßnahmen" angekündigt. Ausländische Investitionen sollen begünstigt werden. In diesem Sinn sprach Soares bei seinem BRD-Besuch gleich nach dem Präsidentenwahlen u.a. mit Vertre-

Fortsetzung auf Seite 26



Die linke Karte zeigt die bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung im April 1975 von PCP und revolutionärer Linken zusammen erreichten Ergebnisse (+ MDP). Rechts die Ergebnisse von Otelo und Pato bei den Präsidentenwahlen im Juni. Während im Norden das jetzige Ergebnis teilweise noch unter dem vom April '75 liegt (als Folge des faschistischen Terrors), ist vor allem im Süden, aber auch im Zentrum, der Anstieg sehr deutlich.





Otelo während der Wahlkampagne in Grandola

tern von Hoechst, Telefunken, AEG und Krupp, wozu sich auch die gewerkschaftseigene „Bank für Gemeinwirtschaft" und die „Neue Heimat" gesellten. Dieses ganze kapitalistische Gesindel wartet offenbar nur darauf, um sich nach der politischen „Stabilisierung" Portugals und nach erfolgten Profit-Garantien wie die Aasgeier wieder auf Portugal zu stürzen.

Portugal hat in den letzten Monaten von USA und EG Kredite von insgesamt 2,5 Milliarden Mark erhalten; um eine weitere Milliarde mindestens will sich Soares jetzt bemühen. Der Preis: Niederschlagung der revolutionären Bewegung, „Stabilisierung", Zusammenarbeit PS-PPD-CDS „Sparpolitik" auf dem Rücken des arbeitenden Volkes. So stehen jetzt u.a. eine Senkung der Staatsausgaben – vor allem auf dem „Sozial"sektor – und Preiserhöhung für Benzin etc. bevor, die zweifelsfrei Preissteigerungen auch auf anderen Gebieten nach sich ziehen werden.

Eine der ersten Maßnahmen auf politischem Gebiet nach den Präsidentenwahlen war ein Angriff auf die erkämpften Rechte der Arbeiterklasse: So soll es künftig den Arbeiterkommissionen v e r b o t e n sein, *„sich in die normalen Geschäftsabläufe eines Betriebs einzumischen oder sie zu behindern"* sowie *„in die Funktionen einer Firmenhierarchie einzugreifen"* (SZ, 10./11.7.).

Kann der Erfolg der revolutionären Linken stabilisiert werden?

Die revolutionäre Linke und die "Basis"-Bewegung hat um die Kandidatur Otelo's einen Erfolg erzielt, der weit über ihr „normales", bei Wahlen zu erreichendes Potential hinausgeht, sie hat zumindest in diesem Punkt einen deutlichen Einbruch in die PCP-Basis und teilweise sogar in die PS-Basis erreicht. Die Frage steht jetzt, wie weit sich dieser Erfolg stabilisieren läßt bzw. wie weit und wie schnell er von den Führungen von PCP und PS wieder „zurückerobert" werden kann.

Der neue Präsident Eanes hat der revolutionären Bewegung bereits den Kampf angesagt. Befragt, ob er mit dem Wahlergebnis zufrieden sein, meinte er: *„Nein, nicht zufrieden ... Ich bin nicht zufrieden wegen des Prozentsatzes, den Major Otelo de Carvalho erhalten hat. Das stellt einen Faktor der Unstabilität und Unruhe dar, der das dringende Werk des nationalen Wiederaufbaus und der Errichtung einer wahren (?) Demokratie in Portugal gefährden könnte".* Das Gespräch ging dann so weiter: *„General, meinen Sie, daß dieses Phänomen auch in Zusammenhang steht mit dem riesigen Problem der Disziplin und des Ernstes (!) bei der Arbeit, das derzeit die wirtschaftliche Gesundung des Landes gefährdet?"* Antwort von Eanes : *„Ja, diese zwei Phänomene stehen für mich in einem Zusammenhang, mit starken Rückwirkungen, und sie schaffen ein Problem, das ernsthaft angepackt werden muß".* Frage: *„Aber das wird doch nicht nur (!) eine Frage der öffentlichen Ordnung und der Wiederherstellung der Staatsautorität sein?"* Antwort von Eanes: *„Nein, leider (!!) nein. Das Problem hat viele Aspekte, aber es muß gelöst werden, weil es eine Sache des nationalen Überlebnes (!) ist"* (‚A Capital', 28.6.).

Unmittelbar nach der Wahl tauchten vor allem in der ausländischen bürgerlichen Presse allerlei „Spekulationen" über eine wieder bevorstehende Verhaftung Otelo's (in Zusammenhang mit dem 25. November) und über mögliche repressive Maßnahmen gegen die Organisationen der revolutionären Linken auf. Richtig ist daran, daß die Bourgeoisie bis heute von ihren monströsen Fälschungen über den 25. November (Konstruktion eines angeblich geplanten Linksputsches, mit schweren Anschuldigungen gegen MES, UDP, aber auch gegen die PCP!!) bisher nur propagandistischen Gebrauch, aber noch keinen direkt repressiven Gebrauch gemacht hat. Da die von den Rechten zusammengeschmierten „Untersuchungsberichte" über den 25. November, die revolutionäre Linke und die PCP als angebliche Autoren eines Linksputsches belasten, wären juristische Maßnahmen geradezu logisch.

Andererseits steht aber wohl zweifelsfrei fest, daß der Bourgeoisie derartige Maßnahmen heute schwerer fallen würden, als vor der Wahlkampagne, die zu einem neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung geführt hat.

Immerhin sind aber, als erster Schritt, Otelo de Carvalho wieder zahlreiche Beschränkungen auferlegt worden, die während der Wahlkampagne aufgehoben worden waren: Er darf nicht mehr auf Kundgebungen auftreten, darf keine Erklärungen an die Presse mehr abgeben.

Die um Otelo's Kandidatur mobilisierten Organisationen, Gruppen, Basis-Organe und Einzelpersonen sind derzeit bemüht, den bei den Wahlen erreichten Erfolg zu stabilisieren. Die GDUP's (überparteiliche Unterstützungskomitees für die Kandidatur Otelos) sollen in eine kontinuierliche „Front der Volkseinheit" umgebildet werden, an der sich die politischen Organisationen der revolitionären Linken ebenso beteiligen sollen, wie die verschiedenen Komitees und Basis-Organe.

Im Herbst soll ein Kongress mit dieser Zielstellung stattfinden. Mit den gutgemeinten Worten : *„Wir müssen gegen uns selbst kämpfen, gegen unser Parteisektierertum"* (‚A Capital', 5.7.) umschrieb Otelo ungefähr die Schwierigkeit, die sich ergeben wird, so viele verschiedene Organisationen und Basis-Organe dauerhaft „unter einen Hut zu bringen". Wobei auch noch nicht recht klar ist, welchen Charakter diese „Front der Volkseinheit" haben soll. Einige Tendenzen in der revolutionären Bewegung scheinen auf eine Art Massenorganisation zu orientieren, andere mehr auf eine losere Koordination.

Sicher ist jedenfalls , daß es derzeit der revolutionären Linken wieder gelungen ist, wie in den Wochen vor dem 25. November, eine politische Kraft wirksam zu machen, die erheblich größer ist, als ihr unmittelbarer Einflußbereich, und zeitweise – wie auch vor dem 25.November – beträchtliche Teile der PCP-Basis mitzureißen.

Wieweit es diesmal gelingen kann, diese zeitweise Massenkraft zu stabilisieren, muß sich zeigen. Immerhin kann man jetzt schon sagen, daß sich die revolutionäre Bewegung nach dem Rückschlag vom 25. November erholt hat und daß heute eine breitere Einheitsbasis als je zuvor besteht.

An einem ersten Treffen nach den Wahlen nahmen Anfang Juli Vertreter des MES, der UDP, der FSP, der PRP, der MSU (Zusammenschluß ehemaliger Mitglieder anderer Organisationen, insbesondere der zerfallenen LUAR) und unabhängige Linke teil. Auf der Tagesordnung standen die Organisierung eines GDUP-Kongresses im September oder Oktober, die Rolle der GDUP's in den Gewerkschaften und das Auftreten bei den bevorstehenden Kommunalwahlen, das ein erster Test sein wird, wieweit der Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen von Dauer sein kann.

Einen ersten Erfolg stellt das Ergebnis der Regionalwahlen auf der Insel Madeira dar, wo die UDP zwei Sitze bekommen hat (PPD 29 Sitze, PS acht Sitze, CDS zwei Sitze, PCP keinen Sitz!).

Dieses Ergebnis ist vor allem der Tatsache zu verdanken, daß die UDP in zwei Wahlbezirken die meisten (!) Stimmen bekam, darunter in einem der größten Wahlbezirke überhaupt (Machico: UDP 1874 Stimmen, PPD 1803 Stimmen, PS 422, PCP 83).

Spanien

Für eine demokratische Arbeiter-Einheitsgewerkschaft

Auf der Konferenz der „Internationalen Arbeitsorganisation" am 2. Juni in Genf trat eine offizielle Delegation des faschistischen spanischen Syndikats mit Sprüchen von *„der radikalen Veränderung der gegenwärtigen Einheits- und Zwangsgewerkschaft", „der Einrichtung vollkommen demokratischer Gewerkschaftsstrukturen analog denen West-Europas und in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Internationalen Arbeitsbüros"* auf. *„Die Arbeiterklasse muß die einzig Verantwortliche für die Organisierung der Gewerkschaftsbewegung sein"* („Le Monde", 4.6. 1976).

Der spanische „Gewerkschafts"-minister Martin Villa und der Generalsekretär Socias Humbert haben sich in den letzten Monaten mit ähnlich lautenden Forderungen in die innerspanische „Reform"-Diskussion eingeschaltet und gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit gefordert. In naher Zukunft soll ein „Gewerkschaftskongreß" stattfinden, auf dem einige „Reformen" verabschiedet werden sollen. Die illegalen Gewerkschaften haben zum Boykott dieses Kongresses aufgerufen.

Hinter diesen fast revolutionär klingenden Äußerungen stecken natürlich ganz handfeste Überlegungen der spanischen Oligarchie. Die faschistischen Syndikate haben sich seit Jahren als zunehmend untauglich für die Kontrolle und Niederhaltung der spanischen Arbeiterklasse erwiesen. Im Untergrund haben sich starke Arbeitergewerkschaften entwickelt (die „Comisiones Obreras", CCOO), die heute alle Streiks organisieren, Forderungen beraten, usw. Sie sind die einzigen von der Arbeiterklasse anerkannten, weil demokratisch bestimmten, gewerkschaftlichen Organe. Die spanischen Kapitalisten waren immer häufiger gezwungen, mit den Vertretern der Arbeiterkommissionen direkt zu verhandeln, statt mit den offiziellen, jedoch nicht von den Arbeitern anerkannten Syndikatsgremien. Bei den letzten „Wahlen" (April 75) für die unteren Syndikatsfunktionäre haben die „Comisiones" etwa 80% aller wählbaren Posten – trotz schwerer Wahlbehinderung – erobern können. Durch diese „Infiltration" des faschistischen Apparates, die von den Arbeitervertretern zur Agitation noch rückständiger Arbeiter, die noch keine CCOO gebildet haben, ausgenutzt wird, hat das Syndikat einen entscheidenden Schlag erhalten. Die anhaltende Offensive der spanischen Arbeiterklasse hat das Syndikat überrollt. Die spanische Oligarchie muß nach neuen Möglichkeiten der Kontrolle und „Integration" der rebellischen Arbeiter suchen.

Nun dürfte jedoch die „Reform" des Gewerkschaftswesens eines der schwierigsten Projekte sein, denen sich die spanische Oligarchie demnächst zu unterziehen hat. Denn hier geht es um Dinge, die Millionen von Arbeitern mit größter Aufmerksamkeit und Skepsis verfolgen werden, wo jeder Winkelzug durchschaut werden wird, denn es geht um Sachen, die die spanischen Arbeiter aus dem „ff" kennen, um Dinge, die sie sich in langem und opferreichen Kampf selbst erobert haben. Es geht um Arbeiter-Demokratie, um uneingeschränkte Arbeiter-Solidarität.

Die spanische Oligarchie steht nicht nur unter dem Druck der inneren Verhältnisse, sondern die Gewerkschafts„reform" ist eine der „unverzichtbaren Bedingungen" (Fellermeier, Präsident der sozialdemokratischen Fraktion des Europa-Parlaments) für eine Integration Spaniens in die EG. Solange die Weltpresse von Knüppeleinsätzen, Tränengas-Attacken und Folterungen gegen spanische Gewerkschafter berichtet, wird eine „Demokratisierung" in Spanien nicht einmal von der westdeutschen bürgerlichen Presse glaubhaft verkauft werden können.

Faschistisches Syndikat

Auf der blutigen Niederlage der spanischen Arbeiterklasse im Bürgerkrieg (1936-39) errichteten die Faschisten ihr Instrument zur „Harmonisierung" der Interessen von Arbeitern und Kapitalisten, zur Beendigung des Klassenkrieges, das vertikale Syndikat. Das vertikale Syndikat hatte nach dem Bürgerkrieg alles Vermögen der republikanischen Gewerkschaften konfisziert und deren Strukturen zerschlagen. Weder die sozialistische Gewerkschaft UGT, die stärkste Gewerkschaft der alten Republik, noch die anarcho-syndikalistische CNT (Conferacion Nacional de Trabajadores), die zeitweise mitgliedermäßig genauso stark wie die sozialdemokratische Gewerkschaft war, hatten eine Chance, den Terror der Franco-Truppen (auch nach dem offiziellen Ende des Bürgerkrieges) zu überstehen. Ihre Führungen mußten ins Exil flüchten. Beide Gewerkschaften wurden zerschlagen und sind unter dem Franco-Faschismus zur weitestgehenden Bedeutungslosigkeit abgesunken.

Im faschistischen Syndikat sind Arbeiter u n d Kapitalisten nach Produktionszweigen vertikal organisiert. So sind im Textilsyndikat z.B. vom Baumwoll-Einkauf, zur Spinnerei und Weberei bis hin zum Handel alle betroffenen Produzenten (und Ausbeuter) zusammengefaßt; das



Syndikat sollte zugleich ein Mittel zur Konjunktur- und Investitionsplanung sein. Während es in den ersten anderthalb Jahrzehnten nur vom Staat festgelegte Löhne gab, wurden infolge der Streiks 1956/57 für Großbetriebe sog. „Kollektivverträge", d.h. betriebliche Abmachungen zugelassen, bei denen der Staat sich allerdings immer noch das letzte Wort vorbehielt.

Gegen die zunehmende Streikbewegung Anfang der sechziger Jahre wurde die untere Syndikatsebene per Gesetz „demokratisiert", um besser auf die betrieblichen Kämpfe einwirken zu können. In Betrieben mit über 100 Beschäftigten wurde ein „jurado", der aus dem Unternehmer oder dessen Vertretung bestand, eingerichtet, sowie „vocales", die von den Arbeitern gewählt wurden (allerdings nach Überprüfung durch höhere Syndikatsfunktionäre). Sie sollten gemeinsam eine Art betriebliches Vertretungsorgan darstellen.

Auf lokaler und Provinzebene können aus den Reihen der „vocales" die Mitglieder der UTT (Union de Tecnicos y Trabajadores = Techniker- und Arbeiterunion) gewählt werden – die höchste wählbare Ebene des faschistischen Syndikats. Trotz vielfacher Kontrollklauseln gelang es der spanischen Arbeiteropposition immer wieder, in diese wählbare Syndikatsebene vorzustoßen. Allerdings waren die „vocales" natürlich als selbständige Arbeitervertretungsorgane nicht brauchbar. so daß im Zusammenhang der massiven Streiks Anfang der sechziger Jahre, vor allem der Minenarbeiter-Streiks in Asturien, die illegalen „Comisiones Obreras" (CCOO) als selbständige und unmittelbar demokratische Arbeitervertretungsorgane entstanden.

Sozialdemokratische Gewerkschaft drängelt vor

Die in der „Demokratischen Koordination" zusammengeschlossenen oppositionellen Gruppen, Parteien und (illegalen) Gewerkschaften fordern wie im politischen, so auch im gewerkschaftlichen Bereich den „Bruch" mit den Einrichtungen des faschistischen Regimes („ruptura sindical"). Wieweit auch auf dem gewerkschaftlichen Gebiet von bestimmten Kräften ein Arrangement mit den sog. „Reformern" der spanischen Regierung gefunden wird, muß sich noch zeigen. In jedem Fall spielt sich bereits die fast einflußlose UGT, die personell und politisch eng mit der sozialdemokratischen PSOE verbunden ist, als die „Erlöserin" vom vertikalen Syndikat auf (die UGT hat nach eigenen Angaben (!) 12.000 Mitglieder, davon befinden sich 1/3 im Ausland!).

Es ist ganz offenkundig, daß der UGT (Union General de Trabajadores) bei dem Aufbau einer neuen Gewerkschaftsstruktur sowohl von Seiten des spanischen Regimes wie auch von Seiten der europäischen Sozialdemokraten (besonders der westdeutschen) eine besondere Rolle zugedacht worden ist. Dafür spricht zum einen die offizielle Genehmigung der spanischen Regierung für den im März abgehaltenen Gewerkschaftskongreß der UGT, der mit großem internationalen Aufwertungs-Besuch in Madrid abgehalten wurde (siehe AK 79). Das erste Mal nach dem Bürgerkrieg durften sich spanische Gewerkschafter in aller Öffentlichkeit versammeln. Daß diese „Gunst" ausgerechnet der bedeutungslosen UGT gewährt wurde, die höchstens in Kreisen von freiberuflich Tätigen über einen gewissen Einfluß verfügt, war als bewußtes Spaltungsmanöver gegenüber der CCOO gedacht.

In einem Interview, das der wiedergewählte Generalsekretär der UGT, Redondo, der spanischen liberalen Wochenzeitung „Triunfo" gab, werden die Absichten der UGT recht deutlich. Auf die kritische Frage des Interviewers, ob der UGT-Kongreß nicht als eine diskriminierende Konzession der Regierung zu betrachten wäre, antwortet der UGT-Chef ganz offen, daß seine Gewerkschaft eben die allerbesten Ausgangsbedingungen für eine Regierungsgenehmigung hatte, *„wegen ihrer Beziehungen zu den europäischen Gewerkschaften, wegen ihrer internationalen Unterstützung."*

Zwar schweigt sich Redondo auf die kritische Frage nach der „Repräsentativität" der UGT in der spanischen Arbeiterbewegung aus. Das hindert ihn nicht, mit der größten Selbstverständlichkeit der UGT die wichtigste Rolle bei der zukünftigen spanischen Gewerkschaft zuzordnen. Auf die Frage des Interviewers: *„Seht ihr die Notwendigkeit eines konstituierenden Kongresses, nachdem der gewerkschaftliche Bruch eingetreten ist? Ein konstituierender Gewerkschaftskongreß, aus dem die gewerkschaftliche Einheitszentrale hervorgehen könnte?"* antwortet Redondo: *„Ja. Für uns ist dieser konstituierende Kongreß von größter Wichtigkeit. Und wir haben immer gesagt, daß wir ihn wollen, wenn die erforderlichen Freiheiten verwirklicht sind und die teilnehmenden Kräfte gewerkschaftliche Kräfte sind. Das Problem bei den „Comisiones" ist, daß sie nie die Form einer Gewerkschaft erlangt haben. Uns geht es sowohl um den gewerkschaftlichen Inhalt wie um die gewerkschaftliche Einheit. Eine Gewerkschaft muß ihre Mitglieder haben, ihr Statut, ihr Programm. Nur so kann man das Kräfteverhältnis in ihr kennen, usw. Wir denken, daß die Gewerkschaftszentrale, die aus diesem Kongreß hervorgeht, die UGT selbst sein könnte"* (!).

Zu den Comisiones Obreras sagt dieser Herr: *„Wir glauben, daß sie ein sehr positives Instrument sind, aber man kann bei dem Aufbau eines Gewerkschaftsapparates nicht auf ihnen aufbauen. So wie sie gut als ein Kampfinstrument sind, können sie aber nicht eine Gewerkschaft vorprägen. Auf ihnen die Repräsentativität einer Gewerkschaft ruhen zu lassen, sie als eine ständige Methode des demokratischen Spiels einer Gewerkschaft zu akzeptieren, ist undenkbar"*!! (Zitate alle nach „Triunfo", 15.5.76).

Deutlicher kann dieser „Spezial"-demokrat nicht sagen, daß die „Comisiones Obreras" besser heute als morgen verschwinden, bzw. zerschlagen werden sollten.

Für Ende Juni wurde großartig die Fusion der CCOO mit der UGT und der USO (Union Sindical Obrera – ehemals katholische Gewerkschaftsbewegung) auf Führungsebene angekündigt. Propagandistisch profiliert sich bei diesem Vorgang die UGT allein. Sie wird alles daransetzen, ihren reformistischen Einfluß in der Leitung der CCOO geltend zu machen. Das entpricht durchaus auch dem Interesse der revisionistischen PCE, die zwar über einen erheblichen Einfluß in den CCOO verfügt, in den letzten (etwa zwei) Jahren jedoch sichtbar das Interesse an einer Stärkung der Arbeiter-Basis-Organe verloren hat. Ihrem angestrebten Pakt mit der spanischen Oligarchie läuft eine stark organisierte Arbeiterbewegung diametral entgegen. Es kommt daher für die PCE durchaus gelegen, mit dem Hinweis auf die gewerkschaftliche „Einheit" und die „Freunde von der UGT", einen „mäßigenden" Einfluß auf die Arbeiterkämpfe verstärkt auszuüben.

Vorwärts mit den „Comisiones Obreras"

Auf der letzten Sitzung der Allgemeinen Koordination der Arbeiterkommissionen wurde für den 27. bis 29. Juni der erste nationale Kongreß aller Arbeiterkommissionen Spaniens beschlossen. Marcelino Camacho hat inzwischen die Genehmigung bei der Regierung beantragt. Es wird mit etwa 2.000 Delegierten aus allen Regionen Spaniens gerechnet, sowie mit der Teilnahme tausender Arbeiter aus dem ganzen Land. Auf diesem Kongreß sollen die brennenden Fragen der zukünftigen spanischen Gewerkschaft diskutiert werden. Offensichtlich wurde für diesen Kongreß eine breite Basis-Mobilisierung durchgeführt. Auf der Tagesordnung stehen 1. Politik der „Demokratischen Koordination", 2. welche Gewerkschaft wollen die „Comisiones Obreras"? 3. die Koordination der gewerkschaftlichen Kräfte (gemeint ist der Zusammenschluß auf Führungsebene von CCOO, UGT und USO), 4. Stärkung der Arbeiterkommissionen.

Die spanische revolutionäre Organisation ORT schreibt zu diesem bevorstehenden Kongreß und den noch zu lösenden Mängeln und Schwächen der Arbeiterkommissionen: *„Wir müssen die politische Situation ausnutzen, um energisch die Reorganisierung der Comisiones Obreras voranzutreiben. Verschiedene Probleme müssen dabei gelöst werden. Die Repräsentativität der Koordinierungsgremien muß erweitert und erhöht werden. Bis heute konnten Zehntausende von Arbeitern, die sich mit Comisiones Obreras verbunden haben, nur in geringem Maß an der Kontrolle und Ernennung ihrer Vertreter teilnehmen. Heute sind diese Möglichkeiten besser geworden. Wir müssen entschieden die Wahl der Vertreter auf allen Ebenen fordern. Alle Koordinationsorgane müssen dedemokratisiert werden, um dazu beizutragen, daß sie wirklich das Kräfteverhältnis der verschiedenen gewerkschaftlichen Strömungen zum Ausdruck bringen"*

(„En lucha", 29.5.76).

In diesen Formulierungen kommt versteckt zum Ausdruck, daß bisher die revolutionäre Strömung in der Arbeiterklasse in den Vertretungsorganen unterrepräsentiert ist. Das ist unter den Bedingungen der Illegalität und der zusätzlichen Isolierungs-Taktik der revisionistischen PCE gegenüber der revolutionären Linken leicht erklärbar.

Insofern wird sicherlich die Möglichkeit einer massenhaften, demokratischen Beratung und Vertreterwahl der kämpfenden Arbeiter einige Veränderungen in der Zusammensetzung der Leitungsorgane von CCOO bringen können, sowie Spaltungsmanöver und reformistische Abwiegelungsversuche erschweren. Allerdings stehen die Dinge so, daß die revisionistische PCE ihren ganzen Einfluß bei den spanischen Arbeitern geltend machen wird, um sie mit dem Versprechen einer „legalen Gewerkschaftsorganisation" von einer Ausweitung und Stärkung der Basisorgane abzubringen. Dies zu verhindern, wird eine der wesentlichen Aufgaben der nächsten Zeit, insbesondere für die revolutionäre Linke sein.

Ein erster Schritt zu einer massenhaften Beratung der kämpfenden Arbeiter war die erste Vollversammlung der Koordination von Euskadi (CECO) am 25. April in Durango. An ihr nahmen etwa 3.000 Arbeiter teil. Allerdings ließen die bald erfolgenden Knüppeleien der Polizei keine längere Diskussion zu.

Man verblieb, die Diskussionen über Gewerkschafts-Einheit und -demokratie in kleineren Versammlungen fortzusetzen.

Eine weitere Generalversammlung der Arbeiterkommissionen von Madrid fand am 23. Juni in einer Kirche eines Madrider Vororts statt. An ihr beteiligten sich (gemäß bürgerlicher Presse) etwa 2.000 Arbeiter. Dort wurde der von der spanischen Regierung geforderte „soziale Pakt" scharf zurückgewiesen.

VORWÄRTS MIT DEN COMISIONES OBRERAS !

Spanien-Kommission



Barcelona, 30.6.: Rentner und Pensionäre demonstrieren für eine Rentenerhöhung, um menschenwürdig zu leben. 3,3 Mio. spanischer Rentner erhalten im Durchschnitt nur etwa 200 Mark im Monat!

dacht worden ist. Dafür spricht zum einen die offizielle Genehmi- *des demokratischen Spiels einer Gewerkschaft zu akzeptieren, ist un-*

Barcelona, 30.6.: Rentner und Pensionäre demonstrieren für eine Rentenerhöhung, um menschenwürdig zu leben. 3,3 Mio. spanischer Rentner erhalten im Durchschnitt nur etwa 200 Mark im Monat!



Etwa 50.000 Menschen protestierten am 21.6. in Madrid gegen die anhaltende Teuerung und zu niedrige Löhne. Sie forderten Amnestie und Freiheit!

Letzte Meldung:

- Der nationale Kongreß der „Comisiones Obreras" wurde, wie zu erwarten war, von der spanischen Regierung verboten. M. Camacho erhielt eine Strafe von ca. 8000 Mark wegen seines öffentlichen Aufrufs zu diesem Kongreß!
  Die CCOO sowie die politischen Parteien (wie PCE, ORT, usw.) forderten dazu auf, die anstehenden Fragen stattdessen auf betrieblichen Versammlungen zu diskutieren. Es wurde offenbar nicht der Versuch gemacht, den Kongreß trotz Verbot stattfinden zu lassen.
- Die beiden kleinen Gewerkschaften USO und UGT haben einen Rückzieher gemacht bezüglich ihrer geplanten Koordination mit den CCOO auf Führungsebene. Sie haben erklärt, daß sie zu einem Zusammengehen erst bereit sind, wenn die demokratischen Freiheiten hergestellt sind. Insbesondere der nationale Kongreß der CCOO war diesen „Interessenvertretern" der Arbeiterklasse suspekt, sie befürchteten, daß die CCOO sich zu „Erben der ganzen spanischen Arbeiterbewegung" machen wollten („Le Monde", 26.6.76).
  Im Klartext bedeutet das nichts anderes, als daß die Führer dieser Mini-Gewerkschaften sich keinesfalls an Beschlüsse und Forderungen gebunden fühlen wollen, die von einer breiten Voll-Versammlung der aktivsten spanischen Arbeiter gekommen wären, sondern ihr spalterisches Süppchen erst kochen wollen, wenn alles in „geordneten Bahnen" ist, d.h. wenn die Arbeiter möglichst wenig mit zu entscheiden haben.

Spanien-Kommission

Streik-Abbruch bei Michelin

Der monatelange Streik der spanischen Arbeiter in den vier Michelin-Werken ist beendet. Die Arbeiter forderten u.a. die Bildung eines Gesamtbetriebsrates, die Herabsetzung der Arbeitszeit von 45 auf 40 Stunden und einen Mindestlohn von 22.000 Peseten (ca. 880 DM). Die Michelin-Kapitalisten feuerten gerade die aktiven Kollegen des Streiks und gaben nicht nach. Am 1. bis 3. Juni fanden vor dem spanischen Arbeitsgericht Verhandlungen zwischen den Kapitalisten und dem ICF, dem Internationalen Chemiearbeiterverband, statt. Anwalt von Michelin war übrigens ein Oberleutnant des Heeres und einer der vier Ankläger beim Prozeß gegen die Genossen der ETA Ende 1971. Es ging zunächst vor allem um die Rücknahme der Entlassungen von 36 Kollegen. Die Kapitalisten setzten sich dabei durch: Alle Kollegen wurden entlassen, erhalten aber eine Abfindungssumme („Gewerkschaftspost" 7/76).

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Friulis Bevölkerung organisiert sich

Seit dem Erdbeben leben 120.000 Menschen in 232 Zeltstädten, ihre Wohnungen sind zerstört worden. 7.000 haben ihren Arbeitsplatz verloren. Von der Regierung und den Kapitalisten hat die Bevölkerung Friulis nichts zu erwarten. Fiat-Chef Agnelli gab vor Kapitalisten aus Udine seine „Wiederaufbaustrategie" zum besten: *„Zuerst die Fabriken, dann der Rest, genau wie es die Deutschen gemacht haben".* Die Arbeitslosen bekommen jetzt 80% des letzten Lohnes, ihnen wird aber schon nahegelegt, in anderen Gegenden Arbeit zu suchen, d.h. zu emigrieren. Von der Regierung ist zwar ein Notprogramm und eine Hilfeleistung von 380 Milliarden Lira versprochen worden, aber die Bevölkerung soll bei der Wiedererrichtung der Städte außen vor bleiben.

Die Arbeiter Friulis stehen diesen Versprechungen äußerst mißtrauisch gegenüber, denn sie wissen nicht, was daraus nach den erfolgten Wahlen wird und sie haben auch das Beispiel des Belice-Tals in Sizilien vor Augen. (In Belice lebt die 1968 von einem Erdbeben betroffene Bevölkerung noch heute in Baracken!) Um nicht dasselbe Schicksal wie die Belice-Bevölkerung zu erleiden, haben sich an allen Orten des Erdbebengebietes Komitees gebildet, die über die Aufräumarbeiten hinaus auch den Wiederaufbau Friulis organisieren wollen.

Am Beispiel des Erdbebens hat sich im Volk die Erkenntnis verstärkt, daß der Wiederaufbau ihres Landes nur gelingen wird, wenn sie ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Adolfo Suarez Ministerpräsident

Der Rücktritt des von Franco 1973 ernannten Ministerpräsidenten Arias Navarro am 1.7.76 erfolgte ohne äußeren Anlaß und für Uneingeweihte der Ränke und Intrigen der politischen Szene in Madrid relativ überraschend. Doch wer sich Hoffnungen auf eine Ersetzung des Franco-treuen Arias durch einen „reform"-freudigeren Politiker machte, wurde schon wenige Tage später eines Besseren belehrt.

Der spanische Kronrat, ein Gremium der Ultrarechten, schlug dem König drei Kandidaten zur Auswahl vor: Lopez Bravo, Silva Munoz und Adolfo Suarez, alle drei Spitzenfiguren der stärksten staatstragenden Machtfaktoren, des Opus Dei, bzw. der faschistischen Falange.

Der von Juan Carlos ernannte Adolfo Suarez war seit Francos Tod Minister des „Movimiento", der faschistischen Einheitsbewegung. Die persönlich-politischen Daten des neuen Ministerpräsidenten sind recht eindeutig: Er hat spanisches (Un)Recht studiert und dann Karriere gemacht, 1964 wurde er Propagandachef für Staatsrundfunk und -fernsehen. 1972 weigerte sich der Fernsehchef, in die BRD zu den Olympischen Spielen zu kommen, weil aus diesem Land zu viel (!) spanienfeindliche Propaganda komme.

Er verhinderte ebenfalls systematisch die Akkreditierung eines ARD-Fernsehkorrespondenten in Madrid („Süddt. Ztg.", 5.7.76). Suarez gehört nicht zum harten Kern des „bunker", d.h. der militanten Bürgerkriegsveteranen, die lieber heute als morgen der Opposition den physischen Garaus machen würden. Er war flexibel genug, rechtzeitig eine der Scheinparteien (faschistische Assoziationen) zu gründen, die schon zu Francos Zeiten ein Schattendasein fristen durften.

Suarez ist einer der wesentlichen Begründer der UDPE, Union des spanischen Volkes, die sich ausdrücklich auf die frankistische Tradition berufen.

Die Ernennung von Suarez zum Ministerpräsidenten nahmen sämtliche „Reform"-Minister zum Anlaß, ihr Amt niederzulegen und zu erklären, daß sie in einer Suarez-Regierung nicht bereit seien mitzuarbeiten. Ausgeschieden sind damit der Außenminister Areilza, der Spanien auf seinen Europa-Tourneen als sehr geschickter „Braun-Wegredner" vertrat, Innenminister Fraga, der trotz guter europäischer Presse als „Reformer" schon gescheitert war, wegen der Schieß- und Knüppeleinsätze der ihm unterstellten Franco-Garden gegen streikende Arbeiter. Ausgeschieden sind ferner der Informationsminister Martin Gamero, „der liberalste Informationsminister, den Spanien in vierzig Jahren hatte", schreibt „Le Monde", wobei offenbar schon die zahlreichen Verbote und Strafen spanischer Presseorgane im letzten halben Jahr vergessen sind.

Zurückgetreten ist auch Justizminister Robles Piquer. Damit ist die ganze Riege, die als „Vorkämpfer" der „Demokratisierung" Spaniens von der westeuropäischen Presse beschrieben wurde, aus dem Kabinett geschlossen ausgeschieden und hat damit ganz offensichtlich Platz gemacht für die Kandidaten eines noch rechteren Regierungskurses. In Kreisen der zurückgetretenen Minister wurde von einem „hinterhältigen Falange-Opus-Dei-Komplott" gesprochen. Es scheint, daß eine kurze Zeitlang durchaus berechtigte Erwartungen Areilzas bestanden, selbst Ministerpräsident zu werden.

In seiner Fernsehansprache am 7. Juli gab sich Suarez als jemand, der für „Dialog und Vorschläge offen ist und der für eine künftige Regierung, die *„aus dem freien Willen der Mehrheit der Spanier"* hervorgeht, eintritt. Diese Allgemeinplätze können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Suarez politischen Kreisen verbunden ist, die das Tempo der „Reformen" noch weiter drosseln wollen.

Es bleibt zu vermerken, daß man im europäischen Ausland, insbesondere auch in der BRD recht unglücklich über diesen offenbar politisch kaum zu begründenden Pferdewechsel ist. Die ganze Arbeit von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die „liberalen" Aushängeschilder (Fraga und Areilza) aufzubauen, ist nun für die Katz. Nun muß man sich mit den neuernannten, fast unbekannten Ministern beschäftigen und von vorn mit der Bastelei an deren „liberal-konservativem" oder „katholisch-technokratischem", usw. Image beginnen. Es ist schon ein Hundeleben ... das eines bürgerlichen Lumpenjournalisten, der aus jedem Furz eines spanischen Faschisten eine demokratische „Reform"übung mit weitgespannter Zukunftsperspektive basteln muß.

Spanien-Kommission

Italien

Westdeutsche Nazis in Südtirol aktiv

„Heim ins Reich"?

Die nördlichste Provinz Italiens, das Alto Adige (Südtirol), ist traditionell eines der reaktionärsten Gebiete, wo die deutschsprachigen Nationalisten und Faschisten, kräftig unterstützt von ihren westdeutschen Gesinnungsfreunden, nach wie vor ihr Unwesen treiben. Die vorherrschende Partei ist die Südtiroler Volkspartei, die in den Wahlen den Großteil der Stimmen der deutschsprachigen Bevölkerung auf sich zieht (rund 35% am 22. Juni dieses Jahres bei den Parlamentswahlen!).

Die SVP trat zu den Wahlen mit der Parole „Vereint im Edelweiß" an und verbreitete die Vorstellung, gleichermaßen und gleichberechtigt nebeneinander die Interessen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten (deutscher Sprache) zu vertreten. Der „Einheit der Deutschstämmigen" stand eine massive Hetze gegen die italienische Bevölkerung gegenüber, die als „arbeitsfaul" usw. beschimpft wurde.

Außer dem Nationalismus hat die SVP den schärfsten Antikommunismus auf ihre Fahnen geschrieben. Vom bayrischen Ziehvater StrauSS hat die SVP im Wahlkampf die Parole „Freiheit oder Kommunismus" übernommen, allerdings gleich in der hierzulande durch die NPD und „Vierte Partei" abgewandelten Form (bei StrauSS: „Freiheit oder Sozialismus").

Auf einer Kundgebung in Brixen meinte der SVP-Abgeordnete Benedikter: *„Korruption, Vetternwirtschaft und Unterwühlung von Linksradikalen haben Italien zu einem Staat mit afrikanischen Zuständen gemacht".* Die einzige weibliche SVP-Kandidatin, Hilde Vinantzer, legte anschließend die faschistische Familienideologie der SVP offen: Es gehe heute darum, *„einen Wall gegen*

Durch diese „Patenschaften" soll angeblich das „deutschstämmige Kulturgut" gefördert werden; auf jeden Fall soll eine „Mischkultur" zwischen deutschsprachigen Südtirolern und Italienern verhindert werden.

Südtirol ist seit dem zweiten Weltkrieg auch ein beliebter Platz für alte Nazis: Auf Schloß Labern in Merano werden das ganze Jahr über Nazi-Treffen abgehalten. Schloß Labern ist zwar ein Hotel, aber nur für Faschisten und ähnliches Gesindel geöffnet.

Der KZ-Mörder„arzt" Mengele beispielsweise lebt mehrere Monate im Jahr auf seinem Bauernhof in der Nähe von Merano, wo er eine Hundezucht betreibt.

Unter der Federführung von StrauSS und Otto von Habsburg, der sich auffallend oft in Südtirol herumtreibt, sind verschiedene Institutionen zur „Förderung des Deutschtums in Südtirol" geschaffen worden.

Da ist z.B. das „Kulturwerk für Südtirol" mit dem Vorsitzenden Josef Ertl. Dieses „Kulturwerk" sammelt Spenden für die zahlreichen Südtiroler Trachten- und Schützenvereine und fördert jede reaktionäre „Kulturveranstaltung". Dieses „Kulturwerk" vergibt auch Stipendien für Südtiroler an westdeutsche Universitäten – allerdings nur in CDU/CSU-regierte Länder.

Die „Stille Hilfe e.V." sammelt Geld für „soziale Einrichtungen", wie z.B. Kindergärten, die inhaltlich stramm reaktionär ausgerichtet werden müssen. Der „Südtiroler Familienverband" verbreitet die faschistoide Familienideologie der SVP. Auch hier darf bayrische Entwicklungshilfe nicht fehlen: Die CSU-Reaktionäre Alfons Groppel und Alois Hundhammer sind Schirmherren dieses Verbandes.

Italien

Erdbeben für Bürgerkriegsvorbereitungen benutzt

Das Erdbeben, das Anfang Mai in Friuli (der Gegend um Undine im Nordosten Italiens) fast tausend Menschen das Leben gekostet und über hunderttausend Menschen obdachlos gemacht hat, haben die Imperialisten für ihre Bürgerkriegsvorbereitungen in Italien benutzt. Unter dem Vorwand der „Hilfe" wurden mehrere hundert Soldaten der Bundeswehr und aus Kanada in Friuli eingesetzt. Mit ihren Panzerfahrzeugen konnten die westdeutschen NATO-Bataillone durch das „neutrale" Österreich hindurch nach Norditalien fahren – eine bisher einzigartige Sache, die eindeutigen Übungscharakter hatte. Denn während die westdeutschen und anderen NATO-Soldaten in Friuli eingesetzt wurden, waren die in den Kasernen Norditaliens stationierten italienischen Soldaten zwar in Alarmbereitschaft versetzt, kamen aber nicht zum Einsatz.

Die Soldaten, die in einem Umkreis von 50 und 100 km in ihren Kasernen warteten, deren Verwandte vielfach von der Erdbebenkatastrophe betroffen waren und die sich f r e i w i l l i g gemeldet hatten, konnten nicht an den Hilfsaktionen teilnehmen! Während es in Friuli an allen Ecken und Enden an Lebensmitteln, Decken, Zelten usw. fehlte, standen in Innichen, Welsberg und Toblich (knapp drei Fahrstunden von Friuli entfernt) die Lastwagen mit allem benötigten Versorgungsmaterial in den Kasernen bereit und durften nicht abfahren. Ähnliches galt für die Kasernen in Brixen und Bruneck, wo die Soldaten vergeblich auf den Einsatzbefehl für die freiwillig angebotenen Hilfeleistungen warteten.

Daß die christdemokratische Regierung viel mehr um die zahlreichen (47!) NATO-Basen im Katstrophengebiet, als um die notleidende Bevölkerung besorgt war, zeigte sich auch an dem provokatorischen Vorgehen der Behörden von Friuli gegen die zahlreichen freiwilligen Helfer, die aus ganz Italien gekommen waren. In Udine wurden z.B. am 13.5. elf Genossen, die eine Woche lang im Katastrophengebiet tatkräftig geholfen hatten, wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" auf ein Jahr (!) aus Friuli ausgewiesen. Gegen diese Ausweisungen und die Behinderungen der freiwilligen Helfer verfaßten die „Demokratischen Komitees zur Koordinierung der freiwilligen Hilfe" Protesterklärungen.

Wie sehr es der Bourgeoisie um die „öffentliche Sicherheit" ging, beweist auch die Tatsache, daß die Offiziere im Erdbebengebiet mit Pistolen bewaffnet herumliefen (und keinen Handschlag taten), während die Soldaten mit Schaufel und Hacken arbeiteten. Sehr zynisch war auch die Absage der diesjährigen Militärparade am 2. Juni wegen des Erdbebens, während Truppenübungen trotz des Erdbebens ungehindert weitergingen. So mußten z.B. in Rom, als am dringendsten Hilfe benötigt wurde, die Soldaten an einer Anti-Guerilla-Übung teilnehmen, die die Besetzung ganzer Stadtteile vorsah.


Die Bevölkerung von Friuli versorgt sich mit Lebensmitteln

Kandidatin, Hilde Vinantzer, legte anschließend die faschistische Familienideologie der SVP offen: Es gehe heute darum, *„einen Wall gegen das marxistisch-leninistische Gedankengut zu errichten"*. Dazu bedürfe es einer *„gesunden Familie"*. *„Schutz des Lebens für Ungeborene und Gebrechliche, Schutz der Jugend und des Kindes vor Verpolitisierung, Pornographie und Sexualität"* und Aufwertung der Hausarbeit waren weitere Forderungen der SVP-Frau (Zitate aus den „Dolomiten", Tageszeitung der SVP, vom 18.6.76).

Im Wahlkampf hat die SVP von Anfang an auf eine „Internationalisierung" der „Südtirolfrage" orientiert, falls die PCI nach den Wahlen an der Regierung beteiligt wird. Für diesen Fall will die SVP die vollständige „Unabhängigkeit" (?!) Südtirols fordern und sich an internationale Gremien mit dieser Forderung wenden. Es liegt auf der Hand, daß die christdemokratische und faschistische „Internationale", der Imperialismus und seine Geheimdienste in einem solchen Fall in Südtirol alle Arten von separatistischen Manövern entfesseln würden, ebenso wie auf den portugiesischen Inseln Madeira und Azoren!

Enge Verbindungen zwischen CDU/CSU und SVP

Von den westdeutschen und österreichischen Reaktionären und Faschisten werden die deutschsprachigen Südtiroler wie eine besondere Art „Heimatvertriebene" behandelt, die zwar in ihrem Land, aber unter „Fremdherrschaft" leben müssen. So erscheinen auch zu allen sudetendeutschen und ähnlichen revanchistischen Treffen Abordnungen aus Südtirol, um „Verbundenheit" zu bekunden. Enge Verbindungen gibt es zwischen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen einerseits, Südtirol andererseits. Für jedes Südtiroler Dorf hat irgendeine süddeutsche oder österreichische Kleinstadt eine „Patenschaft" übernommen.

... fe nicht fehlen: Die CSU-Reaktionäre Alfons Groppel und Alois Hundhammer sind Schirmherren dieses Verbandes.

Wen wundert es, daß angesichts dieses reaktionären Klimas zahlreiche westdeutsche Unternehmer Firmen in Südtirol unterhalten. Der Alt-Nazi Hoppe hat z.B. zwei Betriebe. Angelockt werden die Kapitalisten auch durch die Regelung, daß die Betriebe zehn Jahre lang steuerfrei sind.

BRD-Reaktionäre im Wahlkampf

Zu Beginn des italienischen Wahlkampfes fand in Südtirol eine Veranstaltung über Schulprobleme statt, wozu als Hauptreferenten bayrische „Schulexperten" geladen waren. Mehrere Funktionäre der „Jungen Union" waren zu dieser Tagung erschienen und vereinbarten mit SVP-Funktionären den Aufbau einer „Schülerunion" nach CDU/CSU-Vorbild in Südtirol.

Am 27. Mai fand ein großes Schützenfest in Bolzano (Bozen) unter starker westdeutscher Beteiligung statt. Auf diesem Schützenfest forderte die SVP, daß die Schützen „endlich wieder" in der Öffentlichkeit Waffen tragen dürfen.

Der bayrische Landtag besuchte am 11./12. Juni Südtirol, wobei die offiziellen Ansprachen der CSU ler voll waren von Warnungen über die „kommunistische Gefahr", Blicke „über die Mauer" und die Beschwörung des „gesunden Deutschtums" in Südtirol. Aktiv am Wahlkampf beteiligt waren auch westdeutsche Touristen, die auf SVP-Kundgebungen Gruselgeschichten über die DDR und das „Chaos", das die SPD/FDP-Regierung über die BRD gebracht habe, erzählten. In der SVP-Zeitung „Dolomiten" waren fast täglich Leserbriefe westdeutscher Touristen abgedruckt, die alle in diese Kerbe hauten.

Genossin der Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Italien

Gewalt gegen Frauen

Seit dem 30. Juni stehen in Latina, einem Ort in der Nähe von Rom, zwei der drei Mörder von Rosaria Lopez vor Gericht: Gianni Guido und Angelo Izzo. Der Dritte, Andrea Ghira, hat sich nach Brasilien abgesetzt. Guido, Izzo und Ghira, alle wohlhabende Bürgersöhne und zudem Faschisten, haben vor 9 Monaten die Proletariertöchter Rosaria Lopez und Donatella Colasanti entführt, aufs grausamste gequält, vergewaltigt, geschlagen und gefoltert. Zwei Tage lang, bis Rosaria starb. Donatella entging demselben Schicksal nur deshalb, weil sie sich totstellte. Als der Fall bekannt wurde, rief er in der italienischen Arbeiterklasse große Empörung hervor.

Zum Prozeßbeginn mobilisierten viele Frauengruppen aus ganz Latium (der Region um Rom) zu einer Demonstration und ständigen Prozeßbesuchen. Sie protestierten nicht nur gegen die faschistische Gewalt, sondern auch allgemein gegen die sexuelle Gewalt, die den Frauen in der männlichen Gesellschaft ständig angetan wird. „Per Rosaria Lopez non basta il lutto, pagherete caro, pagherete tutto!" (Die Trauer für Rosaria Lopez reicht nicht – Ihr werdet teuer bezahlen, Ihr werdet alles bezahlen!).

Waren die Faschisten „nicht zurechnungsfähig"?

Die Familien der Mörder haben für ihre Söhne die renommiertesten Staranwälte der Bourgeoisie aufgeboten, die schon von Beginn des Prozesses an eine klare „Verteidigungs" strategie vorlegten:

Der tatsächliche Schuldige, der auch allein den Mord begangen haben soll, sei Andrea Ghira, der sich nach Brasilien abgesetzt hat. Gianni Guido ist wegen „psychischer Depressionen" und anderen Krankheitssymtomen nicht zum Prozeß erschienen. Angelo Izzo meinte bereits am ersten Verhandlungstag, er hielte es im Gerichtssaal angesichts der vielen protestierenden Frauen nicht mehr aus, und wolle lieber die ganze Zeit im Gefängnis verbringen.

Der Hauptschuldige ist Ghira, die beiden anderen sind „psychisch krank" bzw. „nicht zurechnungsfähig zur Tatzeit" gewesen, das ist die Strategie der Anwälte der faschistischen Mörder, was bei dem vorsitzenden Richter anscheinend Gehör gefunden hat.

Die anwesenden Frauen riefen angesichts der Aussagen von Izzo: *„Wir glauben Dir, daß Du jetzt Angst hast, Angst hast Du aber keine gehabt, als Du sie getötet hast!"*.

Der bürgerliche Lumpenjournalismus suhlt sich im Voyeurismus

Der Gerichtssaal von Latina ist seit Prozeßbeginn gefüllt mit Journalisten und vielen Schaulustigen, die gierig auf die Einzelheiten warten, die Donatella Colasanti als Hauptzeugin der Anklage bringen muß. Vom Richter und den Anwälten der Faschisten kommen Fragen wie, ob Donatella und Rosaria noch Jungfrauen waren, als die Faschisten sie mißbrauchten. Donatella und die Familie von Rosaria müssen tatsächlich nachweisen, daß die Mädchen noch „unberührt" zur Tatzeit waren – dies angesichts des bestialischen Mordes und der Folterungen der Faschisten!

Frauen, die im Gerichtssaal waren, sprachen nach der Verhandlung Donatella ihre Bewunderung für ihr tapferes Auftreten angesichts der diskriminierenden Fragen aus, die ständig auf sie herunterprasselten.

„Rosaria – Wir werden Dich rächen!"

Die Frauengruppen nahmen den Prozeß zum Anlaß, um nicht nur gegen den Mord und die Mißhandlungen zu protestieren, sondern gegen die sexuellen Gewaltakte, denen Frauen tagtäglich ausgesetzt sind.


Rosaria Lopez – das Opfer der faschistischen Mörder

Was in Circeo passiert ist, ist nur die Spitze des Eisbergs. So bekommen heute zwei Frauen, die abends allein spazierengehen, immer wieder von männlichen Autofahrern zu hören: *„Fahren wir nach Circeo"* oder *„Wir haben zwei Plätze im Kofferraum"*. In dem Aufruf zum Prozeßbesuch schrieben die Genossinnen von Lotta Continua: *„Dieser Prozeß bedeutet sehr viel für uns. Wir wollen nicht nur, daß die Faschisten teuer für das Leben von Rosaria und die Mißhandlungen, die Donatella für immer gezeichnet haben, bezahlen. Wir wollen viel mehr. Wir wollen, daß dies eine wichtige Etappe für das Anwachsen unserer Bewegung ist, im Kampf aller Frauen für ihre Eigenständigkeit, ein Moment, in dem die Gewalt gegen uns auf ihre Urheber zurückfällt, die sie fühlen läßt, wie groß die Wut und der Wille von uns Frauen ist, die Welt zu verändern* („Lotta Continua", 1.7.76).

Durch die Mobilisierung der Frauengruppen waren in den ersten Tagen bereits mehrere tausend Frauen am Prozeßort.

Unverständlich ist allerdings der Beschluß der Frauengruppen, zur Demonstration in Latina am 30. Juni keine Männer zuzulassen.

Der Kampf gegen die Faschisten wurde dadurch in falscher Weise beschränkt.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

England

London

8.000 gegen das rassistische Regime in Südafrika



8.000 marschierten in London gegen das südafrikanische Rassistenregime. Dichte Bullen-Ketten zu beiden Seiten des Demonstrations-Zuges versuchen einerseits die Demonstranten von der Bevölkerung zu isolieren und andererseits dem Marsch einen Hauch von Gewalt und Illegalität zu verleihen.



Der Mörder Izzo (links) wollte „heraus aus dieser Umgebung": Frauen protestieren durch das Zeigen des Feministinnen-Zeichens und lautes Rufen im Gerichtssaal

8.000 marschierten in London gegen das südafrikanische Rassistenregime. Dichte Bullen-Ketten zu beiden Seiten des Demonstrations-Zuges versuchen einerseits die Demonstranten von der Bevölkerung zu isolieren und andererseits dem Marsch einen Hauch von Gewalt und Illegalität zu verleihen.

8.000 Menschen demonstrierten am 27.7. durch London, sie protestierten damit gegen die Morde des rassistischen Regimes in Südafrika, gegen die Unterstützung der weißen Faschisten durch den britischen Imperialismus und gegen den Rassismus in England selbst.

Aufgerufen hatte dazu ein breites Spektrum an Organisation und Menschen: Labour-Abgeordnete, die „Anti-Apartheid-Bewegung" (Labour geführte Organisation), die englischen Jusos, die Jung-Liberalen, Gewerkschaften, die revisionistische Kommunistische Partei Englands, Ausländerorganisationen, ein „Britisches Friedenskomitee", die „International Socialists" usw.

Die Mobilisierung zu dieser Demonstration fiel auf fruchtbaren Boden: in den letzten Wochen hatte es mehrere große Protestmärsche gegen rassistische Ausschreitungen weißer Faschisten gegen farbige Bewohner der Ausländerghettos in London gegeben (s. AK 83).

England-Kommission

Faschistischer Sammlungsversuch in Italien

In Italien wurde während des jüngsten Wahlkampfs (siehe AK 83) die neofaschistische Partei MSI von einer sogenannten „Costituente di Destra per la libertà" (CdD, übersetzt etwa: Versammlung der Rechten für die Freiheit) unterstützt.

Die CdD ist ein neuer Versuch, im Umfeld der MSI eine faschistische Sammlungsbewegung aufzubauen, unter Einbeziehung von parteilosen rechtsradikalen Intellektuellen, ehemaligen Mitgliedern anderer bürgerlicher Parteien etc.

Gegründet wurde die CdD im November letzten Jahres, trat aber erst in diesem Januar erstmals öffentlich auf.

Präsident der CdD ist **Enzo Giacchero**, ehemaliger Funktionär und Parlamentsabgeordneter der „Christdemokraten" (DC). Generalsekretär der CdD ist **Agostino Greggi**, gleichfalls jahrelang DC-Abgeordneter, 1972 aus der DC ausgetreten. In der Führung der CdD sind ferner der Senator **Mario Tedeschi** (seit 1973 Führungsmitglied der MSI) und **Armando Plebe**, Herausgeber der MSI-Zeitschrift „Cultura di Destra". Zur Führung der CdD gehören neben zahlreichen hohen Militärs (!) auch „Künstler" mit nazistischen Ambitionen – wie etwa der Regisseur **Gualtieri Jacopetti**, der den rassistischen Film „Africa Addio" sowie den Film „Mondo Cane" verbrochen hat, in denen durch eine endlose Aneinanderreihung von Brutalitäten der Wunsch nach der „heilen Welt" des Faschismus genährt werden sollte. Bemerkenswert ist auch, daß G. Guareschi, der inzwischen verstorbene Verfasser von „Don Camillo und Peppone", im faschistischen Milieu gelandet war – als Begründer der halb „satirischen" Zeitschrift „Il Candido", die der MSI sehr nahe steht.

Schon 1973 war es der MSI gelungen, sich die kleine monarchistische Partei völlig einzuverleiben. Formal wurde dies als Zusammenschluß dargestellt, weshalb sich die MSI zeitweise auch den Namen MSI-Destra Nazionale (Nationale Rechte) gab, auf den heute aber meist verzichtet wird.

Auch die CdD wird höchstwahrscheinlich nicht zu einer faschistischen „Massen"bewegung werden können, sondern hat nur die Funktion eines Wahlzutreibers und Rekrutierfelds für die MSI.

„Workers Revolutionary Party" gibt neue Tageszeitung heraus

Nach zweieinhalb monatiger Pause gibt die trotzkistische Organisation „Workers revolutionary party" (WRP) wieder eine Tageszeitung heraus: die „The News Line". Anfang Mai erschien die erste Ausgabe.

Sie ist die Nachfolgerin der Tageszeitung „Workers Press" („Arbeiterpresse"), die am 14.2.76 zum letzten Mal erschien. „Workers Press" war seit 69 kontinuierlich herausgekommen, die Auflagenhöhe ist uns nicht bekannt.

Als Gründe für die Einstellung wurden „finanzielle Schwierigkeiten" angegeben, die die WRP zur Schließung ihrer Druck- und Verlagsanstalt Plough Press Ltd. gezwungen hätten. Die Preiserhöhungen für den Druck von rund 28 % seit Januar hätten nicht mehr aufgefangen werden können.

In der letzten Ausgabe von „Workers Press" hieß es: „*In dieser letzten Ausgabe von WP fordern wir alle Leser auf, den 50.000 Pfund-Krisen-Fonds aufzufüllen. Wir müssen die fehlenden 14.000 Pfund* (ca. 70.000 DM, Anm. AK) *aufbringen... Seit sechseinhalb Jahren kämpft WP unablässig gegen den Kapitalismus und seine Agenten in der Arbeiterbewegung. Das wäre ohne Eure Hilfe nicht möglich gewesen. Jetzt sorgt mit dafür, daß die 50.000 Pfund aufgebracht werden.*"

Was die politischen Aussagen von „The News Line" angeht, so hat sich gegenüber „Workers Press" nichts geändert: die Hauptausrichtung der Politik von WRP zielt immer noch darauf ab, für „*sofortige Neuwahlen*" einzutreten, deren Ergebnis eine „*Labour-Regierung*" sein soll, die man zur Einhaltung ihres „*sozialistischen Wahlprogramms zwingen*" will. Zu diesem Zweck fordert WRP die sofortige Einberufung eines Labour-Sonderparteitages, der die Labour-Führung endlich wieder zur „Einhaltung einer sozialistischen Politik zwingen" soll. Dazu würde als Kernpunkt natürlich gehören:

„*Die Verstaatlichung der westlichen Industrien, und zwar ohne Entschädigung und unter Arbeiterkontrolle*".

Offensichtlich unter dem Gesichtspunkt der Absatzförderung ist die Konzeption der Zeitung insofern geändert worden, als in „The News Line", die regelmäßig 16 Seiten stark ist, zwei Seiten für ein ausführliches Fernsehprogramm und 2,5 bis drei Seiten für Sport reserviert sind. Auch kurze Meldungen über ganz „normale" Kriminalfälle (Juwelenraub z.B. in der Ausgabe vom 24.5.76) oder unpolitisch gehaltene Filmkritiken.

Die finanzielle Situation scheint sich nicht besonders geändert zu haben, so berichtet „The News Line" in der Ausgabe vom 22.5.76 darüber, daß für den Monat Mai rund 4.000 Pfund (ca. 20.000 DM) durch Spen-

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

den aufgebracht werden müssen. „*Bisher haben wir lediglich 1.056,86 Pfund zusammen, und es sind nur noch 10 Tage bis zum Ende des Monats.*" (S. 3).

„The News Line" bringt eine erstaunlich breite Berichterstattung über politische Ereignisse in der BRD, speziell, was die Prozesse gegen die RAF-Genossen und die Haftbedingungen für politische Häftlinge angeht. So fanden wir allein in einer Ausgabe (Nr. 10, 12.5.76) drei Artikel zur BRD: einen zum Druckerstreik, einen zur Wallraff-Enthüllung zu Portugal und den Verbindungen der portugiesischen Faschisten zu Strauß und Konsorten und einen zum Tod Ulrike Meinhofs. Nr. 13 (15.5.76) brachte sogar einen über zwei Seiten gehenden Artikel über Ulrike, ihren Werdegang und die Haftbedingungen, denen sie ausgesetzt war.

In Nr. 23 (27.5.76) eine über eine ganze Seite gehende Auseinandersetzung mit der Politik der RAF, die sehr solidarisch und ausgesprochen korrekt die ideologischen Grundlagen der RAF darstellt: kleinbürgerlicher Revolutionarismus, tiefe Resignation über die Rolle der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern, Kritik daran, daß die Gruppe ihre Energien nicht in den Aufbau einer „gut trainierten Kaderpartei" invetiert hat usw.

Dies scheint uns ein neuer Akzent der Berichterstattung gegen- „Workers Press" zu sein.

England-Kommission

Skandinavien

„Einigung" im Fischereikrieg mit England

Seit Anfang des Monats herrscht Ruhe an der Fischereifront. Auf Druck der NATO - „Partner" anläßlich der Osloer Konferenz des Atlantikrats sah Großbritannien sich gezwungen, seine Kriegsschiffe vor Islands Küste abzuziehen und seinen Trawlern einen zeitweiligen Fangstopp (gegen entsprechende Entschädigung aus der Staatskasse) zu verordnen. Beides waren Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Island. Vorgespräche dazu gab es ebenfalls bereits am Rande der Osloer Konferenz.

Ergebnis der Verhandlungen : Ein bis zum 1. Dezember befristeter Vertrag, der den Briten gestattet, täglich 24 Trawler innerhalb der isländischen 200 sm - Hoheitsgewässer bis zu 20 sm vor der Küste fischen zu lassen. Gesperrt sind lediglich besondere Fischerei-Schutzzonen. Dieses Ergebnis entspricht einer jährlichen Fangmenge von ca. 60.000 Tonnen Fisch.

Nach Abschluß der Verhandlungsrunde wurde ebenfalls die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen vereinbart, die im Februar von Island abgebrochen wurden, nachdem England Kriegsschiffe zum „Schutz" der britischen Trawler geschickt hatte.

Dieser Abschluß stellt eindeutig einen Erfolg für Großbritannien dar. Äußerten doch „*eingeweihte Handelspolitiker*" auf britischer Seite ihre Zufriedenheit (nach „Nordsee - Zeitung", 1.6.76) nachdem sie die Verhandlungen bislang erfolgreich hinausgezögert hatten, um ihren Bedarf für dieses Jahr unter Marine - Schutz bereits decken zu können.

Im Vertrag wurde bewußt auf die Festsetzung einer begrenzten Fangquote verzichtet, um Protesten seitens der isländischen Bevölkerung möglichst keinen konkreten Anhalt

bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen gehen.

Insbesondere der seitdem immer radikaler vorgetragene Protest der Bevölkerung gegen die britische Bedrohung durch Kriegsschiffe und der in diesem Zusammenhang immer breiter erhobenen Forderung nach NATO - Austritt ist zu verdanken, daß Großbritannien immerhin nicht seine Kanonenbootpolitik mit einem vollen Sieg beenden konnte. Die Aktionsformen der Bevölkerung - wie Sperrung des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes - nahmen für die NATO - Imperialisten mittlerweile immer bedenklichere Formen an. Um die Nordflanke nicht zu gefährden und wohl auch, um die konservative isländische Regierung nicht in ernstere Schwierigkeiten zu bringen, mußte England endlich etwas einlenken.

Allerdings sind die Proteste in Island keinesfalls verstummt : Am Tage nach Vertragsabschluß protestierten die Gewerkschaften und die „sozialistischen" Oppositionsparteien (im wesentlichen die relativ starke revisionistische KP und die Sozialdemokraten) mit einer Massenkundgebung gegen die Übereinkunft. Für die Opposition in der Bevölkerung wird es jetzt darauf ankommen, weiterhin massiv für ein tatsächlich 200 sm umfassendes Hoheitsgebiet - ohne Einschränkung - einzutreten. Eine entsprechende Regelung - 200 sm - Wirtschaftszone - wird nach wie vor vor der internationalen Seerechts - Konferenz erwartet. Im übrigen hat vor kurzem Mexico eine entsprechende Zone verkündet und Norwegen und Kanada werden ebenfalls in Kürze entsprechende Zonen in Anspruch nehmen. Erwähnt sei nochmals, daß auch Großbritannien anläßlich der Seerechts - Neuordnung eine 200 sm - Wirtschaftszone beansprucht.

Griechenland

Karamanlis' Politik

Nach wie vor besteht die Politik der reaktionären Regierung Karamanlis darin, die Linke massiv zu bekämpfen, verleumden, bestrafen und die faschistische Rechte entweder zu fördern oder mindestens wohlwollend zu tolerieren.

– Sozusagen als Antwort auf die faschistischen Überfälle auf linke Büros führte die Polizei zum dritten Mal innerhalb von sechs Monaten nächtliche Hausdurchsuchungen „nach Waffen" ausgerechnet bei zyprischen linken Studenten durch (diesmal im Morgengrauen des 29. 6.1976). Es wurde überhaupt nichts gefunden.

– Der Präsident des griechischen Studentenverbandes und zwei weitere Studenten müssen sich vor Gericht verantworten, weil sie im Januar '75 nicht tatenlos auf eine versprochene „Entnazifizierung" hofften, sondern den berüchtigten und von den Behörden unbehelligten Folterknecht Sardhélis – besser als „Kneifzange" bekannt – so behandelten, wie man eben auf frischer Tat ertappte Spitzel und Provokateure behandelt. Anklage : „*Entführung, Diebstahl, Gewalttätigkeit, Rockertum*" usw.

– Sechs Monate Gefängnis bekam der antifaschistische Redakteur der „Christianikji", N. Psaroudhákjis, im Berufungsverfahren. (Erstes Urteil: 16 Monate!) Sein „Verbrechen" war es gewesen, in einem Leitartikel die eifrige juristische Rückendeckung für die Junta während der Diktatur durch dieselben Mitglieder des Obersten Gerichtshofes zu enthüllen, die durch die Inkraftsetzung einer raschen „Verjährungsfrist" die Verurteilung der meisten Juntaverbrechen verhinderten.

Solche „Amtsbeleidigung durch die Presse" muß natürlich hart bestraft werden, während fast zur gleichen Stunde der „Minister" der Junta, P. Therápos, der der „einfachen Beihilfe zum vorsätzlichen Totschlag in drei Fällen" angeklagt war, freigesprochen wurde. „Begründung": Die ausführenden Täter – Beamte der „Sicherheitspolizei" – seien beim Prozeß um das Gemetzel ums Polytechnikum ja auch freigesprochen worden, weil das Abschießen von Tränengaspatronen „an sich" ja „legal" und der Tod der Tränengasopfer nur „zufällig" eingetreten sei! Außerdem könne man dem Angeklagten nicht nachweisen, daß er überhaut etwas von der Sache gewußt habe.

Damit ist der letzte der sieben Prozesse gegen ehemalige „Minister" und sonstige „Würdenträger" der Junta abgeschlossen.

Dabei wurden nur insgesamt zwei (!) Personen verurteilt, – ausschließlich wegen Schmiergeldaffären und „illegaler" persönlicher Bereicherung auf Staatskosten: Die Ehefrau des Ex-Diktators Papadopoulos und der „Minister" Kalojerópoulos.

Aus Protest gegen diese Politik verzichtete Psaroudhákjis auf ein zweites Berufungsverfahren und die Möglichkeit der Umwandlung in eine Geldstrafe (ca. 10 DM täglich) und ging demonstrativ ins Gefängnis (‚Eleftherotipia', 30.6. - 2.7.76).

– Am Morgen des 26.6.76 um 3.40 Uhr überfielen zwei faschistische Jungendliche das zentrale Büro der „KKE" (Revisionisten). Einer beschoß mit einem Revolver von der Straße aus zwei Studenten im Hochpaterre und traf dabei einen im Oberschenkel. Der andere Faschist rannte inzwischen ins Treppenhaus und deponierte eine Handgranate, die dann glücklicheweise nicht hochging. Wäre sie explodiert, hätten einige Wände des großen Gebäudes einstürzen können! Von den Tätern fehlt natürlich „jede Spur".

– Zwei Tage später wurde in Thessaloniki das 65jährige KKE-Mitglied Jorjos Papadopoulos mit einem Stuhl in einem Kaffeehaus krankenhausreif geschlagen, weil er die Gewerkschaftszeitung seiner Partei verkaufte.

– Schon beinahe als „normal" kann man inzwischen den Überfall auf das Büro der EDA (Iliou, Theodorakis) im Athener Stadtteil Ághâleo am späten Abend des 28.6.76 bezeichnen: Offenbar von einem PKW wurde ein Schuß aus einem Jagdgewehr in das Schaufenster abgegeben, wie ein Gutachter der Polizei am nächsten Morgen feststellte, als man die Sache entdeckte.

In den letzten Monaten hat es schon -zig Anschläge dieser Art gegeben -- bisher ist noch kein einziger auch nur Verdächtiger festgenommen worden!

Die Regierung scheute sich nicht, die „letztendliche Verantwortung" auf die PASOK und die KKE zu schieben, die durch ihre Politik „anarchistische Elemente beider Extreme (?)" ermutigen würden.

Tatsächlich hat Karamanlis in seiner berüchtigten Parlamentsrede nach den Straßenkämpfen von Athen und Rhodos die sogenannte „*schweigende Mehrheit*" und den „*ordnungsliebenden Bürger*" offen aufgefordert, „*den Terror der extremen Linken und der Extremisten nicht mehr hinzunehmen*".

Wie man sieht, haben Karamanlis Worte offene Ohren gefunden.

Die Linken wären gut beraten, wenn sie diese faschistischen Provokationen offensiv und gemeinsam beantworten würden.

Dänemark:

Griechenland: Sozialdemokraten vor der Spaltung?

Am 7. Juli wurde der bekannte Professor Tsatsos, der z.Z. der Militärdiktatur in Bonn lehrte und von der SPD für den Aufbau einer griechischen Sozialdemokratie ausgerüstet wurde, aus der sozialdemokratischen EdiK (Mavros) ausgeschlossen.

Dem voraus ging der Auftritt Tsatsos auf dem Kongreß der KKE/ „Inland" (rechte Abspaltung der Revisionisten, siehe AK 83), der von der rechten Mehrheit der Führung der EdiK nicht gebilligt wurde. Die Auseinandersetzung zwischen den alten Kräften der EdiK, den „Liberalen" der alten „Zentrumsunion" und den neuen Kräften, die sich stärker an den südeuropäischen „sozialistischen" Parteien (wie PSI/Italien, PSOE/Spanien, PSF/Frankreich) orientieren, ist schon seit Wochen im Gang.

Hintergrund dieses offenen Bruches dürfte wohl vor allem der sinkende Einfluß der EdiK sein, die beispielsweise zuletzt bei den Studentenwahlen noch ganze 4 % (!) erhielt und auch bei Parlamentswahlen fürchten müßte, von der agilen linkssozialistischen PASOK von Papandreou ausgepunktet zu werden.

Tsatsos und seine „Linken" in der EdiK plädieren angesichts der Linksentwicklung in breiten Teilen des griechischen Volkes für einen härteren Kurs gegen Karamanlis, für Aktionseinheiten mit den Revisionisten und gegen die NATO – Hauptsache, die Felle schwimmen nicht völlig davon.

Am 9. Juli ist aus Protest gegen den Ausschluß von Tsatsos auch Mangakis aus dem ZK der EdiK zurückgetreten. Es ist anzunehmen, daß noch eine Reihe weiterer Sozialdemokraten die EdiK von Mavros nun verlassen werden und eine eigene Partei gründen werden.

Griechenland/Türkei-Kommission

Papandrou an Arafat

Solidaritätsadresse des Präsidenten der PASOK, Andreas Papandreou, an Yassir Arafat:

„*Die PASOK und ich persönlich drücken unsere ungeteilte Solidarität mit dem Kampf aus, den Ihr gegen den Imperialismus und besonders seine Versuche führt, den Libanon zu zerteilen und die fortschrittliche Bewegung des Libanon zu unterwerfen.*

Wir sind sicher, daß Euer Kampf mit der Solidarität aller fortschrittlichen Länder und Bewegungen der palästinensischen Revolution den Sieg geben und dem Libanon Frie-

quote verzichtet, um Protesten seitens der isländischen Bevölkerung möglichst keinen konkreten Anhalt zu bieten : Entspricht die jetzt vereinbarte Quote doch genau der bereits vor vier Monaten vom isländischen Ministerpräsidenten Hallgrimsson vorgeschlagenen. Damals mußte die konservative Regierung Islands aufgrund des massiven Widerstands der Bevölkerung und Teilen des Parlaments (dem Alting) lich der Seerechts - Neuordnung eine 200 sm - Wirtschaftszone beansprucht.

Zum Schluß noch eine Korrektur : Im ARBEITERKAMPF 81 sprachen wir von zwei aufeinanderfolgenden Demonstrationen. Wie sich später herausstellte, war das ein Übermittlungsfehler : Es handelte sich beide Male um die selbe Demonstration.

KB/ Gruppe Bremerhaven

Atommüll-Lagerung in Schweden

Eine Anfang 1973 von der schwedischen Regierung eingesetzte Kommission *„zum Studium der Lagerungsmöglichkeiten für hochaktive Abfälle"* veröffentlichte vor kurzem ihre „Untersuchungs"ergebnisse. In dem Schlußkommentar der Kommission wird festgestellt, daß *„die heutige Technik ... zufriedenstellende Möglichkeiten zur Behandlung und Lagerung von gebrauchtem Brennstoff und radioaktiven Abfällen"* biete („Neue Zürcher Zeitung", 19.6.76).

Von daher wird sich für eine zentrale Lagerstätte für *„mittel- und schwachaktive Abfälle und für zentrale Lagerbecken für ausgebrannte Brennelemente"* ausgesprochen (ebenda). Im weiteren sollen ein Vorprojekt für eine Wiederaufbereitungsanlage sowie ausgedehnte Forschungs- und Entwicklungsprogramme im *„Bereich der Abfallbehandlung, der Wiederaufbereitung und der Plutonium-Rückführung in die Hand genommen werden"* (ebenda).

Hier wird deutlich, wie der schwedische Staat die daraus entstehenden Gefahren für die Bevölkerung herunterspielt. Tatsache ist, daß Radioaktivität nicht künstlich vernichtet werden kann und deshalb Jahrhunderte gelagert werden muß. So stellte der in der amerikanischen Atomenergiekommission verantwortliche Direktor für Atommüll und Transport fest: *„Keine der vorgeschlagenen Lösungen zum Problem der permanenten Aufbewahrung hochradioaktiver Abfälle ist heute technisch und ökonomisch durchführbar"* (H. Strohm: „Friedlich in die Katastrophe").

Ebenfalls gibt es bis heute noch keine sicheren Lösungen zur Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennstäbe. Eine Wiederaufbereitungsanlage gibt 10 bis 1000 mal so viel Radioaktivität in die Luft ab, wie alle von ihr „betreuten" Kernkraftwerke im Normalbetrieb (Gefährdung durch Kernkraftwerke, Broschüre des Arbeitskreises Umweltschutz an der Uni Freiburg).

Daß diese Gefahren gezielt vom schwedischen Staat verschwiegen werden, hat verschiedene Gründe. Zum einen soll das Verständnis der Bevölkerung für den verstärkten Bau von Kernkraftwerken geweckt werden, während man zum anderen versucht, den relativ breiten Protest zurückzudrängen. Die gestiegene imperialistische Konkurrenz in den Exporten mit Kernkraftwerken, die ungeheure Profite abwerfen, und die Nutzung des Plutoniums zur Herstellung von Atombomben ist für die Imperialisten wichtiger als die Gesundheit von Millionen Menschen.

Skandinavien-Kommission

Dänemark: Anti-Streikgesetz verabschiedet

In Dänemark wurde nach einjähriger Debatte ein Gesetz verabschiedet, das sowohl Staat als auch Kapitalisten die Möglichkeit öffnet, jeden Streik der dänischen Arbeiter mit brutalem Polizeiterror ein Ende zu setzen (siehe AK 81). So sieht dieses Gesetz vor, daß bei *„Blockaden von Betrieben der freie Zugang für Bürger mit legalem Anliegen"* garantiert wird. Das gleiche gilt für den *„An- und Abtransport von Waren"* („Handelsblatt", 18./19.6.76).

Mit diesem Gesetz soll jeder Streik im Interesse der Kapitalisten wirkungslos gemacht werden. Die staatlich geschützte Einstellung von Streikbrechern und die garantierte An- und Auslieferung von Waren gibt den Kapitalisten die Möglichkeit rücksichtslosester Provokationen gegenüber der dänischen Arbeiterbewegung, da man sich der generellen Unterstützung des Staatsapparates sicher ist. Dieses Gesetz legalisiert eine Praxis, die schon seit längerem in Dänemark angewandt wurde. So wurde der Streik der Arbeiter und Angestellten der Papierfabrik Bäckelund bei Viborg in Jütland, bei dem die Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen anläßlich eines neuen Tarifvertrages den Zugang zum Betrieb dichtmachten, mit brutaler Polizeigewalt zerschlagen. Für die bürgerlichen Parteien Dänemarks stellte das Vorgehen der Arbeiter *„eine Gefährdung der Freiheitsrechte"* dar.

Die Reaktion der dänischen Arbeiterbewegung auf dieses Gesetz steht noch aus.

Skandinavien-Kommission

Die Linken wären gut beraten, wenn sie diese faschistischen Provokationen offensiv und gemeinsam beantworten würden.
Kampf dem Faschismus!

Griechenland/Türkei-Kommission

mit der Solidarität aller fortschrittlichen Länder und Bewegungen der palästinensischen Revolution den Sieg geben und dem Libanon Frieden bringen wird" („Exormisi", Zeitung der PASOK, Nr. 87 vom 2.7.1976).

Stellungnahme der PASOK (Griechenland) zu den Präsidentenwahlen in Portugal

„...Das Bedeutende bei den letzten Wahlen ist das Auftreten des Brigadegenerals Otelo de Carvalho. Der beliebte ehemalige Führer des allmächtigen COPCON nahm hauptsächlich an den Wahlen teil, um sich der Politik der konservativen Kräfte entgegenzustellen und um an die Ziele der portugiesischen Revolution zu erinnern. Der Standpunkt der PCP war im Grunde genommen eine indirekte Mißbilligung des ‚Extremisten' und des Brigadegenerals und trug zur Schwächung der tatsächlich fortschrittlichen Kräfte in Portugal bei.

Den zweiten Platz, den der Brigadegeneral de Carvalho belegte, ist ein bedeutender Sieg und zeigt die Stimmungen des Volkes, die Ziele des sozialistischen Wandels zu verwirklichen. Die wenigen Stimmen des Kandidaten der KP, Pato, beweisen, daß ihre Basis trotz der fortwährenden Appelle nicht daran glaubte, daß Carvalho eine ‚Gefahr' für die Volksbewegung sei und ehrte ihn durch ihre Stimme" (aus „Exormisi", Zeitung der PASOK, Nr. 87 vom 2.7.76).

Die PASOK bezieht mit ihren Stellungnahmen zu internationalen Fragen immer deutlicher eine Position links von der revisionistischen KKE. Schon vor Jahresfrist hatte sich die PASOK aktiv zugunsten der portugiesischen Arbeiter der Zeitung „Republica" und gegen die bourgeoisen Ansprüche des Herrn Soares eingesetzt.

Griechenland/Türkei-Kommission

Griechenland: Revolutionäre angeklagt

Am 30.6.1976 erhob der Staatsanwalt Anklage wegen „moralischer Täterschaft" gegen 23 revolutionäre Genossen. Ihnen wird die Initiierung der Straßenkämpfe vom 25. Mai (siehe AK 81) vorgeworfen.

Dagegen haben die revolutionären Organisationen ELEK, Kommunistische Organisation Majchitis, OSE (Organisation Sozialistische Revolution) und OPA (Gruppe für eine proletarische Linke), sowie die trotzkistischen Organisationen OKDE und KEM zur Bildung eines Kampfkomitees aufgerufen.

Griechenland/Türkei-Kommission



naher osten

Wettrüsten in Nahost

Israel und Ägypten stärker gerüstet denn je

Der Oktoberkrieg '73 schuf die Voraussetzungen für eine Übereinkunft im Nahen Osten. Bisher haben die Aktivitäten der USA zu einem zweiseitigen Abkommen zwischen Ägypten und Israel (Sinai-Abkommen) geführt, von dem vor allem Israel und der US-Imperialismus profitieren. Von Anfang an waren die diplomatischen Aktivitäten jedoch von einer ungeheuren Aufrüstung im Nahen Osten begleitet. In der bürgerlichen Presse wird inzwischen offen zugegeben, daß die amerikanischen „Vermittlungserfolge" im Nahostkonflikt vorwiegend auf Waffenlieferungszusagen an beide Seiten beruhten.

Auch nach dem offenen Pakt Ägyptens – und über kurz oder lang wohl auch Syriens – mit dem Imperialismus sind die Widersprüche der arabischen Regimes zu Israel nicht beseitigt. Gegenseitiges Mißtrauen ist zur Zeit noch einer der Gründe für erneutes Wettrüsten im Nahen Osten. Zum anderen richtet sich die Drohung gegen fortschrittlichere Regimes wie z.B. Libyen und Irak.

Das Arsenal des Oktoberkrieges längst qualitativ und quantitativ übertroffen

Nach Aussage des ägyptischen Verteidigungsministers Gamassi war die Waffenstärke des ägyptischen Heeres Ende '75 um 100 % höher als vor dem Ausbruch des Oktoberkrieges 1973. Im Laufe des Jahres '76 wollen die arabischen Staaten 8 Mrd. Dollar für Waffen und den Ausbau einer Rüstungsindustrie ausgeben, das ist allein in diesem Jahr soviel wie b e i d e Seiten seit dem letzten Krieg investiert haben („Spiegel", 34/75)! „Die Furche" (15.11.75) berichtet sogar, daß Ägypten allein 1976 8 Mrd. Dollar in den Ausbau seiner Rüstungsindustrie stecken will.

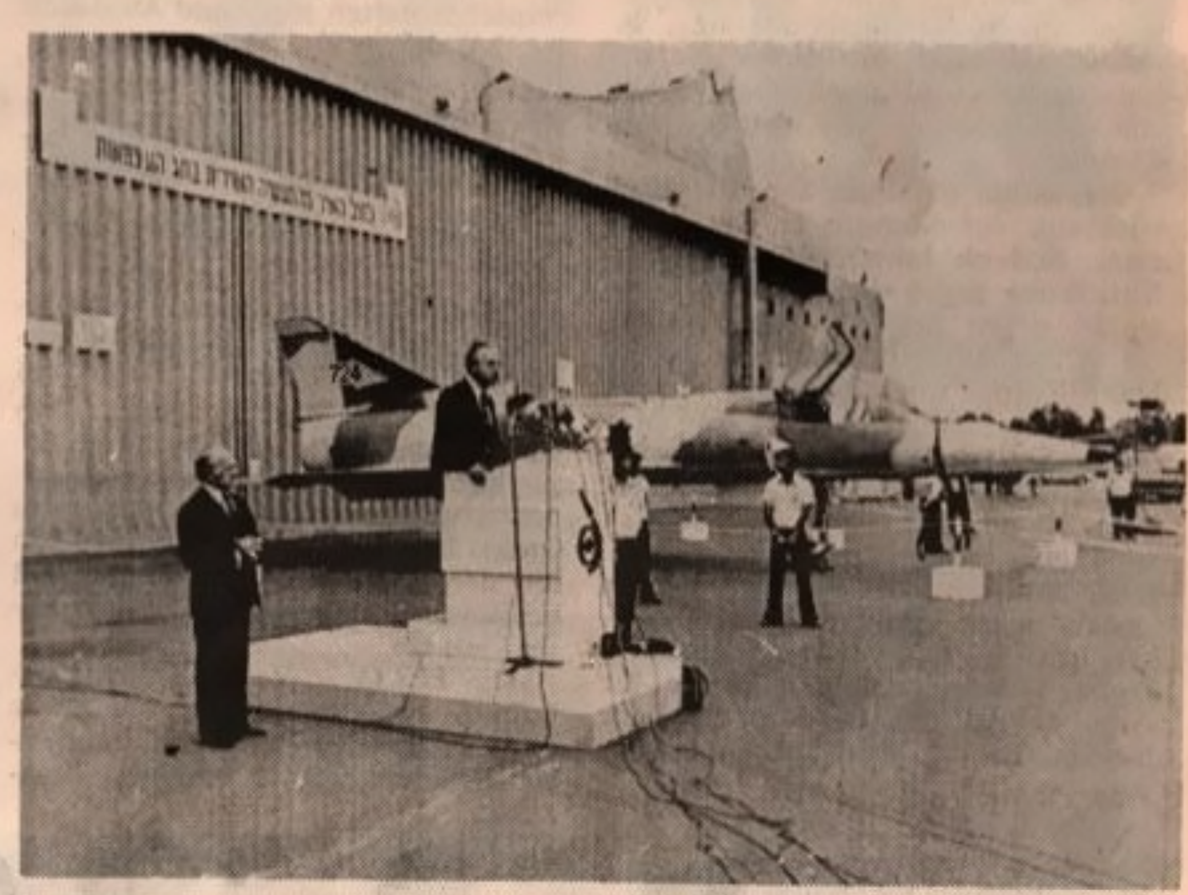
Israels Wiederaufrüstung ist ebenfalls weitgehend abgeschlossen und hat zur qualitativen und quantitativen Aufwertung der Kräfte gegenüber dem Vorkriegsstand geführt. Gemessen an der Endphase des Krieges hat Israel seine Artilleriebestände um 85 %, die Panzerzahlen um 50 % und die Anzahl der gepanzerten Fahrzeuge um 25 % erhöht („Army", 6/75).

Ägypten holt auf

25 km und 50 km. Ägypten verfügt nur über zwei Brigaden weiterreichender Scud-B-Raketen (24 Stück). Inzwischen soll die ägyptische die nordvietnamesische Luftabwehr „in den Schatten stellen".

Diese Zahlen beweisen, daß die Sowjetunion auch nach dem Hinauswurf der Militärberater (v o r dem Oktoberkrieg) ständig Waffen geliefert hat, in den ersten 15 Monaten nach dem Oktoberkrieg für 1,5 Mrd. Dollar. Von einer Nichteinhaltung der Verträge durch die Sowjetunion kann also keine Rede sein.

Inzwischen bemüht sich Sadat entsprechend seiner proimperialistischen Politik – um Waffenlieferungen aus dem Westen. Schon seit Jahren liefern die USA Lastwagen und Jeeps. Nach Aufkündigung des sowjetisch-ägyptischen Freundschaftsvertrages werden die USA zunächst sechs Transportflugzeuge des Typs Lockheed C 130 liefern. Ersatzteile und Ausbildung der Piloten sind im Vertrag inbegriffen. Vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen werden wahrscheinlich keine weiteren Waffenlieferungen folgen; allgemein wird die Lieferung der Transportflugzeuge jedoch als erster



Israelische Eigenentwicklung: Kampfflugzeug „Kfir"

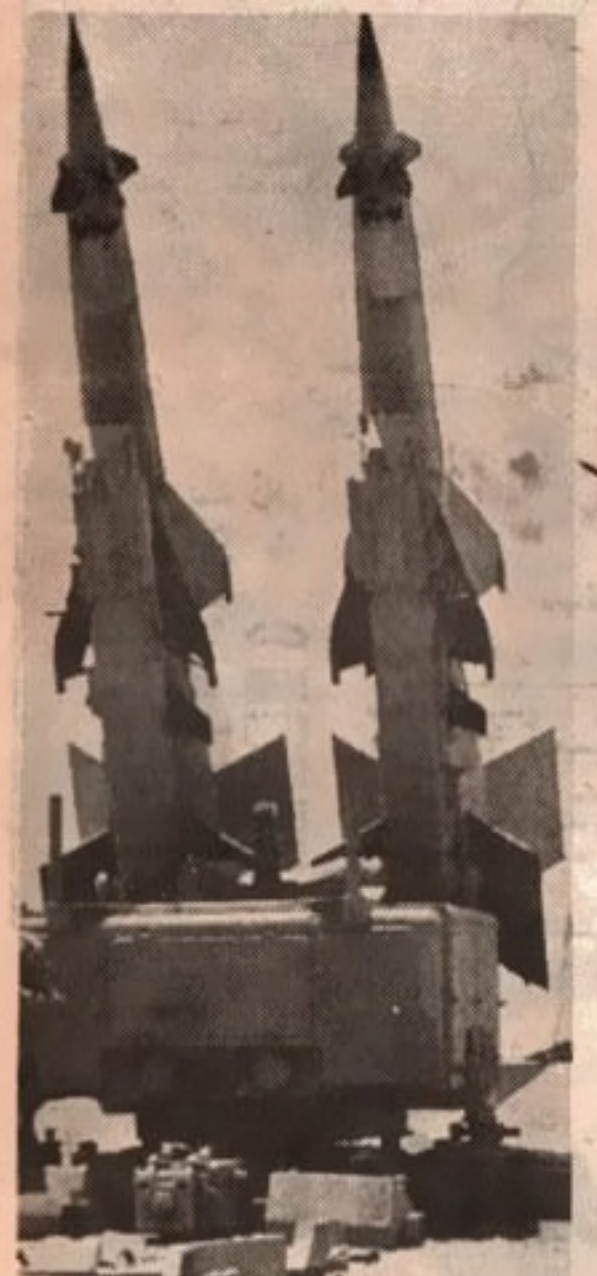
tung „Al Gomhouriat", nach der bei Manövern erstmals NATO-Waffen modernster Bauart eingesetzt worden seien („FAZ", 1.4.76).

Die Stärke der Zionisten

Während die bürgerliche Presse über die Rüstungsaufwendungen arabischer Staaten relativ breit berichtet, sind genauere Zahlen über Israel wenig bekannt. Die Angaben über Militärausgaben schwanken zwischen einem Drittel der Gesamtaufwendun-

seit fünf Jahren wird vermutet, daß Israel Eigenbau-Atomsprengköpfe besitzt. Von hohen CIA-Beamten ist bestätigt worden, daß Israel über 10 - 20 einsatzbereite Nuklear-Waffen verfügt (u. a. „HA", 16.3.76 und „Le Monde", 17.3.76). Inzwischen wird offen diskutiert, daß Israels „Überlebenschance" mehr und mehr in atomarer Überlegenheit bestehe.

Der Ausbau der Lenkwaffensysteme, der Marine und Luftwaffe hat das erklärte Ziel, Feindziele jenseits



Sowjetische SAM-Raketen

Ägypten holt auf

Schon im Oktoberkrieg haben die militärischen Erfolge der Ägypter den Mythos der Unbesiegbarkeit Israels einen empfindlichen Schlag versetzt, so z.B. die imponierende Leistung der ägyptischen Kanalüberquerung. In der ägyptisch-israelischen Panzerschlacht vom 14. bis 20. Oktober 1973 waren die Ägypter den Israelis bis zum 18. Oktober durchaus ebenbürtig, trotz offensichtlicher Mängel der sowjetischen Panzer (geringere präzise Sichtweite, geringerer Schwenkradius der Kanonen).

Während des Oktoberkrieges hat die Sowjetunion den Ägyptern 900 Panzer geliefert. Heute, nach der Lieferung von weiteren 1.000 Panzern, verfügt Ägypten über fast 2.000 mittlere Kampfpanzer und 2.600 gepanzerte Transportfahrzeuge.

Zwischen Israelis und Ägypern besteht zwar noch immer ein technologischer Abstand, doch variiert er nach Waffengattung und verringert sich zusehends. Besonders groß ist der Abstand bei der Luftwaffe, er zeigt sich vor allem in Zahl und Ausbildungsstand der Piloten. Inzwischen wurde in Ägypten ein neues Institut zur Ausbildung von Luftwaffen-Fachpersonal eingerichtet. Die Luftwaffe verfügt über 500 Kampfflugzeuge, darunter 48 MIG-23.

Besondere Bedeutung wurde nach dem Oktoberkrieg der Verbesserung der ägyptischen Luftabwehr beigemessen. Die Batterien verschiedener SAM-Geschosse wurden von der Sowjetunion auf 150 aufgestockt. Ihre Reichweite liegt je nach Art zwischen

mein wird die Lieferung der Transportflugzeuge jedoch als erster Schritt umfangreicher Waffenlieferungen angesehen („SZ", 27/28.3. 1976), die Ägypten zunehmend politisch und militärisch vom Imperialismus abhängig machen werden.

Die bürgerliche Presse spekuliert schon eifrig, wieviele Jahre (10 - 15) die vollständige Umstellung der ägyptischen Armee auf NATO-Waffensysteme dauern und wieviele Milliarden das kosten wird. U. a. soll Ägypten den Umbau von Hunderten sowjetischer Panzer planen, so daß künftig Munition und Ersatzteile aus dem Westen verwendet werden können („FR", 5.2.76).

Vorläufig ist Frankreich der größte imperialistische Waffenlieferant Ägyptens. Schon im Oktoberkrieg hat Ägypten an Libyen gelieferte Mirage-Flugzeuge eingesetzt („FAZ", 6.9.74). Die „FR" (3.2.76) berichtet, daß die ägyptische Luftwaffe schon seit einiger Zeit mit Mirage-Jagdbombern und britischen Hubschraubern vom Typ Commando ausgerüstet wird. 44 Mirage F I sowie 38 Mirage III sollen über Kuweit und Saudi-Arabien schon in Ägypten eingetroffen sein („Welt", 30.3.76).

Bei Abschluß seines Besuches in Frankreich Ende März deutete Gamassi an, daß Ägypten in Zukunft Rüstungsmaterial in größerem Umfang aus Frankreich beziehen werde. Französische Techniker und Firmen sollen außerdem beim Aufbau einer ägyptischen Rüstungsindustrie mitwirken („NHP", 27.3.76). Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Meldung der Kairoer Tageszei-

litärausgaben schwanken zwischen einem Drittel der Gesamtaufwendungen des Staates („Army", 6/75) und mehr als die Hälfte („Die Furche", 15.11.75). Einen besseren Hinweis auf das tatsächliche Rüstungspotential Israels geben folgende Zahlen: Innerhalb von zwei Jahren (Mitte 1973 bis Mitte 1975) hat Israel von den USA für mindestens 4,6 Mrd. Dollar Waffen erhalten; von diesen Krediten haben die USA nach dem Oktoberkrieg etwa die Hälfte (!) erlassen.

Israel verfügt allein über 3.000 Panzer, die umliegenden arabischen Staaten z u s a m m e n über 5.000. In dieser Zahl sind 500 (sowjetischer Bauart) Beutepanzer enthalten, die Israel vollständig umgebaut hat.

Auf die Überlegenheit der israelischen Luftwaffe (480 Kampfflugzeuge) ist oben schon eingegangen worden.

Auf dem Gebiet der Lenkwaffen, die für die Kriegsführung immer mehr an Bedeutung gewinnen, sind die Zionisten allen übrigen arabischen Staaten weit überlegen.

Durch die Lieferung hochmoderner, amerikanischer Pershing-Raketen sind die Israelis erstmals in die Lage versetzt worden, das gesamte arabische Hinterland und alle arabischen Hauptstädte zu bedrohen („Die Furche", 15.11.75). Inzwischen hat Israel als Gegenleistung für einen weiteren Rückzug (!) auf Sinai die ersten von mehreren hundert Lance-Raketen erhalten („Münchener Abendzeitung", 6.2.76). Beide Raketen können mit Atomsprengköpfen bestückt werden; die Lance-Rakete hat eine Reichweite von 120 km. Schon

me, der Marine und Luftwaffe hat das erklärte Ziel, Feindziele jenseits der Staatsgrenzen zu bekämpfen („The Jerusalem Post", 14.10.75). Mobilisierungsübungen großen Stils in den letzten zwei Jahren deuten ebenfalls auf die unverminderte Aggressivität der Zionisten hin.

Auch auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie sind die Israelis den arabischen Staaten haushoch überlegen. Während Ägypten z. B. nur ein schwedisches Schnellfeuergewehr in Lizenz fertigt, praktisch also vollständig auf fremde Waffenlieferungen angewiesen ist, haben die Israelis Eigenentwicklungen in Dienst gestellt und eine Reihe von westlichen Systemen für den Wüstenkrieg umkonstruiert („Wehrforschung", 5/75). So präsentierte die israelische Luftwaffe im April 1975 das Kampfflugzeug Kfir (Produktionsziel 40 Stück pro Jahr). Auch auf dem Raketensektor weist Israel eigene Produkte vor: 1969 die Schiff-Schiff-Rakete Gabriel, Gerüchte (?) kursieren über die mittlere Boden-Boden-Rakete Jericho (500 km Reichweite, 100 kg Ladegewicht). Die hierfür einsetzbaren Nuklearsprengköpfe soll Israel gleichfalls in Eigenproduktion parat haben („Defence" (Eton), 5/75).

Diese ständig wachsenden Waffenarsenale bilden eine Bedrohung für die Völker des arabischen Raumes. Die Tatsache, daß diese Aufrüstung als Teil der US-„Friedens"-Politik im Nahen Osten vor sich geht, zeigt, daß die Imperialisten nicht am Frieden im Nahen Osten interessiert sind.

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Iran

Europäische Zentrale der SAVAK besetzt

Anfang Juni haben iranische Studenten das Generalkonsulat Irans in der Schweiz, das als Zentrum der Auslandstätigkeit des iranischen Geheimdienstes SAVAK dient, besetzt. Sie protestierten damit einen halben Tag lang gegen die mörderische Terrorwelle im Iran, der schon nach offiziellen Angaben in diesem Jahr 50 Oppositionelle zum Opfer gefallen sind. Sie wurden entweder, wie wir schon in früheren Ausgaben des ARBEITERKAMPF berichteten, „hingerichtet", zu Tode gefoltert oder einfach auf der Straße erschossen. Der Protest richtete sich ebenfalls gegen die ungehinderte Tätigkeit der SAVAK im Ausland. Dokumente in persischer Sprache, die bei der Besetzung gefunden wurden, beweisen, daß die Schweizer Regierung von der Tätigkeit der SAVAK in der Schweiz wußte. Die Dokumente, die in der neuesten Ausgabe von „La Beche", dem französischsprachigen Organ der „Revolutionären Marxistischen Liga" (RML) veröffentlicht wurden, enthalten:

1. den Geheimcode der SAVAK,
2. ein Protokoll einer Unterredung zwischen SAVAK-Vertretern und Robert Vieux, dem Protokollchef der Genfer Regierung und Andre Gagnebin, dem damaligen Chef des „Informations- und Sicherheitsdienstes" der Genfer Polizei (verantwortlich für ein Demonstrationsverbot während eines Schah-Besuches und Einreiseverbote).
3. Hinweise auf ein Seminar der SAVAK Ende letzten Jahres in einem Genfer Hotel,
4. einen Geheimbericht über die Situation in der Schweiz kurz vor einem Schah-Besuch.

Die Aktion fand außer in der BRD breite Beachtung in Presse und Fernsehen.

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frauen in Iran

Schahregime fürchtet Fedayin-Genossin

In Amol geht die Geschichte vom Heroismus der Revolutionärin und Guerillakämpferin der Volksfedayin, **Fatemeh Hassanpour**, von Mund zu Mund. Sie ließ ihr Leben bei einer bewaffneten Aktion in der Stadt Amol. Als die Basis der Guerillas von übermächtigen Kräften des Feindes umstellt war, hielt Fatemeh sie mit ihrem Deckungsfeuer solange in Schach, bis ihre Genossen alle entfliehen konnten. Sie tötete zwei Offiziere und einen Zivilen und sie vernichtete alle wichtigen Dokumente, indem sie Feuer im Stützpunkt legte. Sie entzog sich dann selber der unvermeidbaren Gefangennahme, indem sie eine Handgranate zündete. So entging sie der Folter und schützte die Organisationsgeheimnisse. Die Savak-Agenten wagten noch Stunden später nicht die Basis oder die Umgebung zu betreten. Der Polizeichef fiel aus Angst in Ohnmacht. Eine revolutionäre Kämpferin ist eine große Kraft.

Es gibt keine Gleichheit im Iran, am wenigsten für Frauen. Das einzige, was das Schahregime den Frauen an Gleichheit zu bieten hat, ist die Gleichheit von Leiden, Terror und Tod. So wurde jetzt zum erstenmal ein revolutionäre Kämpferin, **Manizheh Ashrafzadeh Kermani**, ein Mitglied der Organisation der Volksmojahedin, wegen politischer Aktivitäten hingerichtet. Welche Bedeutung das faschistische Regime dem Kampf der revolutionären Frauen beimißt, sieht man daran, daß sie nun auch für würdig befunden werden, vor dem Hinrichtungspeloton des Schahs zu erscheinen. Eine revolutionäre Kämpferin ist der Schrekken der Faschisten.

Nach Informationen aus Iran

Unterstützt das kämpfende Volk von Oman

Unter diesem Motto fand am 24.6. in Frankfurt eine Veranstaltung der Oman-Hilfe statt. Aufgrund gleichzeitiger Veranstaltungen und einem starken Rückgang der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung in Frankfurt waren zu dieser Veranstaltung leider nur etwa 30 – vor allem ausländische – Genossen gekommen.

Es wurde ein Film über die Entwicklung der Kämpfe in Oman gezeigt. Seit elf Jahren läuft dort der Volkskrieg gegen die britische Luftwaffe, gegen den Kompradorenführer Sultan Ouabus und seine 6.000 Mann Truppe sowie gegen die 11.000 iranischen Söldner. Berater und Material für die reaktionäre Einheitsarmee liefern die USA – wie gehabt. Es gibt für das Volk kein Gesundheitswesen, keine Schulen. Fischer sind schutzlos der Konkurrenz ausländischer Fischereikonzerne ausgeliefert. In den Städten existieren große Elendsviertel, die Löhne für Arbeiter auf den Erdölfeldern sind niedrig, Bauern sind hoch verschuldet.

Die reaktionäre Einheitsfront gegen dieses kleine Volk hat sich vor allem am gemeinsamen räuberischen Interesse am Erdöl herausgebildet. Dutzende von neuen Geldinstituten, Fernsehanstalten usw. sind Ausdruck der Ideologie und Wirtschaft, mit der der Imperialismus das Land verseucht. Auch die BRD ist an der Ausbeutung des Öls beteiligt. Die Interessen der westdeutschen Firmen sind eng verknüpft mit Kapitalinteressen, vor allem im Golfgebiet, hier besonders mit dem Iran. Auch die BRD unterstützt reaktionäre Regimes in diesem Raum militärisch und wirtschaftlich. Der Iran – als Invasionsstaat in Oman – erhält neben Waffen und Munition sogar komplette Waffenfabriken. Westdeutsche Baufirmen errichten im Oman Militärflughäfen und Straßen für den Aufmarsch iranischer und britischer Truppen gegen die befreiten Gebiete.

Die PFLO – Volksfront zur Befreiung des Oman – konnte große Gebiete der Provinz Dhofar befreien. Schulen wurden errichtet. Bauern, Hirten und Fischer erklärten das lebensnotwendige Wasser und Weideland zum Gemeineigentum. Ein Gesundheitszentrum wurde errichtet. Volksräte in den Dörfern gebildet. Frauen und Kinder nehmen an allen Aktivitäten, auch dem bewaffneten Kampf, teil. Ein italienischer Journalist schreibt darüber (nach „Die Schulen der Revolution", Sendler, Jan. '76): „*Unser erstes Treffen mit der neuen Wirklichkeit am Golf fand im Flugzeug von Aden nach Chaidah statt. Hinter uns im Flugzeug saßen Mädchen und Jungen in den olivfarbenen Anzügen der Front* (PFLO). *Sie diskutierten eifrig wie alle Kinder der Welt. Wir konnten ihr Gespräch zwar nicht verstehen, doch es ließ uns aufhorchen, da öfter Wörter fielen, die uns nicht fremd waren, z.B. Marx, Lenin, Mao, Che Guevara. Wer sind diese Kinder mit den schwarzen Augen, die sich anlächeln, wie alle anderen Kinder der Welt und so heftig über Mao und Lenin diskutieren, wie andere Kinder über Fernsehstars und Fußballspiele? Das sind die Kinder von Dhofar. Sie sind wie wir auf dem Weg zu einem feminitischen Dorf an der Grenze von Oman. Dieses Dorf gehört zum Hinterland der Revolution. Dort liegt auch ihre Schule, die sich von den Schulen, die wir kennen, unterscheidet; sie besteht aus Zelten am Ufer des Meeres. Die Kinder sind überall zu sehen: Sie kochen, sitzen in Gruppen und lesen und diskutieren oder bewachen das Zeltlager mit den Gewehren. Man sagte uns: ,Unser erstes Ziel ist es, den Kindern beizubringen, in einer Gesellschaft zu leben, wo jeder Einzelne vor allen verantwortlich ist, einer Gesellschaft, die keinen Egoismus und Individualismus kennt'* ".

Als revolutionäres Hinterland dient die VR Südjemen. Selbst sie wird heute von den Imperialisten mit bombardiert, zumal sich nach einigen Niederlagen viele Omanische Revolutionäre hierhin zurückziehen mußten und in Dhofar selbst den Kampf aus den unwegsamen Bergen herführen müssen. Entgegen den Lügenberichten auch der westdeutschen Presse existiert die PFLO natürlich heute noch. Allerdings zeigen uns einige verlorene Schlachten, wie nötig es ist, die Genossen materiell zu unterstützen. Die Bezirkssympathisantengruppen des KB Frankfurt spendeten auf der Veranstaltung spontan 150 DM für ein Gesundheitsprojekt der PFLO.

Mit den Genossen der Oman-Hilfe wurde vereinbart, in einigen Jugendzentren und Schulen Frankfurts gemeinsam kleine Oman-Info-Veranstaltungen durchzuführen, um möglichst vielen Unorganisierten und Interessierten die Probleme des Volkes von Oman näherzubringen und um die nötige internationale Solidarität mit den Völkern des Nahen Ostens schrittweise aufzubauen.

Bezirkssympathisanten
KB/Gruppe Frankfurt



Die Schulen der Revolution in Oman (Kinderzeichnung)



Die Verbrechen des Schah gehen weiter

Im Iran wird die politische Opposition durch die Folterknechte des Schah – an erster Stelle des Geheimdienstes SAVAK – weiterhin mit grausamer Brutalität verfolgt und vernichtet. Eine – sicher unvollständige – Übersicht der letzten zwei Monate:

– Am 1. Mai erschossen Soldaten 54 streikende Arbeiter der „Teheraner Textilwerke", verletzten einen grossen Teil der gesamten Arbeiter dieses Betriebes und verhafteten anschließend 200 von ihnen. Die Textilarbeiter standen entgegen dem allgemeinen Streikverbot des Faschistenregimes in einem Hungerstreik, nachdem ihr Streik um bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen erfolglos geblieben war und hatten sich am 1. Mai zu einer Demonstration formiert. Die kaltblütige Erschießung von Textilarbeitern hat im Schah-Regime schon Tradition: Am 1. Juli 1975 waren 16 streikende Textilarbeiter ebenso brutal ermordet worden. (Informationen nach einer Presseerklärung der FIS/BRD und Westberlin v. 30.6.76).

– Am 16. und 19.5. ermordeten die „Todeskommandos" während einer blutigen Polizeirazzia 21 Freiheitskämpfer, darunter zwei Kinder im Alter von elf und 13 Jahren. Die Bewohner der umstellten Häuser wurden aufgefordert, herauszukommen. Wer herauskam, wurde auf der Straße erschossen, die anderen im Hause umgebracht (nach einem Flugblatt der CISNU Frankfurt vom 26.5.76).

– Am 23.6. wurden in Teheran *„drei Stadtguerillas, darunter eine Frau, nach einem Schußwechsel mit Sicherheitspolizisten getötet"* („Frankfurter Rundschau" vom 26.6.76).

– Am [illegible] verbreitete der iranische Rundfunk die Meldung über die Erschießung von zehn iranischen Genossen auf offener Straße, nachdem die Erschießung von fünf Genossen an den beiden vorhergegangenen Tagen durch SAVAK-Agenten gemeldet worden war (nach der oben angegebenen Presseerklärung der FIS, vergl. auch „Süddeutsche Zeitung" vom 30.6.). Die FIS weist in ihrer Presseerklärung darauf hin, daß die Mordschergen des Schah immer mehr dazu übergehen, die Freiheitskämpfer auf offener Straße bzw. in ihren Wohnungen sofort zu ermorden, um es erst gar nicht zu einer Verhaftung, Einkerkerung und einem Prozeß kommen zu lassen, der das Schah-Regime als das blutige Terrorregime mit der höchsten Hinrichtungsrate politischer Gefangener entlarven könnte.

– Der weitere Aufbau eines totalitären Polizeistaates offenbart sich an der Ermordung von 70 Oppositionellen in den letzten drei Monaten sowie dem Verschwinden einer unbekannten Zahl von antifaschistischen Arbeitern, Studenten und Schriftstellern (Flugblatt der CISNU,).

Gegen diesen Terror im Iran protestierten am 29.6. persische Antifaschisten und besetzten das Generalkonsulat des Iran in Genf, das gleichzeitig Hauptsitz des Geheimdienstes SAVAK für Westeuropa ist.

Die Internationale Juristen-Kommission in Genf hat durch eigene Untersuchungen die barbarischen Methoden von SAVAK im Iran belegt.

Seit 1971 sind demnach im Iran *„75 angebliche Regime-Gegner hingerichtet und 55 zu lebenslanger Haft verurteilt [illegible] politische Häftlinge wurden zu zehn bis 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Bei Auseinandersetzungen mit der politischen Polizei während der Verhaftung wurden 50 Personen getötet, neun weitere wurden bei angeblichen Fluchtversuchen im Gefängnis erschossen, 16 politische Häftlinge starben unter der Folter"* („Frankfurter Rundschau", 29.5.76).

Wenn auch an den Zahlen Zweifel angemeldet werden müssen – sie liegen u.E. zu niedrig – wird bestätigt, daß offener Mord, Terror und Folter zu den täglichen Praktiken der SAVAK und anderer Organe gehören.

SAVAK ist der bedeutendste Teil des Unterdrückungsapparates im Iran. Er arbeitet verstärkt auch im Ausland und verfolgt alle oppositionellen iranischen Menschen. SAVAK ist im Iran direkt dem Schah unterstellt (der somit auch über alles informiert ist) und hat seit 1957 das Recht, alle Personen zu verhaften, die einer *„konspirativen Tätigkeit zum Schaden des öffentlichen Interesses"* verdächtigt werden. Da die Offiziere der SAVAK gleichzeitig als „Militärrichter" auftreten können, sind lange Haftperioden von Inhaftierten formalrechtlich abgesichert („FR" vom 29.5.76). Der „gemeinsame Ausschuß" von SAVAK und nationaler Polizei ist u.a. berechtigt, wirtschaftliche Strafen zu verhängen. *„Dazu gehört das Verbot ... Löhne auszuzahlen"* („FR", s.o.). Die Ausbildung dieser Folterknechte übernahm der CIA.

Seit 24 Jahren ist der Schah jetzt an der Macht. Dazu verholfen hat ihm der CIA, und gestützt wird er heute von einer Bande imperialistischer Staaten, die an der Ausbeutung der Ölvorkommen interessiert sind und den Iran zur reaktionären Speerspitze in der arabischen Welt aufbauen wollen.

Direkt an dieser Politik beteiligt ist auch der BRD-Imperialismus, der enge wirtschaftliche Verbindungen zum Schah-Regime unterhält. In der BRD wird die offene Bespitzelung durch Agenten der SAVAK gebilligt und das reaktionäre Ausländergesetz verbietet es persischen Antifaschisten zusätzlich, von der BRD aus den Kampf gegen den Faschismus im Iran aufzunehmen.

Am 31.5.76 berichtete das ARD-Magazin Monitor ausführlich über die Aktivitäten des iranischen SAVAK in der BRD. Monitor enthüllte, daß der SAVAK seine *„tüchtigsten Agenten"* in die BRD sendet, um hier persische Gegner des Schah-Regimes auszumachen, Studenten zu bespitzeln, Pässe einzuziehen usw. Daraufhin fragte der SPD-Abgeordnete Coppik im Bundestag am 23.6. an, ob und was die Bundesregierung gegen die von Monitor enthüllten SAVAK-Aktivitäten unternehmen werde. Der Parlamentarische Staatssekretär Baum verneinte mit folgender Begründung: *„Aus den in der Fernsehsendung Monitor vom 31. Mai 1976 aufgestellten allgemeinen Behauptungen über die Tätigkeit von SAVAK im Bundesgebiet ergeben sich keine konkreten Anhaltspunkte für Verstöße gegen unsere Rechtsordnung, denen im einzelnen nachgegangen werden könnte ..."* („Das Parlament", 3.7.). Man vergleiche diese Stellungnahme des Herrn Baum mit der blindwütigen Verfolgung linker Ausländer und ihrer Organisationen in der BRD bis hin zu Ausweisungen in die faschistischen „Heimat"länder bzw. ihrem Verbot (wie z.B. der palästinensischen GUPS und GUPA).

KB/Gruppe Bochum und Nahost-Kommission



Mitbestimmung

Jetzt geht das Gerangel um die Pöstchen los

Am 1. Juli ist das neue Mitbestimmungsgesetz in Kraft getreten. Danach müssen in allen Aktiengesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten Aufsichtsräte (AR) gewählt werden. Entgegen den Forderungen des DGB nach „paritätischer" Mitbestimmung und Übernahme des Mitbestimmungsmodells der Montanindustrie für alle Industriezweige, sieht das neue Gesetz vor, daß bei allen Entscheidungen das Übergewicht der Kapitalistenvertreter in den Aufsichtsräten gesichert ist. Bei allen unentschiedenen Entscheidungen hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats das letzte Wort und der wird von den Kapitalisten gestellt. Darüberhinaus sichert ein leitender Angestellter als „Arbeitnehmervertreter" die Kapitalistenmehrheit. Der DGB kritisiert an dem Gesetz ebenfalls das Verhältniswahlrecht, das kleinen Standesgewerkschaften das Stellen von AR-Mitgliedern erleichtert, sowie die Stellung des sogenannten „Arbeitsdirektor", dessen Wahl nicht wie in der Montanmitbestimmung nur mit Zustimmung der Mehrheit der „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat erfolgen kann (ausführlicher zum Mitbestimmungsgesetz siehe AK 71).

Ich, daß sich sowohl DGB-Führer, als auch Kapitalisten sehr schnell mit dem Mitbestimmungskompromiß der SPD/FDP-Regierung arrangierten. Die Kapitalisten, die mit dem Gesetz ihre Vorstellungen weitgehend durchsetzten, verstehen ihre öffentlich vertretene Kritik und Hetze gegen die Gewerkschaften in erster Linie propagandistisch im Sinne der weiteren Aufhetzung des Kleinbürgertums gegen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften. In der Praxis haben sie ihre Betriebe schon längst auf die Übernahme der Mitbestimmung ausgerichtet. In dem Sinne nutzen sie beispielsweise die im Gesetz vorgesehene Übergangsfrist von 2 Jahren für die Einsetzung mitbestimmter Aufsichtsräte. In dem Sinne forderte Schleyer auch die Kapitalisten auf, daß gemeinsame, von Kapitalisten und „Arbeitnehmern" getragene Entscheidungen *„dort ihre Grenzen finden müssen, wo diese Übereinstimmung nur durch die Preisgabe solcher Interessen erkauft werden könnte, zu deren Wahrung das Eigentum funktional und ordnungspolitisch verpflichtet sei. In diesen Fällen müsse die Eigentümerseite von dem ihr aus verfassungsrechtlichen Gründen zugewiesenen*

Hauptstreitpunkt: „Arbeitsdirektoren"

Das bürgerliche „Handelsblatt" spricht von einer „Kraftprobe" bei der Bestellung der sogenannten „Arbeitsdirektoren" (HB 25. 6.), die nichts weiter sind, als höflich umschriebene Personal-Chefs. Diese „Arbeitsdirektoren" nach dem Vorbild der Montanmitbestimmung sind nämlich die einträglichsten Posten der Mitbestimmung für die Gewerkschaftsführer und bringen den größten Einfluß in den Betrieben. Sie sind praktisch dasTor, das Einlaß in die Chefetagen gewährt und ein Stückchen Teilhabe an kapitalistischer Macht. Sie sind daher in den DGB-Vorstandsetagen heiß begehrt und werden hart umkämpft. Die Gewerkschaftsführer fürchten nun, daß das neue Gesetz sie um eine Reihe dieser ersehnten Posten bringen wird, da es ihre Besetzung durch einen Gewerkschaftsvertreter nicht garantiert. Sie fürchten, daß Schleyers kompromißlose Linie bei der Anwendung des Gesetzes vielmehr diese Posten mit Leuten der direkten Wahl durch die Kapitalisten besetzt.

Die Führung der IG Metall „kämpft" deshalb jetzt dafür, daß



Berufsverbote

DGB-Führer, Steigbügelhalter der Faschisierung

Wie bereits im letzten ARBEITERKAMPF erwähnt, will sich die DGB-Führung an der Kampagne der SPD-Führung, es gebe keine Berufsverbote und Schnüffelpraxis in der BRD, beteiligen

„Mit Erschrecken wurde festgestellt, daß die Diskussion über den Radikalenerlaß zu einem gewissen Verlust an Ansehen und Vertrauen im gewerkschaftlichen Raum geführt hat" (Welt der Arbeit, 2. 7.). *„Der DGB werde nicht zulassen, daß wir wieder im Ausland zum häßlichen Deutschen werden"* (ebenda).

Also nicht etwa die „Radikalenjagd" selbst hat den DGB zum Protest veranlaßt, sondern das schwindende Ansehen mit dem sie selbst in aller Welt hausieren gehen. Deshalb planen die Gewerkschaftsführer nicht etwa den Kampf gegen die Berufsverbote zu verstärken, nein, sie wollen mit einer Dokumentation die herrschende Praxis verteidigen.

Mit der Dokumentation will der DGB, wie sein Vorstandsmitglied Schmidt mitteilte, *„aktiv nach vorn gehen, objektiv darstellen, wie der DGB zu dem Erlaß steht, wie er im Einzelfall gehandhabt wird, welche Rechtsmöglichkeiten der abgelehnte Bewerber hat, aber auch zugeben, was falsch ist"* (W. d. A., 2. 7.). Zur objektiven Darstellung soll auch gehören, daß die Bezeichnung Berufsverbot falsch sei.

In der Kritik wollen die DGB-Führer nicht verschweigen, *„daß die Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst, so wie sie von Filbinger und Strauß forciert werde, zu einer ‚Hexenjagd' geführt habe"*. So soll also voll jede Kritik von den SPD-Führern und der Bundesregierung abgelenkt werden auf die CDU/CSU.

Mit diesem Vorgehen machen sich die DGB-Führer voll zum Teilhaber der Berufsverbote und der verschärften politischen Disziplinierung, wie sie von den Staatsorganen praktiziert wird. DGB-Schmidt geht sogar so weit, daß er die Bundesregierung *„scharf rügte"*, da *„wenig unternommen worden sei, um der verzerrten Darstellung über den Radikalenerlaß im Ausland entgegenzuwirken. Die deutschen Botschaften hätten keinerlei Unterlagen zu der Frage, könnten also auch in der Diskussion nicht Stellung nehmen"* („W. d. A.", 2. 7.).

Um den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern ihre heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen, wird es deshalb neben einer Verstärkung des Kampfes gegen die Berufsverbote vor allem darauf ankommen, das gewerkschaftliche Gegenstück, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, anzugreifen. Wenn dieser antidemokratischen Praxis die gleiche internationale Beachtung geschenkt wird wie den Berufsverboten, werden die Gewerkschaftsführer Farbe bekennen müssen – dann werden sie sich als treue Steigbügelhalter der Bourgeoisie entlarven.

Kampf den Berufsverboten!
Weg mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Gewerkschaftsausschlüssen!

KB/Gruppe Bremen

DGB-Chef Heinz Oskar Vetter

Ex-Oberleutnant unter Kameraden



DGB-Chef Heinz Oskar Vetter

Ex-Oberleutnant unter Kameraden

In der letzten Juniwoche startete der DGB-Vorsitzende Vetter zu einer 5-tägigen Vortragsreise bei der Bundeswehr. Seinen Besuch begründete er mit dem Wunsch, *„den Kontakt zu den Streitkräften zu vertiefen"*, denn... *„die wechselseitige Abhängigkeit von Sicherheits- und Sozialpolitik begründe eine gemeinsame Verantwortung von Bundeswehr und Gewerkschaften"* („Welt", 2. 7. 76). *„Wenn wir eine lebendige und belastbare Beziehung zwischen der bewaffneten Macht und der organisierten Arbeitnehmerschaft herstellen, braucht es uns um diesen Staat nicht bange zu sein"* (ebenda).

Vetter will sich ferner innerhalb des DGB *„für engere regionale Kontakte zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften und für die intensivere Behandlung von Bundeswehr-Themen in der Gewerkschaftspresse einsetzen"* („FR", 3. 7. 76).

Einen Vorgeschmack gab folgender Vorgang: Schmidt (zu dem Zeitpunkt noch „Verteidigungs"minister) erschien 1971 mit der „politischen Leitung seines Hauses" beim DGB-Vorstand zu einer Sitzung in Köln, bei der es ebenfalls um das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften ging. Wenige Tage später besuchte der IG-Bergbau-Vorstand (von 1957–66 war der heutige Kriegsminister 1. Vorsitzender) die „Hellwig-Kaserne" in Unna und hielt dort seine Vorstandssitzung ab. So etwas hatte es in der über 80jährigen deutschen Gewerkschaftsgeschichte nicht gegeben. Adolf Schmidt, 1. Vorsitzender der IG-Bergbau sprach von einem *„epochalen Ereignis"* (nach „Wehrkunde" 1/74, S. 23).

Die guten Beziehungen der Gewerkschaftsführung sind also schon älter, Vetters Besuch bei der Bundeswehr ist sozusagen die Krönung.

Da wundern einen dann auch folgende Aussagen nicht mehr:

„Putschende deutsche Generäle? Wir sind doch keine Bananenrepublik! Im übrigen bin ich überzeugt, daß die Demokraten in der Bundeswehr wirklich eine stabile Mehrheit haben" (G. Schmidt, DGB-Vorstandsmitglied in der „Welt der Arbeit" 24. 5. 74).

Ein halbes Jahr früher, am 2. November 1973 konnte man in der „Welt der Arbeit" ähnliches lesen:

„Die Bundeswehr ist keine Putscharmee, und kann es wohl, vor allem wegen ihrer Wehrpflicht-Struktur, nicht sein..."!

Dieser Satz stammt aus einem Artikel, der sich mit der offenen Sympathie vieler Offiziere mit dem faschistischem Putsch in Chile befaßt! Etwa zur gleichen Zeit bewies Leber, daß ihm in den Reihen der Demagogen einer der ersten Plätze zusteht.

„Wenn es einmal soweit käme,..., daß es in diesem Staat einmal Kräfte gäbe, gegen die die Demokraten auf die Barrikaden gehen müßten, dann – da bin ich ganz sicher und dies sage ich sehr froh – würden die Gewerkschaften auf der anderen Seite der Barrikaden dann nicht die Bundeswehr antreffen" am 26. Okt. 73 vor dem Bundestag).

Und nicht zuletzt Vetter gewann bei seiner „Reise" den Eindruck, *„daß die Bundeswehr dem demokratischen Staat loyal gegenübersteht"* („Welt", 2. 7. 76).

Vetter schien förmlich außer sich über seinen Besuch bei der Bundeswehr. *„Die Frontstellung zwischen Militär und organisierter Arbeitnehmerschaft gibt es nicht mehr"*, wußte der ehemalige Oberleutnant der Division 'Hermann Göring' zu berichten.

Vetter kündigte an, er wolle seine positiven Eindrücke mit den 16 Einzelgewerkschaften besprechen und die regionalen Kontakte sollten verbessert werden („MoPo" v. 6. 7. und „Süddeutsche Zeitung" v. 7. 7. 76).

Vor den Soldaten erklärte er:

„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung war und ist in der Bundesrepublik das stärkste Bollwerk gegenüber dem politischen Extremismus" („MoPo", ebenda).

Noch in den 50er Jahren hatten sich die Gewerkschaftsführer scheinheilig mit an die Spitze der Proteste gegen Wiederbewaffnung der BRD gestellt. Heute sieht man sie offen Arm in Arm mit den ärgsten Kriegstreibern und Faschisten, die eine offene Heimat in der Bundeswehr haben.

Keine grundsätzlichen Differenzen

Bei den Differenzen zwischen DGB-Führern und Kapitalistenvertretern geht es nicht etwa um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Einig sind sich beide beispielsweise darin, daß sich die Montanmitbestimmung bewährt hat im Sinne der Klassenversöhnung und der Durchsetzung der kapitalistischen Unternehmenspolitik. Den DGB-Führern geht es bei ihrer Forderung nach „Parität" darum, so viel Posten und privilegierte Stellungen wie möglich für die sozialdemokratische Funktionärselite zu erringen. Die harte Linie der Kapitalisten – vertreten durch Arbeitgeber-Chef Schleyer – will dies verhindern, will stattdessen so wenig wie möglich Mitsprache der Gewerkschaften, um sich nicht mit deren Vorstellungen bei der Durchsetzung ihrer Unternehmenspolitik zu belasten.

Daß diese Differenzen nicht grundsätzlicher Art sind, schon gar nicht ein Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, wird daran deut- *Letztentscheid Gebrauch machen"* (FAZ 27. 3.). Auf deutsch: bei strittigen Fragen muß das Gesetz in seinem vollen Umfang angewandt werden und das bedeutet, daß in jedem Fall die Stimmenmehrheit der Kapitalisten zu entscheiden hat – ohne Kompromisse.

Die Gewerkschaftsführer haben ihr angebliches Eintreten für die Parität sowieso nur wortradikal geführt, zuletzt wieder am 1. Mai. Dabei hatten sie schon lange vorher erklärt, daß sie sich den „parlamentarischen Spielregeln" beugen würden: *„Die deutschen Gewerkschaften sind immer bereit gewesen, die letzte Entscheidung des Parlaments zu respektieren"* (DGB-Führer Vetter im „Spiegel" vom 17. 11. 76). Seit klar war, daß die Kapitalisten keine Übernahme der „paritätischen" Mitbestimmung für die gesamte Industrie dulden, haben die Gewerkschaftsführer vor allem darum gekämpft, so viel Pöstchen und Pfründe wie möglich zu ergattern. Ihre radikalen Reden dienten der Täuschung der Arbeitermassen und der Vorspiegelung gewerkschaftlicher Interessenvertretung durch Mitbestimmung.

„Vorschläge für die Bestellung eines Arbeitsdirektors nur im Einvernehmen zwischen den Betriebsräten bzw. den Gesamtbetriebsräten und der IG Metall" ernannt werden (HB 25. 6.). Die IGM-Führer setzen dabei auf die „rechtssetzende Wirkung" des Begriffs „Arbeitsdirektor" (wie er in der Montanmitbestimmung real existiert) und hoffen so auch ohne gesetzliche Verankerung doch noch ihre Vorstellungen durchsetzen zu können.

Bleibt noch anzumerken, daß in der Montanindustrie die „Arbeitsdirektoren" nichts weiter sind, als gewöhnliche Kapitalistenknechte, die in allen Auseinandersetzungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern gegen die Arbeiter Stellung beziehen. Dies wurde vor allem in Streiksituationen wiederholt deutlich.

Das jetzige Gerangel um die Mitbestimmungspöstchen entlarvt noch mal den Charakter dieser „Reform": sie ist ein Gesetz, das die Interessen der Arbeiterklasse an die der Kapitalisten binden soll. Die Gewerkschaftsführer benutzen sie zur Irreführung der Arbeiter und für die persönliche Bereicherung.

KB/Gruppe Bremen

METALL

Krise überwunden? – Nicht für die Arbeiter!

Trotz eines gewissen saisonalen Rückgangs der Arbeitslosenzahlen ist ein Ende der bisher schärfsten Entlassungswelle in der Nachkriegszeit noch nicht abzusehen. Insbesondere kleinere und mittlere Betriebe sind dem gewaltigen Konkurrenzdruck der großen Konzerne nicht gewachsen und gehen entweder in ihnen auf oder werfen das Handtuch. Während die Großkonzerne fast aller Branchen Rekorddividenden an ihre Aktionäre ausschütteten und insbesondere die Banken mit dem Abschluß des ach so harten Krisenjahres äußerst zufrieden sind, werden die Unternehmensbereiche nach wie vor rigoros durchgeforstet, und alles, was nicht im Rahmen der sprunghaft gestiegenen Profitmarge liegt, fällt der „Straffung" anheim oder wird samt den Beschäftigten auf den Schrott geworfen. Von dieser „Straffung" sind allerdings nicht nur einzelne Konzerne, sondern ist praktisch die ganze Wirtschaft erfaßt. Die Zahl der meldepflichtigen Firmenzusammenschlüsse erreichte 1975 eine neue absolute Rekordzahl (siehe Schaubild). Nach dem Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamtes, der jetzt vorliegt, betrug die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 41 Prozent.

Im folgenden geben wir einen knappen Überblick über Meldungen der letzten zwei Wochen, die den gewaltigen Druck auf die Arbeiter erahnen lassen.

Anker-Werke am Ende – 6000 auf der Straße!

Auf der Betriebsversammlung am 16. Juni kam für die Kollegen des Bielefelder Anker-Werkes das endgültige „Aus": Die Geschäftsleitung teilte den 2900 Belegschaftern mit, sie sollten sich ab sofort als beurlaubt betrachten. Die Pleite des hundert Jahre alten Werkes für Registrierkassen ist perfekt. Nachdem die Dresdner Bank und die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft keine Kredite mehr geben wollten und eine erhoffte Landesbürgschaft ausblieb, mußten die Anker-Kapitalisten die Waffen strecken. Sie hinterlassen einen Schuldenberg von über 200 Mio. Mark, von denen die Banken allein 170 Mio. fordern. Die Banken waren es auch, die das letzte Wort im Hause Anker sprachen. Sie stellten je einen Vertreter im Vorstand des Werkes, sie fällten letzlich die Entscheidung, die den insgesamt 6000 Beschäftigten den Arbeitsplatz kostete. Lediglich 422 Kollegen sollen jetzt die verbliebenen Aufträge (immerhin im Wert von 70 Mio.!) abwickeln.

Am 12. November wollen sich die Pleitegeier versammeln, um sich über die Aufteilung der Konkursmasse zu streiten.

zehnten für den Profit der Firma geschuftet hatten, ihre Arbeit.

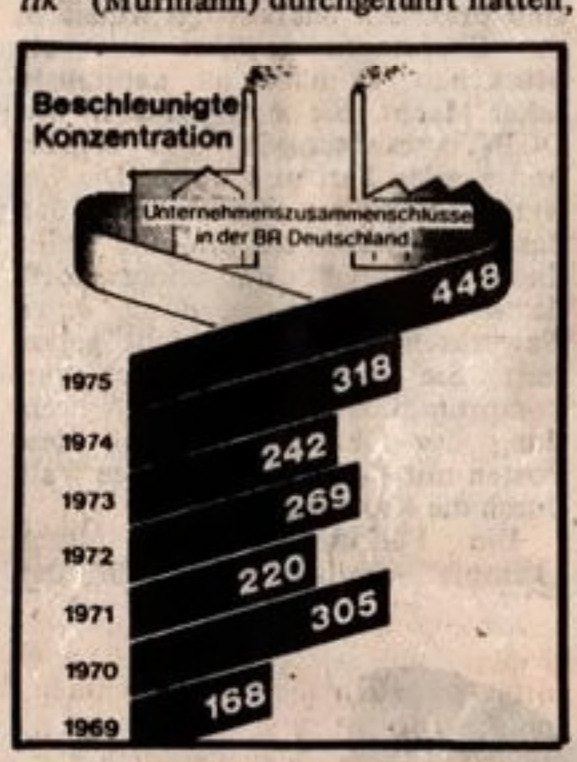
Auch hier hatte eine Großbank wesentlich die Finger im Spiel. Viele der ehemaligen Strebel-Arbeiter sagen, die Deutsche Bank habe durch Verweigerung von weiteren Krediten die Firma ruiniert, um so den Markt freizumachen für den schärfsten Konkurrenten, die Buderus-Werke, mit denen die Deutsche Bank eng verbunden ist.

Nachdem auch jetzt – nach zwei Jahren – noch Lohnzahlungen ausstehen, haben ehemalige Belegschaftter eine „Interessengemeinschaft ehemaliger Strebelwerker" gegründet. Mit Hilfe dieses Zusammenschlusses wollen die betrogenen Arbeiter ihre ausstehenden Löhne erkämpfen.

Betrogen wurden auch die 745 Betriebspensionäre: die Firma hatte die 17 Millionen Mark der Pensionskasse geplündert, um ihre Schulden abzudecken! Die betroffenen Kollegen bekamen jetzt Schreiben, in denen es heißt: *„Nach dem heutigen Stand der Konkursabwicklung kann noch nicht gesagt werden, ob überhaupt und wann Zahlungen auf Ihre Ansprüche geleistet werden können"* (Zit. nach „UZ", 28. 6.). So sieht das aus, wenn ein Unternehmer die „Verantwortung" trägt!

Die dreihundert Kollegen der Firma TERROT (Rundstrickmaschi-

und 50prozentige Anteilseigner der Sauer Getriebe KG, Dr. Klaus Murmann, damit, daß er in Neumünster 150 Arbeitsplätze geschaffen habe. Tatsächlich hatte die Sauer-Gruppe die Firma SIRO-Hydraulik übernommen, im August soll SIRO in Neumünster die Produktion aufnehmen. Was die Lokalpresse allerdings unterschlug, ist die andere Seite der Medaille: in Aachen, wo SIRO bisher angesiedelt war, fliegen 160 Arbeiter auf die Straße! Die Sauer-Kapitalisten schlagen somit gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe: durch die Übernahme von SIRO wird ein lästiger Konkurrent ausgeschaltet; die Produktion wird in einem hochmodernen Betrieb aufgenommen; und bekanntlich wird die „Schaffung von Arbeitsplätzen" im Rahmen von Arbeitsförderungsprogrammen von staatlicher Seite mit erklecklichen Zuschüssen unterstützt (hingegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht im geringsten bestraft!). So nimmt es nicht wunder, daß die Sauer-Kapitalisten, die im vergangenen Jahr 10 Prozent Belegschaft abgebaut und eine *„konsequente Kurzarbeitspolitik"* (Murmann) durchgeführt hatten,



gestärkt aus der Krise hervorgegangen sind, die sie allerdings von ihren Arbeitern haben voll tragen lassen. Sauer rechnet sich mittlerweile mit 50 bis 60 Prozent Marktanteil zum Marktführer in der Fabrikation hydrostatischer Getriebe. So wirds gemacht... auf Kosten der Arbeiter!

Die Holsteinischen Margarine Wer-



Normalerweise schon eine Schinderei, bei der Hitze erst recht nicht mehr durchzuhalten. In vielen Betrieben erkämpften sich die Kollegen Erleichterungen!

Der amerikanische Uhrenkonzern Timex will in den nächsten acht Wochen 120 Beschäftigte seines Zweigbetriebs in Pforzheim entlassen.

Bei der Walzenfirma Scheid GmbH in Limburg wird die Zahl der Arbeitnehmer ständig dezimiert. Erst kürzlich konnten 50 Kollegen gehen. Für sie sprang nur ein Sozialplan heraus. Scheid soll ein reiner Zulieferbetrieb für ein Mühlheimer Werk werden.

Im Hauptwerk des Schweinfurter SKF-Konzerns werden ab März 1976 monatlich 40 Kollegen entlassen. Während im Jahresdurchschnitt 1975 rund 14060 Kollegen bei SKF beschäftigt waren, sind es bis Mai dieses Jahres nur noch 12363.

Im Arnold Georg Konzern wurden die Kollegen vom Hauptgeschäftsführer Prinz zu Wied vor die Alternative gestellt: entweder 20 - 30 % Lohnverzicht oder Stillegung des Betriebes.

In den Göttinger ISCO-Werken sind die Betriebsrenten aus der Schneider-Stiftung um 70 % gekürzt worden. Während der Höchstbetrag bisher 200 DM, gestaffelt nach Alter und Betriebszugehörigkeit, betrug, werden nur noch maximal 70 DM ausgezahlt.

entlassen, der Unternehmer hatte ebenfalls Konkurs angemeldet.

Die Firma August Göttker Erben in Celle stellte einen Vergleichsantrag beim Amtsgericht. Von den rund 400 Arbeitern wurden ca. 15 % entlassen. Zu den Gläubigern des Unternehmens gehören die Preussag AG sowie das Land Niedersachsen, die durch ihre harten Positionen zur Gefährdung der Arbeitsplätze beitragen.

Die Dillinger Hüttenwerke AG reduzierten in den letzten Monaten die Zahl der Beschäftigten von 6242 auf 5793.

Aus dem Geschäftsbericht der IG-Metrall Bayerns geht hervor, daß seit Ende 1974 in der bayrischen Metallindustrie rund 60000 Arbeitsplätze vernichtet wurden. Es hätte sich gezeigt, daß der Konzentrationsprozeß dazu führe, daß Betriebe, die in der Hochkonjunktur aus Steuermitteln finanziert wurden, bei der ersten Beschränkung ohne Rücksicht auf die Arbeiter wieder schließen.

Trafo Union Nürnberg „Aufschwung = Kurzarbeit"?

die Aufteilung der Konkursmasse zu streiten.

Strebel-Werke: Lohnforderungen nach zwei Jahren unbeglichen!

Ein ähnliches Schicksal wie jetzt die Anker-Kollegen, erlitten die Arbeiter einer anderen „Traditionsfirma" vor nunmehr zwei Jahren. Im März 1974 ging die Mannheimer Strebelwerk GmbH, bis dato der größte Heizkessel- und Radiatorenhersteller der Bundesrepublik, pleite. Von einem Tag zum anderen verloren 2400 Kollegen, die vielfach seit Jahr-

antwortung" trägt!

Die dreihundert Kollegen der Firma TERROT (Rundstrickmaschinen)in Wahlstedt bei Neumünster hatten am 30. Juni ihren letzten Arbeitstag. Wie vom AK bereits gemeldet, wird die Produktion ins Stuttgarter Hauptwerk verlegt. Für die Kollegen ist es praktisch unmöglich, annähernd gleichwertige Arbeitsplätze zu finden, da es in der Region nur sehr wenig Industrie gibt.

Arbeitsplätze geschaffen??

Auf einer Pressekonferenz in Neumünster brüstete sich der Vorsitzende

Marktführer in der Fabrikation hydrostatischer Getriebe. So wirds gemacht. . . auf Kosten der Arbeiter!

Die Holsteinischen Margarine Werke Wagner & Co. in Elmshorn werden in den nächsten Wochen ihren Betrieb stillegen. Betroffen davon sind 200 Beschäftigte, größtenteils ältere, ungelernte Frauen. Es wurde schon über einen Sozialplan verhandelt. Die Stillegung ist Ergebnis eines nationalen Zusammenschlusses in der Margarine- und Feinkostbranche.

Die Uhrenfabrik Fichter KG meldtete den Konkurs an. Dadurch verlieren 210 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz.

worden. Während der Höchstbetrag bisher 200 DM, gestaffelt nach Alter und Betriebszugehörigkeit, betrug, werden nur noch maximal 70 DM ausgezahlt.

Bei Krupp-Atlas Maschinenbau Bremen wird die seit 1. April andauernde Kurzarbeit ab 1. Juli um drei Monate verlängert. Betroffen sind 500 von 1.200 Arbeitern.

Die letzten 40 Kollegen bei dem Hagener Baubetrieb Reinhold Lücke werden arbeitslos. Der Unternehmer hat den Konkurz angemeldet.

Bei Chemie-Apparatebau – Firma Schnackenberg werden 200 Kollegen

Trafo Union Nürnberg „Aufschwung = Kurzarbeit"?

Seit Anfang Juni arbeiten bei dem Nürnberger Werk Trafo Union 140 Kollegen kurz. Zwar garantiert nach Aussagen der technischen Leitung der Firma die „langfristige Auftragslage Aufträge bis 1979/1980", dies habe jedoch „auf die Beschäftigungsmisere keinen Einfluß".

Trotz der sehr guten langfristigen Auftragslage sahen sich die Trafo Union Kapitalisten „gezwungen" in Nürnberg 75 Kollegen auf die Straße zu setzen. Zu was der Profit diese Herren nicht alles zwingt...

Der Staat will bei MBB einsteigen

In den letzten Wochen geisterte es immer wieder durch die bürgerliche Presse: Die Kapitalistenfamilie Blohm beabsichtigt ihre Anteile am Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm, MBB, an die Stadt Hamburg abzustoßen! Mit dem Kauf von 20,25% der MBB-Anteile würde Hamburg gleichzeitig die Sperrminorität im Konzern erlangen. Da der Freistaat Bayern mit seinen 13,73% Anteil am MBB-Konzern sich zum Einstieg Hamburgs noch ablehnend verhält – aber eine 95%ige Billigung des Ankaufs durch die Gesellschafter rechtlich vorgesehen ist – bleibt der endgültige Kauf noch ungewiß.

Der Hamburger Senat, unterstützt von der Gewerkschaftsführung, den MBB-Betriebsräten und den SPD-Betriebsgruppen, versuchen krampfhaft zu verbreiten, daß der geplante Einstieg Hamburgs die Sicherung der Arbeitsplätze des Hamburger Werkes zum Ziel hat.

Allerdings kann selbst die bürgerliche Presse nicht ganz verschweigen, daß hier ganz andere Absichten zum Tragen kommen: *„Die offizielle Begründung der Hansestadt Hamburg für ihr Engagement gilt in der Branche als vordergründig"* („Welt", 3.6.) *„Schließlich wollte die Hamburger Industriellenfamilie* (als beteiligungsstärkste Gesellschafterin) *bei der anstehenden dringend notwendigen Kapitalerhöhung von MBB nicht mitziehen – und sich freikaufen. Hamburg mußte sich deshalb in die Kapitalauseinandersetzung einschalten"* („Handelsblatt", 2.6.76, Unterstreichungen von uns).

„Letztlich hängt wohl das Neuengagement Hamburgs auch mit der Strukturbereinigung innerhalb der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie – sprich: eine engere Verbindung zwischen MBB und VFW-Bremen – zusammen" („Handelsblatt, 4./5.6.76).

Auf eine Formel gebracht: Der Staat als Gesamtkapitalist (hier der der Hamburger Senat) schaltet sich – ähnlich wie bei dem Zusammenschluß des MBB-Konzerns Ende der 60iger Jahre – ein, treibt die Konzentration und Rationalisierung („Strukturbereinigung", „Kapitalaufstockung") voran, um so im internationalen Konkurrenzkampf der Rüstungskonzerne die Stellung des BRD-Imperialismus auszubauen!

Damit würde die Verquickung von Rüstungsindustrie und Staatsapparat noch weiter voranschreiten! Mit 480 Mio. DM Auftragsvergabe von der Bundeswehr im Jahre 74 steht MBB ohnehin schon an erster Stelle aller BRD-Konzerne! Es ist durchaus möglich (und vom Senat auch schon angedeutet), daß die Anteile nach getaner Arbeit, sprich: Vormachtstellung ausgebaut! wieder zurück an „private" Kapitalisten verkauft werden!

Vor diesem Hintergrund entlarven sich die Versprechungen von der Sicherung der Arbeitsplätze als leere Phrasen!

Nebenbei bemerkt: Die Blohm-Kapitalisten machen – wenn der Verkauf ihrer Anteile zustande kommt – den dicken Reibach: Die Anteile sollen vom Senat zu einem Kurs von 480% gekauft werden! Den Steuerzahler wird das 62,3 Mio. DM kosten!

MBB-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Umschüler – ein fetter Brocken für die Kapitalisten

Seit April bilden die Hamburger Stahlwerke Umschüler zum „Hüttenfacharbeiter" aus. Viele Kollegen waren vorher arbeitslos. Die HSW-Kapitalisten bekommen für einen Umschüler 20.000,- DM im Jahr vom Staat. Unterhaltsgeld für die Umschüler bezahlt das Arbeitsamt. Bei HSW werden die Umschüler gezwungen während ihrer Ausbildung Conti-schicht zu arbeiten. So sieht die Conti-Schicht bei 8 Std. Arbeit (oft ohne Pause) aus: 7 Tage Frühschicht/ 4 freie Tage, 7 Tage Nachschicht/ 2 freie Tage, 7 Tage Spätschicht/ 1 freier Tag; Empörung herrscht unter den Umschülern auch über den extrem niedrigen Stundenlohn: Die Kapitalisten zahlen ihnen ganze 2,35 DM! Und für die Schichtzulage bei Nachtschicht erhalten sie 20% (44 Pf/Std.)!

Anfang 1976 ist das Haushaltsstrukturgesetz geändert worden. Das Unterhaltsgeld für die Umschüler wurde von 90% des letzten Nettolohnes auf 80% herabgesetzt. Außerdem ist der Freibetrag von 50,-DM/ Woche auf 15,-DM gekürzt worden (§44.4 Arbeitsförderungsgesetz), und die Fahrkostenpauschale von 50,- DM beträgt jetzt nur noch 39,- DM. Somit hatten die Umschüler-Kollegen Anfang '76 im Durchschnitt 150,- DM weniger in ihrer Lohntüte.

Damit aber nicht genug, die Sparschweinereien gehen weiter. Nach den Lohnraubabschlüssen in der Metallindustrie zahlten die HSW-Kapitalisten den Umschülern für die Zeit von Januar bis März rückwirkend einen Festbetrag von DM 75,- außerdem eine Lohnerhöhung von 3,52 in der Woche.

Darauf reagierte das Arbeitsamt in der Weise, daß es die Lohnerhöhungen gegen das Unterhaltsgeld aufrechnete. Unter dem Strich wurden den Umschülern jetzt 62,- des Festbetrages abgezogen und die Lohnerhöhungen ganz einbehalten. Die Kollegen reagierten sauer und verblüfft. Einige Kollegen haben sich zusammengetan und die Gewerkschaft um Unterstützung gebeten. Aber angeblich konnten die IGM-Funktionäre nichts machen. Die Forderung der Umschüler sind:

Weg mit der Conti-Schicht!
Bessere und qualifizierte Ausbildung!
Weg mit den Sparbeschlüssen des Arbeitsamtes!

Ein Sympathisant des KB

—Kurzmeldungen—



Solidarität aus umliegenden Betrieben für die Volvo-Kollegen

Lohnkampf der Volvo-Kollegen erfolgreich!

Am 30. Juni wurde der Lohnkampf der Volvo-Kollegen (vergl. AK 83) in Dietzenbach erfolgreich beendet: 200,– mehr für alle, wovon 25,– auf die übertariflichen Zulagen angerechnet werden, für Lehrlinge 65,– im ersten, 55,– im zweiten und 45,– im dritten Lehrjahr. Ein Mindesteinkommen von 1.300,– DM brutto wurde abgesichert! die Kapitalisten mußten sich bereit erklären, daß Amtsenthebungsverfahren gegen den BR-Vorsitzenden einzustellen. Insgesamt also ein rundes Ergebnis! Dem vorausgegangen war eine recht breite Auseinandersetzung mit den Kapitalisten. Diese hatten ein Gerichtsverfahren gegen den BR-Vorsitzenden angestrengt, da dieser angeblich auf der Betriebsversammlung die schwedischen Kapitalisten zum Verlassen der BRD aufgefordert habe. Auf der Versammlung ging es darum, die Forderung nach 200,– mehr für alle und 50,– mehr für Lehrlinge zu vertreten.

Am 8. Juni organisierten die Kollegen ein Solidaritätsfest vor dem Betrieb, wo sie mit Kollegen aus umliegenden Betrieben ihre Forderungen diskutierten. Auch die Volvo-Kollegen aus Mannheim und Castrop-Rauxel erklärten sich solidarisch. Auf einer Veranstaltung des DGB-Ortskartells am 16. 6. wurden sie von über hundert Kollegen unterstützt.

Zu den Tarifverhandlungen am 25. 6. führten sie in der Mittagspause einen Autokorso mit 50 Autos und eine Demonstration am Verhandlungsort durch, zusammen mit Solidaritätsdelegationen aus Dietzenbacher Betrieben. Die Verhandlungen, die zwischenzeitlich von der IGM als „gescheitert" erklärt worden waren, wurden am 29. 6. wieder aufgenommen und tags darauf mit Erfolg abgeschlossen.

deckt, dies verlangt hatte. Der Genosse hatte mehrmals vor diesem Großbetrieb Flugblätter verteilt. Angeblich wollte der Großbetrieb verhindern, daß er Zugang zu Daten des Unternehmens bekommt.

Das Gericht bewertete dies nicht als politische Entlassung. Der Entzug von Aufträgen gefährde die Arbeitsplätze, insofern sei die Kündigung als betriebsbedingt anzusehen. Andererseits habe sich der „Arbeitgeber" aufgrund seiner „Fürsorge" in solchen Fällen „schützend" vor seinen Arbeitnehmer zu stellen.

Bremen: Erfolgreicher Streik bei VFW gegen Akkordverschärfung

Am Dienstag, dem 29. Juni, streikten bei VFW-Fokker in Bremen fast 300 Arbeiter. Grund für den Streik war die Ankündigung der Werksleitung, daß an diesem Tag die Stopper zur Zeitaufnahme für etwa 30 Kollegen kommen sollten.

Auf Initiative des IGM-Vertrauensleutekörpers solidarisierten sich aber eine größere Zahl Arbeiter mit den betroffenen Kollegen, um zu verhindern, daß auf diese Weise im Werk die Akkordzeiten gekürzt werden. Bereits seit 14 Tagen verhandelten Betriebsrat und Geschäftsleitung um die Zeitaufnahmen. Nach 3 1/2 Stunden Streik erreichten die Streikenden folgendes Ergebnis: bis zum Herbst keine Zeitaufnahme. Bis dahin müssen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung abgeschlossen sein. Die ausgefallene Arbeitszeit wird allerdings nicht bezahlt , sie muß über die gleitende Arbeitszeit nachgeholt werden.

KB/Gruppe Bremen

Streik bei VW in Mexiko

– Der Gesamtbetriebsrat der Hoesch-Hüttenwerke Dortmund (27.000 Kollegen) fordert aufgrund der Hitze von 43 bis 75 Grad eine Lohnerhöhung von 10 Pfennig und Verbesserung der Punktbewertung, was im Schnitt 31 Pfennig pro Stunde ausmacht.

– Am 25.6. streikten hundert Kollegen von Siemens in Westberlin gegen ihre Arbeitsbedingungen.In dem Flachbau mit asphaltiertem Dach und ohne Klimaanlage herrschte eine tropische Hitze. Sie zogen zur Geschäftsleitung und zum Betriebsrat um Abhilfe zu verlangen.

Weitere Hitzestreiks fanden in mehreren Betrieben des Röchling Konzerns in Burbach und Völklingen (Gießerei, Zentralwerkstatt, Walzendreherei) statt. Dort forderten die Kollegen eine Hitzezulage und einen Lohndraufschlag von 46 Pfennig pro Stunde. Ab Außentemperaturen von 23 Grad bekommen die Arbeiter von Ford in Köln pro Schicht zwei zusätzliche Pausen von je 10 Minuten. Auch diese Regelung ist ein Ergebnis des Kampfes der Kollegen.

Der Betriebsrat bei Pierburg/Neuss forderte eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit während der Hitzeperiode. Diese Forderung konnte zwar nicht durchgedrückt werden, jedoch erhalten die Pierburger Kollegen pro schicht 20 Minuten zusätzliche bezahlte Pause!

Da lachen ja die Hühner: „Firma erbarmte sich: Ab Mittag gab's Hitzefrei"

Unter dieser Überschrift fand sich ein Artikel im „Weser-Kurier" vom 29.6.

Neben allerlei Schwachsinnigkeiten über die Arbeiter an den Hochöfen bei Klöckner, denen die Hitze angeblich nichts ausmachen soll, denn „Warmarbeiter" ... „bewegen sich gerne im Warmen" (so ein Firmensprecher), wird auch über die ach so großherzige Firma berichtet, die ihren „Mitarbeitern" ab 13 Uhr „hitzefrei" gab. Bei dem „größeren elektronischen Betrieb" handelt es sich um Nordmende!

Jeder, der bei Mende arbeitet, mußte sich durch diesen Artikel verarscht fühlen. Wir hatten nämlich schon einige Tage bei Temperaturen von z.T. erheblich über 30 Grad gearbeitet, als wir am Montag vormittag plötzlich die Order bekamen, um 13 Uhr nach Hause zu gehen. Zunächst freuten sich natürlich alle, zumal uns gesagt wurde, wenn das Wetter so bleibt, würden wir die nächsten Tage ebenfalls um 13 Uhr nach Hause können. Doch nach und nach sank die Stimmung, als uns klar wurde, daß wir die Zeit entweder nicht bezahlt bekommen würden, oder nach dem Urlaub dafür ein oder sogar zwei Sonnabende nacharbeiten müßten. Zwei Sonnabende arbeiten, um an 5 Tagen eher frei zu haben? Das wäre allerdings ein schlechtes Geschäft gewesen. Diese Sorge wurden wir allerdings schnell los, denn die gesamte folgende Woche gab es kein „Hitzefrei", obwohl die Temperaturen oft noch

HBV

HBV-Führung will Frauenarbeit liquidieren

Unter dem Vorwand, die Frauenarbeit in die Diskussion zu bringen, zeichnet ein Artikel im „Ausblick" (Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen) Juni/Juli 1976 zu diesem Thema ein deutliches Bild, wie sich die HBV-Führung die Liquidierung der Frauenarbeit vorstellt:

- die Satzungs„reform"kommission hat vorgeschlagen, *„die Bildung von Frauenausschüssen in Zukunft nur noch als ‚Kann-Bestimmung' in die Satzung aufzunehmen"*,
- dieselben „Kollegen" meinen, *„daß örtliche Frauenarbeit überflüssig ist, wenn die Fachgruppenarbeit gut* (für wen? – Anm. d. Red.) *funktioniert und dort genügend* (?) *Frauen mitarbeiten"*,
- für die Sekretäre steht *„beim Abwägen der vielfältigen Aufgaben ... die Frauenarbeit ... leider am Schluß."*

Für die aktiven Kolleginnen hatte vor dem 1. Mai die Hamburger HBV-Führung bereits mehr als deutlich zu verstehen gegeben, was sie von Frauenarbeit hält:

- Sie verhinderte eine offiziell von der Gewerkschaft zu organisierende Frauenveranstaltung (wir berichteten darüber)
- und jetzt soll ein Kollege, der sich für die – dann ohne die HBV-Führung organisierte – Frauenveranstaltung einsetzte, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden!

Vor diesem Hintergrund können Debatten zwischen Hauptfrauenausschuß und geschäftsführendem Hauptvorstand über die Frauenarbeit in der Gewerkschaft nur noch als Spiegelfechtereien verstanden werden!

Auch den „Hauptfrauen" im Hauptfrauenausschuß geht es nicht um eine Frauenarbeit, die sich an den Interessen der Masse der Kolleginnen orientiert. Sie bejammern lediglich, daß *„die Kolleginnen in allen gewerkschaftlichen Gremien und auf Kongressen noch weit unterrepräsentiert"* sind. *„Gewerkschaftliche Frauenarbeit"* habe *„zum Ziel, darauf hinzuwirken, daß die weiblichen Mitglieder in allen Bereichen anteilsmäßig vertreten sind."*

Man hat den Eindruck, diese Gewerkschaftsführerinnen wollen sich lediglich ihre Posten sichern, *„repräsentiert sein"*. Auf das Argument, das offenbar in der Debatte fiel, daß das Desinteresse der Frauen an der Frauenarbeit darauf zurückzuführen sei, *„daß die Arbeit zuwenig betriebsbezogen"* sei, gingen diese Damen erst gar nicht ein.

Bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen kann man sich ausrechnen, daß der Ablehnungsantrag des Frauenausschusses zur geplanten Satzungs„reform" abgelehnt wird. Nehmen wir daher die Organisierung einer konkreten, an den betrieblichen und „privaten" Problemen der Frauen orientierten gewerkschaftlichen Frauenarbeit in die eigene Hand!

Nicht den Frauenfeinden trau'n – auf die eigenen Kräfte bau'n!

Genossin aus der HBV-Frauengruppe
KB / Gruppe Hamburg

<u>Bericht über die Frauenarbeit in der Nordmark</u>

In der Berichtszeit kam der Landesbezirksfrauenausschuß auf 5 Sitzungen zusammen.

Die Vorsitzende des Landesbezirksfrauenausschusses nahm an allen Sitzungen des Hauptfrauenausschusses teil.

An den Frauenlehrgängen, die von dem Hauptfrauenausschuß veranstaltet wurden, nahmen 5 Kolleginnen aus der Nordmark teil.

Gleichfalls nahmen HBV-Kolleginnen aus der Nordmark an der Sitzung des Deutschen Frauen-Rates im November 1974 zum "Internationalen Jahr der Frau" teil.

In diesem Zusammenhang wurde auch in Hamburg eine Podiumsdiskussion durchgeführt, an der ca. 120 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen.

Überhaupt hat der Landesbezirksfrauenausschuß darauf Wert

wurden am 29. 6. wieder aufgenommen und tags darauf mit Erfolg abgeschlossen.

Protest gegen Bespitzelung durch die Polizei

Die für den 30. 6. vorgesehenen Verhandlungen über einen Manteltarifvertrag für Lehrlinge im Bezirk Südwürttemberg-Hohenzollern sind von der IGM-Bezirksleitung unter Protest abgesagt worden. Die letzten Verhandlungen am 2. 6. standen unter polizeilicher Überwachung. Bereits bei den Verhandlungen am 25. 5., als etwa hundert Kollegen am Verhandlungsort für ihre Forderungen demonstrierten und den Tagungsraum besetzten, rückte die Polizei mit Maschinenpistolen an!

Siemens – Bruchsal: Kampf um Arbeitsplätze geht weiter

Die Bruchsaler Siemens-Kollegen haben vor elf katholischen und evangelischen Kirchen in und um Bruchsal eine Flugblattaktion gemacht. Sie weisen darauf hin, daß seit 1971 fast 2000 Kollegen aus Bruchsal entlassen worden sind und bis Herbst weitere 650 auf die Straße fliegen sollen. Versetzungen und Abgruppierungen mit bis zu 2,- DM weniger Lohn pro Stunde finden statt. Aus Angst um ihre Arbeitsplätze nehmen Angestellte sogar Arbeit mit nach Hause.

Rausschmiß durch Erpressung abgelehnt

In Wetzlar entschied das Arbeitsgericht, daß die Entlassung von Karl-Heinz U., Operator und KBW-Mitglied, durch seine Firma, ein Wetzlarer Rechenzentrum unwirksam war.

Die Firma hatte ihm trotz bescheinigter guter Zusammenarbeit im Januar gekündigt, weil ein Kunde, ein Großbetrieb, der 20% der Aufträge

Streik bei VW in Mexiko

Die über 8000 Arbeiter der VW-Werke in Mexiko sind am 1. Juli in einen unbefristeten Streik getreten. Vor dem Haupttor des Werkes wurden rote und schwarze Fahnen aufgestellt.

Anlaß für den Streik sind die gescheiterten Verhandlungen zwischen der Direktion und den Gewerkschaften. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 40% und die Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 47,5 auf 45 Stunden.

VW ist in Mexiko der größte Automobilproduzent und besitzt einen Marktanteil von fast 40%.

Aktionen für Erleichterungen aufgrund der Hitzewelle

– Am 5. und 6.7. streikten die Kollegen von Daimler-Benz in Untertürkheim und Hedelfingen. Die Untertürkheimer Motorenbauer verlangten wegen der unerträglichen Hitze – bis zu 60 Grad Celsius – günstigere Akkorde. Dafür streikten sie am Montag eine halbe und am Dienstag eine Stunde, die Hedelfinger Kollegen in der Früh- und Spätschicht am Dienstag je eine halbe Stunde, um ein um zehn Minuten vorgezogenes Schichtende zu erreichen. Beides wurde abgelehnt.

– Am 7.7. streikten 150 Kollegen der AEG Kanis in Nürnberg gegen den Wortbruch der Geschäftsleitung. Diese hatte die aufgrund eines Streiks am 2.7. gegebene Zusage nach bezahlten Hitzepausen kurzerhand zurückgezogen.

– Die Opel-Kollegen bekommen aufgrund von Verhandlungen zwischen Gesamtbetriebsrat und Geschäftsleitung eine bezahlte Hitzepause von 20 Minuten. Ähnliches war schon in den Vorjahren eingeführt worden.

los, denn die gesamte folgende Woche gab es kein „Hitzefrei", obwohl die Temperaturen oft noch höher waren, als an diesem Montag. An den nächsten Tagen kamen wir schnell dahinter, welcher Tatsache wir die plötzliche „Großzügigkeit" der Geschäftsleitung zu verdanken hatten: das Material war knapp geworden (es ging auf den Betriebsurlaub zu, der vier Tage später begann!), mit hundertprozentiger Sicherheit hätten einige Bänder schon am nächsten Tag wegen Materialmangel gestanden, es wurde nur noch mit Restbeständen rumjongliert. So aber haben wir diese Zeit, die die Firma hätte bezahlen müssen, aus eigener Tasche bezahlt, und das ganze wird noch als „soziale Tat" gepriesen!

Im übrigen lenken die Mende-Kapitalisten durch solche Mätzchen nur von den tatsächlich beschissenen Arbeitsbedingungen ab, die Forderung nach einer Klimaanlage wird schon seit Jahren von der Geschäftsleitung vom Tisch gewischt. Bei der großen Hitzewelle im letzten Jahr hatten so viele Frauen Kreislaufzusammenbrüche, daß sich sogar als es zu bunt wurde, der Arbeiter-Samariter-Bund, der den Krankentransport macht und das Krankenhaus bei Mende beschwerten, und ihn aufforderten, etwas zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu unternehmen. Getan worden ist seitdem nichts! Die Frauen bei Mende müssen z.T. in Zelten Prüfarbeiten machen, in denen auf Grund der von den Geräten ausgehenden Hitze, die Temperatur noch höher ist, als in der Halle!

In diesem Zusammenhang von „Erbarmen" sprechen kann nur ein bürgerlicher Schreiberling, der wahrscheinlich in einem Büro mit Klimaanlage sitzt!

Ein Genosse von Nordmende
KB/Gruppe Bremen

Kollegen teilnahmen.

Überhaupt hat der Landesbezirksfrauenausschuß darauf Wert gelegt, daß bei Veranstaltungen, zu denen weibliche Betriebsräte und Vertrauensleute geladen waren, immer auch eine Anzahl männlicher Kollegen eingeladen wurde.

Der Landesbezirksfrauenausschuß hat auch in dieser Berichtszeit seine traditionellen Herbst-Tagungen im DGB-Heim in Lütjensee durchgeführt.

30. 9. / 1.10. 1972 43 Teilnehmer	Thema: "Welchen Fortschritt bringt uns das neue BetrVG" Referent: Koll. Astrid Hendriksen, DGB-Rechtsabteilung

Versicherungen **Profite – Profite – Profite**

War 1975 für die Versicherungen schon ein profitträchtiges Jahr, so zeichnet sich jetzt schon ab, daß 1976 noch höhere Gewinne erzielt werden. Dies machen folgende Beispiele deutlich.

Die Allianz holte ihren Hauptgewinn aus ihrem angelegten Kapital, das fünf Mrd. DM beträgt. Die Vermögenseinnahmen stiegen um fast 25% auf 513 Mio. DM. Sie beteiligte sich mit je etwa 100 Mio. DM bei der Mercedes Holding und der Thyssen Beteiligungsverwaltung („Handelsblatt", 24.6.76).

Die Volksfürsorge (Vofü) ist nach der Allianz die zweitgrößte Versicherungsgruppe. Das Neugeschäft stieg in den ersten fünf Monaten um 11,7% gegenüber 1975. Für 1975 wies die Vofü-„Leben" einen Gewinn von 1,75 Mio. aus. Die Vofü-„Sach- und Leben" zahlt eine Dividende von 7,5% („Frankfurter Rundschau", 29.6.76).

Die Alte-Leipziger-Leben steigerte ihren Neuzugang um 10%. Bei der Sach werden unverändert 18% Dividende auf das Aktienkapital von 15 Mio. DM vorgeschlagen („FR", 25.6.76).

Der Bestand der Hamburg-Mannheimer (HM)-Leben wuchs 1975 um 14,3% auf 25 Mrd. DM. Der Jahresüberschuß beträgt 5,5 Mio DM. Es sollen 12% Dividende gezahlt werden. Die HM-Sach zahlt 14% Dividende („FR", 28.6.76).

Die Agrippina-Leben steigerte ihren Überschuß um 32,2% und das Neugeschäft um 20,3% („Süddeutsche Zeitung", 2.7.76).

Die Condor-Versicherung zahlt für Leben 18%, Sach 14% und Transport 14% Dividende.

Doch diese Profite reichen den Kapitalisten noch nicht. So sollen die Prämien für Kfz-Versicherungen um 10% und für Hausrat um 25% erhöht werden.

Hamburg-Mannheimer Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Neunte Landesbezirkskonferenz der HBV-Nordmark

Außer Spesen – nichts gewesen

Am 18./19.6. wurde die 9. Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft HBV abgehalten. Höhepunkte waren der Tagungsort, das Hotel Maritim in Travemünde, sowie das exquisite Essen und der musikalische Bierabend.

Am ersten Tag stattete Entwicklungsminister Bahr den Delegierten einen Besuch ab, wobei er sich über *„wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt"* ausließ. Seine Ausführungen wurden vom neuen Landesbezirksleiter Krause unterstützt, wobei nochmal deutlich wurde, wes Geistes Kind Krause ist. So nannte er die militärischen Erfolge der Befreiungsbewegungen *„dunkle Schatten der militärischen Auseinandersetzungen"* und sah die Gefahr für die Imperialisten, *„wenn die Befriedung der Entwicklungsländer nicht durch Wirtschaftshilfe erreicht wird"*. Ansonsten wurde schnell klar, daß die Landesbezirkskonferenz nur als demokratisches Alibi der HBV-Führung diente. Fortschrittliche Anträge wurden Dank der guten Auswahl der Delegierten schnell abgebürstet.

So als erstes ein Antrag auf ersatzlose Streichung des § 218 und der Forderung nach "Volksentscheid" der Ortsverwaltung Kiel, weil er nicht vereinbar mit der DGB-Forderung nach Fristenlösung sei.

Ein weiterer Antrag, der sich mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes befaßte, wurde mit dem Mittel der Nichtbefassung vom Tisch gefegt, weil er die Forderung enthielt: *„Kampf dem Privateigentum an Produktionsmitteln!"* Volkmar vom Hauptvorstand hierzu: *„Dieser Satz drängt uns in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit. Die Motive der Antragsteller sind völlig unklar, auf jeden Fall sind es keine gewerkschaftlichen Motive."*

Eine größere Diskussion gab es um die Anträge, die den Austritt aus der konzertierten Aktion forderten. Von den Gewerkschaftsführern wurde abgestritten, daß die konzertierte Aktion Lohnleitlinien schafft. Verteidigt wurde die konzertierte Aktion mit Argumenten wie, die konzertierte Aktion sei sehr gut geeignet, unsere Forderungen den Arbeitgebern zu präsentieren, hier komme man an viele Informationen heran und im übrigen sei die konzertierte Aktion nur deshalb bei Teilen der Kollegen in Verruf geraten, weil unsere Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben diese Einrichtung zu wenig propagieren. Die Anträge hierzu wurden alle abgelehnt.

Den einzigen Lichtblick bildete ein Antrag auf Verurteilung der Berufsverbote im öffentlichen Dienst, der angenommen wurde. Allerdings zum Unvereinbarkeitsbeschluß und zum Gesinnungsterror in den DGB-Gewerkschaften wurde hier kein Wort verloren.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Delegiertenversammlung ausgefallen mangels Masse?

Die Delegiertenversammlung der HBV-Hamburg ist am 23. 6. 76 geplatzt. Von den gewählten Delegierten waren nur 77 anwesend. Drei fehlten, um beschlußfähig zu sein.

Dabei handelte es sich nicht um eine unwichtige Versammlung, da die Anträge zum Gewerkschaftstag im Herbst diskutiert und beschlossen werden sollten. Obwohl die anwesenden Kollegen die Eröffnung der Versammlung verlangten, um zumindest die Anträge zu beraten und ein Stimmungsbild zu schaffen, setzten sich die Hamburger Ortsfürsten wie Krause und Bednarek für die Nichteröffnung ein. Ihr Plan war es, die Anträge ruhig in ihrem Sinne am nächsten Tag auf der schon vorher einberufenen Vorstandssitzung der Ortsverwaltung durchzuziehen. Nachdem aber die einfache Aufforderung, nun nach Hause zu gehen, nicht zog, wurden die Herren deutlicher.

Krause drückte seine Verachtung gegenüber den aktiven Kollegen sehr deutlich aus, indem er sagte, im Ortsverwaltungsvorstand seien genug kompetente Personen. *„Wir sind nicht auf eure Beratung angewiesen"*, außerdem hätte man gestern schon mobilisiert, um eine außerordentliche Vorstandssitzung stattfinden zu lassen.

Als die Delegierten noch Rechenschaft über die stattgefundene Landesbezirkskonferenz forderten (siehe Artikel in diesem AK) und zudem Diskussion über den Ausschlußantrag gegen das Vorstandsmitglied A. Sander forderten, war es soweit. Krause drohte mal wieder mit Polizeieinsatz: *„Ich melde jetzt den Saal ab, wer jetzt noch bleibt, ist für den Schaden persönlich haftbar"*! (Dieser „Sozial"faschist wird nun auch noch Landesbezirksleiter).

Hintergrund der geplatzten Delegiertenversammlung ist, daß trotz neu geschaffenen Delegiertenschlüssels sich immer noch eine fortschrittliche Mehrheit für Abstimmungen findet. So war z.B. auf der letzten Delegiertenversammlung der Antrag "Raus aus der konzertierten Aktion" durchgekommen. Auch eine Solidaritätsresolution mit den streikenden Druckern hatte trotz massiven Widerstandes der Ortsfürsten eine Mehrheit gefunden (siehe AK 83). Um den Antragskommissionen beim Gewerkschaftstag die Arbeit zu ersparen, alles fortschrittliche rauszustreichen, hatten Krause & Co. einfach demobilisiert, so daß sich keine beschlußfähige Versammlung mehr fand. Wieder einmal zeigt sich, daß diese Herren alle antidemokratischen Tricks beherrschen, um die Gewerkschaftsmitglieder am Meinungsstreit in den Gewerkschaften auszuschließen. Es gibt schon viel zu viele George Meanys!

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Hamburg-Mannheimer: Kündigung eines HBV-Vertrauensmannes

Wegen angeblich ungenügender Arbeitsleistung wurde dem HBV-Vertrauensmann H. fristgemäß zum 30.9.76 gekündigt. Dem Kollegen wurden die Akten von der Büroleitung weggenommen und auf Fehler hin durchgesehen. Durch solchen Willkürakt kann man sich jedes Kollegen entledigen. Hier kommt noch hinzu, daß der Kollege seit einiger Zeit zusätzlich zum Gehalt eine Leistungszulage erhielt. Es liegt also auf der Hand, sich hier eines Kritikers der Geschäftsleitung – z.B. auf Betriebsversammlungen – zu entledigen. Denn um ihre Rationalisierungsmaßnahmen, die sich jetzt deutlich abzeichnen (größere EDV-Anlage, Schichtdienst im Schneideraum, größere Antreiberei: „Leistung – oder gehen", stupidere Arbeit etc) durchsetzen zu können, braucht die Hamburg-Mannheimer eine ruhige Kollegenschaft.

Bei diesen scharfen Angriffen auf die aktiven Gewerkschafter kann auch die Gewerkschaftsführung nicht umhin, den Kampf der Kollegen zu unterstützen. Sie tut dies in der ihr eigenen Weise: So hatten bereits einige HBV'ler bei Bekanntwerden der Kündigung (Vorlage beim Betriebsrat, den nach einigem Hin und Her der Kündigung widersprochen hat) eine Aktion geplant, die von Gewerkschaftssekretär Jaenisch mit den „Argumenten", es sei ja noch gar nichts raus und man würde die Situation des Kollegen nur gefährden, gestoppt wurde. Nun, es hat nichts genützt, die Kündigung wurde trotz des „klugen" taktischen Nichtstuns von Jaenisch dem Kollegen ausgehändigt.

Nachdem jetzt die Kündigung ausgesprochen worden war, erschien ein HBV-Flugblatt, in dem richtig eine Kündigung aus Arbeitsmängeln überhaupt abgelehnt wird und klar benannt wird, daß es sich hierbei um den Versuch handelt, gewerkschaftliche Arbeit zu verhindern. Allerdings ist die Rede von einem *„Griff in die unternehmerische Mottenkiste"*. Davon kann ganz und gar nicht die Rede sein, denn diese Handlung gehört zur aktuellen kapitalistischen Politik, wie nicht zuletzt die Kündigungen von Betriebsräten bei der Iduna und anderen Versicherungsbetrieben zeigen. Und auch darum haben sich vor kurzem die Versicherungsunternehmen (Verband) getroffen und nur ein Thema besprochen: *„Linkskräfte in den Versicherungen"*.

Die Vertrauensleute und Betriebsgruppenmitglieder haben beschlossen, eine Veranstaltung und eine Unterschriftensammlung einzuleiten und auch andere HBV-Betriebsgruppen aufzufordern, sich zu solidarisieren und unter ihren Kollegen darüber zu diskutieren.

Insgesamt ist es zu begrüßen, durch die Diskussion über die Rausschmisse fortschrittlicher Kollegen eine breite Solidarität aufzubauen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß dieses heute Kräfte fordern wie SDAJ'ler, die bei den Kündigungen gegen insgesamt 10 Kollegen bei der Iduna sich nicht in die Solidarität einreihten. Damals schrieben die SDAJ'ler, die Kollegen seien an ihren Kündigungen allein den betroffenen Kollegen als „selbst verschuldet" zu. Die öffentliche Distanzierung der HBV-Führung von den Iduna-Kollegen wurde auch von den SDAJ'lern mitgetragen.

Von daher ist abzuwarten, ob es sich bei den jetzt geplanten Aktionen um wirkliches Interesse an einer Solidarität aller Betroffener handelt – einschließlich der Kollegen bei der Iduna – oder um eine reine Revi-Parteiladenaktion, die auch weiterhin die Solidarität spaltet.

Betriebszelle H-M
KB / Gruppe Hamburg

Proteste gegen Ausschluß-Terror

Gegen den geplanten Ausschluß gegen den Kollegen A.S. haben sich auch die 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Frauenveranstaltung des KB in Hannover am 28.6.76 in einer Resolution gewandt.

A.S. soll ausgeschlossen werden, weil er ein Flugblatt des Kreises Konsequenter Gewerkschafter in der HBV verteilt hat, das zu einer Frauenveranstaltung aufruft. Die Resolution kennzeichnet den Ausschlußantrag so:

„Die Tatsache, daß ein Gewerkschaftsausschluß auf das Verteilen eines Flugblattes zu einer Frauenveranstaltung hin erfolgen soll, zeigt uns noch einmal, daß es der Gewerkschaftsführung nicht ernst meint, den Kampf gegen die besondere Unterdrückung der Frauen zu führen ...

Im Ausschlußantrag gegen A.S. sehen wir den Versuch, eine Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Mitglieder und insbesondere der besonders benachteiligten Frauen unmöglich zu machen.

Wir fordern daher:

Sofortige Rücknahme des Ausschlußantrages gegen den Kollegen A.S.!

- Den Aufbau einer konsequenten an den Interessen der Kolleginnen orientierten gewerkschaftlichen Frauenarbeit!"

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Monopolisierung im Einzelhandel: Karstadt schluckt Neckermann

Telefon-Bespitzelung!

Bei der Hamburg-Mannheimer Versicherung (HM) werden die Telefone

„Schönen Dank" für langen Sonnabend

triebsrat, der nach einigem Hin und

cherungen".

KB / Gruppe Hamburg

Monopolisierung im Einzelhandel: Karstadt schluckt Neckermann

Die Karstadt AG, der größte Kaufhauskonzern Europas, plant die Inbesitznahme von 25 % des Aktienkapitals Neckermanns und damit Erreichung der Sperrminorität. Innerhalb der nächsten vier Jahr sollen nochmals mindestens 26% dazugekauft werden. Karstadt hat dann eine Kapitalmehrheit von 51% („Frankfurter Rundschau", 1.7.76).

Auf diesen Verkauf warten die kreditgebenden Banken schon lange, da Neckermann zwar großen Umsatz, aber keinen Gewinn machte, so daß 1975 keine Dividende gezahlt wurde. Finanziert wird diese Transaktion von drei Banken: der Dresdner, Hausbank von Neckermann; der Deutschen- und der Commerzbank, Großaktionäre von Karstadt.

Neckermann, der sich zunächst gegen den Verkauf sträubte, wurde in „netter Art" der Vorteil des Verkaufs klar gemacht, es handelt sich immerhin um die drei größten Banken in der BRD – und damit um die KREDITGEBER!

Karstadts Interesse ist klar:

- ein unangenehmer Konkurrent weniger, man denke an Neckermanns agressive Preispolitik, z.B. bei Eletroartikeln,
- gute Innenstadtlage der Kaufhäuser,
- die lukrative Neckermann-Reise-Tocher N-U-R.



Neckermann

Die Auswirkungen für die Verbraucher kann man in einem Satz zusammenfassen: Weniger Konkurrenz, höhere Preise. Für die Kollegen von Neckermann und Karstadt bedeutet der Verkauf Schließung von Filialen und damit Entlassung. Nach Karstadt-Sprecher Deuss gebe es keinen Zweifel, *„daß ein umfangreiches Reorganisationskonzept für die stationären Neckermann-Häuser vorbereitet werde"* („FR", 8.7.76).

Das Kartellamt („Schutz der Verbraucher") wird auch nicht eingreifen, denn die neue Gruppe wird mit rund 11 Mrd. DM „nur" gut 3% des gesamten BRD-Einzelhandelsumsatzes auf sich vereinigen. Das ist natürlich Humbug, denn da sind alle sogenannten „Tante Emma Läden" mit erfaßt, die keine aktive Preispolitik betreiben können.

Beim Touristik-Markt ist die Konzentration noch weiter fortgeschritten.

- Karstadt betreibt selbst ein eigenes Reisegeschäft und hat seine Finger noch in dem größten BRD-Touristikunternehmen, der TUI (9%).
- Die Deutsche Bank (Großaktionär bei Karstadt) hält eine Schachtelbeteiligung an der Hapag-Lloyd in den Händen.
- Hapag-Lloyd wiederum ist führender Gesellschafter bei der TUI!

Von den rund sieben Mio. Buchungen entfallen auf das größte Touristikunternehmen TUI zwei Millionen, auf das zweitgrößte, N-U-R 800.000.

Aber auch am Touristik-Markt sehen die Unternehmer keine kartellrechtlichen Bedenken.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Der Große greift nach dem Schwachen

	Karstadt	Neckermann
	— Kennzahlen für 1975 —	
Grundkapital*) in Mio. DM	360	122,4
Stationärer Umsatz in Mrd. DM	7,71	1,72
Versandumsatz in Mrd. DM	—	1,08
Reiseumsatz in Mio. DM	162	657
Überschuß in Mio. DM	152	4,2
Mitarbeiter im Konzern	68 500	19 200
Verkaufsfläche in qm	906 500	217 000
Umsatz je qm in DM	8 695	7 896
Niederlassungen	173	135
Eigenheimumsatz in Mio DM	—	330

*) Das Grundkapital von Karstadt befindet sich zu jeweils mehr als 25 Prozent im Besitz der Deutschen Bank und der Commerzbank. Außerdem gibt es einen Kreis privater Großaktionäre.

Stationen der Übernahme

1. Karstadt übernimmt nach der Hauptversammlung das bereits von den Neckermann-Aktionären genehmigte bedingte Kapital von 35 Millionen DM voll und erwirbt damit eine Sperrminorität.

2. Die Neckermann-Versand-KGaA wird in eine AG umgewandelt. Peter Neckermann gehört dem Vorstand der neuen AG an, Josef Neckermann wechselt in den Aufsichtsrat.

3. Die Familie Neckermann und die Karstadt AG bringen ihre Aktien gemeinsam in einen Pool ein, der die Mehrheit der neuen AG auf sich vereinigt. Karstadt erhält innerhalb von vier Jahren die Majorität an der Neckermann-Versand-AG durch „Ausübung entsprechender Rechte, die von der Familie Neckermann eingeräumt werden".

4. „Neckermann bleibt Neckermann" und wird als selbständiges Unternehmen weitergeführt. Das Zusammengehen ist beim Bundeskartellamt angemeldet worden.

Telefon-Bespitzelung!

Bei der Hamburg-Mannheimer Versicherung (HM) werden die Telefone abgehört. Dies hat das Vorstandsmitglied Gaßmann auf der letzten Betriebsversammlung zugegeben. Diese Bespitzelung „begründete" er mit den telefonischen Bombendrohungen. Interessant ist aber, daß diese „Bombendrohungen" bereits auf Tonband aufgenommen wurden. Das bedeutet, daß bereits abgehört wurde, bevor die Bombendrohungen eingingen! Auch Auto-, Taschen- und Ausweiskontrollen werden damit legitimiert.

Die Gewerkschaftsführung geht auf diese totale Überwachung der Kollegen so ein, daß sie davor warnt, Privatgespräche zu führen, da dies Diebstahl wäre, wie ein Arbeitsgericht festgestellt habe und zum Rausschmiß führen könne.

Das Angestelltenghetto City-Nord, die Großraumbüros (400 Menschen in einem Raum, wo die Kontrolle durch Vorgesetzte vollkommen ist) und die oben geschilderten Überwachungen sollen die Menschen zu Computern machen. 1984 ist in City-Nord nicht mehr fern.

Betriebszelle H-M
KB / Gruppe Hamburg

AnkerData SystemGmbH 6.000 Mitarbeiter beurlaubt

Am 27.4.76 hatten die Ankerwerke Konkurs angemeldet. Makaber, daß dieser Zeitpunkt mit dem hundertjährigen Bestehen der Firma zusammentraf.

Eine zur Rettung der Kapitalisten und nicht der Arbeitsplätze eingesetzte neue Anker-Data-System-GmbH gab nach knapp zweimonatiger Arbeit, wobei sich die Eigner wohl noch ihre Gelder gerettet haben, den 6000 Kollegen bekannt, daß sie sich nach Haus begeben können („Frankfurter Rundschau", 18.6.76).

In der bürgerlichen Presse wurde dieser Angriff auf die Kollegen bisher nur in den Wirtschaftsteilen behandelt. Hierbei wurde ausschließlich gefragt, wie sich für die Kapitalisten diese Situation hätte vermeiden lassen können. Über das Schicksal der Kollegen gab es keine Diskussionen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

„Schönen Dank" für langen Sonnabend

Um den letzten langen Sonnabend (3. 7.) drehte sich eine ziemlich öffentliche Diskussion. Der lange Sonnabend sollte „nur" bis 15 Uhr gehen, da bei dieser Hitze sowieso kaum jemand nachmittags einkaufen geht und die Verkäuferinnen und Verkäufer bei dieser Hitze schwer zu leiden haben. Sogar in den Nachrichten wurde um Verständnis für das Personal gebeten, da es bei dieser Hitze unzumutbar sei, an einem Sonnabend so lange zu arbeiten.

Doch der Arbeitgeberverband des Einzelhandels zeigte hierfür nicht das geringste Verständnis. Er lehnte derartige Forderungen ab und ließ die Verkäuferinnen und Verkäufer in den Kaufhäusern schmoren, obwohl man nach der Mittagszeit die Kunden an einer Hand zählen konnte. Hier ging es wohl um das Prinzip: „Dem Personal wird nichts geschenkt, das Personal darf allerdings bei Bedarf reichlich Überstunden verschenken."

Schönen Dank auch !

Branchenzelle Einzelhandel
KB/Gruppe Hamburg

„Wie ein Fürst verabschiedet"

Nach Abs nahm nun ein weiterer Oberganove Abschied.

K.T. Jacob, *„für den im Zeitalter der Demokratie nur das Prädikat Präsident der Bayrischen Landesbank Girozentrale gefunden worden war"*, schwärmte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 1.7.76.

Entsprechend wurde dieser Herr, wie es in Ganovenkreisen üblich ist, mit Pomp und Musik des Bayrischen Staatsorchesters verabschiedet.

Versammelt war die gesamte Monopolclique. Vorneweg Bundesbankpräsident Clasen. Einer dieser Herren drückte seine Freude darüber aus, so unter sich zu sein, denn *„wenn die Linke von dieser Veranstaltung gewußt hätte, was könnten die für Geld erpressen."* Daraufhin frohlockte ein „Nachwuchsmann": *„Und was gäbe es bei einem Bombenattentat für freie Vorstandssessel"* (Zitate nach „FAZ", 1.7.76).

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

CHEMIE

Texaco

Senkung der Lohnkosten geplant

Nach einem Artikel in „Die Zeit" verwirklicht der Ölkonzern Deutsche Texaco AG angeblich eine neue „Unternehmensphilosophie". Als Beleg wird der Vorstandsvorsitzende, Dr. Ritter, zitiert: *„Wir wollen künftig nur noch solche Geschäfte betreiben, die nur ein großes Unternehmen bewerkstelligen kann. Alles andere überlassen wir mittelständischen Betrieben. Sie haben ihr Gebiet besser unter Kontrolle und brauchen nicht die hohen Löhne zu zahlen, die bei uns die Gewerkschaften durchgesetzt haben. Hier treiben die Gewerkschaften echte Mittelstandsförderung."*

Tatsächlich handelt es sich nicht um eine „neue Unternehmensphilosophie", sondern um eine bekannte Variante der Monopolkapitalisten, das Lohnniveau zu senken. Die Deutsche Texaco hinkt den anderen Ölkonzernen eher hinterher und holt jetzt auf.

Das Prinzip ist einfach. Die Energiekapitalisten zahlen vergleichsweise hohe Löhne, allen voran die Ölmonopolisten – offensichtlich weniger aufgrund einer kampfstarken Arbeiterschaft, als zur präventiven Absicherung der Produktion vor Streiks u.ä. Gleichzeitig übertragen sie Vertriebs-, Speditions-, Lagerungs- und andere Dienstleistungsfunktionen zunehmend auf Klein- und Mittelbetriebe, die wesentlich niedrigere Löhne zahlen. Die kleinen Betriebe werden wiederum durch Knebelungsverträge fast vollständig von den Konzernen abhängig gemacht. Eine ganze Reihe Mineralölhändler werden beispielsweise ausschließlich von der Texaco beliefert, zu deren Konditionen. Zukäufe von anderen Firmen sind vertraglich ausgeschlossen. So befinden sich etwa nur 50 % der Texaco-beschilderten Tankstellen tatsächlich im Texaco-Besitz. Die anderen 50 % sind Eigentum mittelständischer Händler, die vertraglich an Texaco gebunden sind.

Die neueste Maßnahme der Texaco ist der Versuch, den Küchenbetrieb zu verpachten. Hauptgrund : „Küchenfrauen" müssen bei den Pächtern für den halben Lohn arbeiten. Der Profit des Pächters wird auf den Essenpreis aufgeschlagen, den die Kollegen zu zahlen hätten. Dieser Plan wird von vielen Kollegen nicht gebilligt. Der Betriebsrat lehnte geschlossen ab.

Der abschließende Hinweis des Vorstandsvorsitzenden, die Gewerkschaften betrieben echte Mittelstandsförderung, ist eine zynische Aufforderung an die Gewerkschaftsführer, auch zukünftig Löhne in den Klein- und Mittelbetrieben des Handels, im Speditionsbereich usw. niedrig zu halten, damit die Großkapitalisten Lohnsteigerungen umso besser unterlaufen können.

Zelle Texaco-HV
KB/Gruppe Hamburg

Severa, Hamburg

Entlassungen – Rationalisierungen

Bei der Severa - Chemische Fabriken GmbH - (Gewerkschaftsbetrieb co op) wurden vor kurzem fünf Kolleginnen entlassen, die im März dieses Jahres erst eingestellt worden waren. Als Grund gab die Werksleitung schlechte Auftragslage an.

Zu Beginn dieses Jahres waren ca. 30 Frauen neu eingestellt worden, um die Aufträge überhaupt bewältigen zu können. Jetzt – zum Sommer – wird der Personalbestand wieder reduziert. So einfach ist das für die Kapitalisten. Daß es sich hierbei um einen gewerkschaftseigenen Betrieb handelt, stört sie dabei wenig. Hauptsache, der Profit stimmt.

Die übergroße Mehrheit des Betriebsrates – ganz auf „Gewerkschaftslinie" eingestimmt – hatte diesem Antrag der Werksleitung nichts entgegengesetzt. Und laut Tarifvertrag haben diese Kolleginnen keinen Kündigungsschutz, da sie noch kein halbes Jahr im Betrieb sind.

Dazu muß man wissen, daß die ca. 30 eingestellten Kolleginnen zuvor eine Probezeit durchlaufen hatten: sie wurden anfangs nur befristet eingestellt. Wenn sie während dieser Zeit keine „Störungen" aufwiesen (krank etc.) wurden sie fest übernommen. Die Kolleginnen, die das Glück hatten, nicht krank geworden zu sein, nicht gefehlt oder „gebummelt" zu haben, dürfen bleiben. Es wird gesiebt und eingeschüchtert. Fleißig ranklotzen und schön ruhig sein, sonst...!

Inzwischen werden auch Frauen zum Palettenfahren (Hubwagen) eingesetzt, was sonst den Männern vorbehalten war. Neue Männer werden aber nicht eingestellt. So sparen die co op - Kapitalisten Lohnkosten, denn Frauen verdienen im gewerkschaftseigenen Betrieb natürlich auch weniger. Genau wie anderswo.

Doch es wird noch weiter entlassen. Das Lady-Fesh-Geschäft (Kosmetikartikel) wird aufgelöst. In diesem Zusammenhang sollen fünf Fachberaterinnen für diese Artikel entlassen werden. Eine ist bereits gekündigt worden – mit Zustimmung der Mehrheit des Betriebsrates.

Für die Arbeitsplätze in der Produktion soll nach Angaben der Geschäftsleitung keine Gefahr bestehen. Diese Arbeit wird von schwangeren Frauen ausgeübt. Was daraus wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Sicher ist jedenfalls, daß in den gewerkschaftseigenen Betrieben genauso auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen Profite gemacht werden wie in anderen kapitalistischen Betrieben.

Chemie-Branchenzelle Nord
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde

Weitere Abschlüsse auf Lohnraublinie

Im Bereich der Kautschukindustrie Hessen kam es zu einem 5,8 %-Abschluß, die Lehrlinge erhalten DM 33,- monatlich mehr.

Die Kollegen der feinkeramischen Industrie Bayerns erhalten vom 1.7. an ebenfalls 5,8 % mehr Lohn und

5,8 %, sondern ganze 5 % und DM 12,-; die Lehrlinge erhalten DM 25,- mehr („Gewerkschaftspost", 7/76).

Wie üblich, kam dann noch der Senf des IG Chemie-Hauptvorstandes hinzu. Erwin Grützner meinte zu-

tung übernommen, die nur aus der Solidarität (!) *gegenüber allen Arbeitnehmern, einschließlich der Arbeitslosen* (!)*, zu verstehen ist"* („Gewerkschaftspost", 7/76).

Dabei weiß auch Herr Grützner

ÖTV

ÖTV-Gewerkschaftstag

Massenausschlüsse und Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie

Trotz drängender Probleme im Öffentlichen Dienst leiteten die Delegierten des achten Ordentlichen Gewerkschaftstages, der vom 14. - 18. Juni in Hamburg abgehalten wurde, keinerlei konkrete Schritte in Richtung auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten in diesem Bereich ein. Konkrete Schritte allerdings wurden eingeleitet in der Abgrenzung nach links:

So besiegelte der Gewerkschaftstag – „mit überwältigender Mehrheit!" – den Ausschluß von 22 ÖTV-Mitgliedern, die sich mit einer Beschwerde gegen ihren Ausschluß an den Gewerkschaftstag, das oberste Organ der ÖTV, gewendet hatten. In fast allen diesen Fällen wurde den Kollegen eine Unterstützung bzw. aktive Mitarbeit in einer „gegnerischen Organisation", insbesondere auch dem KOMMUNISTISCHEN BUND, vorgeworfen.

Aber nicht nur das, gleichzeitig schafften die Delegierten das bisher verbürgte Recht der Mitglieder ab, sich in Sachen Gewerkschaftsausschluß an den Gewerkschaftstag zu wenden. Das liest sich dann im ÖTV-Magazin (Nr. 7/8, 1976) folgendermaßen: *„Die Zunahme von Ausschlußverfahren in den letzten vier* [...] *tion dar, das Recht der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung einzuschränken, um es schließlich zu beseitigen... Mit den Sondergesetzen wird letztlich versucht, allen Bestrebungen zur Veränderung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse entgegenzutreten und diese schließlich zu kriminalisieren."*

Stattdessen suchten sich die Delegierten den lauesten unter zehn Anträgen zu diesem Thema heraus, der sich der Erklärung der Bundesregierung anschließt, *„wonach der sogenannte* (!) *Radikalenerlaß gegenstandslos sei"* (!!) – *„es gibt keine Berufsverbote"*! – und die Auffassung vertritt, *„daß die bisherigen Bestimmungen in BAT* (= Bundesangestelltentarif, d. Red.) *und Beamtengesetz voll ausreichen zum Schutze* (?) *von Staat und Gesellschaft"* („ÖTV-Magazin", Nr. 7/8, 1976)...

Wen wundert es da, daß die vom Berufsverbot bedrohten ÖTV-Mitglieder in der Praxis vielfach k e i n e r l e i Unterstützung durch ihre Gewerkschaft erhalten, sondern im Gegenteil oftmals Berufsverbot und Gewerkschaftsausschluß Hand in Hand gehen!

Klunker hat seinen beiden Gästen soeben erzählt, daß über 400 linke Gewerkschafter aus der ÖTV ausgeschlossen wurden. Wenn das kein Grund zum Lachen ist ?!

Tarifrunde

Weitere Abschlüsse auf Lohnraublinie

Im Bereich der Kautschukindustrie Hessen kam es zu einem 5,8 %-Abschluß, die Lehrlinge erhalten DM 33,- monatlich mehr.

Die Kollegen der feinkeramischen Industrie Bayerns erhalten vom 1.7. an ebenfalls 5,8 % mehr Lohn und Gehalt. Der Tarifabschluß in der feuerfesten Industrie Rheinland-Pfalz und in Nordrhein lag nach Schlichtung bei 5,7 %.

Die Kollegen der Säureschutzindustrie erhielten nicht einmal mehr 5,8 %, sondern ganze 5 % und DM 12,-; die Lehrlinge erhalten DM 25,- mehr („Gewerkschaftspost", 7/76).

Wie üblich, kam dann noch der Senf des IG Chemie-Hauptvorstandes hinzu. Erwin Grützner meinte zynisch: *„Die Abschlüsse haben in den Betrieben ein überwiegend positives Echo gefunden"*. Die Tarifabschlüsse seien *„unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten zu sehen...und damit haben die Gewerkschaften...eine Verantwortung übernommen, die nur aus der Solidarität (!) gegenüber allen Arbeitnehmern, einschließlich der Arbeitslosen (!), zu verstehen ist"* („Gewerkschaftspost", 7/76).

Dabei weiß auch Herr Grützner zu genau, daß „maßvolle" Tarifabschlüsse nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen, sondern nur die Brieftaschen der Kapitalisten füllen!

Chemie-Komitee

Frauenausschuß der IG Chemie

Statt Emanzipation – „Chancengleichheit"

Am 24. und 25. Juni tagte der Bundesfrauenausschuß der IG Chemie. Der Ausschuß *„begrüßte die Gesetze zur Reform des Ehe- und Familienrechts"*. Damit seien die *„gewerkschaftlichen Forderungen nach Partnerschaft (?) von Mann und Frau erfüllt"* („Gewerkschaftspost", 7/76). Was die IG Chemie da so begrüßt, ist ein sogenanntes „Reformwerk" der SPD, das die Scheidung gerade e r s c h w e r t ; und das geht einzig und allein zu Lasten der Frauen. Auch zum § 218 wurden nur noch *„Mängel festgestellt. Es sind nicht genug Beratungsstellen vorhanden...und es sind nur 53 Modellberatungsstellen eingerichtet"* („Gewerkschaftspost", 7/76).

Außerdem *„wurden Schwierigkeiten bekannt, wonach es sehr schwer ist, ... einen genehmigten Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen"*.

Damit ist der Bundesfrauenausschuß voll auf der Linie dieser frauenfeindlichen „Reform" und mäkelt nur noch etwas an den ungenügenden Beratungen herum. Von einer schlechteren Bezahlung der Frauen in der Industrie war nicht mehr die Rede – schließlich hat die IG Chemie ja auch die Leichtlohngruppen „abgeschafft"; so wurde nur noch darauf hingewiesen, daß die *„Chancengleichheit bei der Berufsfindung...Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung"* sein müsse.

Damit stellt sich auch der Frauenausschuß der IG Chemie-Führung – nach den frauenfeindlichen Sprüchen von Karl Hauenschild – auf die Seite derer, die zwar noch etwas herummäkeln, aber n i c h t s für die materielle und politische Stellung der Frauen in der Gesellschaft tun.

Chemie-Komitee

Temming, Glückstadt

Größere Massenentlassungen verhindert

Die Kapitalisten der Papierfabrik Temming in Glückstadt wollten vor rund 9 Monaten 300 der insgesamt 724 Arbeiter entlassen. Die Kollegen ließen sich das nicht gefallen und bestreikten den Betrieb, so daß sich die Kapitalisten genötigt sahen, „nur" noch 140 Kollegen zu feuern. Nach Beendigung des Streiks spielte sich der „Kampf" gegen die Massenentlassungen im Gerichtssaal ab, wo es den Kapitalisten gegenüber der IG-Chemie-Führung gelungen ist, 41 Kündigungen durchzusetzen („Gewerkschaftspost" 7/76). Für die 41 Kollegen wurden wieder Abfindungssummen als „Trostpflaster" ausgezahlt. Gleichzeitig hat sich die ach so schlechte „Ertragslage" wieder gebessert: Die Arbeiter bei Temming müssen Überstunden kloppen und Mehrarbeit leisten, denn Temming weigert sich, neue Kollegen einzustellen.

Chemie-Komitee

Merck siegt gegen Kartellamt

Der Pharmakonzern Merck, Darmstadt, bekam von der bürgerlichen Justiz recht. Der Bundesgerichtshof (BGH) – das höchste richterliche Gremium, entschied bei einem seit 1974 anhängigen Verfahren, daß die Firma Merck im Bereich der Vitamin-B-12-Präparate *„keine marktbeherrschende oder mindestens überragende Stellung"* hätte. Demgegenüber hatte ein Westberliner Gericht und das Bundeskartellamt der Fa. Merck eine „marktbeherrschende Position" zugeschrieben, ferner würden die Kapitalisten ihr genanntes Präparat zu *„überhöhten Preisen"* verkaufen. Das Kartellamt verlangte damals eine Senkung der Preise um 60 - 70 %! Die Merck-Kapitalisten senkten dann auch die Preise um rund 22 %, was ihnen nun vom BGH zugute gehalten wurde.

Die Kapitalisten können sich jedenfalls – das geht aus dem jüngsten Urteil des BGH hervor – auf die „höchstrichterlichen Instanzen" verlassen. (Nach „Süddeutsche Zeitung" und „Frankfurter Rundschau", 6.7. 1976.)

Anhängig ist in der BRD ebenfalls der Prozeß gegen Hoffmann-La-Roche, dem vom Kartellamt vorgeworfen wird, seine marktbeherrschende Position mit den Präparaten „Valium" und „Librium" zu „mißbrauchen". In Großbritannien wurden die Kapitalisten zur Zurücknahme der Preise verurteilt, in der BRD dürfte Hoffmann-La-Roche wohl besser davonkommen. Die Kapitalisten nämlich sehen in dem Merck-Urteil „grünes Licht".

Chemie-Komitee

Klunker hat seinen beiden Gästen soeben erzählt, daß über 400 linke Gewerkschafter aus der ÖTV ausgeschlossen wurden. Wenn das kein Grund zum Lachen ist ?!

Jahren veranlaßte den Gewerkschaftstag, den Paragraphen 6 (Ausschluß) zu ändern."

Nach diesem Beschluß ist künftig der Beirat des ÖTV-Hauptvorstandes die letzte Instanz. Damit soll nach Aussagen der Gewerkschaftsführer erreicht werden, daß die Entscheidung bei Ausschlußverfahren nicht *„unzumutbar lange hinausgeschoben"* wird.

Mit diesem Beschluß ist die innergewerkschaftliche Demokratie weiter eingeschränkt und die Entwicklung der ÖTV zu einer Richtungsgewerkschaft um ein weiteres Stück vorangetrieben worden.

Die 22 Ausschlüsse stehen nicht allein. Selbst die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" spricht von einer *„ungewöhnlich hohen Zahl von Gewerkschaftsausschlüssen"* in der ÖTV (16.6.76). Allein in den letzten vier Jahren hagelte es über 400 (!) Ausschlüsse in der ÖTV, unseres Wissens nach die relativ höchste Zahl von Gewerkschaftsausschlüssen in einer DGB-Einzelgewerkschaft überhaupt.

Bei der Diskussion über Berufsverbote und Radikalenerlaß erreichten die Gewerkschaftsführer wahre Gipfel der Demagogie. So hetzte Kluncker in fast schon faschistischer Manier gegen *„extreme Gruppen oder Sozialgestörte (!!), die seine Gewerkschaft nur als Vehikel ihrer politischen Ziele mißbrauchen wollten"* („FAZ", 21.6.76), erklärte aber andererseits scheinheilig, die Hatz auf „Radikale" im Öffentlichen Dienst *„richtet sich nicht gegen rechtsradikale Tendenzen und Personen, sondern wie einem Naturgesetz folgend, nur gegen Linke"* („was tun", 17.6.76)!

Diesem „Naturgesetz folgend" lehnten die ÖTV-Funktionäre einen fortschrittlichen Antrag aus Nordrhein-Westfalen ab, der lautete: *„Der Gewerkschaftstag verurteilt das vom Bundestag beschlossene Sondergesetz über die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst. Er sieht hierin einen erneuten und verstärkten Schritt zum Abbau demokratischer Rechte. Das Sondergesetz stellt den gemeinsamen Versuch von Kapital, Staat und Reak-*

Der Gewerkschaftstag dient der Image-Pflege

Nach den wortradikalen Ankündigungen der ÖTV-Führer hätte der Gewerkschaftstag „scharfe Absagen" an Rationalisierungen, Privatisierungen und „Spar"maßnahmen im Öffentlichen Dienst bringen müssen. *„Es galt Antwort zu geben auf die Angriffe gegen den Öffentlichen Dienst"* („ÖTV-Magazin", Nr. 7/8, 1976).

Tatsächlich sind die mageren Beschlüsse in dieser Richtung nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. An eine Mobilisierung der Mitglieder für eine gemeinsame Front gegen die Angriffe der Öffentlichen „Arbeitgeber" ist nicht gedacht. Vielmehr wollen die ÖTV-Führer den Mitgliedern vormachen, als würden sie ernsthaft gegen die Angriffe auf die Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst Stellung beziehen. Diese „scharfen Absagen" dienen also wohl in erster Linie der Image-Pflege!

Für ihre Haltung ernteten sie prompt den Dank von Bundeskanzler Helmut Schmidt, der auf dem Gewerkschaftstag lobend hervorhob, die ÖTV sei sich immer ihrer *„Verantwortung für das Ganze"* bewußt gewesen („FR", 15.6.1976).

Für „Stabilitätsbeiträge" wie dem letzten Lohnraubabschluß sind die Vertreter des Staates den Gewerkschaftsführern immer dankbar... Übrigens ist auch Schmidt ÖTV-Mitglied! – die personifizierte Einheit von „Arbeitgeber"vertreter und Gewerkschaftsfunktionär.

Bundeskanzler Schmidt und CDU-Chef Kohl, die „Stars" auf dem Gewerkschaftstag, trieben fleißig Wahlwerbung für ihre Parteien. Schmidt entblödete sich nicht, die Dynamisierung der Kriegsopferrente als *„ein kleines Stück Sozialismus"* hinzustellen („FR", 15.6.76). CDU-Kohl sah sich auf dem nächsten ÖTV-Gewerkschaftstag schon als Kanzler auftreten, wofür er *„vereinzelt Pfiffe – Heiterkeit – Beifall"* erntete („FR", 15.6.1976).

ÖTV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Krankenhaus Groß-Sand, Hamburg/Wilhelmsburg

Sechs Selbstmordversuche in letzter Zeit!

Innerhalb des letzten halben Jahres sind im Krankenhaus „Groß Sand" sechs Selbstmordversuche von Schwesternschülerinnen, bzw. Pflegeschülern verübt worden, wobei einer tödlich ausging!

Bei diesen Selbstmordversuchen spielen sicherlich mehrere Faktoren eine Rolle, jedoch sind eindeutig die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus ein wesentlicher Faktor.

So herrscht zum einen für die Lernschwestern eine große Arbeitshetze (vier Lernschwestern bei 42 Patienten), während die beiden Vollschwestern hauptsächlich Befehle ausgeben und im Stationszimmer sitzen. Dort tragen sie dann die Verantwortung! Die Schülerinnen hingegen gehen morgens teilweise mit Magenschmerzen auf Station angesichts der ewigen Anmache, des Drucks und der ständigen Kontrolle dort. Spruch einer Stationsschwester zu einer Schülerin: *„Du hast wohl wieder zuviel gebumst, bist ja so müde"*.

Man bekommt ständig zu hören, daß man als Schwester nichts taugt und alles verkehrt macht.

Es ist ein regelrechtes Spitzelwesen aufgebaut, so daß man bei der geringsten Kritik über die Zustände im Krankenhaus befürchten muß, an die Stationsschwester oder die Krankenhaus-Leitung verpfiffen zu werden. Für das Zensuren-Geben auf Station (durch die Stationsschwester) spielt das Privatleben der Schülerinnen eine große Rolle; wobei die beste Kontrollmöglichkeit das Schwesternheim bietet. Es wird geleitet von einer Nonne, die zu jedem Zimmer einen Nachschlüssel hat und regelmäßig die Zimmer durchschnüffelt, den Ausgang der Schwestern kontrolliert und guckt, mit welchem Auto die Schwestern abends nach Hause gebracht werden.

Die ständig gespannte Atmosphäre im Krankenhaus spüren natürlich auch die Patienten, denn die eben angeschriene Schwester kann nicht im nächsten Moment wieder freundlich sein und läßt ihre schlechte Laune schon mal an Patienten aus.

Verstärkt wird diese Situation dadurch, daß viel zu wenig Personal vorhanden ist und gerade die Schülerinnen überfordert sind. Deshalb kann sich natürlich niemand in dem erforderlichen Maße um die Patienten kümmern. Diese umzureichende Versorgung gilt aber nur für die Kassenpatienten, für das Wohl der Privatpatienten sorgt eine Extra-Schwester.

Bezirksorganisation Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

MEK-Leute und Bereitschaftspolizei als „Ordner"

Durch eine Anfrage der CDU im Hamburger Rathaus wurde bekannt, daß die ÖTV-Führung als „Schutz" des Gewerkschaftstages einen Zug Bereitschaftspolizei und sogar MEK-Leute als „Ordner" angeheuert hat.

Diese skandalöse Maßnahme, die den Steuerzahler – nebenbei bemerkt – runde DM 40.000,- kostet, paßt haargenau zu der auf dem Gewerkschaftstag betriebenen hysterischen Abgrenzung gegen Linke und den von den Delegierten bestätigten Ausschlüssen.

Steigende Arbeitshetze bei der Post

Am 1.1.76 wurden die Städte Wanne-Eickel und Herne im Zuge einer Gebietsreform zu Herne 1 und 2 zusammengefaßt. Für die Arbeiter bei der Post hatte diese Zusammenlegung weitreichende Folgen, die sich vor allem in Mehrarbeit und Arbeitshetze ausdrücken.

So wurde die ADREMA (d.h. die Abteilung, in der die Zeitungen mit Adressen bedruckt werden) aus „Rationalisierungsgründen" von Herne 1 nach Herne2 verlegt. Die Abteilung bekam jetzt die Aufgabe, für beide Bezirke die Arbeit zu verrichten. Der Personalbestand aber wurde nicht erweitert, sodaß heute die gleiche Anzahl Kollegen die doppelte Arbeit ausführen müssen.

Im letzten Jahr wurde der Personalbestand um ca. 20 Kollegen abgebaut, durch Entlassungen, Erreichen der Altersgrenze usw. Neueinstellungen gab es nicht, weil ein Einstellungsstop verfügt wurde. Die Briefzusteller sind besonders hart vom Einstellungsstop betroffen. Wird z.B. ein Zusteller krank, wird seine Arbeit einem oder mehreren Kollegen mit aufgetragen. Diese zusätzliche Arbeit wird großzügig mit 1 1/2 Überstunden „vergütet".

Es ist sogar schon vorgekommen, daß Kollegen aus dem Urlaub zurückgeholt worden sind.

Ein besonderer Ausdruck der Arbeitsbelastung der Kollegen ist die Tatsache, daß bei einer Belegschaft von 270 Menschen am Postamt Herne 2 noch 500 Urlaubstage aus dem Jahre 1975 nicht gewährt worden sind.

Kollegen, die bei der Zustellung keinen festen Bezirk haben, werden zusätzlich ausgenutzt. Bei ihnen ist es vorgekommen, daß in einem Monat bis zu viermal der Zustellbezirk gewechselt wurde; das ist für die Kollegen unerträglich, weil jeder neue Bezirk eine Einarbeitungszeit von fünf bis sechs Tagen erfordert. Es ist deswegen auch schon zu Kreislaufzusammenbrüchen gekommen. Wenn Kollegen unter diesen Bedingungen die Arbeit nicht schaffen, werden sie von Vorgesetzten im Beisein aller Kollegen auch noch zusammengeschissen.

KB/Gruppe Bochum

Veranstaltung gegen den Ausschlußterror in der ÖTV

Parallel zum Gewerkschaftstag der ÖTV fand in Hamburg eine Veranstaltung statt, auf der sich ca. 150 ÖTV- Linke und Ausgeschlossene mit den Ausschlußpraktiken der ÖTV beschäftigten.

Organisiert hatten diese Veranstaltung die AKT (Arbeitskreis Transport), der Arbeitskreis "Kirche und Gewerkschaft" und die Redaktion „angepackt" (Vereinigung städtischer Kinder- und Tagesheime).

Verschiedene Kollegen berichteten von ihren Erfahrungen mit der Ausschlußpraktik der ÖTV-Vorstände. U.a. auch die Berlinerin Heide Pfanz, ehemals Bundesvorstandmitglied der Abteilung Sozialarbeit in der ÖTV. Sie wurde nach 13 Jahren aktiver Gewerkschaftsarbeit ausgeschlossen. Zum Vorwand dafür nahmen die Gewerkschaftsführer ihre Weigerung, auf einer Versammlung anwesende ÖTV' ler, gegen die ein Ausschlußverfahren lief, aus der Versammlung auszuschließen.

In einer Abstimmung erklärten sich alle 300 Anwesenden ohne Gegenstimmen mit dieser Weigerung solidarisch. Deutlicher können die ÖTV-Führer nicht zeigen, daß sie gegen die Interessen der Gewerkschaftsbasis handeln und entscheiden!

Vor dem Hintergrund von Gesinnungsschnüffelei und Ausschlüssen in den Gewerkschaften verabschiedeten die 150 Teilnehmer der Hamburger Veranstaltung eine Resolution, in der sie sich 1. solidarisch mit den aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen erklären, 2. die Unvereinbarkeitsbeschlüsse prinzipiell ablehne, 3. ihre Kolleginnen und Kollegen auffordern, die Resolution ebenfalls zu unterstützen und schließlich die Delegierten des ÖTV-Gewerkschaftstages auffordern, gegen Ausschluß und Unvereinbarkeit zu stimmen.

ÖTV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Betriebs- und Fachgruppenzeitungen werden abgeschafft

Am 18.6.76 faßte der Bezirksvorstand des Gesundheitswesens in der ÖTV den Beschluß, daß Betriebs- und Fachgruppenzeitungen nicht mehr herauskommen sollen, mit der Begründung, daß zuviele unterschiedliche Stimmen in der ÖTV auftreten. Ausgenommen sind die Jugend- und BVG-Zeitungen (Berliner Verkehrsbetriebe). Vorher konnten die Mitglieder der Betriebs- und Fachgruppen die Artikel für ihre Zeitungen selber schreiben und ohne große Kontrolle in den Zeitungen abgedruckt werden. Tatsache ist, daß die Leserschaft der Betriebs- und Fachgruppenzeitungen erheblich war, da die Arbeit in den Betrieben und Fachgruppen ausführlich dargestellt wurde und fortschrittliche Kollegen ihren Standpunkt vertreten konnten. Auch die nicht gewerkschaftlich organisierten Kollegen konnten sich informieren. Besonders auch für die in der Privatwirtschaft arbeitenden Kollegen (Arztpraxen, Apotheken usw.) sind diese Zeitungen eine wichtige Informationsquelle, da sie vereinzelt in diesen Betrieben arbeiten. In Westberlin gibt es davon im Gesundheitswesen etwa 6.000 Betriebe.

Gesundheitsgruppe
KB / Gruppe Westberlin

DRUCK

Kapitalisten brechen Tarifvereinbarung

Gleichzeitig mit dem 6-%-Tarifbeschiß wurde zwischen Kapitalistenverband und der IG Druck und Papier ein sogenanntes Maßregelungsverbot vereinbart, in dem es unter anderem heißt: *„Jede Maßregelung von Beschäftigten aus Anlaß der Teilnahme an Arbeitskampfmaßnahmen in der Lohntarifauseinandersetzung für den Abschluß des Lohntarifvertrages vom 13. Mai 1976 unterbleibt oder wird rückgängig gemacht, falls sie bereits erfolgt ist."* (nach „Druck und Papier" Nr. 11/76)

Wie wenig die Druckkapitalisten gewillt sind, sich an diese Vereinbarung zu halten, zeigen die ersten jetzt bekannt gewordenen Fälle von Entlassungen, die sicher erst die Spitze des Eisberges bilden.

- Entlassung eines Kollegen bei Broschek wegen „Störung des Betriebsfriedens". Er hatte vor seiner Arbeitszeit die „Streik-Infos" im Betrieb verteilt.
- Entlassung eines Kollegen beim Auer-Druck (hier wird die „Hamburger Morgenpost" gedruckt) wegen Überstundenverweigerung und angeblicher Beleidigung eines Vorgesetzten.
- Entlassung einer Kollegin in der Druckerei Danckert ohne Angabe von Gründen. Der Grund liegt allerdings klar, die Kollegin war in der Streikleitung des Betriebes.
- Entlassung eines Kollegen, der sich ebenfalls in der Streikleitung befand, bei der Offset-Firma Hansa-Siegelmarken. Dieser Kollege hatte sich während des Streiks auch sehr für die unorganisierten Kollegen eingesetzt und Bezahlung ihrer Streiktage durch den Kapitalisten gefordert. Kündigungsgrund: „Unpünktlichkeit".
- In der Münchner Reprofirma Colortechnik wurden drei Beschäftigte zum 1. Juli gekündigt. Anderen sollen übertarifliche Zulagen gestrichen werden.
- Die Druckfirma Roth will einen Betriebsrat, der der Streikleitung angehört hat, entlassen.

(Münchner Angaben nach „berliner-EXTRA-dienst")

Gegen diese klar im Widerspruch zu dem oben genannten „Maßregelungsverbot" stehenden Maßnahmen der Unternehmer gilt es für die bis jetzt betroffenen Kollegen, offensiv vorzugehen.

Dazu gehört, die bekannt gewordenen Fälle in den Betrieben öffentlich zu machen, um so auch die IG Druck aufzufordern, Entlassungen, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen ausgesprochen, gemeinsam zu behandeln. Nämlich zu behandeln als klaren Vertragsbruch von Seiten der Kapitalisten und dieses auch über eine Klage feststellen zu lassen.

Hier eine klare Entscheidung zu treffen, bildet eine gute Grundlage zum Vorgehen gegen die Kapitalisten, auch für die Kollegen, die noch von Maßregelungen getroffen werden.

Einen besseren Weg zur „Klärung von Vertragsbrüchen" der Kapitalisten beschritten unter anderem die Drukker und Setzer der Aschaffenburger Tageszeitung „Main-Echo".

Aus Protest gegen die fristlose Entlassung eines Redakteurs, dem Ortsvorsitzenden der dortigen dju (Deutsche Journalisten-Union), der sich mit dem Streik der Drucker und Setzer solidarisiert hatte, nahmen die Kollegen nach Ende des bundesweiten Streiks die Arbeit nicht wieder auf. Sie streikten so lange weiter, bis sich der Verleger nach zwei Tagen gezwungen sah, die Kündigung zurückzunehmen.

Über den gleichen Weg wurden die gekündigten Kollegen bei der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" in den Betrieb „zurückgeholt".

GEGEN UNTERNEHMERBRUTALITÄT HILFT NUR ARBEITERSOLIDARITÄT!

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Nachschlag für Essener Kollegen

Bedingt durch den miesen 6-%-Tarifabschluß stellte die Belegschaft der Tiefdruckerei Giradet (Essen) die Forderung nach einem Nachschlag auf, die auch erkämpft werden konnte (einmalige Pauschale von DM 135,–).

Eine Forderung nach Erhöhung des Weihnachtsgeldes konnte aber ebensowenig erreicht werden wie die Forderung nach einem Nachschlag für die Essener Industrie-Druckbetriebe („Was tun?", Nr. 14, S. 4).

Aber bis zum Herbst wird sich wohl noch eine passende Gelegenheit ergeben.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Gleicher Lohn für Frau und Mann!

Auch in den Betrieben der Druckbranche können wir immer wieder feststellen, daß Frauen, die die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen machen, dennoch geringer bezahlt werden:

Bauer-Verlag:
Von den vier neueingestellten „Perforatorsetzern" werden die beiden Frauen lediglich als „Schreibkräfte" geführt. Nach dreimonatiger Ausbildung erhalten die Männer den Maschinensetzer-Tariflohn, nicht so die Frauen, die ganze DM 1,90 pro Stunde weniger erhalten, das sind im Monat 305 Mark! Und dies, obwohl die Frauen nicht langsamer, sondern eher schneller die Maschinen bedienen können als ihre männlichen Kollegen. Den Kolleginnen wurden zwar 270 Mark mehr bei abgeschlossener Anlernzeit versprochen, doch der Bauer-Verlag möchte wohl erstmal testen, ob die Kolleginnen nicht vielleicht auch ohne diese „Angleichung" für die Arbeit zu haben sind.

Broschek:
Der neue Computer bedeutet für mehrere Frauen, vorzeitig auf Rente zu gehen, und für eine Kollegin die Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz. Die zehn Kolleginnen, die in Zukunft mit dem Computer arbeiten müssen, werden bezüglich der Arbeitsanforderungen eindeutig dequalifiziert. Sie haben nur noch EDV-Tabellen zu kontrollieren und Statistiken zu schreiben. Die „höhere Mathematik" des Computers kennenzulernen, wurde nur dem Chef und einem männlichen Kollegen gestattet.

Peute-Druck:
Dem geschlossenen Protest der Kolleginnen der Weiterverarbeitung beim Betriebsrat gegen ihre zu niedrige Einstufung (Lohngruppe 3 gegenüber Lohngruppe 4 bei den Männern) ist es zu verdanken, daß die Geschäftsleitung jetzt wöchentlich bei den Frauen 5 Mark zugelegt hat. Die Männer verdienen bei gleicher Arbeit jedoch immer noch 6 Mark in der Woche mehr als die Frauen.

Betriebszellen
Bauer-Verlag, Broschek, Peute-Druck
KB/Gruppe Hamburg

IG-Drupa: „Nein zum Sonderbeitrag!"

Am 10. Juni trat der Erweiterte Hauptvorstand der IG Druck und Papier zur Bestandsaufnahme über den Streik zusammen.

Neben der Einschätzung, der Streik wäre ein Erfolg gewesen, kam der zweite Hammer: *„Zur Verbesserung der finanziellen Lage der IG Druck und Papier beschloß der Vorstand einen Sonderbeitrag"*.

Dieser Beitrag soll die Höhe eines Monatsbeitrages haben.

Unter welcher Stoßrichtung den Kollegen diese Maßnahme verkauft werden soll, zeigt folgende Passage: *„Gemeinsam haben w i r den Streik durchgestanden; gemeinsam werden w i r auch die finanziellen Folgen bewältigen"*. (Zitate aus „ZO" Nr.13, 21.6.; Hervorhebung d. Verf.)

Während man hier auf einmal die Solidarität und den gemeinsamen Kampf beschwört, werden auf der anderen Seite allein in Hamburg neun Kollegen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, die ausnahmslos und in vorderster Front am Kampf teilgenommen haben.

Nicht nur, daß die Kollegen im Streik selber nicht mehr den Mund aufmachen dürfen, trotz oft jahrzehntelanger Beitragszahlungen sollen sie jetzt noch den Streik nachfinanzieren. Wo bleiben denn die Millionengelder, die aus den Taschen der Kollegen in die Drupa geflossen sind? Aus der letzten Veröffentlichung der Drupa-Bilanz geht hervor, daß nur 9 % für die Streikkasse vorgesehen sind und die z. T. auch noch fest angelegt und nur über verzinste Kredite bei der Bank für Gemeinwirtschaft flüssig zu machen sind, die auf unsere Kosten Finanzierungsgeschäfte unternimmt.

Unser Tip kann da nur heißen: Nein zum Sonderbeitrag – Boykott der Bezahlung.

Weg mit den Ausschlüssen!

Kampf dem Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie!

Betriebszelle
Axel-Springer-Verlag
KB/Gruppe Hamburg

Zur SPD-Betriebszeitung bei Broschek

Einige Wochen nach dem Druckerstreik wurde auch die SPD-Betriebsgruppe (BG) bei Broschek wieder „aktiv".

Ihre vierseitige „Betriebszeitung" „AfA-einblick" wurde verteilt. Davon widmeten die „Genossen" der SPD sage und schreibe 31 Zeilen dem Druckerstreik, der Rest ist Wahlpropaganda. Und es ist erstaunlich, mit wieviel Lügen und Antikommunismus sie es schaffen, den Streik der Kollegen bei Broschek auf so kleinem Raum so tief in den Dreck zu ziehen.

„Statt gewerkschaftlicher Streikzeitungen wurden die Druckinfos vom Kommunistischen Bund verteilt. Ist es nun ein gewerkschaftlicher Streik oder ein Streik des KB's."

Während des Streiks hat die SPD-BG keinen Finger krumm gemacht. Nicht ein „einblick" ist erschienen. Nach dem Streik stellen sich diese Leute hin und werfen den Kollegen vor, sie hätten sich vor den Karren der Kommunisten spannen lassen. Die SPD-BG war in diesem Streik bei Broschek total einflußlos und hat ihn in keiner Weise unterstützt. Während sich die Linken um das Streik-Info vorbehaltlos hinter die Forderung nach 9 % mindestens 140 DM für alle, nach Vollstreik usw. gestellt haben. Die Linken um das Streik-Info haben den Streikverlauf wesentlich mit beeinflußt. (Und sind jetzt vom Gewerkschaftsausschluß bedroht) Diese Tatsache ist auch bei einem Teil der Kollegen nicht mit antikommunistischen Anwürfen wegzuwischen!

„Kam man zu bestimmten Zeiten des Streiks am Werktor vorbei, suchte man vergebens Kollegen der Streikleitung. Wo waren sie? Kollegen von Springer waren hier eher zu treffen." Daß man ab und zu mal am Werktor v o r b e i kam, ist eine sehr treffende Selbsteinschätzung der SPDler. Nun gut.

Daß aber die solidarische Unterstützung der Springer Kollegen bei der Streikposteneinteilung angegriffen wird, ist 'ne Frechheit. Dieser Austausch von Streikposten war gut, hat die Solidarität der Kollegen der verschiedenen Betriebe gestärkt.

Kein Wort wird in dem „einblick" auf den Angriff auf das Streikrecht der Drucker verschwendet! Kein Wort über die schädliche Streiktaktik der Gewerkschaftsführer und über den miesen Abschluß! Kein Wort über die Streikbrecher bei Broschek und die Taktik der Kapitalisten, die Kollegen einzuschüchtern! Usw. u.s.f. !

Im Einklang mit der bürgerlichen Presse und der SPD-Spitze hetzt die SPD-BG gegen die Kollegen. Die werden für die „Belehrung" sicher außerordentlich dankbar sein.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

GEW

GEW-Chef Frister für antikommunistische Richtungsgewerkschaft in Spanien

Zu einer „Solidaritätsspende", die den *„spanischen Kolleginnen und Kollegen helfen soll, eine freie, unabhängige Gewerkschaftsbewegung aufzubauen"*, hat GEW-Chef Frister in der Juli-Ausgabe der „Erziehung und Wissenschaft" aufgerufen. Hat Frister seine Hauptbeschäftigung, die Hetze und Ausschlußpolitik gegen kommunistische und sozialistische Mitglieder und die Ausrichtung der GEW unter das Diktat des Hauptvorstandes plötzlich aufgegeben und widmet sich jetzt der „Solidarität mit Spanien"? Der Schein trügt, Fristers „internationale Solidarität" besteht in der antikommunistischen Ausrichtung der Gewerkschaftsbewegung auf europäischer Ebene.

Während in Spanien brutale Unterdrückung und Folter gegen die Werktätigen nach wie vor an der Tagesordnung sind, wird in der bürgerlichen Presse immer wieder über eine angebliche Demokratisierung und über eine Annäherung an die „europäischen Demokratien" spekuliert, um so eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zu rechtfertigen. Frister rechnet damit, daß *„etwa im September 1976"* politische Parteien und auch Gewerkschaften zugelassen werden. Nicht erwähnt wird von Frister, daß eine Partei für ihre Zulassung das „Parteiengesetz" anerkennen muß, das die Parteien verpflichtet, die unveränderten faschistischen Grundgesetze

Das Spalterwerk wird so begründet: *„Zunächst einmal will man aber Richtungsgewerkschaften aufbauen, weil man angesichts der Unerfahrenheit der breiten Mitgliederschichten und der strafferen Organisation der kommunistisch geschulten Kader das Entstehen einer kommunistisch geführten Gewerkschaft anstelle einer Einheitsgewerkschaft befürchtet. ... Die kommunistisch gesteuerten Arbeiterkommissionen wollen selbstverständlich eine undifferenzierte Einheitsgewerkschaft (!), weil sie sich dort nicht als Kommunisten zu erkennen geben müssen und alle Möglichkeiten der Infiltration durch disziplinierte Kaderarbeit behalten."* („E&W" 7, 76).

Als abschreckendes Beispiel wird Portugal genannt, wo nach dem Sturz der Diktatur die Einheitsgewerkschaften *„schnell in die Hände der Kommunisten"* gefallen seien. Es ist Frister offensichtlich ein Dorn im Auge, daß die portugiesische Lehrergewerkschaft recht fortschrittliche Positionen vertritt und daß dort gegen den Widerstand der Sozialdemokraten eine fortschrittliche Organisationsform (Organisierung nach Stadtteilen statt nach Schularten) zustande kam. Auch unter den UGT-Mitgliedern wächst der Widerstand gegen die rechtsozialdemokratische Führung. So haben die Mitglieder auf dem UGT-Kongreß im April

Ebert-Stiftung und des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und durch „materielle und personelle Überbrückungshilfen" soll die UGT hochgepäppelt und antikommunistisch ausgerichtet werden.

Welchen Kurs die von Frister und Co unterstützte Gewerkschaft einschlagen soll, zeigt seine Ansicht, daß, *„wenn es überhaupt ein einigendes Band zwischen Herrschenden in Spanien und den opponierenden Parteien und Gewerkschaften gibt"*, dies *„die Furcht vor einer erneuten gewaltsamen Entladung der bestehenden politischen und sozialen Konflikte, die Angst vor Bürgerkrieg, Anarchie und Terror"* sei.

Was der Zyniker Frister hier so nebenbei unterschlägt, ist, daß auch im heutigen Spanien (nach Franco) noch blutiger faschistischer Terror gegen alle Gegner des Regimes ausgeübt wird: auf den Straßen, in den Fabriken, Hochschulen und vor allem auch in den Gefängnissen.

Und daß das faschistische Regime gegen die Antifaschisten und Unabhängigkeitskämpfer in den nördlichen Provinzen Spaniens (vor allem im Baskenland) k r i e g s mäßig vorgeht, ist zumindest bei den demokratischen Kräften Europas bekannt.

Da Frister sich nicht mit dem gerechten Widerstandskampf der spanischen Antifaschisten (und zwar in der Form, wie er in Spanien selbst

GEW-Flensburg:

Die Mitglieder wurden getäuscht

Nachdem die GEW-Führung ihre Absicht, sich mit Hilfe der Bundessatzung zum Alleinherrscher in der GEW aufzuschwingen, in einigen Landesverbänden nicht reibungslos durchsetzen konnte, schlägt sie jetzt in Schleswig-Holstein einen „raffinierten" Kurs ein.

Auf der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Flensburg wurde vom Vorstand eine neue Satzung zur Abstimmung gestellt. Zu ihren Inhalten gehören sowohl die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, als auch die Tatsache, daß die Mitgliederversammlungen nicht mehr die Politik des Kreisverbandes bestimmen können, also zwei wesentliche Merkmale der Bundessatzung. Stattdessen bestimmt jetzt *„die Delegiertenversammlung die Richtlinien für die Arbeit des Kreisverbandes und entscheidet endgültig über alle Angelegenheiten."* (§10). Ist darin schon enthalten, daß die direkte Demokratie (Festlegung der Politik auf Mitgliederversammlungen) weitestgehend eingeschränkt wird, wird doch immerhin noch der Eindruck erweckt, als habe der Kreisverband auch in Zukunft die Möglichkeit, seine Aktivitäten selbständig zu bestimmen. Der Pferdefuß folgt aber gleich hinterher. Denn in §1 heißt es: *„Die Satzung des Landesverbandes hat Vorrang gegenüber der Satzung des Kreisverbandes."*

Und angesichts der Tatsache, daß die Landesvertreterversammlung im November d.J. über die Übernahme der Bundessatzung entscheidet, die überhaupt keine eigenständigen Kreisverbände mehr vorsieht, wurde mit der Verabschiedung der Satzung für den Kreisverband gleichzeitig über dessen Auflösung beschlossen.

Nach einer weniger als halbstündigen (!) Diskussion wurde die Satzung bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen. Einige Kollegen waren so überrumpelt, daß sie sich gar nicht an der Abstimmung beteiligten.

Noch einmal ist es den Gewerkschaftsführern durch Täuschung gelungen, ihre Politik gegen die Mitglieder durchzusetzen. Notwendig ist es deshalb, daß auch in der GEW Schleswig-Holstein bis zur Landesdelegiertenversammlung der mit der Übernahme der Bundessatzung verbundene Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie breit diskutiert wird. Die Beispiele aus Westberlin und Hamburg haben bewiesen, daß ein großer Teil der Mitglieder bereit ist, sich diesem antidemokratischen Kurs der Gewerkschaftsführer entgegenzustellen.

PH-Zelle
KB/ Gruppe Flensburg

Die SPD lügt und fälscht, um iranische Studenten zu unterdrücken

Wie wir schon in AK 81 berichteten, hatte der SPD-Oberbürgermeister der Stadt Giessen mit zwei Verfügungen vom 16.3.76 die Aufenthaltsgenehmigung von zwei Mitgliedern der CISNU (Conföderation Iranischer

abgelegt und anschließend ein zweites Studium in Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie aufgenommen.

3. daß er Vorsitzender der CISNU in Gießen sei.

schaften zugelassen werden. Nicht erwähnt wird von Frister, daß eine Partei für ihre Zulassung das „Parteiengesetz" anerkennen muß, das die Parteien verpflichtet, die unveränderten faschistischen Grundgesetze sowie die Prinzipien der faschistischen Einheitsbewegung („Movimento") zu unterstützen. Kommunistische Organisationen sind von dieser Zulassung eh ausgeschlossen.

Ebenso verdreht Frister völlig den Einfluß der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen. Er schreibt, daß zwei gewerkschaftliche Organisationen bedeutsam sind: Die Arbeiterkommissionen (CO) und die Allgemeine Union der Arbeiter (UGT). Hier wird der Leser in Unkenntnis darüber gelassen, daß die UGT eine unbedeutende Gewerkschaft der spanischen Sozialdemokraten (PSOE) mit insgesamt nur 12.000 Mitgliedern, von denen sich auch noch 1/3 im Ausland aufhält, ist, während die Arbeiterkommissionen heute bei allen betrieblichen und allgemeinen Streiks die wesentliche organisierende Kraft darstellen.

Aber es geht Frister ja gerade darum, die UGT bzw. den Lehrerbereich der UGT, die „Förderation der Arbeiter des Erziehungswesens" (FETE) aufzupäppeln, um die „Comisiones Obreras" (CO) zu isolieren.

Stadtteilen statt nach Schularten) zustande kam. Auch unter den UGT-Mitgliedern wächst der Widerstand gegen die rechtsozialdemokratische Führung. So haben die Mitglieder auf dem UGT-Kongreß im April in Madrid die Abgrenzungspolitik des UGT-Vorstands gegenüber den Arbeiterkommissionen vereiteln können und sich nachdrücklich zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft bekannt (vgl. AK 79).

Hatte Frister vor dem Kölner Kongreß die Kampagne zur Ausschaltung der linken Opposition in der GEW unter das demagogische Motto gestellt: „*Die GEW soll keine Richtungsgewerkschaft werden*" (Hauptschlagzeile in „E&W" 2, 75), so soll jetzt die angebliche „Unerfahrenheit" der spanischen Kollegen den Aufbau einer sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft rechtfertigen.

Für die „*ersehnte aber komplizierte Aufgabe*", die Wandlung der UGT „*von einer kleinen illegalen Kader (!)organisation zu einer großen Mitgliedergewerkschaft*" sieht Frister noch einige Schwierigkeiten, als Hauptproblem die „*Konkurrenz zur kommunistischen Gewerkschaftsorganisation*".

Durch die massive Unterstützung des Goethe-Instituts, der Friedrich-

vorgeht, ist zumindest bei den demokratischen Kräften Europas bekannt.

Da Frister sich nicht mit dem gerechten Widerstandskampf der spanischen Antifaschisten (und zwar in der Form, wie er in Spanien selbst festgelegt und geführt wird!) solidarisieren will, faselt er von „Anarchie", der „Angst vor Bürgerkrieg" und dem „Terror" im allgemeinen – und erfindet ein „einigendes Band" zwischen Unterdrückern und Unterdrückten.

Wäre der Herr Frister ein Mensch ohne Funktion und Einfluß, so wäre es nicht notwendig, auf seine reaktionären Spießertiraden einzugehen.

Aber die Worte des Vorsitzenden der westdeutschen GEW verdienen nicht nur die Aufmerksamkeit der fortschrittlichen Gewerkschaftmitglieder, sonder aller Demokraten und Kommunisten.

Fristers Kampagne zur Unterstützung seiner Gesinnungsgenossen in Spanien oder sonstwo darf nicht unwidersprochen hingenommen werden, sondern muß von allen Demokraten schärfstens verurteilt werden. Denn noch haben wir hier – zumindest satzungsgemäß – nicht die von Frister für Spanien angestrebte Richtungsgewerkschaft ...

Lehrerkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Wie wir schon in AK 81 berichteten, hatte der SPD-Oberbürgermeister der Stadt Giessen mit zwei Verfügungen vom 16.3.76 die Aufenthaltsgenehmigung von zwei Mitgliedern der CISNU (Conföderation Iranischer Studenten National Union) auf Giessen und vier umliegende Landkreise beschränkt und Ausweisung angedroht. Im SPD-regierten München war eine ähnliche Verfügung gegen einen persischen Studenten erlassen worden. Am Beispiel der mit Lügen und Fälschungen gespickten Verfügung gegen Abdolhossein Behravan, Sekretär für internationale Angelegenheiten im Welt-Vorstand der CISNU, wollen wir die Art des Vorgehens noch einmal genauer darlegen. Die Informationen und Zitate sind den „Blättern des iz3w" Nr. 54, Juni 76 entnommen.

In der Verfügung wird behauptet: „*Sie halten sich seit August 1966 in der BRD als Student auf. Ihr Studium haben Sie bisher nicht abgeschlossen. Sie sind Vorsitzender der „Confoederation iranischer Studenten National Union" - cisnu - in Gießen.*

Nach vorliegenden Erkenntnissen wurden Sie im März 1974 in Den Haag/Niederlande wegen Notzucht und Hausfriedensbruch festgenommen.

Am 8. März nahmen Sie an der Besetzung der iranischen Botschaft in Stockholm teil. Am 29. April 1975 haben Sie die Diensträume der iranischen Botschaft in London widerrechtlich besetzt.

Diese Tatbestände sind Ausweisungsgründe nach § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Ausländergesetzes, da sie die Beziehungen der BRD zu Ihrem Heimatland erheblich stören. Von einer Ausweisung wird aber vorerst abgesehen, um Ihnen Möglichkeit zu geben, Ihr Studium hier abzuschließen.

Ihre Aufenthaltserlaubnis war zur Vermeidung weiterer Störungen öffentlicher Belange der BRD auf Ihren Studienort und die nähere Umgebung zu beschränken. Damit ist die Fortführung Ihres Studiums gewährleistet..."

An der Verfügung wird deutlich, daß die BRD-Behörden ihre repressiven Ausländergesetze nicht auf Tätigkeiten ausländischer Arbeiter und Studenten in der BRD selbst beschränken, sondern auf die gesamte politische Aktivität, selbst wenn sie mit Aktionen im Ausland verbunden ist, ausdehnen. Die Ausländergesetzgebung entpuppt sich damit als reines Gesinnungsstrafrecht! Wer als Ausländer in der BRD arbeitet oder studiert, darf seine politische Meinung nirgendwo in aller Welt vertreten, er schädigt sonst die „guten Beziehungen" der BRD zu den faschistischen Regimes...

Folgendes an der Verfügung ist zu ihrer Absicherung offen erlogen:

1. daß Abdolhossein Behravan sich seit 1966 in der BRD aufhalte. Er ist bereits 1964 eingereist.
2. daß er bisher sein Studium nicht abgeschlossen habe. Vielmehr hat er im Juni 1972 seine Diplomprüfung in angewandter Biologie erfolgreich abgelegt und anschließend ein zweites Studium in Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie aufgenommen.
3. daß er Vorsitzender der CISNU in Gießen sei.
4. daß er am 8. März 1974 an der Besetzung der iranischen Botschaft in Stockholm teilgenommen habe. Nach dem „Verfassungsschutzbericht" 1974 erklären die westdeutschen Spitzelorgane selbst, daß am 8. März 1974 in Den Haag und Stockholm g l e i c h z e i t i g gegen das Schahregime protestiert wurde. Abdolhossein kann kaum zugleich in beiden Orten gewesen sein.
5. daß er im März 1974 in Den Haag wegen N o t z u c h t und H a u s f r i e d e n s b r u c h festgenommen worden sei. Tatsächlich wurde er festgenommen, nachdem er zusammen mit anderen Iranern in die niederländische Iran-Botschaft eingedrungen war, um eine Protestresolution gegen die Hinrichtung von zwei fortschrittlichen Künstlern im Iran zu überbringen, in der u.a. gefordert wurde, daß die UN-Menschenrechtskommission die Zustände in iranischen Gefangenenlagern untersuchen solle. Gegen die Teilnehmer der Aktion verhängte ein holländisches Gericht anschließend eine Geldbuße von 100 Gulden. Für die westdeutschen Behörden ist dies ein willkommener Anlaß, Abdolhossein als kriminellen N o t z u c h t t ä t e r hinzustellen...
6. daß er am 29.4.75 die Diensträume der iranischen Botschaft in London w i d e r r e c h t l i c h besetzte. In London zog die „Besetzung" nicht einmal ein Gerichtsverfahren nach sich, das Strafverfahren wurde von einem Londoner Gericht im Februar 76 eingestellt.

Hintergrund für die Londoner Aktion war ein Bericht der offiziellen iranischen Zeitungen vom 19.4.75, wonach in jenen Tagen neun politische Gefangene angeblich bei einem „Fluchtversuch" zweier von den neun während einer Überführung in ein anderes Gefängnis „erschossen" worden waren. Die Aktion sollte auf den offensichtlichen Mord an den neun Häftlingen aufmerksam machen: Gefangene werden im Iran bei einer Umquartierung einer Leibesvisitation unterzogen und an Händen und Füßen gefesselt, so daß sie weder Waffen bei sich führen noch fliehen konnten. Außerdem: wie können bei einen „Fluchtversuch" von zwei Gefangenen weitere sieben, übrigens von „amnesty international" betreute, erschossen werden?

Die Unterdrückung und Drohungen gegen Abdolhossein sind k e i n Einzelfall. Sie machen exemplarisch deutlich, mit welchen Mitteln die BRD-Behörden – auch die SPD-geführten – die blutigsten Regimes unterstützen und antifaschistische Freiheitskämpfer verfolgen.

Nieder mit den reaktionären Ausländergesetzen!

Schluß mit der Unterstützung des faschistischen Iran durch die BRD!

Nahost-Kommission

Ausländische Arbeiter in der BRD

Verhetzte Kleinbürger fordern Schließung von drei Türken-Lokalen

In Hamburg St. Pauli sind „die Türken los". Es geht um drei Lokale, in denen überwiegend türkische Kollegen verkehren. „*Die türkischen Mitbürger, die in diesen Lokalen verkehren, vertragen den Alkohol wohl nicht. Sie belästigen alle Mädchen und Frauen, wollen sogar auf offener Straße körperliche Kontakte erzwingen. Den deutschen Geschäften bleiben sogar schon 30 Prozent Kunden weg*" („Bild", 2.7.76).

Diese Geschichten werden jedenfalls von den Initiatoren einer Unterschriftensammlung behauptet, mit der die Schließung der drei Lokale gefordert wird und die inzwischen mit 80 Unterschriften dem zuständigen Ordnungsamt übergeben worden ist.

Die Reaktion der Behörde: „*Wir nehmen die Sorgen dieser Bürger sehr ernst*" („Bild", 2.7.76). Und: „*Wir werden unserer Maßnahmen hier nicht unter dem Gesichtspunkt einer gewissen Fremdenfeindlichkeit treffen, denn Ausländer haben in der BRD grundsätzlich die gleichen Gewerbechancen wie wir*", sagte Ordnungsamtsleiter Stau laut NDR II (Umschau am Abend, 2.7.76).

Der Wahrheitsgehalt dieser Beschuldigungen scheint sehr zweifelhaft: Gerade in unmittelbarer Nähe des Kiez (Reeperbahn), in einem Stadtteil, der großenteils von der kommerziell ausgebeuteten „Belästigung" von Frauen lebt, sollen jetzt aufgrund von Behauptungen, Frauen seien belästigt worden, drei türkische Lokale geschlossen werden!? Warum gerade türkische? Der Gedanke liegt nahe, daß hier die Unzufriedenheit des deutschen Kleinbürgertums – Laden- und Kneipenbesitzer – mit dem vor allem durch Sanierung, Bevölkerungsschwund und -umstruktuierung bedingten Umsatzrückgang auf die türkischen Kollegen gelenkt werden soll. Diese Entwicklung wird seit langem vor allem von der Springerpresse und hohen CDU-Politikern forciert. Vorbild ist das Dritte Reich, wo die Juden ja immer an allem Schuld waren.

In unserem konkreten Fall wird es darum gehen, die Hintermänner aufzudecken, der wachsenden Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten, und dafür zu sorgen, daß die ohnehin miesen Freizeitangebote für unsere türkischen Kollegen nicht auch noch eingeschränkt werden.

Westdeutsche Arbeiter -
ausländsiche Arbeiter –
gemeinsamer Feind –
gemeinsamer Kampf!

Bezirksgruppe St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

Kirchenvertreter gegen Ausländerpolitik

Die Ausländerreferenten der Bistümer Münster und Limburg und der „Initiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen" haben in einem Brief an das Arbeitsministerium die Ausländerpolitik der BRD als „nationalistisch und arbeiterfeindlich" bezeichnet.

Die Ausländerpolitik der Bundesregierung gerate in die Nähe „*von so bedenklichen Parolen wie ‚deutsche Arbeitsplätze den deutschen Arbeitern'*", was eine Parole der Nazis war. Immerhin eine sehr treffende und mutige Feststellung. Weiter heißt es: „*Nachdem bereits mehr als eine halbe Million ausländischer Arbeiter während der Rezession ihren Arbeitsplatz räumen mußten, schickt sich das wirtschaftlich und sozial stabilste Land der westlichen Welt an, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln weitere 500.000 Arbeiter über die Grenzen zu schicken.*"

Die Briefschreiber werfen der BRD vor, daß sie zusätzlich zu steigendem Waren- (und Kapital-) Export noch mehr Arbeitslosigkeit in wirtschaftlich äußerst schwache Länder exportiere.

Emigrantenzelle

Weiterer Angriff auf Gesundheitsfürsorge

Nachdem die Arbeiterklasse durch umfangreiche Steuererhöhungen und „Spar"programme im öffentlichen Sektor zur Kasse gebeten wurde, um das durch Krise und Arbeitslosigkeit ins Staatssäckel gerissene Loch zu stopfen, plant die Bourgeoisie und ihre Bundesregierung nun einen weiteren Coup. Im „Sozialbericht 1976" kündigt die „sozialliberale" Koalition Beitragserhöhungen um 2,5% (heute 10,6%) auf 13% des Einkommens im Jahre 1979 an. Allein die Ortskrankenkassen setzten in den letzten fünf Jahren ihre Beiträge um durchschnittlich 7,1% herauf. 1972 kassierten sie 8,4% Lohn-Prozente (formal zwischen Kapitalist und Arbeiter aufgeteilt), für 1976 werden im Bundesdurchschnitt bereits 11,3% erwartet („Wirtschaftswoche", 12/76).

Kranke schuld an Kostenexplosion?

Einer der sozialen Oberdemagogen, der rheinland-pfälzische CDU-Sozialminister Geißler, hat „errechnet", daß bei gleicher Kostenentwicklung die Gesamtaufwendungen der Kassen von rund 9 Mrd. DM 1960 über 24 Mrd. DM 1970 auf knapp 110 Mrd. DM im Jahr 1980 ansteigen werden („Welt, 31.3.76).

Mit einer Erklärung für diese Kostenexplosion sind Geißler und die Reaktionäre aller Schattierungen flink bei der Hand.

„*Schuld ist das System, in das Politiker immer neue Leistungen einbauten, ohne an die Kosten zu denken. So wurde die Krankenkasse zum Selbstbedienungsladen pervertiert. Das Kassensystem verführt zum Betrug. Wer gesund ist, geht leer aus – Krankheit wird honoriert.*" („Wirtschaftswoche", 12/76). Dem „Anspruchsdenken" müsse Einhalt geboten werden. „*Die Verpflichtung zur Eigenleistung sowohl des Kranken wie seiner Familie, insbesondere des Ehegatten* (!) *, muß wieder stärker betont werden*" („Handeslsblatt", v. 13.2.76).

Beklagt werden „unnötige" Pillen, Massagen etc. Der „Sucht nach möglichst teuren Medizinen" sei entgegenzutreten. Speziell Rentner, die für

Sozialstaatsprinzips" („Handelsblatt" v. 13.2.76).

Kurz, da die Leistungen der Krankenkassen „sozialisiert" sind, versucht jeder für sich soviel wie möglich herauszuholen. Die Kranken sind also die Parasiten, die die Kostenezxplosion auf dem Gewissen haben! Den Vogel bei diesen zynischen Hetztiraden schießt der Mediziner Häussler ab: „*Unser derzeitiges Krankenversicherungssystem ist an der menschlichen Natur* (!) *vorbeientwickelt. Es bietet keinen Anreiz zum Gesundwerden. Im Gegenteil, es verführt dazu, daß man krank wird.*"

Die wahren Schmarotzer

Gerade Herr Häussler sollte es besser wissen. Denn, ein Blick auf die Struktur der Ausgaben der Krankenversicherung macht deutlich, wer den dicken Reibach macht (siehe Schaubild 1 und 2). Von den insgesamt 61,6 im letzten Jahr aufgewendeten Milliarden strichen allein die Ärzte (ohne Krankenhaus) 17,5 Mrd. ein (Ärzte, Zahnärzte, Zahnersatz). Weitere 11,6 Mrd. kassierte die pharmazeutische Industrie. Schaubild 3 zeigt zudem, wer in den letzten 5 Jahren die gefräßigsten waren, wenn es um die Verteilung des Beitragskuchens ging. Wiederum Ärzte und chemische Industrie ! (1970 - 1975: + 103% bis + 313%).

Wie unverfroren die Ärztemafia sich hier bereichert, dazu nur ein Beispiel: Eine große Anzahl von Zahnärzten betreiben Zahnlabors in Griechenland. Dort sind die Löhne für Zahntechniker erheblich niedriger. Gegenüber der Kasse wird aber der westdeutsche Höchstsatz abgerechnet. Ein hübscher Extraprofit! So ist denn auch nicht verwunderlich, daß der Durchschnitt (!) der westdeutschen Zahnärzte über 200000 DM im Jahr (nach der geschminkten Steuererklärung) verdient („Zeit", v. 13.2.).

Die Honorarsumme anderer Ärzte liegt nur geringfügig darunter („Wirtschaftswoche",12/76).

Sanierung auf Kosten der Arbeiter geplant

der Arzneimittelpreise geschwafelt (Glombig SPD). Doch wer wollte in unserem System beispielsweise die Ärzte daran hindern, einfach die eine oder andere Bestrahlung mehr aufzuschreiben; wer wollte den Pharma-Konzernen verbieten, das gleiche Medikament unter anderem Namen mit höhrerem Preis herauszubringen? SPD, CDU, FDP? Wohl kaum! Mit mehr Erfolg läßt sich da schon dem Kranken in die Tasche greifen. Die bürgerlichen Parteien sind sich bei diesem Raubzug gegen Gesundheit und Geldbeutel der Arbeiterklasse durchaus einig, daß „*unpopuläre Maßnahmen*" notwendig sind („wiwo", 12/76).

Zum Krankenhauswesen formuliert SPD-Focke: („*Weniger Betten, schnellere Entlassung der Patienten. Krankenhäuser sind Wirtschaftsbetriebe, deshalb Rationalisierung und modernes Management*" (nach „UZ" vom 31.3.76).

Einig sind sich alle, Leistungen wie Vorsorgeuntersuchungen, Kuren usw. hinsichtlich ihrer „Effizienz" zu überprüfen. Rotstift also auch hier.

Mit teuren Medikamenten soll noch sparsamer umgegangen werden, die Rezeptgebühren könnten auch angehoben werden („wiwo", 12/76; „HB" vom 13.2.76).

Von der CDU und auch aus dem „sozialliberalen" Lager wird immer häufiger der Ruf nach einer Selbstbeteiligung der Kranken an den Heilungskosten laut. Konkret heißt das, um die Beiträge weniger stark emporschnellen zu lassen, soll jeder Kranke einen bestimmten Betrag (20-40 % !) seiner Arzt- und Medizinrechnung selber zahlen. Das würde das „Krankfeiern wegen Lapalien" senken.

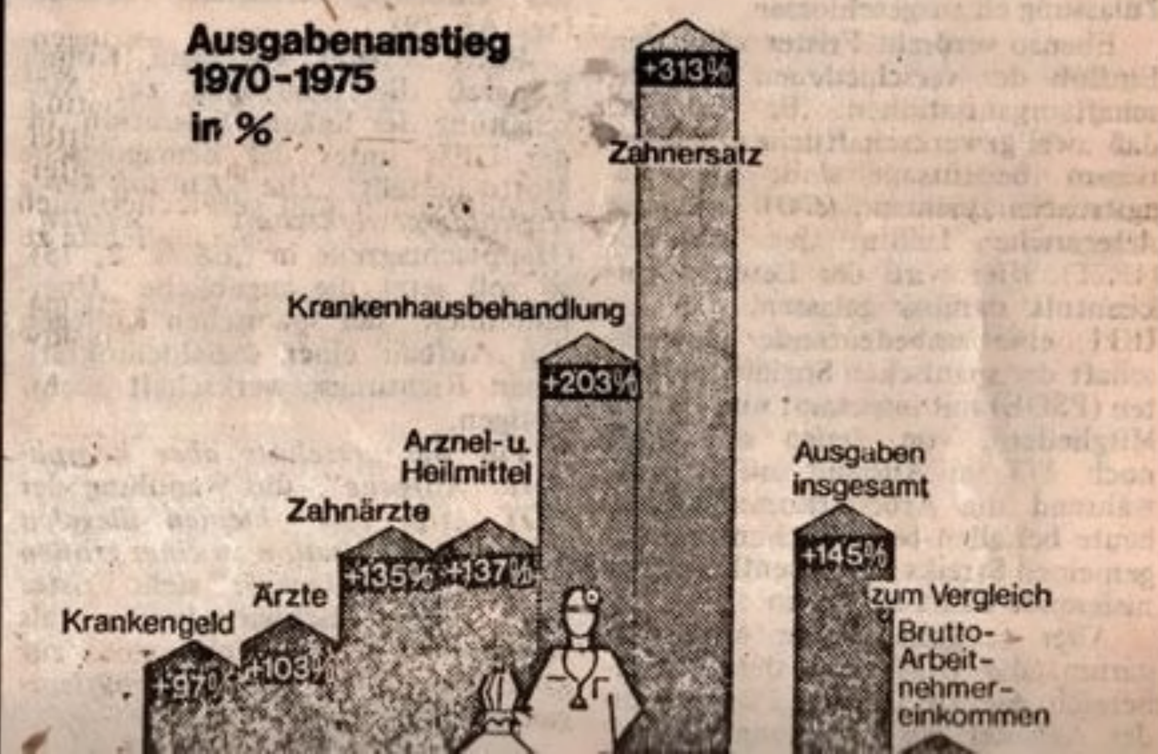
Insgesamt gesehen peilt die Kapitalistenklasse also neben einer allgemeinen Einschränkung der Gesundheitsfürsorge eine stärkere Abwälzung der Lasten auf den einzelnen Werktätigen an. Sie setzt auf Spaltung! Wer krank ist, ist selber schuld, soll er doch zahlen.

Die wahre Ursache jedoch liegt in unserer Gesellschaftsordnung. Es ist der Kapitalismus, der durch un-



Die Last der Kosten in der gesetzlichen Krankenversicherung wird immer bedrohlicher und drückender — nicht zuletzt für die Millionen versicherten Arbeitnehmer, die Jahr für Jahr einen größeren Teil ihres Einkommens als Beitrag entrichten müssen. Allein von 1970 bis 1975 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen von 25,6 auf über 60 Mrd. DM gestiegen. Sie haben sich also binnen fünf Jahren mehr als verdoppelt und in einigen Bereichen, so für Krankenhausbehandlung und Zahnersatz, sogar verdreifacht und vervierfacht. Auch im laufenden Jahr ist eine Eindämmung der Kostenflut vorerst nicht in Sicht. Viele Kassen haben bereits für 1976 eine neuerliche Beitragserhöhung angekündigt, um die erwarteten Ausgabensteigerungen auffangen zu können.





v. 13.2.76).

Beklagt werden „unnötige" Pillen, Massagen etc. Der „Sucht nach möglichst teuren Medizinen" sei entgegenzutreten. Speziell Rentner, die für das Profitinteresse des Kapitals sowieso nur noch lästige Kostenfaktoren sind, werden auf die übelste Weise angepinkelt. Die Leistungen, die sie ohne Beiträge zu zahlen erhalten, werden „von anderen bezahlt". Das bedeute *„eine flagrante Verletzung des*

Sanierung auf Kosten der Arbeiter geplant

Nicht dort, wo die wahren Kostentreiber sitzen soll gespart und reformiert werden!

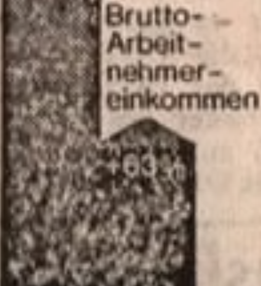
Nur sehr vage wird von einer Kopplung der Arzthonorare an *„volkswirtschaftliche Orientierungsdaten"* und einer *„Festschreibung"*

soll er doch zahlen.

Die wahre Ursache jedoch liegt in unserer Gesellschaftsordnung. Es ist der Kapitalismus, der durch unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen immer mehr Menschen immer häufiger krank macht. Und es ist der Kapitalismus, der eine parasitäre Ärzteschaft unterhält.

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg





Mit 200 DM monatlich ein „Spitzenverdiener" !

Zur Lage der Behinderten im Raum Braunschweig/Salzgitter

Eine Behinderte (Spastikerin) aus Salzgitter arbeitet seit einiger Zeit in einer Werkstatt für Behinderte (WfB) in Salzgitter-Hallendorf. Nach dem Schulabschluß war sie ins Annastift Hannover gegangen, um dort eine Lehre als Bürokaufmann zu absolvieren. Doch nach einem Jahr wurden sie und mehrere Lehrlinge ohne Angabe von Gründen wieder nach Hause geschickt. Man könne sie nicht weiter ausbilden, hieß es. Seither arbeitet sie im Büro der WfB. Sie wird dort als vollwertige Bürokraft eingesetzt, muß stenographieren und Maschine schreiben, hat aber keine abgeschlossene Berufsausbildung und damit kaum Aussicht auf eine Anstellung bei einer „normalen" Firma. Mit ihrem lächerlich geringen Lohn von 200 Mark im Monat gehört sie allerdings zu den Spitzenverdienern unter den WfB-Beschäftigten! Die meisten verdienen noch weniger. Firmen mit bekannten Namen lassen die Behinderten in der Werkstatt für sich arbeiten: Für VW werden Schläuche zusammengesteckt, für Blaupunkt Betriebsanleitungen für Autoradios in Tüten gepackt, für die Salzgitter-Hütte die Werkszeitung verschickt – man sieht: Besonders abwechslungsreiche und interessante Arbeiten. Und ein Lohn von 40 Mark monatlich für 1.000 bis 1.200 Schläuche täglich ist sicher auch „konjunkturgerecht". Wen kümmert es da schon, daß Arbeits- und Tarifverträge nicht existieren, von gewerkschaftlicher Organisation ganz zu schweigen. Eine sehr strenge Hausordnung garantiert schon den „sozialen Frieden". Viele der hier Beschäftigten sind Epileptiker, Lernbehinderte oder andere, die im Gegensatz z.B. zu Gelähmten voll funktionsfähige Gliedmaßen haben und also auch voll ranklotzen können. Wären sie in einem normalen Betrieb beschäftigt, müßten die Kapitalisten tarifliche Löhne zahlen – eine Anstellung in den WfB sichert ihnen dagegen maximalen Profit durch minimale Löhne.

Arbeitsamt kann sparen

Ein Behinderter aus Braunschweig hat im Gegensatz zum eben erwähnten Fall eine vollwertige Berufsausbildung. Drei Jahre war er im Berufsförderungswerk Heidelberg und ist jetzt ausgebildeter Feinmechaniker. Er arbeitet im Augenblick gar nicht, denn das Arbeitsamt behauptet, ihn nicht vermitteln zu können, weil er besondere sanitäre Anlagen an seinem Arbeitsplatz brauche. Durch diesen simplen „Kunstgriff" braucht das Arbeitsamt laut Arbeitsförderungsgesetz keine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen und aus den offiziellen Statistiken kann ein arbeitsloser Behinderter gestrichen werden! So einfach ist es, die offizielle Zahl der arbeitslosen Behinderten auf 3.120 Ende Januar 1975 im Bereich Niedersachsen/Bremen herunterzumanipulieren.

Diese beiden Beispiele sind typisch für die Situation der Behinderten im Raum Braunschweig-Salzgitter.

Ein behinderter KB-Sympathisant
aus Salzgitter

Warnstreik am Berufsförderungswerk Bad Pyrmont

– Besondere Benachteiligung der Behinderten –

Am 15. Juni fand im Berufsförderungswerk, Bad Pyrmont, ein dreiständiger Warnstreik statt.

Er wurde in einer Vollversammlung einstimmig (ca. 470 Umschüler) beschlossen. Nahezu 100 % nahmen daran teil.

Die zu einem größeren Teil behinderten Umschüler protestierten gegen die Kürzung der Bezahlung von Heimfahrten von 12 auf 11 im Jahr. Die Landesversicherungsanstalt Hannover, einer der Kostenträger, veranlaßte diese Kürzung. Besonders die Behinderten sind davon betroffen, da ihre Fahrtkosten (z. B. durch Rollstuhl usw.) bis zu 800 DM pro Fahrt betragen: Je länger die Anfahrt zur Familie, je behinderter, desto teurer !

Bedenkt man, daß 12 Heimfahrten im Jahr ohnehin wenig genug sind, und daß die meisten der Umschüler Familienmütter, bzw. -väter sind, ist die Empörung über diese Maßnahmen besonders verständlich. Zurecht wurde diese Kürzung nur als Vorreiter neuer „Sparmaßnahmen" der LVA-Hannover und anderer Kostenträger angesehen. Schon vor dieser „Sparmaßnahme" wurde das Essengeld drastisch gekürzt: Bekam man früher das Geld ausgezahlt, auch wenn man mal nicht im Bfw. war, so gibt es heute überhaupt kein Geld, wenn man nicht anwesend ist. Urlaubsgeldkürzungen waren ebenfalls schon vorgenommen worden. Für viele sind diese Maßnahmen ein harter Schlag, da sie teilweise mit 200 DM im Monat auskommen müssen !

Angesichts dieser Tatsachen machte ein Kommentator der „Pyrmonter Nachrichten" den zynischen Vorschlag: „ ‚Lukrativer' wäre da schon die Überprüfung, ob in jedem Fall die Rehabilitantenberechtigung durch entsprechende Behinderung gegeben ist." Mit anderen Worten, verschärfte Überprüfung der Behinderten, Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsplatzsituation.

Bei weiteren Kürzungen sind neue Streikmaßnahmen geplant: Andere Berufsförderungswerke wurden angeschrieben, um gemeinsam Vollstreiks, nach den Sommerferien, auf breiter Basis zu organisieren.

Sympathisantengruppe des KB
Bad Pyrmont

Knigge für die „Multis"

Seitdem in den letzten Monaten ständig neue Enthüllungen die schmutzigen Bestechungspraktiken der US- und BRD-Konzerne ans Tageslicht brachten und nicht erst seit kurzem immer mehr Entwicklungsländer dazu übergehen, den Spielraum der „Multis" durch Verstaatlichungen etc. einzuengen, haben jetzt die Regierungen der wichtigsten „Industrieländer" eine scheinheilige Initiative gestartet.

Auf der letzten Pariser Jahrestagung der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hier sind die 24 wichtigsten sog. „Industrieländer" zusammengeschlossen), faßte der Ministerrat den ‚historischen' Beschluß, die multinationalen Konzerne auf einen „Ehrenkodex" zu verpflichten.

„Verzichten sollen die Multis unter anderem darauf, monopolartige Marktpositionen anzustreben, den Wettbewerb verzerrende Preise zu gewähren und an Kartellen und Absprachen teilzunehmen, die die Konkurrenz beeinträchtigen oder ausschalten. Den multinationalen Gesellschaften wird ferner empfohlen, keine Finanzoperationen vorzunehmen, die der Kredit- und Zahlungspolitik der Gastländer abträglich sind." („FR", 24.6.76).

An die Multis geht gleichzeitig der freundliche Appell, doch in der Zukunft keine Schmiergelder zu zahlen oder sonstige Geschenke zur Verkaufsförderung zu geben. *„Der Fall Lockheed und ähnliche Fälle dürften für die Aufführung dieses Punktes mit maßgebend gewesen sein."* („FR", 24.6.76).

Wer nun allerdings annimmt, die kapitalistischen Regierungen würden ihre multinationalen Konzerne einer strengeren Überwachung unterstellen, sieht sich am Ende um eine Illusion ärmer: Denn in dem OECD-Beschluß ist nicht einmal von eventuellen Sanktionen oder Strafen gegen die Konzerne die Rede. Es heißt dort nur, man habe *„die Erwartung, daß die 'Multis' das in sie gesetzte Vertrauen nicht mißbrauchen"* („Welt", 23.6.76). Nun ja, was sich da die regierungsamtlichen Schirmherren der multinationalen Konzerne vor allem unter Federführung von Schmidt und Ford abgekniffen haben, ist dasselbe, als wenn man einem notorischen Schwerverbrecher sagt: ‚Bitte sei gesetzestreu, aber wenn du's nicht bist, passiert dir auch nichts'.

Etwas anderes war natürlich auch gar nicht zu erwarten. Im Imperialismus brechen sich die Monopole mit allen und jeglichen Mitteln, „legalen" und kriminellen, Bahn und – wie man an der OECD-Konferenz sehen kann – mit Hilfe ihrer Regierungen.

Wirtschaftskommission
KB / Gruppe Hamburg

Rindfleisch könnte um die Hälfte billiger sein

Während der Weltmarktpreis für Rindfleisch bei 5,- DM liegt, erreicht der Preis in der BRD die stolze Höhe von 12,35 DM. Durch Zoll, Abschöpfung und Währungsausgleich wird importiertes Rindfleisch auf diesen Preis hinaufgeschraubt.

Diese Angaben wurden auf der Mitgliederversammlung der Firmen des Vieh- und Fleischhandels gemacht. Bauernverbandspräsident und Gutsbesitzer von Heeremann *„warnte die Groß- und Außenhändler auf der gleichen Veranstaltung davor, Emotionen zu schüren. Das sei derzeit besonders gefährlich, weil sich die Masse der deutschen Verbraucher erstmals in der Situation befände, einen leichten Rückgang der Kaufkraft ihrer Arbeitseinkommen hinnehmen zu müssen"* („Frankfurter Neue Presse", 29.5.76). Er *„versuchte den Verband dafür zu gewinnen, seine Kritik an der Agrarpolitik 'nicht erst auf den Markt zu tragen', sondern sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit im gegenseitigen Gespräch und im kleinen Kreis vorzubringen"* („FAZ", 29.5.76).

Bei dem jetzigen EG-Agrarsystem zahlt der Verbraucher gleich doppelt horrende Summen. Zum einen werden die Agrarprodukte mittels des EG-Agrarsystems mit seiner Abschließung vom Weltmarkt und seinen garantierten Mindestpreisen (staatlicher Aufkauf bei niedrigen Preisen und daraus folgende Butterberge, Rindfleischberge etc.) auf ein hohes Ladenpreisniveau gebracht, zum zweiten zahlen die Verbraucher als Steuerzahler enorme Summen, um z.B. die Butter- und Magermilchberge aufzuhäufen. Die mit Steuergeldern finanzierten Aufwendungen bezifferte der Groß- und Außenhandelsverband auf 12 Mrd. allein in der BRD pro Jahr. Daß die EG-Agrarpolitik vom Groß- und Außenhandelsverband kritisiert wird, hat seine Ursache natürlich nicht darin, daß diesem Kapitalistenverband plötzlich die Interessen der Masse der Verbraucher am Herzen liegen, sondern daß er von einem offeneren Agrarmarkt, also von einem stärkeren EG-Agraraußenhandel profitieren würde.

Von dem jetzigen EG-Agrarsystem profitieren vor allem die Nahrungsmittelkonzerne, die Zwischenhändler und die großen Bauern. Die kleineren Bauern existieren nur mehr schlecht als recht. Eine direkte Subvention derjenigen Bauern, die wirklich Hilfe benötigen, käme erheblich billiger, widerspricht aber eben den Interessen derjenigen, die am jetzigen System verdienen.

Wirtschaftskommission
KB / Gruppe Hamburg

Wieder mal steigende Agrarpreise

„Experten rechnen bei den Nahrungsmitteln mit steigenden Preisen. Dem heißen Sommer werde ein teurer Herbst und Winter folgen." („Hamburger Abendblatt", 7.7.76). Tatsache ist jedoch, daß viele landwirtschaftliche Erzeugnisse von der Trokkenperiode in weiten Teilen Europas gar nicht oder kaum beeinträchtigt werden, so z.B. Geflügel, Eier und mit Einschränkungen Milcherzeugnisse. Bei einigen weiteren Produkten wird durch zu erwartende Produktionsrückgänge nur ein Abbau der bisherigen Überproduktion bewirkt, so bei Rindfleisch, Brotgetreide, Milch und Zucker.

Während den Kosumenten aufgrund zu erwartender Produktionsrückgänge bei einigen Nahrungsmitteln sofort Preissteigerungen auf breiter Front angekündigt werden, wirken sich auf der anderen Seite gesunkene Erzeugerpreise kaum bis gar nicht auf die Ladenpreise aus. Allein in der dritten Juniwoche sanken die Erlöse der Bauern auf dem Schlachtrindermarkt um 17%, von einer auch nur vergleichbaren Senkung der Ladenpreise konnte jedoch keine Rede sein.

US-Geheimdienste — Raus aus der BRD!

Die Überwachung aller menschlichen Kontakte, wo dies notwendig erscheint, die ständig mögliche Verletzung des Post-, Brief- und Telefongeheimnisses und der Privatsphäre, eine gigantische „elektronische Tyrannei" ohnegleichen, Infiltration und Unterwanderung der verschiedendsten gesellschaftlichen Organisationen – das ist keine Vision aus Orwell's „1984",



Die Ex-CIA-Agenten Philip Agee, Gary Thomas, Winslow Peck und Barton Osborn vor dem IG-Farben-Building.

sondern Wirklichkeit in der Bundesrepublik!

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges wird fortwährend und ständig die Bundesrepublik als ein Aufmarschgebiet und logistisches Zentrum für verdeckte Aktionen der US-Geheimdienste benutzt. Diese Aktivitäten erstrecken sich dabei keineswegs nur auf das Territorium der BRD, sondern nehmen die BRD – im Einvernehmen mit der Bundesregierung und den westdeutschen Geheimdiensten – als A u s g a n g s b a s i s für weltweite konterrevolutionäre Angriffe.

Gäbe es eine Bundesregierung, die den Mut hätte, zumindest nur ansatzweise die territoriale Integrität und Souveränität der BRD zu schützen, so hätte diese Regierung längst sämtliche Beziehungen zu den USA wegen der Verletzung der elementarsten völkerrechtlichen Umgangsformen im Verkehr zwischen „freien" Staaten abgebrochen. Aber das ist natürlich, angesichts der engen Verflechtung zwischen BRD- und US-Imperialismus und angesichts der eigenen Großmachtbestrebungen der BRD mehr als nur eine fromme Spekulation.

Denn, ob es nun in der Vergangenheit eine Regierung der CDU war oder die jetzige SPD/FDP-Regierung ist – beide scheinen darin zu wetteifern, die Bundesrepublik den konterrevolutionären und verbrecherischen Aktivitäten der US-Geheimdienste zu öffnen.

Inzwischen sind durch vier ehemalige Geheimdienstagenten (Winslow Peck, Barton Osborn, Gary P. Thomas und Philip Agee, der auch den seinerzeit von uns veröffentlichten „Brief an das portugiesische Volk" zur Warnung vor den Machenschaften der CIA in diesem Land verfaßte) weitere Einzelheiten bekannt geworden (s. auch nebenstehenden Artikel)

Der Geheimdienst-Komplex des US-Imperialismus ist unterteilt in zehn riesige Organisationen, die, durch den „Nationalen Sicherheitsrat" (40er Ausschuß, Vorsitzender Kissinger) in ihren Aktivitäten koordiniert, in der gesamten Welt tätig sind.

In der BRD gehört die „National Security Agency" (NSA), die die Aufgabe hat, den gesamten Funk- und Telefonverkehr in der Welt zu überwachen, zu den größten anwesenden US-Geheimdiensten. Hauptquartier in der BRD ist der IG-Farben-Komplex (heute Chreigton-Abrahms Büro-Komplex), im NSA-Code unter dem Decknamen USF-798 bekannt. In jeder Stadt, in der amerikanische Truppen stationiert sind, gibt es daneben noch Außenstellen dieses NSA-Zentrums; engste Zusammenarbeit besteht darüberhinaus noch mit Spezialeinheiten des Bundesnachrichtendienstes (BND) und dem britischen GCHQ, die sich ebenfalls mit elektronischer Spionage befassen. USF-798 ist das wichtigste und größte NSA-Zentrum außerhalb der USA. Seine Aufgabe besteht nicht nur darin, alle Informationen über die RGW-Staaten zu sammeln, zu zentralisieren und darauf aufbauend „verdeckte Aktionen" gegen diese Staaten zu planen, sondern auch die Nachrichtenwege der mit den USA verbündeten Staaten in Westeuropa (England, Frankreich, Italien, Griechenland, Marokko und vor allem BRD) zu überwachen. Dies geschieht vor allem über die dem USF-798 direkt angeschlossenen Außenstellen in diesen Staaten. Abgehört wird hier in quasi allen Bereichen: Diplomatie, Militär, Handel, (Industriespionage), Schiffahrt usw. *„Diese Aufgabe wird mit solcher Fertigkeit und Präzision erfüllt, daß es praktisch für keine europäische Regierung im Osten wie im Westen möglich ist, einen Schritt zu tun, den die amerikanische Regierung nicht erfährt"* (Winslow Peck, ehemaliger NSA-Agent, u.a. auch in Frankfurt). Es ist klar, daß diese Position dem US-Imperialismus eine ungeheure Machtfülle in die Hände gibt.

Neben diesen Aufgaben ist das IG-Farben Haus auch Zentrum für die Geheimdienstaktivitäten in anderen Teilen der Welt. Zentrum ist es für die US- und NATO-Aktivitäten in Afrika und dem Nahen Osten (ein größeres NSA-Zentrum gibt es auch in Istanbul, Türkei). In diesem Zusammenhang ist interessant, daß das USF-798 in Frankfurt durch ein geheimes Kommunikationszentrum direkt mit dem elektronischen Spionageapparat des Rassistenregimes in Südafrika verbunden ist (vor allem wohl Simonstown an der Südspitze Afrikas, das von westdeutschen Spionagespezialisten errichtet wurde).

Ein Zentrum wichtiger Entscheidungen über die Kriegsführung der US-Imperialisten war die Frankfurter Zentrale auch während des Indochinakrieges. Von hier aus wurden vor allem Spionage-Ergebnisse gegen Laos, Vietnam, Kambodscha, VR China usw. analysiert und weiteren Kriegshandlungen der amerikanischen Truppen in Indochina zugrundegelegt. USF-798 war das Zentrum für geheime Vernichtungsprogramme in Vietnam, wie z.B. dem sog. „Phönix-Programm", das die politischen und militärischen Kader der Befreiungsfront vernichten sollte und in dessen Verlauf Zehntausende Vietnamesen ihr Leben verloren. Dies könnte schon genügen, die unmittelbare Beteiligung der Bundesrepublik am Völkermord des US-Imperialismus in Indochina zu beweisen.

Aber damit nicht genug: **„Während meines Aufenthalts in Indochina habe ich (Winslow Peck - d. Red.) erlebt, daß deutsche Elektronik-Spionage-Agenten in Vietnam waren und dort der NSA geholfen haben."**

Wie sehr die US-Geheimdienste mit allen Institutionen und Interessen des US-Imperialismus direkt verflochten sind, zeigt sich u.a. daran, daß es beim NSA in Frankfurt Abteilungen gibt, die sich ausschließlich mit „Wirtschaftsüberwachung" befassen, also alle Informationen über westeuropäische Firmen sammeln und sie direkt den amerikanischen Konzernen zur Verfügung stellen. Diese Praktiken werden gegenwärtig in einem Kongreß-Ausschuß in den USA näher untersucht.

„Alles in allem hat das IG-Farben-Haus eine Schlüsselposition in der US-Spionage gegen den Ostblock sowie Verbündete der USA, gegen Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten Welt und gegen Wirtschaftsunternehmen, die in Konkurrenz zu US-Firmen stehen. Es ist ein entscheidendes strategisches Element des US-Imperialismus" (W. Peck).

US-Militärgeheimdienste in der BRD

Die führende amerikanische Militäreinheit, die sich in der BRD mit Spionage und Bespitzelung beschäftigt, ist die „66th Military Intelligence Group". Dank der aktiven Unterstützung durch den Bundesnachrichtendienst (BND), den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und den Verfassungsschutz hat diese Organisation die Möglichkeit und macht davon auch ausgiebig Gebrauch, Telefone anzuzapfen, Überwachungen vorzunehmen, Briefe zu öffnen und geheime Einbrüche durchzuführen.

Die Militärgeheimdienste der USA sind durch verschiedene Dienststellen in jeder größeren Stadt der BRD vertreten, u.a. auch in Frankfurt, Westberlin, Bonn und München (wo eine enge Zusammenarbeit mit dem BND in Pullach stattfindet). Erst kürzlich wurde durch die Arbeit eines Senatsausschusses in den USA bekannt, daß sich die militärischen Geheimdienste keineswegs darauf beschränken, Angehörige des US-Militärs zu überwachen, sondern auch zivile Organisationen im Ausland sowie Zivilpersonen überwachen und bespitzeln, insbesondere in der BRD und Japan



(nach „Süddeutsche Zeitung", 20.5.76).

Central Intelligence Agency (CIA)

Die CIA-Station in der BRD ist die größte außerhalb der USA. Von Frankfurt aus, wo diese Station ihr

Fortsetzung Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

Hauptquartier hat, werden die CIA-Aktivitäten für ganz Europa (Westeuropa und RGW-Staaten), Afrika und den Nahen Osten zentral geplant. Während der Periode des „Kalten Krieges", Ende der vierziger bis Anfang der sechziger Jahre, wurde die BRD vom CIA vor allem für Provokationen, Sabotage und Terroroperationen gegen die RGW-Staaten benutzt. In einem Bericht des Senatsuntersuchungsausschusses heißt es dazu: *„Agenten, meist Flüchtlinge, wurden in den Osten geschickt, um über die sowjetischen Streitkräfte zu berichten. Die Vereinigten Staaten gingen soweit, daß sie Kontakte mit ukrainischen Guerillas* (gemeint ist die Terrororganisation „Stephan Banderas", die ihr Hauptquartier in München hatte - d. Red.) *herstellten. Diese Beziehungen wurden aufrechterhalten, bis die Guerillas durch die sowjetischen Sicherheitskräfte endgültig zerschlagen wurden."* Was hier verharmlosend als „Kontakte" beschrieben wird, ist die Tatsache, daß die CIA die BRD als logistisches Hinterland für paramilitärische Angriffe konterrevolutionärer und faschistischer Banden benutzte. Auch heute noch ist die BRD vor allem für die direkte Spionage gegen die RGW-Staaten sowie vor allem für die ideologische Zersetzungsarbeit der CIA das Zentrum. „Radio Liberty" und „Radio Free Europe" – beides CIA-Sender – gehören in diesen Zusammenhang.

Neben dieser nach außen gerichteten Wühlarbeit des amerikanischen Geheimdienstes ist sein Apparat zugleich darauf ausgerichtet, wesentliche Institutionen, Organisationen, bestimmte Personen usw. in der BRD selbst zu unterwandern, in ihren Entscheidungen zu beeinflussen bzw. zu überwachen.

Philip Agee, der lange Zeit als CIA-Agent in Lateinamerika stationiert war (und dort vor allem in der Gewerkschaftsbewegung arbeitete) berichtet, daß von Frankfurt aus *„CIA-Spezialisten eingesetzt wurden (und ich nehme an, daß das heute noch so ist), die sich mit Telefonabhören, anderen Abhörmethoden, geheimen Brieföffnungsmethoden, Photographie und anderen technischen Dingen beschäftigten"*. Neben Zivilpersonen, die einer Überwachung durch die CIA unterliegen, richten sich seine Aktivitäten auf *„politische Parteien und Regierungsstellen, das Militär und Geheimdienste, Gewerkschaften, Jugend- und Studentenorganisationen, Berufs- und Kulturgesellschaften und die öffentlichen Medien"* (P. Agee)

Insgesamt kann nach all diesen Erkenntnissen davon ausgegangen werden, daß die BRD für offene militärische Interventionen wie auch für die verschiedensten weltweiten „verdeckten Aktionen" der amerikanischen Geheimdienste die größte und wichtigste Ausgangsbasis außerhalb der USA ist. Es ist daher auch wenig verwunderlich, wenn in der BRD die größte Anzahl der im Ausland stationierten US-Agenten tätig ist, wenn die BRD wie mit einem Netzwerk von Geheimdienst-Stationen der USA durchdrungen ist, die als Botschafter, Handelsvertretungen, Kulturgesellschaften usw. getarnt sind. Geheimdienstschulen befinden sich u.a. in Oberursel (Camp King); ein Ausbildungslager für die unter der Leitung der CIA operierenden Spezialkillertruppe „Green Berets" befindet sich in Bad Tölz, von wo aus auch ständig Einheiten mit Spezialaufträgen nach Indochina befohlen wurden.

Eine Anwesenheit der amerikanischen Geheimdienste auf westdeutschem Boden in dem geschilderten Ausmaß und diesen verbrecherischen Aktionen ist allerdings auch nur bei einer a k t i v e n K o l l a b o r a t i o n der BRD-Regierung und Behörden möglich.(Die meisten Informationen stammen aus „ID", Nr.131)

US-Geheimdienste – Raus aus der BRD!

USA-Kommission/KB-Gruppe Hamburg

Ex-CIA-Agenten als Zeugen abgelehnt

Die im Artikel „US-Geheimdienste – Raus aus der BRD!" verwandten Informationen entstammen hauptsächlich den Aussagen vier ehemaliger US-Agenten. Auf Wunsch der Verteidiger im Stammheimer RAF-Prozeß hatten sich diese vier erboten, vor Gericht über die imperialistische Durchdringung der BRD durch die US-Geheimdienste, über die zentrale Bedeutung ihrer Zentren in Frankfurt für weltweite imperialistische Verbrechen (Indochina) und über die hilfreiche Kollaboration der westdeutschen Regierung und Behörden auszusagen.

Die RAF-Verteidigung wollte damit dem Ziel der Staatsschutzbehörden und Justiz entgegentreten, der RAF-Praxis jede politische Dimension abzusprechen und sie stattdessen als rein „kriminelle Verbrechen" abzuurteilen (u.a. sind die Genossen wegen zwei Anschlägen auf US-Militär- und Geheimdiensteinrichtungen in Heidelberg und Frankfurt angeklagt). Tatsächlich wäre diese so von der Justiz aufgebaute Prozeßstrategie damit ein weiteres Mal als unhaltbar entlarvt worden. Dies konnte jedoch nicht in den Absichten der westdeutschen Klassenjustiz liegen. Die Anträge der Verteidigung auf Anhörung wurden kurzerhand nicht zugelassen (*„agitatorisch, ideologische Hetze"* usw.), die Aussagen vor Gericht verboten. Der vorsitzende Richter Prinzing ging sogar so weit, den angeklagten Genossen in diesem Zusammenhang jeden Anspruch auf das allgemeine Völkerrecht oder auf irgendeine andere Rechtsordnung abzusprechen. Prinzing und Co. können also weiterhin schalten und walten ... Den trotz Aussageverbot vor Gericht allgemein zugänglichen Informationen der vier ehemaligen Agenten über die US-Geheimdienste in der BRD widerfuhr das bekannte „Schicksal": In der „freien" westdeutschen bürgerlichen Presse wurde keine Kenntnis von ihnen genommen. Bis auf den heutigen Tag waren sie nur im „Informationsdienst" (Nr. 131) und unserem ARBEITERKAMPF nachzulesen. Die Selbstzensur erwies sich mal wieder als perfekt.

Black-Panther-Party: Vom FBI liquidiert — Teil II

April 1968 in einem „weißen" Hotel in Memphis wohnte, „kritisierte" dies seltsamerweise die Presse; King zog daraufhin in das Hotel eines Schwarzen um, in dem er dann ermordet wurde. Vor einem Senatsausschuß bestätigte jetzt ein FBI-Agent, daß das FBI „überlegt" habe, Kings Aufenthalt in einem „weißen"

und andere mußten ins Exil.

1970 laufen die Massenprozesse gegen die Panther an, eingeläutet durch den Prozeß der „Chicago Seven", der durch absolute Rechtsbrechung brilliert. Bobby Seale, der auch angeklagt ist, wird im Gerichtssaal geknebelt und gefessel vorgeführt und wegen „ungebührlichen Verhal-

Vom FBI liquidiert – Teil II

Die militante Schwarzen-Organisation Black-Panther-Party (BPP) wurde vom FBI Ende der 60-er und Anfang der 70-er Jahre im Rahmen des sogenannten „cointelpro" (Counter Intelligence Programm – Gegenspionage) aufgerieben, zerschlagen, ihre Führer und Militante zu einem großen Teil ermordet. Viele der überlebenden Genossen sitzen heute noch, unschuldig verurteilt, in den amerikanischen Gefängnissen oder müssen weiter im Exil leben.

Das „Cointelpro" war eine Reaktion der amerikanischen Imperialisten und ihrer Behörden auf eine zunehmend an Kraft gewinnende und zusehends militanter werdende Bewegung der Afro-Amerikaner in den Ghettos der US-Städte. Ziel dieses Programms war es, diese Bewegung zu zerschlagen, indem vor allem ihre Führer liquidiert wurden. Das soll im folgenden dokumentiert werden.

Ende der 50-er Jahre breitet sich die Bürgerrechtsbewegung, die anfangs rein pazifistischen Charakter trägt, immer weiter aus. Im Laufe der 60-er Jahre entsteht aus ihr die Forderung nach „Black Power" – nach „Schwarzer Macht" in den USA. Besonders unter dem Eindruck der Befreiungskämpfe in Afrika und Indochina breitet sich die Idee einer von den US-Imperialisten unterdrückten und ausgebeuteten „schwarzen Kolonie" innerhalb der USA aus. Die Forderung nach einer revolutionären Strategie nach dem Vorbild der bewaffneten Volkskriege in den Staaten der „Dritten Welt" wird diskutiert und gewinnt an Boden. Auf diesem Hintergrund entsteht 1966 die Black-Panther-Party. Sie bildet den militantesten und immer einflußreicher werdenden Teil einer Bewegung, die bis zum extremen Pazifismus Martin Luther Kings reicht. Verstärkt wird diese Bewegung durch die immer raschere Verarmung und Verelendung in den Ghettos und durch die Antikriegsbewegung in den USA.

Während Milliarden von Dollar von der US-Regierung für den Vietnamkrieg ausgegeben werden, wird die Situation der Schwarzen in den Slums immer schlimmer.

1965 erschüttert erstmals ein Aufstand in dem schwarzen Ghetto Watts, in Los Angeles, die bis dahin friedliche Szene der Bürgerrechtsbewegung. Im Sommer des darauffolgenden Jahres kommt es zu weiteren Aufständen in mehr als 20 Städten. Der Oktober dieses Jahres ist auch das Gründungsdatum der BPP, die jetzt versucht, die spontanen Erhebungen zu organisieren. 1967 wird ein Jahr großer Unruhen, bereits im April finden große Protestdemonstrationen gegen den Krieg in Vietnam statt; im Verlauf des Sommers kommt es zu großen Aufständen gegen die katastrophalen Bedingungen in den Ghettos. In über 100 Städten kommt es zu Aufständen, die Höhepunkte sind Newark und Detroit. Als die Nationalgarde eingesetzt wird, kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen mit etlichen Verletzten und Toten (Detroit: 41 Tote, 2.000 Verletzte). Der Widerstand seitens der Bevölkerung wird von der BPP organisiert.

Im Juli, einen Monat nach den Aufständen, gründete Präsident Johnson die „National Commission for Civil Disorder", eine Koordinierungskommission von FBI, CIA und Geheimdiensten der Armee. Der Generalstaatsanwalt Clark gibt unter dem Eindruck der Aufstände dem FBI die Anweisung *„maximale Kräfte"* darauf zu verwenden, *„über jede Gruppe, jedweder Stärke"* Informationen zu sammeln. Das FBI beginnt daraufhin im Rahmen seines „Cointelpro" ein ungeheures Netz an Informanten in den Ghettos, unter den Militanten und der Bürgerrechtsbewegung aufzubauen. Am 25. August gibt Hoover (FBI-Direktor) die Anweisung an sämtliche Büros: *„Enthüllt, unterbrecht, miskreditiert, diskreditiert oder zumindest neutralisiert die Aktivitäten der schwarzen nationalistischen, haßartigen Organisationen, deren Führung, Sprecher, Mitglieder und Sympathisanten ..."*

Im März 1968 schreibt Hoover an alle Büros: *„Für maximale Effektivität des ‚Cointerpro' und zur Vermeidung überflüssiger Anstrengungen werden folgende Langzeitziele gesteckt: 1. Verhindert die Koalition schwarzer, militanter, nationalistischer Gruppen. In der Einheit liegt die Stärke ... 2. Verhindert das Entstehen eines ‚Messias', der einigen und die schwarze militante nationalistische Bewegung elektrifizieren könnte ..."* (an dieser Stelle geht er noch weiter auf einzelne Personen ein, die aber in der Veröffentlichung zensiert wurden. Es handelt sich dabei u.a. um Malcom X., von dem Hoover schreibt, daß dieser ein „Messias" (Führer) hätte sein können, aber nun ein Märtyrer ist – z.Zt. des Schreibens war er bereits ermordet. Eine weitere Person, die zu erkennen ist, ist M.L. King, von dem er behauptet, daß er eine große Gefahr darstelle, gäbe er seinen „Gehorsam" gegenüber weißen liberalen Doktrinen auf.) *"3. Verhindert Gewalt seitens der militanten schwarzen nationalistischen Gruppen – es sollte möglich sein, potentielle Rädelsführer vorher zu erkunden und zu neutralisieren ... 4. Verhindert, daß militante schwarze nationalistische Gruppen und Führer an Anerkennung gewinnen, diskreditiert sie ... 5. Schließlich, verhindert das Wachsen der Gruppen langfristig ..."* (zit. nach Boston Phoenix, ohne Datum).



Panthers demonstrieren für die Freilassung ihrer inhaftierten Genossen 1968 in Oakland

In der Rückschau wird dieser Brief äußerst aufschlußreich dort, wo man eine Übereinstimmung zwischen der späteren Entwicklung und den Aufforderungen Hoovers feststellen kann. So z.B. Punkt 2 („Verhindert das Entstehen eines ‚Messias'") in Zusammenhang mit M.L. Kings Namen. King war seit langem Feind Nr.1 des FBI, man hörte sein Telefon ab, schrieb Drohbriefe, forderte ihn zum Selbstmord auf usw. Als King im zog daraufhin in das Hotel eines Schwarzen um, in dem er dann ermordet wurde. Vor einem Senatsausschuß bestätigte jetzt ein FBI-Agent, daß das FBI „überlegt" habe, Kings Aufenthalt in einem „weißen" Hotel bewußt in die Presse zu lancieren („Newsweek", 1.12.75). Zufälle?

Nach der Ermordung Kings kommt es zu einer Reihe von Aufständen in den Ghettos, in deren Gefolge der Kongreß eine Abänderung des Bürgerrechtsgesetzes verabschiedet. Es gibt die Handhabe, gegen „Aufstände" mit aller Macht vorzugehen und stellt das Überqueren von Staatsgrenzen zur Entfachung von Aufständen unter Strafe. Mit diesem Gesetz wurden die „Chicago Seven" 1970 verurteilt, ihnen wurde vorgeworfen, anläßlich des Demokratischen Parteitags 1968 Unruhen entfacht zu haben. In diesem Jahr wird H.P. Newton zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt; ein weiterer Schlag gegen die Panther.

1969 läuft die offene physische Liquidierung der Panther auf vollen Touren: Bis Ende des Jahres werden 28 Panther liquidiert, darunter einige Führer, so Bobby Hutton und Fred Hampton in Chicago. Im Prozeß um diesen Mord kam jetzt zu Tage, daß diese beiden im Rahmen des „Cointelpro" ermordet wurden: In der Nacht des 4. Dezember 1969 wurde ein Polizeiüberfall auf das Chicagoer Hauptquartier der Panther arrangiert; dies geschah, wie Johnson, der Polizeichef von Chicago, zugab, auf Anweisung des FBI. Die 88 Schüsse, die in der Wohnung fielen, stammten sämtlichst aus Polizeiwaffen. Die Panther-Führer wurden eiskalt im Schlaf ermordet (nach US-„Guardian", 17.3.76). Bobby Seale, H.P. Newton wurden verhaftet. Cleaver durch den Prozeß der „Chicago Seven", der durch absolute Rechtsbrechung brilliert. Bobby Seale, der auch angeklagt ist, wird im Gerichtssaal geknebelt und gefessel vorgeführt und wegen „ungebührlichen Verhaltens" zu vier (!) Jahren Gefängnis verurteilt; kurzerhand wird auch der Verteidiger des Angeklagten zu vier Jahren verurteilt, ebenfalls als „Ordnungsstrafe" (!).

Im Oktober wird Angela Davis verhaftet, sie soll Waffen zur versuchten „Befreiung" Jacksons (ebenfalls ein schwarzer Militanter) im Marin County Gericht geliefert haben. Wie jetzt bewiesen, wurden diese Waffen in Wirklichkeit vom FBI geliefert (!). Der „Befreiungs"versuch war Teil eines vom FBI erdachten Plans zur Ermordung des schwarzen Revolutionärs (Jackson saß wegen Raubes im Gefängnis, entwickelte hier eine politische Aktivität und begann, die Schwarzen zu organisieren).

Wie jetzt in einem Prozeß in San Rafael bekannt wurde, wurde Jackson auf direkte Anweisung der Polizei von Los Angeles ermordet. Dies gab der ehemalige FBI-Agent Tackwood zu. Er sagte auch, daß mehrere Versuche gelaufen waren, bis es endlich „klappte". Einer der Versuche war die „Befreiung" Jacksons aus dem Gerichtssaal, wobei einige Panther von den Agenten animiert wurden, Jackson zu befreien; man gab ihnen Waffen und wartete dann auf den „Befreiungs"versuch, um ganz legal Jackson und die Befreier aus dem Hinterhalt zu erschießen. Bei der dann mißglückten „Befreiung" wurde tatsächlich einer der Befreier aus dem Hinterhalt erschossen. Jackson wurde dann später eiskalt im Gefängnis umgebracht. Auch dies geschah auf Anweisung des FBI (nach „Guardian", 21.4.76).

Ein weiterer großangelegter Zerschlagungsversuch gegen die Panther in Kalifornien wird aus einem Dokument vom 11. Mai 1970, gerichtet an das FBI-Büro in San Francisco, ersichtlich: „ ... *Das Büro beauftragt Sie, den Vorschlag einer Zersetzungsaktion gegen den Hauptsitz der Black Panther-Party in Erwägung zu ziehen ... 1. Die Operation wird sich in enger Zusammenarbeit mit dem Polizeidepartment von San Francisco und Oakland abspielen ..."* (Im weiteren Text wird der Vorschlag unterbreitet, mit gefälschten Dokumenten die Panther glauben zu lassen, daß einzelne Führer Spitzel seien, um so Mißtrauen zu schüren) „.... *Das Büro glaubt, daß genügend umsichtige Planung vorausgesetzt, diese Technik längerfristig die Aktivitäten der Panther zerschlagen und mit allem aufräumen kann"* (nach „ID", 6.12.75).

All diese Maßnahmen, die schließlich zur erfolgreichen Zerstörung der militantesten Organisation führten, waren keineswegs isolierte Aktionen des FBI, ohne Billigung oder Wissen in höchsten Regierungsstellen: „*Zumindest einige der FBI-Mißtaten ... wurden unter Einverständnis, teilweise auf direkte Anweisung der Präsidenten Kennedy, Johnson und Nixon begangen"* („Newsweek", 1.12.75). Wer hätte eigentlich was anderes erwartet?!

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Massenelend in den USA

In keinem anderen Land wird soviel Rummel über den 200. Geburtstag der USA gemacht wie in der Bundesrepublik – abgesehen natürlich von den Vereinigten Staaten selbst.
Allein in Hamburg wurde eine ganze Woche drangegeben, um mit kulturellen Veranstaltungen, Vorträgen usw. den großen Tag gebührend zu begehen. „Stars und Stripes" allenthalben, sämtliche Zeitschriften der BRD seit Monaten voller Serien über das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten".
Für die Imperialisten geht es bei dieser Propagandaflut nicht nur um ein Aufpolieren des nach Vietnam, Chile, Watergate ... reichlich lädierten Images des Hauptfeindes der Menschheit. Im Mittelpunkt steht vielmehr der Versuch, Kapitalismus und Imperialismus als das Reich der „persönlichen Freiheit", des „jeder hat eine Chance" hinzustellen. So werden denn auch Informationen zur erbärmlichen sozialen Lage breiter Bevölkerungsschichten in den USA entweder völlig verschwiegen oder allenfalls als exotische Randerscheinungen erwähnt.

US-Regierung im „Kampf gegen die Armut"

Nach offiziellen Statistiken gelten 24,3 Millionen der etwas mehr als 209 Mio. Amerikaner als arm. Das sind rund 12 Prozent der Gesamtbevölkerung! („Horizont", 14/76)

Mit Veröffentlichung dieser Zahlen mußten die US-Behörden ihr totales Scheitern in dem vor zehn Jahren proklamierten „Krieg gegen die Armut" (Sergant-Shriver) anerkennen. Ihr Kampf beschränkt sich lediglich auf Rechentricks. Damals, unter Johnson, galt derjenige als arm, dessen Einkommen weniger als die Hälfte des amerikanischen Durchschnittseinkommens betrug. Hierunter fielen 39 Millionen Menschen. Heute ist diese Bemessungsgrundlage drastisch gesenkt worden. Arm ist jetzt eine vierköpfige Familie, die jährlich weniger als 5038 Dollar verdient, also rund 420 Dollar im Monat.

Den Washingtoner Kriterien zufolge gilt ein Drittel dieses Betrages als notwendig für die Ernährung. Der Rest wird für Miete, Heizung, Kleidung etc. angesetzt. Durch vier Personen geteilt entfallen somit ganze 1,15 Dollar für die tägliche Verpflegung. Der Zynismus dieser Zahl spricht für sich! **Wenn man also die alte Berechnungsbasis nimmt, ergibt sich, daß jeder fünfte Amerikaner nach wie vor arm ist!**

Besonders betroffen von der Massenarmut sind die Farbigen, die Alten, die Frauen und die Kinder. Rund ein Drittel der gesamten farbigen Bevölkerung ist zur Armutskategorie zu rechnen; bei Schwarzen über 65 Jahren beträgt der Anteil 40%, bei farbigen Frauen über 65 sogar 44%. Rund 40% aller Armen sind Kinder und 45% aller Haushalte alleinstehender Mütter (60% bei Schwarzen, 35% bei Weißen) haben weniger als das offizielle Minimum („Neue Zürcher Zeitung", vom 25.7.74).

Eine Sonderkommission des US-Senats hat in einem Ende 1971 veröffentlichten Bericht hervorgehoben, daß mit einem weiteren Anstieg der Armut zu rechnen ist, da die Unternehmer Arbeitskräfte, die das 45. Lebensjahr erreicht haben, rigoros auf die Straße setzen („Neues Deutschland", 21.1.72).

Arbeitslosengeld – ein Hohn!

Zunächst ist hervorzuheben, daß eine allgemeine Pflicht der Unternehmer, Arbeitslosenversicherung etc. für die in seinem Betrieb Beschäftigten zu zahlen, nicht besteht. Besonders rechtlos sind in dieser Beziehung die Arbeiter und Angestellten in Kleinbetrieben, die zudem auch noch am stärksten von Wirtschaftskrisen, Pleiten etc. betroffen werden.

Wenn überhaupt eine Unterstützung gezahlt wird, so liegt ihr Satz im amerikanischen Durchschnitt bei 63 Dollar pro Woche und wird lediglich für 26 Wochen gezahlt („Zeit", 15.8.75). Hinzu kommen starke regionale Differenzen. Speziell in den Südstaaten sind die Leistungen noch erbärmlicher. In New York liegt das Arbeitslosengeld bei 95 Dollar für 38 Wochen, in Missouri wird ein Arbeiter maximal 12 Wochen lang mit lächerlichen 49 Dollar in der Woche abgespeist. Abgesehen davon, daß der Lebensunterhalt in der Großstadt das meiste auffrißt, drückt im Süden die Großgrundbesitzer-Clique, die sich nicht die billigen Plantagelöhne versauen möchte, zusätzlich auf die Höhe der Unterstützung.

„Die Farmer fürchten mit Recht, daß sie für Niedrigstlöhne, die kaum höher liegen als das Geld von der Wohlfahrt, keine Arbeitswilligen mehr finden" („Zeit", 15.8.75).

Die Lüge von der „Arbeitsscheu"

Diese Menschen als „faul" abzustempeln und ihre elende Lage als „selbstverschuldet" zu diffamieren, ist ein altes Mittel der Kapitalisten. Diese Lüge hat jedoch kurze Beine, wenn man bedenkt, daß allein zwischen 1950 und 1960 rund 35% der Arbeitsplätze in den nordamerikanischen Städten verloren gegangen sind; wenn man bedenkt, daß der riesige Reichtum der amerikanischen Bourgeoisie zu einem großen Teil außer Landes geschafft wird, dorthin, wo er in Maschinen, Fabriken und Arbeitern angelegt, noch mehr Profit schafft. Seit Jahrzehnten bereichern sich die US-Imperialisten an der Ausbeutung fremder Völker. Durch die Unterstützung faschistischer Regimes halten sie dort die Löhne niedrig und das Volk in politischer Unterdrückung. Chile, Persien, Bolivien und Guatemala sind nur einige Beispiele. Bis 1973 hat der US-Imperialismus insgesamt mehr als 107 Milliarden Dollar im Ausland investiert (BRD bis 1973 32 Mrd. DM), hinzu kommen hunderte von Milliarden für unmittelbare militärische Abenteuer, die Wühlarbeit des CIA usw.

Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung – Spießrutenlauf

Die zynische Ideologie von der „Selbstverschuldung" wird wie ein wai.res Trommelfeuer vom gesamten bürgerlichen Lager – Presse, Fernsehen usw. – gegen die Arbeiterklasse gerichtet. So kann es auch nicht wundern, daß die Antragsprozedur, bevor man soziale Unterstützung erhält, außerordentlich demütigend ist. Ein Formular von 14 Seiten ist auszufüllen, Informationen über Vermögens- und Verdienstverhältnisse sind einzureichen, der Geburts- und Trauschein darf nicht fehlen. Nachzuweisen ist, daß ein Antragsteller ohne das Wohlfahrtsgeld praktisch verhungern müßte. Die Entscheidung dauert dann normalerweise länger als einen Monat!

Diese Abschreckung funktioniert. So kommt es, daß nur gut 15 Millionen Menschen von der „Welfare" unterstützt werden. Das gleiche gilt für den Bezug von Lebensmittelgutscheinen, die gewisse Preiserleichterungen bringen. Nach amtlichen Schätzungen könnten 50 Millionen Amerikaner (!) diese Scheine in Anspruch nehmen. Nur 30 Mio. aber



Armut in den Straßen New Yorks



mietern häufig noch die sanitären Einrichtungen zerstört werden, um die Häuser für profitträchtige Büropaläste abreißen zu können. Ungeziefer und ansteckende Krankheiten sind an der Tagesordnung. Im Jahre 1968 allein töteten oder verstümmelten Ratten 14.000 Kinder in den Slums der USA. Die Plage ist so groß, daß die Behörden sogar gezwungen sind, alten Menschen Zuschüsse zur Stromrechnung zu geben, damit das Licht die ganze Nacht brennen kann, um die Ratten abzuhalten („Zeit", 15.8.75).

– Die Kriminalität steigt in erschreckendem Maße an. Die Zahl der Morde nähert sich der „magischen" Zahl von 1 pro 10.000, also mehr als 20.000 Menschen pro Jahr („International Herald Tribune", 17.7.75). Laut Angaben des FBI stieg die Zahl der Gewaltverbrechen von 1960 bis 1970 um 148%. Das Magazin „Life" stellte nach einer Leserumfrage fest, daß 88% der befragten Großstädter sich abends nicht mehr auf die Straße wagen. 43% aller amerikanischen Familien wurde Opfer verschiedener Verbrechen („Neues Deutschland", 21.1.72 und „Süddeutsche Zeitung", 10.5.75).

Wenngleich sich hinter solchen Zahlen auch der Wunsch der Bourgeoisie verbirgt, in der Bevölkerung den Ruf nach „law and order" zu wecken, so ist diese erschreckende Bilanz doch ein Indiz für den Verfall der USA. Immer mehr Menschen werden gezwungen, sich mit Gewalt zu nehmen, was eine verrottete Gesellschaft ihnen vorenthält.

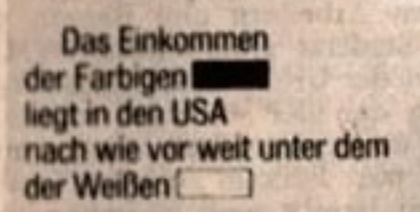
– In engem Zusammenhang mit der wachsenden Kriminalität steht das rapide Ansteigen des Drogenkonsums.

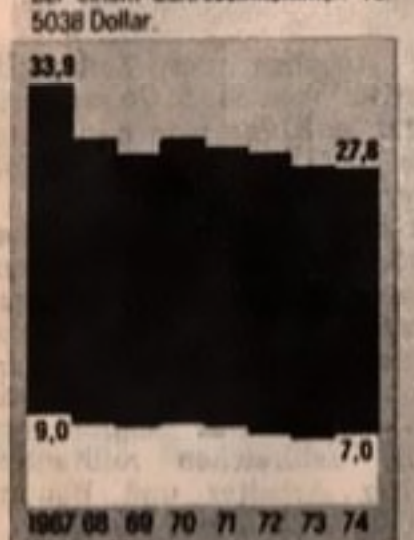
Das US-Gesundheitsministerium rechnet allein mit gut neun Millionen Alkoholikern, von denen jeder 20. jünger ist als 18 Jahre. Eine Umfrage ergab, daß jeder dritte Amerikaner in der einen oder anderen Form Drogen einnimmt. 53% der Amerikaner trinken regelmäßig Alkohol, 7% nehmen Psychopharmaka (Beruhigungspillen etc.), 5% schlucken LSD, fast 5% nehmen Heroin und Kokain, 16% rauchen Hasch. Allein in New York sollen nach amtlichen Angaben 300.000 Rauschgiftsüchtige leben. Hunderte kommen jährlich um. Das Durchschnittsalter der an einer „Überdosis" sterbenden liegt bei 17 Jahren! (nach „Neues Deutschland", 23.2.74). Untersuchungen bei Arbeitern in New York ergaben, daß von allen 7,4 Mio. in dieser Stadt beschäftigten Menschen rund 200.000 süchtig waren – ohne Alkohol! („Wall Street journal", 1.7.71). Das zeigt, wie der Kapitalismus durch Streß und entmenschlichte Arbeitsbedingungen viele Menschen in die Sucht treibt!

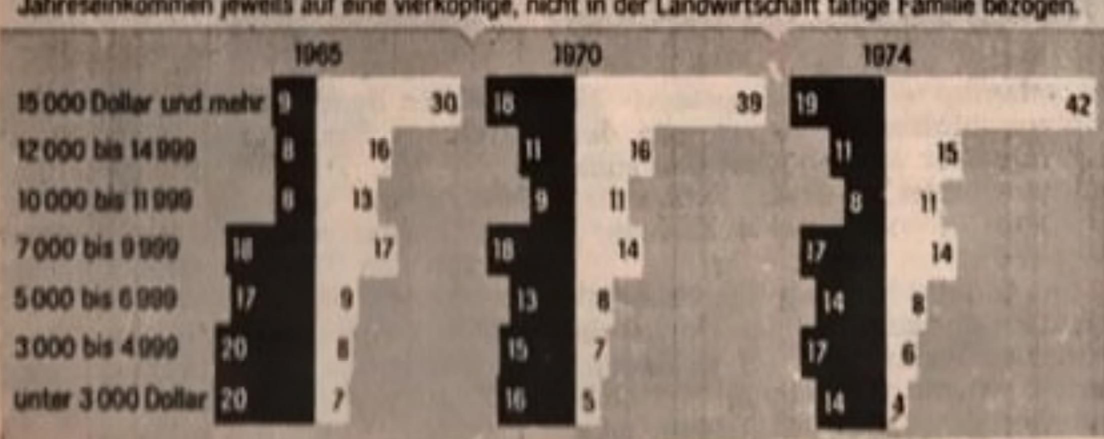
Der imperialistische Staat reagiert mit Sparmaßnahmen

(„Neue Zürcher Zeitung", vom 25.7.74).

mehr finden" („Zeit", 15.8.75).









Ratten – „Haustiere" der Armen in den USA

Es ist der Imperialismus, der den Menschen die Existenzgrundlage raubt! Dabei sind es noch nicht einmal überwiegend Arbeitslose (zur Zeit rund 8%), die völlig verarmen. Selbst wenn es gelingt, einen Job zu finden, kann mancher Arbeiter nicht die Minimalschwelle des Einkommens erreichen.

So kommt eine Studie der „Katholischen Konferenz der Vereinigten Staaten" zu folgendem Ergebnis: Ein Hilfsarbeiter, dem sein Kapitalist nur den gesetzlichen Mindestlohn von 2,20 Dollar pro Stunde bezahlt und der – ohne jegliche Ferien – 52 Wochen im Jahr arbeitet, kommt, wenn er nicht krank wird, auf 4576 Dollar Jahreseinkommen. Er bleibt also um 462 Dollar unter der Armutsgrenze. Und das, obwohl er mehr als „arbeitswillig" ist. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß 60% der Armen „arbeitende Arme" sind. Das kapitalistische System hat in den USA also die Verelendung der Arbeiterklasse bereits soweit getrieben, daß der Lohn für breite Teile nicht einmal mehr zur Reproduktion ihrer einzigen Ware, ihrer Arbeitskraft, ausreicht!

wagen den beschwerlichen und entwürdigen Weg durch die Instanzen der Verwaltung („Finanz und Wirtschaft", 17.9.75).

Die Fratze des Imperialismus

Die konkreten Folgen dieses Massenelends enthüllen die ganze Menschenverachtung des Imperialismus:

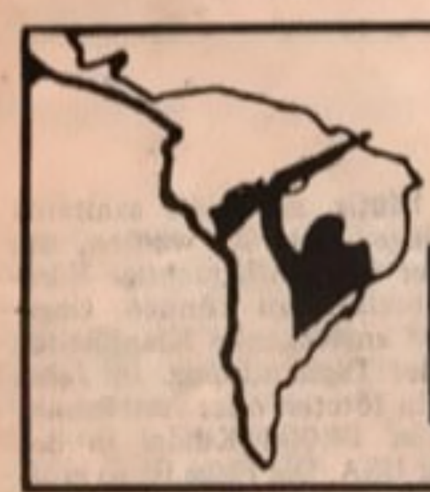
– Nach Umfragen eines sich selbst als „konservativ" einstufenden Mediziners macht bei 225.000 Haushalten in den USA mit insgesamt rund einer Million Menschen Tierfutter den größten Teil der Nahrungsmittel aus („Horizont", 14/76). Demgegenüber berichtet die „Süddeutsche Zeitung" (vom 8.1.76) über New York – einer der am meisten verelendetsten Städte der USA – von der Eröffnung eines Hunderestaurants „Animal Gormet", wo die verwöhnten vierbeinigen Lieblinge der Bourgeoisie für sieben Dollar mit Gulasch, frischer Leber und anderen Leckereien verwöhnt werden. Zum Vergleich: Für den Arbeiter reichen 1,15 Dollar!
– In den Slums der Großstädte vegetieren die Menschen in Abbruchhäusern, in denen von den Ver-

Der imperialistische Staat reagiert mit Sparmaßnahmen

Fast erübrigt es sich, darauf hinzuweisen, daß die Hoffnung vieler Liberaler, nach Ende des Vietnam-Krieges wäre mehr finanzieller Spielraum für soziale Reformen, enttäuscht wurde. So diffamierte bereits Nixon 1973 die Sozialpolitik als „überwiegend utopisch" („International Herald Tribune," 26.2.73). 1974 wurden dann zwar weder Rüstungsausgaben noch Subventionen für die Kapitalisten gestrichen, dafür wurde aber die Schließung der „Büros für wirtschaftliche Chancengleichheit" (OEO) – die soziale Fürsorge verteilen und koordinieren sollte – verfügt. Gekürzt wurde im sozialen Wohnungsbau, an der Städtesanierung, bei der öffentlichen Arbeitsbeschaffung und an den Erziehungsbeihilfen: Für 1974 insgesamt 17 Milliarden Dollar („Zeit", 20.4.73). Ford setzt diesen Kurs konsequent fort. So soll 4,9 Mio. Amerikanern der Zugang zu staatlich subventionierten Lebensmittelkarten verbaut und für weitere 6,4 Mio. eingeschränkt werden („Horizont" 14/76). Sarkastisch stellt die bürgerliche „New York Times" fest, aus dem „Krieg gegen Armut und Hunger" sei ein Krieg gegen Arme und Hungernde geworden. Es bleibt die Frage, ob es denn jemals anders gewesen ist.

Die angegebenen Beispiele zeigen nur einen kleinen Ausschnitt der täglichen Brutalität des US-Imperialismus. Aller Rummel anläßlich der 200-Jahr-Feier des größten Landes der „freien Welt" darf deshalb nicht dazu führen, die Augen vor den Übeln dieser Unterdrückerordnung zu verschließen.

Wirtschaftskommission
KB/ Gruppe Hamburg



lateinamerika aktuell

„Schleichender" Putsch in Peru!

Am 2. Juli verhängte die peruanische Militärregierung den Ausnahmezustand über das ganze Land. Die Verfassung ist vorerst für dreißig Tage außer Kraft gesetzt worden, es gilt somit de facto das Kriegsrecht der Militärs. Die politische Vollzugsgewalt ging an das Oberkommando der Armee über. In der Hauptstadt Lima ist eine nächtliche Ausgangssperre verhängt worden. Wer gegen die Anordnungen der Junta verstößt, kann sofort erschossen werden, so ein Kommunique der Militärs, („Frankfurter Allgemeine", „Süddeutsche Zeitung" und „Frankfurter Rundschau", alle vom 2.7. 6.). Regierungspräsident Bermudez rief den Ausnahmezustand aus, nachdem 500.000 Menschen in Lima gegen Sparbeschlüsse, höhere Preissteigerungen und ein „Einfrieren" der Löhne seitens der Militärregierung demonstriert hatten. Im einzelnen sahen die Beschlüsse der Militärs vor:

- Lohnerhöhungen zwischen 10 und 15 %, dann „Einfrieren" der Löhne bis Juni 1977.
- Einstellungsstopp im Öffentlichen Dienst.
- Erhöhung der Benzinpreise um 117 %.
- Erhöhung der Transportmittelpreise um 30 %, ferner Erhöhungen der Telephongebühren und Strompreise („Frankfurter Allgemeine", 3.7.76).

Daraufhin kam es zu einer riesigen Demonstration, an der eine halbe Million Menschen teilnahm. Die Polizei und Regierungssoldaten gingen mit Tränengas und Knüppeln gegen die Streikenden vor und mindestens zwei Menschen kamen dabei ums Leben („Süddeutsche Zeitung", 3.7.76).

Hintergrund dieser Maßnahmen des Militärs ist zum einen die wirtschaftliche Krise des Landes, die von den US-Imperialisten systematisch geschürt worden ist. Im letzten Jahr hatte Peru wertmäßig etwa zweimal soviel importiert wie exportiert, die Handelsbilanz wies ein Defizit von 1,113 Milliarden Dollar auf. Die Währungsreserven sanken auf 150 Mio. Dollar ab. Das war dem Imperialismus nur recht, übte dieser noch zusätzlich wirtschaftliche Boykottmaßnahmen aus, um die Krise und ihren Einfluß im Sinne einer reaktionären Lösung zu stärken. Die sogenannte „peruanische Revolution" war dem US-Imperialismus schon lange ein Dorn im Auge und paßte so gar nicht in die „chilenische" Landschaft Lateinamerikas. Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine" drückte das so aus: *„Wegen der Unruhen und Streiks, die häufig politisch bedingt waren, schwand auch das Vertrauen privater Anleger aus dem In- und Ausland"* (3.7.76).

Der ausgerufene Ausnahmezustand des Militärs beweist erneut, daß es einen sogenannten „dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht gibt. Damit ist das „peruanische Modell" endgültig gescheitert.

Die erste Phase der „peruanischen Revolution" ...

Diese Phase wurde 1968 seitens der „Revolutionsregierung" begonnen und währte bis 1975. Die Regierung trat anfangs sehr „antiimperialistisch" auf, beschloß zaghafte Ansätze einer Agrarreform, erließ eine Amnestie für alle politischen Gefangenen usw.

Diese populistischen Maßnahmen führten allerdings nicht zum erhofften Klassenfrieden: Die Bauern und Arbeiter nutzten die Maßnahmen der „Revolutionsregierung" ansatzweise dazu, autonome Organe der Arbeiter- und Bauernbewegung zu schaffen wie z.B. die Bauerngewerkschaft CCP. Die Maßnahmen der Militärregierung, den Organen der Arbeiter und Bauern von ihnen kontrollierte korporative Gewerkschaften, vor allem die SINAMOS entgegenzustellen, scheiterten, da die SINAMOS von den Arbeitern nicht akzeptiert sondern bekämpft wurden.

Schon aus diesen Gründen und bei gleichzeitigem Anwachsen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten leitete das Militär 1975 die „zweite Phase" ein. Ihr ging ein Putschversuch des Heeresgenerals Briceno im Februar 1975 voraus, was die Auseinandersetzungen innerhalb des Militärs, der nationalen Bourgeoisie und der vom Imperialismus abhängigen Bourgeoisie widerspiegelte. Die Rechtsentwicklung vollzog sich personell am 29.8.75, als der jetzige Präsident Bermudez den ehemaligen Präsidenten Alvarado ablöste und sogleich forderte, *„wahrhafte politische Disziplin in allen Arbeitsbereichen"* und die *„Harmonie unter allen* (!) *Peruanern"* zu üben („Le Monde", 20.4.75).

Zunächst leitete Bermudez eine weitere Liberalisierung ein, so wurde die bis dahin verbotene linke Zeitschrift „Marka" wieder zugelassen. Gleichzeitig verschärften sich die Klassenkämpfe aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Krise. An der Spitze standen dabei die militanten Streiks der Bergarbeiter für höhere Löhne und gegen Entlassungen.

Anfang Dezember 1975 kam die Antwort der Militärregierung: Die Führer der Bergarbeitergewerkschaft FETIMP (und wenig später auch die beiden Rechtsanwälte, die sie verteidigten) wurden verhaftet und sind bis heute in der berüchtigten Strafkolonie „El Sepa" am Amazonas gefangen. Im März und im Mai dieses Jahres nahm die beschleunigte Rechtsentwicklung zu:

- Der Ausnahmezustand über die Fischereiindustrie wurde wegen der anhaltenden Streiks verhängt.
- Die Direktoren von sechs staatlichen Tageszeitungen wurden abgesetzt und durch weiter rechts stehende ersetzt.

Im April wurde der Ausnahmezustand über die Kupferminen verhängt, führende Mitglieder der Minenarbeitergewerkschaft nach „El Sepa" verschleppt (ARBEITERKAMPF 83).

Angriff gegen die „Marka"

Einen gewissen Höhepunkt stellte die Verhaftung der zwei Herausgeber der linken Zeitschrift „Marka" dar. Die „Marka" ist d a s zentrale Organ der Linken. Am 18. März enthüllte die „Marka" ein von 30 Marineoffizieren unterzeichnetes Geheimdokument, in dem sich diese Admiräle für die Absetzung von Arce Laco aus dem Obersten Militärrat aussprachen. Laco enthüllte u.a. Verbindungen der Marine zum CIA, reaktionäre Pläne und zwei Attentate auf seine Person. In der Nacht zum 19.3. beschlagnahmte das Militär die „Marka", nahm die beiden Redakteure fest und durchsuchte Büros und Druckerei. Außerdem wurde ein Dekret erlassen, in dem die inhaltliche Gestaltung und der Papierverbrauch von Zeitungen der Genehmigung des „Zentralen Informationsbüros" (OCI), das dem Präsidenten direkt unterstellt ist, bedarf („Chile-Nachrichten", 20.6.76).

Nach Ausrufung des Ausnahmezustandes ist mittlerweile bekannt geworden, daß zwölf peruanische Verlage schließen mußten („Frankfurter Rundschau", 5.7.76). Ferner beschloß das Militär ein Notstandsprogramm, das die anfangs genannten Sparmaßnahmen enthält. Außerdem wurde der Haushaltsetat um 560 Mio. Mark gekürzt („Frankfurter Rundschau", 2.7.76).

Außenpolitisch hat die peruanische Regierung sowohl den Militärputsch in Argentinien begrüßt als auch stillschweigend an der OAS-Konferenz in Chile teilgenommen.

All das zeigt, daß die peruanische Militärregierung dem Kurs des US-Imperialismus folgt und ein weiterer Friedhof auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu werden droht. Die Schwäche der Arbeiter und Bauern in Peru ist, daß die revolutionäre Linke in diesem Land politisch kaum eine Rolle spielt.

Solidarität mit den Arbeitern und Bauern Perus gegen den „schleichenden" Putsch!

Lateinamerika-Kommission

Brasilianische Revolutionärin im Westberliner Exil gestorben


Maria Auxiliadora

Die brasilianische Revolutionärin Maria Auxiliadora, kurz Dora genannt, nahm sich am 1. Juni in Westberlin das Leben. Die Genossin kämpfte als Studentin in Brasilien gegen die faschistische Diktatur und wurde im November 1969 zusammen mit anderen Genossen verhaftet und grausam gefoltert. 1971 kam Dora im Austausch gegen den entführten schweizerischen Botschafter in Brasilien frei und flüchtete nach Chile. Dort unterstützte sie die revolutionäre Linke und nahm aktiv am Klassenkampf in Chile teil. Nach dem Militärputsch in Chile flüchtete Dora in die mexikanische Botschaft, im Februar 1974 gelangte sie in die BRD. Von Bochum aus siedelte sie nach West-Berlin über und bereitete ihr medizinisches Examen vor. Dora konnte Westberlin nicht mehr verlassen, da ihr chilenischer Flüchtlingspaß abläuft und das „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" ihr politisches Asyl verweigerte.

In dieser für sie ausweglosen Situation setzte sie ihrem Leben ein Ende. Der Tod der brasilianischen Genossin macht noch einmal deutlich, unter welch grausamen Bedingungen viele politische Flüchtlinge in der BRD leben müssen. Für ihren Tod machen wir die westdeutschen Behörden verantwortlich!

Lateinamerika-Kommission

Venezuela bricht diplomatische Beziehungen zu Uruguay ab

Der venezuelanische Präsident Perez erklärte am 6. Juli den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Uruguay. Der Bruch erfolgte, weil das faschistische Militärregime in Uruguay eine Frau, die in der venezuelanischen Botschaft in Uruguay um Asyl suchen wollte, von der uruguayischen Polizei aus der Botschaft verschleppen ließ („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7.7.76).

Lateinamerika-Kommission

Peso erstmals aufgewertet

Die chilenische Diktatur beschloß Anfang Juli eine Aufwertung des Peso um 11 %. Diese Aufwertung ist überhaupt die erste in ganz Lateinamerika seit sechs Jahren! Die wirtschaftliche „Erholung" in Chile ist darauf zurückzuführen, daß die Kupferpreise auf dem Weltmarkt um 200% gestiegen sind. Davon profitiert einzig und allein die Junta; diese hat bereits angekündigt, daß die Gewinne vor allem dazu verwendet werden, die hohen Auslandsschulden abzutragen — für die elende Lage der chilenischen Arbeiterklasse wird sich nichts ändern („Frankfurter Rundschau", 1.7.76).

Lateinamerika-Kommission

Kolumbien: Neue Streiks und bewaffnete Aktionen gegen die Junta

Die Militärdiktatur in Kolumbien erlitt am 18.4.76 bei den Kommunalwahlen eine deftige Niederlage. Es ist der Bourgeoisie nicht gelungen, Teile der Arbeiter und Bauern an sich zu binden. Die Besonderheit Kolumbiens besteht darin, daß noch einige bürgerliche „Freiheiten" zugelassen sind, wie vor allem die Wahlen, das Militär jedoch seit 1975 durch die Ausrufung des „Estado de Sitio", des permanenten Ausnahmezustands, de facto das Heft in der Hand hat. Bei den Wahlen vom 18. April beteiligten sich nur 20 %; die Konservative Partei und die Liberalen errangen 85 % der abgegebenen Stimmen.

Ein Teil der revolutionären Linken rief zum Boykott der Wahlfarce auf und erzielte anscheinend damit den bedeutendsten Erfolg, auch wenn man davon ausgehen muß, daß ein großer Teil der Wahlenthaltung auf resignativem Desinteresse und nicht aktivem Boykott beruht. Ein anderer Teil der stark zersplitterten revolutionären Linken, der sich im MOIR zusammengeschlossen hat, errang im Wahlbündnis mit der revisionistischen KP, der „linkesten" revisionistischen Partei des Kontinents, die bis heute am bewaffneten Kampf festhält, über 9 % der Stimmen. Das linke Wahlbündnis übertraf damit erstmals die populistisch-kleinbürgerliche „Anapo". Diese Partei war von der Bourgeoisie mit antiimperialistischer Demagogie ins Leben gerufen worden, um die linke Bewegung auf reformistische Bahnen zu lenken, und hatte noch bei den Wahlen 1970 eine deutliche Mehrheit errungen, so daß sich damals das Militär zur offenen Wahlfälschung gezwungen sah. Die „Anapo" dürfte bald zerfallen sein. Führende „Anapo"-Leute traten aus der Partei aus.

Nach den Wahlen erfolgten sofort wieder zahlreiche Streiks:

— So streikten die Zuckerrohrarbeiter von Riopaila für höhere Löhne und setzten vorher die korrupten Gewerkschaftsführer ab. Somit beinhaltete der Streik auch die Forderung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeiter entwickelten dabei neue Kampfformen: sie bauten um die Plantagen 350 Behelfshütten, um den Einsatz von Streikbrechern zu verhindern. Die Militärs ihrerseits erklärten den Streik für illegal und Soldaten umstellten das Gebiet. Dennoch dauerte dieser Kampf mehrere Monate und endete schließlich mit einer Niederlage.

— Im Mai streikten 1500 Textilarbeiterinnen für höhere Löhne. Dieser Streik dauerte 85 Tage und endete mit einem Teilerfolg.

— Militante Streiks wurden auch von den Bankangestellten durchgeführt; sie befanden sich seit Februar im Streik und erst Ende Mai erhielten sie vom Militär diktierte Löhne. Die Bankangestellten besetzten Mitte Mai mehrere Kirchen im ganzen Land, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Höhepunkt war dann ein Hungerstreik der Bankangestellten.

Bewaffnete Aktionen . . .

In der Nacht des 7. Mai besetzten etwa 100 Guerilleros der revolutionären Organisation ELN in Zusammenarbeit mit der FARC, dem militärischen Flügel der revisionistischen „KP" (!) den Ort Santa Rosa de Simiti. Zu dieser Aktion kam es, da der von den Arbeitern und Bauern gewählte Stadtrat mehrheitlich aus Mitgliedern der UNO, einer Massenorganisation der „KP" bestand und Angriffen der reaktionären Militärs ausgesetzt war. Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Guerilleros und den Regierungssoldaten und es wurden 400 Menschen verhaftet. Der linke Stadtrat wurde aufgelöst und ebenfalls in den Kerker geworfen (nach „Chile-Nachrichten", 20. 6. 76).

Nach Angaben der Zeitschrift „Alternativa" vom 31. 5. 76 reagierte das Militär in Kolumbien mit brutaler Härte: *„Die Anwendung der Folter scheint sich auszubreiten"*.

Es ist festzustellen, daß die Klassenkämpfe in Kolumbien auf einem relativ hohen Niveau stehen; dies zeigten die Wahlen und die deutliche Absage nicht nur an die rechten Parteien, sondern auch an reformistische Lösungen. Das zeigten vor allem die zahlreichen militanten Streiks der Arbeiter und Bauern und auch die bewaffneten Aktionen.

Lateinamerika-Kommission

Jamaika: Putschpläne entdeckt!

Wie schon im ARBEITERKAMPF Nr. 83 berichtet, hat die fortschrittliche Regierung Manley den Ausnahmezustand ausgerufen, da die vom US-Imperialismus und den internationalen Aluminiumkonzernen unterstützte konterrevolutionäre „Jamaica Labour Party" (JLP) Unruhe stiftet und systematische Provokationen gegen die Arbeiter und fortschrittlichen Kräfte des Landes inszeniert. Mittlerweile -- nach Ausrufung des Ausnahmezustandes — sind insgesamt 29 konterrevolutionäre Typen von der JLP verhaftet worden, darunter auch Pearnel Charles, einer der Führer dieser Partei („Neue Zürcher Zeitung", 27. 6. 76).

Bei Charles wurden Tonbandaufzeichnungen von geheimen Funksprüchen der Streitkräfte (!) gefunden. Ferner wurde bei einem weiteren Politiker der JLP, Wittingham, eine Liste von Waffen, die von paramilitärischen Banden benutzt werden, gefunden („Frankfurter Rundschau", 2. 7. 76). Die Enthüllungen dieser Putschpläne und die Verhaftungen von konterrevolutionären Kräften, die von den USA unterstützt werden, verschärfen die politische Situation, sprich: ein weiterer Militärputsch in Lateinamerika wird möglicherweise nicht lange auf sich warten lassen...

Lateinamerika-Kommission

Chile: Ruin der Agrarwirtschaft und der Bauern

Seit dem Putsch 1973 hat die Politik der faschistischen Pinochet-Diktatur die Agrarwirtschaft völlig heruntergewirtschaftet; betroffen sind von dieser Politik die Landarbeiter und Kleinbauern, die zu den ärmsten Schichten zählen. Vor allem ist die bereits unter der Regierung Frei eingeleitete Agrarreform, die während der Zeit der Unidad Popular Allendes fortgesetzt wurde, völlig liquidiert worden. Einige Zahlen machen dies deutlich:

— die Preise für Düngemittel sind derart gestiegen, daß die Felder gar nicht erst bestellt werden;

— die Rindfleischproduktion ist 1975 um 8 % zurückgegangen, die Schweinefleischproduktion um 25 % und die Hühnerproduktion gar um 60%! („Frankfurter Rundschau", 5.7.76);

— die Weizenproduktion ging von 1,3 Mio. Tonnen im Jahr 1970 auf 800.000 Tonnen 1975 zurück, Chile muß 150.000 Tonnen Weizen importieren.

Ursache ist die Reprivatisierungspolitik der Pinochet-Clique: 1974 und 1975 sind 1.300 Güter mit einer Fläche von rund zwei Millionen Hektar Land an die früheren Großgrundbesitzer zurückgegeben worden, das sind rund 33 % aller landwirtschaftlichen Betriebe. Weitere 20.000 Familien erhielten ebenfalls kleinere Ländereien bis zu 30 Hektar Land, allerdings nur solche Kleinbauern, die sich während der UP-Zeit nicht an Landbesetzungen beteiligt haben — so ein Dekret der Junta.

Die katastrophalen Folgen dieser Reprivatisierung sind vor allem:

1. Die Großgrundbesitzer und Großbauern *„kultivieren ihr Land ... nicht in angemessener Form"* (Präsident Cautin vom Bauernverband). Die Großgrundbesitzer haben nämlich festgestellt, daß sich ihre Gewinne wesentlich schneller erhöhen, wenn sie diese in Finanzgesellschaften anlegen und die Zinsen abkassieren. Dadurch liegen vor allem im Süden Chiles große Ländereien völlig brach. Auf der anderen Seite eignen sich die Großgrundbesitzer kleinere Ländereien von Kleinbauern an, die von dem Stückchen Land, daß sie zu besitzen haben, nicht leben bzw. sich Maschinen, Düngemittel usw. gar nicht leisten können.

2. Die Kleinbauern selbst — das sind etwa 20.000 Familien — rund 5 % der Landbevölkerung — können die finanziellen Investitionen nicht aufbringen. Die Kredite haben einen Zinssatz von 15 % pro Monat (!), könnten also kaum zurückgezahlt werden. Düngemittel, Maschinen und auch die Beschäftigung von Landarbeitern liegen nicht drin. Die Folge ist, daß die Kleinbauern ihr Land an die Großbauern verkaufen. *„In relativ kurzer Zeit haben Hunderte davon Gebrauch gemacht"*, schreibt die „FR" vom 5.7. dazu.

3. Der Zwischenhandel diktiert weiterhin die Marktpreise und zwingt die Kleinbauern, ihre Waren zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Die Grossisten streichen *„Profite zwischen 50 und 100 % ein"* („FR", ebenda).

Die Folgen der katastrophalen Agrarpolitik der Junta haben die Arbeiter und Bauern zu tragen: Es gibt kaum ausreichend Grundnahrungsmittel, die obendrein zu Höchstpreisen verkauft werden. Hunger und Elend, eine hohe Kinder- und Säuglingssterblichkeit sind die Folgen.

Lateinamerika-Kommission


Eine chilenische Bäuerin

Argentinien: Errungenschaften der Arbeiterklasse vom Tisch gefegt

Einen Monat nach dem Putsch hat die Junta mit dem Gesetz 21.297 wesentliche Teile der Arbeitsgesetzgebung außer Kraft gesetzt. Mit der Begründung, das bisher gültige Recht drohe *„die harmonischen Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gefährden"* und befriedige *„teilweise angebliche Bedürfnisse, die im Grunde keine sind"*, wurden insgesamt 25 Artikel, die das Streikrecht, Löhne und Gehälter, Beförderungen, Kündigungsschutz, Entschädigungsansprüche und Rechte der arbeitenden Frauen betreffen, ersatzlos gestrichen.

— Das gesamte Streikrecht ist ungültig. De jure gibt es damit einfach keinen Streik mehr. Die Ausarbeitung neuer Bestimmungen liegt in den Händen einer „Kommission", die sich irgendwann einmal bilden soll. Bis dahin bleiben Streiks *„und andere direkte Aktionen"* de facto verboten.

— Mit dem Streikrecht wurden gleichzeitig Bestimmungen gestrichen, nach denen Streikende Kündigungsschutz genossen, betriebsfremde Personen nicht zum Streikbruch eingesetzt werden durften und der Unternehmer bei Eigenverschuldung des Streiks zur Lohnfortzahlung verpflichtet war.

— Die *„periodische Angleichung des Mindestlohns an die wechselnden Lebenshaltungskosten"* wurde abgeschafft und die bisherigen Kriterien für die Festlegung der Mindestlöhne von Facharbeitern für ungültig erklärt.

— Der Entschädigungsanspruch für Arbeiter, die aus *„objektiven innerbetrieblichen Gründen"*, z. B. wegen einer Unternehmenskrise, ihren Arbeitsplatz verlieren, besteht nicht mehr.

— Freigewordene Beförderungsstellen braucht der Unternehmer nicht mehr mit vorhandenem Personal zu besetzen; regelmäßige Gelegenheitsarbeiter haben keinen Anspruch mehr auf freigewordene feste Arbeitsplätze.

— Gleichfalls aufgehoben ist die Pflicht, *„zum Schutz des Unternehmereigentums durchgeführte persönliche Überprüfungen des Arbeitnehmers"* (Durchsuchung von Kleidung und Habe, Ausspionieren der Lebensführung u. ä.) den Betroffenen wenigstens mitzuteilen.

— Ganz besonders widerwärtig ist die Aufhebung der Bestimmung, derzufolge Frauen, die wegen Mutterschaft kündigten, Anspruch auf eine Abfindung nach Dienstjahren hatten, und die Erhöhung der für Frauen zulässigen Arbeitszeit auf 48 Wochenstunden. Mit dieser Maßnahme sollen — wie es zynisch heißt — die Frauen den Männern *„gleichgestellt"* und — noch zynischer — *„die bestehenden Widerstände gegen die Einstellung weiblicher Arbeitskräfte überwunden"* werden (alle Angaben und Zitate aus „La Nacion", 25.4.76).

Allerdings dient dieses repressive Gesetz bestens dem erklärten Ziel der neuen Wirtschaftspolitik, in Zukunft nur noch *„effiziente, auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähige Industrien"* zu fördern, Argentinien verstärkt *„in den Weltmarkt zu integrieren"* und Auslandsinvestitionen anzulocken („El Cronista", 5.5.76). Denn „internationale Konkurrenzfähigkeit" und „attraktive Bedingungen" für die multinationalen Geldgeber lassen sich nur über eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse erreichen.

Durch diese Maßnahmen hat die Junta ihr Ziel teilweise auch schon erreicht, noch ehe das geplante neue Gesetz über Auslandsinvestitionen zu Papier gebracht worden ist. Auf der Jahresversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) in Cancun, Mexiko, in der zweiten Maihälfte *„stritten sich die Vertreter der in der Welt führenden Banken und Finanzgruppen (an erster Stelle Chase Manhattan, Morgan Guaranty Trust und Bank of Tokio) um unsere Delegierten"*, bemerkte dazu die Junta-Presse zuversichtlich. Die Imperialisten gewährten Kredite und stellten Investitionen in Aussicht. Dem US-amerikanischen Finanzminister Simon flößten die argentinischen Ausbeutungsbedingungen sogar Neid ein. Er versicherte seinem argentinischen Kollegen, dem Bankier, Großagrarier, Industriellen und Wirtschaftsminister von Juntas Gnaden, Martinez de Hoz, daß *„er sich eine ebensolche politische Unterstützung wünsche, wie Martinez de Hoz sie genieße"* (gemeint ist die Militärdiktatur), *um ein gleiches Programm in den Vereinigten Staaten durchzusetzen"* („El Cronista Comercial", 21.5.76).

Lateinamerika-Kommission

Interview mit Andres Pascal Allende, MIR, in Kuba

wenigstens mitzuteilen.

Lateinamerika-Kommission

Interview mit Andres Pascal Allende, MIR, in Kuba

Wie schon im ARBEITERKAMPF berichtet, befindet sich das Mitglied der Politischen Kommission des MIR, Andres Pascal Allende, in Kuba im Exil. Pascal hielt eine Pressekonferenz in Havanna ab, in der er noch einmal die Notwendigkeit einer einheitlichen Widerstandsfront betonte. Der MIR selber würde seine Hauptaufgabe darin sehen, den Kampf der Arbeiter für wirtschaftliche Forderungen zu unterstützen und in den Massenorganisationen zu arbeiten. Über den Verbleib des in Argentinien von der Polizei verhafteten Genossen Edgardo Enriquez, ebenfalls Mitglied der Politischen Kommission des MIR, gibt es widersprüchliche Angaben; eine Version gehauptet, Edgardo sei von den argentinischen Behörden an Pinochet ausgeliefert worden, andere Meldungen besagen, daß der Genosse am 17. 6. 76 in Argentinien tot aufgefunden worden sei.

Pascal kritisierte auch die chinesische Außenpolitik. Die Zusammenarbeit mit Pinochet sei die gleiche Politik der VR China wie gegenüber den konterrevolutionären „Befreiungskräften" (gemeint sind FNLA und UNITA) in Angola. (nach „Granma", 27. 6. 76).

Lateinamerika-Kommission



Die MIR-Genossen Andres Pascal Allende, Miguel Enriquez (gefallen im Kampf gegen die faschistische Diktatur) und Edgardo Enriquez (von links nach rechts.

Mexico Lopez Portillo neuer Präsident

Am 4. Juli fanden in Mexiko Präsidentschaftswahlen statt. Die seit 48 Jahren regierende „Institutionelle Revolutionspartei" (PRI) – sie übernahm die Geschäfte der Bourgeoisie nach der Niederschlagung der mexikanischen Revolution (1910-20) – nominierte als Nachfolger für den seit sechs Jahren regierenden Echeverria den ehemaligen Finanzminister Lopez Portillo. Dieser wurde von 17,5 Millionen Menschen gewählt, eine Million wählten ungültig bzw. schrieben den Namen des Kandidaten der revisionistischen „KP", Valentin Campa, auf den Stimmzettel. Einige Tausend Stimmen erhielt die Feministin Marina Gonzales de Boy. Die drei noch kleineren bürgerlichen Parteien spielen in Mexiko ohnehin nur Statistenrollen. Die Wahlbeteiligung lag mit rund 70 % erstaunlich hoch, war doch die ganze Wahl eine Farce: der Kandidat der „KP" benötigt 65.000 Unterschriften für die Kandidatur unter Angaben des Wohnortes, der Passnummer usw. Die Revisionisten gingen auf dieses Manöver nicht ein, denn diese Listen würden der Bourgeoisie gleich sämtliche Daten liefern. Die hohe Wahlbeteiligung ist mit darauf zurückzuführen, daß Lopez Portillo einen kostspieligen Wahlkampf führte; er besuchte praktisch seit Wochen sämtliche Städte und Dörfer und versprach die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, mehr Lohn usw. („Süddeutsche Zeitung", 3.,4. und 7. 7. 76). Diese Demagogien haben noch weitgehend verfangen, denn eine wirtschaftliche Besserung oder gar „fortschrittliche" Politik ist nicht zu erwarten: Mexiko ist völlig von den USA abhängig; zwei Drittel der mexikanischen Exporte gehen in die USA und die Auslandsverschuldung beträgt 18 Milliarden (!) Dollar. Ohnehin haben die USA den Druck auf Mexiko in der letzten Zeit erhöht; so verhinderten sie die Aufnahme Mexikos in die „Organisation Ölexportierender Länder" (OPEC). Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nehmen ebenfalls zu: Immer häufiger kommt es zu Landbesetzungen seitens der insgesamt 4 Millionen besitzlosen Landarbeiter („Süddeutsche Zeitung", 4. 7. 76). Der hohe Wahlsieg der PRI und die hohe Wahlbeteiligung zeigen, daß es der PRI (8 Millionen eingetragene Mitglieder!) bisher gelungen ist, die Massen mit „antiimperialistischen" Demagogien und Reformversprechungen zu täuschen.

Lateinamerika-Kommission

Bolivien

Bergarbeiterstreik vorerst abgebrochen

Am 9. Juni traten in Bolivien über 50.000 Bergarbeiter in den Streik. Wegen der Ermordung des ehemaligen bolivianischen Präsidenten Torres in Argentinien und mit Forderung nach massiven Lohnerhöhungen war es zu großen Protestaktionen im ganzen Land gekommen (siehe AK 83).

Das faschistische Banzer-Regime ließ daraufhin die Bergbauzentren und Arbeitersiedlungen militärisch besetzen und verhängte für das ganze Land den Ausnahmezustand.

Etwa ein Drittel der fünf Millionen Einwohner Boliviens stand unter direkter Militärgewalt („Neues Deutschland", 19./20.6.76). Es kamen bei Auseinandersetzungen zwischen Militär und Streikenden mindestens sieben Menschen ums Leben, ca. 170 wurden verhaftet. 25 bolivianische Arbeiterführer, darunter die Führer der Bergarbeitergewerkschaft, wurden vom Banzer-Regime nach Chile (!) ausgewiesen („Neue Zürcher Zeitung", 26.6.76).

Auch nachdem der Streik Ende Juni schon weitgehend zusammengebrochen war – die Truppen blockierten die Lebensmittelzufuhr zu den Arbeitersiedlungen – setzten noch etwa 20.000 Mineros in den größten Minen den Streik fort. Weiterhin stand die Forderung der Gewerkschaft (FSTMB): Rückzug der Militärs, Freilassung aller inhaftierten Arbeiterführer, Rückgabe der beschlagnahmten Lokale und Radiostationen sowie weiterhin die Forderung nach Lohnerhöhungen („Frankfurter Rundschau", 2.7.76). Anfang Juli mußten weitere 15.000 Streikende aufgeben. Weiter gestreikt wurde nur noch auf zwei Minen, in denen 5.000 Bergarbeiter beschäftigt sind. Die Regierung hatte lediglich eine Lohnerhöhung von 30 % zugestanden („FR", 7.7.76). Die Bergarbeiter forderten dagegen Lohnerhöhungen zwischen 100 - 200 % (die Angaben in der Presse darüber schwanken).

Der Streik der Bergarbeiter wurde von mehreren Betrieben in La Paz und Cochabamba unterstützt.

Studenten unterstützten die Kämpfe

Ebenso gab es breite Streikaktionen an den neun Hochschulen des Landes. Um dem Protest Herr zu werden, verfügte die Regierung die Vorverlegung der Ferien um einen Monat. Jetzt hat die Regierung die Universität von La Paz (UMSA) für sechs Monate geschlossen.

Es ist bereits das dritte Mal, daß das Banzer-Regime das größte Studienzentrum Boliviens schließen läßt. Als Banzer im August 1971 gegen den damaligen Präsidenten Torres putschte und sich selber an die Macht brachte, leisteten die Studenten der UMSA noch tagelang Widerstand. Mehrere hundert Studenten wurden damals entweder ins Ausland oder in die entlegendste Gegend Boliviens deportiert und sämtliche Hochschulen für 15 Monate geschlossen.

In der Folgezeit wurden von der faschistischen Regierung dann grundlegende Säuberungen an den Universitäten durchgezogen. Eine große Zahl kritischer Dozenten wurde entlassen, die Studienpläne wurden völlig umgekrempelt und die in langjährigen Kämpfen eroberten Rechte der Studenten auf Mitbestimmung wurden mit einem Federstrich annulliert.

Im Oktober 1975 kam es erneut zu einer großen Protestbewegung an der UMSA, die nur mit einer erneuten, diesmal dreimonatigen Schließung unterdrückt werden konnte (Informationen nach „FR", 2.7.76).

Lateinamerika-Kommission



asien aktuell

Ein Jahr Ausnahmezustand in Indien

Seit einem Jahr besteht in Indien der „Innere Ausnahmezustand". Für das Gandhi-Regime ein Grund zum Feiern; „*Immerhin sind die Folgeerscheinungen des Ausnahmezustandes von dermaßen großer nationaler Bedeutung, daß wir uns entschlossen haben, ihrer gebührend zu gedenken*", erklärte der Chefpropagandist des Regimes, Yashpal Kapur („NZZ", 25.6.1976). Aus diesem Grunde veranstaltete das Regime vom 26. Juni bis zum 1. Juli 1976 eine Woche der „*Morgenröte einer neuen Ära*" („NZZ", 25.6.1976). Höhepunkt sollte ein „*Tag der nationalen Disziplin*" sein, da die „*Disziplin auf jedem Gebiet der gesellschaftlichen Aktivität eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, eine Eindämmung der Inflation, eine Zurückdrängung der fortschrittsfeindlichen Kräfte und eine Stärkung des Vertrauens der Menschen in die Zukunft ihres Landes*" hervorgerufen habe. So sieht es jedenfalls der indische Innenminister Reddy (Zitat nach „Frankfurter Rundschau", 22.6.1976).

Die Unterdrückung ist total!

Wenn man der offiziellen Propaganda glauben wollte, dann ist in diesem Jahr unter dem Ausnahmezustand der entscheidende Schritt auf einen „indischen Sozialismus" hin gelungen! Die Tatsachen jedoch zeigen deutlich, daß der Weg in eine ganz andere Richtung führt. Mit der vollständigen Beseitigung der demokratischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten wurde ein Zustand geschaffen, in dem das indische Volk heute dem Terror der Staatsgewalt rechtlos ausgeliefert ist.

In den Gefängnissen werden gegenwärtig ungefähr 200.000 Personen aus politischen Gründen festgehalten. Eine jüngst von der Regierung erlassene Verfügung besagt, daß „*Festnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit auch in den nächsten zwölf Monaten ohne Angabe von Gründen erfolgen können*" („NZZ", 19.6.1976). Gegen die Polizeiwillkür gibt es keinerlei Rechtsmittel.

In den Gefängnissen herrschen chilenische Zustände. Nach Feststellungen von Amnesty International sind Folterungen nach chilenischem Vorbild üblich.

So wurden in einem Gefängnis in Neu-Dehli Kriminelle auf politische Gefangene losgelassen. Sieben der mit eisernen Ruten und Rohrstöcken Gefolterten mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Am 1. Dezember 1975 wurden die zwei politische Häftlinge hingerichtet.

Die Todesstrafe wurde zum ersten Male seit 1948 wieder im heutigen Indien praktiziert („blätter des iz3w", Nr. 54/76).

Erschießungen durch die Polizei sind keine Seltenheit. Allein die Bahnpolizei erschoß 49 „hartgesottene Verbrecher" (?) und verhaftete 37.000 blinde Passagiere („Frankfurter Rundschau", 1.7.76).

Den Hauptfeind aber bekämpft die indische Bourgeoisie auf der linken Seite. So existierten bereits vor dem Ausnahmezustand in der Stadt und auf dem Lande zahlreiche illegale Terrorgruppen, die es sich hauptsächlich zur Aufgabe gemacht hatten, die Kader linker und revolutionärer Organisationen zu liquidieren. Auf diese Weise gelang es den herrschenden Kräften, die Opposition auf der Linken bereits vor dem offiziellen Verbot faktisch zu zerschlagen. Hauptsächlich davon betroffen sind die „Naxaliten", eine revolutionäre Bauernbewegung, die auch schon vor dem Putsch der schärfsten Verfolgung ausgesetzt waren. Außerdem die beiden links von den Revisionisten stehenden kommunistischen Parteien „CPI(M)" und „CPI/ML". So wurde beispielsweise in Westbengalen die ehemals stärkste und in der Regierung befindliche Partei „CPI(M)" inzwischen durch Ausrottung ihrer Kader zu einer Splittergruppe reduziert. Noch vor dem Ausnahmezustand erklärte ihr Vorsitzender, der kurz darauf inhaftierte J. Bosu: „*Die gesamte Unterwelt hier* (in Kalkutta) *wird bezahlt für Dienste, die Sache der herrschenden Partei zu erledigen; sie besteht darin, politische Opponenten gnadenlos zu töten ... Wir haben in diesem Jahr nicht weniger als 550 Genossen unserer Partei durch Erschießen oder Erstechen verloren ...*" (zit. nach „Marxistische Studentenzeitung", München, 30.10. 1975). Der Ausnahmezustand hat bewirkt, daß die Verfolgung der politischen Opposition heute legal und mit der Unterstützung offizieller Institutionen vor sich gehen kann. Bereits wenige Tage nach dem Putsch wurden insgesamt 26 politische Organisationen von der Regierung in Neu-Delhi verboten, darunter alle, die links von den Revisionisten stehen. Allerdings wurden auch rechte oppositionelle Parteien verboten, was durchaus nicht im Widerspruch zur Regierungspolitik steht.

Eine totale Zensur der öffentlichen Meinung verhindert eine Berichterstattung über diese Zustände im Lande selber. Radio und Fernsehen unterstehen direkt dem Informationsministerium. Oppositionelle Meinungen werden verfolgt und gewaltsam unterdrückt. Allein im März dieses Jahres wurden bei einer Kampagne gegen oppositionelle und z. T. illegal erscheinende Zeitungen 7.000 Personen verhaftet und über 30 Druckereimaschinen beschlagnahmt („Neue Zürcher Zeitung", 7.4.76).

Die Masse der Bevölkerung lebt in unvorstellbarem Elend, das sich während des Ausnahmezustandes erheblich verschlimmert hat. So ist das statistische Pro-Kopf-Einkommen in Indien im letzten Jahr nach regierungsoffiziellen Angaben um 1,7 % gesunken (nach „Handelsblatt", 5./6.3.76). Andere offizielle (!) Angaben besagen, daß etwa 30 % aller indischen Stadtbewohner ihr Leben in Elendsquartieren fristen müssen, „*und die Slums dehnen sich immer noch weiter aus*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.6.76). Die Indische Medizinische Gesellschaft stellte jetzt in einer Untersuchung fest, daß in Kalkutta mehr als 90 % aller Kinder (!!) in den Slums unter infektiösen Krankheiten litten („Süddeutsche Zeitung", 29.6.76).



Propaganda-Feldzug der Gandhi-Regierung für ihr kapitalistisches 20-Punkte-Programm

Es ist an der Tagesordnung, daß Frauen und Männer auf offener Strasse von der Polizei ergriffen werden, um zwangsweise sterilisiert oder kastriert zu werden. „*Viele Eltern melden ihre neugeborenen Kinder nicht mehr an, da sie sonst eine Zwangssterilisation befürchten müssen*" („blätter des iz3w, Nr. 54/76).

Nach dem Willen der indischen Reaktion sollen ihnen die Arbeiter und Bauern völlig unterтan sein. Das Streikrecht ist aufgehoben, was zu einer Senkung der Streiks um über 80 Prozent führte („FR", 1.7.76). Das totale Streikverbot und ein verhängter Lohnstop sorgen für eine rapide Verschlechterung des Lebensniveaus der indischen Massen.

Ausnahmezustand auf Dauer!

Mit dem allen Reaktionären und Faschisten eigenen brutalen Zynismus erklärte der Innenminister auf eine Frage nach der Dauer des Ausnahmezustandes: „*Der Notstand wird so lange dauern, bis er aufgehoben wird.*" Ein Kongreßabgeordneter ergänzte begeistert: „*Wenn nötig, sollten wir den Notstand 50 Jahre beibehalten.*"

„*Zum Bersten volle Kornkammern, neue Höchstbeträge internationaler Wirtschaftshilfe, ein stabiles Preisniveau und die ersten Ansätze einer industriellen Erholung*" („FR", 1.7.76) – kurz: der durch den Ausnahmezustand bedingte Aufschwung des indischen nationalen Kapitalismus ist es, der die Reaktionäre und Kapitalisten begeistert. Eine dauerhafte ungestörte und grenzenlose Ausbeutung will ihnen das Gandhi-Regime verschaffen.

Indien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Japans Konservative formieren sich neu

Im Verlauf des neuesten Machtkampfes um die innerparteiliche Hegemonie innerhalb der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP) Japans, der vor allem durch die Lockheed-Affäre verschärft wurde, sind sechs junge Abgeordnete des japanischen Parlaments aus der LDP ausgetreten. Die sechs, ein Oberhaus- und fünf Unterhausmitglieder, haben öffentlich erklärt, daß sie eine neue konservative Partei in Japan gründen wollen. Begründet wurde dieser Schritt *„mit der Unfähigkeit der LDP, sich aus eigener Kraft zu reformieren, sowie (mit) dem ständig sinkenden Vertrauen der Wählerschaft die konservativen Kräfte des Landes"* („FAZ" v. 28.6.1976). Der Wortführer dieser Gruppe, der Unterhausabgeordnete Yohei Kono, will durch diese Aktion *„das Vertrauen der Öffentlichkeit in die konservative Politik"* wiederherstellen („The Japan Times Weekly" v. 19.6.1976). Gemeint ist hier die Korruption innerhalb der LDP, die durch die Bestechungs-Affären um den ehemaligen Ministerpräsidenten Tanaka und die Lockheed-Bestechungen an die Öffentlichkeit gelangt war.

Der jetzige Premierminister Miki wird durch die Kono-Gruppe aktiv in der innerparteilichen Krise unterstützt. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit abzusehen, daß Miki sein Amt nicht länger wird halten können. *„Daher wird vermutlich nach den allgemeinen Wahlen die neue Kono-Partei um die Miki-Fraktion* (der LDP – Anm. d. AK-Red.) *„sowie weitere Gruppen auf 50 Mann anwachsen"* („Nihon Kezai Shinbun" v. 20.6.76). Diese Annahme wird auch durch die Tatsache bekräftigt, daß Miki schon einmal auf dem Höhepunkt der Tanaka-Krise Absplitterungs-Versuche innerhalb der LDP unternommen hatte. Nicht zuletzt war Miki ein Gegner der Zusammenlegung der Liberalen Partei und der Demokratischen Partei, die zur Gründung der LDP im Jahre 1955 führte. *„Miki war in jedem Fall ein Befürworter eines Zwei-Parteien-Systems im konservativen Lager"* („The Japan Times Weekly" v. 3.7.1976).

Nach Konos eigenen Schätzungen werden insgesamt 15 LDP-Unterhaus-Abgeordnete und weitere fünf LDP-Oberhausabgeordnete zur neuen Konservativen Partei überlaufen. Neben den Arbeiten für das Parteiprogramm ist auch die Parteifinanzierung in Angriff genommen worden. Der Finanzbedarf beträgt circa 45 Mio. DM (nach „The Japan Times Weekly" v. 3.7.1976)! *„In der Wirtschaft wurden schon erste Stimmen laut, die den radikalen Schritt Konos und seiner Freunde als letzte Gelegenheit begrüßten, das zerstrittene und politischer Ohnmacht anheim gegebene Heerlager der japanischen Konservativen neu zu ordnen"* („FAZ" v. 15.6.76).

Die Kono-Gruppe behauptet, daß sie *„sich als konservative Alternative zur LDP dem Wähler stellen wolle"* („FAZ" v. 15.6.76). Der Charakter dieser „Alternative" wird dadurch verdeutlicht, daß einerseits *„keine Pläne zur Zusammenarbeit mit der oppositionellen Reformgruppe, ,die über die Zukunft Japans nachdenke', bestehen"* („FAZ" v. 15.6.76). Diese Gruppe wird angeführt von „Reformisten" aus dem rechten Lager der Sozialisten und Sozialdemokraten und der konservativen buddhistischen Komeito. Andererseits ist es die erklärte Absicht der Kono-Gruppe, *„auch wenn sie sich als neue Partei konstituiert hat, mit der LDP zusammenzuarbeiten"* („The Japan Times Weekly", v. 19.6.76). Beobachter in Japan gehen davon aus, daß ihre Parteiplattform *„in ihren Grundzügen wahrscheinlich die gleiche sein wird wie die der Konservativen"* (LDP, Anm. d. AK-Red.) *und die freie Marktwirtschaft sowie das gegenwärtige gemeinsame Sicherheitsabkommen mit den Vereinigten Staaten anerkennen wird"* („The Japan Times Weekly" v. 3.7.1976).

– Weshalb dann aber trotzdem diese Neugründung? Seit geraumer Zeit ist aufgrund der sich häufenden Enthüllungen über die Bestechungen in der LDP und der daraus resultierenden innerparteilichen Krisen das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierungspartei tatsächlich stark gesunken. Zwar konnte Miki durch sein beharrliches Festhalten an einer „vollständigen" Aufklärung der Lockheed-Affäre sich z. B. als Saubermann profilieren, aber das „gute" Image der durch und durch korrupten LDP dürfte wohl kaum wieder herzustellen sein.

Angesichts der bevorstehenden Unterhauswahlen ist die Gründung einer neuen konservativen Partei ein wahltaktisches Manöver, bei dem die Kono-Gruppe als die „saubere Alternative" einer reaktionären Politik auf Stimmenfang gehen wird, um gleich nach den Wahlen zusammen mit der LDP Japan auch weiterhin konservativ regieren zu können.

Japan-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Vietnam ist wiedervereinigt

Sozialistische Republik Vietnam gegründet

Am 2. Juli beschlossen die 492 Abgeordneten der gesamtvietnamesischen Nationalversammlung die Gründung der unabhängigen und vereinigten Sozialistischen Republik Vietnam. Damit erfüllt sich endlich – nach über 22 Jahren Teilung des Landes und nach langen Jahren siegreichen Volkskrieges das Testament Ho Tschi Minhs vollständig. *„Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrungen wird unser Volk gewiß den Sieg davontragen. Die amerikanischen Imperialisten müssen sich mit Gewißheit aus dem Staube machen. Unsere Landsleute in Nord und Süd werden gewiß wieder unter einem Dach vereint sein. Unser Land wird die vorzügliche Ehre haben, im heroischen Kampf zwei große imperialistische Mächte, die französische und die amerikanische besiegt und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet zu haben ... Mein letzter Wunsch ist, daß unsere ganze Partei, unser ganzes Volk, eng zusammengeschlossen im Kampf ,ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches, blühendes Vietnam erbaut und damit einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution leistet"* (Ho Tschi Minh).

Die staatlichen Institutionen sind die Nationalversammlung, der Präsident und die beiden Vizepräsidenten, das ständige Komitee der Nationalversammlung, die Regierung, der Nationale Verteidigungsrat, das Oberste Volksgericht und die Generalstaatsanwaltschaft. In allen Verwaltungseinheiten des Landes (also in den Provinzen, Städten, Kreisen) *„gibt es einen Volksrat und als Exekutivorgan ein Volkskomitee"* („Neues Deutschland", 3./4.76). Ton Duc Thang, der bisherige Präsident der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) wurde von den Abgeordneten einstimmig zum Präsidenten der Sozialistischen Republik Vietnam gewählt. Vorsitzender des Ständigen Komitees wurde Truong Chinh, Mitglied des Politbüros des ZK der der PWV. Pham Van Dong, ebenfalls Mitglied des Politbüros, ist der Ministerpräsident der neuen Republik. Vizepräsidenten sind Nguyen Luong Bang und Nguyen Huu Tho, Verteidigungsminister ist der durch den Volkskrieg allseits bekannte und geschätzte Vo Nguyen Giap, Außenminister Nguyen Duy Trinh, Frau Nguyen Thi Binh, Unterhändlerin der „Provisorischen Revolutionsregierung" Südvietnams bei den Pariser „Friedensgesprächen", wurde Erziehungsministerin. Die Hauptstadt der SRV ist Hanoi, Staatsflagge ist eine rote Fahne mit einem goldgelben fünfzackigen Stern.

Mit dem Aufbau des Staates vollzieht sich in ganz Vietnam der Aufbau einer demokratischen Diktatur des Volkes, einer „Neuen Demokratie" oder, wie Lenin sagte, die Errichtung der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft". Mit der Errichtung der neudemokratischen Gesellschaft ist zwar *„der Aufbau eines Staates der gemeinsamen Diktatur der revolutionären Klassen"* (Mao) erreicht, aber noch nicht die alleinige und ausschließliche Diktatur des Proletariats, die erst nach der sozialistischen Revolution sich aufbauen kann. Dieser Weg wird nicht zuletzt auch wegen der Unterschiede zwischen dem ehemaligen Norden und Süden Vietnams langwierig und kompliziert sein.

Neue Terrorurteile der südkoreanischen Faschisten

Der Terror gegen die Opposition im Land ist besonders nach den Siegen der Völker Indochinas verstärkt worden. Am 13.Mai 1975 schuf sich das Regime Pak Jung Hi mit dem „Notstandsdekret Nr.9" die uneingeschränkte Vollmacht, jede oppositionelle Regung mit der totalen staatlichen Willkür zu verfolgen. In einer Reihe von Prozessen kommt dieses „Notstandsdekret" jetzt zur Anwendung:

Erneute Todesurteile!

Zwei Studenten der Universität von Seoul und ein Student des Hankuk Seminars von Seoul wurden wegen „Spionage für Nordkorea" zum Tode verurteilt. Sie hatten unter ihren Kommilitonen Flugblätter verteilt, in denen sie u.a. die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR „Nordkorea") gegen die Verleumdungen des Pak-Regimes verteidigten. Außerdem hatten sie während ihres Studiums in Japan die KVDR besucht. Außer den drei Todesurteilen wurden gegen eine nicht näher bekannte Zahl von Studenten (die „Frankfurter Rundschau" gab in ihrer Ausgabe vom 1.6.76 die Zahl der Studenten mit 21 an) langjährige Freiheitsstrafen verhängt.

Nachdem im April letzten Jahres acht Todesurteile vollstreckt wurden, droht die Pak-Diktatur damit erneut, die Opposition durch staatliche Morde einzuschüchtern. Ihre Verfolgung von Studenten richtet sich besonders gegen Studierende in Japan, wo es eine breite Oppositionsbewegung gegen die südkoreanischen Faschisten gibt. Allein in den letzten fünf Jahren hat es mindestens sieben Todesurteile gegen Studenten, die aus Japan zurückkehrten, gegeben. Neben der BRD ist Japan auch das Hauptaktivitätsfeld des südkoreanischen Geheimdienstes KCIA.

Verfolgung der bürgerlich demokratischen Opposition

Der Terror des Pak Jung Hi-Regimes richtet sich auch gegen die bürgerliche Opposition, die mit seinen Herrschaftsmethoden nicht einverstanden ist. 18 Personen, darunter einer von Paks Vorgängern, Jun Po Sun, der Führer der Opposition Kim Dae Jung, den der KCIA aus Japan entführte, sieben katholische Priester, fünf protestantische Pfarrer und der ehemalige Außenminister Jung Il Hyong und seine Frau sind wegen Verletzung des „Notstandsdekrets" angeklagt. Sie hatten im März an einer Versammlung in der Kathedrale von Myongdong teilgenommen, auf der eine von 700 Personen unterzeichnete „Erklärung der Demokratie und der nationalen Rettung" verabschiedet wurde, in der demokratische Freiheiten für Südkorea gefordert wurden (s. AK 78). Den Angeklagten drohen mehrjährige Gefängnisstrafen. Pak will mit diesem Vorgehen gegen die bürgerliche Opposition demonstrieren, daß er nicht bereit ist, irgendeine Form der Opposition gegen sein Regime zu dulden. Er knüpft damit an die Traditionen aller faschistischer Diktaturen an, die auf die vollständige Vernichtung der Arbeiterbewegung und der bürgerlich demokratischen Opposition zielen.

Das Todesurteil droht dem Dichter Kim Ji Ha, der beschuldigt wird, Kommunist zu sein. Bereits 1974 war er aus gleichem Grund zum Tode verurteilt worden, später zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt und dann vorübergehend – vier Wochen – freigelassen worden. Kim selber distanziert sich offen vom Kommunismus und bezeichnet sich als „radikalen Katholiken", „weil Marxismus und Katholizismus nicht koexistieren können."

Fünf katholische Mönche und zwei Studenten wurden im Juni von einem Gericht in Seoul zu ein bis fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie unter katholischen Studenten ein Gedicht verteilten, in dem in satirischer Form die Regierung kritisiert wurde.

In einer zweiten Verhandlung gegen zwei Journalisten der südkoreanischen Tageszeitung „Tong-a Ilbo" wurden die Zuchthausstrafen von acht und vier Jahren in Strafen von fünfzehn und sieben Jahren umgewandelt. Grund für die Verurteilung: sie hatten gegen das „Notstandsdekret" verstoßen. Grund für die Erhöhung der Strafe: sie hatten in der zweiten Verhandlung bekanntgegeben, daß ihre ersten „Geständnisse" vom Geheimdienst durch Folter und Drohungen erpreßt wurden.



Protest-Demonstration vor dem Gebäude der Südkoreanischen Residents Association in Japan. Südkoreaner, die in Japan studieren, werden von den Faschisten besonders bespitzelt.

All diese Prozesse sind Scheinprozesse, die in einer Atmosphäre von Terror und Unterdrückung durchgezogen werden. So werden Freunde und Bekannte der Angeklagten von den Behörden festgehalten, die Anwälte haben keinen freien Zutritt zu den Angeklagten. Selbst Zeitungskorrespondenten der Auslandspresse wurden nicht verschont: *„In den vergangenen drei Wochen war es zu Zwischenfällen gekommen, bei denen Filmmaterial beschlagnahmt und Korrespondenten von Sicherheitsbeamten verprügelt oder vorübergehend festgenommen wurden."* („FR", 1.6.).

KB / Gruppe Bremen

Thailand

Erfolgreiche Bilanz im Volkskrieg

„1975 verwickelten die bewaffneten Kräfte des Volkes den Feind in 389 Schlachten, wobei 1.490 Mann der feindlichen Truppen außer Gefecht gesetzt wurden – 515 getötet, mehr als 866 verwundet und 77 gefangengenommen; 32 feindliche Informanten wurden getötet oder verwundet. Die bewaffneten Kräfte des Volkes schossen ebenfalls 18 Hubschrauber ab, bzw. zerstörten sie, vernichteten 62 Fahrzeuge verschiedener Typen, zerschlugen 26 Außenposten des Feindes und erbeuteten über 200 Gewehre verschiedener Größe, Radiosender, Granaten, Munition und anderes Regierungseigentum" („Stimme des thailändischen Volkes", 27.6.76).

Auch in den ersten 3 Monaten dieses Jahres haben die thailändischen Genossen in ihrem revolutionären Kampf nicht nachgelassen. *„Sie setzten 680 Feinde außer Gefecht – 276 wurden getötet und 404 verwundet – zerstörten 13 Hubschrauber und 13 Fahrzeuge verschiedener Typen. Über 60 Gewehre und eine riesige Menge Granaten, Munition und anderes wurden erbeutet"* (ebenda, 28.6.76).

Am 24.6.76 wurde in der Provinz Khao Khro ein Flugzeug der thailändischen Luftwaffe abgeschossen. Bei dem Versuch, an das Flugzeug zu gelangen, das in einem von der Befreiungsarmee kontrollierten Gebiet abstürzte, wurden 10 Soldaten der Bangkoker Armee getötet und 20 verwundet (nach Angaben von Radio Bangkok). Es gelang ihnen nicht, das Wrack zu erreichen.

Indochina-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Soldaten der thailändischen Armee bergen einen ihrer Kumpanen, der von den Volksbefreiungskräften niedergeschossen wurde.

BRD beteiligt sich an Uran-Suche in Indonesien

Die Bundesrepublik, die der faschistischen Suharto-Clique in den Sattel verhalf, krönte kürzlich ihre „herzlichen" Beziehungen zu Indonesien mit einem Vertrag über Uran-Suche und -Förderung in Indonesien. Danach verpflichtet sich das unterzeichnende „Deutsche Institut für Geologie und Rohstoffe" gegenüber der indonesischen Atomenergie-Agentur, sich sechs Jahre mit rund zwei Millionen Mark an der Suche und Förderung von Uran in Indonesien zu beteiligen.

Der Vertrag mit den indonesischen Faschisten steht in einer Reihe mit ähnlichen Abkommen mit anderen faschistischen Ländern, wie Südafrika, Brasilien, Iran. Gerade das Atomgeschäft zeigt, daß die BRD-Imperialisten bestrebt sind, den US-Imperialismus bei Aufrüstung reaktionärer und faschistischer Regimes noch zu übertreffen.

Die Unterstützung der faschistischen Regimes wird von der Regierung „demokratischer Sozialisten" (sprich SPD-Regierung) im eigenen Land nicht an die große Glocke gehängt. Sorgen wir dafür, daß bald überall im Land die Glocken läuten!

Gesteigerte Aufrüstung gegen die KVDR

Die USA und das faschistische Südkorea haben ihre Aufrüstung gegen die koreanische Volksdemokratische Republik im Norden des Landes intensiviert. In der Zeit vom 27.2. bis 5.3.76 wurden insgesamt 4.600 Tonnen Raketen und Munition von den USA nach Süd-Korea verschifft. In der Nähe des 38. Breitengrades, der militärischen Demarkationslinie zwischen dem Norden und den Süden Koreas, sind Nuklearbasen aufgebaut und eine unbekannte Menge Atomwaffen gelagert! Man erinnere sich nur an die Drohungen des US-Verteidigungsministers Schlesinger, die USA würden auch vor dem Einsatz von Atomwaffen gegen die KVDR nicht zurückschrecken. Auf der japanischen Insel Okinawa ist die Zahl der dort stationierten US-Truppen auf 18.000 verstärkt worden. Der Kern dieser Truppen, die 313. Luftlandedivision, hat sich Taegu in Südkorea als Nachschubbasis gewählt.

Am 26. und 27.Mai fand auf Honululu eine geheime Konferenz („Republik Korea-US-Sicherheitskonferenz") statt, an der auf Seiten der USA führende Militärstrategen, darunter Pentagon-Sekretär Rumsfelt, teilnahmen und die Führung der südkoreanischen Armee. Es wurde ein „5-Jahres-Plan" zur Modernisierung der südkoreanischen Armee und zur Verbesserung der militärischen Ausrüstung vereinbart (die südkoreanische Armee ist mit 650.000 Mann die stärkste im gesamten asiatischen Raum). Außerdem sagten die USA den Ausbau der südkoreanischen Rüstungsindustrie zu. Die Konferenz wiederholte die „Sicherheitsgarantien" des zweiseitigen Militärabkommens USA-Südkorea, in dem die USA „sofortige und effektive Hilfe" für den Fall einer „nordkoreanischen Invasion" zusagen (mit solchen Floskeln haben die US-Imperialisten auch ihre Aggression in Vietnam getarnt). (Informationen aus „Pyongyang Times", 29. und 5.6.).

KB / Gruppe Bremen



Studenten in Seoul wehren sich gegen die Unterdrückung durch das Pak Jung Hi-Regime.

KONTAKTADRESSEN des KB

Redaktion und Verlag
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35
Tel: 040/45 38 91

Leitung des KB
ARBEITERKAMPF-Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2064 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente, Preetz)
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Hamburg

ARBEITERKAMPF
Literaturvertrieb und Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15
Mo. bis Fr.: 15 bis 20 Uhr
Sonnabend: 10 bis 13 Uhr

Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084

Emden
H. Schröder
291 Emden
Postlagerkarte 60 452 A

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890

Stade
Jeden Sonnabend von 9 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 056 028

Duisburg
Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A

Hessen

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Kassel
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Büchertisch Marstall-Mensa
Jeden Mi. von 12 bis 13.30 Uhr

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Bayern

Landshut
83 Landshut
Postlagerkarte A 041 181

Nürnberg/Erlangen
Thomas Gradl
85 Nürnberg
Postfach 16 03 63

Westberlin
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Fr. von 16 bis 19 Uhr

„Die derzeitige große Kulturrevolution ist nur die erste; es wird in der Zukunft unausbleiblich noch mehrere geben ... Die Frage, wer in der Revolution siegt, wird nur in einem langen historischen Zeitraum entschieden werden können. Behandelt man diese Angelegenheit nicht in geeigneter Weise, ist es jederzeit möglich, daß der Kapitalismus restauriert wird. Die Parteimitglieder und das gesamte Volk in unserem Land dürfen nicht glauben, daß nach ein oder zwei großen Kulturrevolutionen, oder auch nach drei oder vier, alles in schönster Ordnung sein werde. Wir müssen uns aufs äußerste in Acht nehmen, und unsere Wachsamkeit darf nie nachlassen." (Mao Tse-tung)

„Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai" (Mao 1964)

Kampf zweier Linien in Chinas Landwirtschaft (Teil 2)

Grundlegende Mechanisierung der Landwirtschaft bis 1980?



Kinder in der Volkskommune

Auf dem IV. Nationalen Volkskongreß im Januar 1975 bekräftigte Tschou En-lai die auf dem vorhergehenden Kongreß (vor der Kulturrevolution) festgelegte Linie:

„In Befolgung der Weisung des Vorsitzenden Mao wurde im Bericht über die Tätigkeit der Regierung an den III. Nationalen Volkskongreß erwähnt, daß die Volkswirtschaft unseres Landes vom 3. Planjahrfünft an nach einer Konzeption von zwei Schritten entwickelt werden könnte: Beim ersten Schritt, im Verlauf von 15 Jahren, nämlich bis 1980, ein unabhängiges, relativ vollständiges System der Industrie und der Volkswirtschaft insgesamt aufzubauen; beim zweiten Schritt, noch in diesem Jahrhundert, allseitig die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik zu modernisieren (die „vier Modernisierungen" - Anm.AK) *damit die Volkswirtschaft unseres Landes in den vordersten Reihen der Welt stehen kann"* (Anm.19).

Diese Ausrichtung wurde im September/Oktober 1975 auf der *„Landeskonferenz für das Lernen von Dadschai"* weiter konkretisiert mit dem Aufruf: *„Die ganze Partei mobilisieren, für die Entwicklung der Landwirtschaft noch größere Anstrengungen unternehmen und für den Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai im ganzen Land kämpfen!"* (Anm.20). Diese Einschätzung geht davon aus (wie Hua Guo-feng auf der Konferenz sagte), daß das *„praktizierte System des in drei Stufen gegliederten Eigentums an Produktionsmitteln, mit der Produktionsgruppe als Grundeinheit für die Rechnungsführung, im wesentlichen noch immer dem Wachstum der Produktivkräfte auf dem Landes entspricht"*, und daß es jetzt darauf ankomme, *„auf der Grundlage der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Stabilität und Einheit zu erreichen und vereint wie ein Mann und unter* [...] das kleinbäuerliche Nebengewerbe, das bisher hauptsächlich in dieser nicht so arbeitsreichen Zeit verrichtet wurde, eingeschränkt wird.

„Die Landwirtschaft unseres Landes wird einer hochgradigen Mechanisierung zugeführt werden, d.h. 70% der Hauptarbeiten in Ackerbau, Viehzucht, Nebengewerbe und Fischerei werden nach Ablauf dieser Periode mechanisiert sein. Allein durch die Mechanisierung bei der Bodenbestellung, bei Be- und Entwässerung und beim Transport wird mindestens die Hälfte der Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten für andere Arbeiten freigesetzt werden.

Im ganzen Land werden die Kommunen und Brigaden noch mehr neue Industrieunternehmen errichten.

Die Wirtschaft der Volkskommune im ganzen Land und die gesamte Volkswirtschaft werden eine enorme Entwicklung erleben" (Anm.22).

Es stellt sich aber – genau wie innerhalb der Volkskommunen selbst die Frage, ob sich die bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Provinzen sowie innerhalb der Kreise zwischen den Kommunen vergrößern oder verringern. Zu erwarten wäre, daß sich die wohlhabenderen Kommunen bei gleichem revolutionären Arbeitselan ungleich schneller entwickeln als die Schwächeren, weil sie über einen höheren Akkumulationsfond verfügen und somit stärker mechanisieren können. Daß sich trotz überall steigenden Produktionsziffern die relativen Abstände vergrößern könnten, wird aber nirgendwo problematisiert. Der *„Aufbau der Landwirtschaft nach dem Prinzip ‚mehr, schneller, besser, wirtschaftlicher'"* (Anm. 23), läßt die Frage nach der Förderung der Rückständigen offen. Dabei geht man außer von den bereits bestehenden Unterschieden zusätzlich von einer Ungleichmäßigkeit der jetzt eingeleiteten Entwick- [...] *wenn man sich nicht um die ideologische Revolutionierung des Menschen kümmert, sondern ausschließlich um die Mechanisierung bzw. eins von beiden überbewertet"* (Anm.25).

Als gültiges Kriterium für einen Kreis vom Typ Dadschai wurde u.a. festgelegt: *„Es muß im Kreisparteikomitee einen führenden Kern geben, der entschieden an der Linie und Politik der Partei festhält und im Kampf vereint ist"* (Anm.26).

Die Kader helfen den Rückständigen; Beispiele beweisen, daß es hier Fortschritte gibt: *„Der Provinz Szetschuan, wo die natürlichen Bedingungen relativ gut sind, ist es bisher nicht gelungen, in der Landwirtschaft rapide Fortschritte zu machen. Ihre Kader und die Volksmassen haben sich nun fest vorgenommen, die landwirtschaftliche Produktion mit revolutionärem Geist und größtmöglichen Anstrengungen zu steigern. Der Bezirk Yüntscheng in der Provinz Schansi verglich in einer genauen Untersuchung seine Arbeit mit der des Bezirks Hsinhsiang in Honan. Wie wei: lag er hinter diesem zurück, den er einst bei der Weizenproduktion übertroffen hatte?"* (Anm.27).

Damit ist nochmals belegt, daß die Menschen der entscheidende Motor der Entwicklung sind, die objektiv schlechtere Bedingungen überwinden können. Im Ganzen gesehen stellt das Auf- und Überholen von Bezirken und Volkskommunen aber wohl den Einzelfall dar, der eher das Ergebnis der eigenen, besonderen Anstrengungen des jeweiligen Kollektivs zu sein scheint als der Ausdruck einer wirklich systematisch betriebenen Politik der gezielten Förderung für die Rückständigen. Keinesfalls kann von einer allgemeinen Angleichung der Provinzen gesprochen werden, was durch die zentrale Planung auch ausdrücklich bekräftigt wird.

„Die im Nationalen Programm für die Entwicklung der Landwirtschaft festgelegten Ziele für den Getreideertrag in den verschiedenen Gebieten des Landes sind: 200 Kilogramm pro Mu (ein Fünfzehntel Hektar) für die Gebiete nördlich des Huangho ... 250 Kilogramm pro Mu für die Gebiete südlich des Huangho und nördlich des Huaiho; 400 Kilogramm pro Mu für die Gebiete südlich des Huaiho ..." (Anm.28).

Die Entwicklung der Zentralregionen

Während des ersten Fünfjahrplans 1953-57 wurden mit umfangreicher, staatlicher Hilfe in den landwirtschaftlichen Zentralregionen Chinas Wasserregulierungsprojekte im mittleren und großen Maßstab geschaffen, weil das investierte Kapital dort die größten Erträge abwarf. Dabei hatte in vielen Volkskommunen *„der Staat auch Geld für einige Hauptkanäle zur Be- und Entwässerung investiert"* (Anm.29). Zu jener Zeit kam das Kapital für den Aufbau Chinas noch hauptsächlich aus der Landwirtschaft, während dieser Anteil am Staatshaushalt durch die Entwicklung der sozialistischen Unternehmen heute auf zehn Prozent herabgesunken ist (Anm.30). Diese Projekte stellen gewissermaßen das Rückgrat der Landwirtschaft in jenen Gebieten dar, die durch Eigeninitiative der Bauern weiter vervollständigt wurden. Die Produktion steigerte sich erheblich, u.a. weil den Kommunen damit nun auch eine entsprechende Energiebasis für Mechanisierungen zur Verfügung stand.

33 Mio. ha, also schätzungsweise ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der VR China, werden als „sichere Anbaugebiete mit stabilen und hohen Erträgen" bezeichnet; sie liegen größtenteils in den Zentralregionen. Ein kleinerer Teil davon, schätzungsweise ein Zehntel (Anm.31), entwickelten sich durch quadratische Anordnung, noch gezieltere Be- und Entwässerung und maschinelle Bearbeitung zu sogenannten „sicheren Hochertragsgebieten".

Die Mechanisierung ist dort am weitesten entwickelt und findet die besten objektiven Voraussetzungen für noch größere Fortschritte. Es geht hier gestützt auf einen hohen Akkumulationsfond darum, die bereits vorhandenen Bewässerungssysteme noch weiter auszubauen, noch mehr „sichere Hochertragsgebiete" zu schaffen.

„Wo die natürlichen Bedingungen günstiger sind – besonders am mittleren und unteren Lauf des Yangtse haben die Kommunemitglieder durch die Anwendung wissenschaftlicher Anbaumethoden und die Vergrösserung des Produktionspotentials für eine weitere Produktionssteigerung gearbeitet. Mit dem Vertrauen auf die eigene Kraft der kollektiven Wirtschaft und mit staatlicher Hilfe haben sie systematisch die Bewässerungsanlagen erweitert, mehr Dünger angewandt, den Boden verbessert und die Mechanisierung entwickelt. So haben sie eine Reihe von landwirtschaftlichen Basen für die Produktion von Marktgetreide geschaffen, wo der Ertrag vor Dürre und Flut gesichert und hoch und stabil ist. Zu diesen Gebieten gehören u.a. das Yangtse-Delta im Osten Chinas und das Perl-Fluß-Delta im Süden. Diese Basen haben eine wichtige Rolle gespielt bei der Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln und der Befriedigung der Bedürfnisse des wirtschaftlichen Aufbaus des Landes. Jetzt gibt es in China über 200 Kreise (von 2.200 Kreisen insgesamt - Anm.AK), *die dem Staat je 50.000*

Fortsetzung Seite 49

ren Linie des Vorsitzenden Mao Stabilität und Einheit zu erreichen und vereint wie ein Mann und unter Anspannung aller Kräfte den Sozialismus aufzubauen ..., damit China vor Ende dieses Jahrhunderts in die vorderste Reihe der Welt aufschliessen kann; eine Aufgabe, um im Wettlauf mit dem Feind Zeit und Tempo zu gewinnen und gute Arbeit bei den Vorbereitugen auf einen Kriegsfall zu leisten" (Anm.21).

„*Wir arbeiten für die Weltrevolution!*" hieß es noch überall in der Kulturrevolution. Diese Perspektive, die „revolutionäre Begeisterung" bei der Vergabe der Arbeitspunkte und die weitere Kollektivierung, werden inzwischen allenfalls am Rande erwähnt und in erster Linie in Abhängigkeit vom Fortschreiten der Mechanisierung gesehen; die bestehenden Produktions- und Distributionsverhältnisse werden nur beschrieben, ihre Unzulänglichkeit jedoch kaum im Konkreten aufgezeigt. Dadschai hat aber gerade bewiesen, daß eine hohe Mechanisierung eben nicht entscheidend für eine weitergehende Kollektivierung ist, sondern daß es auf die Erziehung der Massen, auf die Bekämpfung der Eigensucht ankommt. Daß sich die Zusammenfassung verschiedener Produktionsgruppen zu einheitlicher Rechnungsführung auf Brigadeebene in einer Erhöhung des Akkumulationsfonds und einer stärkeren Entfaltung der Produktivkräfte niederschlägt, geht heute durch den Ruf nach „*Stabilität und Einheit*" ziemlich unter.

Nun ist die Mechanisierung der Landwirtschaft für die VR China zweifellos eine wichtige Aufgabe, deren Inangriffnahme sich auf alle Wirtschaftsbereiche auswirkt und die durch die breite Mobilisierung der Massen gelöst werden muß. Dies führt zwangsläufig auch zu Veränderungen der Produktionsverhältnisse. Beispielsweise bewirkt das Anlegen neuer Felder im Winter und der Anbau von Wintergetreide, daß

bereits bestehenden Unterschieden zusätzlich von einer Ungleichmäßigkeit der jetzt eingeleiteten Entwicklung aus: „*Bis zum Ende der nächsten Fünfjahrperiode werden mindestens ein Drittel aller Kreise in China zu Kreisen vom Typ Dadschai geworden sein, und in den anderen Kreisen werden weitere Kommunen und Brigaden dieses Typs entstanden sein*" (Anm.24).

Tschen Yunggui, ehemaliger Leiter von Dadschai, heute Mitglied im Politbüro des ZK, betont die Wichtigkeit der richtigen politischen Linie bei der Mechanisierung: „*Die Mechanisierung der Landwirtschaft kann nur dann auf dem sozialistischen Weg voranschreiten, wenn sie das Ergebnis der ideologischen Revolutionierung ist ... Manche meinen, die Mechanisierung ziele lediglich darauf ab, die Arbeitsintensität zu reduzieren und Erleichterungen zu schaffen, ohne verstehen zu können, daß es sich um die Generallinie der Partei auf dem Lande handelt, die es ermöglicht, den Sozialismus voranzutreiben und ihn über den Kapitalismus siegen zu lassen; andere wiederum interpretieren die Mechanisierung der Landwirtschaft als ganz gewöhnliche Maßnahmen, die lediglich dazu bestimmt seien, Arbeitskräfte einzusparen und die Produktion zu steigern, ohne die Bedeutung zu berücksichtigen, die sie für die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern sowie für die beschleunigte sozialistische Industrialisierung und für die Verringerung der Unterschiede zwischen Arbeitern und Bauern hat. Wenn man die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao nicht versteht und anwendet, wird die Mechanisierung nicht zum Sozialismus führen, sondern im Gegenteil die Rückkehr des Kapitalismus nach sich ziehen ... Die Mechanisierung ist nicht bloß eine technische Frage. Die Mechanisierung der Landwirtschaft wird einen falschen Verlauf nehmen,*

bekräftigt wird.

bezeichnet; sie liegen größtenteils

Fortsetzung Seite 49



Mitglieder einer Volkskommune — nach der Arbeit

Fortsetzung von Seite 48

bis 350.000 Tonnen im Jahr liefern" (Anm.32).

An anderer Stelle wird gesagt: „*Das Ziel der landwirtschaftlichen Mechanisierung Chinas ist es, sicherzustellen, daß die Anbauflächen sichere Hocherträge abwerfen, unabhängig von Dürren und Überschwemmungen. Zugleich mit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Maschinerie bauen viele Orte auch Be- und Entwässerungsmaschinen*" (Anm.33).

In diesem Zusammenhang sei auf die von Liu Schao-tschi & Co. im Frühjahr 1964 aufgestellte Theorie der „Hundert Schlüsselkreise" hingewiesen: Sie forderten ausdrücklich eine Konzentration der staatlichen Anleitung und Hilfe auf die fortgeschrittenen Kreise, um sie zu vollmechanisierten Hochleistungsregionen zu machen, und von da aus die anderen Regionen irgendwie nachzuziehen. Der Aufruf Mao Tse-tungs „Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai!" setzte dem die revolutionäre Massenlinie entgegen.

Die heutige Landwirtschaftspolitik wendet sich mit ihren Forderungen an sämtliche Kreise, um überall „Ackerland vom Typ Dadschai" aufzubauen, wo „*es immer stabile und hohe Erträge, ob nun Trockenheit herrscht oder Hochwasser*" (Anm. 34) gibt. Dies ist aber am stärksten in den Zentralregionen der Fall, wo günstige klimatische Bedingungen und erhebliche Vorleistungen aus der Zeit des ersten Fünfjahrplans bestehen, während die rückständigen Regionen sich erst am Anfang dieser Entwicklung befinden und sich dabei fast ausschließlich auf ihre eigenen Kräfte verlassen müssen.

Bezeichnend für die jetzige Landwirtschaftspolitik ist, daß die in jüngster Zeit als Vorbilder herausgestellten Volkskommunen oft in den fortgeschrittenen Regionen liegen und zum Teil schon seit langem zu den Spitzen der chinesischen Landwirtschaft zählen. Die Ausgangsbedingungen von Dungting, Tjiliying und Hsinching sind mit denen Dadschais nicht zu vergleichen. Tjiliying verfügte schon 1958 über 34.000 Mu (=37%) bewässerte Anbaufläche und brachte 1973 schon 550 Kilogramm Getreide pro Mu ein. Hsinching erntete sogar 1955-56 500 und 1973 675 Kilogramm Getreide pro Mu und will diese Leistung bis 1980 auf 1.000 Kilogramm steigern.

Ein Vergleich mit den im Nationalen Programm für die Landwirtschaft festgelegten Zielen zeigt, daß diese Zahlen für die meisten Kommunen weit entfernte Träume sind.

Der Unterschied zwischen Stadt und Land hat sich für die fortgeschrittenen Regionen stark verringert, während ihr Abstand zu den anderen Teilen Chinas eher gewachsen ist.

„*Der Übergang von Kollektiveigentum in Volkseigentum ist ein unvermeidlicher objektiver Prozeß. Gegenwärtig gibt es in unserem Land einige Gebiete, in denen das schon offensichtlich ist. Material aus dem Kreis Ch'eng-an der Provinz Hopei zeigt, daß einige Kommunen in Gebieten mit Industriepflanzen jetzt sehr reich sind, daß ihre Akkumulation jetzt auf 45 Prozent gestiegen und der Lebensstandard der Bauern sehr hoch ist. Wenn sich derartige Verhältnisse weiterentwickeln und wir nicht durch die Umwandlung des Kollektiveigentums in Volkseigentum diesen Widerspruch lösen, wird der Lebensstandard der Bauern höher als der der Arbeiter sein. Für die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft ist das unvorteilhaft*" (Anm.35). Aber selbst hier haben die Kommunen unseres Wissens bisher noch keine bedeutenden Quantitäts- und Qualitätsveränderungen, sprich einheitliche Rechnungsführung auf Kommuneebene, vorgenommen.

Die staatliche Steuer- und Preispolitik

Die landwirtschaftliche Kollektivsteuer bleibt stabil und wird auf der Grundlage eines durchschnittlichen Bruttoproduktionsertrages erhoben, der Anfang der 50er Jahre festgelegt wurde.

„*Da die Volksregierung eine Politik der absoluten Stabilität der Steuern betreibt, auch bei zunehmender Produktion, sank der Prozentsatz der Agrarsteuern, die die Gruppe zu entrichten hatte, Jahr für Jahr*" (Anm.36). Die Steuer wirkt als gezielter materieller Anreiz zur Erhöhung der Produktionsmotivation. Sie fällt bei den Rückständigen, die sich nur langsam von ihrem alten Zustand wegbewegen, prozentual stärker ins Gewicht als bei den Fortgeschrittenen.

Die staatliche Preispolitik der Erhöhung der Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte und der



Frauen einer Volkskommune

Senkung der Verkaufspreise für industrielle Produkte für die Bauern (z.B. Dünger) ist eine notwendige Hilfe, um den Unterschied zwischen Stadt und Land abzubauen. Diejenigen Volkskommunen, die viel produzieren und die aufgrund eines hohen Akkumulationsfonds auch viel ankaufen können, profitieren davon natürlich am stärksten.

Die staatlichen Ankaufstellen zahlen für die über die festgelegte Quote hinaus abgelieferten Produkte „*einen Vorzugspreis ... als eine Art Ansporn*". Der Sekretär der Parteizelle von Sungdschuang lehnte diese Prämie ab, um anderen zu helfen: „ ,*Heute haben wir lediglich ein bißchen mehr als unsere Quote verkauft. Wie können wir dies als einen Dienst betrachten, der uns zu einer Extrazahlung berechtigt?' So schickte er den Zuschlag zurück.*

Die leitenden Genossen im Kreis lobten Sungdschuang wegen seines erhabenen kommunistischen Geistes. Trotzdem bestanden sie darauf, daß der Vorzugspreis angenommen werden sollte, weil dies die Politik des Staates zur Förderung der Verkäufe von Extragetreide sei. Sie erklärten: ,Wenn ihr dies nicht annehmt, so führt ihr nicht die staatliche Politik durch.' Dies überzeugte Sungdschang schließlich, die Extrasumme von 400 Yuan anzunehmen" (Anm.37). Man vergleiche dies mit der Kulturrevolution, wo überall Kritik an den materiellen Anreizen geübt und die Erziehung zum „Geist der absoluten Selbstlosigkeit" gefordert wurde.

Im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der VR China ist ein vollständiger Ausgleich der Ungleichheiten nicht möglich, weil sich erst auf der Grundlage des im ganzen Land vereinheitlichten Volkseigentums die Produktion und Distribution (Verteilung) einheitlich planen läßt. Gerade deshalb besteht die Aufgabe, durch eine umfassende Erziehung der Massen zur freiwilligen, uneigennützigen Arbeit und gegenseitiger Hilfe im nationalen und internationalen Maßstab, zum Kommunismus, diesem Ziel näher zu kommen. Eine so ausgerichtete, auf die Initiative der Massen gestützte, breite Bewegung wird, verglichen mit der Zeit der Kulturrevolution, kaum noch gefördert.

(wird fortgesetzt)

Genosse des KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen

(19) PRu 4/75, S. 23
(20) PRu 48/75, S. 5
(21) PRu 44/75, S. 13f
(22) PRu 50/75, S. 21, 22
(23) PRu 44/75, S. 14
(24) PRu 50/75, S. 21
(25) Chine Nouvelle, Nr. 1276, Okt. 71 nach Claudie Broyelle „Die Hälfte des Himmels"
(26) PRu 50/75, S. 21
(27) PRu 46/75, S. 5,6
(28) PRu 44/75, S. 14
(29) siehe 3, S. 22
(30) Summary of World Broadcasts, Part III, Weekly Economic Report, 23. Okt. 74
(31) Schätzungen Stand von 1971 nach: A. L. Erisman, China: Agricultural Development 1949-71
(32) Das erste Vierteljahrhundert des Neuen China, Peking 1975, S. 52f
(33) China aktuell, Nov. 74, S. 715 zitiert SWB v. 27.9.74 und 23.10.74
(34) PRu 50/75, S. 20
(35) siehe 18, S. 43f
(36) siehe 17, S. 27
(37) siehe 3, S. 122

Es lebe die palästinensische Revolution!



MIR und Lotta Continua nehmen Beziehungen zur PFLP auf

Der Kommunistische Bund begrüßt es, daß der chilenische MIR und Lotta Continua (Italien) kürzlich solidarische Beziehungen mit der PFLP aufgenommen hat, zu der wir schon seit einigen Jahren in einem freundschaftlichen Verhältnis stehen.

Zumindest für Lotta Continua gilt (für den MIR ist uns dies unbekannt), daß sie in der Vergangenheit die FDLP unterstützt hat und der PFLP ablehnend gegenüber stand. Über diese Frage haben wir im vorigen Jahr eine Diskussion mit Leitungsgenossen von LC geführt, ohne sie damals überzeugen zu können. Der FDLP, die traditionell der „Image-Pflege" im Ausland große Aufmerksamkeit gewidmet hatte, war es zeitweise gelungen, mit „marxistisch-leninistischer" Demagogie revolutionäre Organisationen in Westeuropa zu täuschen und eine politische Blockade gegen die PFLP zu bewirken. In der BRD unterhielt vor allem der KBW seit vielen Jahren engste Beziehungen zur FDLP und propagierte völlig einseitig und blind allein diese Organisation. Inzwischen hat sich die FDLP jedoch offen als eine Agentur des Revisionismus im palästinensischen Widerstand zu erkennen gegeben. Bei einer noch vom KBW unterstützten Rundreise einer FDLP-Delegation im Mai mußte es der KBW erleben, daß zumindest ein Teil der Veranstaltungen unter direkter Regie der DKP ablief.

Wir geben im folgenden die Kommuniques zwischen PFLP und MIR beziehungsweise zwischen PFLP und Lotta Continua wieder (nach „Lotta Continua", 26.6.76).

Kommunique von MIR und PFLP

„Vertreter der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) und des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) Chiles sind zusammengetroffen, um politische Beziehungen herzustellen und um ihre Solidarität im gemeinsamen Kampf auszudrücken. Ihre grundsätzliche Übereinstimmung über den Charakter ihres Kampfes, über den Widerstand der Völker Palästinas und Chiles gegen die reaktionären Kräfte fand eine weitgehende Bestätigung.

Die PFLP drückt ihre kämpferische Unterstützung für das chilenische Volk in seinem Kampf gegen die Militärdiktatur Pinochets und für die Völker Lateinamerikas, die gegen die reaktionäre und imperialistische Offensive auf dem Kontinent kämpfen, aus.

Der MIR erklärte seinerseits seine Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes in seiner ständigen Konfrontation mit dem zionistischen Staat – dem privilegierten Verbündeten des Imperialismus im Nahen Osten – und in seinem Widerstandskampf gegen die Invasion Syriens im Libanon.

In Palästina und in Südamerika bekämpfen die Völker den Feind Nummer Eins der Massen der Welt, den US-Imperialismus.

Die zwei Organisationen haben beschlossen, ihre Kontakte fortzusetzen und zu vertiefen – sowohl auf der Ebene wechselseitiger politischer Beziehungen wie auf der Ebene konkreter Solidarität im Widerstandskampf ihrer Völker".

Gemeinsames Kommunique von Lotta Continua und PFLP

„Mitglieder der Internationalen Kommission der PFLP und von Lotta Continua sind zusammengetroffen, um über beiderseits interessierende Themen zu diskutieren und um ihre Solidarität für den Kampf der jeweiligen Völker auszudrücken.

Angesichts des brutalen Angriffs, den gegenwärtig die syrischen, faschistischen und imperialistischen Kräfte gegen die fortschrittliche Bewegung des Libanon und gegen den palästinensischen Widerstand führen, kämpfen beide Organisationen für die Durchsetzung folgender Ziele:

1. Sofortiger Rückzug aller syrischen Streitkräfte aus dem Libanon;
2. Entkonfessionalisierung des libanesischen Staates;
3. volle Unterstützung für den palästinensischen Widerstand bei seinen Anstrengungen zur Verhinderung einer imperialistischen Lösung und zur Schaffung einer demokratischen Lösung in ganz Palästina.

Beide Organisationen betrachten den gegenwärtigen Angriff im Libanon als Teil der imperialistischen und reaktionären Offensive zur Zerstörung der Befreiungsbewegung der arabischen Völker, wie sie heute zum Ausdruck kommt in den grossen Massenkämpfen im Libanon, im besetzten Palästina, in Oman, in der Westsahara und im kraftvollen Klassenkampf in verschiedenen arabischen Ländern, wie Ägypten und Tunesien.

Sie betrachten das imperialistische Eingreifen im Mittelmeer als eine direkte Bedrohung für den Vormarsch der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte in der gesamten Region und besonders in Italien und Portugal.

Beide Organisationen bekräftigen, daß nur durch Stärkung des selbständigen Kampfes der Massen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer proletarischen Avantgarden nationale Befreiung, wahrhafte Unabhängigkeit und Frieden errungen werden können.

PFLP und Lotta Continua wollen ihre revolutionären Beziehungen auf verschiedenen Ebenen fortsetzen und vertiefen, um die kämpferische Solidarität zwischen beiden Organisationen und beiden Völkern weiter voranzubringen".

Portugal

Delegation des MES besucht Kuba

Eine Delegation der portugiesischen kommunistischen Bewegung MES besuchte im Mai Kuba auf Einladung der kubanischen KP. Diese Einladung zeigt, daß sich die kubanische KP, trotz des Einflusses des Revisionismus und der Sowjetunion, nicht davon abhalten läßt, solidarische Beziehungen zu revolutionären Organisationen (beispielsweise auch dem chilenischen MIR) zu unterhalten, die im Allgemeinen von den revisionistischen Parteien nur in widerwärtigster Weise diffamiert werden.

Im folgenden der Text einer Pressemitteilung des MES:

„Eine Delegation des Zentralkomitees des MES, bestehend aus den Genossen Eduardo Graça, Francisco Farrica und Vitor Wengorowius, ist nach Lissabon zurückgekehrt, nachdem sie auf Einladung der KP Kubas eine Woche lang Kuba besucht hatte.

Die Delegation des ZK des MES wurde von Mitgliedern des ZK der KPK brüderlich empfangen und hatte Gelegenheit, Kontakt zur Realität der kubanischen Revolution und zum Volk in verschiedenen Provinzen Kubas aufzunehmen.

Es gab einen Meinungsaustausch über die internationale politische Situation und die Haltung beider Parteien zur imperialistischen Offensive und zum Kampf der Völker Europas, Afrikas, Amerikas und Asiens dagegen, mit dem praktizierten proletarischen Internationalismus als Grundlage.

Es wurde eine breite Basis gemeinsamer Standpunkte hergestellt, wodurch die Bande der Freundschaft zwischen den Völkern Portugals und Kubas ebenso wie die Beziehungen zwischen der KPK und dem MES gestärkt wurden.

Lissabon, 4. Juni 1976."

Frankreich

OC-GOP beschließt Zusammenschluß mit Révolution

Am 20. und 21. Juni hat in Lyon der 2. Kongreß der französischen OC-GOP (Kommunistische Organisation – Arbeiter- und Bauernlinke) stattgefunden. Der Kongreß beschloß, bis Ende dieses Jahres den Vereinigungsprozeß mit der kommunistischen Organisation Révolution zum erfolgreichen Abschluß zu bringen. Im Unterschied zu Révolution hat die OC-GOP eine relativ bedeutende Arbeit unter den Bauern geleistet.

Révolution hat den Beschluß der OC-GOP begrüßt. Der Vertreter des Nationalen Büros von Révolution auf dem Kongreß der OC-GOP orientierte in seiner Rede darüber hinaus auf eine Aktionseinheit – verbunden mit einer politisch-ideologischen Debatte – der gesamten radikalen Linken. Ausdrücklich nahm er hiervon nur die Gruppe um „Humanité Rouge" (Vaterlandsverteidiger) und die AJS-OCI (Rechtstrotzkisten) aus. Besondere Bedeutung mißt Révolution in diesem Zusammenhang der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit der PCR (Revolutionäre Kommunistische Partei) bei. Diese offenbar relativ einflußreiche Organistion, ehemalige „Bruderpartei" der „KPD", hat sich schon seit längerem zu einer mehr „gemäßigsten" Variante des „ML"-ismus entwickelt, zwar mit vaterländischen, „sozial"chauvinistischen Relikten und einem opportunistischen Verhältnis zur Gruppe „Humanité Rouge", aber mit einer klar antiimperialistischen Grundorientierung (vergleichbar etwa der UDP in Portugal).

Der „Arbeiterbund" in der Krise

Massenorganisation ohne Massen oder Theorie-Zirkel ohne Theorie?

Unter der Überschrift „Eine unverbesserliche zentristische Strömung?" beschäftigten wir uns in AK 80 (14.5.76) kritisch mit verschiedenen Aspekten der Politik des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD", ein vorwiegend in Bayern wirkender kommunistischer Zirkel.

Nunmehr hat der „Arbeiterbund" in seiner „KAZ" vom 27.Juni eine Art erster „Antwort" gegeben, die allerdings nur sehr begrenzt überhaupt auf unsere Kritik eingeht und überdies vorwiegend am Ziel vorbeischießt. Der Einfachheit und Bequemlichkeit halber besteht der „rote" Faden dieser Replik darin, uns den Vorwurf des Zentrismus zurückzugeben: „*Was er uns vorwirft, trifft ihn selbst.*"

Der „Arbeiterbund" stellt sich als ein ganz besonders „*prinzipienfester*" Zirkel vor, der auch „*vor radikalen und tiefgehenden Fragen keine Furcht*" hat (so z.B. vor der Frage, ob man nicht der DKP beitreten sollte!), der mutig „*die zentralen Probleme auf den Tisch legt, um die es heute in der westdeutschen Arbeiterbewegung geht*", der als einziger Zirkel „*planmäßig an den Wiederaufbau der KPD herangeht*" und ebenso als einziger Zirkel „*klare Positionen zu den Hauptfragen der Revolution in unserem Land bezieht*" usw. usf.

Wie schäbig sticht dagegen der KOMMUNISTISCHE BUND ab, der „*opportunistisch und prinzipienlos*" ist, der sich „*vor Festlegungen prinzipienlos drückt*", der immer darauf bedacht ist, „*sich Hintertürchen offenzulassen*" und der „*die prinzipienlose Ausdehnung der eigenen Organisation anstrebt.*"

Der materialistische Hintergrund dieser Konstruktion ist folgender: Der „Arbeiterbund" (vormals ABG) hat mit seinem Versuch, über eine ökonomistische und platte Agitation eine Massenverankerung zu erreichen, totalen Schiffbruch erlitten. Es ist bekannt, daß dem „Arbeiterbund" in München die meisten proletarischen Genossen davongelaufen sind, daß in Passau die Arbeit total zusammengebrochen ist, daß auch anderswo die „Betriebsarbeit" nicht mehr läuft. In dieser Situation hat die „Arbeiterbund"-Führung ... p r i n z i p i e n l o s geschieht, sollte man uns einmal beweisen! Im Gegensatz zum „Arbeiterbund" haben wir nämlich allezeit einen scharfen politisch-ideologischen Kampf geführt um alle Fragen, die sich konkret in der kommunistischen Bewegung ergaben. Nehmen wir das Beispiel Angola, wo der „Arbeiterbund" zwar – verdienstvoll! – die MPLA unterstützt hat, aber dem Kampf gegen die konterrevolutionären Positionen von „KPD", „KPD/ML" und KBW schlicht ausgewichen ist. Dies läßt sich durch zahlreiche Beispiele ergänzen. So sei nur nochmals daran erinnert, daß wir (angeblich „prinzipienlos" usw.) schon zu Anfang 1975 uns mit einem „Offenen Brief" zum Thema Vaterlandsverteidigung an die Kommunistische Bewegung gewandt haben, wozu der „Arbeiterbund" (angeblich „prinzipienfest" usw.) damals beharrlich schwieg – bis er dann plötzlich Ende 1975 dieses Thema mit viel Gegacker „auf den Tisch" brachte, als habe er selbst dieses Ei soeben gelegt.

Der „Arbeiterbund" macht uns in der „KAZ" vom 27.Juni den kuriosen Vorwurf, wir wollten jetzt „*prinzipienlos*" die „*verzweifelsten Kleinbürger*" des KBW „*kassieren*". Fakt ist aber zum einen, daß wir immer wieder öffentlich und eindeutig die Einschätzung vertreten haben, daß von den Mitgliedern des KBW nur ein sehr kleiner Teil für den Wiederaufbau der KPD in Frage kommen wird, und daß wir zum anderen einen ständigen politisch-ideologischen Kampf gegen diese zeitweise gefährliche einflußreiche Strömung geführt haben - nicht, um sie „prinzipienlos einzusacken", sondern um sie zu zerstören und damit ein ernstes Hindernis für den Wiederaufbau der KPD aus dem Wege zu räumen.

Genossen vom „Arbeiterbund", was ist euer eigener Anteil bei der politisch-ideologischen Bekämpfung dieser schädlichen Strömung gewesen? Ist es nicht so, daß eure Organisation nach der These handelt, daß sich der KBW usw. „von selbst" erledigen würden und daß es stattdessen darauf ankommt, mit einem Gemisch aus platter Agitation und büchernen marxistisch-leninistischen „Prinzipien" hauptseitig in die „alte und neue Sozialdemokratie" (SPD und ...

Und wie, wenn nicht als gleichfalls bemitleidenswerten Versuch einer „prinzipienlosen Ausdehnung", soll man euren Versuch interpretieren, aus der Krise des RBJ/BDJ Profit zu schlagen? Ausgerechnet der „Arbeiterbund", der sich nie um die Auseinandersetzungen im RBJ/BDJ gekümmert hatte, flatterte angesichts der K r i s e des RBJ/BDJ plötzlich um diesen herum wie ein Aasgeier. Und zwar, wie es sich für solche „prinzipienfesten" Leute gehört, ohne ein inhaltliches Wort zu den Auseinandersetzungen, sondern stattdessen mit einem ganz erbärmlichen Anbiederungsversuch bei antikommunistischen Tendenzen im RBJ/BDJ, deren Stärke und Standfestigkeit allerdings von der „Arbeiterbund"-Führung wohl maßlos überschätzt worden war. Plötzlich war man sogar bereit, die Jugend-„Massen"organisationen des „Arbeiterbund" für den „Wiederaufbau" des RBJ/BDJ zur Verfügung zu stellen. Und das alles auf der Basis eines total prinzipienlosen Verhältnisses zur bisherigen Entwicklung des RBJ/BDJ, zu deren Aufarbeitung der „Arbeiterbund" weder beitragen wollte noch konnte.

Wer mit wem, das ist hier die Frage! . . .

In der „KAZ" vom 27. Juni wird noch einmal der Vorschlag des „Arbeiterbundes" „*zur gemeinsamen Verurteilung der neuen Vaterlandsverteidiger*" aufgewärmt: „*Dabei konnten wir eins erkennen: Der KB hat nicht begriffen, daß das Erkennen des deutschen Imperialismus als Hauptfeind zu den Hauptfragen der Revolution in unserem Land gehört, über die sich die Kräfte für den Wiederaufbau der KPD heute einigen können und müssen. Sondern wieder einmal geht er prinzipienlos (!) an diese Frage heran, erhebt die Frage der Außenpolitik der VR China zum Hauptproblem (?) in dieser Frage und stellt sich damit in die Reihe unzufriedener Kleinbürger, die über alles, aber auch über alles (!) diskutieren wollen, nur nicht über die Hauptfragen (!), denn das könnte zur Konsequenz nur den organisierten Kampf haben, den Wiederaufbau der KPD.*"

„KPD/ML" vertreten. Umsomehr gilt unsere von Anfang an gestellte Frage: Welchen Wert hat eine Erklärung gegen die Vaterlandsverteidigung, die so allgemein abgefaßt ist, daß sogar die Vaterlandsverteidiger s e l b s t sie unterschreiben könnten ...? Es ist bekannt, welchen Wert seit jeher die „Arbeiterbund"-Führung auf bestimmte allgemein gehaltene „programmatische Festlegungen" legt, wie beispielsweise die hier erwähnte. Uns wird hingegen „Prinzipienlosigkeit" vorgeworfen. Nun, wir sind selbstverständlich bereit, beispielsweise die „Festlegung" zu unterschreiben, daß der BRD-Imperialismus unser Hauptfeind ist. Aber wir meinen, offenbar im Gegensatz zu den „Arbeiterbund"-Führern, daß derart a l l g e m e i n e Festlegungen (die sogar die „KPD/ML"unterschreiben könnte), überhaupt nicht ausreichen, um heute die kommunistische Linie gegenüber „linken" und rechten Fehlströmungen abzugrenzen. Wir nehmen es der „Arbeiterbund"-Führung übrigens auch nicht ab, wenn sie so tut, als hätte sie unsere Argumentation in diesem Punkt nicht verstanden. Denn klar ist doch wohl selbst für den Dümmsten, daß es nichts mit „Prinzipienlosigkeit" zu tun hat, wenn wir die Vereinigung ausschließlich (!) auf a l l g e m e i n e Aussagen ablehnen und stattdessen zusätzlich (!) konkretere und detailliertere Festlegungen verlangen, die w i r k l i c h als Scheidelinie innerhalb der sich als kommunistisch definierenden Kräfte dienen könnten.

Nicht sehr intelligent finden wir auch den Versuch, die Diskussion über die chinesische Außenpolitik als Fimmel „unzufriedener Kleinbürger" abzutun, die gern über „alles, aber auch wirklich alles" zu schwadronieren belieben. Immerhin handelt es sich um die Politik des bei weitem bedeutendsten sozialistischen Landes der Gegenwart und um eine Frage, mit der wir tagtäglich konfrontiert sind (sei es die schändliche Angola-Politik der chinesischen Regierung, sei es jüngst der Flirt mit einem französischen Militaristen usw.).

Im übrigen erinnern wir die „Arbeiterbund"-Führer an ihre eigene ...

Offenbar ist es doch so, daß die „Arbeiterbund"-Führer ein „prinzipielles" Geschrei um gar nicht mehr umstrittene „Hauptfragen" erheben, um von all den konkreten Meinungsverschiedenheiten abzulenken, die sich heute in der Kommunistischen Bewegung auftun, und zu denen sich der „Arbeiterbund" lieber ausschweigt?!

Spiel mir das Lied vom „Trotzkismus" ...

Den KOMMUNISTISCHEN BUND als „trotzkistisch" zu bezeichnen, ist heute offenbar das Kennzeichen aller, denen sonst nichts mehr einfällt - die „KPD/ML" tut's, der KBW tut's, und der „Arbeiterbund" tut's leider auch. Beim „Arbeiterbund" hat das Tradition: Bereits vor fünf (!) Jahren, 1971 (!), versuchte er die linke „scene" mit der Behauptung in Aufregung zu versetzen, der KOMMUNISTISCHE BUND sei von einer tückischen „Trotzkistenclique" unterwandert. Die besondere Frechheit liegt unserer Meinung nach darin, daß sich der „Arbeiterbund" (damals noch ABG) weder zu jener Zeit noch irgendwann später mit dem r e a l e n Trotzkismus und seinen Vertretern öffentlich auseinandergesetzt hat.

Als sich vor einigen Monaten, auf unsere Initiative hin, eine Art Dialog zwischen „Arbeiterbund" und KOMUNISTISCHEM BUND zu entwickeln schien, da kam auch diese alte Geschichte zur Sprache, wobei es uns so schien, als wäre den verantwortlichen Genossen ihr damaliger „Patzer" eher peinlich. Umso erstaunter waren wir, in der „KAZ" vom 18.April dieses Jahres wieder von „trotzkistischen Positionen" unserer Organisation lesen zu müssen, und zwar konkret bezüglich unserer Beurteilung der chinesischen Außenpolitik. Wir haben daraufhin vom „Arbeiterbund" wiederholt gefordert, diesen für uns allerdings schwerwiegenden Vorwurf inhaltlich nachzuweisen. Dazu hat die „Arbeiterbund"-Führung, anders kann man es nicht nennen, schlicht g e k n i f f e n.

Demnach ist es eine Dreistigkeit, jetzt in der „KAZ" vom 27.Juni zu schreiben: „*Empört ist der KB*

die Arbeit total zusammengebrochen ist, daß auch anderswo die „Betriebsarbeit" nicht mehr läuft. In dieser Situation hat die „Arbeiterbund"-Führung, im Versuch, die Not zur Tugend zu machen, die Devise ausgegeben, daß man ja eigentlich auch in erster Linie ein Theorie- und Propagandazirkel sei. So versucht man jetzt redlich, sich als führende politisch-ideologische Kraft in der linken „scene" der BRD in Szene zu setzen, ohne dafür jedoch weder von der eigenen Arbeit der letzten Jahre noch von den Fähigkeiten her die Voraussetzungen mitzubringen. Wir sind sicher „die letzten, die die vorantreibende Rolle bestreiten, die der „Arbeiterbund" (bzw. damals noch die ABG) in einer gewissen Phase gespielt hat (etwa 1970/71) – Tatsache ist aber auch, daß dieser Zirkel seither auf der Stelle getreten und verkalkt ist (denn gerade für die kommunistische Bewegung gilt, daß Stillstand Rückschritt ist!!!) und daß er in den letzten Jahren zusammen mit dem KAB„D" in der politisch-ideologischen Auseinandersetzung zu den Schlußlichtern gehört hat.

Der „Arbeiterbund" rühmt sich jetzt, als einziger kommunistischer Zirkel der BRD *„einen klaren Plan zum Wiederaufbau der KPD auf den Tisch gelegt"* zu haben. Worin dieser sagenhafte Plan besteht, haben wir bereits in AK 80 aufgezeigt: In Gejammere, wie schade doch die Zersplitterung der kommunistischen Bewegung sei, wie notwendig doch beispielsweise eine zentrale Zeitung sei usw., aber ohne einen einzigen konkreten Vorschlag, was zu tun ist. Die einzige Schlußfolgerung besteht darin, die Verbreitung der „KAZ" auszudehnen – wiederum mit dem bekannten Argument, daß man ja der einzige „prinzipienfeste" und zur Überwindung der leidigen Zersplitterung entschlossene kommunistische Zirkel sei.

„Prinzipienlose Ausdehnung" – ein vergeblicher Traum des „Arbeiterbund"

Der „Arbeiterbund" wirft uns jetzt „die prinzipienlose Ausdehnung der eigenen Organisation" vor. Daß sich der KOMMUNISTISCHE BUND tatsächlich ausdehnt, hat sich mittlerweile auch in Bayern herumgesprochen. Daß dies aber p r i n-

platter Agitation und büchernen marxistisch-leninistischen „Prinzipien" hauptseitig in die „alte und neue Sozialdemokratie" (SPD und DKP) hineinzuwirken?

Und ist es nicht der (allerdings stümperhafte und bemitleidenswerte) Versuch einer „prinzipienlosen Ausdehnung", wenn ihr euch bemüht, mit ein paar „Reisekadern" andere Organisationen - darunter auch unsere - zu „unterwandern"? Wundern muß man sich dabei freilich auch über den völligen Mangel an Sinn für die Realitäten bei den verantwortlichen „Arbeiterbund"-Führern, die sich diesen kindischen „Plan" ausgeheckt haben.

len, nur nicht über die Hauptfragen (!), *denn das könnte zur Konsequenz nur den organisierten Kampf haben, den Wiederaufbau der KPD."*

Wir haben zu diesem Thema das Wesentliche schon in AK 80 gesagt und verweisen der Einfachheit halber noch einmal darauf. Zur Ergänzung noch dies: Der „Arbeiterbund" richtete damals seine Einladung zu einer gemeinsamen Erklärung auch an KBW und KAB„D". Nachträglich stellt sich die Frage, warum er nicht auch die „KPD/ML" miteinbezogen hat. Daß der BRD-Imperialismus unser Hauptfeind sei – laut „KAZ" eine der „Hauptfragen" – wird mittlerweile nämlich sogar von der

usw.).

Im übrigen erinnern wir die „Arbeiterbund"-Führer an ihre eigene Erklärung, man sei *„selbstverständlich* (!!!) *bereit, über die Prinzipien der Außenpolitik der sozialistischen Länder öffentlich zu diskutieren, gerade* (!) *mit dem KB."* Das, Genossen, konnte man in eurer „KAZ" vom 22. Februar dieses Jahres lesen.

Was soll man von derart „prinzipienfesten" Leuten halten, die zwar dauernd den Mund spitzen, aber offensichtlich Angst haben, dann auch zu pfeifen?! Und die unser Angebot, in München eine Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema zu organisieren, einfach in den Wind schlugen?

ren.

Demnach ist es eine Dreistigkeit, jetzt in der „KAZ" vom 27.Juni zu schreiben: *„Empört ist der KB nun darüber, daß wir trotzkistische Positionen bei ihm festgestellt* (?) *haben ...".* Nein, Genossen, nicht d a r ü b e r sind wir empört, sondern über die Unverschämtheit, solche Behauptungen in die Welt zu setzen, ohne sie im geringsten politisch, inhaltlich zu beweisen.

Es ist auch ein leicht durchschaubarer Trick, wenn die „Arbeiterbund"-Führung jetzt (!) in der „KAZ" behauptet: „ ... *gerade bei der Auseinandersetzung um den richtigen Weg zum Wiederaufbau der KPD kommen diese trotzkistischen Positionen deutlich zutage."* Denn abgesehen von der Stichhaltigkeit dieser Behauptung (dazu gleich noch!) ist es doch so gewesen, daß der „Arbeiterbund" uns die „trotzkistischen Positionen" zunächst bezüglich unserer Kritik an der chinesischen Außenpolitik unterstellt hatte. Was dies angeht, bleibt man also weiterhin den Beweis schuldig und hupft stattdessen zu einem ganz anderen Thema. Dazu können wir leider nur wiederholen, was wir schon in AK 82 (S.47) schrieben: *„Leute, die derart krass unseriös und unehrlich an die Frage der politisch-ideologischen Auseinandersetzung herangehen, haben unserer Meinung nach an der Spitze einer kommunistischen Organisation nichts verloren."* Sorry, Genossen! ...

Was die *„trotzkistischen Positionen"* angeht, die der „Arbeiterbund" jetzt zur Abwechslung mal in unserer Haltung zum *„richtigen Weg zum Wiederaufbau der KPD"* lokalisiert, so besteht der „Beweis" der „KAZ" aus zwei Zitaten Stalins, die im Wesentlichen folgendermaßen lauten: " *Trotzkismus bedeutet Mißtrauen gegenüber dem Wesen der bolschewistischen Partei ... Auf organisatorischem Gebiet ist der Trotzkismus die Theorie des Nebeneinanderlebens von Revolutionären und Opportunisten, ihrer Gruppierungen und Gruppen im Schoße einer gemeinsamen Partei" – „Trotzkismus bedeutet Mißtrauen gegenüber den Führern des Bolschewismus, bedeutet den Versuch, sie zu diffamieren ...".*

Beim ersten Punkt geht es wieder um den Vorwurf, wir betrieben die

Fortsetzung Seite 51

Regensburg
Veranstaltung zur chinesischen Außenpolitik

Am 6. Juni führte der KB eine Veranstaltung zur Auseinandersetzung mit der chinesischen Außenpolitik in Rgensburg durch. Regensburg ist eine „Hochburg" des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD". Wir hatten deswegen zuvor einen Offenen Brief an den Arbeiterbund gerichtet und eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung vorgeschlagen, aber keine positive Antwort erhalten. Erst als der KB daraufhin allein zu dieser Veranstaltung aufrief, reagierte der Arbeiterbund mit einem entrüsteten Brief: da wurde *„verurteilt"*, daß der KB es überhaupt wagt, in Orten Veranstaltungen zu machen, wo er noch keine Ortsgruppe hat: da wurde uns(!) vorgeworfen, wir würden *„der ideologischen Auseinandersetzung ausweichen"* und *„über Nebenfragen"* diskutieren wollen – und natürlich: der KB versuche, *„durch die Hintertür und unter Verletzung des proletarischen Internationalismus die VR China und ihre korrekte (!) antiimperialistische Außenpolitik, sowie die wirklichen (?!) Marxisten-Leninisten und Antiimperialisten in unserem Land anzugreifen"*.

Nun: es kamen über 60 Genossinnen und Genossen zu dieser Veranstaltung! In der Diskussion bemühten sich mehrere Vertreter des Arbeiterbund erneut mit viel Eifer, uns „Trotzkismus" und ähnlichen Unsinn „nachzuweisen". Mit Beschimpfungen wurde dabei auch nicht gespart: Der KB würde „sozialistische Länder mit Dreck bewerfen", er würde sich „in eine Kumpanei mit Revisionisten und bürgerlichen Hetzern begeben" und ähnliches mehr. Unsere mit Tatsachen belegte Kritik an der chinesischen Außenpolitik wurde von einer AB-Vertreterin schlicht als „Anekdoten" bezeichnet.

Überhaupt erwies sich, daß die offenbar ausführlich in Phraseologie „geschulten" führenden AB-Vertreter auf k e i n e e i n z i g e der von uns aufgeworfenen Fragen wirklich k o n k r e t und e i n d e u t i g eingehen mochten. Das ging sogar soweit, daß sie dies schnurstracks zu einer generellen „marxistischen Methode erklärten, daß man „darüber nicht an konkreten Punkten diskutieren" könne...

Andererseits ist es das besondere Dilemma gerade solcher zentristischer Organisationen wie des Arbeiterbunds, daß er für „zwei gleichberechtigte Wahrheiten" eintritt: daß es gleichzeitig richtig sei, wenn die KP Chinas den imperialistischen Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten in der EG e r m u n t e r t, und wenn die Revolutionäre in der BRD bzw. Westeuropa insgesamt d a g e g e n k ä m p f e n; usw. Die Außenpolitik der VR China gilt für den Arbeiterbund, wie dessen Sprecher mehrfach und mit heiligem Ernst betonten, als „völlig korrekt", „konsequent revolutionär" usw. – andererseits wurde aber verschiedentlich leise eingefügt, ohne dies jemals genauer darzulegen, daß der Arbeiterbund selbst in der NATO-Frage, in der EG-Frage und in der Angola-Frage eine a n d e r e Auffassung als die chinesische KP habe.

Auf die Frage, welche B e d e u t u n g es denn habe, wenn die KPCh z.B. für Westeuropa den „Sozialimperialismus" als „gefährlichsten Feind" ansehe, der Arbeiterbund aber den Imperialismus als Hauptfeind betrachtet, ob dies auch eine „Nebenfrage" sei – darauf blieben die AB-Vertreter wie in vielen anderen Punkten die Antwort schuldig.

Daß die unterschiedlichen Auffassungen, die die AB-Vertreter teilweise zugestanden, in der „unterschiedlichen Klassenkampfsituation" wurzeln, ist schlichter Unsinn. Was hat denn die „unterschiedliche Klassenkampfsituation" in China einerseits und der BRD andererseits z.B. damit zu tun, ob FNLA und UNITA in Angola „Befreiungsbewegungen" oder proimperialistische Söldnerbanden sind?! Traurig genug, wenn die AB-Vertreter dies selbst glauben – aber eher scheint es wohl so zu sein, daß sie sich ein billiges Alibi zurechtgelegt haben,um nicht weiter nachdenken zu müssen...?

Insgesamt hat es sich als richtig erwiesen, die zentristische Führung des „Arbeiterbund" zu diesem ihnen ganz besonders peinlichen Thema in einem ihrer wichtigsten Stützpunkte zu stellen. Die Auseinandersetzung wird fortgesetzt werden!

Bericht eines Teilnehmers

Fortsetzung von Seite 50,

„prinzipienlose Ausdehnung der eigenen Organisation", was noch durch den geradezu idiotischen Vorwurf bereichert wird: *„Feindschaft gegen opportunistische Elemente gibt es bei ihm* (dem KB - Anm.AK) *nicht"*. Genossen, was habt ihr euch dabei bloß gedacht?! ... Im Übrigen: Die *„Theorie des Nebeneinanderlebens von Revolutionären und Opportunisten ... im Schoße einer Partei"* erinnert doch wohl stark an die Überlegung gewisser Leute *„insgesamt als Fraktion innerhalb der DKP zu arbeiten"* („KAZ", 18.4.76). „Der Stein, den sie selbst erhoben, fällt ihnen selbst auf die Füße", würde Mao wohl dazu sagen!

Nicht besser ist es mit dem zweiten Punkt: *„Trotzkismus bedeutet Mißtrauen gegenüber den Führern des Bolschewismus, bedeutet den Versuch, sie zu diffamieren"* sagt Stalin, und die „KAZ" schreibt dazu: *„Wir wollen uns hier nicht mit dem KB um die Person unserer Genossin Helge Sommerrock* (führende Vertreterin des „Arbeiterbund" - Anm.AK) *streiten, von der wir meinen, daß sie ausserordentlich viel dazu beigetragen hat, um unsere Organisation zum Kampf für den Wiederaufbau der KPD zu rüsten."* Und dieser doch offensichtlich ein paar Nummern zu groß geratenen Gleichsetzung der Genossin Sommerrock mit den „Führern des Bolschewismus" (!) fügt man peinlicherweise die treuherzige Versicherung bei, daß sich die Genossin *„übrigens tatsächlich mit großem Ernst dem Studium der Werke von Lenin und Thälmann widmet"*. Nun, das kann nie schaden! ...

Aber zur Sache: Genossin Sommerrock (und wohl nicht allein sie) ist offenbar verärgert über eine Karikatur im AK 80, die sie zeigen sollte. Abgesehen davon, daß wir diese Karikatur nachträglich selbst nicht für ganz glücklich halten, wollen wir mit aller Klarheit feststellen, daß es uns keineswegs um einen Angriff auf die P e r s o n der Genossin Sommerrock zu tun war. Unsere Meinung ist im übrigen, daß der Genossin durch den lächerlichen Vergleich mit den „Führern des Bolschewismus" und die peinliche Beteuerung einer Selbstverständlichkeit (daß die Genossin „mit großem Ernst" Lenin und Thälmann liest) mehr geschadet worden ist als durch unsere kleine Karikatur.

Was die Genossin Sommerrock angeht, so verkennen wir ausdrücklich nicht den positiven Beitrag, den sie in einer bestimmten Phase für das Vorankommen der kommunistischen Bewegung in unserem Land geleistet hat. Wir bezweifeln auch nicht ihre subjektive revolutionäre Aufrichtigkeit, im Unterschied zu Figuren wie Ernst Aust oder dem zusammengelaufenen Gesindel in der

hingewiesen, daß es doch wohl einen Unterschied macht, ob jemand für den Sozialismus „von Marx und Lenin" eintritt oder für den Pseudo-„Sozialismus" von Honnecker und Breschnew. Es sind die „Arbeiterbund"-Führer s e l b s t, die diesen Unterschied verwischen wollten. Und offenbar immer noch wollen. So wird ernsthaft behauptet („KAZ" vom 27. Juni), die DKP gebe als Z i e l die Diktatur des Proletariats an (*„auch wenn das der KB offensichtlich nicht sehen will"*), nur der W e g zu diesem Ziel, den die DKP weist, sei falsch. Diese Theorie halten wir allerdings für verheerend. Denn die DKP gibt nicht „nur" den Weg falsch an, sondern eben auch das Ziel, indem sie uns den Revisionismus als „realen Sozialismus" nahebringen will. Von der Diktatur des Proletariats schwätzt vielleicht der DKP-Chefdemagoge Steigerwald einmal im „Streitgespräch" mit der Genossin Sommerrock (Steigerwald ist ein zu allen Späßen bereiter Clown, der notfalls sogar Stalins gesammelte Werke vorwärts und rückwärts auswendig aufsagen kann!), aber in der konkreten Politik der DKP spielt das doch keine Rolle, zumal eben klar ist, daß sie Diktatur des Proletariats und Sozialismus überhaupt nur mit dem System der revisionistischen Staaten identifiziert.

Umso frecher ist die Behauptung der „KAZ", der KOMMUNISTISCHE BUND führe die Auseinandersetzung mit der DKP *„nicht vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus, sondern vom im Kern antikommunistischen* (!!) *Standpunkt der Angst vor einem ‚Sozialismus von Honnecker und Breschnew'".* Und auf diesen schlüpfrigen Boden begeben sich Leute, die erklärtermaßen die Sowjetunion für „sozialimperialistisch" halten, die darüber sogar eine Broschüre geschrieben haben, und die uns 1971 unendlich angegeifert haben, weil wir diese These so nicht teilen wollten! Und heute will man uns erklären, entscheidend sei nicht, daß uns die DKP diese Sowjetunion als Musterländle des „realen Sozialismus" anpreist, sondern entscheidend sei nur (!) der W E G zum „Sozialismus", den die DKP angibt? Nachtigall, ick hör dir trappsen!...

Offensichtlich ist es so, daß die „Arbeiterbund"-Führung im Interesse ihres opportunistischen Herangehens an die DKP weitestgehend darauf verzichtet, ihre „Sozialimperialismus"-Thesen oder aber wenigstens eine Kritik an den revisionistischen Staaten offen zu vertreten, sondern sich b e s c h r ä n k t auf einen büchernen Prinzipienstreit, daß der W e g der DKP zum Sozialismus falsch sei. Das ist aber ein Feld, wo die „Arbeiterbund"-Genossen von „theoretischen" Schleimscheißern der DKP wie Steigerwald mühelos ausgetrickst werden. So sehr wir es ablehnen, die DKP in der bekannten tobsüchtigen „ML"-Manier vor-

weiter die „KAZ": *„Die These, die der KB hier aufstellt, lautet so: Massiv und mit allen organisatorischen Mitteln wird von den Kommunisten nur da eingegriffen, wo sich die Widersprüche schon zugespitzt haben, d.h. in der Konsequenz, wo für die Vergrößerung eines Zirkels unmittelbar was zu holen ist."* Auch das ist eine bedauerliche Unterstellung. Wir haben weißgott erheblich massiver und mit größerer Kraftanstrengung den Kampf gegen den modernen Revisionismus der DKP geführt als dies der „Arbeiterbund" jahrelang getan hat. Es ist uns doch nicht vom Himmel gefallen, daß wir diese für die Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung enorm schädliche und hinderliche Strömung heute zumindest in Hamburg – wo unsere Organisation am längsten und massivsten arbeitet – fast überall niedergekämpft haben, während in München und anderen Wirkungsorten des „Arbeiterbunds" offenbar so schlecht gearbeitet wurde, daß die DKP sogar verlorenen Boden wiedergewinnen konnte.

Wir kritisieren es allerdings, und dabei bleiben wir auch, wenn die „Arbeiterbund"-Führung unter s o l c h e n Bedingungen, wo sich in der DKP überhaupt keine linke Strömung und kein Ansatz einer inneren Diskussion zeigt, und wo auf der anderen Seite dem „Arbeiterbund" offenbar die „Massen"basis dahinschmilzt, wenn also unter s o l c h e n Bedingungen die Frage eines Eintritts in die DKP überhaupt diskutiert wird – und dies auch noch als besonders „radikal und tiefgehend" bezeichnet wird. Unserer Meinung nach ist der „Arbeiterbund" auf einem völlig falschen Trip, wie wir auch in letzter Zeit schon wiederholt an seinem Auftreten gegenüber der DKP und dem Revisionismus kritisiert haben. Der „Arbeiterbund" dreht praktisch der Massenarbeit und der kommunistischen Bewegung, so unvollkommen und zerstreut sie sich heute auch zeigen mag, den Rücken, um sich den „revolutionären Kräften" in der DKP zuzuwenden.

Genossen, nicht w i r sind es gewesen, sondern i h r wart es, die noch vor einigen Monaten unbedingt den KBW für eine gemeinsame Erklärung gegen die Vaterlandsverteidigung gewinnen wollten. Wir haben uns klar gegen dieses Manöver ausgesprochen. Aber wir widersprechen euch ebenso entschieden, wenn ihr jetzt in der „KAZ" vom 27. Juni abfällig so tut, als seien im KBW ü b e r h a u p t keine wesentlichen Kräfte für den Wiederaufbau der KPD zu finden, als seien im KBW n u r „die verzweifeltsten Kleinbürger" zu finden, auf die es eh nicht ankommt (*„Uns um die politische Heimat dieser Kräfte zu kümmern, kann heute nicht schwerpunktmäßig die Aufgabe der Kommunisten sein"* – so wörtlich in der „KAZ"), sondern stattdessen in eine bodenlose Schwärmerei angesichts der „revolutionären Kräfte" in der DKP verfallt und nur noch um die DKP herumscharwenzelt.

Und, Genossen, macht euch auch folgendes mit all seinen Konsequenzen klar: Ihr tretet an die DKP heran, mit eurer „Sozialimperialismus"-These hinter dem Rücken versteckt und mit eurem total unkritischen Verhältnis zur chinesischen Außenpolitik, das ihr sogar ganz offen zur Schau tragt. Ist euch denn nicht klar, daß ihr auf dieser Ebene von den revisionistischen Demagogen einfach a u s g e p u n k t e t werdet? Es ist euch doch wohl nicht unbekannt, daß sich die DKP in ihrer Polemik gegen „ML"-Gruppen ebenso wie gegen Teile der kommunistischen Bewegung gerade auf d i e s e Themen stürzt. Antwortet ihr darauf auch nur, daß das doch „Nebenthemen" seien, die nur „unzufriedene Kleinbürger" interessieren?

Ist denn nicht klar, daß die „Arbeiterbund"-Führung, indem sie diese Fragen als „nebensächlich" abtut und darum keinen politisch-ideologischen Kampf führt, die Mitglieder und Sympathisanten ihrer Organisation gegenüber dem modernen Revisionismus politisch-ideologisch e n t w a f f n e t und sie letztlich der Demagogie der DKP-Revisionisten ausliefert? Nicht i h r werdet „revolutionäre Kräfte" aus der DKP gewinnen, sondern umgekehrt wird die DKP weitere Genossen des „Arbeiterbund" zum Abfall bringen, wenn ihr auf dem von euch eingeschlagenen Pfad ins Nichts voranschreitet!

Wir rufen alle Genossen des „Arbeiterbund" auf – seien es „einfache" Mitglieder, Sympathisanten oder auch Genossen mit führenden Funktionen –, diesen verhängnisvollen Weg keinen Schritt weiter zu gehen! Speziell an die führenden Genossen des „Arbeiterbund" richten wir die dringende Aufforderung, das Liebäugeln mit der DKP sein zu lassen und stattdessen endlich ohne Tricks und Fisematenten die politisch-ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunistischen Bund um die taktischen und strategischen Fragen revolutionärer Politik in diesem Land aufzunehmen. Und speziell an die übrigen Mitglieder des „Arbeiterbund" richten wir die Aufforderung, euren führenden Genossen nötigenfalls auch mal „Feuer unterm Arsch" zu machen, damit eure Organisation nicht vor die Hunde geht, sondern ein „Baustein" beim Wiederaufbau der KPD sein kann.

Westerstede (Kreis Ammerland):

KBW-Lügner entlarvt!

Klägliche Vorstellungen gab der KBW in Westerstede. Im Rahmen seines „Wahlkampfes" wollte er am 22. Juni auf einer Veranstaltung im JZ mit „Bundestagskandidat" Steenken seinen Einstand geben. Gebenüber den 5 Besuchern, die der „Stachel"-Gruppe („Stachel" = fortschrittliche Jugendzeitung) zuzurechnen sind, operierte er wenig überraschend mit Lügen. So wußten die KBWler angeblich nichts über den Putsch ihrer Heidelberger Kumpanen im dortigen Afrika-Komitee. Auch zu den vom KB veröffentlichten Schlägermethoden ihrer Genossen anderenorts taten sie uninformiert; der KBW hätte bereits vor ein paar Jahren (!) dazu Stellung genommen...

Wie sich denn der KBW zu den reaktionären Angriffen auf den „Stachel" stelle? Eine Presseerklärung des „Stachel" sei in der Oldenburger „KVZ"-Ortsbeilage abgedruckt worden, behauptete der Herr Steenken bedenkenlos. Ein Genosse machte das KBW-Büro daraufhin rebellisch: In bewundernswertem Fleiß suchten zwei KBWler die Ortsbeilagen von September 75 bis April 76 durch – ohne Ergebnis allerdings. Offensichtlich ist der KBW zu jedweder Lüge bereit, in der Hoffnung, etwas werden schon hängen bleiben und keiner werde sich die Mühe machen, das einmal nachzuprüfen.

Schon ein paar Monate hatte sich ein KBWler darauf eingelassen, im JZ aufzutreten, zumal ihm die Sache vorher recht schmackhaft gemacht worden war: In Westerstede sei man ganz wild auf den KBW... Der arme Kerl war schließlich so demoralisiert und verwirrt, daß er sogar noch eine KB-Zeitung kaufte und sich über „Die Stärke des KB" in Westerstede wunderte. Nun ist das sicherlich übertrieben, es gibt für sein Scheitern eine ganz einfache Erklärung: wer will denn immer solchen Unsinn hören? Auch Westerstede ist schließlich nicht so provinziell, daß dort nicht logisch gedacht werden könnte!

Wir meinen, daß es sicherlich keine ganz unwichtige Aufgabe ist, den KBW auch dort, wo er neu Fuß fassen will, von vornherein politisch zu diskreditieren und auch organisatorisch auszubremsen. Denn sein kon-

geleistet hat. Wir bezweifeln auch nicht ihre subjektive revolutionäre Aufrichtigkeit, im Unterschied zu Figuren wie Ernst Aust oder dem zusammengelaufenen Gesindel in der KBW-Führung. Wenn allerdings solche Genossen politisch-ideologisch s t e h e n b l e i b e n, wenn sie zum Bremsklotz für die Fortentwicklung ihrer Organisation und der kommunistischen Bewegung insgesamt werden, dann werden wir uns gegebenenfalls auch nicht scheuen, ihrem Abgang nachzuhelfen. Die Genossin Helge und andere führende Genossen des „Arbeiterbund" haben heute die Wahl, genauso wie 1971, als sie sich für den Weg des prinzipienlosen Bruchs und des Amoklaufs gegen den KB entschieden. Nur, das sei klar gesagt, einen weiteren politischen Fehler wie 1974 werden sie politisch kaum überleben!

Das Heil bei der DKP suchen?

Die Politik der „Arbeiterbund"-Führung gegenüber der DKP ist für uns ein ganz zentraler Kritikpunkt, an dem die selbstmörderische Konsequenz ihrer Linie besonders klar wird. Daher bedauern wir es sehr, daß die Genossen in der „KAZ" gerade zu diesem Punkt nur ausweichend und an der Sache vorbei geantwortet haben.

Beispielsweise werden wir in der „KAZ" vom 27. Juni angeschnauzt: „...Auch der KB sollte einmal dazu klar Stellung nehmen, ob die DKP einen Weg zum Sozialismus angibt oder nicht". Heilige Einfalt aber auch!

Mit beredsamer Geschwätzigkeit sollen wir durch die „KAZ" davon überzeugt werden, daß es in der DDR keinen Sozialismus gibt – was wir allerdings gar nicht bezweifelt hatten! Kritisiert hatten wir vielmehr den „Arbeiterbund", weil er über die „revolutionären Kräfte in der DKP" geschwärmt hatte: *„Es sind dies Arbeiter, die bereits eine Erkenntnis haben: daß der Sozialismus erkämpft werden muß und daß dazu die politische Organisation der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei notwendig ist."* („KAZ", 18. 4. 76). Da hatten wir dann darauf von „theoretischen" Schleimscheißern der DKP wie Steigerwald mühelos ausgetrickst werden. So sehr wir es ablehnen, die DKP in der bekannten tobsüchtigen „ML"-Manier vorwiegend als „Agentur Moskaus" anzugreifen, so sehr lehnen wir es andererseits auch ab, sich gegenüber der DKP auf ein scholastisches, büchernes Geplänkel über die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu beschränken, o h n e von der Praxis der DDR, von den außenpolitischen Interessen des Sowjetrevisionismus usw. zu reden, die einen Hintergrund der DKP-Politik bilden. Denn „marxistisch-leninistische" Schnacks haben Steigerwald & Co. immer auf Lager. Das Kriterium jedoch ist bekanntlich die Praxis.

In der „KAZ" vom 18. April wurde viel von den „revolutionären Kräften" in der DKP geschwärmt und wurde die kühne Behauptung aufgestellt, daß heute *„der größte Teil revolutionärer* (!) *Gewerkschafter ... nicht in den Zirkeln und oppositionellen Gruppen organisiert sei"* ...., sondern in der DKP!!! Wir w e i g e r n uns ganz strikt, mit dem Begriff „revolutionär" irgendwie leichtfertig oder mystifizierend umzugehen. Für uns hat dieser Begriff einen bestimmten politischen Inhalt. Die Mitglieder der DKP sind durch die Bank nicht revolutionär, was auch im völligen Fehlen einer inneren Opposition, selbst in Nebenfragen, zum Ausdruck kommt.

Auf diese unsere Argumente sind der „KAZ" leider nur weitere demagogische Ungereimtheiten eingefallen: *„Die These, die der KB hier aufstellt, lautet kurzgefaßt: In der DKP kann* (!) *es keine wesentlichen Teile revolutionärer Kräfte geben, da* (!) *die DKP für eine falsche Art* (??!) *von Sozialismus ist".* Das ist Quatsch und von uns natürlich nie gesagt worden: Wir haben die Frage nach der Existenz revolutionärer Kräfte ganz k o n k r e t gestellt (wovor sich die „Arbeiterbund"-Führung offensichtlich fürchtet?), aber wir würden niemals bestreiten, daß es prinzipiell auch in einer insgesamt auf den „realen Sozialismus" (= Revisionismus) fixierten Partei revolutionäre Kräfte geben k a n n! Und

Ortsgruppe Passau über Bord!

Wie wir erst jetzt erfahren, hat Anfang Mai die Ortsgruppe Passau den „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" verlassen. Die ausgetretene Ortsgruppe hat eine umfangreiche Austrittserklärung verfaßt, die über ihre Kontaktadresse wohl noch angefordert werden kann: Klaus Grenzheuser, Schießstattweg 28, 839 Passau.

Die Austrittserklärung schildert breit die Entwicklung der Ortsgruppe seit ihrer Eingliederung in den „Arbeiterbund" 1971. Daraus geht hervor, daß die Genossen anscheinend keine umfassende politische Kritik an der Linie des „Arbeiterbund" entwickelt haben, sondern auf der Ebene einer Kritik an mangelnder politischer Schulung, Anleitung und Diskussion sowie an der Verzettelung der Kräfte stehengeblieben sind. So kamen sie zu der liquidatorischen Schlußfolgerung: *„Schwerpunkt* (!) *unserer Arbeit muß es sein, Klarheit über die Ursachen der Fehler und Mängel in Passau und damit auch in der Organisation zu schaffen. Unsere Kräfte reichten aber nur für diese Arbeit aus"* ... So wurde die Einstellung jeder organisierten Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich des „KAZ"-Verkaufs, beschlossen. Wohl mehr nachträglich geben die Genossen an, sie würden sich an der Kritik des „Arbeiterbund"-Programm durch die KG Bochum orientieren, was aber wohl eher als Verlegenheitslösung mangels eigener politischer Vorstellungen anzusehen ist. – Das scheint uns allerdings typisch für eine Organisation, die zwar allgemeine Bücherweisheiten als „Hauptfragen" breittritt, aber wo in Wirklichkeit die politisch-ideologische Schulung und Auseinandersetzung ganz klein geschrieben werden.

Bemerkenswert ist, daß die wegen ihrer „Prinzipienfestigkeit" weit über die Grenzen Bayerns hinaus berühmte „Arbeiterbund"-Führung dieses Ereignis in ihrer zentralen Presse bisher zu verschweigen versuchte, obwohl es sich doch kaum um ein auf Passau begrenztes Problem gehandelt haben kann (Ausflippen einer seit 1971 bestehenden Gruppe mangels politischer Perspektive). Aber nach Meinung der „Arbeiterbund"-Führung gehört der Untergang einer Ortsgruppe sicher zu den allernebensächlichsten „Nebenfragen", die man am besten mit Schweigen umgeht (ähnlich wie die Probleme der chinesischen Außenpolitik!).

Ein Witz am Rande ist die Mitteilung in der Austrittserklärung, daß die „Arbeiterbund"-Führung sogenannte „Unterwanderkader" in andere Organisationen schickt, die dort „unentdeckt" (hihi!) „arbeiten" (???) sollen. Speziell gebe es solche „beim KB-Nord" (wieso Nord?) und bei der „Umbruch"-Gruppe in Westberlin. Dazu soll laut der Austrittserklärung AB-Führerin Helge Sommerrock ererklärt haben: *„Es geht darum, die Kräfte in anderen Organisationen, die wirklich am Wiederaufbau der KPD mithelfen wollen, zu gewinnen. Dabei kann es auch richtig sein, uns mit den Kräften innerhalb der Zirkel, die daran interessiert sind, auseinanderzusetzen und zusammenzuarbeiten, auch ohne Wissen der Führung. Lenin* (!) *selbst hat nicht anders gehandelt ..."*

Tja, der Lenin ... Das waren noch Zeiten! Aber schick uns ruhig eine Garnitur „Unterwanderkader" nach Hamburg hoch, liebe Genossin Helge, du kriegst sie dann als KB-Genossen nach München zurück!

KBW auch dort, wo er neu Fuß fassen will, von vornherein politisch zu diskreditieren und auch organisatorisch auszubremsen. Denn sein konkretes Verhalten und seine Verlogenheit zeigen, daß er keine Stärkung der fortschrittlichen Kräfte darstellt und man gut ohne ihn auskommen kann.

KB/Gruppe Oldenburg (nach Berichten eines Ammerländer Genossen)

Münster

SB-Klönne fordert auf, DKP zu wählen! Alleingang?

Der in Münster ansässige SB-Führer Arno Klönne forderte vor ein paar Tagen bei einer Juso-Veranstaltung auf, DKP zu wählen. Und das, obwohl in der Münsteraner SB-Gruppe (SG) die Wahldiskussion in den einzelnen Gruppen noch läuft:

Die meisten SG-Genossen haben sowieso noch ein Hühnchen mit Klönne zu rupfen: Klönne, der gewöhnlich kluge Artikel in „links" und anderen Blättern schreibt, krümmt keinen Finger, um die SG-Genossen bei ihrer politischen Aufbauarbeit zu unterstützen. Etliche Versuche, ihn zur Mitarbeit an der Basis zu bewegen, scheiterten! Aber bei Podiumsdiskussionen mit den Jusos taucht dieser Mann auf und fordert Sachen, die mit der allgemeinen Diskussion in der Münste-
Ist das die basisnahe Arbeit des SB?

KB-Sympathisanten in Münster

Kurzmeldungen aus der „ML"-Szene

„Wie wir schon seit längerem erklären, ist die CDU/CSU eine wichtige Kraft in der zukünftigen Einheitsfrontpolitik", schreibt das Grüppchen „Marxisten-Leninisten Deutschland" (MLD) in der Juli-Ausgabe seiner Zeitung „Neue Welt". Entsprechend dieser Linie wird eifrig um die CDU/CSU geworben, der allerdings auch herbe Vorwürfe nicht erspart werden, wie etwa: *„...auch sie klärt das Volk nicht über die wirkliche Kriegsgefahr auf und mobilisiert das Volk nicht"* oder: *„Die CDU will nicht wahrhaben, daß es außer ihrer Partei viele Demokraten gibt ... Die CDU/CSU spaltet unser Volk, indem sie Sozialdemokraten und andere als innere Feinde aufbaut. Es kommt heute nicht darauf an, ob jemand Christdemokrat, Sozialdemokrat oder Maoist ist: entscheidend ist seine Haltung zu den Kremlzaren! ... Auch wenn viele CDU/CSU-Mitglieder und -Politiker ehrlich Westdeutschland die Unabhängigkeit erhalten wollen; ohne eine Änderung der Politik der Union wird das nur sehr schwer möglich sein".*

So druckt die „Neue Welt" zwar auch beifällig eine „Dokumentation" der CDU/CSU über eine angebliche „kommunistische Unterwanderung" der „Naturfreundejugend" ab (auf Grund dieser Vorwürfe wurde der „Naturfreundejugend" teilweise die staatliche Förderung gestrichen) und bestätigt: *„Auch unserer Meinung nach dürfen Verbände, die die 5. Kolonne unterwandert hat, nicht durch Steuergelder gefördert werden".* Kritisch vermerkt die „MLD" jedoch, daß dieser Finanzsperre keine *„politische Bekämpfung"* der „Naturfreundejugend" vorausgegangen sei, wodurch es leider zu einer Solidarisierung anderer Jugendverbände gekommen sei.

Ansonsten wird auch in der Juli-Ausgabe der „Neuen Welt" wieder die knallharte Linie propagiert: *„Wir sind gegen den Austausch von Agenten ... Keine Gnade für die gekauften Helfershelfer des sowjetischen Sozialfaschismus",* wobei auch *„das Volk seine Wachsamkeit verstärken"* müsse – ganz im Sinne des von der Bourgeoisie gewollten Klimas der gegenseitigen Bespitzelung und Denunziation. Und weiter: *„Wir lehnen die Forderung ‚Freiheit für alle politischen Gefangenen' ab. Weder für Guillaume noch für Baader kann es Freiheit geben. Sie müssen, nachdem ihre Taten nachgewiesen sind, bestraft und verurteilt werden".*

Anders hingegen der Faschist Weinhold, der bei seiner „Flucht" aus der DDR zwei DDR-Grenzer erschoß: *„Weinhold handelte aus Notwehr. Wir fordern deshalb seine sofortige Freilassung und Freispruch vor Gericht!"*

schen (!) Pseudo-Marxisten-Leninisten wie KBW und KPD/ML" („Neue Welt", Juli 76). In der Tat: Die „KPD/ML" sollte einmal erklären, warum die KP Chinas Kontakte nicht etwa zur PCP (R), sondern zur „PCP/ML" unterhält, die inzwischen von der PCP (R) ohne Umschweife als „Nazi-Bande" tituliert wird!

* * *

Ein recht herzhafter Ton scheint auch in den Zänkereien zwischen „KPD" und „KPD/ML" zu herrschen, immer flott nach dem Motto: „Was sich liebt, das neckt sich!". So meinte auf einer gemeinsamen „Diskussions"veranstaltung in Düsseldorf kürzlich ein „KPD/ML"-Vertreter mit Bezug auf das „Mitglied des ständigen Ausschusses (!) des ZK der KPD", Werner Heuler: **„Dieses Schwein, das müßte man auf der Stelle totschießen!"** (nach „Rote Fahne" der „KPD" vom 7.7.76). Rauh aber herzlich war auch der Ton, mit dem die „KPD/ML" auf einer gemeinsamen „Diskussions"veranstaltung in Bochum den portugiesischen „ML"-Häuptling Vilar (nicht verwandt oder verschwägert mit der Anti-Feministin Ester Vilar) – Führer der „PCP/ML", die „Bruderpartei" der „KPD"! – als **„internationaler Agent , Provokateur und Spalter"** bezeichnete (gleichfalls laut „Rote Fahne"). Diese Kennzeichnung ist zwar kaum zu bezweifeln, aber immerhin insofern bemerkenswert, da dieser „Provokateur" usw. immer noch peinlicherweise von der chinesischen Führung hofiert wird und letztes Jahr sogar höchstpersönlich in Peking empfangen wurde. Die „KPD" hat also aus „ML"-Sicht schon recht, wenn sie schreibt: *„Die Genossen unserer Partei bestanden demgegenüber darauf, daß dieser Versuch, ... der KP Chinas vorzuwerfen, sie empfange internationale Agenten und Provokateure, auf der Stelle zurückgenommen werden müsse"* (lt. „RF"). Für die „KPD" reichte dieser Vorfall denn auch aus, um ihrerseits die gemeinsame „Diskussions"veranstaltung zu verlassen. In der Tat ist hier ein wunder Punkt berührt worden! ...

Angesichts der sich entfaltenden schmusigen Beziehungen zwischen „KPD" und „KPD/ML" sollte man erwägen, eine Spendensammlung durchzuführen, um beide Gruppen reichlich mit Eispickeln auszustatten. Dann noch ein paar gemeinsame „Diskussions"veranstaltungen, und die kommunistische Bewegung dieses Landes hätte ein Problemchen weniger!

* * *

entschlossen, den ‚Roten Morgen' herauszugeben".

Tatsächlich hat es diese „Gruppe in der KPD" n i e gegeben, sie ist ein Phantasieprodukt des Lügenbarons Ernst Aust, ein schamloser Schwindel wie so vieles bei dieser skurilen „Partei". Die erste Nummer des „Roten Morgen" wurde von Aust buchstäblich im Alleingang herausgebracht. Da es keine „Gruppe" gab, versteht sich von selbst, daß auch die Geschichte von dem „langen und konsequenten Kampf" in der KPD ein Bluff ist, der darauf berechnet ist, insbesondere bei unerfahrenen und gutgläubigen Jugendlichen Eindruck zu schinden.

Austs eigener „Kampf" in der KPD bestand darin, als Herausgeber der revisionistischen Wochenzeitung „blinkfüer" ohne Aufmucken die Weisungen der Parteiführung auszuführen, wie er inzwischen – unter dem Druck zahlreicher eindeutiger Zitate aus seiner damaligen „Kampf"-zeit – offen eingestehen mußte. Aust verließ das „blinkfüer" Ende 1966. Sein „Kampf gegen den Revisionismus" war so konsequent gewesen, daß er noch bis in den Herbst 1967 von Parteiaufträgen lebte und damals die Redaktion einer anderen revisionistischen Zeitung angetragen bekam ...

Zerschlagt die Gründungslegende der „KPD/ML"!

* * *

Anfang August soll der „Kommunistische Bund Österreichs" gegründet werden. Dies meldet der „Klassenkampf", Zeitung des „Kommunistischen Bundes Wien", vom 24. Juni.

Ein Vorbereitungstreffen für die Gründungskonferenz hat am 12. Juni stattgefunden. Beteiligt waren außer dem KB Wien auch Vertreter des KB Graz, KB Linz, KB Salzburg, KB Tirol und der KG Klagenfurt.

Von den beteiligten Gruppen scheint namentlich der KB Wien dem KBW nahezustehen, über die anderen Gruppen ist uns nichts bekannt.

Nach Angaben des „Klassenkampf" wird der zu gründende KB Österreichs *„den bei weitem größten Teil aller organisierten Marxisten-Leninisten in Österreich umfassen".* Daneben gibt es im „ML"-Lager noch die „Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs" (eine der ältesten westeuropäischen „ML"-Parteien, bei der sich vor einigen Monaten andeutete, daß sie eher der albanischen als der chinesischen Außenpolitik folgt) und die „Vereinigung Revolutionärer Arbeiter" (VRA), eine Abspaltung von der MLPÖ, die inzwischen auch schon seit nahezu zehn Jahren

Stalinistisch oder trotzkistisch?

„KPD/ML" und GIM in Interpretationsschwierigkeiten

Kurz hintereinander sind zwei umfangreiche Broschüren der „KPD/ML" und der GIM erschienen, mit denen endlich dem Kommunistischen Bund der Garaus gemacht werden soll. Während die „KPD/ML" dabei über das übliche hohlköpfige Gefasel nicht hinauskommt (*„Die trotzkistischen KB-Führer sind enge Komplizen der heutigen Imperialisten und Kriegstreiber in der Sowjetunion"* etc), ist der Hamburger Ortsgruppe, die die Broschüre der GIM verfaßt hat, bei allen demagogischen Verzerrungen und Ausfüllen fehlender Informationen durch Spekulationen, doch insgesamt eine gewisse nähere Beschäftigung mit unserer konkreten Politik nicht ganz abzusprechen.

Für die „KPD/ML" ist der Kommunistische Bund eine *„trotzkistische Strömung"*, die eine *„internationale trotzkistische Wühlarbeit"* organisiert und die eine *„neue V. Trotzkistische Internationale"* gründen will (S.1 und 3). Die „KPD/ML" weiß auch zu berichten von *„trotzkistischen Wühler-Intellektuellen"*, die die Führung des Kommunistischen Bund bilden und die noch von Ernest Mandel (Chefideologe einer „Tendenz" der trotzkistischen Internationale) höchstpersönlich in ihre Aufgaben eingewiesen wurden. Mit durchschlagendem Erfolg, wie es scheint, denn: **„Hier hat der Plan Mandels so gut geklappt wie bei keiner (!) Organisation in Westdeutschland"** (S. 41 und 42).

Zu einer entgegengesetzten Einschätzung kommt die GIM, die den Kommunistischen Bund rundweg für eine *„stalinistische Organisation"* erklärt und mit spürbarer Bewunderung meint: **„Es gibt wohl in der gesamten BRD (!) keine Organisation, die derartig stalinistisch aufgebaut ist"** (S. 58 und 67).

Einig sind sich GIM und „KPD/ML", daß der Kommunistische Bund sich von anderen Organisationen deutlich abhebt. Nicht einig können sie sich werden, ob das nun an unserem Trotzkismus oder an unserem Stalinismus liegt. Uneinigkeit scheint sogar in den Reihen der Trotzkisten selbst zu herrschen, die uns kürzlich in der GIM-Zeitung „was tun" noch als eine *„Sammlungsbewegung mit undogmatischem* (!) *Anstrich"* darstellten (10.6.76). Während sich die GIM in „was tun" noch darüber mokierte, daß im Kommunistischen Bund die „Führung" nur koordiniere und bloß *„manchmal"* direkt öffentlich eingreife, während ansonsten *„ungezählte Kommissionen...*

bar aus der Feder Trotzkis oder Mandels stammen" könnte (S. 40). Entgangen ist der „KPD/ML" offensichtlich, daß ihre portugiesische „Bruderpartei", die PCP (R), eng mit dem MES zusammenarbeitet, so zuletzt in der Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen, und daß die PCP (R) bis heute nicht auf den Gedanken gekommen ist, den MES für „trotzkistisch" zu erklären, weil das in Portugal, wo man die Politik des MES kennt, einfach lächerlich wäre.

Die GIM hingegen meint: *„Jüngst hat der KB gar* (!) *zum Aufbau einer ‚revolutionären Internationale' aufgerufen. Der Gedanke eines internationalen Zusammenschlusses ist an* **sich** (!) *durchaus positiv. Dies brauchen wir als Teil der IV. Internationale wohl kaum besonders zu betonen. Aber schon die unernste* (?) *Art des Vorbringens dieses Gedankens im ARBEITERKAMPF und die Ansicht des KB, daß heute in diesem Zusammenhang die wichtigsten Aufgaben in der materiellen Solidarität und politischen Organisation* (?) *bestehen, zeigen an, daß er damit bestenfalls* (?) *einen prinzipienlosen* (!) *Zusammenschluß verschiedenster Organisationen, die weder an der Außenpolitik der Sowjetunion oder der Chinas klammern noch trotzkistisch sind, verbindet"* (S. 58).

Abgesehen davon, daß die GIM nicht sagt, was an unserer „Art des Vorbringens" vielleicht „unernst" gewesen sein soll, können die Verfasser offenbar auch nicht lesen oder wollen es jedenfalls nicht. An der Stelle, auf die sie sich zweifellos beziehen (Rede eines KB-Vertreters auf dem MES-Kongreß im Februar dieses Jahres in Lissabon, nachzulesen in AK 75, Beilage), heißt es nämlich: *„...Dabei stellen sich für uns im wesentlichen zwei Aufgaben: 1. die materielle Solidarität und 2. die politische Solidarität, die sich auch ausdrückt in einer grundlegenden und gegenseitigen Information und Diskussion* (!!) *über die Kämpfe in den verschiedenen Ländern und über die internationale Lage".* Konkret wurde als Perspektive vorgeschlagen (auch nachzulesen!!): Die Herausgabe einer internationalen theoretischen Zeitung (als Forum der Auseinandersetzung) und die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen befreundeter Organisationen zu verschiedenen internationalen Fragen, und zwar als allererste S c h r i t t e zur Formierung einer neuen Kommunistischen Internationale.

Von einem prinzipienlosen Zusammenschluß kann also kaum die Rede

schoß: *„Weinhold handelte aus Notwehr. Wir fordern deshalb seine sofortige Freilassung und Freispruch vor Gericht!"*

* * *

Seit am 25. November in Portugal vorläufig die Konterrevolution die Oberhand gewonnen hat, blickt die chinesische Regierung mit freundlicheren Augen auf dieses Land. So scheint sich jetzt auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anzubahnen, was die chinesische Regierung vor dem 25. November verweigert hatte.

Nach einem Bericht der Tageszeitung „O Seculo" sollen am 12. Juli in der VR China Vertreter der portugiesischen PS und der rechtsgerichteten PPD eintreffen. Arrangiert wurde diese Reise unter Vermittlung der pro-faschistischen „PCP/ML", „Bruderpartei" der „KPD".

Die „PCP/ML" erfreut sich nach wie vor der Unterstützung durch die chinesische Regierung und soll auch an der bevorstehenden Reise in die VR China teilnehmen. Bereits 1975 besuchten Delegationen der „PCP/ML" – als einzige Vertreter einer portugiesischen Organisation – zweimal die VR China.

Im Gegensatz dazu unterstützt, was vergleichsweise positiv absticht, die VR Albanien in Portugal die PCP/R, „Bruderpartei" der „KPD/ML". Während diese bei den jüngsten Präsidentenwahlen Otelo unterstützte, empfahl die „PCP/ML" den faschistischen General Eanes („Held" des 25. November!) zur Wahl.

Entsprechend frohlocken die „MLD" – eine auf dem rechtsradikalen Flügel der „ML"-scene angesiedelte Sekte – über die bevorstehende gemeinsame China-Reise von PS, PPD und „PCP/ML": **„Das ist ein Schlag ins Gesicht der pro-sowjeti-**

ger!

* * *

In einer Zeitung, die in der BRD erscheint, fanden wir folgende Überschrift: **„Cubaner plündern Angola aus"!** Es wird berichtet, daß die Cubaner in Angola alles nach Cuba schicken, was nicht angenagelt ist. *„Bevorzugt seien Autos, Lastkraftwagen, Motorräder und Bulldozer. Die meisten Taxen seien aus Luanda verschwunden. Im Landesinneren schafften die Cubaner Mobiliar fort und demontierten Hauseinrichtungen".*

Obwohl man meinen könnte, einen der sauberen Artikel aus der „KVZ" vor sich zu haben, ist das in diesem Fall nicht richtig.

Die Überschrift und die Meldung stammt aus der „Süddeutschen Zeitung" vom 6.7.76. Die Schreiberlinge beziehen sich dabei auf Meldungen des südafrikanischen Rundfunks (!) und nicht auf den KBW.

Die Verwechslungsgefahr zeigt zur Genüge, auf wessen Seite diese „Kommunisten" in ihrer Angola-Berichterstattung stehen.

Schweine suhlen sich eben gern in dem Dreck, den andere Schweine hinterlassen.

* * *

Vor neun Jahren, am 1. Juli 1967, erschien erstmals der „Rote Morgen". Dieses Datum nimmt die „KPD/ML" jetzt zum Anlaß, um zum x-ten Mal ihre glorreiche Gründungslegende aufzutischen: *„Vor neun Jahren ... erschien auf Initiative des Genossen Ernst Aust die erste Nummer des ‚Roten Morgen'. Er war damals das Organ einer Gruppe Marxisten-Leninisten der Wasserkante. Diese Gruppe hatte sich nach einem langen und konsequenten Kampf, den sie in der KPD gegen die revisionistische Linie ... geführt hatte,*

chinesischen Außenpolitik folgt) und die „Vereinigung Revolutionärer Arbeiter" (VRA), eine Abspaltung von der MLPÖ, die inzwischen auch schon seit nahezu zehn Jahren besteht.

* * *

Einem KBW-ler in Münster, der sich wortreich über die „cubanischen Söldner" in Angola ausließ und der meinte, das angolanische Volk hätte sich nur „auf die eigenen Kräfte stützen" dürfen, wurde die Frage gestellt, wie er denn über das Eingreifen der VR China mit Freiwilligen in den Korea-Krieg denke.

Darauf meinte der KBW-ler, davon habe er noch nicht gehört und das könnte er sich auch gar nicht vorstellen, daß China so etwas gemacht hat. Und überhaupt: „Wenn wir hier eine Fahrpreisdemo machen, dann holen wir uns doch auch keine Ausländer dazu". Nach einer „Denk"pause meinte er dann noch: „Wenn das mit China und Korea tatsächlich stimmt, dann kritisiere ich das. Da kann ich mit meiner Kritik an den chinesischen Genossen nicht zurückhalten!".

Nicht weniger putzig war die Reaktion des Sekretärs des Pforzheimer § 218-Komitees auf einer Südafrika-Veranstaltung der KB-Sympathisanten:

Er wurde gefragt, ob er nicht wisse, daß die FNLA vom US-Imperialismus finanziert und ausgerüstet wird, und daß Holden Roberto ein CIA-Agent ist. Daraufhin meinte er, er könne dazu nichts sagen, denn „ich kenne den Holden Roberto nicht persönlich"!

Unsere Genossen forderten den KBW auf, im Interesse der unbedingt notwendigen politisch-ideologischen Schulung der Pforzheimer KBW-ler und -Sympathisanten möglichst rasch ein Treffen mit Holden Roberto in die Wege zu leiten.

mokierte, daß im Kommunistischen Bund die „Führung" nur koordiniere und bloß *„manchmal"* direkt öffentlich eingreife, während ansonsten *„ungezählte Kommissionen... Stellungnahmen ausarbeiten und aktiv sind"*, weiß man in der Broschüre der Ortsgruppe Hamburg jetzt eine andere Version zu bieten:

Alle Beschlüsse werden ausschließlich von der Leitung getroffen, die Leitung ist nicht absetzbar, Leitungsbeschlüsse können nicht mehr umgestoßen werden, eine freie innerorganisatorische Diskussion findet nicht statt (S. 65 - 72). Offenbar hat den Trotzkisten bei ihren zweifellos sorgfältigen Nachforschungen über die innerorganisatorische Struktur des KB niemand verraten, daß die Mitgliedschaft in der Leitung des Kommunistischen Bund nicht bloß auf Lebenszeit verliehen wird, sondern auch erblich ist...

Die „KPD/ML" verzichtet im Gegensatz zur GIM auf Spekulationen über die Organisationsstruktur des Kommunistischen Bundes, wartet dafür aber mit düsteren Hinweisen auf die *„Vergangenheit"* der „KB-Führer" auf, wo sich dann jeder das seine dazu denken mag, da die „KPD/ML" auf eine inhaltliche Ausführung lieber verzichtet (S.41).

Einig sind sich GIM und „KPD/ML" dann wieder, daß der Kommunistische Bund sich um den Aufbau einer Internationale bemüht. Aber was das für eine Internationale sein soll, darüber gehen die Meinungen der Beobachter und Kommentatoren schon wieder auseinander.

Für die „KPD/ML" steht zweifelsfrei fest, daß es eine *„neue trotzkistische V. Internationale"* sein soll. Und so wird den Organisationen, mit denen der KB zusammenarbeitet, wie dem chilenischen MIR, ziemlich wahllos das Etikett „trotzkistisch" aufgeklebt. So hält die „KPD/ML" denn auch den portugiesischen MES für eine *„Trotzkistengruppe"*, deren Programm *„unmittel-*

... Fragen, und zwar als allererste Schritte zur Formierung einer neuen Kommunistischen Internationale.

Von einem prinzipienlosen Zusammenschluß kann also kaum die Rede sein. Wer gleichzeitig Leser des AK und von „was tun" ist (zum Glück lesen schon viele GIM-Genossen den AK, um informiert zu bleiben), kann ohne weiteres feststellen, daß wir uns vergleichsweise weit mehr als die GIM mit befreundeten (oder auch weniger befreundeten) Organisationen im Ausland gegebenenfalls auch kritisch auseinandersetzen.

Nach den Broschüren von GIM und „KPD/ML" bleibt zu fragen, ob bei diesen Organisationen wirklich die Illusion besteht, mit ihren Interpretationsversuchen in den Kommunistischen Bund hineinzuwirken, oder ob sie damit nur in der fortschrittlichen Öffentlichkeit Verwirrung stiften wollen, oder aber, ob es ihnen am Ende einfach darum geht, ihren eigenen Laden wieder „auf Vordermann" zu bringen.

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 16500 Erscheinungsweise: 14-tägig Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Frankfurt

Veranstaltung zur Bundestagswahl

Am 29. Juni fand in Frankfurt eine Diskussionsveranstaltung zum Eingreifen der Linken in die Bundestagswahl statt, auf der Vertreter des KB, der GIM, der SAG, des Spartacusbundes und der Bürgeraktion gegen Neonazismus ihre Positionen darlegten. Mit gut 100 Teilnehmern war diese Veranstaltung allerdings weniger als erwartet besucht. Leider hatten auch bedeutende Kräfte der Frankfurter Linken – der RK, die Frauenbewegung und der KBW – von vornherein nicht auf den Vorschlag einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung reagiert. Das SZ (örtliche SB-Gruppe) hatte eine Beteiligung abgesagt, nachdem diese in den Vorgesprächen von dessen Vertreter noch als „ziemlich sicher" bezeichnet wurde. Das SZ gab auf der Veranstaltung eine kurze Erklärung ab, die im wesentlichen folgendes beeinhaltete: Die Veranstaltung würde nicht einer tatsächlichen Diskussion dienen, sondern dem eigenen Wahlkampf und dem Aufpolieren einzelner Gruppen; das SZ sei nicht bereit, sich in diesem Sinne auf die Logik von GIM und Spartacusbund einzulassen, eine Auseinandersetzung unabhängig von der politischen Praxis zu führen; das habe nichts damit zu tun, daß das SZ grundsätzlich ein öffentliches Ringen um unterschiedliche Auffassungen ablehnen würde, aber eine solche Diskussion müsse in erster Linie dort stattfinden, wo sie im Zusammenhang mit einer überprüfbaren praktischen Arbeit stehe; ein Beispiel dafür sei die Zusammenarbeit und Diskussion, die sich zwischen Genossen von ihnen und Genossen des KB in den Metallbereichen entwickelt habe.

Der von unserer Organisation vorgebrachte Vorschlag eines linken Wahlbündnisses, auf dessen Erläuterung einschließlich der Kritik des Sektierertums anderer Organisationen wir uns in unserem einleitenden Beitrag beschränkten, stieß bei allen anderen Organisationssprechern auf Ablehnung. Die GIM versuchte im wesentlichen, ihre Solokandidatur mit der bescheidenen Behauptung zu begründen, daß sie **„am ehesten die Möglichkeit zur Herausbildung einer klassenpolitischen Alternative" verkörpere.** Der Vorschlag unserer Organisation würde angeblich verschweigen, „auf welcher Grundlage und mit welcher Zielrichtung" ein solches Wahlbündnis denn hergestellt werden solle; überdies sei der KB „der klassenpolitischen Situation fern"... (oho!).

Die SAG machte im wesentlichen lange Ausführungen über die zurückliegenden zehn Jahre der SPD-Regierung bzw. Regierungsbeteiligung. Sie hält es grundsätzlich für falsch, daß überhaupt Revolutionäre heute kandidieren und will, wie 1972, zur Stimmabgabe für die SPD aufrufen. Gegen eine Kandidatur linker Organisationen brachte die SAG dabei auch hauptsächlich ein von Sozialdemokraten selbst entliehenes Argument vor: daß dies nämlich der SPD Stimmen wegnehme und damit der CDU diene! Gegenüber revolutionären Kandidaturen z.B. in Frankreich und Italien, die die SAG für richtig hielt, wurden demzufolge weitgehend formale und quantitative Gesichtspunkte genannt: daß die Kandidatur sich auf den ersten Wahlgang beschränkt hätte (Frankreich bei den Präsidentschaftswahlen), bzw. die Linken schließlich auch Sitze im Parlament errungen hätten (DP in Italien).

Die Bürgeraktion gegen Neonazismus betonte insbesondere die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes und der Verhinderung eines CDU-Wahlsiegs. Nach der Auffassung ihres Sprechers gibt es heute für die Bundestagswahl nur zwei Möglichkeiten: Schmidt oder Strauß/Kohl – es wurde zwar nicht direkt formuliert, aber offensichtlich tritt die Bürgeraktion damit für eine Stimmabgabe zugunsten der SPD ein.

Der Spartacusbund lobte zwar einerseits die „positive Initiative des KB", warf uns dann aber auch ähnlich wie die GIM „allgemeine Programmlosigkeit" und ähnlichen Schmus mehr vor. Besondere Kenntnis unserer Politik bewies der Vertreter des Spartacusbundes sicher damit, daß er meinte, der KB stelle nur Forderungen auf, die „sowieso schon von linken Gewerkschaftern erhoben" würden. Was die Stimmabgabe betrifft, sprach der Spartacusbund sich für eine Unterstützung der GIM aus, und – wo diese nicht kandidiert – für Wahlboykott.

Für Erheiterung bei der nachfolgenden Diskussion sorgte vor allem noch der KBW-Ortschef G.K. mit einem Gala-Auftritt darüber, daß die anwesenden Organisationen durch die Bank „nur im Überbau rumstochern" würden, nicht für die „revolutionäre Demokratie" einträten, „gegenüber dem Sozialimperialismus hilflos" seien, „zeternd neben den Ereignissen der Geschichte stehen" würden, usw. Mit den von uns aufgeworfenen Fragen einer linken Alternative und des insbesondere auch dargelegten Sektierertums des KBW setze sich dessen Vertreter nicht auseinander – **sichtlich erregt reagierte er aber auf Ausführungen von uns über das zunehmende Abwirtschaften des KBW und den parallel dazu eingeschlagenen Schlägerkurs: das seien alles Produkte der „Schnüffelabteilung des KB"...**

Insgesamt hat diese Veranstaltung dokumentiert, daß derzeit keine einzige der von uns angesprochenen Organisationen bereit ist, auf der minimalen Grundlage des Kampfes gegen die kapitalistische Krisenpolitik und gegen die wachsende politische Unterdrückung ein gemeinsames Eingreifen in die Bundestagswahlen zu organisieren – abgesehen von Aktionseinheiten zu einzelnen Fragen innerhalb des Wahlkampfs (GIM-Vorschlag: gegen Berufsverbote und zur Situation der Ausländer in der BRD; Vorschlag der Bürgeraktion und auch von uns: Aktionsbündnis gegen Strauß usw.). **KB/Gruppe Frankfurt**

Präsidentenwahlen in Portugal

Ein Anschauungsbeispiel trotzkistischer Politik

In ungewöhnlicher Breite polemisiert die Juli-Nummer des „spartacus", Zeitung der trotzkistischen Gruppe „Spartacusbund", gegen den Kommunistischen Bund. So u.a. auch zur Frage der Präsidentenwahlen in Portugal. Der Grund für das plötzliche außerordentliche Interesse des „Spartacusbund" am KB scheint in der Entdeckung zu liegen, daß sich der Kommunistische Bund *„inzwischen aufgrung seines netten, sympathi-*

ken – einschließlich der sonst oft zu unüberlegtem Geschrei neigenden „ML"-Partei PCP (R) – außerordentliche politische Klugheit bewiesen haben, sich in der Wahlkampagne nicht auf eine Diskussion um die Person und die Fehler von Otelo einzulassen, da dies zweifelsfrei nur der Reaktion und der PCP gelegen gekommen wäre.

Geht man den Vorstellungen des „Spartacus" etwas weiter nach, so

und PS-Führungen vor den Massen zu entlarven. Beispielsweise indem man an beide Parteien immer wieder die lächerliche „Forderung" richtet, **„mit der Bourgeoisie zu brechen"** („spartacus", Juni-Nummer), oder *„mit den bürgerlichen Parteien und dem MFA zu brechen"* („spartacus", April/Mai-Nummer). Und vor allem, indem man PS und PCP „auffordert", sie sollten eine **„Einheitsfront"** bilden: *„Die wesentliche Achse* (!!) *für die Propaganda und Agitation der Revolutionäre muß heute der Kampf für die Einheitsfront von KP und PS sein"* („spartacus", Juni-Nummer). „Spartacus" versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß *„gerade die Trotzkisten viel besser die Sozialdemokratie hierfür gewinnen können als irgendjemand anders!"* (ebenda). In diesem Zusammenhang gehört auch die Aufforderung an die PS, eine Koalitionsregierung mit der PCP zu bilden, sowie die „Aufforderung"

ne Basis nicht mehr unter Kontrolle hatte, wo jeder zweite PCP-Wähler für Otelo stimmte (und viele PCP-Mitglieder nur widerwillig, aus „Disziplin", für Pato stimmten), in dieser Situation die PCP dadurch „entlarven" zu wollen, daß man zur Wahl ihres Kandidaten aufrief, ist Ausdruck geistiger Verwirrtheit und politischen Bankrotts.

Die Klausel, man verbinde die Wahlunterstützung Patos mit der „Aufforderung", die PCP möge „mit der Bourgeoisie brechen", ist ein Hohn angesichts des gesamten Charakters von Pato's Kandidatur: Ihr einziger Zweck bestand darin, Otelo soviel Stimmen wie möglich abzujagen. Die PCP führte den Wahlkampf ausschließlich gegen Otelo und nicht im geringsten gegen Eanes. „Spartacus" selbst zitiert die Aussage von Pato, seine Kandidatur stehe der von Eanes „nicht feindlich" gegenüber und stehe auch nicht in Opposition

hat verhindert, daß diese Wahlunterstützung Schaden anrichten konnte.

Man kann viel diskutieren über die Person Otelo's und über den Charakter der um seine Kandidatur entstandenen Massenbewegung. Und der „Spartacus" hat sicher im Prinzip recht, wenn er vor Illusionen in dieser Massenbewegung und über diese Massenbewegung warnt. Aber er „übersieht" einfach eine klare Tatsache: Daß nämlich die Wahl zwischen Otelo und Pato zu einer Kraftprobe zwischen der revolutionären Linken und den von ihnen mobilisierten Massen einerseits und der revisionistischen PCP-Führung andererseits geworden war, wobei es gelten mußte, die Niederlage der PCP-Führung so deutlich wie möglich ausfallen zu lassen, statt sie durch einen Wahlaufruf zugunsten Patos womöglich abzuschwächen. Die Wahl vom 27. Juni war letzten Endes auch eine Entscheidung des portugiesischen Proletariats zwischen

Entdeckung zu liegen, daß sich der Kommunistische Bund *„inzwischen aufgrung seines netten, sympathischen, undogmatischen und programmlosen Auftretens allgemeiner Beliebtheit erfreut"* (S. 13).

Was hat „Spartacus" zu den portugiesischen Präsidentenwahlen zu sagen? Ebenso wie die GIM spricht sich „Spartacus" für eine Unterstützung des PCP-Kandidaten Pato aus, was er sehr streng formuliert: *„Revolutionäre können* (!) *nur für Pato stimmen!"* (S. 17.). Der „Spartacus" polemisiert folglich gegen die Unterstützung der revolutionären Linken für die Kandidatur von Otelo de Carvalho, die auch im ARBEITERKAMPF begrüßt wurde.

„Spartacus" zitiert eine Reihe von Äußerungen aus dem ARBEITERKAMPF während des letzten Jahres, in denen an opportunistischen und für die Revolution schädlichen Handlungen Otelos schärfste Kritik geübt wurde. Es wird unterstellt, wir hätten inzwischen einfach unsere Meinung über Otelo geändert, ebenso wie dies der revolutionären Linken Portugals unterstellt wird.

An den Verantwortungen Otelos gibt es für uns nach wie vor nichts zu rütteln. So trägt er eine große Mitschuld am Sturz der relativ fortschrittlichen V. Regierung (Goncalves) im letzten Herbst, was ein wichtiger Sieg für die Rechten war. Als Kommandant des COPCON trägt Otelo außerdem eine schwere Verantwortung für den nahezu kampflosen Sieg des Rechtsputsches vom 25. November, da er sich im entscheidenden Moment passiv verhielt und dadurch die „Blitzaktionen" der reaktionären Kommandotruppen ermöglichen half. Diese zwei Beispiele ließen sich noch durch weitere ergänzen.

Wir würden es jedoch für einen Irrtum halten, wenn man pauschal davon ausgehen würde – wie „Spartacus" es in diesem Fall macht –, daß sich ein Mensch nicht zu ändern vermag. Umgekehrt wäre jeder Revolutionär ein Narr, der für einen echten und grundsätzlichen Wandel in der politischen Haltung Otelos die kleinste Garantie abgeben würde. Es wäre aber seltsam, wenn die Verhaftung Otelos und die gegen ihn erhobene absurde Anklage wegen „Verschwörung" völlig spurlos an ihm vorübergegangen wäre, ohne ihn irgendwie zu beeinflussen.

Indessen steht gar nicht die Frage, ob Otelo ein ehrlicher Revolutionär oder ein Demagoge ist. Die revolutionäre Linke hätte sich lächerlich gemacht, wenn sie den aussichtslosen Versuch unternommen hätte, dieser Frage nachzuspüren, statt die Frage nach der politischen Nützlichkeit seiner Kandidatur zu stellen.

Wir sind der Meinung, daß die Organisationen der revolutionären Linken kommen wäre.

Geht man den Vorstellungen des „Spartacus" etwas weiter nach, so erweisen sie sich sehr rasch als konfus, widersprüchlich und schwankend. Die jetzt mit Selbstverständlichkeit zur Schau getragene felsenfeste Gewißheit *(„Revolutionäre können nur für Pato stimmen!")* besaß der „Spartacus" nämlich nicht immer! So erklärte er noch vor kurzem: **„Eine revolutionäre Organisation in Portugal müßte heute bei den Präsidentschaftswahlen eine Eigenkandidatur anstreben"** („spartacus", Juni-Nummer, S. 16). Gleichzeitig machen sich die Genossen ganz lächerliche Gedanken, daß es nötig werden könnte, im Falle eines zweiten Wahlgangs (das hätte nur der Fall sein können, wenn Eanes im ersten Wahlgang weniger als 50 % bekommen hätte und wenn Pato zweitstärkster Kandidat geworden wäre), Pato zu unterstützen. Eine derartige Frage überhaupt zu diskutieren, verrät, angesichts der offenkundigen Aussichtslosigkeit der Kandidatur Patos vom ersten Moment an wenig Sinn für die politische Wirklichkeit.

In Portugal hatten die Trotzkisten (LCI und PRT) vor der Bekanntgabe ihrer Eigenkandidatur (die sie nachträglich wieder fallen ließen) die PCP und die PS „aufgefordert", einen gemeinsamen Kandidaten zu den Präsidentschaftswahlen aufzustellen. Hieran hatte der „Spartacus" eine *„grundsätzliche Kritik"*: *„Die Aufforderung, einen Kandidaten der Einheitsfront aufzustellen, reduziert sich letztlich auf das plumpe und durchschaubare Manöver, KP und PS sollen ihre Differenzen begraben"* („spartacus", Juni-Nummer). Diese Kritik ist zwar richtig, aber hier total widersinnig, da der „Spartacus" andererseits selbst sehr wohl mit der Forderung auftritt, eine PS PCP-„Arbeiterregierung" zu bilden, was genau dasselbe eben kritisierte „plumpe Manöver" ist. Wenn PS und PCP eine Regierung bilden sollen, warum soll man nicht auch „auffordern", einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen? Im Gegenteil, angesichts der außerordentlichen Befugnisse, die dem Präsidenten laut Verfassung zustehen (u.a. die Ernennung des Regierungschefs!), ist es völlig unglaubwürdig, zwar für eine PS-PCP-Regierung einzutreten, aber gegen einen PS-PCP-Präsidenten.

„Spartacus" kann indessen die Taktik der portugiesischen Totzkisten gar nicht anders kritisieren, als auf die hier gezeigte, in sich widersprüchliche, verwirrte Art, da er die Grundlage dieser Taktik nicht in Frage stellt. Diese besteht darin, ständig von der PCP und von der PS zu „fordern", daß sie dieses oder jenes tun oder lassen sollen. Angeblich ist das der beste Weg, um die PCP-

in diesem Zusammenhang gehört auch die Aufforderung an die PS, eine Koalitionsregierung mit der PCP zu bilden, sowie die „Aufforderung" an die PCP, *„mit der Bourgeoisie zu brechen und den Kampf für eine von der Bourgeoisie unabhängige Regierung aufzunehmen"* in Verbindung mit dem Wahlaufruf zugunsten Pato's („spartacus", Juli-Nummer).

Die Trotzkisten behaupten zwar, daß diese Taktik nützlich sei um **„dem Prinzip der Klassenunabhängigkeit des Proletariats Ausdruck zu verleihen"** (ebenda); tatsächlich beschränken sie sich aber auf die „Aufforderung" an die PS und PCP, dieses Prinzip zu verwirklichen.

Daher kommt es, daß die Trotzkisten (die portugiesischen ebenso wie hierzulande GIM und „Spartacus", die beide die Wahlunterstützung für Pato befürworten) sich so total blind verhalten in einer Situation, wo sich in Opposition zur PCP um die Kandidatur Otelos tatsächlich in Ansätzen eine unabhängige Klassenbewegung mit Massencharakter entfaltete. In einer Situation, wo die PCP ihre eige-

cus" selbst zitiert die Aussage von Pato, seine Kandidatur stehe der von Eanes „nicht feindlich" gegenüber und stehe auch nicht in Opposition zu seiner Kandidatur (Juli-Nummer).

Klar ist auf der einen Seite, daß sich die PCP mit dieser Politik ziemlich isoliert hatte, während auf der anderen Seite eine starke Massenbewegung um die Kandidatur Otelos entstanden ist, und zwar gerade auch bei den fortschrittlichsten und aktivsten Teilen der portugiesischen Werktätigen, dem Proletariat der Region Lissabon/Setubal und dem Landproletariat des Alentejo. Hier liegen eindeutig die Ansätze eines Bruchs der Arbeiterklasse mit der PCP (was bei den Wahlen schon in einem konkreten Punkt geschah) und für eine unabhängige Klassenpolitik. Der Versuch der Trotzkisten, diese Massen trotzdem noch zur Wahl Pato's zu veranlassen, ist demgegenüber direkt reaktionär. Nur die Bedeutungslosigkeit der Trotzkisten (und nach ihrer Unterstützung für Pato dürften sie noch etwas bedeutungsloser geworden sein als vorher schon)

gunsten Patos womöglich abzuschwächen. Die Wahl vom 27. Juni war letzten Endes auch eine Entscheidung des portugiesischen Proletariats zwischen dem Reformismus der PCP-Führung und ihrer Kumpanei mit Bourgeoisie und Reaktion einerseits und dem revolutionär-demokratischen Prozeß – mit allen seinen eingestandenen Schwankungen und Schwächen – auf der anderen Seite.

Der „Spartacus" vermag in dieser revolutionär-demokratischen Bewegung nicht die Ansätze einer sozialistischen Massenbewegung zu sehen. Stattdessen bleibt er lächerlicherweise auf die PCP fixiert und erwartet sich einen Bruch der Arbeiterklasse mit dem Reformismus nur über ständige „Aufforderungen" an die PCP, was sie tun und lassen sollte. Mit anderen Worten: Die Genossen sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht! Sie erweisen sich als ein Anhängsel der Revisionisten. Ihre Politik besteht im wesentlichen darin, diesen ungebeten kluge Ratschläge zu erteilen, statt zur Entwicklung einer selbständigen Klassenpolitik beizutragen.

Politische Gefangene in der DDR

Die DKP bestreitet, daß es in der DDR, in der Sowjetunion oder in irgendeinem anderen Land des „realen Sozialismus" überhaupt politische Gefangene gibt. Springer-und „ML"-Presse hingegen sprechen mit wechselnden Zahlen von „Tausenden" politischer Gefangener in der DDR.

So kam Springer Ende vergangennen Jahres auf 7590 politische Gefangene in der DDR (laut ‚Welt' vom 3. 7. 76). Bescheidener gibt sich in diesem Fall die „Rote Fahne" der „KPD", die sich an die von ‚amnesty international' behauptete Zahl von 6000 *„aus politischen Gründen Inhaftierten in der DDR"* hält (RF, 30. 6. 76).

Nun gibt es an der Existenz politischer Unterdrückung und auch politischer Gefangener in der DDR nichts zu zweifeln und auch nichts zu verharmlosen. Die DDR-Justiz hat es in zahlreichen Fällen fertiggebracht, beispielsweise Jugendliche, die sich im Bann „westlicher" Propaganda kleinere Verfehlungen (Äußerungen gegen die SED, gegen DDR-Politiker, gegen die Sowjetunion usw.) „zuschulden" hatten kommen lassen, zu barbarischen Strafen zu verurteilen und sie so überhaupt erst zu fanatischen Gegnern des Sozialismus und oft zu faschistischen Kriminellen zu machen. Daß Arbeiter, die mal „im Suff" spontan ihrem Ärger über bestimmte Zustände Luft machen, hart verknackt werden, ist in der DDR auch keine Seltenheit.

Dies hat nichts mit Diktatur des Proletariats zu tun, sondern sind die Methoden eines verbürgerlichten Staates, der es sich mit seinen Gegnern (oder auch nur Kritikern) allzu leicht macht und der, mit zunehmender revisionistischer Versumpfung, immer weniger in der Lage ist, Kritik vor allem mit dem Mittel der politischen Überzeugung und Erziehung zu begegnen.

Trotzdem ist es für jeden Kommunisten und Demokraten Pflicht, der von bürgerlicher – und "ML"-Presse betriebenen Hetze entgegenzutreten, die mit verfälschten Zahlen und verdrehten Fakten die Unterdrückung in der DDR maßlos zu übertreiben versucht und damit den aggressiven Interessen des BRD-Imperialismus gegenüber der DDR dient. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Märchen des „Roten Morgen" und der „Peking Rundschau" von 1 Million politischer Gefangener in der Sowjetunion – während sogar ‚amnesty international' nur 10.000 „Gewissensgefangene" in der Sowjetunion schätzt, einschließlich solcher, die aus „religiösen" Gründen in Haft sind.

Was die „politischen" Gefangenen in der DDR angeht, so muß zunächst vorausgeschickt werden, daß in diese Zahl durchgängig auch Personen gerechnet werden, die wegen Spionage in DDR-Gefängnissen sitzen, ferner „Republikflüchtige" und „Fluchthelfer". Außerdem sind unter den „politischen" Gefangenen selbstverständlich zahlreiche organisierte Faschisten und andere Rechtsradikale, die mit entsprechenden Organisationen und Gruppen im „Westen" zusammengearbeitet haben.

Zur Zahl selbst: Die Bundesregierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie die von Springer behauptete Zahl von 7590 „politischen" Gefangenen in der DDR zu Ende 1975 *„nicht bestätigen könne"*. Ihr seien zu jenem Zeitpunkt nur die Namen von 2480 Gefangenen bekannt gewesen. Davon seien 1975 jedoch 1158 im Rahmen der vereinbarten „menschlichen Erleichterungen" entlassen worden.

Derzeit wisse die Bundesregierung nur von 1500 „politischen" Häftlingen in der DDR. *„Konkretes Material über das tatsächliche Ausmaß der politischen Gefangenen in der ‚DDR' sei nicht vorhanden"* (nach ‚Welt', 3. 7. 76).

Immerhin mutet es auch nach den „Schätzungen" (??) von ‚amnesty international' höchst seltsam an, wenn sie für die DDR fast ebensoviele „politische" Gefangene angeben wie für die Sowjetunion mit einer ungleich größeren Bevölkerung (6000 und 10.000).

Anzumerken bleibt, daß bis heute kein einziger Name eines in der DDR inhaftierten oppositionellen Kommunisten bekannt geworden ist. Und das, obwohl die „KPD/ML" vor einigen Monaten sogar mit viel Juhu und Trara die Gründung einer eigenen „Sektion DDR" bekanntgegeben hat.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nachrichten aus Schule und Hochschule

Kurzmeldungen

Göttingen: Streik am Romanischen Seminar

In einer Urabstimmung am Romanischen Seminar der Uni Göttingen stimmten bei einer Beteiligung von 56,1% 73,1% der Studenten für einen Warnstreik vom 23.6. - 25.6. Sie wendeten sich damit gegen wesentliche Verschärfungen des Grundstudienganges Französisch, wonach die Anzahl der obligatorischen Scheine verdoppelt werden soll und eine weitere Zwischenprüfung verlangt wird.

Die Auseinandersetzungen vor diesem Streik machen deutlich, daß die Behörden und die Univerwaltung mit allen Mitteln versuchen, die Reglementierung des Studiums voranzutreiben.

Als die Studenten Öffentlichkeit für die Sitzungen des Fachbereichsrates (FBR) forderten, tagte dieser hinter zwei verschlossenen Türen, bewacht von mehreren Pförtnern. Der stellvertretende Kurator Bahlsen drohte mit der Polizei, falls die Studenten ihre Forderung nach Öffentlichkeit nicht aufgeben würden. Anwesend waren ebenfalls zwei Beamte des Verfassungsschutzes.

„Die Studenten sahen in dem Streik die letzte Möglichkeit, ihren Protest gegen die Einführung (der neuen Studienordnung) und die polizeistaatsmäßige Verhinderung der Öffentlichkeit" (nach einer Erklärung des FSR-Rom. zum Ausdruck zu bringen.
mester mit weiteren Aktionen fortgesetzt werden.
(Informationen nach einem Streik-Info).

Strauß vertrauen. Diese Schule ist übrigens auch beliebter Erziehungsort für bayrische Bourgeois-Töchter.

SSB / Landshut

Darmstadt: RCDS fordert 5000 DM Zwangsstrafe für den ASTA

Das RCDS-Mitglied Reiner Diefenbach hat beim Verwaltungsgericht Darmstadt einen Antrag auf eine Einstweilige Anordnung gegen den AStA der Fachhochschule Darmstadt eingereicht, nach der diesem bei Androhung einer Strafe von 5.000 DM untersagt werden soll, *„politische Erklärungen und Stellungnahmen, die nicht hochschulbezogen sind, abzugeben, solange der Antragsteller Mitglied der Antragsgegnerin (Studentenschaft der FHS) ist"* (aus dem Antrag).

Schon vorher hatte er den Rektor aufgefordert, „die erforderlichen Schritte einzuleiten", um die Wahrnehmung des Politischen Mandats zu verhindern.

Derzeit kostet jede allgemeinpolitische Stellungnahme den AStA der Uni Marburg schon 2.000 DM, den AStA der Uni Gießen 300 DM – und der Preis steigt weiter. In Marburg stellte der dem RCDS nahestehende Student sogar einen Antrag auf eine Einstweilige Anordnung, nach der dem AStA Strafen in Höhe von 500.000 (!) DM bzw. sechs Monaten Haft angedroht werden (siehe AK 83). Der RCDS scheint von sei-

München: 2000 DM Zwangsgeld für den ASTA

Der Rektor der Uni München, Lobcowizs, hat gegen den AStA ein Zwangsgeld von 2.000 DM verhängt, weil dieser, obwohl er im Bayrischen Hochschulgesetz nicht verankert ist, als Vertretungsorgan der Studentenschaft aufgetreten ist (der AStA wurde von MSB, SHB und LHV wieder aufgebaut und findet jetzt auch Unterstützung durch den KHB, Studentenorganisation des „Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD"). Eine der Veranstaltungen des AStA wurde am 19.5. brutal von der Polizei überfallen, wobei 500 Studenten erkennungsdienstlich behandelt wurden. Lobcowizs wirft dem jetzigen AStA insbesondere vor, daß er *„niemals die gesetzliche Abschaffung des AStA akzeptiert hat"* und kündigt jetzt schon für das weitere Auftreten des AStA ein erneutes Zwangsgeld mit sofortiger Vollstreckung an.

Gießen: Anzeige wegen Gewaltanwendung

Der Präsident der Uni Gießen, Meimberg, hat gegen vier Studenten ein Ermittlungsverfahren wegen schweren Hausfriedensbruchs und Anstiftung und Aufruf zur Gewaltanwendung beantragt. *„Die vier seien ‚Rädelsführer' bei der Öffnung der Universitätsaula im November 1975 gewesen, als Meimberg für eine AStA-Veranstaltung die Benutzung der*

Polizeiüberfall an der Uni Tübingen

In einem Großeinsatz überfiel die baden-württembergische Polizei in der vergangenen Woche protestierende Studenten an der Uni Tübingen. *„Mit mehreren Mannschaftswagen wurde das Gelände vor der Aula besetzt, um Protestaktionen der Studenten zu verhindern"* („die tat", 9.7.76).

Seit Beginn des Semesters protestieren die Studenten gegen einen Erlaß der Regierung, der vorsieht, daß pro Lehrveranstaltung 10,- bis 120,- DM an Materialverbrauch usw. gezahlt werden soll. Dies hat schon dazu geführt, daß Studenten teilweise bis zu 300,- DM nachzahlen sollen. Da sich der Großteil der Studentenschaft gegen diese versteckte Einführung eines Studiengeldes zur Wehr setzte, koppelte die Univerwaltung die Rückmeldung fürs Wintersemester mit der Bezahlung dieser „Ersatzgelder".

Die Mediziner und Naturwissenschaftler, die als erste von dieser Maßnahme betroffen sind, beschlossen daraufhin auf einer Vollversammlung (VV) am 22.6., Boykottmaßnahmen zu organisieren. Sie setzten sich auf den Boden der Rückmeldestelle, um die Studenten daran zu hindern, der Erpressung der Univerwaltung nachzugeben. Da aber insbesondere die Reaktionäre diese Form des Boykotts ausnutzten, zwischen den Sitzstreikenden hindurchzugehen, wurde auf einer weiteren VV beschlossen, vor der Rückmeldestelle Ketten zu bilden (für Studenten, die ihre Rückmeldeformulare aus besonders dringenden Gründen brauchten, wurden Sonderregelungen getroffen). Die Universitätsleitung sprach daraufhin für einzelne Studenten (die bekannten „Rädelsführer") Hausverbote aus und verbot, in den Lehrveranstaltungen über die Organisierung des Boykotts zu diskutieren.

Damit konnte sie allerdings das Anwachsen der Boykottfront nicht verhindern. An einer VV am 30.6. beteiligten sich ca. 1.500 Studenten, seit langem die größte VV in Tübingen (bei 17.000 Studenten). Fast einstimmig wurde auf dieser VV der Boykott durch Kettenbildung bestätigt.

Da die Univerwaltung jetzt versucht, die Rückmeldeunterlagen an jeden Studenten persönlich zu schikken, wurde beschlossen, die ausgefüllten Unterlagen beim AStA abzugeben.

Auf dieses Anwachsen der Boykottfront reagierte der Unipräsident jetzt mit dem Ruf nach der Polizei – schon im letzten Semester hatten Studenten unter der Parole: „Theis, Theis, Theis – der Sommer, der wird heiß" demonstriert.
(Informationen nach „KVZ", 8.7.)

Arbeitsgruppe Studenten
KB / Gruppe Hamburg



Tübingen: Studenten blockieren durch einen Sitzstreik die Rückmeldestelle der Uni.

Hamburg

gesetzt werden.
(Informationen nach einem Streik-Info).

Landshut: Radikalenerlaß für Schülerin

Das Mädchengymnasium an der Klosterschule Seligenthal zeichnet sich durch besonders reaktionären Unterricht und Erziehung aus. Der Gipfel ist ein Brief, den kürzlich der Vater einer Schülerin von der Leiterin des Gymnasiums, der schwarzbraunen Klosterschwester Maria Lioba Hemmerle, erhielt, in dem es u.a. hieß:

„Natürlich macht es uns große Sorge, daß Johanna mit dem Sozialistischen Schülerbund (neuerdings Kommunistischer Bund) sympathisiert und durch Flugblattaktionen und persönliche Werbung versucht, auf Mitschülerinnen Einfluß zu nehmen. Wir sind eine freie christliche Schule und bemühen uns nach Kräften, unsere Erziehungsziele zu verwirklichen. Das wünschen auch viele Eltern unserer Mädchen. Es besteht für uns keinerlei Verpflichtung, Schülerinnen zu behalten, die unseren Zielen entgegenarbeiten.

Wir haben Verständnis dafür, daß Jugendliche in ihrer Entwicklung verschiedene Phasen durchmachen; aber bei Johanna dauert diese Zugehörigkeit zu weltanschaulich extremen Gruppen nun schon einige Jahre. Sie müssen damit rechnen, daß wir Johanna im nächsten Jahr nicht mehr behalten. Die Entscheidung werden wir Ende Juli fällen."

An dieser Schule soll also bereits frühzeitig die Berufsverbotepraxis des bürgerlichen Staates angewandt werden. Kein Wunder allerdings, wenn man gleichzeitig die Lehrinhalte der Schule sieht: dort werden im Geschichtsunterricht Feudalherrscher und Faschisten verherrlicht, Kommunisten sind „Mörder, Kinderschänder und Perverse", Frauen sollen „dem Ehemann treu dienen", den Haushalt gewissenhaft versorgen, viele Kinder gebären und in allem soll man auf Gott und F.J.

von 500.000 (!) DM bzw. sechs Monaten Haft angedroht werden (siehe AK 83). Der RCDS scheint von seiner Kampagne „Klagt den VDS kaputt" übergegangen zu sein zu einer Kampagne „Klagt die verfaßte Studentenschaft bankrott".

Münster: Gegen Repression – gemeinsame Aktion

Am 15.6. versuchte das Rektorat der Uni einen Büchertisch der Sozialistischen Hochschulorganisation (SHO) in der Mensa zu verbieten. Als der SHO-Genosse der Aufforderung, den Büchertisch abzubauen, nicht nachkam, holte das Rektorat die Polizei an die Uni, die die Personalien des Genossen feststellte. Ihm droht jetzt eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs.

Gegen diese Einschränkung des Informationsrechts rief das „Antirepressions-Bündnis", in dem sich bisher die Sozialistische Gruppe (SG, dem SB nahestehend), das Lateinamerika-Komitee (LAK), die GIM, die SAG und der Spartacusbund zusammengeschlossen haben, dazu auf, am 29.6. von allen linken Organisationen gemeinsam Büchertische aufzustellen. Dies Vorgehen wurde auch von den Sympathisanten des KB in Münster unterstützt.

Zwar wurde auch diesmal von den Hilfssheriffs des Rektorats mit der Polizei gedroht, erschienen ist sie allerdings nicht. Die Aktion soll bis zum Semesterende noch einmal wiederholt werden.

Dieses gemeinsame Vorgehen der Linken machte sogar Eindruck auf den MSB. Die Genossen des MSB, die ihren Büchertisch v o r der Mensa aufgebaut hatten, solidarisierten sich mit der Aktion, als mit der Polizei gedroht wurde, indem sie ihren Tisch ebenfalls i n die Mensa stellten.

Dieses gemeinsame Vorgehen sollte der Anfang dafür sein, auch bei weiteren Repressionen eine schlagkräftige Aktionseinheit zu entwickeln.

KB-Sympathisantengruppe Münster

Universitätsaula im November 1975 gewesen, als Meimberg für eine AStA-Veranstaltung die Benutzung der Aula untersagt hatte. Das Verbot war damit begründet worden, daß der AStA die von Universität und Gericht angeordnete Räumung eines Studentenwohnheims zur Diskussion stellen wollte" („FR", 12.6.). Einige hundert Studenten hatten sich allerdings das Recht auf freie Versammlung innerhalb der Uni nicht nehmen lassen und führten die Versammlung trotz Verbots in der Aula durch.

Hochschulpartnerschaften zwischen der BRD und Chile

Trotz heftiger Proteste unterhält die BRD bekanntermaßen Hochschulpartnerschaften mit Chile. Neben der Partnerschaft der TH Aachen mit einer chilenischen Universität in Valparaiso (Investitionen seitens der BRD: 795.882 DM!) – wir berichteten schon in den letzten Nummern des AK darüber – existieren Partnerschaften zwischen:

– Göttingen und Valdivia. Nach dem Putsch wurde in Valdivia ein Institut für industrielle Holzverwertung errichtet. Die BRD finanzierte dieses Projekt mit 207.000 DM.

– Münster und der „Universidad Catolica". Es handelt sich hierbei um den Ausbau des „Instituts für Genossenschaftswesen". 187.000 DM zahlte die Bundesregierung aus Steuergeldern für dieses Projekt.

– Marburg/Mainz und Concepcion. Rund 260.000 DM pumpte der BRD-Imperialismus auf diesem Wege in eine „Abteilung für makromolekulare Chemie" („Chile-Nachrichten", 20.6.76).

So gelangten bisher rund 1,4 Mio. DM über diese „Partnerschaften" an die chilenischen Universitäten; an Universitäten, die von faschistischen Offizieren geführt werden und wo selbst reaktionäre christdemokratische Professoren und Dozenten gefeuert wurden!

Lateinamerika-Kommission

Hamburg

Jusos und SHB begünstigen die Militarisierung der Hochschule

Am 20.1. beschloß der Hamburger Senat die Hamburger Hochschulen zu einer Gesamthochschule (GHS) zusammenzufassen. Insbesondere ist dabei auch vorgesehen, die Bundeswehrhochschule (BWHS) einzugliedern. Zu diesem Zweck wurde ein „Gemeinsamer Ausschuß Universität/Hochschule der Bundeswehr" eingerichtet.

Auf der Studentenparlamentssitzung (SP) der Uni Hamburg brachten Jusos und SHB daraufhin einen Antrag ein, in dem die studentischen Vertreter im akademischen Senat (Selbstverwaltungsgremium der Uni) aufgefordert werden, *„sich an dem zu gründenden ‚Gemeinsamen Ausschuß...' zu beteiligen"*. Gegen die Stimmen der Fraktionen der „Liste Demokratischer Kampf" und des MSB wurde dieser Antrag mit der Mehrheit von Jusos, SHB und LHV angenommen.

Von den Jusos wird in diesem Zusammenhang *„die Auflösung der BWHS durch inhaltliche Integrierung in die integrierte GHS Hamburg"* (Wahlinfo SS 76) gefordert. Kein Wort allerdings wird in diesem Info über die Ziele der BWHS und die Bedingungen einer Integration verloren. Schon 1973 umriß der damalige Kriegsminister Schmidt die Ziele folgendermaßen: *„Wenn wir es nicht schaffen, den aus den Fugen geratenen Universitäten zu zeigen, wie eine militärische Uni einwandfrei arbeiten kann – wer denn dann?"* Und im Rahmenplan sind als Lernziele angegeben *„treues Dienen...Gehorsam...Tapferkeit... Kameradschaft!"* (Zitate, „FR", 1.3.73).

Bei der Gründung der BWHS wurde zwischen Senat und Bundeswehrführung bereits vereinbart: *„Sobald alle Voraussetzungen gegeben sind, werden die Hochschulen der Bundeswehr in die Gesamthochschulen integriert. Dabei werden die Besonderheiten der militärischen Organisation zu berücksichtigen sein"* („Weißbuch", 3/74).

Und Kriegsminister Leber erklärte auf die Frage, welche Prinzipien der BWHS er bei einer Integration für unabdingbar halte: *„Überhaupt keine, außer (!), daß der spezifische Auftrag, die spezifische Aufgabe, die wir mit der Bundeswehr erfüllen müssen, gewahrt bleibt"* („konkret", 3/74). Diese spezifi-



schen Aufgaben der Militäruni zu erfüllen, heißt *„den Kampfwert der Truppe heben und leistungswillige junge Männer für die Bundeswehr zu gewinnen"* („Informationen zur Politischen Bildung", Heft 150, zitiert nach Bethge u.a.; Integration oder Auflösung der BWHS, Köln 1975).

Im Klartext bedeutet dies, daß als „einzige" Bedingung gestellt wird, daß die zukünftige Gesamthochschule die militaristischen Ziele der Bundeswehrhochschule mit in ihr Programm aufnimmt. Und dies wollen Jusos und SHB den Studenten auch noch als Fortschritt verkaufen. Als Begründung für ihre Beteiligung an der Integration der BWHS führen Jusos und SHB an, daß dadurch der militaristische Geist der BWHS gebrochen werden könne, da sie dann als selbständige Einheiten aufgelöst werden. Aus den oben angeführten Voraussetzungen für eine Integration wird aber schon deutlich, daß genau das Gegenteil der Fall sein wird: der militaristische Geist wird mit der BWHS in die GHS hineingetragen.

Eine Integration der BWHS-Studenten in die bestehenden Hochschulen ist allein deshalb schon nicht möglich, da die Bundeswehrstudenten *„in erster Linie Soldaten und erst in zweiter Linie Studenten"* sind (Bethge u.a.). *„Im Studienbereich sind die studierenden Offiziere zu Studentenbereichen zusammengefaßt. Der Leiter des Studentenbereichs..., truppendienstlich dem Stellvertreter des Generalinspekteurs der Bundeswehr unterstellt,... ist nächsthöchster Disziplinarvorgesetzter aller Soldaten der BWHS"* („Informationen für die Truppe", 5/75).

Mit der Integration der BWHS in die GHS wird also innerhalb dieser ein allen militärischen Disziplinargesetzen unterworfener Kern geschaffen, um den *„aus den Fugen geratenen Universitäten"* das rechte Maßkleid anzupassen. Bezeichnend hierfür ist ein Ausspruch eines Fähnrichs: *„An Demonstrationen können wir nicht teilnehmen, denn die Demonstration ist für uns eine Form der Beschwerde, und eine Demonstration ist in dem Moment eine Beschwerde von mehreren und gemeinschaftliche Beschwerden sind für uns nicht zulässig"* (zitiert nach Bethge u.a.).

Eine Integration der bestehenden BWHS würde also unter den gegebenen Umständen bedeuten, daß Studenten zukünftig mit gutbezahlten Offizieren (zwischen DM 1.330,- und DM 1.800,-) im Seminar zusammensitzen, die nicht streiken und demonstrieren dürfen, die längst nach Ordnungsrecht und Regelstudienzeit studieren und sich weitgehend diesem System verschrieben haben (bis auf einzelne Ausnahmen). Sie können letztlich durch Befehl und Gehorsam zu jeder Schandtat gegen die demokratische Studentenbewegung gezwungen werden.

Dies auch noch als Fortschritt zu verkaufen, bleibt wieder einmal den Sozialdemokraten überlassen. Daß sie dabei allein den Aspekt einer (scheinbaren) Auflösung der BWHS hervorheben, während sie über Ziele und Funktion der BWHS, die dann in der GHS weiterverfolgt werden sollen, kein Wort mehr verlieren, zeigt nur, daß sich diese Spezialdemokraten noch immer der Zeit anzupassen wissen. Objektiv machen sie sich damit zum Handlanger der Militarisierung dieser Gesellschaft!

Arbeitsgruppe Studenten,
KB/Gruppe Hamburg

Bochum ASTA-Baracke abgebrannt

In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni brannten die AStA-Baracken an der Ruhruni in Bochum ab. Die Polizei stellte Brandstiftung fest. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Für eine Gruppierung allerdings standen die Täter von Anbeginn fest. Der RCDS hetzt in seiner Zeitung „apropos" vom 15.6.: *„Aufgrund der Spuren, die die Täter hinterlassen haben und weiterer Indizien kann man nur den Schluß ziehen, daß die Brandstiftung von Extremisten durchgeführt wurde, die damit belastendes Material des AStA vernichten wollte".*

Welches diese Indizien sein sollten, welches belastende Material vernichtet werden sollte, darüber schweigt sich der RCDS natürlich aus. Als einzigen Indiz nennt er den angeblichen Gesang einiger Schaulustiger am Feuer *„So ein Tag, so wunderschön wie heute".* Stattdessen hetzt er in der Manier, etwas wird schon hängen bleiben, weiter: *„Die Brandstiftung ist mit Abstand die abscheulichste und verwerflichste Terrortat, die sich Extreme bisher an der RUB geleistet haben"* und droht dann *„die Unterlagen, für die der AStA angesteckt wurde, werden jetzt erst recht Verwendung finden, damit der extremistische Spuk an der RUB endlich aufhört."*

Und es darf natürlich auch nicht der anonyme Anruf fehlen, *„daß sie* (die Extremisten) *die gesamte Uni anstecken werden."* Nun passiert es aber in der Geschichte nicht das

über die finanziellen Machenschaften des RCDS/SLH-AStAs, deren Mitglieder sich studentische Gelder unter den Nagel gerissen hatten, Anm. der Red.), *die dazu hätten dienen können, dieser Barackenkoalititon einiges in ihrer Politik nachzuweisen, das ihrem Ansehen unter den Studenten nicht gerade genutzt hätte."*

Zufälligerweise sind gerade diejenigen Unterlagen, die dem RCDS hätten schaden können, ein Opfer des Feuers geworden, während die Unterlagen, die der RCDS – zugegebenermaßen – über fortschrittliche Studenten angefertigt hat, alle wohlverwahrt in einem Stahltresor untergebracht waren.

Auch wenn dem RCDS oder anderen hinter ihm stehenden Kräften keine Brandstiftung nachzuweisen ist, so zeigt doch seine Methode, sofort nach der Tat von einer „Terrortat der linken Extremisten" zu sprechen, daß er einiges von den Nazis gelernt hat. Die „entschieden demokratische" Fassade des RCDS zerbröckelt und enthüllt den faschistoiden Kern.

Arbeitsgruppe Studenten,
KB/Gruppe Hamburg



Dieser Haufen Asche blieb von den AStA-Baracken übrig ...

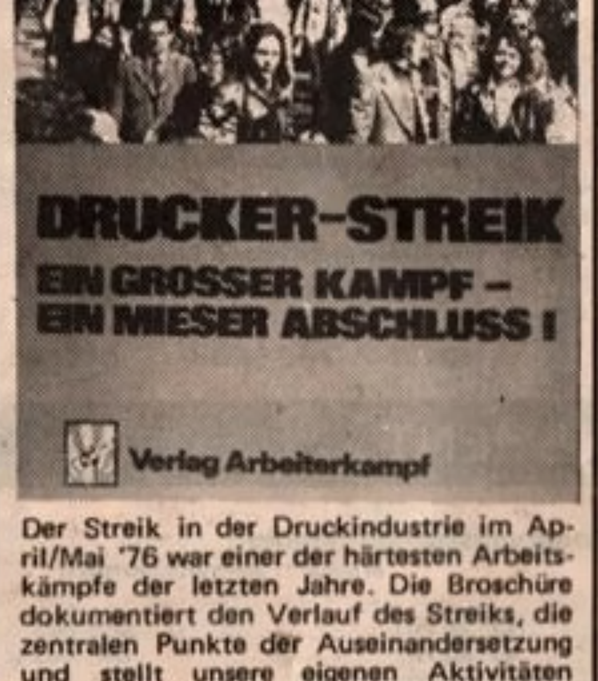
sie (die Extremisten) die gesamte Uni anstecken werden." Nun passiert es aber in der Geschichte nicht das erste Mal, daß gerade diejenigen, die ohne den Hauch von Beweisen sofort die Kommunisten und „Linksextremisten" für eine solche Tat verantwortlich machen, den meisten Dreck am Stecken haben. Nach dieser Methode sind schon die Nazis bei der Reichstagsbrandstiftung vorgegangen, womit sie dann eine großangelegte Vernichtungsaktion gegen Demokraten und Kommunisten in Gang setzten.

Die „Fachschaftsliste 5" (ein Zusammenschluß fortschrittlicher Studenten für die SP-Wahlen) schreibt hierzu in ihrem Info N.. 2: „*Wieso sollte gerade jetzt die Linke die Baracken anzünden, wo doch mannigfaltige und begründete Angriffe gegen diesen AStA im Gange waren und sogar Papiere vernichtet wurden* (so die Druckereiakten, wo der RCDS mit üblen Machenschaften versucht hatte, eine linke Druckerei fertig zu machen und Unterlagen

Dieser Haufen Asche blieb von den AStA-Baracken übrig ...



... nur der Stahltresor des RCDS-AStA konnte „gerettet" werden



Der Streik in der Druckindustrie im April/Mai '76 war einer der härtesten Arbeitskämpfe der letzten Jahre. Die Broschüre dokumentiert den Verlauf des Streiks, die zentralen Punkte der Auseinandersetzung und stellt unsere eigenen Aktivitäten ausführlich dar.

Juni '76 DM 2,50 66 Seiten



GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie

Nachdruck der wesentlichen Artikel, die während der Zeit vom März '73 bis Mai '76 im ARBEITERKAMPF zur Auseinandersetzung in der GEW erschienen sind.

Mai '76 DM 3,– 100 Seiten

BROSCHÜREN

Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!
(1975)
Broschüre der Frauengruppe des Kommunistischen Bundes
82 Seiten DM 5,00

Kampf der arbeitenden Frau in Portugal
(Sept. 75)
34 Seiten DM 2,00

Weg mit dem § 218
Abtreibung – ja oder nein – das muß Sache der Frauen sein!
40 Seiten, Format A 5 DM 1,50

KBW am Scheideweg – Sozialismus oder Vaterlandsverteidigung
Nachdrucke von AK-Artikeln zur Auseinandersetzung mit dem KBW
56 Seiten DM 3,00

Palästina
(Feb. 74)
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten, Großformat DM 6,00

Angola war nur der Anfang – KBW offen auf Seiten der Konterrevolution
28 Seiten DM 1,50

Wie der KBW der Bewegung gegen den §218 schadet
16 Seiten DM 0,30

Polizei in der BRD – keine staatlichen Mörder?
Justiz legitimiert die Todeskommandos der Neuen Gestapo
(Sept. 75)
Dokumentation zum Prozeß der Hamburger Polizeiführung gegen den Presseverantwortlichen des Kommunistischen Bundes
89 Seiten, Großformat DM 2,50

Inhaltsverzeichnis der ARBEITERKAMPF-Jahrgänge 1971 bis 74
(März 76) DM 1,50

Lehrerberg wächst weiter

Rechtzeitig zu den Bundestagswahlen hat die Bundesregierung ein „Notprogramm" zur Behebung der Lehrerarbeitslosigkeit veröffentlicht. Durch eine Änderung des Beamtengesetzes soll der „Teilzeitlehrer" eingeführt werden. An welche Zielgruppe dabei besonders gedacht ist, wird an folgender demagogischen Begründung deutlich; „*Frauen ist eine volle Stelle oft zuviel, es kommt ihnen häufig weniger auf das Geld als auf den Kontakt zur Berufswelt an*" („Welt", 31.5.).

Neben der Abqualifizierung der Frauen als nicht vollwertige Kräfte im Berufsleben ist die Einführung des „Teilzeitlehrers" ein Schlag ins Gesicht aller Junglehrer, und hierbei auch wieder besonders der Junglehrerinnen, die ihr Leben auf Dauer mit Teilzeitverträgen fristen sollen.

Aber nicht nur die Bundesregierung macht sich „Gedanken" um den Abbau des „Lehrerberges".

Nachdem in allen Bundesländern innerhalb des letzten Jahres Teilzeitverträge (zwischen einem halben und eineinhalb Jahren Laufzeit) eingeführt wurden, die Lehrerarbeitslosigkeit aber weiterhin anstieg, schlug jetzt die Kultusministerkonferenz (KMK) vor, „*mehr arbeitslose Lehrer außerhalb des Schuldienstes unterzubringen. Die Arbeitsämter sollten sich in diesem Sinne bemühen*" („Welt", 12.6.).

Damit wird klar, daß von Seiten der verantwortlichen Regierungen gar nicht daran gedacht wird, die jetzige Situation an den Schulen durch die Einstellung weiterer Lehrer zu ändern.

Die Ausarbeitung des „Notprogramms" hat „*nur aufschiebenden Charakter*" („Welt", 31.5.), denn die Einführung des „Teilzeitlehrers" würde die bisherigen Kosten eher erhöhen, da „*zwei halbe Planstellen im übrigen auch teurer als eine ganze*" seien („Welt", 31.5.). Und da bekannt ist, daß für Bildung in den nächsten Jahren noch weniger übrig sein wird als bisher, kann getrost damit gerechnet werden, daß dieses „Notprogramm" nach den Bundestagswahlen wieder zu den Akten gelegt wird.

Entgegen allen demagogischen Verspechungen muß auch in diesem Jahr „*nach Ansicht der GEW* (mit) *mindestens 6.500 arbeitslosen Lehrern*" gerechnet werden („Welt", 22.6.). In diesen Zahlen sind noch nicht die abgewiesenen Bewerber für das Studienseminar (oder andere Formen des Vorbereitungsdienstes) enthalten. Der Lehrerberg wird also weiter wachsen.

Lehrerkomitee,
KB/Gruppe Hamburg

UNSER WEG Sondernummern

Zum Nahost-Problem
2. erweiterte Auflage (Nov. 73)
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
50 Seiten DM 2,00

Zur Außenpolitik der VR China
2. erweiterte Auflage (Juli 75)
Ausführliche Stellungnahme zum Wandel der chinesischen Außenpolitik. Nachdruck von ARBEITERKAMPF-Artikeln
58 Seiten DM 2,50

ARBEITERBÜCHER

Kampf dem Faschismus
(1973)
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den 20-er und 30-er Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat DM 6,50

Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929, zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat, 3. Auflage DM 3,50

Iwan Popow – Als die Nacht verging
(Jan. 75)
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und 2 je DM 6,00

Eins teilt sich in zwei
(Dez. 71)
Originaltexte aus der chinesichen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat, 3. Auflage DM 7,00

SCHALLPLATTEN

Lieder des Hamburger Straßentheaters
Sie haben den Präsident
Schallplatte 17 cm

ARBEITERKAMPF Sondernummern

ARBEITERKAMPF-Extra zur Chile-Solidarität
(Sept. 75)
Zur aktuellen Lage in Chile / Die Auseinandersetzungen im chilenischen Widerstand u.a.
8 Seiten DM 0,50

ARBEITERKAMPF-Extra zur Portugal-Solidarität
(Sept. 75)
„Portugal darf nicht das Chile Europas werden" / Gespräch mit Genossen der SUV / Manifest der revolutionären Einheitsfront (FUR) / MPLA Angola: Der Sieg ist gewiß u.a.
8 Seiten DM 0,50

BROSCHÜREN



Berichte und Untersuchungen von Mitgliedern einer Reisegruppe, die das sozialistische Albanien so schildern, wie sie es im Sommer 1975 erlebten.
DM 2,00 44 Seiten

Uni Bremen

Gebührenverweigerung abgebrochen – ASTA entgeht knapp Mißtrauensvotum

Der Kampf der Studenten der Uni Bremen gegen eine 140%ige Gebührenerhöhung für das Sozialwerk (siehe AK 80) ist zu einem einstweiligen Abschluß gekommen. 2.000 Studenten (von insgesamt gut 4.000) hatten die Zahlung der erhöhten Gebühren verweigert. Der Bremer Hochschulsenator Franke hatte daraufhin dem AStA die staatliche Förderung entzogen, den Studenten mit Exmatrikulation (Rausschmiß) gedroht, Briefe an jeden einzelnen Studenten geschickt und schließlich die Ausstellung von Bescheinigungen verboten, die für den neuen Antrag auf Ausbildungsförderung dringend benötigt wurden. Nach einem zweitägigen Vollstreik nahm der Senator die Mittelsperre gegen den AStA zurück, hielt aber die Gebührenerhöhung aufrecht.

Auf Beschluß der Vollversammlung der Bremer Uni-Studenten am 24.6. wurde der über das gesamte Semester andauernde Kampf durch einen Kompromiß mit dem Hochschulsenator beendet. Er sieht vor, daß der Kaffeepreis in den Cafeterien um 10 Pfg. gesenkt wird, die psychologisch-therapeutische Beratungsstelle mit DM 10.000,- gestützt wird und ein Härtefond für ausländische Studenten gebildet wird. Ansonsten werden noch allerlei Dinge in Aussicht gestellt, die Franke „anstreben", „betreiben", „prüfen" will und um die er „nachsuchen" will (zit. nach „asta-info", 18.6.) – also völlig unverbindliche Versprechungen. Dafür erklärt sich der AStA bereit, den Studenten die Annahme des Kompromisses zu empfehlen und die um 140 % erhöhten Gebühren zu zahlen.

Diesen Kompromiß hatte der von Reformisten undRevisionisten (SHB und ASB) gestellte AStA in Geheimverhandlungen mit dem Senator ausgehandelt.

Noch zwei Tage, bevor der AStA selbst seinen Kompromiß„vorschlag", den er mit dem Senator bereits unterschrieben hatte, der Öffentlichkeit präsentierte, bestritt ein AStA-Vertreter, in einer Diskussion zur Rede gestellt, lauthals, daß irgendwelche Geheimverhandlungen stattfänden. Mit der Veröffentlichung des Kompromisses rief der AStA zur Vollversammlung (VV) auf, wo die Studenten den vollendeten Tatsachen ihre Zustimmung geben sollten.

Mit diesem Vorgehen gab der MSB/SHB-AStA ein Musterbeispiel dafür, wie er sich studentische Interessensvertretung vorstellt: e r verhandelt und bestimmt, welche Kompromisse eingegangen werden, die Studenten können dann dazu nur noch ihr Plazet geben. Dieses Vorgehen beleuchtet gleichzeitig auch schlaglichtartig die Vorstellungen dieser Leute von „Mitbestimmung".

Sicher war es nicht prinzipiell falsch, gegen Ende des Semesters einen Kompromiß zu suchen, denn eine zunehmende Anzahl von Studenten gab den massiven Repressionen des Staates schon nach. Angesichts dieser Tatsache wäre es wohl kaum möglich gewesen, die Boykott-Front über die Semesterferien hinaus aufrechtzuerhalten. In den augenblicklichen Auseinandersetzungen zwischen demokratischer Studentenbewegung und dem Staatsapparat wird es aufgrund des Kräfteverhältnisses immer wieder notwendig sein Kompromisse einzugehen; in der Regel gehen diese sogar negativer aus, als der in Bremen ausgehandelte. Entscheidend an dem Vorgehen des AStA ist aber, daß er einerseits vorgab, die Kampffront der Studenten stärken zu wollen, andererseits die am Kampf beteiligten Studenten zu Statisten abqualifizierte. Dieses Vorgehen haben die „gewerkschaftlich orientierten Kräfte" den Gewerkschaftsführern selbst abgeguckt, die ebenfalls die Mobilisierung der Arbeiterschaft nur als Beiwerk für ihre „vertrauensvolle" Zusammenarbeit mit den Kapitalisten betrachten.

Für seine selbstherrliche und undemokratische Vorgehensweise wurde dem AStA dann auch ein nachdrücklicher Denkzettel verpaßt. Auf der VV, die den Kompromiß absegnen sollte, wurden die AStA-Vertreter mit lautem Gesang aus ca. 400 Kehlen empfangen: „*Jetzt setzen wir den AStA ab/denn wir habens endlich satt/stets von ihm verarscht zu werden/Scheiße ham'se oft gemacht/doch so hats noch nie gekracht/seht doch wie der Franke lacht!*" (Refrain eines fünfstrophigen Liedes einer zu diesem Zweck gebildeten Songgruppe). Unter den MSB/SHB-Mitgliedern wurde mit recht dämlichen und verdrossenen Gesichtern reagiert. Ein von spontaneistischen Gruppen eingebrachtes Mißtrauensvotum mißlang dann äußerst knapp mit 322 : 368 Stimmen, es fehlten also nur 47! Der Kompromiß selbst wurde schließlich nach turbulenter Diskussion mit einer deutlicheren Mehrheit angenommen, da viele der Anwesenden zwar meinten, daß ein Kompromiß geschlossen werden mußte (allerdings nicht unbedingt dieser), gleichzeitig allerdings das undemokratische Vorgehen von MSB und SHB verurteilten. Die nächste Wahl sollte Anlaß sein, ihnen die verdiente Quittung zu erteilen!

Hochschulgruppe,
KB/Gruppe Bremen

Sie haben den Präsident
Schallplatte 17 cm

Wir führen den Kampf weltweit
Schallplatte 17 cm

Guten Morgen!
Schallplatte 17 cm

Carlos Smith
5,–DM Schallplatte 17cm

A Luta Continua
Lieder von Jose Alfonso
Mai 76, LP DM 15,00

Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution
Rundgespräch mit Vertretern afrikanischer Befreiungsbewegungen in Hamburg.
Mai 76 24 Seiten DM1,50

Frauenarbeit
April 76 89 Seiten DM 2,50

Betriebsräteveranstaltung
6. Dez. '75 Hrsg.: Betriebsräte
Veröffentlichung der auf der Veranstaltung gehaltenen Reden DM 2,00

INTERNATIONALE, Sondernummern

Revolutionärer Volkskrieg in Argentinien
(Sept. 75)
Interview mit der PRT/ERP, Artikel zur Geschichte der PRT/ERP, Nachdruck des ARBEITERKAMPF-Artikels „Krise der Bourgeoisie – Vormarsch der Linken"
22 Seiten DM 1,00

MPLA – der Sieg ist gewiß
(Sept. 75)
Geschichte und Kampf der MPLA und Dokumente
30 Seiten 2. Auflage DM 1,00

DIE INTERNATIONALE-Sondernummer
Von den französischen Druckern lernen
(März 76)
Die Broschüre informiert über die Kämpfe der französischen, portugiesischen, westdeutschen Drucker
48 Seiten DM 1,50

Palästinensische Frauen
Interview mit Leila Khaled
Mai 76 16 Seiten DM 1,00

ABONNEMENT

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint zweiwöchentlich

für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 16,80
für 24 Ausgaben	O ab Nr.	DM 33,60
Förderabo für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 20,–
Förderabo für 24 Ausgaben	O ab Nr.	DM 40,–

außerdem bestelle ich ältere Nummern der Zeitungen zum Thema ....

Rebell Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

für 6 Ausgaben	O ab Nr.	DM 4,80
für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 9,60
Förderabo für 6 Ausgaben	O ab Nr.	DM 6,–
Förderabo für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 12,–

außerdem bestelle ich ältere Nummern der Zeitungen zum Thema ....

Die Internationale Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint monatlich

für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 16,80
für 24 Ausgaben	O ab Nr.	DM 33,60
Förderabo für 12 Ausgaben	O ab Nr.	DM 20,–
Förderabo für 24 Ausgaben	O ab Nr.	DM 40,–

außerdem bestelle ich ältere Nummern der Zeitungen zum Thema ....

Anschrift:

(83)

(Datum) (Unterschrift)

„Ein erfreulicher Skandal"

KBW schlägt blind um sich

Einen **„hocherfreulichen Skandal"** meldet die „KVZ" des KBW vom 1. Juli aus Westberlin. Dieser für den KBW „erfreuliche Skandal" besteht im Verhalten des KBW und seiner „Kommunistischen Hochschulgruppe" (KHG) bei der Wahl des Präsidenten der FU („Freie Universität").

Zur Wahl gestanden hatten der von der rechtsradikalen „Notgemeinschaft" aufgestellte Kandidat Baske und der Liberale Lämmert. Lämmert gewann die Wahl mit 84 zu 70 Stimmen. Die drei Vertreter der KHG enthielten sich der Stimme.

Vorausgegangen war noch folgendes: Die KHG hatte zunächst auf einer Mitgliederversammlung beschlossen, Lämmert nicht zu unterstützen. Als sie diese Linie jedoch in die Seminare „tragen" wollten, waren die KHG-ler *„von der Geschlossenheit (!!) und Wucht des Verlanges, Lämmert müsse gewählt werden, überrascht"* („KVZ"). Es gab *„in etlichen Seminaren"* Abstimmungen von 50 zu 1 oder 2 gegen die KHG („KVZ"). Hiervon denn doch beeindruckt rief die KHG zu einer Veranstaltung auf, *„um die Reaktionäre (!!!) zu stellen, die diese Lämmert-Wahl verlangten"* („KVZ"). Ausdrücklich gab die KHG das Versprechen ab, *„die KHG werde tun, was immer die Versammlung für richtig halte."* („KVZ"). Mit 1.300 zu 200 Stimmen (laut „KVZ") forderte die Versammlung die KHG auf, für Lämmert zu stimmen. Daraufhin erklärte die KHG, sie werde **„stimmen, wie verlangt"** („KVZ"). Aber: *„Die KHG bewies ..., daß sie imstande ist, Fehler rasch zu korrigieren"* („KVZ"), indem sie nämlich am folgenden Tag alle Versprechen brach, die demokratische Entscheidung der Studenten mißachtete und sich der Stimme bei der Wahl des FU-Präsidenten enthielt.

Für den KBW ist das jetzt *„ein hocherfreulicher Skandal"*. Die breite Empörung unter den demokratischen Studenten über sein Verhalten tut er von oben herab als „Gezeter" ab, die Masse der Studenten beschimpft er als „Reaktionäre", die vergeblich versucht hätten, die KHG *„in diesen Sumpf hineinzulocken"*, wobei die KHG als kleines Häufchen der Aufrechten ihre super-„revolutionäre" Unschuld standhaft gegen alle Anfechtungen verteidigt hat.

Der KBW unterzieht sich gar nicht der Mühe, die Meinung der Masse der demokratischen Studenten zu untersuchen und sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen, um vor diesem Hintergrund sein eigenes Verhalten zu überprüfen. Stattdessen stellt er die Masse der demokratischen Studenten als „Reaktionäre" hin. Mit Behauptungen wie **„Die Bourgeoisie hält schwere Stücke auf Lämmert"** soll der Eindruck erweckt werden, daß es im Hintergrund die Bourgeoisie selbst gewesen sei, die *„Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt"* (!) habe, um die KHG zur Stimmabgabe für Lämmert zu bewegen, und das Verhalten der KHG sei in Wirklichkeit *„der Schlag"* gewesen, *„der die Reaktionäre am empfindlichsten traf"*. Der KBW verschweigt dabei die tagelange Hetzkampagne insbesondere in der Springerpresse, mit der Lämmert als „Volksfrontkandidat" angegriffen wurde. Glaubt man hingegen der „KVZ", so war der Bourgeoisie nichts lieber als die Wahl Lämmerts und als hätten nur die drei fehlenden Stimmen der KHG das Konzept der Bourgeoisie durchkreuzt.

Der KBW setzt sich auch nicht auseinander mit den berechtigten oder unberechtigten politischen Erwartungen, die von der Masse der demokratischen Studenten an die Person Lämmerts geknüpft werden, sondern tut ihn auf einer gänzlich unpolitischen Ebene als *„klebrigen Patron"*, *„Brechmittel"* etc. ab, was nichts anderes ist als eine Verarschung der Masse der demokratischen Studenten, die sich aus bestimmten politischen Überlegungen für eine Wahl Lämmerts eingesetzt haben. Außerdem versucht der KBW den Eindruck zu erwecken, als sei das Eintreten der Masse der demokratischen Studenten für eine Wahl Lämmerts gleichbedeutend gewesen mit der Absicht, diesem „die erkämpften Rechte der Studenten zu Füßen zu legen" und als habe die Alternative bestanden zwischen **„Fortsetzung des Kampfes der Studenten oder Kapitulation der Studentenbewegung"**.



So ist denn die Schlußfolgerung klar: Die Mehrheit der demokratischen Studenten verlangte die „Kapitulation", wollte ihre Rechte einem „klebrigen Patron" zu Füßen legen und den KBW zu einer **„Schandtat"** zwingen, aber der KBW hat diesem **„reaktionären Manöver"** ein Schnippchen geschlagen. Wenn die Masse der demokratischen Studenten das auch nicht einsieht, sondern „schäumt" (Flugblatt der KHG: *„Alle Reaktionäre schäumen jetzt"*!) und „zetert", so ändert das doch nichts daran, daß der KBW sich zu ihrem Besten entschieden hat, als er ihren Willen mit Füßen trat.

Grenzenlose Massenverachtung drückt sich in diesem Herangehen des KBW aus. Das ist dasselbe Vorgehen, mit dem er in Heidelberg mit einer Minderheitsfraktion das KSA („Komitee Südliches Afrika") spaltete und dessen Eigentum an sich raffte. Dem liegt zugrunde, daß der KBW den Versuch aufgegeben hat, sich durch politische Überzeugungsarbeit demokratische Mehrheiten zu schaffen. **Je mehr sich der KBW mit seinen putschistischen Methoden und seinen massenverachtenden Pöbeleien von den demokratischen Kräften isoliert, umso verbohrter verhält er sich als Sekte verkannter Volksbeglücker inmitten einer „reaktionären Masse", und umso stärker setzt er auf die Mittel des Putsches, des Betrugs und der Gewalt. Völlig unfähig, in den demokratischen Massen etwas anderes zu sehen, als eine reaktionäre feindliche Front, die den KBW seiner „revolutionären" Unschuld berauben und ihn zu „Schandtaten" treiben will beschleunigt der KBW rasant seinen Untergang. Insofern ist sein skandalöses Vorgehen in Westberlin und anderswo wirklich „hocherfreulich"!**

Studentenparlaments-Wahlen

Hamburg: Jusos Sieger bei den SP-Wahlen, Verlust für die Linken

Bei den diessemestrigen Wahlen zum Studentenparlament (SP) an der Uni Hamburg wurden wieder 40 der insamt 80 Sitze vergeben. Davon gewannen: die Jusos vierzehn, der SHB zehn, der MSB sieben, der LHV acht und die „Liste Demokratischer Kampf" (KB-Sympathisanten) einen Sitz. Damit stellen jetzt im SP: die Jusos 22, der SHB 23, der MSB elf, die LDK acht, der LHV dreizehn und der RCDS drei Sitze.

Eindeutiger Sieger dieser Wahlen sind damit die Jusos, die innerhalb von zwei Semestern 22 Sitze gewannen. Dies ging eindeutig auf Kosten von SHB und MSB. Der SHB verlor während dieser Zeit zwölf Sitze, der MSB sieben.

Verloren haben in diesen Wahlen die KB-Sympathisanten, die bei den letzten Wahlen noch sieben Sitze gewannen, die zum größten Teil (vier) wieder an den MSB zurückfielen.

Jusos in den AStA?

Die Jusos sind im letzten Semester aus einer Spaltung des SHB hervorgegangen. Eindeutiges Ziel dieser Spaltung war, den Einfluß von MSB und SHB zu brechen und an die Stelle des SHB eine weiter rechts angesiedelte sozialdemokratische Organisation innerhalb der Studentenschaft aufzubauen. Obwohl sie ebenso wie MSB und SHB die „gewerkschaftliche Orientierung" vertreten, weigerten sie sich im letzten Semester, gemeinsam mit MSB und SHB den AStA zu bilden. Dahinter verbarg sich die Absicht, nicht zu früh die Verantwortung zu übernehmen, um sich so die Möglichkeit zu erhalten, aus der Opposition heraus weiter gegenüber diesen Gruppierungen zu gewinnen. Gleichzeitig drängten sie aus dieser Rolle heraus vor allem den SHB immer weiter nach rechts.

Im jetzigen SP verfügen Jusos und SHB gemeinsam über die absolute Mehrheit. Ein Juso/SHB-AStA wird aber allein schon deshalb nicht zustande kommen, da dieser auf jeder VV baden gehen würde, da sie absolut keinen Anhang in der aktiven Studentenschaft haben. Für MSB und SHB allein bestände nur noch die Möglichkeit eines Minderheiten-AStA, der dann allerdings von der Unterstützung der Jusos oder der LDK abhängig wäre. Um der Juso-HSG die Möglichkeit zu nehmen, einerseits zwar „gewerkschaftlich orientierte" Politik zu betreiben, andererseits aber für eine solche Politik vor den Studenten nicht die Verantwortung zu übernehmen, müssen sie jetzt in eine Koalition hineingezwungen werden. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß sie eher den demagogischen Weg einer Unterstützung eines Minderheiten-AStA gehen wollen, um damit einen von ihren Gnaden abhängigen AStA zu schaffen, was eine weitere Rechtsentwicklung bedeuten würde.

Die Linke verlor aufgrund ihrer eigenen Schwäche

Im Gegensatz zum letzten Semester, als die KB-Sympathisanten erstmals sieben Sitze gewannen, war es diesmal nur ein Sitz.

Das relativ gute Abschneiden bei den letzten Wahlen war insbesondere auf den Aufschwung der spontanen Bewegung zurückzuführen, in dessen Verlauf sich die Linken bei der Organisierung des Streiks hervorgetan hatten. Damals gelang es am PI erstmals, den MSB zu schlagen, so daß dort fünf Sitze gewonnen wurden. In diesem Semester holte der MSB am PI vier Sitze, die LDK keinen.

In allen anderen Bereichen blieb das Verhältnis zu den übrigen Organisationen etwa gleich. Dieser Verlust ist zum einen auf den Abschwung der spontanen Bewegung zurückzuführen, was die sozialdemokratischen und revisionistischen Strömungen begünstigt. Weiterhin benachteiligte die LDK in diesem Semester erneut das undemokratische Wahlrecht. Während der MSB mit durchschnittlich 540 Stimmen vier Kandidaten durchbekam, erhielt die LDK mit 480 Stimmen keinen Sitz (in Hamburg wird allein nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt). Nicht zu übersehen ist allerdings, daß in diesem Semester alle MSB-Kandidaten am PI vor der LDK liegen, während dies im letzten Semester umgekehrt war. Und auch in anderen Bereichen hat sich der MSB gegenüber den KB-Sympathisanten wieder stabilisiert.

Hierin zeigt sich eine erhebliche Schwäche, die ihre Ursachen darin hat, daß nach den großen Massenaktionen vom SSB die Auseinandersetzung mit MSB, SHB und Jusos kaum geführt wurde, sich selbst ein großer Teil unserer Genossen von den AStA-„Aktionen" (VDS-Demo usw.) „einschüchtern" ließ und dieser Politik nicht offensiv entgegentraten. Diese ideologische Schwäche führte dazu, daß vom SSB insgesamt – und insbesondere an der „Hochburg" PI – weniger zu sehen war als im letzten Semester. Das Ergebnis ist, daß allein am PI ca. 130 Studenten weniger die LDK gewählt haben, als im letzten Semester (die Wahlbeteiligung ging um 200 Stimmen herunter), während der MSB seine Stimmen halten konnte.

Für die KB-Sympathisanten ergibt sich daraus die Aufgabe, mehr als in der Vergangenheit darauf zu achten, daß der in Massenaktionen gewonnene Einfluß politisch stabilisiert wird. Das erfordert eine offensive und grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Positionen der Reformisten und Revisionisten.

Arbeitsgruppe Studenten, KB/Gruppe Hamburg

RCDS-AStA in Aachen gestürzt

Aachen: Nachdem die Rechten drei Jahre lang den AStA stellen konnten, wurden sie in diesem Semester von den Linken geschlagen. Stärkste Gewinner waren die Basisgruppen mit 13 Sitzen (vorher zehn), ferner Jusos und SHB mit 13 (elf). Der MSB hielt seine zwei Sitze, das Ausländerkollektiv erhält einen Sitz und zusätzlich wurden zwei Linke direkt gewählt (vorher vier).

Die Reaktionäre (RCDS und ALPHA) verloren zwei Sitze, so daß jetzt 31 Linke 29 Reaktionären gegenüberstehen.

Die Institutsgruppen (KBW) hatten aufgrund von internen Schwierigkeiten nicht kandidiert (vorher ein Sitz), hatten aber auch keine (!) Wahlempfehlung abgegeben.

Die Wahlbeteiligung betrug 37,9 %. Gleichzeitig wurde eine Urabstimmung über einen Streik gegen das HRG durchgeführt. 5.221 = 68,2 % aller abgegebenen Stimmen waren für Streik. Allerdings reichte dies nicht aus, da mindestens 30 % 6.063 aller stimmberechtigten Studenten erforderlich gewesen wären. Es wurde dann eine Veranstaltung gegen das HRG durchgeführt und am Abschluß der Kampagne demonstrierten 500 Studenten durch die Stadt.

Sympathisanten des KB in Aachen

RCDS/SLH – AStA in Bochum gekippt

Nach dem Sturz der einen großen Hochburg des RCDS (Aachen) kippte die zweite gleich hinterher. Im neuen SP der Ruhruniversität Bochum (RUB) verloren der RCDS und der Sozialliberale Hochschulbund (SLH, ständiger RCDS-Partner) die absolute Mehrheit an die Linken. Bei einer Wahlbeteiligung von 36,2 % gab es folgende Ergebnisse (in Bochum wird mit einem gemischten Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht gewählt, wie bei den Bundestagswahlen):

RCDS 12 Sitze (12 im Vorjahr); SLH acht (14); Fachschaftsliste 16 (zum ersten Mal kandidiert); Jusos fünf; MSB vier (sechs); SHB fünf (kandidierten zum ersten Mal); Linke Unabhängige drei; LHV ein (zwei).

Der KBW kandidierte nicht mehr eigenständig, sondern hatte einige Kandidaten auf der Fachschaftsliste (die allerdings keine KBW-Liste war).

Bei den Zweitstimmen (Verhältniswahl) ergibt sich folgendes Bild (in Klammern die Ergebnisse des Vorjahres): RCDS 1.913 (1.873); SLH 1.511 (1.845); Fachschaftsliste 1.580; Jusos 1.100; MSB 626 (975); SHB 569; LHV 233 (434).

Nachdem im Vorjahr von den Linken nur der MSB und der KBW kandidiert hatten, zeigte sich bei diesen Wahlen, daß es ein erhebliches linkes Potential gibt, das von diesen beiden Gruppen nicht repräsentiert wird.

Konnte der RCDS seinen Stimmenanteil halten, so zeigt das Abschneiden seines Bündnispartners SLH, daß die Zustimmung zu einem solchen Bündnis unter den Studenten nicht sehr groß ist.

Für die Linke stellt sich jetzt die Aufgabe, durch einen gemeinsam gestellten AStA die jahrelange Vorherrschaft der Reaktionäre zu brechen.

Sprecherrats-Wahlen in Erlangen

Zum zweiten Mal wurde an der Uni Erlangen unter den Bedingungen des Bayrischen Hochschulgesetzes (BHG) der Sprecherrat gewählt. Seine Kompetenz beschränkt sich auf *„die Vertretung der fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studenten"* (Art. 58). Kandidiert hatten:

- die „Linke Liste" (LiLi), ein Zusammenschluß aus einer Frauengruppe, der AG-Technik, der Initiative Mathe, Juso-HSG, GIM, Sozialistisches Zentrum, Sozialistische Hochschulinitiative (SHI). Die LiLi stellte bisher den Sprecherrat.
- Die Liste der „gewerkschaftlich Orientierten" (MSB).
- RCDS.
- Bayrischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) – CSU-orientiert.
- Einige Unorganisierte.

Die Sitzverteilung im neuen Sprecherrat: LiLi vier (sieben); MSB ein (ein); RCDS sechs (fünf); BLLV ein (-); Unorganisierte drei (drei). In Klammern Ergebnisse des Vorjahres.

An diesem Ergebnis sticht besonders das Abschneiden der LiLi hervor. Zurückzuführen ist dieses Ergebnis darauf, daß die LiLi im gesamten vergangenen Semester dem Anspruch, den die Wähler an sie gestellt hatten, nicht gerecht geworden ist.

Nach der Durchsetzung des BHG gibt es in der bayrischen Studentenschaft starke resignative Tendenzen. Gerade von den Linken wurde aber erwartet, daß sie trotz der erschwerten Situation weitermachen. Diesen Auftrag nahm auch die LiLi mit in den Sprecherrat. Die LiLi ist allerdings während des gesamten Semesters kein einziges (!) Mal an die Öffentlichkeit getreten. Mehrere Initiativen, die von den KB-Studenten an sie herangetragen wurden, wurden mit den unterschiedlichsten Begründungen abgewiesen: „Die Studenten wollen sowieso nicht", „Nicht so wichtig", „Eure Gruppe ist überflüssig an der Uni".

Die SHI hatte sogar in der LiLi einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber dem KB durchgesetzt, wodurch es dann auch nicht zu einem gemeinsamen Wahlaufruf kam.

Hauptsächliches Hindernis für eine aktive linke Politik ist die eigene Resignation dieser Gruppen, mit der sie sich dann hinter den Studenten verstecken – „die Studenten wollen nicht" – während sie am allerwenigsten wollen.

Ein erster Schritt gegen diese Tendenz wurde während der Wahl gemacht. In einem „Offenen Brief" kritisierten die KB-Studenten diese Haltung der LiLi und forderten sie auf, nicht über die Resignation der Studenten zu lamentieren, wenn sie selbst nicht bereit sind, diese Haltung aufzugeben. Auf der ersten (!) Veranstaltung des Sprecherrates in diesem Semester wurde dann über den Vorschlag der KB-Studenten, als ersten Schritt eine gemeinsame und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen, diskutiert. Dazu sollen regelmäßig öffentlich Sprecherratssitzungen stattfinden und ein regelmäßiges Info erscheinen. Vorerst stieß dieser Vorschlag bei allen Beteiligten auf Zustimmung und ein erster Termin für eine Sitzung wurde schon anberaumt. Wie weit allerdings die LiLi den Atem haben wird, nicht nur einen Vorschlag gut zu finden, sondern ihn auch in die Praxis umzusetzen, wird erst die Zukunft zeigen.

Studenten des KB/Gruppe Nürnberg

Weitere Ergebnisse

Emden: Bei den Wahlen zum Abteilungsrat der Fachhochschule Emden gab es folgende Ergebnisse; SHB 33,9 % (46); MSB 14,2 % (12,9); Spontis 40,2 % (-); „Demokratische Liste" 11,7 % (-). In Klammern die Ergebnisse des Vorjahres. Hervorzuheben sind vor allem die Ergebnisse der Spontis und der DL (KB-Sympathisanten), die zusammen die bisherige Mehrheit der „gewerkschaftlich orientierten" Kräfte brachen. Bei den letzten Wahlen hatte die „Linke Liste", auf der damals auch noch der KBW und die GIM kandidierten, 38,6 % erreicht. Eine gemeinsame Liste der Spontis und der DL wurde durch Kräfte unter den Spontis verhindert, die generell nicht mit Organisierten zusammen kandidieren wollten.

Lüneburg: Bei den Wahlen zum Studentenparlament gewann bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung die Liste des KBW ca. 100 Stimmen hinzu. (250 : 150). SHB (350 : 350) und MSB (50 : 50) hielten ihre Stimmen. Ein reaktionärer Einzelkandidat erhielt 90 Stimmen. Damit hat der KBW, der als einzige Gruppe der Linken kandidierte, die Stimmen aus der in diesem Semester erfolgten Radikalisierung gewonnen.

Heidelberg: Auch an der Pädagogischen Hochschule erhielten die Jusos jetzt – wie an der Uni – eine Abfuhr. Die neugebildete Spontiliste gewann auf Anhieb 14 Sitze. Die Jusos verloren acht und stellen jetzt noch neun. Der MSB verlor auch seinen letzten Sitz. Der KBW mußte ebenfalls noch einmal zwei Sitze abgeben und stellt jetzt noch drei. Drei Sitze halten noch die Reaktionäre, die drei verloren.

Gießen: Bei einer Wahlbeteiligung von 39 % gab es folgende Ergebnisse: Jusos 13 Sitze (13); LHG (stellt gemeinsam mit den Jusos den AStA) vier Sitze (fünf); Der MSB hielt seine drei Sitze; KBW zwei Sitze (drei); RCDS acht Sitze (sechs).

Göttingen: Jusos melden Konkurs an

Die Juso-Hochschulgruppe (HSG) an der Uni Göttingen hat in einem Flugblatt vom 29.6. der erstaunten Hochschulöffentlichkeit mitgeteilt, daß sie *„spätestens mit Beginn des Wintersemesters ihre Mitarbeit im AStA"* einstellen wird. Begründet wird dieser Entschluß mit der *„Unfähigkeit, in diesem Semester eine klare politische Linie im AStA durchzusetzen und auch außerhalb des AStA zu vertreten"*.

Nach dem Ausgang der letzten SP-Wahlen im Januar, bei denen die Jusos 10 % verloren, während die „Liste Demokratischer Kampf" 10 % gewann, war ohne die Beteiligung des KHB (Studenten des KB) keine linke AStA-Bildung mehr möglich. So kam es zu einem Juso/KHB-Minderheiten-AStA, der vom LHV (in Göttingen weit links) unterstützt wurde.

Im weiteren Verlauf des Semesters zeigte sich, daß die Jusos mit dieser Rolle absolut nicht zurechtkamen. Einerseits geben sie sich in Göttingen einen besonders „linken" Anstrich („Antirevisionisten"), andererseits fielen sie immer mehr in die Rolle des Bremsers und führten nur noch ein Schattendasein. So auf einer Demonstration anläßlich des Besuchs von Bildungsminister Rohde, wo sie den verlängerten Arm des Ordnungsamtes spielten und den Studenten einen Lautsprecherwagen verbieten und eine Kundgebung möglichst weit weg von Rohde durchsetzen wollten. So beim Streik der Psychologiestudenten, wo sich ihre Politik darauf beschränkte, vor „Aktionismus" zu warnen und schließlich noch weitgehender beim Streik an der PH, wo sie offen die Zusammenarbeit mit einer vom RCDS inspirierten Streikbrechergruppe betrieben, um den Streik möglichst schnell zum Ende zu bringen.

Während die linken und kommunistischen Gruppen in diesen Auseinandersetzungen stark gewannen (so die „LDK" bei den Wahlen an der PH von 10 % auf 20 %), verloren die Jusos rapide (an der PH mußten sie nach der Uni wieder 10 % abgeben).

Vor diesem Hintergrund muß ihre Aussage betrachtet werden, daß es ihnen nicht gelungen ist, *„im AStA eine klare politische Linie durchzusetzen"*.

Nicht das Scheitern ihrer linksdrapierten SPD-Politik gibt ihnen Anlaß zum Nachdenken. Wäre dies so, folgten sie dem Weg, den ihnen 20 ihrer Genossen schon im Januar vorgezeichnet hatten: sie traten aus der SPD mit der Begründung aus, daß die Durchsetzung einer sozialistischen Politik in ihr nicht mehr möglich sei.

Die jetzige Juso-HSG allerdings will sich aus der Verantwortung, die sie mit den 2.000 Wählerstimmen übertragen bekommen hat, herausschleichen. In altbekannter Manier wollen sie jetzt erst einmal nachdenken – aber allein bitteschön!

Wenn sie heute als linke Jusos im Gegensatz zur sonstigen Praxis der Jusos noch öffentlich Kritik an der SPD vorbringen, dann ist das zu begrüßen. Wenn sie jetzt aber die Verantwortung für die Organisierung des aktiven Protestes gegen die Politik der SPD ablegen wollen, so hat dies objektiv nur ein Ziel: aus der Opposition heraus das Ansehen der Jusos zu stärken, zu vertuschen, daß sie offensichtlich nicht Willens und in der Lage sind, eine aktive Mobilisierung gegen die Politik der SPD mitzutragen.

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Politik zur Lähmung der von der SPD enttäuschten Studenten führen wird. So soll letztendlich verhindert werden, daß die in die SPD gesetzten – und enttäuschten – Hoffnungen politisch überwunden werden, was allein zu einer Stärkung des demokratischen Kampfes führen kann.

Vor den Linken und Kommunisten liegt jetzt die Aufgabe, durch die Bildung einer Aktionseinheit derjenigen Kräfte, die im vergangenen Semester bewiesen haben, daß sie entschieden und radikal für den demokratischen Kampf eintreten, den AStA zu stärken.

Hieran sind die einzelnen Organisationen, Basisgruppen usw. zu messen und insbesondere natürlich die Jusos. Für sie steht einmal mehr die Frage: mit der SPD-Führung oder mit den Demokraten, Sozialisten und Kommunisten.

KHB/Göttingen

massenmedien

„Entwicklungshilfe" für das Bewußtsein bundesdeutscher Journalisten

Anmerkungen zur Seminarreihe „Presse und Dritte Welt" der IG Druck und Papier

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) unter Egon Bahr läßt es sich was kosten, die Ausbeutung der Dritten Welt populär zu machen. So finanziert das Ministerium eine seit einiger Zeit im Schulungs- und Erholungsheim der Industriegewerkschaft Druck und Papier in Springen/Taunus laufende Seminarreihe *„Presse und Dritte Welt"*. Die IG Druck und Papier macht sich damit zum Erfüllungsgehilfen des westdeutschen Imperialismus.

Ganz so glatt wie erwünscht ging das allerdings bisher nicht immer über die Bühne. So fand vor einigen Monaten ein Angola-Seminar statt. Begünstigt durch die Anwesenheit zweier Vertreter der siegreichen Befreiungsbewegung MPLA wurde von den Seminarteilnehmern starke Kritik an der bundesdeutschen Berichtserstattung über den Angola-Krieg geführt. Dieses Seminar war wohl der BMZ-Kontrolle entglitten, weil es schon ein Jahr zuvor festgelegt worden war, als man die Entwicklung in Angola noch nicht absehen konnte.

Sein Veto legte das Ministerium indes ein, als die Veranstalter ein Kuba-Seminar planten. Keine müde Mark wollte es für solch „einseitige" Beeinflussung investieren. Also

Ein Marburger Professor, der im Soziologen-Deutsch schwelgte, rechtfertigte die wirtschaftliche Ausbeutung der Massen in Brasilien und Peru und ihre politische Unterdrückung als quasi schicksalhafte Folge unvermeidbarer kapitalistischer Krisen, derer sich die Bourgeoisie nun mal nicht anders erwehren könne, als durch eine totale Repression. Eine solche Betrachtungsweise legitimiert letztendlich jedes faschistische Regime!

Die Diskussion über das konkrete und klar Stellung beziehende Kuba-Referat konzentrierte sich auf die Frage der Abhängigkeit Kubas von der Sowjetunion.

Wieder einmal wurde kübelweise Dreck auf den angolanischen Befreiungskampf geworfen und die Unterstützung durch Kuba als *„Ausdruck der Abhängigkeit von der SU"* diffamiert.

Daraufhin forderte eine Kollegin den anwesenden kubanischen Presseattache Hernandes aus Bonn auf, Stellung zu nehmen. Hernandes erklärte daraufhin, daß Kuba seit 1962 mit der MPLA zusammengearbeitet habe – also längst, ehe sowjetische Waffenhilfe einsetzte; daß Kuba auch 1962 in Algerien (*„wo liegen unsere Interessen in Algerien?"*) und später im Kongo mitgekämpft habe. *„Das*

nem Referat über bundesdeutsche Entwicklungshilfe aus (siehe Kasten). Eine Kollegin zog als Fazit aus seinen Ausführungen: *„Entwicklungshilfe heißt Gewinnmaximierung"*, was von dem Referenten empört als *„verheerendes Mißverständnis"* zurückgewiesen wurde.

> Aus dem Referat des BMZ-Vertreters Schetting über *„Motive bundesdeutscher Entwicklungshilfe in Lateinamerika"*:
>
> *„Es gibt keine Motive bundesdeutscher Entwicklungshilfe in Lateinamerika als solche wie in der Afrika- oder Asienpolitik. Lateinamerika ist nicht Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik."*
>
> An anderer Stelle:
>
> *„Die deutsche Wirtschaft hat in Brasilien soviel investiert* (400 deutsche Unternehmen) *wie insgesamt in Afrika und Asien."*
>
> *„Nach Botsuana* (Südafrika) *geht kein deutscher Unternehmer, erstens, weil ihm das viel zu weit ist und zweitens, weil Brasilien seit Jahrhunderten bekannt ist für sein investitionsfreundliches Klima."*

Ein „Mißverständnis" war freilich nicht mehr möglich, nachdem eine Kollegin die Millionen-Kredite

Doppelte Zensur beim „Südwestfunk" (SWF)

Im Januar dieses Jahres verbot der damalige SWF-Direktor und jetzige ZDF-Programmdirektor, Dieter Stolte (CDU), die Ausstrahlung eines Gedichtes von Alfred Andersch, in dem u.a. auf die Berufsverbote und die noch heute in Amt und Würden stehenden Faschisten in der BRD hingewiesen wird. Dieses Gedicht sollte im dritten Programm S 3 der südwestdeutschen Rundfunkanstalten Süddeutscher Rundfunk, Südwestdeutscher Rundfunk und Saarländischer Rundfunk gesendet werden.

Diesen Zensurfall nahm die Redaktion der medienkritischen Sendung „Mikado" des SWF zum Anlaß, um einen Beitrag unter dem Titel *„Sendefähig oder nicht?"* vorzubereiten, in dem das Andersch-Gedicht noch einmal zur Diskussion gestellt werden sollte. Kurz vor dem Sendetermin am 2. Mai verbot der SWF-Intendant Hammerschmidt (CSU) die Sendung und ließ stattdessen *„Fußball und Fernsehen"* über die Bildschirme flimmern.

Im Hintergrund dieser Zensur stand auch hier die CDU. Im Zuge ihrer Politik, die Rundfunk- und Fernsehanstalten unter ihre Kontrolle zu bekommen und noch strenger die Programme auszurichten, stand auch der noch zu „liberale" CSU-Mann Hammerschmidt auf der Abschußliste. Bei der Intendantenwahl im Mai bot die CDU als Kandidaten den Kohl-Intimus und Chef dessen Mainzer Staatskanzlei, Willibald Hilf, auf. Für Hammerschmidt war dies ein Signal, den politischen Anforderungen der CDU Taten folgen zu lassen. *„Das Risiko, dadurch als drakonischer Verhinderer von Informationen ins Gerede zu kommen, ist vermutlich kalkuliert"*, kommentierte die „Frankfurter Rundschau" dazu (15.4.).

Tatsächlich kann der neu amtierende Intendant Hilf auf die gute Vorarbeit von Hammerschmidt zurückgreifen, wenn der SWF immer enger ans CDU-Gängelband genommen wird.

Schon 14 Tage später die ersten Ergebnisse:

Zu der Sendung *„Allemannisches Forum"* gab der fortschrittliche Schriftsteller Martin Walser eine Stellungnahme ab, in der er den CDU-Faschisten Filbinger als d e n Mann bezeichnete, der *„in der Biedermannsmaske die Diffamierungs-Formel ‚Freiheit oder Sozialismus' durchgesetzt"* habe, um jene Macht zu bekommen, die dann *„gegen das Grundgesetz praktiziert"* werde. Die CDU-Parole nannte er *„einen Betrug am Volk"*, begangen gerade von jenen, die zu den ehemaligen Handlangern des Faschismus gehörten.

Diese Aussagen Walsers erreichten keinen Hörer mehr: sie wurden herausgeschnitten...

Quick: „Kann die Legion Europa retten?"

„Quick", das reaktionäre Polit-Hetzblatt aus dem Heinrich-Bauer-Verlag, erschien am 24.6. mit einem besonders üblen Artikel, in dem das Söldnerleben verherrlicht und die Söldnerbanden als „Retter Europas" hochgespielt wurden.

„Die Europäer werden im Mittelmeer, in Afrika und anderswo – also überall da, wo Weltpolitik gemacht wird – nicht mehr lange mitreden können, wenn es ihnen an jeder Möglichkeit fehlt, dort Einfluß auszuüben".

Jeder, der als Deutscher (heute heißt das Europäer) was auf sich und seine Rasse hält, kann auch heute noch den alten Nazi-Traum von der Weltherrschaft der Herrenmenschen in der „Fremdenlegion" verwirklichen: *„Keine andere Truppe aber wäre als europäische Ein-*

und auch sonst kommen die Muskelmänner auf ihre Kosten: Jeden Sonntagvormittag führen die Feldwebel ihre Rekruten zugweise ins Bordell". Aus Pinienwäldchen weht die „Melodie deutscher Soldatenlieder" herüber – auch heute noch ist „jeder fünfte Legionär Deutscher".

Alfred Dregger, rechter Einpeitscher in Hessen, bringt dann noch den „seriösen" Anstrich: *„Wenn durch die Eroberung Angolas die Energiezufuhr Europas aus dem Nahen Osten* (?!) *weitgehend unter die Kontrolle der Sowjetunion gerät, dann berührt diese afrikanische Angelegenheit die Lebensinteressen Europas. – Da den europäischen Einzelstaaten die Kraft fehlt, die Lebensinteressen ihrer Völker in der Welt geltend zu machen* (!!), *muß Europa als handlungsfähige*

holungsheim der Industriegewerkschaft Druck und Papier in Springen/Taunus laufende Seminarreihe „*Presse und Dritte Welt*". Die IG Druck und Papier macht sich damit zum Erfüllungsgehilfen des westdeutschen Imperialismus.

Ganz so glatt wie erwünscht ging das allerdings bisher nicht immer über die Bühne. So fand vor einigen Monaten ein Angola-Seminar statt. Begünstigt durch die Anwesenheit zweier Vertreter der siegreichen Befreiungsbewegung MPLA wurde von den Seminarteilnehmern starke Kritik an der bundesdeutschen Berichterstattung über den Angola-Krieg geführt. Dieses Seminar war wohl der BMZ-Kontrolle entglitten, weil es schon ein Jahr zuvor festgelegt worden war, als man die Entwicklung in Angola noch nicht absehen konnte.

Sein Veto legte das Ministerium indes ein, als die Veranstalter ein Kuba-Seminar planten. Keine müde Mark wollte es für solch „einseitige" Beeinflussung investieren. Also wurde das Thema auf „*Motive bundesdeutscher Entwicklungshilfe in Lateinamerika*" umfrisiert, wobei zwei Referenten zunächst drei verschiedene „Modelle" vorstellten: Das kapitalistische in Brasilien, das scheinsozialistische in Peru und das sozialistische in Kuba. Als Krönung erläuterte dann BMZ-Vertreter Dr. Schetting die „lauteren" Absichten bundesdeutscher Kapitalisten in Lateinamerika.

derer sich die Bourgeoisie nun mal nicht anders erwehren könne, als durch eine totale Repression. Eine solche Betrachtungsweise legitimiert letztendlich jedes faschistische Regime!

Die Diskussion über das konkrete und klar Stellung beziehende Kuba-Referat konzentrierte sich auf die Frage der Abhängigkeit Kubas von der Sowjetunion.

Wieder einmal wurde kübelweise Dreck auf den angolanischen Befreiungskampf geworfen und die Unterstützung durch Kuba als „*Ausdruck der Abhängigkeit von der SU*" diffamiert.

Daraufhin forderte eine Kollegin den anwesenden kubanischen Presseattache Hernandes aus Bonn auf, Stellung zu nehmen. Hernandes erklärte daraufhin, daß Kuba seit 1962 mit der MPLA zusammengearbeitet habe – also längst, ehe sowjetische Waffenhilfe einsetzte; daß Kuba auch 1962 in Algerien („*wo liegen unsere Interessen in Algerien?*") und später im Kongo mitgekämpft habe. „*Das entspricht den Interessen des Volkes, das kämpft. Warum haben sie uns um unsere Hilfe gebeten? Weil sie Krieg machen wollten? Nein, sie wußten, daß die Unita im Verein mit Südafrika die Unabhängigkeit Angolas verhindern wollte.*"

Diese Erklärung wurde von den Seminarteilnehmern mit großem Beifall aufgenommen. Wenig Anklang – dafür viel Heiterkeit – löste BMZ-Vertreter Schetting mit sei-

zurückgewiesen wurde.

> Aus dem Referat des BMZ-Vertreters Schetting über „*Motive bundesdeutscher Entwicklungshilfe in Lateinamerika*":
>
> „*Es gibt keine Motive bundesdeutscher Entwicklungshilfe in Lateinamerika als solche wie in der Afrika- oder Asienpolitik. Lateinamerika ist nicht Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik.*"
>
> An anderer Stelle:
>
> „*Die deutsche Wirtschaft hat in Brasilien soviel investiert* (400 deutsche Unternehmen) *wie insgesamt in Afrika und Asien.*"
>
> „*Nach Botsuana* (Südafrika) *geht kein deutscher Unternehmer, erstens, weil ihm das viel zu weit ist und zweitens, weil Brasilien seit Jahrhunderten bekannt ist für sein investitionsfreundliches Klima.*"

Ein „Mißverständnis" war freilich nicht mehr möglich, nachdem eine Kollegin die Millionen-Kredite der BRD an das Mörderregime in Chile angeprangert hatte. BMZ-Pressechef Schipulle hierzu zynisch: „*Es gibt eben keinen Katalog dafür, wann ein Land nicht mehr würdig für Entwicklungshilfe ist, ob drei Folterungen schon genug sind oder ein ganzer Militärputsch. Dann müßte man die ganze Entwicklungspolitik einstellen.*"

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Quick: „Kann die Legion Europa retten?"

„Quick", das reaktionäre Polit-Hetzblatt aus dem Heinrich-Bauer-Verlag, erschien am 24.6. mit einem besonders üblen Artikel, in dem das Söldnerleben verherrlicht und die Söldnerbanden als „Retter Europas" hochgespielt wurden.

„*Die Europäer werden im Mittelmeer, in Afrika und anderswo – also überall da, wo Weltpolitik gemacht wird – nicht mehr lange mitreden können, wenn es ihnen an jeder Möglichkeit fehlt, dort Einfluß auszuüben*".

Jeder, der als Deutscher (heute heißt das Europäer) was auf sich und seine Rasse hält, kann auch heute noch den alten Nazi-Traum von der Weltherrschaft der Herrenmenschen in der „Fremdenlegion" verwirklichen: „*Keine andere Truppe aber wäre als europäische Eingreifreserve besser geeignet als die Fremdenlegion. Das zeigt schon ihre Geschichte. Es ist die Geschichte tollkühner Männer...*"

Wie in den Nazi-Landser-Heftchen wird im „Quick"-Report die militaristische Idylle beschworen, die dem getretenen und unterdrückten Kleinbürger (der in dem Artikel angesprochen wird) die Schauer des Größenwahnsinns und des großen Abenteuers vermitteln soll. In dieser militaristischen Romanze wird „*gesungen, geflucht und gelacht*", es gibt eine „*hervorragende Küche, und auch sonst kommen die Muskelmänner auf ihre Kosten: Jeden Sonntagvormittag führen die Feldwebel ihre Rekruten zugweise ins Bordell*". Aus Pinienwäldchen weht die „Melodie deutscher Soldatenlieder" herüber – auch heute noch ist „jeder fünfte Legionär Deutscher".

Alfred Dregger, rechter Einpeitscher in Hessen, bringt dann noch den „seriösen" Anstrich: „*Wenn durch die Eroberung Angolas die Energiezufuhr Europas aus dem Nahen Osten* (?!) *weitgehend unter die Kontrolle der Sowjetunion gerät, dann berührt diese afrikanische Angelegenheit die Lebensinteressen Europas. – Da den europäischen Einzelstaaten die Kraft fehlt, die Lebensinteressen ihrer Völker in der Welt geltend zu machen* (!!), *muß Europa als handlungsfähige politische Gemeinschaft so schnell wie möglich geschaffen werden. Dazu gehören: ein politischer Wille, gemeinsame Organe und Instrumente, die über die einer Wirtschaftsgemeinschaft hinausgehen*".

Sie schreien wieder im Chor, die braunen Ratten – und sie schreien nicht nur, sie rüsten auf und bereiten sich vor auf ein neues blutiges imperialistisches Abenteuer gegen die Dritte Welt.

Betriebszelle Heinrich-Bauer-Verlag
KB/Gruppe Hamburg

Frankreich

Antifaschisten besetzen Fernsehstudio

Für den Abend des 25. Mai hatte das Zweite Programm des französischen Fernsehens geplant, einen Film zur Rechtfertigung des Vichy-Präsidenten Pétain zu senden, dem sich eine Diskussion anschließen sollte. Daraus wurde nichts!

Zum einen weigerten sich die zur Diskussion geladenen antifaschistischen Widerstandskämpfer, sich mit berüchtigten Nazi-Kollaborateuren an einen Tisch zu setzen, zum anderen gelang es Angehörigen der Organisation ehemaliger Widerstandskämpfer, zur angekündigten Sendezeit das Studio zu besetzen und den Fernsehkameras die mitgebrachten Schilder zu präsentieren, auf denen geschrieben stand:

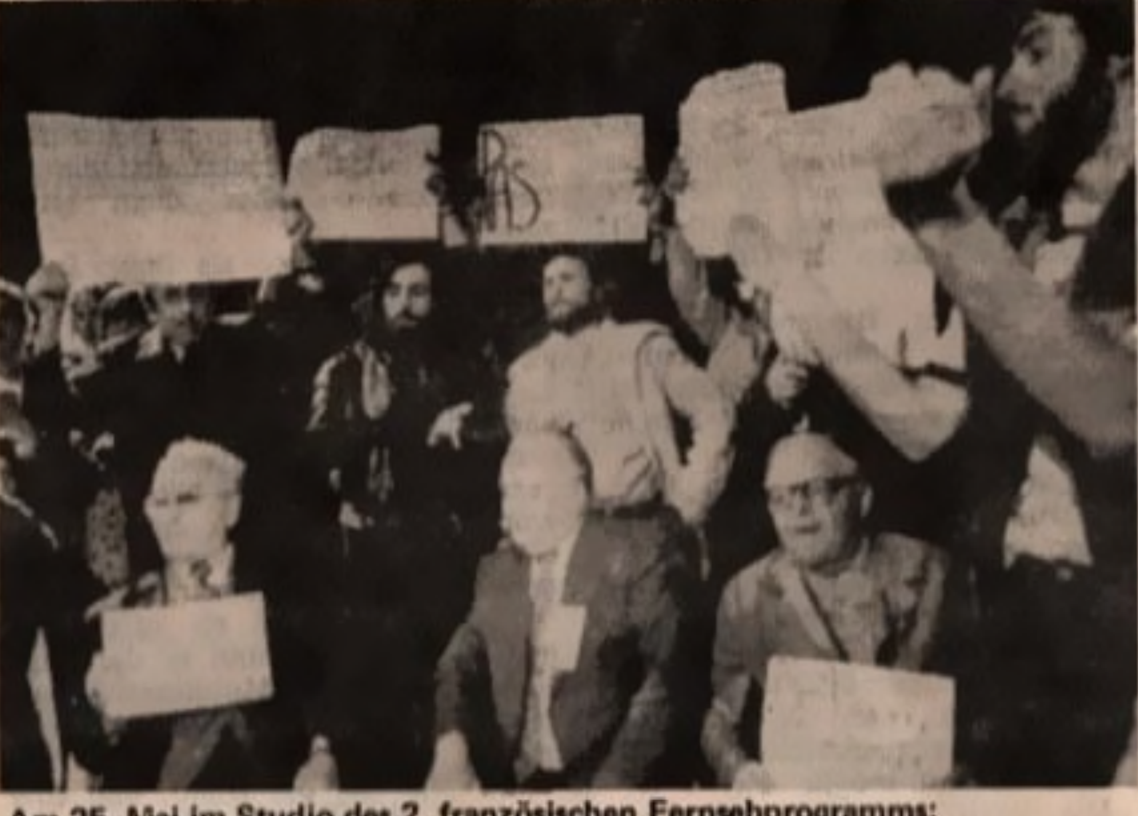
„*Dreimal nein der Rehabilitierung*", „*Keine Beleidigung der Résistance*", „*Nein dem Verrat!*"

Die Rufparole lautete: „*Pétain Mörder – Giscard Komplize!*" Nach einer Schweigeminute wurde eine Ansprache gehalten, in der auch gegen die Rehabilitierung von Kriegsverbrechern in der BRD protestiert wurde.

Diese antifaschistische Aktion, der sich im Verlauf die technischen Angestellten des Studios angeschlossen hatten, wurde mit einem Lied der französischen Partisanen beendet.

Gegen die geplante Sendung zur Rehabilitierung Pétains hatten schon vorher alle Organisationen des Nazi-Widerstandes öffentlich protestiert. Kritisiert wurde auch die von Präsident Giscard betriebene Politik der Versöhnung mit den einstigen Nazi-Kollaborateuren. In einer an Journalisten verteilten Erklärung prangerten die Antifaschisten Pétain an, weil er „*die unzähligen Massaker jüdischer Familien erlaubte,* (sie) *in die Todeslager deportieren* (ließ)" und zehntausende Franzosen zur Hinrichtung verurteilen ließ, weil sie den Faschismus bekämpften (nach „die tat", Nr. 25/18.6.1976).

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



Am 25. Mai im Studio des 2. französischen Fernsehprogramms: Widerstandskämpfer protestieren gegen einen Petain-Film.

Verschärfte Repressionen auf noch nicht ganz Angepaßte beim NDR

Mit dem Niedersachsen-Coup der CDU stellt diese im Verwaltungsrat des von den drei Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen geleiteten NDR die Mehrheit. Sofort griff die CDU in die Vollen:

– Der CDU-Regierungssprecher aus Kiel forderte vom SPD-Intendanten in Hamburg, „*gerade in der Zeit des beginnenden Bundestagswahlkampfes*" solle sich der Sender „*einseitiger Meinungsäußerung*" enthalten.

Im Klartext hat sich der Kieler CDU-Innenminister Titzck geäußert, als er vor dem Hintergrund der CDU-Mehrheit im Verwaltungsrat sagte: „*Aus dieser gewandelten Situation werden sicherlich noch einige Ansprüche hergeleitet*" („Spiegel", 22/76).

– Die CDU setzte prompt den reaktionären W. Räuker als TV-Programmdirektor ein, für den es im Fernsehen nur so von „*intellektueller Inzucht*" wimmelt und „*Linksverdriftung*" vorherrscht.

– Den Kommentar eines Redakteurs, daß die CDU „*nationalgestimmte Wähler*" suche, nahm Räuker zum Anlaß, sich „*in Zukunft einen derartigen Mißbrauch* (der) *Moderatorenfunktion*" zu verbieten (ebenda).

– „Panorama"-Chef Merseburger, SPD-nahe, wurde seines Postens enthoben. Nach einer verlorenen gerichtlichen Auseinandersetzung um einen „Panorama"-Film über den Kapitalisten von Fink stehen dem NDR sechsstellige Prozeßkosten ins Haus. Die CDU droht, Merseburger für den Schaden haftbar zu machen.

Wenn es darum geht, nicht genehme Redakteure zu disziplinieren und einzuschüchtern, schreckt die CDU auch nicht vor nackter Erpressung und Existenzbedrohung zurück.

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Chile-Kampagne

Auch in den beiden letzten Wochen führten unsere Genossen in einigen Städten kleinere Chile-Veranstaltungen durch, u.a. in Mannheim, Mönchen-Gladbach etc. Die größte dieser letzten Chile-Veranstaltungen im Rahmen unserer diesjährigen Chile-Kampagne gab es in Duisburg mit etwa 50 Besuchern und einem Spenden-Ergebnis von 350,- Mark zugunsten des MIR.

Alles in allem haben wir die diesjährige Chile-Kampagne in über 50 Städten der BRD geführt und es kamen insgesamt etwa 10.000 Besucher auf diese Veranstaltungen. Dieses Ergebnis können wir als einen Erfolg unserer Arbeit und speziell der Chile-Solidarität betrachten, wenn auch das Spenden-Ergebnis insgesamt hinter dem früherer Jahre zurückblieb.

Chile-Solidarität
Ausstellung in Frankfurt

Die „Kinderhilfe Chile", eine Gruppe westdeutscher und chilenischer Frauen, arbeitet seit etwa zwei Jahren für die Unterstützung der chilenischen Kinder. Am 30.6.76 initiierte sie eine Künstler-Ausstellung, auf der chilenische Malereien und Graphiken vor und nach dem Putsch zu sehen sind. Auf dieser Ausstellung gab der fortschrittliche Pastor Werner, von 1967 bis 1976 in Chile tätig, bekannt, daß zur Zeit fast 33 % der Bevölkerung arbeitslos sei. 40 % befinden sich am Rande des Existenzminimums, etwa 8.500 Familien sind ohne „Ernährer". Vier Millionen Menschen hungern und rund 2,5 Millionen Kinder sind unterernährt („Frankfurter Rundschau", 30.6.76).

Lateinamerika-Kommission

Vietnam helfen!

Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD)

Hannover

„Vaterlandsverteidiger" raus aus der antiimperialistischen Solidarität

Am 2. Juli veranstalteten die ausländischen Studentenvereine in der TU Hannover einen „Internationalen Abend". Trotz massiven Widerstands der ausländischen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik bestanden die fortschrittlichen Studentenvereine darauf, den Sieg des revolutionären Befreiungskampfes des angolanischen Volkes unter Führung der MPLA in den Mittelpunkt der Veranstaltung zu stellen. Sowohl die „ML"-Abspaltung der iranischen Studentenorganisation CISNU, als auch die afghanischen und türkischen „ML"-Studenten im Verein mit ihren westdeutschen Kumpanen (KBW, „KPD", „KPD/ML) rächten sich dann während der Veranstaltung, indem sie den Büchertisch des KB im Vorraum, wo wir besonders Afrika-Broschüren etc. anboten, kurz und klein schlugen, unbemerkt von den Teilnehmern der Veranstaltung, die währenddessen einen Angola-Film sahen.

Wegen des provokatorischen Angriffs der „ML" er, weigerte sich die CISNU Hannover, den 2. Teil ihres Programms vorzutragen. Dieser Vorfall hat noch einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß sich die antiimperialistische Bewegung von den Nachbetern der chinesischen Außenpolitik, egal ob westdeutsche oder ausländische, unbedingt trennen muß, will sie nicht die Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen aufgeben.

Die CISNU (Hannover), die Afrikanische Studentenorganisation Hannover (ASTOH) und der KB haben inzwischen eine gemeinsame öffentliche Erklärung herausgegeben, wo sie über die unverschämte Aktion der „ML"er informieren und zum offenen Bruch mit ihnen innerhalb der antiimperialistischen Bewegung aufrufen.

KB/Gruppe Hannover

Zum Thema „Berichtigung"

In den letzten Ausgaben unserer Zeitung haben wir umfassender und unter Nennung von „Roß und Reiter" über unterschiedliche politische Aktivitäten verschiedener linker Organisationen, Komitees usw. berichtet. Wir wollen dies auch in Zukunft tun und wollen uns damit auch deutlich von einer Art von Berichterstattung abgrenzen, die nur den „eigenen Laden" berücksichtigt. Unserer Meinung nach muß eine kommunistische Zeitung, wie z.B. der ARBEITERKAMPF, seinen Lesern einen möglichst umfassenden Überblick über Arbeit und Kampagnen der Linken allgemein geben. – Andererseits dind wir in dieser Hinsicht – insbesondere bei der aktuellen Berichterstattung auf eine rasche (!), präzise (!) und seriöse (!) Informierung, sowohl durch unsere Genossen und Ortsgruppen, als auch durch unsere sonstigen Sympathisanten und Leser angewiesen. Da hat es in letzter Zeit verschiedene Pannen gegeben, die zu falscher Berichterstattung und anschließender Berichtigung im AK geführt haben (vergl. z.B. AK 83, S. 47).

Auch gegenüber der Berichterstattung im letzten AK sind wiederum zwei Korrekturen nachträglich anzubringen: 1) hat in Bremen zur Anti-Vorster-Demonstration das Nah-Ost-Komitee (bisher KBW nahestehend) nicht offiziell mit aufgerufen, weil ein formeller Beschluß dazu aus Zeitmangel (?) nicht mehr zustande kam und 2) hat – umgekehrt – in Frankfurt zum selben Anlaß der AStA der Uni (Sponti-Dominanz) ebenfalls mit zur Demo aufgerufen, allerdings ohne selbst bei der Mobilisierung sonderlich rührig gewesen zu sein (Demo insgesamt nur etwa 250 Beteiligte).

Wir wollen uns künftig bemühen, „Schnitzer" dieser Art möglichst selten vorkommen zu lassen und fordern nochmals zu raschen und zuverlässigen Information der Redaktion über politische Ereignisse und Veranstaltungen aller Art, besonders der Linken, auf. Gleichzeitig wollen wir bei dieser Gelegenheit betonen, daß wir bei Fehlern der genannten Art, die sich in letzter Konsequenz natürlich nicht 100 %ig vermeiden lassen, keinerlei hintergedankliche Zwecke verfolgen, als da sind: sich selbst mit fremden Federn zu schmücken, für die Bewegung wichtige Initiativen, die nicht von uns kommen, unseren Lesern zu verschweigen, die Existenz und Arbeit anderer, uns möglicherweise nicht genehmer Gruppen und Komitees zu „verheimlichen" usw. Diese Art von Berichterstattung – wie sie nach wie vor in weiten Teilen der linken Presse gang und gebe ist – lehnen wir strikt ab.

AK-Redaktion

Esslingen

Veranstaltung zur Unterstützung

USA verhindern Angolas Aufnahme in die UNO ...
und China wieder mit von der Partie!

Am 23.6. stand im UN-Sicherheitsrat die Aufnahme der VR Angola in die UNO zur Debatte. Ein entsprechender Antrag wurde von Tansania, Benin, Guayana, Libyen, Rumänien und der Sowjetunion unterstützt.

Die US-Imperialisten versuchten zunächst, den Punkt von der Tagesordnung zu bringen, also die Debatte zu „verschieben". Hierbei wurden sie anfänglich von den Vertretern anderer imperialistischer Staaten im Sicherheitsrat - Großbritannien, Frankreich, Japan, Italien und Kanada - unterstützt. In der entscheidenden Abstimmung stimmten jedoch auch diese Vertreter der Aufnahme der VR Angola in die UNO zu. Daraufhin machten die USA von ihrem „Veto-Recht" Gebrauch. Dieses chauvinistische Recht, das von vielen Vertretern der „3. Welt" heftig kritisiert wird, erlaubt es einigen Großmächten, durch ihre Stimme Beschlüsse des Sicherheitsrats zu blockieren.

Die US-Imperialisten begründeten ihr Veto mit der Anwesenheit kubanischer Kämpfer in Angola. Von diesem „Argument" mußte selbst die stockreaktionäre „FAZ" zugeben, daß es „für sich genommen nicht besonders stichhaltig" sei (26.6. 76). Der angolanische Vertreter, Genosse Elisio de Figueiredo, gab darauf die richtige Antwort: „Angola ist ein unabhängiger und souveräner Staat und wird es nicht hinnehmen, daß die USA oder irgendein anderes Land seine Innen- oder Außenpolitik diktieren". Die Kubaner seien auf angolanischen Wunsch in Angola und würden das Land erst verlassen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden („FR", 25.6.76).

Auch die Vertreter anderer antiimperialistischer Staaten der „3. Welt" verurteilten die Haltung der USA. So sprach der Vertreter Guayanas von der „*Tyrannei einer Minderheit*". Der Vertreter Tansanias erklärte, das Veto der USA richte sich „*eindeutig gegen die Wünsche und Erwartungen der internationalen Gemeinschaft*" („FR", 25.6.76).

Der chinesische Vertreter hielt eine Hetzrede gegen die VR Angola und schlich sich während der Abstimmung davon. Die chinesische Regierung, die enge diplomatische Beziehungen z.B. zur faschistischen Junta Chiles unterhält, weigert sich als eine der letzten Regierungen der Welt immer noch, die VR Angola anzuerkennen!

Besonders schändlich ist das Verhalten Chinas in der UNO angesichts der Tatsache, daß die VR China selbst jahrelang gegen die „Vetos" und Störmanöver des US-Imperialmus um ihre Aufnahme in die UNO kämpfen mußte.

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.
Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.
Geldspenden sollen auf das Konto J. Reents, 451 83 78/Dresdner Bank, Hamburg überwiesen werden, Sachspenden können an den Verlag J. Reents, Rutschbahn 35, 2000 Hamburg 13, geschickt werden.
Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangegnen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für MES, Portugal

KB/Bremen – Hfss	10,00
BO Barmbek/Uhlenhorst	16,00
BO St. Pauli	20,00
BO St. Georg u. SE-Zelle	80,00
BO St. Georg Solidaritätsskat	100,00
Flensburger Genossen	40,00

Für MPLA, Angola

unorg. Genossen aus Kiel	600,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MPLA auf 147.261,36

Für O.M.A., Angola

Wir dokumentieren hier eine uns Mitte Juni vom „Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD)" zugeschickte Spendenbestätigung über 3.217,68 DM. Dies Geld wird – wie auch schon frühere Spenden unsererseits, vom Initiativkomitee für eine Gesundheitsstation (Poliklinik „Freundschaft BRD - Vietnam") verwendet.

„*Herzlichsten Dank*" sprechen uns die Genossen des Initiativkomitees „*für die stetige und tatkräftige Unterstützung der Solidaritätsarbeit für die Heilung der Wunden des Vietnam-Krieges und den sozialistischen Aufbau des Landes*" in ihrem Begleitbrief aus. Gleichzeitig informieren sie uns über den Stand des Projektes, zu dem auch unsere Sympathisanten und Mitglieder mehrere zehntausend Mark beitrugen: Demzufolge ist die Gesundheitsstation „*nach einer Zwischenstation in Singapore am 8.6. in Ho-Chi-Minh-Stadt eingetroffen*".

Wir rufen dazu auf, auch weiterhin für Vietnam zu spenden. Wir wollen und dürfen nicht vergessen, daß der Sieg unserer vietnamesischen Genossen allgemein eine neue Phase im weltweiten antiimperialistischen Befreiungskampf eingeleitet hat und daß ohne diesen schwer und unter höchsten Opfern und Verlusten erkämpften Sieg ein ebensolcher der Völker sowohl in laos und Kambodga, als auch in den ehemaligen portugiesischen Afrikakolonien so schnell ganz undenkbar gewesen wäre. Das vietnamesische Volk hat über Jahrzehnte die Hauptlast im weltweiten antiimperialistischen Kampf der Völker getragen!

Esslingen: Veranstaltung zur Unterstützung der italienischen Linken

„Weg mit den Christdemokraten – für eine linke Regierung in Italien", „Die Bundesrepublik darf nicht der Polizist Europas werden !" – Unter diesen Parolen fand am 13. Juni eine Veranstaltung italienischer Genossen in Stuttgart-Esslingen zur Unterstützung der Democrazia Proletaria, der Liste der nicht-revisionistischen Linken in Italien, statt. Während der italienische Teil des dazu verteilten Flugblatts besonders auf die Lage der Arbeiteremigranten einging, wurde im deutschsprachigen Teil auf die Rolle hingewiesen, die der westdeutsche Imperialismus gegenwärtig in Europa einnimmt und seine Einmischung in die Angelegenheiten anderer europäischer Staaten verurteilt.

Mehr als 30 italienische Kollegen waren zu der Veranstaltung gekommen. Die meisten von ihnen unterstützten anschließend auch die Verteilung einer eigens für die Emigranten zusammengestellten Broschüre der DP in den Zentren der italienischen Arbeiter und schließlich im Stuttgarter Hauptbahnhof kurz vor Abfahrt der Wahl-Sonderzüge (da es in Italien keine Briefwahl gibt, müssen die emigrati zur Wahl nach Hause fahren!).

Unterstützt wurde die Veranstaltung von der PdUP, von Lotta Continua, von der GRC (italienische Trotzkisten), vom KB und von der GIM. Die Esslinger KAB„D"-Anhänger verlangten vorab „genauere Informationen" über die DP (was Wunder, da in ihrer „Roten Fahne" darüber ja nichts steht!). Als ihnen Informationen angeboten wurden, meinten sie dann schließlich, sie könnten wegen der Kürze der Zeit sowieso keine Entscheidung treffen und außerdem würden sie über Pfingsten zelten fahren.

(Nach einem Bericht aus Stuttgart)

Europa-Kongreß äthiopischer Studenten in Westberlin

Dienstag, 27. Juli 1976, findet in Westberlin der offizielle Europa-Kongreß der Äthiopischen Studenten Union in Europa, Mitglied im W.W.F.E.S. (der weltweiten äthiopischen Studenten-Union), statt. Ziel des offenen Teils des Kongresses wird die öffentliche Vorstellung von Politik und Programm der EPRP (Revolutionäre Partei der äthiopischen Völker) und der Entwicklung der neu-demokratischen Revolution (seit Februar 1974) in Äthiopien sein.

Die äthiopischen Genossen bitten um Unterstützung bei der Kongreß-Vorbereitung (besonders in Westberlin selbst) und fordern zu zahlreichem Besuch der Veranstaltung auf. Hierzu wird folgendes Programm angeboten:

- politischer Vortrag über Äthiopien (s.o.),
- revolutionäre Lieder und Folklore aus Äthiopien und anderen Ländern
- Film
- äthiopisches Essen

Veranstaltung

Dienstag, 27. Juli 1976
TU - Alte Mensa
1 Berlin 12
Hardenbergstr. 34
Beginn: 19 Uhr
Beitrag: DM 2,-

Der Kommunistische Bund wünscht den äthiopischen Genossen einen vollen Erfolg auf dem Kongreß.

BO St. Georg	100,00
Solidaritätsskat Flensburger Genossen	40,00
Sammeldose in Wohnung von Genossen aus St. Pauli	25,00
Summe	291,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MES auf 76.234,14 und für die Portugal-Solidarität auf 172.949,93

Für ZANU, Zimbabwe

Arbeiterbuch Hamburg, Büchertisch PI	39,25
Hamburg, Spendensammlung	30,00
Summe	69,25

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für ZANU auf 24.653,22

Für SWAPO, Namibia

Arbeiterbuch Hamburg, Büchertisch PI	39,25
Technik-Einheit Composer, Hamburg	60,00
Summe	99,25

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für SWAPO auf 3.622,75

Für Frente POLISARIO, Westsahara

Arbeiterbuch, Hamburg Sammeltopf	57,90
Sammlung auf Feier, HH	100,00
L.W., Hamburg	50,00
KB/Lübeck Sammlung auf Feier	150,00
Summe	357,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für Frente POLISARIO auf 20.317,95

Für PFLP, Palästina

Arbeiterbuch Hamburg Sammeltopf	445,00
KB/Bremen, Sammlung	475,37
Summe	920,37

kommen für MPLA auf 147.261,36

Für O.M.A., Angola

KB/Bremen, Sammlung	27,20
BO St. Pauli	20,00
Summe	47,20

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für O.M.A. auf 8.156,14

Für EPLF, Eritrea

Sommerlager Diemelsee 5 Genossen	30,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für EPLF auf 8.173,00

Für ANC, Südafrika

Reinbek, Afrika-Veranstaltung und Sammlung	50,00
Afrika Aktionseinheit, Wedel	10,00
Summe	60,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für ANC auf 140,00

Für MIR, Chile

AB Hamburg, Sammeltopf	48,50
AB Hamburg, für Wohngem. „Roter Werder"	69,00
KB/Bremen, Uni-Gruppe	10,23
BO Barmbek/Winterhude	10,00
A.M., Hamburg	10,00
KB/Hildesheim, Sammlung	35,00
Veranstaltung Duisburg	350,00
Frauengruppe Gewerbeschule 2, Hamburg	286,00

Bei Redaktionsschluß des AK 82 und AK 83 waren die Spendenergebnisse folgender Veranstaltungen noch nicht genau bekannt, so daß sich die Ergebnisse wie folgt ändern:

KB/Bremerhaven, 1. Mai	+58,00
KB/Verden	+ 3,78
Summe	61,78
Gesamtsumme	594,51

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MIR auf 257.562,08

Offene Fragen an den KBW

„Sozialimperialismus raus aus Afrika"?

In der „KVZ" des KBW vom 1. Juli wird unter der Überschrift „*Eine kleinbürgerliche Linie in der demokratischen Bewegung*" gegen die Parole „Kissinger und Vorster raus!" polemisiert. Das Wort „kleinbürgerlich" scheint beim KBW eine wahre Zugnummer zu sein. Wahrscheinlich jagt bei diesem Wort den meisten KBW-Mitgliedern eine Gänsehaut über den Rücken, im Gedanken an ihre eigene Klassenherkunft und -lage. „Kleinbürgerlich" ist selbstverständlich schlecht und das bloße Wort ersetzt zehn gute Argumente.

Als „kleinbürgerlich" kann man gegen die obige und ähnliche Parolen allerdings nur polemisieren, wenn man sich blind stellt gegenüber den g l e i c h z e i t i g mit dieser aufgestellten weiteren Parolen, oder wenn man, wie der Verfasser des „KVZ"-Artikels, sogar angesichts unserer Parole **„Imperialisten und Rassisten raus aus Afrika"** noch die naive Frage zuwege bringt: „*Und was soll mit dem BRD-Imperialismusgeschehen?*". Oder wenn man, wie gleichfalls dieser Verfasser, trotz der eindeutigen Stoßrichtung der Kampagne anläßlich des Vorster/Kissinger-Treffens noch zu der Behauptung fähig ist, „*ausgerechnet der BRD-Imperialismus*" sei dabei „*vom Angriff ausgenommen*" worden. Oder wenn man es gar, wie einzelne KBW-Ortsgruppen während der Kampagne, fertig bringt, dem KB („Nord") vorzuwerfen, er sei gegen den südafrikanischen Befreiungskampf und wolle dort Kolonialismus und Rassismus, bloß ohne die „ärgsten Auswüchse" auf-

ungskampf des angolanischen Volkes, der sowjetischen Einflußnahme in Afrika Vorschub geleistet hat und weiterhin leistet. Wir sind der Meinung, daß Chinas Haltung in der UNO, gegen die Aufnahme des Mitglieds der OAU, der VR Angola, zu polemisieren, wenig Achtung vor den afrikanischen Nationen verrät und ein Schlag gegen ihr Streben nach Unabhängigkeit ist.

3. Wir sind der Meinung, daß wir als Kommunisten eines imperialistischen Landes kein Recht haben, einem afrikanischen Volk vorzuschreiben, welcher Waffen und welcher zeitweiliger Verbündeter es sich im Kampf gegen eben diesen Imperialismus bedient.
4. Wir sind dagegen, uns im Kampf gegen Großmachtbestrebungen der Sowjetunion mit faschistischen, pro-imperialistischen Organisationen wie der FNLA in Angola zu organisieren. Genau das hat aber der KBW getan. Die Ortsgruppe Münster des KBW hat sich dabei sogar zu der Behauptung verstiegen, wer gegen die FNLA sei, der sei gegen den Befreiungskampf des angolanischen Volkes („KVZ"-Ortsbeilage, 24.6.76). Das ist ein bemerkenswertes Urteil des KBW über sämtliche afrikanischen Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Staaten, die immer wieder erklärt haben, daß sie die FNLA für eine Marionette des Imperialismus, ein Geschöpf des CIA und für faschistisch halten.

Unsere Fragen an den Verfasser des Artikels „Eine kleinbürgerliche Linie

PSU (Frankreich) ergreift Initiative für ein Russel-Komitee über die Repression in der BRD

Am Rande des Anti-Repressions-Kongresses während der Pfingsttage in Frankfurt hatte uns ein Vertreter der französischen PSU (Parti Socialiste Unifie – Vereinigte Sozialistische Partei) darüber informiert, daß seine Organisation sich für die Einrichtung eines internationalen Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD einsetzen werde, nach dem Vorbild der bisherigen „Russel-Tribunale" (siehe AK Nr. 82). Jetzt erreichte uns ein hektographiertes Schreiben des nationalen Sekretariats der PSU (datiert vom 22.6.76), in dem ein offizieller Aufruf dafür erlassen wird. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Für einen internationalen Aufruf zur Schaffung eines Russel-Komitees über die BRD

Die wiederholten und systematischen Angriffe auf die fundamentalen Freiheiten in der BRD beginnen die internationale öffentliche Meinung zu alarmieren, und das trotz des relativen Boykotts durch die bürgerliche Presse und die Massenmedien in den meisten westeuropäischen Ländern.

Eine unbestimmte Zahl von Komitees gegen die Repression in der BRD wurde in diesen Ländern gegründet. Sie haben sich als Aufgabe gestellt, ihre Mitbürger über die Gefahren zu informieren, die der westdeutschen Demokratie drohen, und ihr Gespür dafür zu schärfen. Die verlegenen Reaktionen von Schmidt und Brandt bezeugen, daß bereits Resultate durch diesen äußeren Druck erzielt wurden. Insgesamt müssen wir feststellen:

1. Die Mehrheit der Komitees und andere Kampforgane spiegeln die Differenzen in der Analyse der westdeutschen Situation wider und haben noch nicht ermöglicht, daß eine tiefergehende Diskussion stattfindet.
2. Es besteht die große Gefahr, daß die Berufsverbote durch Verfahrensmaßnahmen widerrufen werden, während ihre tatsächliche Praxis unter der Hand weiterbetrieben wird.
3. Die äußeren Streitigkeiten wurden vor allem über die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst ausgetragen. Aber diese Bewegung enthält Risiken korporatistischer Natur(d.h., daß die Bewegung eng begrenzt ist auf den Kampf gegen die Berufsverbote – Anm. AK). Wir weisen nachdrücklich auf die Tatsache hin, daß die Berufsverbote Teil einer globalen Strategie der BRD-Regierung sind, die darauf ausgerichtet ist, von jetzt an alle Versuche der Arbeiterklasse auf politische Organisierung zu liquidieren. Diese repressive Strategie zeigt sich genauso im Verbot der Propagierung von Gewalt, in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der Gewerkschaften, in den Haftbedingungen und der Isolierhaft in den Gefängnissen usw. ...

Alle diese Bemerkungen führen uns zum Nachdenken darüber, daß es notwendig ist, das Niveau und die gegenwärtigen Formen der internationalen Mobilisierung zu überschreiten.

In diesem Sinne schlagen wir vor, eine genügend flexible und offene Struktur zu schaffen, ohne politische Ausschlüsse. Ein Russel-Komitee wird besonders dazu imstande sein, Initiativen zu ergreifen, um über das sicher wichtige Stadium der Petitions-Kampagnen hinauszugehen.

Dieses Russel-Komitee über die BRD sollte sich z.B. vornehmen:

- Untersuchungskommissionen einzurichten ...
- Informationen anzusammeln und Tatsachen zu veröffentlichen, die die Repression in der BRD betreffen usw. ...

Die westdeutschen Genossen, die zweifelsohne am besten dazu in der Lage sind, sollten in einem einheitlichen Rahmen ein zweimonatliches Bulletin erstellen, dessen Übersetzung und Verbreitung von den nationalen Russel-Komitees in ihren jeweiligen Ländern sichergestellt werden müßte.

Da diese Initiativen sehr schnell ergriffen werden müssen, ist es wünschenswert, daß die betreffenden Parteien sich nicht darauf beschränken, eine lediglich formelle Zustimmung abzugeben; sondern sie sollten ab sofort die größtmögliche Zahl moralischer, intellektueller und religiöser Persönlichkeiten kontaktieren, die für die Unterzeichnung eines internationalen Aufrufs zur Schaffung eines Russel-Komitees über die BRD in Frage kommen.

In Erwartung eurer Antwort möchten wir euch, liebe Genossen, unsere sozialistischen Grüße übermitteln.

Post an:
Parti Socialiste Unifie
Secretariat National
75015 Paris
9, Rue Borromee

„Jetzt ist Schluss !